

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT OBERURSEL (TAUNUS)

EINLADUNG

Die **9. öffentliche Sitzung** der **Stadtverordnetenversammlung** Oberursel (Taunus) in der Wahlzeit 2021/2026 findet am **Donnerstag**, dem **07.04.2022**, um **19:30 Uhr**, in der Stadthalle Oberursel (Taunus), - Großer Saal -, Rathausplatz 2, 61440 Oberursel (Taunus), statt.

TAGESORDNUNG

Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Wahlen

1. Wahl eines Schriftführers für den Magistrat, Ältestenrat und die Stadtverordnetenversammlung sowie für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss
2. Verkehrskommission;
Wahl von einer stellv. sachkundigen Einwohnerin gemäß § 72 Abs. 2 HGO
3. Betriebskommission für den Bau- und Service Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) - BSO -;
Wahl von einem sachkundigen Einwohner und dessen Stellvertreter gemäß § 5 Abs. 3 der Betriebssatzung
4. Kultur- und Sportförderverein Oberursel e.V. (KSfO);
Vorschlag für die Wahl von einem Mitglied der Stadt Oberursel (Taunus) in den Geschäftsführenden Vorstand
5. Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus)

A) Fragestunde gemäß § 10 GOSTvVersammlung

- | | |
|---|-------------------------|
| 1. Abschluss der Sanierungsarbeiten am Maasgrundweiher | - AfD - |
| 2. Verwendung von Mineralwolle bei der Sanierung des Maasgrundweihers | - AfD - |
| 3. Monitoring der ökologischen Aufwertung des Maasgrundweihers | - AfD - |
| 4. Vergabe Fußverkehrskonzept | - AfD - |
| 5. Oberurseler Wohnungsmarkt | - FDP - |
| 6. Hilfsfristen Gattenhöferweg | - OBG
Freie Wähler - |

7. Aktueller Stand Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärten-
umgehung - OBG
Freie Wähler -

Aktuelle Fragestunde gemäß § 10 a GOSTvVersammlung

B) Mitteilungen

1. Mitteilungen des Magistrats
- 1.1 Ausgleichsleistungen an die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus)

C) Berichte

1. Berichte aus den Ausschüssen

D) Vorlagen des Magistrats

Tagesordnung I

- 1.1 Haushaltssicherung
- 1.2 Veränderungen im Investitionsprogramm
- 1.3 Erste Nachtragssatzung mit Veränderungsplan für das Jahr 2022
- 1.4 Veränderungen in der Ergebnis- und Finanzplanung
2. Durchführungsvertrag
zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35“
Eintritt der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH in den Durchführungsvertrag
3. Richtlinie zur finanziellen Förderung von Photovoltaikanlagen
4. Verkehrskonzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Frankfurter Landstraße und
des Umfelds
5. Markt der lokalen Manufakturen
6. Grundstücksgeschäft
- 6.1 Kauf von Flächen in der Gemarkung Weißkirchen

Tagesordnung II

7. Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und
über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungssatzung)
Erstattung von / Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außenbestuhlung
8. Neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte
9. Wirtschaftsplan 2022- Änderung des Festsetzungsbeschlusses
10. Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des
Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der
Erich-Ollenhauer-Straße“

11. Innere Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Weißkirchen im B-Plan 219 - Entwurfsplanung
12. Ansiedlung Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in der südlichen Riedwiese
Absichtserklärung
13. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus).
Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des Feuerwesens der Stadt Oberursel (Taunus).
14. Geodateninfrastruktur (GDI) Hochtaunuskreis und Umsetzung der europäischen "GDI-INSPIRE" Richtlinie (INfrastructure for SPatial InfoRMation in Europe)
hier: Fortsetzung der Zusammenarbeit
15. Konzept zur Personalbindung und -gewinnung pädagogischen Fachpersonals
16. Grundstücksgeschäft
- 16.1 Grundstücksverkauf in der Gemarkung Bommersheim

Über die Tagesordnung II wird nach einem Bericht des Magistrats ohne Aussprache en bloc beschlossen, wenn sich hiergegen zu Beginn der Sitzung kein Widerspruch erhebt.

E) Vorlagen der Ausschüsse

1. Oberursel wird „sicherer Hafen“;
Beschlussvorschlag SBKA 22.03.2022/Antrag der SPD-Fraktion
2. Resolution zum Krieg in der Ukraine;
Beschlussvorschlag SBKA 22.03.2022/
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, OBG Freie Wähler, FDP, AfD, KLIMALISTE
3. Feierabendmarkt auf dem historischen Marktplatz;
Beschlussvorschlag HFDA 24.03.2022/Antrag der FDP-Fraktion
4. Bericht zur Umsetzung von Telearbeit in der Corona-Pandemie;
Beschlussvorschlag HFDA 24.03.2022/Antrag der FDP-Fraktion

F) Anträge

1. Hissen der Nationalflagge im Vorfeld des Tages der Deutschen Einheit - AfD -
2. Einbeziehung von modernen Dieselnissen in das Gutachten zur Neuausschreibung des Busbetriebes - AfD -
3. Parken auf Bürgersteigen - AfD -
4. Photovoltaik auf Agrarflächen und auf Großparkplätzen - sowohl städtische als auch private Flächen - KLIMALISTE -

- | | | |
|-----|--|---|
| 5. | Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten für eine Markthalle in Oberursel | - CDU,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN,
FDP - |
| 6. | Antidiskriminierungsstelle in der Stadtverwaltung verankern | - CDU,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN - |
| 7. | Weiterentwicklung Satzung Hundesteuer | - AfD - |
| 8. | Senkung der Gewerbesteuer | - AfD - |
| 9. | Attraktivität der Innenstadt erhöhen | - AfD - |
| 10. | Kindergartengebühren nicht erhöhen | - AfD - |
| 11. | No-Water-Toilets für Veranstaltungen | - KLIMALISTE - |
| 12. | Aussetzung der Förderung von Mini-PV-Anlagen | - AfD - |

**G) Anfragen gemäß § 9 GOSTvV
aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung**

Keine Vorlagen

Oberursel (Taunus), den 30.03.2022

Lothar Köhler
Stadtverordnetenvorsteher

Hinweise für Besucher/-innen:

Wenn Sie an der öffentlichen Sitzung teilnehmen möchten, benötigen Sie eine Einlasskarte, die Sie unter der Telefonnummer 06171 502-358/-357/-356 anfordern können.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir bei der Vergabe von Einlasskarten möglicherweise nicht allen Wünschen entsprechen können, da aufgrund der derzeit geltenden Abstands- und Hygieneregeln nur ein sehr begrenztes Platzkontingent zur Verfügung steht.

Im gesamten Sitzungsgebäude ist mit Ausnahme des persönlichen Sitzplatzes das Tragen einer virenfilternden Maske des Standards FFP2 vorgeschrieben. Das Tragen der Maske am Sitzplatz wird empfohlen.

Die Regelungen bzw. Vorgaben können sich kurzfristig ändern. Bitte informieren Sie sich tagesaktuell auf der städtischen Internetseite (www.oberursel.de).

Die Hygienevorschriften des Robert-Koch-Instituts sind zu beachten.

NIEDERSCHRIFT

über die **9. öffentliche Sitzung** der **Stadtverordnetenversammlung** Oberursel (Taunus) in der Wahlzeit 2021/2026 am **Donnerstag**, dem **07.04.2022**, von **19:30 Uhr** bis **22:40 Uhr**, in der Stadthalle Oberursel (Taunus), - Großer Saal -, Rathausplatz 2, 61440 Oberursel (Taunus)

Anwesend:

Stadtverordnetenversammlung:

CDU:

Köhler

Kügel

Studanski

Poppitz

Reuter

Aumüller, Jürgen

Förder

Steffek

Aumüller, Josef

Braun

Müller

--

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr

Herz

Schultheiß

Schwarz

Dr. Helbling-Marschall

Becker

Schmitt

Mathes

Moreth

Eppig

Söllner

SPD:

Pospiech

Burchard

Mauczok

Kunz

Fuchs

Imhof

Breinl

OBG Freie Wähler:

Bernhardt

Hieronymi

Unger

Wolf

Lauer

Westenburger

FDP:

Planer

Fiehler

Schauer

--

AfD:

Prof. Dr. Koch-Brandt

Beuter

DIE LINKE:

Schlegel

Andernacht

KLIMALISTE:

Dr. von Eisenhart Rothe

Magistrat:

Bürgermeisterin Runge	(SPD)	--	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erster Stadtrat Fink	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	--	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stadtkämmerer Uhlig	(CDU)	Stadträtin Hertel	(SPD)
Stadtrat Abt	(CDU)	--	(SPD)
Stadträtin Banzer	(CDU)	Stadtrat Dr. Matz	(OBG Freie Wähler)
Stadtrat Gerecht	(CDU)	--	(OBG Freie Wähler)
--	(CDU)	--	(FDP)
Stadtrat Beneš	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Stadträtin Klier	(DIE LINKE)
Stadtrat Köhler	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		

Büro der Gremien:

Lenz
Gottschalk

Nicht anwesend: **Stadtverordnetenversammlung:**

(entschuldigt) Bollinger (CDU)
Adler (FDP)

Magistrat:

Stadtrat Steden (CDU)
Stadtrat Dießner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stadträtin Wübbenhorst (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stadträtin Niesel-Heinrichs (SPD)
Stadtrat Kothe (OBG Freie Wähler)
Stadträtin Dr. Andriof (FDP)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler eröffnet die 9. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Oberursel (Taunus) in der Wahlzeit 2021/2026. Er stellt fest, dass zu der heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Versammlung beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung teilt der Stadtverordnetenvorsteher mit, dass gemäß interfraktioneller Absprache in der Sitzung des Ältestenrates die Tagesordnungspunkte D) 15 und D) 16 in der Tagesordnung I behandelt werden. Die Tagesordnungspunkte D) 3 und F) 12 werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.

Des Weiteren teilt er mit, dass der Magistrat die Beschlussvorlage VL-168/2021 betr. „Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus)“ zurückgestellt.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

TAGESORDNUNG

Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Ehrendes Gedenken (10)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler bittet die Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben.

In ehrenden Worten würdigt der Stadtverordnetenvorsteher Herrn Dieter Lober-Sies.

Am 28. März 2022 ist Herr Dieter Lober-Sies im Alter von 73 Jahren verstorben.

Herr Lober-Sies, geboren am 01. Oktober 1948, war von Mai 2021 bis März 2022 für die SPD-Fraktion Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

Darüber hinaus hat er viele Jahre an deutschen Schulen in Kolumbien gearbeitet und sich seitdem für verschiedene Sozial- und Schulprojekte eingesetzt.

Durch das vorbildliche Engagement des Verstorbenen, seinem stets aufgeschlossenen Wesen und seiner Hilfsbereitschaft erfreute sich Herr Dieter Lober-Sies hoher Achtung und Wertschätzung in der Bevölkerung.

Im Namen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats wurde den Angehörigen des Verstorbenen schriftlich die Anteilnahme der städtischen Gremien ausgesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher dankt den Anwesenden, dass sie sich zum Gedenken des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben haben.

Personelle Veränderungen (10)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler weist darauf hin, dass Herr Gerd Krämer von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 04.02.2022 mitgeteilt hat, dass er sein Mandat als Stadtverordneter mit Wirkung zum 28.02.2022 niederlegt. An seine Stelle rückt nach § 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages der CDU mit den meisten Stimmen nach (§ 34 KWG).

Dies ist Herr Michael Braun. Herr Braun hat sein Mandat angenommen.

Er vertritt die CDU-Fraktion außerdem mit Wirkung vom 01.03.2022 bis zum 01.04.2022 im Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss.

Des Weiteren hat die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 22.02.2022 mitgeteilt, dass Frau Stadtverordnete Susanne Kügel mit Wirkung ab dem 01.03.2022 als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH in Nachfolge des ausscheidenden Stadtverordneten Herrn Gerd Krämer nachrückt.

Weiterhin hat die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 22.02.2022 mitgeteilt, dass der bisherige Fraktionsvorsitzende Herr Jens Uhlig, infolge der Wahl zum Stadtrat in den hauptamtlichen Magistrat seine Tätigkeit mit sofortiger Wirkung beendet hat. Als neue Fraktionsvorsitzende wurde Frau Susanne Kügel gewählt.

Herrn Jens Uhlig ist am 01.04.2022 aufgrund seiner Ernennung zum hauptamtlichen Stadtrat sein als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 2 Kommunalwahlgesetz (KWG) in Verbindung mit § 65 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung (HGO) ausgeschieden. An seine Stelle rückt nach § 34 Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der CDU mit den meisten Stimmen nach.

Dies ist Frau Nicole Müller. Frau Müller hat ihr Mandat angenommen.

Sie vertritt die CDU-Fraktion außerdem mit Wirkung vom 01.04.2022 im Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss. Herr Stadtverordneter Michael Braun vertritt die CDU-Fraktion mit Wirkung vom 01.04.2022 im Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss.

Herr Dieter Lober-Sies von der SPD-Fraktion ist am 28.03.2022 verstorben. An seine Stelle rückt nach § 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Dies ist Vanessa Küster. Frau Küster hat mit Schreiben vom 05.04.2022 mitgeteilt, dass sie auf ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verzichtet (§§ 33 und 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)). An ihre Stelle rückt die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Dies ist Frau Gabriele Hesse. Frau Hesse hat mit Schreiben vom 06.04.2022 mitgeteilt, dass sie auf ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verzichtet (§§ 33 und 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)). An ihre Stelle rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Das ist Herr Walter Breinl.

Der Stadtverordnetenvorsteher dankt Herrn Krämer und Herrn Uhlig für die als Stadtverordnete geleistete Arbeit und wünscht Herrn Braun und Frau Müller bei der Ausübung ihres Mandats viel Erfolg.

Wahlen

1. Wahl eines Schriftführers für den Magistrat, Ältestenrat und die Stadtverordnetenversammlung sowie für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzsausschuss (100)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-50/2022 vom 15.03.2022.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den Leiter des Büros der Gremien, Herrn Christian Lenz, für die Wahlzeit 2021/2026 zum Schriftführer für den Magistrat, Ältestenrat und für die Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Leiter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Herrn Daniel Bauer, für die Wahlzeit 2021/2026 als Schriftführer für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzsausschusses zu wählen.

Gegen den Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers, die Wahl durch Handaufheben vorzunehmen, wird kein Einwand erhoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)

Die Gewählten haben ihre Wahl bereits im Vorhinein angenommen.

Gegen den Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers, die Wahl durch Handaufheben vorzunehmen, wird kein Einwand erhoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)

Die Gewählte hat ihre Wahl bereits im Vorhinein angenommen.

5. Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus) (100)

Die Beschlussvorlage des Magistrats wurde zu Beginn der Sitzung **zurückgestellt**.

- **TOP StvV am 19.05.2022**

A) Fragestunde gemäß § 10 GOStvVersammlung

1. Abschluss der Sanierungsarbeiten am Maasgrundweiher - AfD - (10)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Die Arbeiten wurden im November 2021 abgeschlossen. Nach Abschluss der Arbeiten sollte laut Beschluss des BUKA vom 2.6.2021 der Ausschuss über die tatsächlichen Kosten informiert werden.

1. Wurde geprüft, dass alle Arbeiten nach dem derzeitigen Stand der Technik ausgeführt wurden?
2. Wann wird die Abschlussrechnung dem BUKA vorgelegt?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Original**niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Keine Zusatzfragen.

2. Verwendung von Mineralwolle bei der Sanierung des Maasgrundweihers - AfD - (10)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden große Mengen an Mineralwolle auf der Baustelle gelagert und offensichtlich auch verwendet. Die Gebindebehälter trugen die rote Aufschrift „Achtung: Inhalt kann krebserzeugende Faserstoffe freisetzen“. In ihrer Präsentation über die geplanten Arbeiten hat die ausführende Firma nicht über die Verwendung von Mineralwolle informiert.

1. Wurde die Durchführung der Arbeiten gegenüber der Planung geändert und das beschriebene Material bei der Sanierung des Maasgrundweihers verbaut?
2. Wenn ja, in welchem Umfang und zu welchem Zweck ist das geschehen?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Original**niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Keine Zusatzfragen.

3. Monitoring der ökologischen Aufwertung des Maasgrundweiher - AfD - (10)

Im Jahr 2021 wurde eine ökologische Optimierung des Maasgrundweiher mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität durchgeführt, insbesondere sollte die Sauerstoffanreicherung verbessert und die Phosphorfracht erniedrigt werden (Beschlussvorlage Magistrat 10.5.2021).

Wird ein regelmäßiges Monitoring der Wasserqualität des Weiher durchgeführt, um die durch die durchgeführten Maßnahmen erzielten ökologischen Effekte zu überprüfen?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Original**niederschrift als Anlage beigefügt ist.

1 Zusatzfrage Stadtverordnete Prof. Dr. Koch-Brandt
Antwort Bürgermeisterin Runge
- Anlage zur **Original**niederschrift -

4. Vergabe Fußverkehrskonzept - AfD - (10)

Laut Pressemitteilung vom 18.2.2022 hat die Stadt Oberursel das Büro plan&rat, Büro für kommunale Planung und Beratung, Braunschweig mit der Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts beauftragt. Die Kosten sind auf ca. 45.000,- angesetzt.

1. Wurde zur Vergabe des Auftrages eine Ausschreibung durchgeführt bzw. Vergleichsangebote eingeholt, um das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern zu beachten?
2. Aufgrund welcher Kriterien wurde der Auftrag an die Braunschweiger Firma vergeben?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Original**niederschrift als Anlage beigefügt ist.

2 Zusatzfragen Stadtverordnete Beuter, Prof. Dr. Koch-Brandt
Antworten Bürgermeisterin Runge
- Anlage zur **Original**niederschrift -

5. Oberurseler Wohnungsmarkt - FDP - (50)

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Oberursel darf als angespannt bezeichnet werden. Betroffen davon sind insbesondere Personen mit niedrigen Einkommen. Dies vorausgeschickt, bitten wir den Magistrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen sind zum Stichtag 01.03.2022 im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins?
2. Wie viele von diesen Personen sind derzeit wohnungssuchend?

Erster Stadtrat Fink trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Original**niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Keine Zusatzfragen.

6. Hilfsfristen Gattenhöferweg - OBG Freie Wähler - (61)

Die Stadt veröffentlichte am 21. März 2022 eine Pressemitteilung zum Bahnübergang Gattenhöfer Weg.

In der Veröffentlichung heißt es: „Zur Beseitigung des Unfallschwerpunktes am Bahnübergang Gattenhöferweg wird die Einmündung Gattenhöferweg/Gablonzer Straße zukünftig für den Kfz-Verkehr gesperrt, die Fahrbeziehung zur Gablonzer Straße ist dann nicht mehr gegeben.“

Insofern die Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes in die Straße Hammergarten ziehen sollte, war avisiert, dass zur Erfüllung der Hilfsfristen der Gattenhöferweg zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße durch die Rettungsfahrzeuge befahren werden müsste.

Welche Alternativlösungen hat der Magistrat gefunden, die eine entsprechende Durchfahrung des Gattenhöferweges entbehrlich machen?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Originalniederschrift** als Anlage beigefügt ist.

Keine Zusatzfragen.

7. Aktueller Stand Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung - OBG Freie Wähler - (61)

Nach Äußerungen des Magistrats sollte das Projekt zügig vorangetrieben werden.

1. Wie ist das Projekt seit Anfang 2021 voran gekommen?
2. Wann ist mit der Vorlage der entsprechenden Bebauungspläne zu rechnen?

Bürgermeisterin Runge trägt die Antwort vor, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegt wurde und der **Originalniederschrift** als Anlage beigefügt ist.

3 Zusatzfragen Stadtverordnete Bernhardt, Andernacht
Antworten Bürgermeisterin Runge
- Anlage zur **Originalniederschrift** -

Dauer der Fragestunde: 15 Minuten

Aktuelle Fragestunde gemäß § 10 a GOSTvVersammlung

1. Verschmutzung des Urselbachs hinter der Kläranlage Oberursel am 31.3.2022 (70)

1. Ist die Ursache der massiven Verschmutzung des Urselbachs am Donnerstag, den 31.3.2022 (abends) mit schlammähnlicher Fracht der Stadtverwaltung bekannt?
2. Falls die Ursache bekannt ist: liegen Messungen, die über die Art der Verschmutzung und Eintrübung Auskunft geben, vor?
3. Was wird die Stadtverwaltung unternehmen, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen?

Stadtkämmerer Uhlig teilt mit, dass aktuell auf der Kläranlage in Oberursel eine neue Phosphorfiltration gebaut wird. Diese dient dazu den Phosphoreintrag in den Urselbach drastisch zu reduzieren und das Gewässer in einen guten chemischen Zustand zu überführen.

Zu 1: Ja, im Rahmen der beschriebenen Baumaßnahme wurde am 31.03.2022 eine Grube mit einer Fläche von etwa 80 m² bis zu einer Tiefe von 6 m ausgehoben.

Die Außenkante der Grube befindet sich ungefähr 10 Meter vom Urselbach entfernt.

Gegen 14:30 Uhr wurde die genannten Aushubtiefe von ca. 6 Meter erreicht. Kurz darauf wurde das Wasser innerhalb von wenigen Minuten über die Geländeoberkante hochgedrückt. Durch das Abtragen der Erdmassen wurde die aufliegende Last auf einen gespannten (= artesischen) Grundwasserleiter (= Grundwasser, dass in einer Senke zwischen zwei wasserundurchlässigen Schichten gestaut wird.) entfernt.

Das Grundwasser ist hochgestiegen und aus der Baugrube ausgetreten. Dabei wurde vermutlich die wasserundurchlässige Schicht, die den gespannten Grundwasserleiter von den oberen Erdschichten trennt, durchbrochen. Das Grundwasser ist dadurch auf das Baufeld eingetragen worden und floss von dort in den Urselbach. Dabei wurde Oberbodenmaterial von der Baustelle abgetragen und zum Urselbach transportiert. Dies erklärt die Trübung des Urselbaches. Das beauftragte Ingenieurbüro ordnete sofort an, die Baugrube mit den ausgetragenen Erdmaterial zu verschließen. Bereits nach 20 Minuten konnte der Grundwasseraustrag gestoppt werden. Bis 18 Uhr wurde stufenweise das ausgetragene Erdmaterial dem Graben wieder zurückgeführt. Dabei wurde Wasser aus der Baugrube verdrängt.

Zu 2: Ja, der Boden auf der Baustelle wurde im Rahmen eines zuvor aufgestellten Gutachtens geprüft und als natürlich und unbelastet eingestuft. Folglich wurden keine weiteren Proben genommen, da klar war, dass nur natürliche Stoffe in den Urselbach geleitet wurden.

Auch bei der Beseitigung des Problems wurde mit keinen wassergefährdenden Stoffen gearbeitet.

Ausgehend von der Größe der Grube kann man davon ausgehen, dass ca. 450 m³ innerhalb von 3,5 Stunden an Grubenwasser über das Baufeld in den Urselbach eingeleitet wurden. Diese Menge leitet die Kläranlage innerhalb von einer Stunde ein. Daher kann diese Eintragsmenge als unkritisch angesehen werden. Die untere Wasserbehörde und die obere Wasserbehörde sind über den Vorfall informiert. Die Baustelle wurde durch die untere Wasserbehörde am Montag den 04.04.2022 besichtigt.

Zu 3: Die Vermeidung solcher Vorfälle ist aus bautechnischer Hinsicht erforderlich. Für die Umwelt sind keine weiteren Maßnahmen nötig, da kein umweltschädlicher Vorfall vorlag.

Aus bautechnischer Hinsicht werden In der Kalenderwoche 14 weitere Probebohrungen gemacht, um das Ausmaß des gespannten Grundwasserleiters abschätzen zu können. Aufbauend auf den Daten der Bohrungen, werden Konzepte zur Entspannung des Grundwasserleiters entwickelt um einen erneuten Eintrag von Wasser mit Bodenmaterial in den Urselbach zu verhindern. Weitere Erdaushübe auf dem Baufeld sind aktuell gestoppt.

Keine Nachfragen.

Dauer der Aktuellen Stunde: 5 Minuten

B) Mitteilungen

1. Mitteilungen des Magistrats

Der Magistrat verweist auf fünf Mitteilung, die allen Stadtverordneten zu Beginn der heutigen Sitzung schriftlich vorliegen und die der **Original**niederschrift als Anlagen beigefügt sind.

Die Mitteilungen betreffen:

- Ausgleichsleistungen an die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus)
- Ökologische Ertüchtigung städtischer Gebäude
- Datenfernübertragung des Pegels Haidtränktal - Hochwasserschutz -
- Gräber retten
- Stadtbus Oberursel: Wiederherstellung des Anschlusses Am Rahmtor und Frühverbindung Oberstedten - Krankenhaus

C) Berichte

1. Berichte aus den Ausschüssen

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die allen Stadtverordneten zugegangenen Sitzungsniederschriften:

SBKA	7. Sitzung	22.03.2022
BUKA	10. Sitzung	23.03.2022
HFDA	10. Sitzung	24.03.2022

Darüber hinaus informiert Stadtverordnete Kügel über die 8. Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses.

D) Vorlagen des Magistrats

Tagesordnung I

- 1.1. Haushaltssicherung**
 - 1.2. Veränderungen im Investitionsprogramm**
 - 1.3. Erste Nachtragssatzung mit Veränderungsplan für das Jahr 2022**
 - 1.4. Veränderungen in der Ergebnis- und Finanzplanung (201)**
-

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-58/2022 vom 28.03.2022.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

- 1.1 Das Haushaltssicherungskonzept 2022 wird fortgeschrieben.
- 1.2 Die Veränderungen im Investitionsprogramm werden für den Planungszeitraum bis 2025, in der der Originalniederschrift beiliegenden Fassung, beschlossen.
- 1.3 Die erste Nachtragshaushaltssatzung mit Veränderungsplanung für das Haushaltsjahr 2022 wird gemäß § 98 i.V.m. § 97 Abs. 2 HGO, in der der **Original**vorlage beiliegenden Fassung, beschlossen.

- 1.4 Die Veränderungen der Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum bis 2025 werden, in der der **Original**vorlage beiliegenden Fassung, zur Kenntnis genommen.

Stadtverordneter Planer beantragt als Vorsitzender des HFDA den Tagesordnungspunkt D) 1 in den Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)

Zur Sache sprachen:
Planer

2. Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35“ Eintritt der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH in den Durchführungsvertrag (610)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-53/2022 vom 15.03.2022 sowie darauf, dass der BUKA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Dem Eintritt der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH, Karlsruhe in den Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35 vom 02.03.2021 anstelle der GeRo EOS Development GmbH&Co.KG wird zugestimmt und die GeRo EOS Development GmbH&Co.KG wird aus dem genannten Durchführungsvertrag entlassen.

Der Ausländerbeirat ist zu informieren.
Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte ist zu informieren.

Abstimmungsergebnis: **40 Ja-Stimmen** - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)
3 Nein-Stimmen - FDP

3. Richtlinie zur finanziellen Förderung von Photovoltaikanlagen (651)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-48/2022 vom 15.03.2022 sowie darauf, dass der BUKA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Die in der Anlage beigefügte Richtlinie zur finanziellen Förderung von Photovoltaikanlagen wird beschlossen.

Stadtverordnete Pospiech stellt für die SPD-Fraktion nachfolgenden **Änderungsantrag**, den sie im Laufe der Diskussion **zurückzieht**.

„Der Bewerbungszeitraum wird beispielweise auf einen Zeitraum von 10 Tagen zu begrenzen (bis 25.04.2022).

Sollte die Anzahl der Anträge über dem Förderungsvolumen liegen, soll über einen Zuschlag durch eine Verlosung entschieden werden.“

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Beschlussvorlage des Magistrats abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (6), FDP (3), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)
	2 Nein-Stimmen	-	AfD

Zur Sache sprachen:

Dr. Helbling-Marschall (3), Prof. Dr. Koch-Brandt (7), Pospiech (5), Bürgermeisterin Runge, Schwarz, Schlegel (2), Herr (2), Bernhardt (2), Fiehler, Dr. von Eisenhart Rothe (1)

4. Verkehrskonzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Frankfurter Landstraße und des Umfelds (613)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-44/2022 vom 15.03.2022 sowie darauf, dass der BUKA und HFDA jeweils mehrheitlich die Zustimmung empfohlen haben.

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Knoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg/ Bommersheimer Straße verkehrlich nicht leistungsfähig ist und durch induzierte Verkehre aus den umliegenden geplanten Bauvorhaben in Zukunft zusätzlich belastet wird. Außerdem ist bekannt, dass die Signalanlage des Knotens abgänglich ist und dringend erneuert werden muss.
2. Auf Basis des vorliegenden Gesamtkonzepts und der Vorplanung zur Neuordnung der Verkehre am Knoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Landstraße und der umliegenden Straßenabschnitte (Anlage 1) wird eine Entwurfsplanung erstellt. Ziel ist es, die Maßnahme ab dem Jahr 2024 umzusetzen.
3. Die für die Umsetzung benötigten Mittel sind nach Erstellung der Kostenberechnung (Teil der Entwurfsplanung) im Haushalt 2024 zu etatisieren; Fördermittel nach dem Hessischen Mobilitätsfördergesetz (MobiFöG) und Zuwendungen nach § 33 Finanzausgleichsgesetz (FAG) sind in Anspruch zu nehmen.

Stadtverordneter Hieronymi von der OBG Freie Wähler-Fraktion stellt folgenden **Änderungsantrag**:

„Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

4. Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah eine Bürgerinformationsveranstaltung bezüglich des Schrittes 1 aus dem Plan der zeitlichen Umsetzung, „Umbau Frankfurter Landstraße zwischen Homburger Landstraße und Bommersheimer Straße“ durchzuführen. Besonders soll über den geplanten leistungsfähigen Zweirichtungsradweg entlang der Friedhofsmauer und dem Verlust von zahlreichen Parkplätzen im öffentlichen Raum informiert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern soll frühzeitig im Planungsverfahren die Möglichkeit der Meinungsäußerung ermöglicht werden.“

Stadtverordnete Herr stellt für die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Änderungsantrag**:

„Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

4. Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah eine Bürgerinformationsveranstaltung bezüglich des Schrittes 1 aus dem Plan der zeitlichen Umsetzung, „Umbau Frankfurter Landstraße zwischen Homburger Landstraße und Bommersheimer Straße“ durchzuführen.“

Stadtverordneter Bernhardt beantragt für die OBG Freie Wähler-Fraktion **abschnittsweise Abstimmung** des Änderungsantrags seiner Fraktion.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den ersten Absatz des Änderungsantrags der OBG Freie Wähler-Fraktion, der gleichzeitig der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist, abstimmen.

Abstimmungsergebnis zu 1. Absatz:	42 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (6), FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2)
	1 Nein-Stimme	-	KLIMALISTE

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den 2. Absatz des Änderungsantrags der OBG Freie Wähler abstimmen.

Abstimmungsergebnis zu 2. Absatz:	11 Ja-Stimmen	-	OBG Freie Wähler (6), FDP (3), AfD (2)
	32 Nein-Stimme	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)

Abschließend lässt Stadtverordnetenvorsteher Köhler über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	38 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (6), FDP (3)
	5 Nein-Stimme	-	AfD (2), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)

Zur Sache sprachen:

Burchard (5), Hieronymi (4), Reuter (7), Dr. von Eisenhart Rothe (6), Andernacht (9), Beuter (1), Bernhardt (1), Herr

5. Markt der lokalen Manufakturen (105)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-32/2022 vom 22.02.2022 sowie darauf, dass der HFDA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Ab Frähsommer 2022 findet auf dem historischen Marktplatz samstags ein „Markt der lokalen Manufakturen“ statt. Dieser erweitert das bestehende Angebot auf dem Wochenmarkt, der auf dem Epinayplatz verbleibt.

2. Es handelt sich um eine öffentliche Einrichtung i.S. von §§ 19 und 20 Hessische Gemeindeordnung. Der Markt der lokalen Manufakturen ist kein „Wochenmarkt“ im Sinne der städtischen Marktsatzung. Das Warenangebot ist fokussiert auf regionale, nachhaltige und Bio-Produkte.
3. Der Magistrat wird beauftragt, Kriterien / Richtlinien für die Auswahl der Standbetreiber festzulegen, um insbesondere die beschriebenen Anforderungen im Hinblick auf das Warenangebot sicherzustellen und die Standentgelte festzulegen.
4. Der Magistrat wird das Marktkonzept evaluieren und der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2023 einen Bericht vorlegen.

Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte ist zu informieren.

Stadtverordnete Unger stellt für die OBG Freie Wähler-Fraktion folgenden **Änderungsantrag**:

„Ab Frühsommer 2022 findet auf dem Epineyplatz samstags ein „Markt der lokalen Manufakturen“ statt. Dieser erweitert das bestehende Angebot auf dem Wochenmarkt.“

Hierüber lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	11 Ja-Stimmen	-	OBG Freie Wähler (6), AfD (2), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)
	32 Nein-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), FDP (3)

Der **Änderungsantrag** ist damit **abgelehnt**.

Stadtverordnetenvorsteher Köhler lässt anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	35 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), FDP (3), AfD (2), KLIMALISTE (1)
	6 Nein-Stimmen	-	OBG Freie Wähler
	2 Stimmenthaltungen	-	DIE LINKE

Zur Sache sprachen:

Unger (6), Reuter (5), Kunz (3)

6. Grundstücksgeschäft

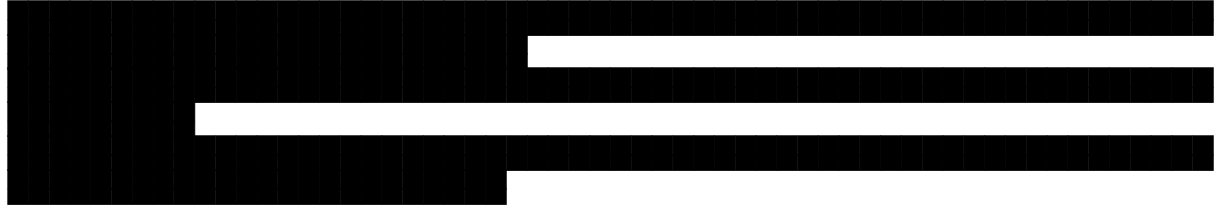
6.1 Kauf von Flächen in der Gemarkung Weißkirchen (612)

Stadtverordneter Bernhardt verlässt unter Hinweis auf § 25 HGO den Sitzungssaal.

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-28/2022 vom 22.02.2022 sowie darauf, dass der BUKA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) erwirbt, vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushalts 2022, von [REDACTED], folgende Grundstücke in der Gemarkung Weißkirchen:



zu einer Gesamtsumme von [REDACTED] zuzüglich Vertragsnebenkosten von ca. [REDACTED].

Der Ortsbeirat Weißkirchen ist zu informieren.

Abstimmungsergebnis:	36 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (5), AfD (2)
	6 Nein-Stimmen	-	FDP (3), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)

Zur Sache sprachen:

Dr. von Eisenhart Rothe (3), Schwarz (3), Kunz (1)

Stadtverordneter Bernhardt nimmt wieder an der Sitzung teil.

7. Konzept zur Personalbindung und -gewinnung pädagogischen Fachpersonals (501) (alt 15.)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-25/2022 vom 22.02.2022 sowie darauf, dass der SBKA und HFDA jeweils einstimmig die Zustimmung empfohlen haben.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Das als Anlage beigefügte Konzept zur Personalbindung und -gewinnung von pädagogischem Fachpersonal wird zur Kenntnis genommen.

Die im Konzept benannten Maßnahmen von Punkt 1, 2, 4 und 5 werden im Rahmen der jeweilig zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umgesetzt.

Die unter Punkt 3 beschriebenen Maßnahmen stellen weitere Möglichkeiten dar, die gegebenenfalls in den kommenden Jahren durch eigene Beschlussvorlagen in die Umsetzung kommen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (6), FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)
	2 Stimmenthaltungen	-	AfD

8. Grundstücksgeschäft

8.1 Grundstücksverkauf in der Gemarkung Bommersheim (612)

(alt 16.1)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf die Beschlussvorlage des Magistrats VL-23/2022 vom 22.02.2022 sowie darauf, dass der BUKA einstimmig die Zustimmung empfohlen hat.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) verkauft das Grundstück

Gemarkung Bommersheim Flur [REDACTED] Flurstück [REDACTED] „Gebäude- und Freifläche, An den Drei Hasen“, Größe [REDACTED]

an

[REDACTED]

Der Kaufpreis beträgt [REDACTED] Die Vertragskosten und die Grunderwerbsteuer trägt die Käuferin.

Die Ortsbeiräte Oberursel-Mitte und Oberursel-Bommersheim sind zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:	40 Ja-Stimmen	-	CDU (11), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11), SPD (7), OBG Freie Wähler (3), FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)
	3 Nein-Stimme	-	OBG Freie Wähler

Tagesordnung II

9. Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungssatzung) Erstattung von / Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außenbestuhlung (652)

10. Neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte (101)

11. Wirtschaftsplan 2022- Änderung des Festsetzungsbeschlusses (706)

(alt 9.)

12. Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ (612)

(alt 10.)

13. Innere Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Weißkirchen im B-Plan 219 – Entwurfsplanung. (613)

(alt 11.)

14. Ansiedlung Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in der südlichen Riedwiese Absichtserklärung (611)

15. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der (alt 13.) Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus). Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des Feuerwehrwesens der Stadt Oberursel (Taunus). (04)

16. Geodateninfrastruktur (GDI) Hochtaunuskreis und Umsetzung der europäischen "GDI- (alt 14.) INSPIRE" Richtlinie (INfrastructure for SPatial InfoRmation in Europe) hier: Fortsetzung der Zusammenarbeit (654)

Nach dem Bericht der Bürgermeisterin und dem Hinweis des Stadtverordnetenvorstehers, dass sich die zuständigen Fachausschüsse mit den Beschlussvorlagen zu TOP D) 9 bis D) 16 befasst und ihnen zugestimmt haben, stimmt die Stadtverordnetenversammlung den in der Anlage zur Niederschrift aufgeführten Beschlussvorlagen des Magistrats ebenfalls zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)

E) Vorlagen der Ausschüsse

1. Oberursel wird „sicherer Hafen“; Beschlussvorschlag SBKA 07.04.2022/Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE (50)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf den Beschluss des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses vom 07.04.2022 sowie darauf, dass der SBKA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Er führt weiter aus, dass im Ältestenrat einvernehmen bestand über den Beschlussvorschlag abschnittsweise abstimmen zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Oberursel unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen / Safety Place. Zudem tritt sie dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bietet der Magistrat dem Landrat des Hochtaunuskreises an, in Abstimmung mit der Kreisverwaltung und im Rahmen der städtischen räumlichen und finanziellen Möglichkeiten, ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel), zusätzlich geflüchtete Menschen aufzunehmen. Damit bestätigt die Kommune die bisher gelebte Praxis der Willkommenskultur der Oberurseler Bevölkerung.
3. Die Stadt Oberursel fordert die Bundesregierung auf, die aufnahmewilligen Kommunen bei ihren Anliegen zu unterstützen.
4. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung und das Land Hessen, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen, damit die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.
5. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechte Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche und private Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.

Abstimmungsergebnis zu 1.:	36 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 3 Stimmenthaltungen
Abstimmungsergebnis zu 2.:	22 Ja-Stimmen 15 Nein-Stimmen 6 Stimmenthaltungen
Abstimmungsergebnis zu 3.:	38 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Stimmenthaltungen
Abstimmungsergebnis zu 4.:	34 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 4 Stimmenthaltungen
Abstimmungsergebnis zu 5.:	34 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 2 Stimmenthaltungen

Zur Sache sprachen:

Mauczok (5), Prof. Dr. Koch-Brandt (3), Westenburger, Bernhardt

2. Resolution zum Krieg in der Ukraine; Beschlussvorschlag SBKA 22.03.2022/Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, OBG Freie Wähler, FDP, AfD, KLIMALISTE (41)

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf den Beschluss des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses vom 22.03.2022 sowie darauf, dass der SBKA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Führung auf die Ukraine scharf. Die russische Regierung wird aufgerufen unverzüglich die Kampfhandlungen auf dem Gebiet der Ukraine einzustellen. Wir sind in Gedanken bei der ukrainischen Zivilbevölkerung, der großes Leid und Unrecht widerfährt. Besonders gedenken wir den Opfern dieses Überfalls.

Wir danken den vielen Oberurselerinnen und Oberurselern für ihre spontane Unterstützung und deren Spenden für die notleidende ukrainische Bevölkerung.

Das große bürgerschaftliche Engagement zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine wissen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sehr zu schätzen. Direkte Hilfe wird nur durch engagiertes Handeln der Bürgerinnen und Bürger geleistet. Wir rufen dazu auf, sich weiter couragiert um die Kriegsoffer aus der Ukraine zu kümmern. Nur persönliche Kontakte und direkte Hilfe können dazu führen, dass wir den Geflüchteten ein sicheres zu Hause in Oberursel bieten können. Die Not dieser Menschen ist sehr groß.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, alle offiziellen Kontakte mit Vertreter_innen aus Lomonossow bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Die vorhandenen persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern von Oberursel und der russischen Partnerstadt Oberursels, Lomonossow (ehemals Oranienbaum) sowie des dortigen Freundschaftsvereins Kalinka, sollen weiterhin gepflegt werden, soweit dies aktuell möglich ist. Der bürgerschaftliche Dialog ist für die Völkerverständigung außerordentlich wichtig. Die Partnerschaft mit Lomonossow ist eine

herausragende Errungenschaft unserer Stadt zur Aussöhnung besonders um die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges. Wir vergessen nicht, dass im Zweiten Weltkrieg viel Unrecht von deutscher Seite ausgegangen ist. Wir rufen dazu auf, das Verhalten der russischen Regierung nicht mit den Wünschen des russischen Volkes gleichzusetzen. Wir dürfen die Brücken nicht abbrechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), OBG Freie Wähler (6),
FDP (3), AfD (2), DIE LINKE (2),
KLIMALISTE (1)

Protokollnotiz:

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die vorliegende Resolution zum Krieg in der Ukraine. Uns ist es wichtig, dass die Stadtverordnetenversammlung einmütig den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Führung auf die Ukraine verurteilt.

Wir teilen aber nicht die Forderung, alle offiziellen Kontakte mit Vertreter/innen aus Lomonosow bis auf Weiteres ruhen zu lassen. - Es ist die russische Seite, die den Austausch abgebrochen hat, wir dürfen die Brücken nicht unsererseits abreißen.

**3. Feierabendmarkt auf dem historischen Marktplatz;
Beschlussvorschlag HFDA 24.03.2022/Antrag der FDP-Fraktion (11)**

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf den Beschluss des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vom 24.03.2022 sowie darauf, dass der HFDA mehrheitlich die Zustimmung empfohlen hat.

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Einrichtung eines Feierabendmarktes in die Erarbeitung eines Konzeptes im Rahmen des Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“ einbezogen werden kann.

Der Fokus O und die Anwohner rund um den Marktplatz sind hierbei einzubeziehen. Der Feierabendmarkt soll in den Monaten April – Oktober stattfinden. Die Ausgabe von Speisen und Getränken soll am Markttag um 19:00 Uhr enden.

Abstimmungsergebnis: **37 Ja-Stimmen** - CDU (11),
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11),
SPD (7), FDP (3), AfD (2),
DIE LINKE (2), KLIMALISTE (1)
5 Nein-Stimmen - OBG Freie Wähler
1 Stimmenthaltung - OBG Freie Wähler

**4. Bericht zur Umsetzung von Telearbeit in der Corona-Pandemie;
Beschlussvorschlag HFDA/Antrag der FDP-Fraktion (10)**

Stadtverordnetenvorsteher Köhler verweist auf den Beschluss des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vom 24.03.2022 sowie darauf, dass der HFDA einstimmig die Zustimmung empfohlen hat.

Der Magistrat gebeten wird, eine Evaluation der Erfahrungen der aufgrund der Corona-Pandemie ermöglichten Telearbeit in der Verwaltung der Stadt Oberursel durchzuführen und bis zur Sommerpause über deren Ergebnis zu berichten.

Dabei ist insbesondere zu berichten,

Zur Sache sprachen:

Prof. Dr. Koch-Brandt (9), Bürgermeisterin Runge (3)

3. Einbeziehung von modernen Dieselnissen in das Gutachten zur Neuausschreibung des Busbetriebes - AfD - (100)
(alt 2.)

- TOP F) 1 StvV am 19.05.2022

4. Parken auf Bürgersteigen - AfD - (10)
(alt 3.)

- TOP F) 2 StvV am 19.05.2022

5. Photovoltaik auf Agrarflächen und auf Großparkplätzen – sowohl städtische als auch private Flächen - KLIMALISTE - (10)
(alt 14.)

- TOP F) 3 StvV am 19.05.2022

6. Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten für eine Markthalle in Oberursel - CDU/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP - (11/61)
(alt 5.)

- TOP F) 4 StvV am 19.05.2022

7. Antidiskriminierungsstelle in der Stadtverwaltung verankern - CDU/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - (10)
(alt 6.)

- TOP F) 5 StvV am 19.05.2022

8. Weiterentwicklung Satzung Hundesteuer - AfD - (20)
(alt 7.)

- TOP F) 6 StvV am 19.05.2022

9. Senkung der Gewerbesteuer - AfD - (20)
(alt 8.)

- TOP F) 7 StvV am 19.05.2022

10. Attraktivität der Innenstadt erhöhen - AfD - (11)
(alt 9.)

- TOP F) 8 StvV am 19.05.2022

11. Kindergartengebühren nicht erhöhen - AfD - (50)
(alt 10.)

- TOP F) 9 StvV am 19.05.2022

12. No-Water-Toilets für Veranstaltungen - KLIMALISTE - (41)
(alt 11.)

- **TOP F) 10 StvV am 19.05.2022**

**G) Anfragen gemäß § 9 GOStvV
aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung**

Es liegen keine Vorlagen vor.

Mit dem Hinweis auf den Termin für die **10. Sitzung** der **Stadtverordnetenversammlung** in der Wahlzeit 2021/2026 am

Donnerstag, dem 19.05.2022, um 19.30 Uhr

schließt Stadtverordnetenvorsteher Köhler die Sitzung.

STADTVERORDNETENVORSTEHER

SCHRIFTFÜHRERIN

Lothar Köhler

Verena Gottschalk

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Ehrendes Gedenken

an

Herrn Dieter Lober-Sies

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 28. März 2022 ist **Herr Dieter Lober-Sies** im Alter von 73 Jahren verstorben.

Herr Lober-Sies, geboren am 01. Oktober 1948, war von Mai 2021 bis März 2022 für die SPD-Fraktion Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

Darüber hinaus hat er viele Jahre an deutschen Schulen in Kolumbien gearbeitet und sich seitdem für verschiedene Sozial- und Schulprojekte eingesetzt.

Durch das vorbildliche Engagement des Verstorbenen, seinem stets aufgeschlossenen Wesen und seiner Hilfsbereitschaft erfreute sich Herr Dieter Lober-Sies hoher Achtung und Wertschätzung in der Bevölkerung.

Im Namen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats wurde den Angehörigen des Verstorbenen schriftlich die Anteilnahme der städtischen Gremien ausgesprochen.

Wir werden Herrn Dieter Lober-Sies ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zum Gedenken des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben haben.

Lothar Köhler
Stadtverordnetenvorsteher

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

- **personelle Veränderungen**

Herr Gerd Krämer von der CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 04.02.2022 mitgeteilt, dass er sein Mandat als Stadtverordneter mit Wirkung zum 28.02.2022 niederlegt. An seine Stelle rückt nach § 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages der CDU mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Dies ist Herr Michael Braun.

Herr Braun hat sein Mandat angenommen.

Er vertritt die CDU-Fraktion mit Wirkung vom 01.03.2022 bis zum 01.04.2022 im Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss.

Des Weiteren hat die **CDU-Fraktion** mit Schreiben vom 22.02.2022 mitgeteilt, dass Frau Stadtverordnete Susanne Kügel mit Wirkung ab dem 01.03.2022 als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH in Nachfolge des ausscheidenden Stadtverordneten Herrn Gerd Krämer nachrückt.

Weiterhin hat die **CDU-Fraktion** mit Schreiben vom 22.02.2022 mitgeteilt, dass der bisherige Fraktionsvorsitzende Herr Jens Uhlig, infolge der Wahl zum Stadtrat in den hauptamtlichen Magistrat seine Tätigkeit mit sofortiger Wirkung beendet hat.

Als neue Fraktionsvorsitzende wurde Frau Susanne Kügel gewählt.

Herrn **Jens Uhlig** hat am 01.04.2022 aufgrund seiner Ernennung zum hauptamtlichen Stadtrat sein Mandat als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 2 Kommunalwahlgesetz (KWG) in Verbindung mit § 65 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung (HGO) verloren. An seine Stelle rückt nach § 34 Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der CDU mit den meisten Stimmen nach.

Dies ist Frau Nicole Müller.

Frau Müller hat ihr Mandat angenommen.

Sie vertritt die CDU-Fraktion mit Wirkung vom 01.04.2022 im Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss.

Herr Stadtverordneter Michael Braun vertritt die CDU-Fraktion mit Wirkung vom 01.04.2022 im Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss.

Herr **Dieter Lober-Sies** von der SPD-Fraktion ist am 28.03.2022 verstorben.

An seine Stelle rückt nach § 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Dies ist Vanessa Küster.

Frau Küster hat mit Schreiben vom 05.04.2022 mitgeteilt, dass sie auf ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verzichtet (§§ 33 und 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)). An ihre Stelle rückt die nächste noch nicht berufene Bewerberin des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Dies ist Frau Gabriele Hesse.

Frau Hesse hat mit Schreiben vom 06.04.2022 mitgeteilt, dass sie auf ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verzichtet (§§ 33 und 34 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)). An ihre Stelle rückt der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages der SPD mit den meisten Stimmen (§ 34 KWG).

Das ist Herr **Walter Breinl**.

Ich danke auch Herrn Krämer sowie Herrn Uhlig für die als Stadtverordneter geleistete Arbeit und wünsche Herrn Braun und Frau Müller ebenfalls bei der Ausübung ihres Mandats viel Erfolg.

Sie erhalten diese Informationen zur Kenntnis.

Lothar Köhler
Stadtverordnetenvorsteher

Stadt Oberursel (Taunus)

Büro der Gremien

Aktenzeichen:

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

07.03.2022	VL-50/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	7	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ältestenrat	31.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Wahl eines Schriftführers für den Magistrat, Ältestenrat und die Stadtverordnetenversammlung sowie für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den Leiter des Büros der Gremien, Herrn Christian Lenz, für die Wahlzeit 2021/2026 zum Schriftführer für den Magistrat, Ältestenrat und für die Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Leiter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Herrn Daniel Bauer, für die Wahlzeit 2021/2026 als Schriftführer für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschusses zu wählen.

Sachbericht:

Aufgrund der Neubesetzung der Büroleiterposition des Büros der Gremien wird vorgeschlagen, Herrn Christian Lenz, als Schriftführer des Magistrats, des Ältestenrates und der Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Mit der Magistratsvorlage VL-72/2021 wurden für den Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss Herr Arnold Richter und Herr Bernhard Strobehn als Schriftführer gewählt.

Da Herr Richter demnächst in den Ruhestand geht und für diese Funktion absehbar nicht mehr zur Verfügung steht, wurde innerhalb des Geschäftsbereichs „Stadtentwicklung“ festgelegt, dass künftig Herr Bauer als Schriftführer fungieren und Herrn Richter ersetzen soll.

Finanzielle Auswirkungen:

Gemäß der „Entschädigungssatzung“ erhalten die Schriftführer/innen eine Aufwandsentschädigung.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine.

Verena Gottschalk

Christof Fink
Erster Stadtrat

VORLAGE AN DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Datum der Sitzung	Nr.	TOP	VORLAGEN-NR.
07.04.2022	9.	W) 2	--

Wahlperiode 2021-2026

Hinweis: Änderung
 Anlage

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022	

Betreff:

2. **Verkehrskommission;
 Wahl von einer stellv. sachkundigen Einwohnerin gemäß § 72 Abs. 2 HGO**

Beschlussvorschlag:

Verband	Stellvertreter/in
Fokus O.	Zaklina Koch

Hinweis: Von Fokus O. zur Mitarbeit als stellv. sachkundige Einwohnerin vorgeschlagen.

VORLAGE AN DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Datum der Sitzung	Nr.	TOP	VORLAGEN-NR.
07.04.2022	9.	W) 3	-- Wahlperiode 2021-2026

Hinweis: Änderung
 Anlage

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022	

Betreff:

- 3. Betriebskommission für den Bau- und Service Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) - BSO - ;
Wahl von einem sachkundigen Einwohner und dessen Stellvertreter gemäß § 5 Abs. 3 der Betriebssatzung**

Beschlussvorschlag:

Vertreter	Stellvertreter
Martin Homola (CDU)	Peter Haas (CDU)

VORLAGE AN DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Datum der Sitzung	Nr.	TOP	VORLAGEN-NR.
07.04.2022	9.	W) 4	-- Wahlperiode 2021-2026

Hinweis: Änderung
 Anlage

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022	

Betreff:

4. **Kultur- und Sportförderverein Oberursel e.V. (KSfO);
 Vorschlag für die Wahl von einem Mitglied der Stadt Oberursel (Taunus)
 in den Geschäftsführenden Vorstand**

Beschlussvorschlag:

für die Wahl von einem stellv. Mitglied der Stadt Oberursel (Taunus) in den geschäftsführenden Vorstand des KSfO durch die Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022 gemäß § 12 Abs. 2 e) der Vereinssatzung

Stellvertreter/in
Bianca Schultheiß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stadt Oberursel (Taunus)

Büro der Gremien
Aktenzeichen: 100-no

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

26.08.2021	VL-168/2021
-------------------	--------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	6	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Ältestenrat	31.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			zurückgestellt
Magistrat	09.05.2022	II	5	
Ältestenrat	12.05.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	19.05.2022			

Betreff:

Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, die beigefügte Vorschlagsliste des Magistrats für die Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus) gemäß § 10 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) für die Wahlzeit 2021/2026 zu beschließen.

Sachbericht:

Gemäß § 10 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) werden die Beisitzer/innen für den Anhörungsausschuss (§ 7 HessAGVwGO) für die Wahlzeit der Vertretungskörperschaft durch die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Magistrats gewählt.

Nach Durchführung der Kommunalwahl am 14.03.2021 und Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) wurden die sieben Fraktionsvorsitzenden der im Stadtparlament vertretenen Parteien sowie die Industrie- und Handelskammer, Ver.di, fokus O. und der Deutsche Gewerkschaftsbund um Unterbreitung von Vorschlägen für die Besetzung des Anhörungsausschusses gebeten. Aufgrund der eingegangenen Vorschläge wurde die beigefügte Liste erstellt. Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und die anderen Vereinigungen sind auf der Beisitzerliste entsprechend ihrer Vorschläge wie folgt repräsentiert:

CDU	4 Personen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4 Personen
SPD	2 Personen
OBG	2 Personen
FDP	1 Person
AfD	1 Person
DIE LINKE	1 Person
IHK	1 Person
Fokus O.	1 Person
Ver.di	1 Person
DGB	1 Person

Insgesamt: 19 Personen

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine.

Stephan Parnet
Geschäftsbereichsleiter

Anlage:
Vorschlagsliste Beisitzer/innen Anhörungsausschuss

Christof Fink
Erster Stadtrat

Anlage(n):
1 Vorschlagsliste Beisitzer/innen Anhörungsausschuss - öffentlich
2 Vorschlagsliste Beisitzerinnen Anhörungsausschuss - nichtöffentlich
3 Bearbeitungsblatt

Vorschlagsliste des Magistrats

gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 1 HessAGVwGO für die Wahl der Beisitzer/innen in den Anhörungsausschuss der Stadt Oberursel (Taunus) gemäß §§ 7 ff des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom -

Lfd. Nr.	Name, Anschrift	vorgeschlagen von
1.	von Stietencron , Johannes	CDU
2.	Förder , Christine	CDU
3.	Aumüller , Jürgen	CDU
4.	Studanski , Thomas	CDU
5.	Herrmann , Irene	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6.	Oppermann , Bärbel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
7.	Lechmann , Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
8.	Heinze , Holger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
9.	Mauczok , Doris	SPD
10.	Burchard , Wolfgang	SPD
11.	Semeras , Julia	OBG Freie Wähler
12.	Herzan , Georg	OBG Freie Wähler
13.	Planer , Michael	FDP
14.	Prof. Dr. Koch-Brandt , Claudia	AfD
15.	Vogel-Flache , Runfrid	DIE LINKE
16.	N.N.	IHK
17.	Herrmann , Reiner	Fokus O.
18.	N.N.	Ver.di
19.	N.N.	DGB

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
09.03.2022	17:45 Uhr	Horn

betr.

Abschluss der Sanierungsarbeiten am Maasgrundweiher

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweiher durchgeföhrt. Die Arbeiten wurden im November 2021 abgeschlossen. Nach Abschluss der Arbeiten sollte laut Beschluss des BUKA vom 2.6.2021 der Ausschuss über die tatsächlichen Kosten informiert werden.

Fragen:

1. Wurde geprüft, dass alle Arbeiten nach dem derzeitigen Stand der Technik ausgeführt wurden?
2. Wann wird die Abschlussrechnung dem BUKA vorgelegt?

gez. Prof. Dr. C. Koch-Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der AfD - Fraktion vom **09.03.2022**
zur **Stadtverordnetenversammlung** am **07.04.2022**

Datum:
10.03.2022

Abschluss der Sanierungsarbeiten am Maasgrundweiher (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Die Arbeiten wurden im November 2021 abgeschlossen. Nach Abschluss der Arbeiten sollte laut Beschluss des BUKA vom 2.6.2021 der Ausschuss über die tatsächlichen Kosten informiert werden.

Fragen:

1. Wurde geprüft, dass alle Arbeiten nach dem derzeitigen Stand der Technik ausgeführt wurden?
2. Wann wird die Abschlussrechnung dem BUKA vorgelegt?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum:
29.03.2022

- zu 1. Die Arbeiten wurden nach dem derzeitigen Stand der Technik ausgeführt. Während der Bauarbeiten fand eine wöchentliche Begutachtung der Bauarbeiten durch das beauftragte Ingenieurbüro statt. Auch die Ökologische Baubegleitung war regelmäßig vor Ort. Die Abnahme erfolgte am 02.11.2021.
- zu 2. Der Bau, Umwelt- und Klimaschutzausschuss wurde in seiner Sitzung am 02.06.21 über die Auftragsvergabe informiert. Der Rechnungsausgleich ist Gegenstand der laufenden Verwaltung, für die der Magistrat verantwortlich zeichnet. Der Rechnungsbetrag fließt in den Haushalt 2021 ein. Nach Fertigstellung des Verwendungsnachweises und der abschließenden Prüfung durch den Hochtaunuskreis und durch die Förderstelle wird der Stadtverordnetenversammlung die Aufstellung der Ausgaben und Einnahmen vorgelegt.

Christof Fink
Erster Stadtrat

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

1. Abschluss der Sanierungsarbeiten am Maasgrundweiher - AfD - (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Die Arbeiten wurden im November 2021 abgeschlossen. Nach Abschluss der Arbeiten sollte laut Beschluss des BUKA vom 2.6.2021 der Ausschuss über die tatsächlichen Kosten informiert werden.

Fragen:

1. Wurde geprüft, dass alle Arbeiten nach dem derzeitigen Stand der Technik ausgeführt wurden?
2. Wann wird die Abschlussrechnung dem BUKA vorgelegt?

Keine Zusatzfragen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
09.03.2022	17:45 Uhr	Horn

betr.

Verwendung von Mineralwolle bei der Sanierung des Maasgrundweihers

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden große Mengen an Mineralwolle auf der Baustelle gelagert und offensichtlich auch verwendet. Die Gebindebehälter trugen die rote Aufschrift „Achtung: Inhalt kann krebserzeugende Faserstoffe freisetzen“. In ihrer Präsentation über die geplanten Arbeiten hat die ausführende Firma nicht über die Verwendung von Mineralwolle informiert.

Fragen:

1. Wurde die Durchführung der Arbeiten gegenüber der Planung geändert und das beschriebene Material bei der Sanierung des Maasgrundweihers verbaut?
2. Wenn ja, in welchem Umfang und zu welchem Zweck ist das geschehen?

gez. Prof. Dr. C. Koch-Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der AfD - Fraktion vom **09.03.2022**
zur **Stadtverordnetenversammlung** am **07.04.2022**

Datum:
10.03.2022

Verwendung von Mineralwolle bei der Sanierung des Maasgrundweihers (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden große Mengen an Mineralwolle auf der Baustelle gelagert und offensichtlich auch verwendet. Die Gebindebehälter trugen die rote Aufschrift „*Achtung: Inhalt kann krebserzeugende Faserstoffe freisetzen*“. In ihrer Präsentation über die geplanten Arbeiten hat die ausführende Firma nicht über die Verwendung von Mineralwolle informiert.

1. Wurde die Durchführung der Arbeiten gegenüber der Planung geändert und das beschriebene Material bei der Sanierung des Maasgrundweihers verbaut?
2. Wenn ja, in welchem Umfang und zu welchem Zweck ist das geschehen?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum:
29.03.2022

Die Gebindebehälter (Big Bags) waren mit unbelastetem Sand gefüllt und wurden zum Absperren eines Teilbereichs des Maasgrundweihers benötigt. Die beauftragte Firma teilte mit, dass leider nur Big Packs mit Aufschrift lieferbar waren. Die Aufschrift hatte nichts mit dem tatsächlichen Inhalt zu tun.

Christof Fink
Erster Stadtrat

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

2. Verwendung von Mineralwolle bei der Sanierung des Maasgrundweihers - AfD - (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine Sanierung des Uferrandes und eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeiten wurden große Mengen an Mineralwolle auf der Baustelle gelagert und offensichtlich auch verwendet. Die Gebindebehälter trugen die rote Aufschrift „Achtung: Inhalt kann krebserzeugende Faserstoffe freisetzen“. In ihrer Präsentation über die geplanten Arbeiten hat die ausführende Firma nicht über die Verwendung von Mineralwolle informiert.

Fragen:

1. Wurde die Durchführung der Arbeiten gegenüber der Planung geändert und das beschriebene Material bei der Sanierung des Maasgrundweihers verbaut?
2. Wenn ja, in welchem Umfang und zu welchem Zweck ist das geschehen?
Das Andere ist inhärent, dort wo erneuerbare Energien genutzt werden, geht es damit einher, dass CO₂-Ausstöße dadurch gemindert werden und die Frage ist damit, dass es das gar nicht gibt, beantwortet.

Keine Zusatzfragen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
09.03.2022	17:45 Uhr	Horn

betr.

Monitoring der ökologischen Aufwertung des Maasgrundweihers

Im Jahr 2021 wurde eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität durchgeführt, insbesondere sollte die Sauerstoffanreicherung verbessert und die Phosphorfracht erniedrigt werden (Beschlussvorlage Magistrat 10.5.2021).

Frage:

Wird ein regelmäßiges Monitoring der Wasserqualität des Weihers durchgeführt, um die durch die durchgeführten Maßnahmen erzielten ökologischen Effekte zu überprüfen?

gez. Prof. Dr. C. Koch-Brandt
Vorsitzende der AfD-Fraktion

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der AfD - Fraktion vom **09.03.2022**
zur **Stadtverordnetensitzung** am **07.04.2022**

Datum: 10.03.2022

Monitoring der ökologischen Aufwertung des Maasgrundweihers (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine ökologische Optimierung des Maasgrundweihers mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität durchgeführt, insbesondere sollte die Sauerstoffanreicherung verbessert und die Phosphorfracht erniedrigt werden (Beschlussvorlage Magistrat 10.5.2021).

Wird ein regelmäßiges Monitoring der Wasserqualität des Weihers durchgeführt, um die durch die durchgeführten Maßnahmen erzielten ökologischen Effekte zu überprüfen?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum: 29.03.2022

Ein regelmäßiges Monitoring ist geplant. Dieses beginnt Ende 2022, wenn sich die neu angelegte Ufervegetation sowie die Bepflanzung der schwimmenden Inseln entwickelt haben und die Belüftungsanlage wieder in Betrieb genommen ist.

Christof Fink
Erster Stadtrat

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

3. Monitoring der ökologischen Aufwertung des Maasgrundweiher - AfD - (II/65)

Im Jahr 2021 wurde eine ökologische Optimierung des Maasgrundweiher mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität durchgeführt, insbesondere sollte die Sauerstoffanreicherung verbessert und die Phosphorfracht erniedrigt werden (Beschlussvorlage Magistrat 10.5.2021).

Frage:

Wird ein regelmäßiges Monitoring der Wasserqualität des Weiher durchgeführt, um die durch die durchgeführten Maßnahmen erzielten ökologischen Effekte zu überprüfen?

1. Zusatzfrage Stadtverordnete Prof. Dr. Koch-Brandt:

Es gibt ja noch keine Werte, aber gibt es denn eine Erklärung für den vermehrten Algenwuchs, der insbesondere an der Hangseite des Weiher zu beobachten ist?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Es ist so, dass der Schlammabbau auf der einen Seite funktioniert hat und das Gleichgewicht sich mit dem Durchfluss wieder einstellen wird und die Belüftung wird erst in Kürze wieder aufgenommen. Von daher geht es Schritt für Schritt und ist in dem dafür vorgesehenen Plan so abgebildet. Falls sich aber dazu etwas verändern sollte, wird ein zwischenzeitliches Monitoring vorgenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
14.03.2022	10:42 Uhr	Gottschalk

betr.

Vergabe Fußverkehrskonzept

Hintergrund:

Laut Pressemitteilung vom 18.2.2022 hat die Stadt Oberursel das Büro plan&rat, Büro für kommunale Planung und Beratung, Braunschweig mit der Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts beauftragt. Die Kosten sind auf ca. 45.000,- angesetzt.

Fragen:

Wurde zur Vergabe des Auftrages eine Ausschreibung durchgeführt bzw. Vergleichsangebote eingeholt, um das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern zu beachten?

Aufgrund welcher Kriterien wurde der Auftrag an die Braunschweiger Firma vergeben?

gez. Claudia Koch-Brandt
Vorsitzende der AfD-Fraktion

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der AfD - Fraktion vom **14.03.2022**
zur **Stadtverordnetenversammlung** am **07.04.2022**

Datum: 14.03.2022

Vergabe Fußverkehrskonzept (II/65)

Laut Pressemitteilung vom 18.2.2022 hat die Stadt Oberursel das Büro plan&rat, Büro für kommunale Planung und Beratung, Braunschweig mit der Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts beauftragt. Die Kosten sind auf ca. 45.000,- angesetzt.

1. Wurde zur Vergabe des Auftrages eine Ausschreibung durchgeführt bzw. Vergleichsangebote eingeholt, um das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern zu beachten?
2. Aufgrund welcher Kriterien wurde der Auftrag an die Braunschweiger Firma vergeben?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum: 16.03.2022

Zu 1: Zur Vergabe wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Zu 2: Erfahrungen im Bereich Fußverkehrskonzept, Kosten und Ortskenntnisse; die Firma plan&rat war in den Jahren 2019/20 an der Erarbeitung des Nahmobilitätschecks beteiligt.

Christof Fink
Erster Stadtrat

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

4. Vergabe Fußverkehrskonzept - AfD - (II/65)

Laut Pressemitteilung vom 18.2.2022 hat die Stadt Oberursel das Büro plan&rat, Büro für kommunale Planung und Beratung, Braunschweig mit der Entwicklung eines Fußverkehrskonzepts beauftragt. Die Kosten sind auf ca. 45.000,- angesetzt.

Fragen:

1. Wurde zur Vergabe des Auftrages eine Ausschreibung durchgeführt bzw. Vergleichsangebote eingeholt, um das Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit Steuergeldern zu beachten?
2. Aufgrund welcher Kriterien wurde der Auftrag an die Braunschweiger Firma vergeben?

1. Zusatzfrage Stadtverordneter Beuter:

Wieviel andere Angebote wurden denn hier noch abgegeben?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Das müsste ich nachfragen, die Antwort würden wir dann beilegen.

2. Zusatzfrage Stadtverordnete Prof. Dr. Koch-Brandt:

Hat man denn vor der Ausschreibung die Expertise des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland, der vom Bundesumweltministerium geförderte Projekte zur Entwicklung des Fußverkehrs in benachbarten Städten wie Mainz und Wiesbaden betreut, aber auch in kleineren Städten, hat man sich die zunutze gemacht beziehungsweise hat man da Erkundigungen eingezogen? Also vor der Ausschreibung oder überhaupt?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Also welche Expertisen explizit man jetzt eingeholt hat, müsste ich nachfragen. Aber selbstverständlich ist es so, dass wir a) selber Fachleute haben und diese b) Expertisen ringsum als Best Practice einholen. Man schaut, wo steht man selber bei solchen Konzepten, was gibt es ringsum, dafür haben wir Expertinnen und Experten in der Verwaltung und von daher kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, was als Benchmark da einbezogen wurde, vertraue da aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, dass sie auf dem Schirm haben, was es da noch alles gibt, genauso wie den Experten in anderen Städten. Aber welche, kann ich jetzt genau nicht beantworten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
14.03.2022	12:36 Uhr	Gottschalk

betr.

Oberurseler Wohnungsmarkt

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Oberursel darf als angespannt bezeichnet werden. Betroffen davon sind insbesondere Personen mit niedrigen Einkommen. Dies vorausgeschickt, bitten wir den Magistrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Personen sind zum Stichtag 01.03.2022 im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins?
- Wie viele von diesen Personen sind derzeit wohnungssuchend?

gez. Michael Planer
(FDP - Fraktionsvorsitzender)

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der FDP - Fraktion vom **14.03.2022**
zur **Stadtverordnetensitzung** am **07.04.2022**

Datum: 14.03.2022

Oberurseler Wohnungsmarkt (II/50)

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Oberursel darf als angespannt bezeichnet werden. Betroffen davon sind insbesondere Personen mit niedrigen Einkommen. Dies vorausgeschickt, bitten wir den Magistrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Personen sind zum Stichtag 01.03.2022 im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins?
- Wie viele von diesen Personen sind derzeit wohnungssuchend?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum: 15.03.2022

Derzeit sind 309 Haushalte als wohnungssuchend gemeldet. Insgesamt handelt es sich hier um 784 Personen, die mit einem Wohnberechtigungsschein auf eine Wohnung warten.

Personen, die in eine entsprechende Wohnung vermittelt werden konnten, benötigen den Wohnberechtigungsschein als Nachweis für den Wohnungseigentümer. Eine Statistik über die Ausstellung solcher Wohnberechtigungsscheine wird nicht geführt.

Christof Fink
Erster Stadtrat

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

5. Oberurseler Wohnungsmarkt - FDP - (II/65)

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Oberursel darf als angespannt bezeichnet werden. Betroffen davon sind insbesondere Personen mit niedrigen Einkommen. Dies vorausgeschickt, bitten wir den Magistrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Fragen:

- Wieviel Personen sind zum Stichtag 01.03.2022 im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins?
- Wieviel von diesen Personen sind derzeit wohnungssuchend?

Keine Zusatzfragen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
28.03.2022	21:07 Uhr	Gottschalk

betr.
Hilfsfristen Gattenhöferweg

Die Stadt veröffentlichte am 21. März 2022 eine Pressemitteilung zum Bahnübergang Gattenhöfer Weg.

In der Veröffentlichung heißt es: „Zur Beseitigung des Unfallschwerpunktes am Bahnübergang Gattenhöferweg wird die Einmündung Gattenhöferweg/Gablonzer Straße zukünftig für den Kfz-Verkehr gesperrt, die Fahrbeziehung zur Gablonzer Straße ist dann nicht mehr gegeben.“

Insofern die Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes in die Straße Hammergarten ziehen sollte, war avisiert, dass zur Erfüllung der Hilfsfristen der Gattenhöferweg zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße durch die Rettungsfahrzeuge befahren werden müsste.

Wir fragen den Magistrat:

Welche Alternativlösungen hat der Magistrat gefunden, die eine entsprechende Durchfahung des Gattenhöferweges entbehrlich machen?

gez. Andreas Bernhardt
(Fraktionsvorsitzender der OBG Freie Wähler-Fraktion)

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der OBG Freie Wähler - Fraktion vom **28.03.2022**
zur **Stadtverordnetensitzung** am **07.04.2022**

Datum:
29.03.2022

Hilfsfristen Gattenhöferweg (I/61)

Die Stadt veröffentlichte am 21. März 2022 eine Pressemitteilung zum Bahnübergang Gattenhöfer Weg.

In der Veröffentlichung heißt es: „Zur Beseitigung des Unfallschwerpunktes am Bahnübergang Gattenhöferweg wird die Einmündung Gattenhöferweg/Gablonzer Straße zukünftig für den Kfz-Verkehr gesperrt, die Fahrbeziehung zur Gablonzer Straße ist dann nicht mehr gegeben.“

Insofern die Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes in die Straße Hammergarten ziehen sollte, war avisiert, dass zur Erfüllung der Hilfsfristen der Gattenhöferweg zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße durch die Rettungsfahrzeuge befahren werden müsste.

Welche Alternativlösungen hat der Magistrat gefunden, die eine entsprechende Durchfahrung des Gattenhöferweges entbehrlich machen?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum:
29.3.2022

Die Sperrung des Gattenhöfer Wegs für den MIV ist seit langem geplant und aus Sicherheitsgründen notwendig. Zu Fuß Gehende und Rad Fahrende können den Bahnübergang barrierefrei nutzen.

Eine Öffnung kann mittels einer temporären Signalisierung bedarfsweise erfolgen. Eine dauerhafte Öffnung für den MIV kann dann erfolgen, wenn der Knoten Gablonzer Straße/Gattenhöfer Weg voll signalisiert wird. Die Kosten für eine solche Vollsignalisierung werden wegen der notwendigen Einbindung in die Signaltechnik der VGF auf 700.000 € geschätzt.

Das DRK ist zur Einhaltung der Hilfsfristen nicht auf die Durchfahrt im Gattenhöfer Weg angewiesen. Dies war als Optimierung diskutiert worden.

Die Ausfahrt aus dem Gattenhöfer Weg / Hammergarten wird für RTWs signalisiert werden, so dass sie dort stets ungehindert auf die Gablonzer Straße ausfahren können.

Antje Runge
Bürgermeisterin

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

6. Hilfsfristen Gattenhöferweg - OBG Freie Wähler - (I/61)

Die Stadt veröffentlichte am 21. März 2022 eine Pressemitteilung zum Bahnübergang Gattenhöfer Weg.

In der Veröffentlichung heißt es: „Zur Beseitigung des Unfallschwerpunktes am Bahnübergang Gattenhöferweg wird die Einmündung Gattenhöferweg/Gablonzer Straße zukünftig für den Kfz-Verkehr gesperrt, die Fahrbeziehung zur Gablonzer Straße ist dann nicht mehr gegeben.“

Insofern die Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes in die Straße Hammergarten ziehen sollte, war avisiert, dass zur Erfüllung der Hilfsfristen der Gattenhöferweg zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße durch die Rettungsfahrzeuge befahren werden müsste.

Fragen:

Welche Alternativlösungen hat der Magistrat gefunden, die eine entsprechende Durchfahrung des Gattenhöferweges entbehrlich machen?

Keine Zusatzfragen

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Frage gem. § 10 GO

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
28.03.2022	21:07 Uhr	Gottschalk

betr.

Aktueller Stand Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgebung

Nach Äußerungen des Magistrats sollte das Projekt zügig vorangetrieben werden.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist das Projekt seit Anfang 2021 voran gekommen?
2. Wann ist mit der Vorlage der entsprechenden Bebauungspläne zu rechnen?

gez. Andreas Bernhardt
Fraktionsvorsitzender der OBG Freie Wähler-Fraktion

Frage gemäß § 10 GO StvVersammlung
der OBG Freie Wähler - Fraktion vom **28.03.2022**
zur **Stadtverordnetensitzung** am **07.04.2022**

Datum:
29.03.2022

Aktueller Stand Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung (I/61)

Nach Äußerungen des Magistrats sollte das Projekt zügig vorangetrieben werden.

1. Wie ist das Projekt seit Anfang 2021 voran gekommen?
2. Wann ist mit der Vorlage der entsprechenden Bebauungspläne zu rechnen?

Verena Gottschalk

Antwort:

Datum:
04.04.2022

Die grundlegende Machbarkeit zur Durchbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung wurde am 28. Oktober 2020 ausführlich im BUA vorgestellt und diskutiert. Weitergehende Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Die Unterlagen sind hier abrufbar:

https://oberursel.ratsinfomanagement.net/vorgang/?_=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZXOFEcyxRy416FIKnt6nCo1_BjViWJSj8s1dJHe3sajE

Die Durchbindung (inkl. LSA Adenauerallee und LSA Weingärtenumgehung) würde nach einer groben Kostenschätzung nach Preisen 2020 ca. 7 Mio € netto kosten. Hinzu kämen notwendige Folgeaufwendungen, um den geänderten Verkehrsströmen Rechnung zu tragen: Beispielhaft und nicht abschließend sind zu nennen: Anpassungen am Knoten Feldbergstraße / Liebfrauenstraße, Bärenkreuzung, Knoten Gattenhöfer Weg/Gablonzer Straße.

Einbindung in gesamtstädtische Ziele und Betrachtungen:

- Die Einbahnstraßenlösung zwischen Feldbergstraße und An den Drei Hasen zur Entlastung der Anwohnenden kann unabhängig vom Durchstich realisiert werden
- Die städtebauliche Entwicklung der Flächen am Bahnhof kann unabhängig vom Durchstich realisiert werden

Das Bebauungsplanverfahren kann weitergeführt werden. Planungsmittel dafür sind vorhanden. Zur Vermeidung aufwändiger Umplanungen, sollte ein Grundsatzbeschluss herbeigeführt werden, den vorgestellten Entwurf im B-Planverfahren weiter zu verfolgen.

Antje Runge
Bürgermeisterin

**Zusatzfragen und Antworten
zu 3 von 7 Fragen gemäß § 10 GOSTvV
in der 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

**7. Aktueller Stand Anbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgebung
- OBG Freie Wähler - (I/61)**

Nach Äußerungen des Magistrats sollte das Projekt zügig vorangetrieben werden.

Fragen:

1. Wie ist das Projekt seit Anfang 2021 voran gekommen?
2. Wann ist mit der Vorlage der entsprechenden Bebauungspläne zu rechnen?

1. Zusatzfrage Stadtverordneter Bernhardt:

Vielen Dank Frau Bürgermeisterin. Ich habe zwei Zusatzfragen, die erste Zusatzfrage wäre, interpretiere ich es richtig, da wir ja gefragt haben, was seit Anfang 2021 passiert ist und von Ihnen bis jetzt aber nur ausgeführt wurde, was in 2020 war, dass seit Anfang 2021 nichts passiert ist?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Im Umkehrschluss ist dies richtig und mit dem Hinweis auf die Ressourcen die das Ganze bindet verweisen wir darauf, dass ein Grundsatzbeschluss sinnvoll sei, bevor wir personelle und haushaltärische usw. Mittel dort binden. Aber damit heißt die Antwort auf Ihre Nachfrage ja.

2. Zusatzfrage Stadtverordneter Bernhardt:

Die zweite Frage bezieht sich darauf, wann können wir mit weiteren Beschlüssen rechnen und daraus dann auch mal Bebauungspläne vorgelegt werden, also für ein konkretes Zeitfenster?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Die Empfehlung nach einem Grundsatzbeschluss ist ja auch eine politische Bitte an das Parlament, dies sozusagen weiter zu tragen, damit die Verwaltung dort auch Planungssicherheit hat. Die Begründung war ja um aufwendige Planungen die ich eben mit personellen und haushaltärischen Ressourcen begründet habe, warum das gut wäre mit so einem Grundsatzbeschluss weiter zu verfahren.

3. Zusatzfrage Stadtverordneter Andernacht:

In der Einleitung zur Verkehrsuntersuchung zur Frankfurter Landstraße heißt es, langfristig soll die Nassauer Straße an die Gablonzer Straße angebunden werden. Welche Zeitvorstellung verbindet der Magistrat in diesem Zusammenhang mit dem Begriff ‚langfristig‘?

Antwort Bürgermeisterin Runge:

Bitte wiederhole nochmal, wo ich den Begriff ‚langfristig‘ finden kann, damit ich weiß worauf ich die Antwort beziehen kann.

Die Antwort findet sich genauer im Verkehrskonzept und wir reichen das noch nach, aber ich suche noch – wie man gerade merkt –, aber wir reichen das mit dem Protokoll noch nach, damit es auch entsprechend stimmt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Aktuelle Fragestunde

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
04.04.2022	16.10 Uhr	Lenz

betr.

Verschmutzung des Urselbachs hinter der Kläranlage Oberursel am 31.3.2022

1. Ist die Ursache der massiven Verschmutzung des Urselbachs am Donnerstag, den 31.3.2022 (abends) mit schlammähnlicher Fracht der Stadtverwaltung bekannt?
2. Falls die Ursache bekannt ist: liegen Messungen, die über die Art der Verschmutzung und Eintrübung Auskunft geben, vor?
3. Was wird die Stadtverwaltung unternehmen, damit sich solche Vorfälle nicht wiederholen?

gez. Dr. Claudia von Eisenhart Rothe
KLIMALISTE

Stadt Oberursel (Taunus)

Kämmerei

Aktenzeichen: 11 40 43

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

03.03.2022	VL-45/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	14	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			zur Information

Betreff:

Ausgleichsleistungen an die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass ein Ergebnis-Ausgleich für die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) in Höhe von 187.000 EUR in einem angestrebten Nachtragshaushalt 2022 oder in den Haushalt 2023 aufgenommen wird.

Sachbericht:

Die kommunale Aufgabenerfüllung des Betriebes der Stadthalle ist aufgrund der momentanen Struktur der Leistung in den defizitären Bereichen ohne Mitfinanzierung durch den Haushalt nicht realisierbar.

In der Vergangenheit hat die Stadtverordnetenversammlung deshalb am 17.11.2016 (VL-189/2016) dem Erlass eines Betrauungsaktes (Steuerungsinstrument) für Ausgleichsleistungen der durch die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) erbrachten Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesses (DAWI) (ohne Gastronomie-Verpachtungsbereich) zugestimmt.

Weiter hat sich die Stadt Oberursel (Taunus) durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.2020 (VL-167/2020) eine freiwillige Selbstverpflichtung gegeben.

Nach § 4 Abs. 2 des erlassenen Betrauungsaktes ergibt sich die maximale Höhe aller Ausgleichsleistungen/-mechanismen für die Erfüllung von DAWI aus dem Wirtschaftsplan der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus). Auf dieser Grundlage erfolgen die Mittelanmeldungen der Stadthalle im städtischen Haushalt.

Verbindungen zum städtischen Haushalt:

Die Stadt Oberursel (Taunus) zahlt in der Regel der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) aus allgemeinen Finanzmitteln des Haushalts jährlich einen Verlustausgleich in Höhe von 410 TEUR zuzüglich 40 TEUR für die unentgeltliche Nutzung der Räumlichkeiten durch Oberurseler Vereine. Dieser Ausgleichsmechanismus sieht vor, dass die zahlungsunwirksamen Abschreibungen und Auflösung der Sonderposten nicht berücksichtigt werden, da die Stadt Oberursel (Taunus) der

Stadthallen GmbH Oberursel (Taunus) neben dem Verlustausgleich die Investitionen über den Haushalt finanziert.

Integration der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) in das Cash-Pooling-System der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH:

Die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) ist in das Cash-Pooling der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH integriert, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft über zu verzinsende Betriebskredite zu gewährleisten. Soweit das zahlungswirksame Jahresergebnis der Gesellschaft defizitär ausfällt bzw. der geplante Verlustausgleich durch die Stadt im Wirtschaftsplan zur einer zahlungswirksamen Unterdeckung führt, wird diese Liquiditätslücke zunächst über das Cash-Pooling aufgefangen. Da die Gesellschaft in den DAWI-Bereichen aufgrund ihrer momentanen Struktur nicht in der Lage ist, dies eigenständig wieder auszugleichen, erfolgen hauptsächlich Forderungsverzichte/Liquiditätsausgleiche der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH und/oder in der Vergangenheit (zuletzt 2017 in Höhe von 250 TEUR und geplant 2022 in Höhe von 170 TEUR) nachrangig Liquiditätsausgleiche durch die Stadt.

Haushaltsansätze 2022:

Für den Haushalt 2022 bereits im Teilergebnishaushaltsplan geplant:

170 TEUR Liquiditätsausgleich

410 TEUR Verlustausgleich

Mittelfristige Planung:

Folgejahr 2023 = 410 TEUR

Folgejahr 2024 = 510 TEUR

Folgejahr 2025 = 510 TEUR

Anzeige der Geschäftsführung der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus)/Anpassung an veränderte Lage:

Gemäß § 4 Abs. 2 des erlassenen Betrauungsaktes können höhere noch nicht gedeckte Kosten bei der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) aufgrund der Erbringung von DAWI ausgeglichen werden. Die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) hat den Bedarf einer höheren Finanzausstattung rechtzeitig anzuzeigen. Die Stadt Oberursel (Taunus) wird im Rahmen des Beschlusses zum jeweiligen Haushalt oder Nachtragshaushalt über den erhöhten Finanzbedarf entscheiden.

1) Anzeige Liquiditätsausgleich 2021 durch die Stadt in Höhe von 65.445 EUR:

Der in den Haushaltsplan 2022 aufgenommene Liquiditätsausgleich der Stadt in Höhe von 170.000 EUR beruht auf einer Hochrechnung der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) im Jahr 2021 mit einem prognostizierten Betriebsmittelkreditbestand zum 31.12.2021 in Höhe von 342.669 EUR, welcher im Jahr 2021 von der Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH und im Jahr 2022 durch die Stadt zu jeweils 170.000 EUR übernommen wurde bzw. werden soll.

Von Seiten der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) erfolgte im Januar 2022 die Meldung, dass bis zum 31.12.2021 Betriebsmittelkredite in Höhe von 235.455 EUR durch die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) in Anspruch genommen wurden.

Unter Berücksichtigung des von der Stadt bereits geplanten Liquiditätsausgleich besteht somit noch ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 65.445 EUR. Der Mehrbedarf ergibt sich aus der derzeitigen Covid-Situation bzw. -dynamik. Prognosen sind insbesondere durch die daraus folgende nicht- bzw. geringere Auslastung der Stadthalle auch über kurzfristige Zeiträume in dem übertragenen Aufgabengebiet schwer zu fassen.

2) Anzeige Mittelbedarf aufgrund von noch nicht abgerechneten Leistungen für Sanierungen in Höhe von 121.750 EUR:

Aufgrund von zwingend erforderlichen sowie kurzfristig bzw. zeitnah zu erfüllenden Sanierungsnotwendigkeiten der Stadthalle, welche auf den akuten Zustand der Halle sowie der Erfüllung gesetzlicher Vorschriften/Standards und dem Thema „Gastronomieverpachtung“ (Aufsichtsrat Beschluss 15.12.2020) etc. zurückzuführen sind, wurden folgende Maßnahmen/Projekte von der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) umgesetzt bzw. befinden sich in Umsetzung:

- Bestandsaufnahme Stadthalle zur Bewertung von Gebäudehülle, Tragwerk, Brandschutz, elektronische Anlagen und technischer Gebäudeausrüstung [03/2019-01/2020]
- Nutzungsänderung Gastronomie (Konzeptplanung verschiedener Einrichtungsvarianten) [03/2020-01-2021]
- Projektskizzen Foyer + Saal (Konzeptplanung verschiedener Ausführungsvarianten [03/2020-07/2020])
- Neubau Behinderten-Toilette, Gastronomie (Rückbau und Umverlegung von Sicherheitslichtgerät, Schaffung der erforderlichen externen Versorgungs- und Entsorgungsleitungen, Ausführen der behindertengerechten Ausführung über alle erforderlichen Gewerke [06/2021-10/2021])
- Sanierung Gastronomie (Brandschutzertüchtigung Treppenraum 7 (Haupteingang Gastro, Ertüchtigung Fluchttüren) [06/2021-08/2022])
- Sanierung Flucht + Rettungswege Stadthalle (Maßnahmen gemäß Brandschutzkonzept, Kostenberechnung) [01/2021-xx/202x]

Die Stadthallen GmbH Oberursel (Taunus) teilte hierzu mit, dass für diese bis zum 31.12.2021 erbrachten Leistungen, welche noch nicht vollständig mit den beauftragten Unternehmen abgerechnet wurden, ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 121.750 EUR besteht.

Ausblick von zusätzlichem Mittelbedarf aufgrund Unterdeckung im Wirtschaftsplan 2022 in Höhe von 139.883 EUR (Auszug Wirtschaftsplan 2022):

Planergebnis GuV 2022	-246.233 EUR
Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge (Afa und Auflösung Sonderposten)	+106.350 EUR
Zusätzlicher Bedarf	-139.883 EUR

(Werte ohne obengenannten Liquiditätsausgleich Stadt, da bereits berücksichtigt)

Hinweis auf Führung einer Trennungsrechnung nach dem Betrauungsakt (Gastronomieverpachtungsbereich):

Gemäß § 4 Abs. 7 des Betrauungsaktes ist die Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) durch die Verpachtung der Gastronomie (Aufnahme Tätigkeitsfeld) verpflichtet eine Trennungsrechnung (Spartenrechnung) zu führen, welche sicherstellt, dass die über den Betrauungsakt laufenden Ausgleichsleistungen nur für die betrauten Bereiche (DAWI) Verwendung finden. Sollte durch den Magistrat bei der jährlichen Überprüfung der Einhaltung des Betrauungsaktes in Verbindung mit den für die Verpachtung notwendigen Sanierungsmaßnahmen Abweichungen der Regelung ergeben, behält sich dieser zuwendungsrechtliche Anpassungen (Heilung) der dort verwendeten Mittel als Anschubfinanzierung vor. Die Gastronomieverpachtung ist grundsätzlich als Sparte mit positivem Ergebnis zu sehen

Fazit

Zusammenfassung der Berechnung des zusätzlichen Ausgleichs (Übertrag)

Laut der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus) ergibt sich folgender zusätzlicher Bedarf:

Liquiditätsausgleich durch die Stadt für 2021	65.445 EUR
Mittelbedarf aufgrund von Sanierungsaufwendungen	121.750 EUR
Bedarf aus 2021 (Nachtragshaushalt 2022)	187.195 EUR
	rd. 187.200 EUR

Ausblick:

Mittelbedarf aufgrund Unterdeckung im Wirtschaftsplan 2022	139.883 EUR
Bedarf aus 2022 (Haushalt 2023)	rd. 139.900 EUR
Insgesamt	rd. 327.100 EUR

Die 139.900 EUR werden zum Haushalt 2023 soweit eingetreten angemeldet.

Aufgrund der derzeitigen Sachlage zur zusätzlichen Übernahme weiterer im Haushalt 2022 notwendiger Mittel im investiven Bereich (Kinderbecken im TaunaBad) und dem voraussichtlichen Anstreben eines Nachtragshaushalts nach §98 HGO i.V.m. § 8 GemHVO, bittet die Geschäftsführung der Stadthalle GmbH Oberursel (Taunus), zusätzliche Mittel für die Gesellschaft im angestrebten Nachtragshaushalt oder alternativ dem Haushaltsplan 2023 vorzusehen.

In diesem Zusammenhang sei auf die Mitteilung durch die Geschäftsführung in der vergangenen Haushaltsplanung in Bezug auf die notwendige Grundsanie rung der Stadthalle hingewiesen. Hierzu wurden in den Haushaltsjahren aufgrund des Planungsstandes noch keine Werte in den Haushalt aufgenommen. Eine Grundsatzentscheidung zur „Zukunft Stadthalle bzw. Stadthalle der Zukunft“ ist dringend erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Nachtragshaushalt 2022 oder Haushaltsplan 2023 = 187.200 EUR

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

-/-

Umweltrelevante Auswirkungen:

-/-

E. Schimanski-Sippel

Antje Runge
Bürgermeisterin

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Ökologische Ertüchtigung städtischer Gebäude

Beschluss TOP F) 13 StvV vom 20.05.2021

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 20.05.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form die im Eigentum des BSO befindlichen Gebäude klimaschutztechnisch und energetisch ertüchtigt werden können. Die Prüfung soll u.a. folgende Bereiche umfassen:

- Energetische Sanierung/Energieeinsparung (z.B. durch Gebäudedämmung - Dach, Fassade, Keller, Heizungsmodernisierung, Umstellung der Beleuchtung auf LED)
- Umstellung/Ergänzung durch regenerative Energieerzeugung und/oder Energieerzeugung mit einem höheren Wirkungsgrad (z.B. Solarthermie, Photovoltaik, Kleinwindkraftanlagen, Geothermie, Wärmepumpen, nach UBA-Empfehlung, Anschluss an BHKW oder Fernwärme)
- Maßnahmen zur Wassereinsparung, Wasserretention (z.B. durch Rigolen, Zisternen, Systemen zur Brauchwassernutzung, Einbau von Wassersparinstallationen)
- Maßnahmen zur Verbesserung der Artenvielfalt und Reduktion der Gebäudeaufheizung (z.B. durch intensive/extensive Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Entsiegelung von Umgriffsflächen)

Der Prüfungsrahmen soll den Bestand der Gebäude hinsichtlich Restnutzungsdauer, Energieeffizienz, Machbarkeit der energetischen Ertüchtigung, Kosten, Wirtschaftlichkeit, unter Berücksichtigung der Förderungsfähigkeit und die kurz-, mittel- und langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz umfassen. Die Gebäude, mit dem aktuell höchsten Energiebedarf und/oder der geringsten Restnutzungsdauer sind mit der Priorität zu prüfen.

Der Magistrat wird gebeten, die Gebäude der Stadtwerke und der SEWO in die Prüfung mit einzubeziehen.

Hierzu wird wie folgt berichtet:

Die Stadtwerke Oberursel verfügt über ein Portfolio unterschiedlichster Gebäudehüllen, vom Wasserhäuschen über Büro- und Wohnhaus bis Parkhäuser und Stadthalle. Die energetischen Zustände sind je nach Baujahr von Energieeffizienzklasse B-F. Auf allen Liegenschaften wird die Möglichkeit der Installation von PV geprüft.

Darüber hinaus erhalten Sie als **Anlage** den Prüfbericht der SEWO.

Den Prüfbericht des Bau- und Service haben Sie bereits in der StvV am 30.09.2021 als Mitteilung erhalten.

Damit ist dem Stadtverordnetenbeschluss vom 20.05.2021 entsprochen.

Antje Runge
Bürgermeisterin

Allgemeine Erklärungen zur ökologischen Ertüchtigung städtischer Gebäude/ im Bestand der SEWO

Am 1. November 2020 trat das Gebäudeenergiegesetz (**GEG**) in Kraft.

Das **GEG** gilt für alle Gebäude, für die ab diesem Datum ein Bauantrag gestellt wurde, sowie für alle Gebäude die saniert werden sollen.

Bei den Objekten die sich im Bestand der SEWO GmbH befinden, gilt grundsätzlich gemäß GEG:

§ 105 Baudenkmäler und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz

„Soweit bei einem Baudenkmal, bei auf Grund von Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts besonders geschützter Bausubstanz oder bei sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes die Substanz oder das Erscheinungsbild beeinträchtigt oder andere Maßnahmen zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand führen, kann von den Anforderungen dieses Gesetzes abgewichen werden.“

Ein Energieausweis ist für die Objekte im Bestand der SEWO nicht zwingend vorgeschrieben.

Vor dem Hintergrund einer ordentlichen CO₂ Bilanzierung, wird eine genauere Untersuchung durch einen Energieberater empfohlen. Vorab wären hierzu der Leistungsumfang zu eruieren und entsprechende Angebote einzuholen.

Bestandsaufnahme Gebäudezustand		Bahnhofsgebäude s. Anlage 01	Jean-Sauer Weg 2 s. Anlage 02	Jean-Sauer-Weg 4 s. Anlage 03
Nutzungsart		Gewerbe (Gastro, Kiosk, Kultur)	Gewerbe (Kinderhaus, IT- Branche)	Gewerbe (Architekturbüro)
Denkmalschutz		ja	ja	ja
Baujahr		1860	1938	1938
letzte umfassende Gebäudesanierung, -umbau		2011	2001	2001
Heizen	Heizmedium	Gas/BHKW	Fernwärme	Fernwärme
	Menge Heizmedium (Liter / m ³ / kg / kWh); (Warmwasser enthalten)	Ø 135.000 kWh	Ø 26.500 kWh	Ø 18.500 kWh
	Heizkosten (Euro)	-	-	-
Warmwasser	Wärmeerzeuger	Pufferspeicher	Durchlauferhitzer	Durchlauferhitzer
	Leistung (kW) :	-	9 x ca. 3,5kW	7 x ca. 3,5kW
	Bemerkungen:	keine genauen Angaben bezgl. Strom/ Angaben Mieter fehlen	-	-
Strom	Stromverbrauch (kWh) Jahr	Ø ca. 110.000,00	Ø 11.950,00	Ø 52.000,00
	Stromkosten (Euro) Jahr	-	ca. 3.600,00	ca. 15.600,00
Wasser	Wasserverbrauch (m ³ /a)	Ø 1.500 m ³	Ø 180 m ³	Ø 150 m ³
	Wasserkosten (Euro)	ca. 3.000,00	ca. 360,00	ca. 300,00
Nutzfläche (m ²)	gem. DIN 277	1.106,16	650,00	460,00
Nettoraumfläche (m ²)		1.413,84	-	532,55
Energieverbrauch pro m ² /Jahr(a)		ca. 221 kWh/(m ² a)	ca. 59 kWh/(m ² a)	ca. 153kWh/(m ² a)
Energiekosten je m ²		-	-	-
Restnutzungsdauer (geschätzt)				
Sanierungspriorität	Kurz- (1-2 J.), mittel- (5 J.) oder langfristig (10 J.)	siehe Anlage	siehe Anlage	siehe Anlage

Bestandsaufnahme Gebäudezustand		Bahnhofsgebäude s. Anlage 01	Jean-Sauer Weg 2 s. Anlage 02	Jean-Sauer-Weg 4 s. Anlage 03
1 Energetische Sanierung/ Bauteile		siehe Anlage	siehe Anlage	siehe Anlage
1 Energetische Sanierung/ Haustechnik				
Heizungsanlage	Einbaujahr :	2011	2001	2001
	Art des Wärmeerzeugers :	BHKW, Brennwertgerät	Fernwärme	Fernwärme
	Primärenergie :	siehe unten	-	-
	Leistung (kW) :	12,5	ca. 33,0	ca. 50,0
	Hydraulischer Abgleich (Wann?) :	-	-	-
	Energieeffizienzpumpen :	-	-	-
Lüftungsanlage	Einbaujahr:	2011	2018	-
	mit Wärmerückgewinnung:	ohne	ohne	-
	Leistung (kW) :		4 x ca.6W/8W	-
	Bemerkungen:	mit Vorheizregister	nur Abluft Keller	
	Leistung (kW) :			-
Klimaanlage	Einbaujahr	2011	-	-
	Leistung (kW) :	2 x 37,9kW 1 x 16kW	-	-
	Kühlmittel	H-FKW	-	-
Beleuchtung	Einbaujahr :	2011-2021	-	-
	Art des Leuchtmittels :	LED, Energiesparleuchten, Leuchtstoffröhren	LED, Energiesparleuchten, Leuchtstoffröhren	LED, Energiesparleuchten, Leuchtstoffröhren
2 Regenerative Energieerzeugung				
PV-Anlage	Einbaujahr :	-	-	-
	Gesamtleistung (kWp) :	-	-	-
	Anzahl PV-Module :	-	-	-
	Leistung je PV-Modul :	-	-	-
	Wirkungsgrad PV-Modul :	-	-	-

Bestandsaufnahme Gebäudezustand		Bahnhofsgebäude s. Anlage 01	Jean-Sauer Weg 2 s. Anlage 02	Jean-Sauer-Weg 4 s. Anlage 03
	Einspeisung/Eigenverbrauch :	-	-	-
Kleinwindkraftanlage	Einbaujahr :	-	-	-
	Gesamtleistung (kW) :	-	-	-
	Anzahl Generatoren :	-	-	-
	Leistung je Solarmodul (W/m ²) :	-	-	-
	Wirkungsgrad Generator :	-	-	-
	Einspeisung/Eigenverbrauch :	-	-	-
Solarthermie	Einbaujahr :	-	-	-
	Gesamtleistung (kW) :	-	-	-
	Anzahl Solarmodule :	-	-	-
	Leistung je Solarmodul (W/m ²) :	-	-	-
	Wirkungsgrad Solarmodule :	-	-	-
BHKW	Einbaujahr :	2012	-	-
	thermische Leistung (kW) :	12,5	-	-
	elektrische Leistung (kW) :	5,5	-	-
	Wirkungsgrad %:	ca. 88	-	-
	Einspeisung Leistung (kWh) :	ca. 30.000,00	-	-
	Eigenverbrauch Leistung (kWh)	ca.135.000,00	-	-
3 Optimierung Wassernutzung				
Regenwasserzisterne	Einbaujahr :	-	-	-
	Zisternengröße (m ³)	-	-	-
	Gewinnungsfläche Dach (m ²)	-	-	-
	Wassernutzung aus Zisterne (m ³ /a)	-	-	-
	Welche Nutzung ?	-	-	-
Umgriffsfläche	Gesamtgröße Grundstück (m ²) :	2.295,00	1.504,00	1.264,00
	Versiegelte Fläche (m ²) :	ca. 900,00	400,00	ca. 650,00
	Oberfläche Versiegelung :	Gebäude/Pflaster	Gebäude/Pflaster	Gebäude/Pflaster
	Teilversiegelte Fläche (m ²):	ca. 250,00	100,00	ca. 200,00

Bestandsaufnahme Gebäudezustand		Bahnhofsgebäude s. Anlage 01	Jean-Sauer Weg 2 s. Anlage 02	Jean-Sauer-Weg 4 s. Anlage 03
	Oberfläche Teilversiegelte Fläche:	Wassergebundene Decke	Rasengittersteine	Rasengittersteine
	Entsiegelte Fläche (m ²) :	-	-	-
	Oberflächen Entsiegelung:	-	-	-
	Freifläche natürlich/ unversiegelt	ca. 1.150,00	ca. 1.000,00	ca. 415,00
Rigolen	Einbaujahr :	,	-	-
	Art der Anlage :	-	-	-
	Versickerungsfläche (m ²)	-	-	-
	Fassungsvolumen (m ³)	-	-	-
Dachbegrünung	Einbaujahr :	-	-	-
	Dachfläche, gesamt (m ³)	-	-	-
	begrünte Dachfläche (m ³)	-	-	-
	Regenrückhaltevermögen (l/m ²)	-	-	-
	max. Dachlast (kg/m ²)	-	-	-
Fassadenbegrünung	Einbaujahr :	-	-	-
	Fassadenfläche, gesamt (m ³)	-	-	-
	begrünte Fassadenfläche (m ³)	-	-	-
	max. Dachlast (kg/m ²)	-	-	-

Bahnhofsgebäude, Oberursel 61440**Platz der deutschen Einheit 1****Erklärungen zur ökologischen Ertüchtigung städtischer Gebäude/ im Bestand der SEWO**

Das historische Bahnhofsgebäude wurde letztlich im Jahr 2011 umfassend saniert. Die energetische Ertüchtigung des Gebäudes wurde unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Bestimmungen ausgeführt. Die thermische Hüllfläche (Fassaden/Dach) des Gebäudes wurde, gemäß dem seinerzeit zu Grunde gelegten Stand der Technik ertüchtigt. Auf eine außenseitige Dämmung der Fassaden wurde aus denkmalschutzrechtlicher Sicht verzichtet. Die Dämmung der Fassaden wurde im Innenbereich mit Hilfe von Vorsatzschalen und Mineralwolle umgesetzt. Im Bereich des Daches, wurden die Sparrenzwischenfelder sowie die Kehlbalenlage (Decke zum Spitzboden) mit Mineralwolle gedämmt. Die technischen Anlagen werden regelmäßig gewartet!

In Blick auf das Gebäudeenergiegesetz – GEG, gilt:

§ 105 Baudenkmäler und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz

„Soweit bei einem Baudenkmal, bei auf Grund von Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts besonders geschützter Bausubstanz oder bei sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes die Substanz oder das Erscheinungsbild beeinträchtigt oder andere Maßnahmen zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand führen, kann von den Anforderungen dieses Gesetzes abgewichen werden.“

Fazit:

Kurzfristige ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfen, ob in (Allgemein-) und Mietbereichen Energie sparsame Leuchten wie z.B. LEDs genutzt werden (Empfehlung an Nutzer) bzw. Prüfen der Kosten für Ertüchtigung

Mittel- bis langfristige, ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfung von Dach- und Fassadenflächen zwecks Montage/Ertüchtigung um eine PV-Anlage (Vorab-Prüfung mit den Stadtwerken Oberursel, sowie die Prüfung denkmalschutzrechtlicher Belange hat im Februar 2022 stattgefunden, Maßnahme nicht möglich, da die Flächen für eine wirtschaftliche Nutzung zu gering sind, ferner denkmalschutzrechtliche Bedenken)
- Ertüchtigung der Lüftungsanlagen um eine Wärmerückgewinnung **(Investitionsaufwand/Fachplanung erforderlich)**
- Überprüfung der Klimatechnik auf das verwendete Kältemittel, bei Machbarkeit bzw. technischer Zulässigkeit Austausch des Kältemittels um ein Kältemittel mit besserem GWP-Wert (**GWP, Global Warming Potential**, zu Erklärung: ein GWP von 150 bedeutet somit, dass 1 Kilogramm eines Kältemittels, das in die Atmosphäre entweicht, 150-mal so klimawirksam ist wie 1 Kilogramm CO₂)

Langfristige, ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfung und ggfs. Austausch der Lüftungs- und Klimatechnik gegen **effizientere, energiesparender und vereinfachtere** Anlagentechnik, **(hoher Investitionsaufwand/Fachplanung erforderlich)** mit Ziel Betriebs- und Instandhaltungskosten zu senken, sowie die Anlage wieder auf den Stand der Technik/Zeit zu bringen
- Bauteilöffnungen, -untersuchungen um den genauen Wandaufbau/Materialien zu bestimmen, um daraus genauere U-Werte ableiten zu können. So wäre in Zukunft eine genauere Erfassung der CO₂ Emission des Gebäudes möglich.
(Fachplaner/Energieberater erforderlich)

Für die Wärmeerzeugung besteht vor dem Hintergrund der Versorgung des Gebäudes mit BHKW bzw. Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) für Heizung/ Warmwasser und Gasbrennwertgerät für die Spitzenlast, Pufferspeicher, kein kurz- und mittelfristiger Ertüchtigungsbedarf.

Mit dem BHKW wird bereits dem ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken Rechnung getragen, so wird mit dem Blockheizkraftwerk Strom erzeugt und die damit erzeugte Wärme für das Objekt bereitgestellt.

Der Aufbau der Bauteile kann gemäß Planungsdokumentation aus dem Jahr 2011/2012 wie folgt beschrieben werden, bei den Außenwänden wurden teils Annahmen dem Bauteilaufbau zu Grunde gelegt.

Der Aufbau der Fassaden variiert von innen nach außen etwas:

Außenwand mit vorgesetztem Bruchstein, U-Wert ca. 0,44 W/(m²K): Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 50mm Mineralwolle 032 WLG
- Putz 15mm
- Vollziegel 355mm
- Bruchsteinmauer/Verblendmauerwerk 125mm

Außenwand mit vorgesetztem Fachwerk, U-Wert ca. 0,45W/(m²K): Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 50mm Mineralwolle 032 WLG
- Putz 15mm
- Vollziegel 175mm
- Fachwerk/Ständerwerk 125mm,

Im Bereich der Kelleraußenwände,

Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,33 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,30 W/(m²K)

- Putz 10-15mm
- Mauerwerk, 550mm
- WDVS mit Putzsystem ca. 80 mm, 035 WLG

Dachaufbau: Steildach/Sparrendach

geneigte Dachflächen, U-Wert ca. 0,17 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton/Fireboard
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 50mm Mineralwolle 032 WLG
- Sparren mit Zwischensparrendämmung 140 mm 035 WLG
- Hinterlüftung 40mm
- Holzschalung 30mm
- Bitumenbahn
- Dacheindeckung/ Schiefer

Kehlbalkenlage/ Decke zum Spitzboden: (von unten nach oben)

- Decke ist unterseitig abgehängt, 2-lagig Gipskarton
- Zwischenraum/ Luftraum
- Eine Lage OSB, 16mm
- Holzbalkendecke mit Zwischenfachdämmung 160mm
- Eine Lage OSB, 22mm
- Trittschalldämmung
- Trockenestrich/Platten

Decke über Kellergeschoss: (von unten nach oben)

- Stahlbeton 180mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm/ mit Randdämmung 80mm
- Heizestrich/ Zementestrich
- Bodenbelag (Parkett/ Fliesen/ Natursteinbelag je nach Nutzung)

Bodenplatte /Bauteil gegen Erdreich U-Wert ca. 0,65 W/(m²K):
W/(m²K)

Anf. GEG: 0,50

(von unten nach oben)

- Stahlbeton 200mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm
- Zementestrich
- Bodenbeschichtung/-anstrich; (Bodenbelag Fliesen, Natursteinbelag je nach Nutzung)

Fassadenelemente/ Verglasungen/ verglaste Türen:

- 2-Scheiben Isolierglasfenster
- Ca. Ug-1,1 W/(m²K) , ca. Uf- 1,6 W/(m²K) nach DIN EN 673
- Historische Fenster 1-Scheibenglas, Ertüchtigung 2011 um ein vorgesetztes, abgedichtetes Scheibenglas auf der Innenseite der Holzrahmenfester, Uf-Wert ca. 2,5 W/(m²K) (Sonderverglasung)

Anf. GEG: 1,3 W/(m²K)

Anbau an das historische Bahnhofsgebäude (DB-Store)

Im Zuge der Sanierung im Jahr 2011 wurde das historische Bahnhofsgebäude um einen einstöckigen Anbau an der Ostfassade ergänzt. Aufgrund einer Instandsetzung der defekten Klimaanlage im DB-Store wurden hierfür im Jahr 2021 unter Mithilfe eines zertifizierten Energieberaters Fördermittel beantragt. Die dabei untersuchten Bauteile gemäß Bestandsunterlagen/Planungsdokumentation aus dem Jahr 2011/2012 des Anbaus, entsprechen nach Aussage des Energieberaters noch immer dem Stand der Technik bzw. –Zeit.

Die thermische Hülle wird durch die Außenwände sowie dem Flachdach und der Bodenplatte gegen Erdreich gebildet und ist zeitgerecht bzw. entspricht dem Stand der Technik!

Bauteilaufbauten wie folgt, (von innen nach außen)

Außenwand, U-Wert ca. 0,20 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- Putz 15mm
- Kalksandstein 175mm
- Dämmung, WDVS 160mm mit mehrlagigen Außenputzsystem
- Putz 15mm

Dachaufbau/Flachdach, U-Wert ca. 0,20 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- Abhangdecke/ Gipskarton
- Luftraum 300mm
- Stahlbeton 160mm
- Abdichtung/ Bitumenabdichtung
- Wärmedämmung/Gefälledämmung Ø 160mm
- Dachabdichtung EPDM-Bahn
- Kiesschüttung 16/32mm

Bodenplatte /Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,50 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,50 W/(m²K)

(von unten nach oben)

- Stahlbeton 200mm
- Wärme- und Trittschalldämmung 60/40mm
- Zementestrich 65mm
- Bodenbelag/ Fliesen (im Lager Bodenbeschichtung/Anstrich)

Fassadenelemente/ Verglasungen/ Türen:

- Fassadenelement, verglaste Türen Ug-1,1 W/(m²K) nach DIN EN 673, Anf. GEG: 1,1 W/(m²K)
- Schiebetür Ug -2,0 W/(m²K), Anf. GEG: 1,9 W/(m²K)

Technische Ausstattung Bahnhofsgebäude:

- Heizung/ Warmwasser mit BHKW und Gasbrennwertgerät für die Spitzenlast, Pufferspeicher
- Wärmeleitungen sind gem. der gültigen EnEV 2011 vollgedämmt/ blechkaschierte Rohrdämmung
- Wärmeverteilung mit Heizkreisverteilung und Raumthermostate, in den Nutzungseinheiten mit Fußbodenheizung
- Stromeinspeisung mit BHKW

- Zentrale Lüftungsanlage im Spitzboden für die Gebäudeteile Ost und West
- Lüftungsanlage ohne Wärmerückgewinnung
- Kombiniert mit Klimaanlage für Vorkühlung der Frischluft (bzw. elektr. Heizregister für Vorwärmen der Frischluft in der Winterzeit)
- Klimageräte in den Nutzungseinheiten (Tanzschule/ DB-Store)
- Steuerung Klima gemäß Nutzungsbereiche über Raumbezogene Schalterpanele

- Elektrische Ausstattung gem. Stand der Technik 2011
- Energie sparsame Leuchten in allge. Bereichen Treppenhausbeleuchtung
- Notfallbeleuchtung LED
- LED-Fluchtschildpiktogramme
- Nutzerspezifische elektrische Einbauten, (mit dem Hinweis zur Nutzung von Energie sparsamen Leuchten)

Außenanlagen:

- Notwendige Außenflächen mit Plattenbelag
- Sonstige Flächen mit Kiesbelag
- alter, gewachsener Baumbestand (Platanaceae, Castanea), Buschwerk
- Grünflächen/ Rasen

Hinweise zu den U-Werten: die Daten zu den U-Werten sind zum Teil aus Bestandsunterlagen übernommen, sowie über die Annahme von Bauteilen überschlägig ermittelt!

Oberursel, den 03.03.2022

gez.: Th. Koch/SEWO

Dachaufbau Technikzentrale
 Steldach mit Schieferdeckung
 Gauben mit Zink (Stehfalz)
 Blütenpappe
 Holzschalung *) 30mm
 Hinterlüftung mind. 40mm
 (abh. v.d. Sparrenhöhe)
 MF-WD 035 140mm
 Feuchtheadaptive Dampfbremse
 Federschiene *) 25mm
 Hartgipsplatte *) 25mm
 *) DIN 4102-4, Tab. 65 beachten, um F30 in den Bereichen zu erzielen, i.d. es gefordert ist.

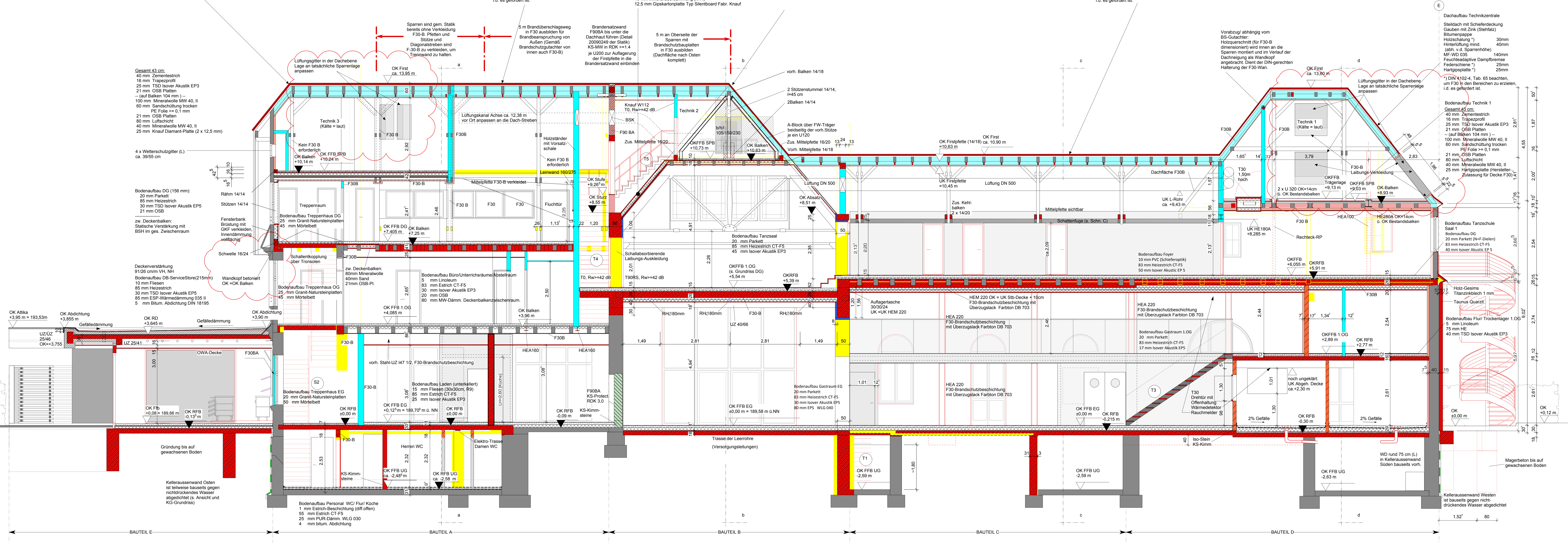
Dachaufbau Saal 3
 Steldach mit Schieferdeckung
 Gauben mit Zink (Stehfalz)
 Blütenpappe 30mm
 Holzschalung *) 40mm
 Hinterlüftung mind. 40mm
 (abh. v.d. Sparrenhöhe)
 MF-WD 035 140mm
 Feuchtheadaptive Dampfbremse
 Federschiene *) 25mm
 Hartgipsplatte *) 25mm
 Traglattung 25mm
 GKB 12,5mm
 *) DIN 4102-4, Tab. 65 beachten, um F30 in den Bereichen zu erzielen, i.d. es gefordert ist.

Dachaufbau Technikzentrale
 Steldach mit Schieferdeckung
 Gauben mit Zink (Stehfalz)
 Blütenpappe 30mm
 Holzschalung *) 40mm
 Hinterlüftung mind. 40mm
 (abh. v.d. Sparrenhöhe)
 MF-WD 035 140mm
 Feuchtheadaptive Dampfbremse
 Federschiene *) 25mm
 Hartgipsplatte *) 25mm
 Traglattung 25mm
 GKB (Installationsebene) 12,5mm
 *) DIN 4102-4, Tab. 65 beachten, um F30 in den Bereichen zu erzielen, i.d. es gefordert ist.

Dachaufbau Foyer
 Steldach mit Schieferdeckung
 Gauben mit Zink (Stehfalz)
 Blütenpappe 30mm
 Holzschalung *) 40mm
 Hinterlüftung mind. 40mm
 (abh. v.d. Sparrenhöhe)
 MF-WD 035 140mm
 Feuchtheadaptive Dampfbremse
 Federschiene *) 25mm
 Hartgipsplatte *) 25mm
 Traglattung 25mm
 GKB (Installationsebene) 12,5mm
 *) DIN 4102-4, Tab. 65 beachten, um F30 in den Bereichen zu erzielen, i.d. es gefordert ist.

Pfetten sind gem. Statik bereits ohne Verkleidung F30-B, Dachfläche und Sparren sind F30-B zu verkleiden, um Trennwand zu halten.

Dachaufbau Technikzentrale
 Steldach mit Schieferdeckung
 Gauben mit Zink (Stehfalz)
 Blütenpappe 30mm
 Holzschalung *) 40mm
 Hinterlüftung mind. 40mm
 (abh. v.d. Sparrenhöhe)
 MF-WD 035 140mm
 Feuchtheadaptive Dampfbremse
 Federschiene *) 25mm
 Hartgipsplatte *) 25mm
 *) DIN 4102-4, Tab. 65 beachten, um F30 in den Bereichen zu erzielen, i.d. es gefordert ist.



Alle Maße sind von der anstehenden Ebene
 Die Konstruktion ist auf Vollständigkeit und technische Eignung für den vorgesehenen Verwendungszweck zu prüfen. Alle anstehenden Normen, Vorschriften und Richtlinien sind bei der Ausführung zu beachten.
 Bei Betonierarbeiten (Wandverankerungen, KG, Deckenanker) sind die Oberflächen sauber zu machen und die Bewehrungen der Hauptbewehrung zuzugleichen.
 Oberflächen dürfen nicht geschliffen werden. Sie sind vor, während und nach der Fertigung zu reinigen und mit besonderer Sorgfalt zu behandeln.
 Alle Stahlbewehrungen sind mit reduzierter Bewehrung zu fertigen Oberflächen, DIN 10202 T4 Tabelle 3 Zeile 6.

Bestand	OK	OKRF	OKRFB	OKRFB
Bestand	OK	OKRF	OKRFB	OKRFB
OKRF	OKRF	OKRF	OKRF	OKRF
OKRFB	OKRFB	OKRFB	OKRFB	OKRFB

Index Datum Änderung

Index	Datum	Änderung
1	13.11.11	Umfangreiche BAA
2	13.11.11	Umfangreiche BAA
3	13.11.11	Umfangreiche BAA

Baustellungs- und Wirtschafts-Unternehmen
SEWO
 Seewald & Co. KG
 Schmalzgraben 10
 48509 Münster
 Telefon: 0521 2522-1
 Fax: 0521 2522-20
 E-Mail: info@sewo.de
 www.sewo.de

Projekt
 Bauwerk, Umbau und Erweiterung des historischen Bahnhofsgebäudes Obermerfeld

Planstand
 Bauwerksplanung 07.07.2010
 Bauwerksplanung 14.06.15

Datum
 Bauwerksplanung 07.07.2010
 Bauwerksplanung 14.06.15

Jean-Sauer-Weg 2, Oberursel 61440**Erklärungen zur ökologischen Ertüchtigung städtischer Gebäude im Bestand der SEWO**

Das historische Gebäude im Jean-Sauer-Weg 2 wurde letztlich im Jahr 2001 umfassend saniert. Die energetische Ertüchtigung des Gebäudes wurde unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Bestimmungen ausgeführt. Die thermische Hüllfläche (Fassaden/Dach) des Gebäudes wurde, gemäß dem seinerzeit zu Grunde gelegten Stand der Technik und den Anforderungen an die EnEV ertüchtigt. Die Dämmung der Fassade wurde im Bereich der Giebelwände im Innenbereich, mit Hilfe einer Vorsatzschale und Mineralwolle umgesetzt. Sonstige Außenwände wurden mit Hilfe eines außenseitigen Wärmedämmputz ertüchtigt. Die Dämmung des Daches besteht aus einer Zwischensparrendämmung sowie einer innenliegend, gedämmten Vorsatzschale. Die technischen Anlagen werden regelmäßig gewartet!

In Blick auf das Gebäudeenergiegesetz – GEG, gilt:

§ 105 Baudenkmäler und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz

„Soweit bei einem Baudenkmal, bei auf Grund von Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts besonders geschützter Bausubstanz oder bei sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes die Substanz oder das Erscheinungsbild beeinträchtigt oder andere Maßnahmen zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand führen, kann von den Anforderungen dieses Gesetzes abgewichen werden.“

Fazit:

Kurzfristige ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfen, ob in (Allgemein-) und Mietbereichen Energie sparsame Leuchten wie z.B. LEDs genutzt werden (Empfehlung an Nutzer)

Mittel- bis langfristige, ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfung von Dach- und Fassadenflächen zwecks Montage/Ertüchtigung um eine PV-Anlage (Vorab-Prüfung, keine ausreichende Fläche, Dachbereich mit Oberlichtern/ Dachflächenfenster)

langfristige ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Austausch der Verglasungen mit bessern U-Werten
(hoher Investitionsaufwand/ Kosten-Nutzenverhältnis ?)
- Erneuerung des Wärmedämmputz mit besseren U-Wert

Bei der Wärmeerzeugung besteht vor dem Hintergrund der Versorgung des Gebäudes mit Fernwärme kein Ertüchtigungsbedarf.

Warmwasser wird mit Durchlauferhitzern sichergestellt und ist in Bezug der Nutzung (Büronutzung 1.OG / Kinderhaus EG/UG) zweckmäßig.

2 Stellplätze von Mieter mit Wallbox 2 x 11kW ausgestattet

Der Aufbau der Bauteile kann gemäß Planungsdokumentation aus dem Jahr 2001 wie nachfolgend beschrieben werden.

Der Aufbau der Fassade variiert von innen nach außen etwas:

Außenwände Giebel, U-Wert ca. 0,20 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton/ Fireboard
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 75mm Mineralwolle 035 WLG
- Putz
- Fachwerk/Mauerwerk Bims/Porenbeton, 240mm
- Putz, Oberputz
- Stulpschalung/Holz (Giebel-West), hinterlüftet
- Fachwerk, Gefache mit Wärmedämmputz (Giebel Ost)

Sonstige Außenwände, U-Wert ca. 0,39 / 0,32 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- Putz 10-15mm
- Mauerwerk, 370mm/470mm
- Putzsystem, als Wärmedämmputz ca. 80mm

Im Bereich der Kelleraußenwände,

Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,33 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,30 W/(m²K)

- Putz 10-15mm
- Mauerwerk, 550mm
- WDVS mit Putzsystem ca. 80 mm, 035 WLG

Dachaufbau: Steildach/geneigte Dachflächen, U-Wert ca. 0,15 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton/Fireboard
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 75mm Mineralwolle 035 WLG
- Sparren mit Zwischensparrendämmung 160 mm Mineralwolle 035 WLG
- OSB bzw. MDF ca. 22mm, Unterspannbahn
- hinterlüftet mit Lattung / Konterlattung
- Dacheindeckung/ Dachziegel, Biberschwanz

Decke zum Spitzboden: (von unten nach oben)

- Decke ist unterseitig abgehängt, 2-lagig Gipskarton/ Fireboard
- Tragsystem/ Lattung
- Holzbalkendecke mit Zwischenfachdämmung
- Eine Lage OSB, 22mm
- Trittschalldämmung
- Trockenestrich/Platten
- Bodenbelag/ Massivholzdielen

Decke über Kellergeschoss: (von unten nach oben)

- Stahlbeton 180mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm/ mit Randdämmung 80mm
- Zementestrich
- Bodenbelag (Parkett/ Fliesen/ Natursteinbelag je nach Nutzung)

Bodenplatte /Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,70 W/(m²K)Anf. GEG: 0,50 W/(m²K)

(von unten nach oben)

- (Stahl)beton 200mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm
- Zementestrich
- Bodenbeschichtung/-anstrich; (in Teilen Bodenbelag Fliesen)

Fassadenelemente/ Verglasungen/ verglaste Türen:

- Dachflächenfenster ca. $U_F - 1,6 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,4 W/(m²K)
- 2-Scheiben Isolierglasfenster ca. $U_F - 1,6 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,3 W/(m²K)
- Eingangstüren $U - 1,6-2,0 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,9 W/(m²K)

Technische Ausstattung Jean-Sauer-Weg 2:

- Heizung über Fernwärme, Übergabestation 33kW
- Wärmeleitungen sind gem. der gültigen EnEV 2001 vollgedämmt/Folienkaschierte Rohrdämmung
- Plattenheizkörper mit Thermostat
- Warmwasser mit Untertischgeräten/Durchlauferhitzer

- Dezentrale Lüftung, Raumeinzellüfter im Kellergeschoss zur Feuchteregulierung
- Raumeinzellüfter ohne Wärmerückgewinnung

- Elektrische Ausstattung gem. Stand der Technik 2001
- Energie sparsame Leuchten allge. Treppenhausbeleuchtung
- Nutzerspezifische elektrische Einbauten

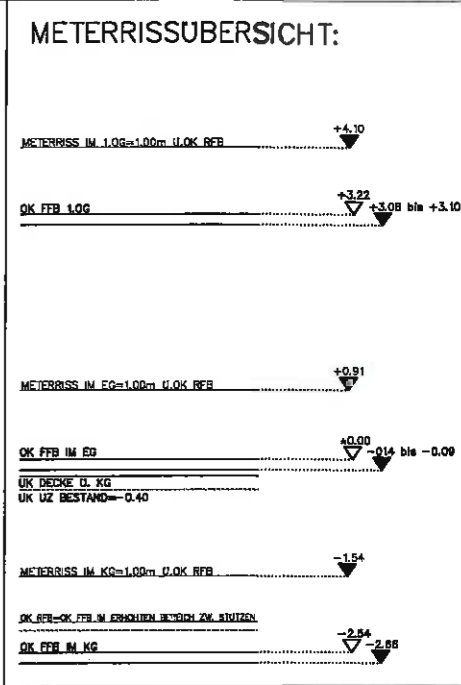
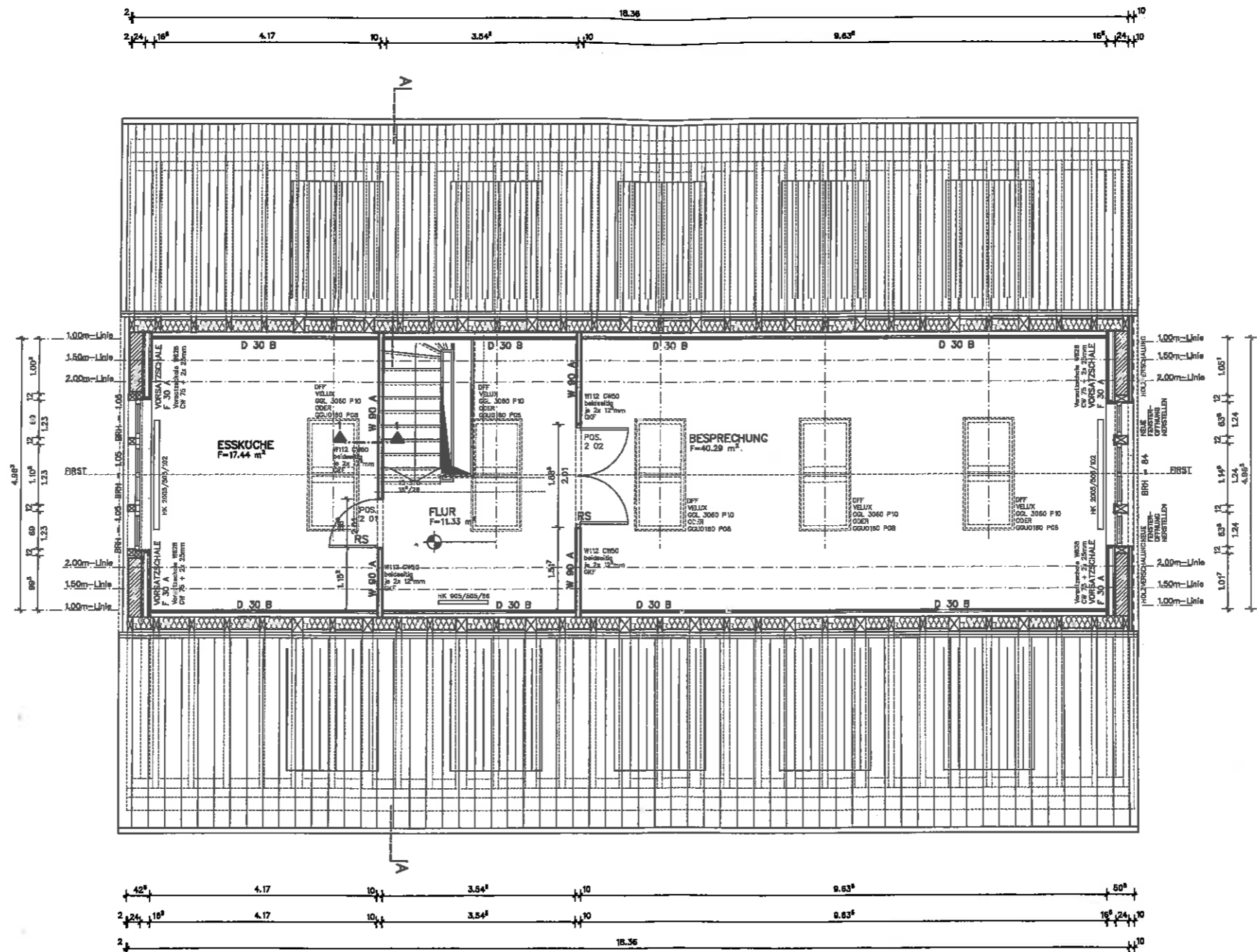
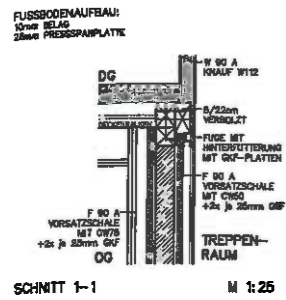
Außenanlagen:

- Notwendige Außenflächen mit Plattenbelag
- Unversiegelte Außenfläche/Garten, gewachsener Baumbestand, Buschwerk
- Stellplätze zum Teil mit Rasengittersteinen
- 2 Stellplätze von Mieter mit Wallbox 2 x 11kW ausgestattet
- gewachsener Baumbestand/ Buschwerk/ Hainbuchenhecken

Hinweise zu den U-Werten: die Daten zu den U-Werten sind zum Teil aus Bestandsunterlagen übernommen, sowie über die Annahme von Bauteilen überschlägig ermittelt!

Oberursel, den 03.03.2022

gez.: Th. Koch/SEWO



FLUSSBODENAUFBAU AUF HOLZBALKENLAGE:

BELAG	10mm
GUSSASPHALTESTRICH	30mm
RIPPENPAPPE TRENNLAGE	
FESCO-ETS-33/31	3mm
AUSGLEICHSSCHICHT BLAHTON	6-20mm

21-05-01 Index C Komplettüberarbeitung
 22-05-01 Index B DFF verschoben/ergänzt, Baugruben...
 22-05-01 Index A Planergabe



D.U.A. Schling - Architekten AGH
 Weberhoff Straße 6 - 61140 Oberursel/Taunus

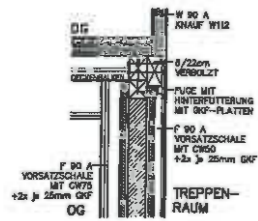
SEWO
 Stadtteilplanung- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
 Sanierung der ehemaligen Stadlerachse und Umbau zum Kinderhaus Gebäude 807 des Camp King

AUSFÜHRUNGSPLANUNG

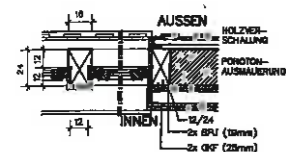
Grundriss:
Deckgeschoss

Plannummer: AP 04	Blatt: 22-05-01
Maßstab: 1:50=ico	Index: C

FUSSBODENAUFBAU: 12-14cm



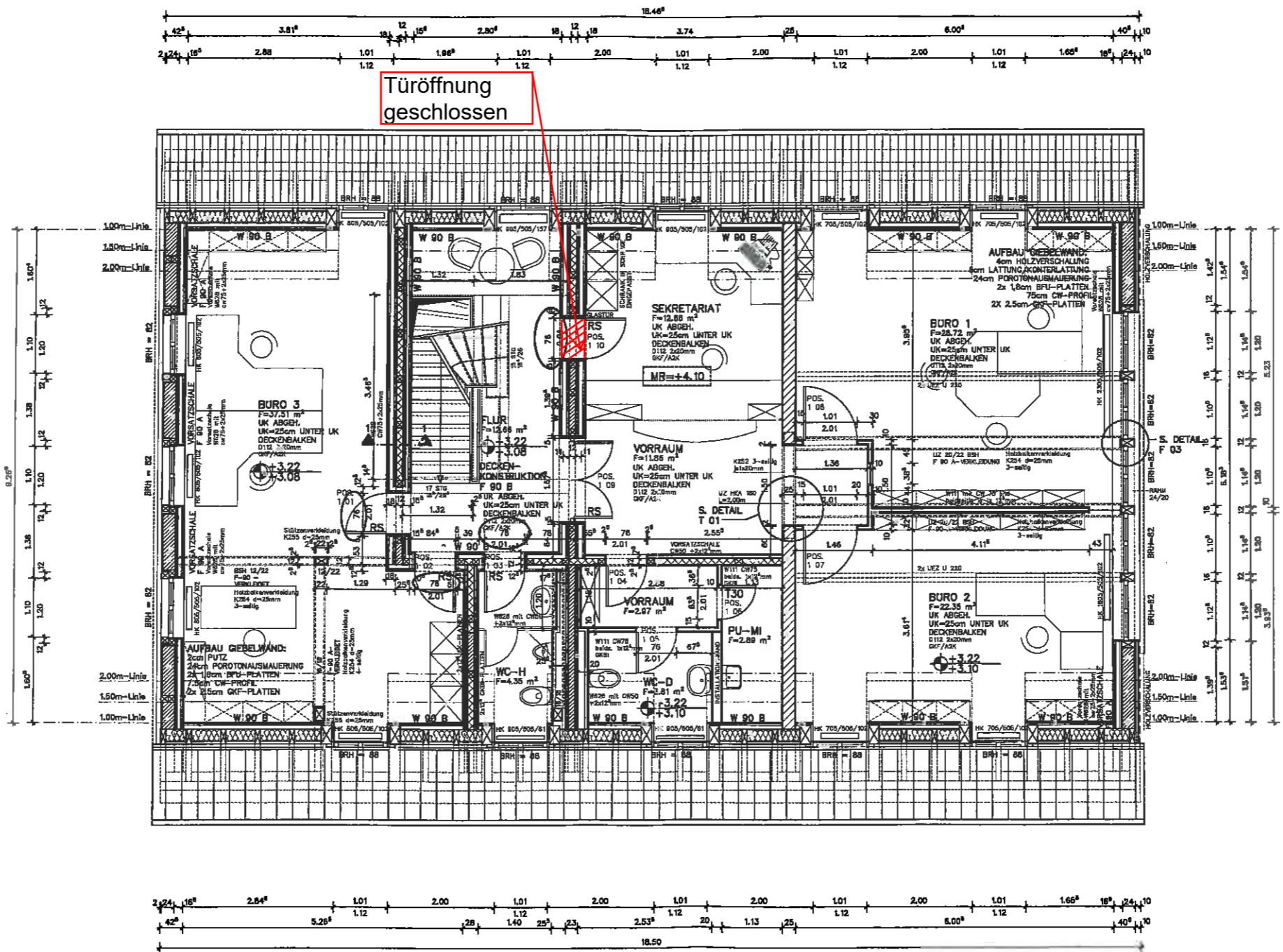
SCHNITT 1-1 M 1:25



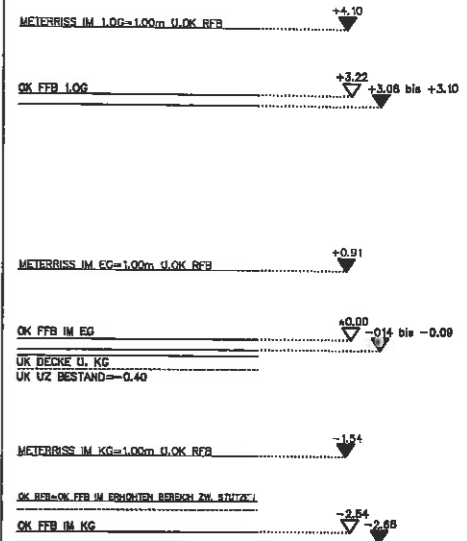
DETAIL F 03 M 1:25



DETAIL T 01 M 1:25



METERRISSÜBERSICHT:



FUSSBODENAUFBAU AUF HOLZBALKENLAGE:

BELAG	10mm
GUSSASPHALTSTRICH	30mm
RIPPENFAPPE TRENNLAGE	
FESCO-ETS- 48/46	46mm
AUSGLEICHSSCHICHT BLAHTON	34-54mm

- 01-01-01 Index F Türöffnung geändert
- 21-05-01 Index E Kuppelle überbelagt
- 22-05-01 Index D MF-Bereich in WC-Bereich ergänzt
- 23-05-01 Index C Aufzug im 1. OG geändert
- 24-05-01 Index B Bad über den Aufzug geändert
- 25-05-01 Index A Fliesenlage

LEGENDE:

- BEISTAND
- ABBRUCH
- NEU
- MALEBWERK BEISTAND
- MALEBWERK NEU
- Maßeinheiten (BR) bezogen auf OK FFB
- OK Treppenhalle auf OK FFB

D.L.A. Bohling - Architekten AKH
Wiederholl Straße 8 - 01140 Oberursel/ Taunus

Bestand: BEWO
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel
Sanierung der ehemaligen Bleicherei und Umbau zum Kinderhaus
Gebäude 987 des Camp King

AUSFÜHRUNGSPLANUNG

Grundriss:	
1. Obergeschoss	
Prozessnr.:	Datum:
AP 03	22-09-01
Maßstab:	Index:
1:80	F

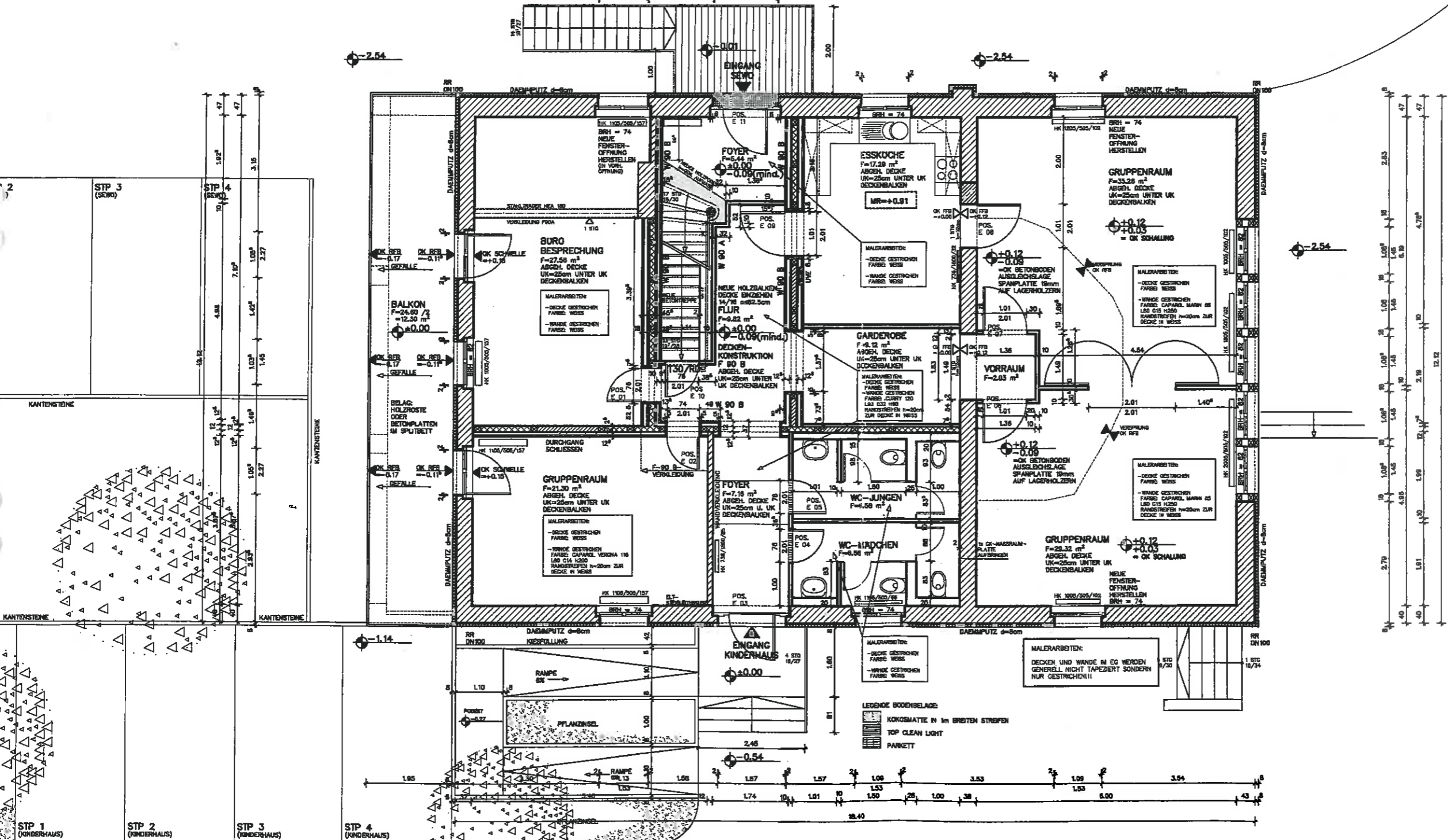
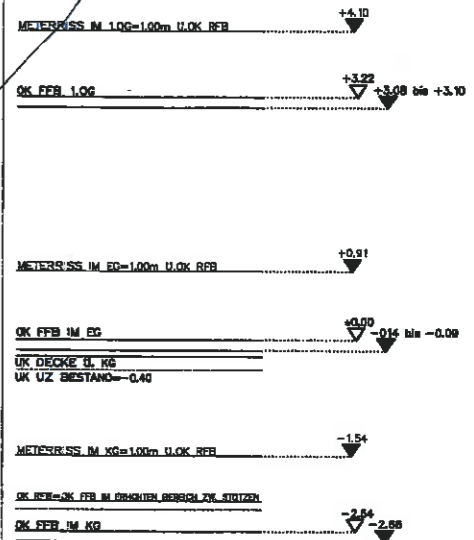
FUSSBODENAUFBAU AUF BETON:

BELAG	10mm
GUSSASPHALTSTRICH	30mm
RIPPENPAPPE TRENNLAGE	
FESCO- ETS 48/48	48mm
AUSGLEICHSSCHICHT BLAHTON	4 mm

FUSSBODENAUFBAU AUF HOLZBAULKENLAGE:

BELAG	10mm
GUSSASPHALTSTRICH	30mm
RIPPENPAPPE TRENNLAGE	
FESCO- ETS 48/48	35mm
AUSGLEICHSSCHICHT BLAHTON	18mm

METERRISSÜBERSICHT:



- 01-02-01 Index F: Bildplan in Gruppenraum verortet
- 01-02-02 Index E: Kaputte Beschulung
- 01-02-03 Index D: Bild original, FFB-Verkleidung egal
- 01-02-04 Index C: Innenmaß zu KL-Garderobe gleich
- 01-02-05 Index B: Item Form bei verstellen.....
- 01-02-06 Index A: Fliesenlage

LEGENDE:

- BESTAND
- ABBRUCH
- NEU
- MALERWERK BESTAND
- MALERWERK NEU

Interieur 001: Angabe der OK FFB
Tafel mit plan zu OK FFB

D.A. Schling - Architekten AGH
Wiederhofstraße 9 - 61468 Oberursel / Taunus

SEWO
Bauteilbestimmung - Einbaufür Fördergerüst in Stahl mit
Belastung der ehemaligen Stützschwelle
und Längen zum Kinderhaus
Gebäude 007 des Camp King

AUSFÜHRUNGSPLANUNG

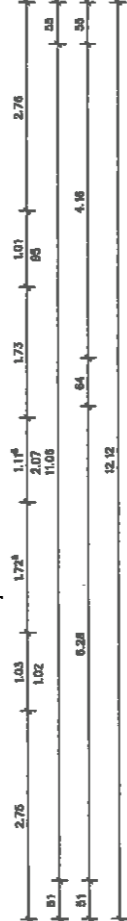
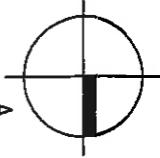
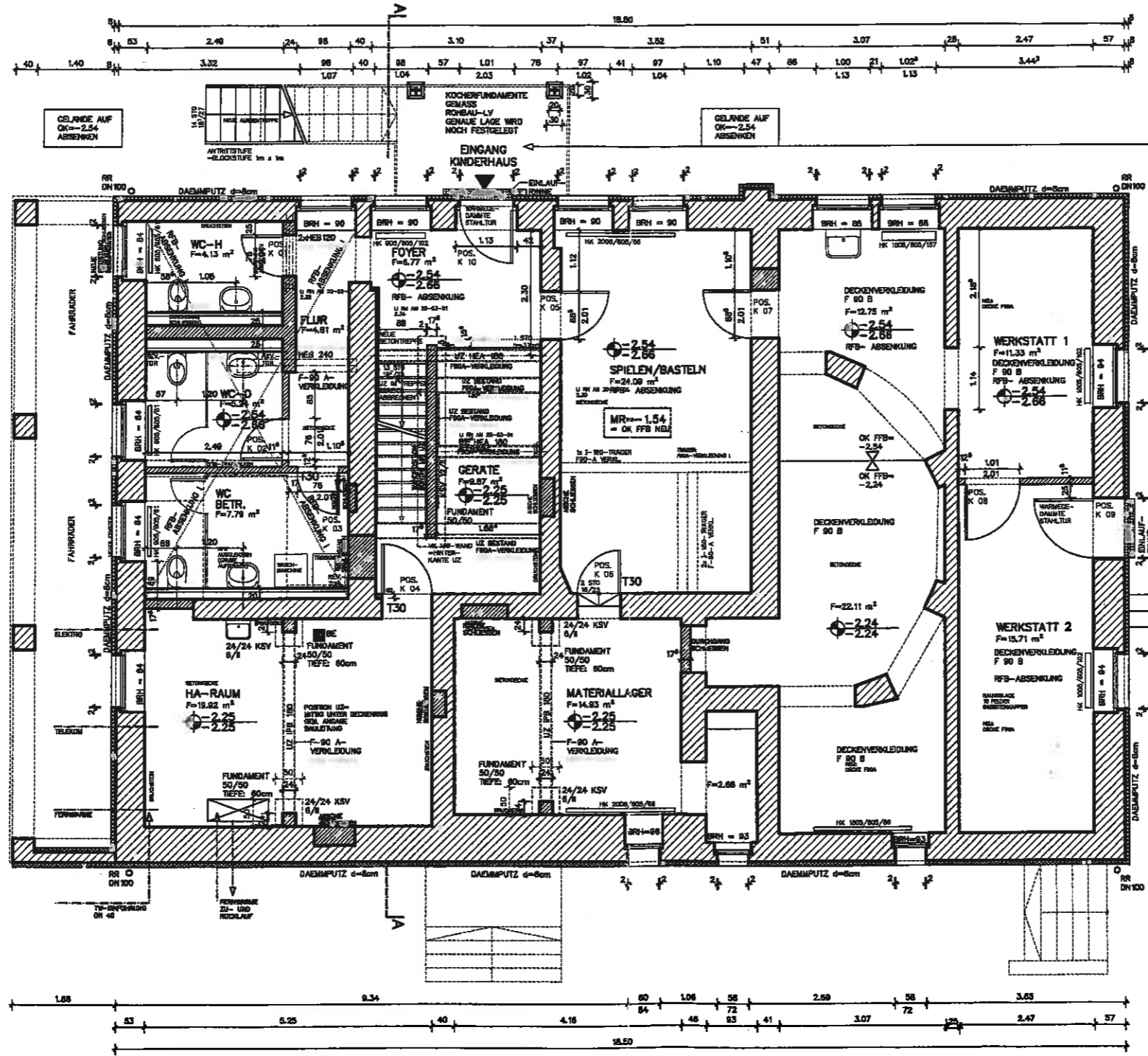
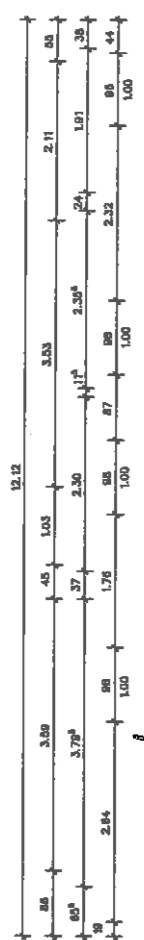
Objekt: Erdschloches	
Planummer: AP 02	Datum: 29-08-01
Maßstab: 1:80	Index: P

KELLERBODEN IM WC-BEREICH:

- BODENPLATTE B25 INCL. Q 188 OBEN UND UNTEN 150 mm
- DOPP- FOLIE- GRUNDLAGE 10 mm
- BITUMENABDICHTUNG Y80 S4 + ALD1 10 mm
- AUSGLEICHSSCHICHT BLAUNTON 25 mm
- ULTRAGARD- DAMMPLATTE 25 mm
- FESCO- PLATTE- ETS 25 mm
- TRENNLAGE
- GUSSASPHALTESTRICH 30 mm
- FLIESEN IM DONNBETT 5 mm

KELLERBODEN SONSTIGE BEREICHE:

- BODENPLATTE B25 INCL. Q 188 OBEN UND UNTEN 150 mm
- DOPP- FOLIE- GRUNDLAGE 10 mm
- BITUMENABDICHTUNG Y80 S4 + ALD1 10 mm
- AUSGLEICHSSCHICHT BLAUNTON 25 mm
- ULTRAGARD- DAMMPLATTE 25 mm
- FESCO- PLATTE- ETS 25 mm
- TRENNLAGE
- GUSSASPHALTESTRICH 30 mm
- PU- BESICHTUNG 5 mm



- 01-05-01 Index D Änderungen im R-Bereich
- 01-05-01 Index C Komplett Überarbeitung
- 02-04-01 Index S Änderungen geförderl. Durchgang schließl. Best. original. Anfertigung geländ. Th. original. Planung
- 02-05-01 Index A Planung

LEGENDE:

- BESTAND
- NEU
- MAUERWERK BESTAND
- MAUERWERK NEU

Materialien gemäß der OK-FRIST!
Türen gelb ab OK-FRIST!

D.L.A. Söhling - Architekten AG
Wiederholt Straße 8 - 61448 Oberrosel/ Taunus

Bauherr: **SEWCO**
Bauherrin: **SEWCO**
Sanierung der ehemaligen Backstube und Umbau zum Kinderhaus Gebäude 997 des Camp King

AUSFÜHRUNGSPLANUNG

Bauherr:	
Untergeschoss	
Plannummer:	Datum:
AP 01	28-05-01
Maßstab:	Index:
1:50	D

Jean-Sauer-Weg 4, Oberursel 61440Erklärungen zur ökologischen Ertüchtigung städtischer Gebäude

Das historische Gebäude im Jean-Sauer-Weg 4 wurde letztlich im Jahr 2001 umfassend saniert. Die energetische Ertüchtigung des Gebäudes wurde unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Bestimmungen ausgeführt. Die thermische Hüllfläche (Fassaden/Dach) des Gebäudes wurde, gemäß dem seinerzeit zu Grunde gelegten Stand der Technik ertüchtigt. Die Dämmung der Fassade wurde im Bereich der Giebelwände im Innenbereich, mit Hilfe einer Vorsatzschale und Mineralwolle umgesetzt. Sonstige Außenwände wurden mit Hilfe eines außenseitigen Wärmedämmputz ertüchtigt. Die Dämmung des Daches besteht aus einer Zwischensparrendämmung sowie einer innenliegend, gedämmten Vorsatzschale. Die technischen Anlagen werden regelmäßig gewartet!

In Blick auf das Gebäudeenergiegesetz – GEG, gilt:

§ 105 Baudenkmäler und sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz

„Soweit bei einem Baudenkmal, bei auf Grund von Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts besonders geschützter Bausubstanz oder bei sonstiger besonders erhaltenswerter Bausubstanz die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes die Substanz oder das Erscheinungsbild beeinträchtigt oder andere Maßnahmen zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand führen, kann von den Anforderungen dieses Gesetzes abgewichen werden.“

Fazit:Kurzfristige ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfen, ob in (Allgemein-) und Mietbereichen Energie sparsame Leuchten wie z.B. LEDs genutzt werden (Empfehlung an Nutzer) bzw. Prüfen der Kosten für Ertüchtigung

Mittel- bis langfristige, ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Prüfung von Dach- und Fassadenflächen zwecks Montage/Ertüchtigung um eine PV-Anlage (Vorab-Prüfung mit den Stadtwerken Oberursel, sowie die Prüfung denkmalschutzrechtlicher Belange hat im Februar 2022 stattgefunden, Maßnahme nicht möglich, da die Flächen für eine wirtschaftliche Nutzung zu gering sind, ferner denkmalschutzrechtliche Bedenken)

langfristige ökologische Ertüchtigungsmaßnahmen Gebäude und Technik:

- Austausch der Verglasungen von Fenstern mit bessern U-Werten
(hoher Investitionsaufwand/ Kosten-Nutzenverhältnis ?)

Bei der Wärmeerzeugung besteht vor dem Hintergrund der Versorgung des Gebäudes mit Fernwärme kein Ertüchtigungsbedarf.

Warmwasser wird mit Durchlauferhitzern sichergestellt und ist in Bezug der Nutzung (Büronutzung) zweckmäßig.

2 Stellplätze von Mieter mit Wallbox 2 x 11kW ausgestattet

Der Aufbau der Bauteile wird gemäß der besser dokumentierten Planungsunterlagen aus dem Jahr 2001 vom Jean-Sauer-Weg 2 übernommen. Da auch an diesem Objekt die Planung seinerzeit von GHP Architekten ausgeführt wurde und die Baujahre der Objekte in etwa gleich sind, wird davon ausgegangen, dass der Aufbau der Bauteile in etwa gleich ist.

Der Aufbau der Fassade variiert von innen nach außen etwas:

Außenwände Giebel, U-Wert ca. 0,20 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton/ Fireboard
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 75mm Mineralwolle 035 WLG
- Putz
- Fachwerk/Mauerwerk Bims/Porenbeton, 365mm
- Putz, Oberputz
- Stulpschalung/Holz (Giebel-Süd/Nord), hinterlüftet

Sonstige Außenwände, U-Wert ca. 0,35 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- Putz 10-15mm
- Mauerwerk, 430mm
- Putzsystem, als Wärmedämmputz ca. 60mm

Im Bereich der Kelleraußenwände,

Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,33 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,30 W/(m²K)

- Putz 10-15mm
- Mauerwerk, 550mm
- WDVS mit Putzsystem ca. 80 mm, 035 WLG

Dachaufbau: Steildach/geneigte Dachflächen, U-Wert ca. 0,15 W/(m²K)

Anf. GEG: 0,24 W/(m²K)

- 2-lagig Gipskarton/Fireboard
- Folie, Dampfbremse
- Dämmung, 75mm Mineralwolle 035 WLG
- Sparren mit Zwischensparrendämmung 160 mm Mineralwolle 035 WLG
- OSB bzw. MDF ca. 22mm, Unterspannbahn
- hinterlüftet mit Lattung / Konterlattung
- Dacheindeckung/ Dachziegel, Biberschwanz

Decke zum Spitzboden: (von unten nach oben)

- Decke ist unterseitig abgehängt, 2-lagig Gipskarton/ Fireboard
- Tragsystem/ Lattung
- Holzbalkendecke mit Zwischenfachdämmung
- Eine Lage OSB, 22mm
- Trittschalldämmung
- Trockenestrich/Platten
- Bodenbelag/ Massivholzdielen

Decke über Kellergeschoss: (von unten nach oben)

- Stahlbeton 180mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm/ mit Randdämmung 80mm
- Zementestrich
- Bodenbelag (Parkett/ Fliesen/ Natursteinbelag je nach Nutzung)

Bodenplatte /Bauteil gegen Erdreich, U-Wert ca. 0,70 W/(m²K):

Anf. GEG: 0,50 W/(m²K)

(von unten nach oben)

- (Stahl)beton 200mm
- Wärme- bzw. Trittschalldämmung 40mm
- Zementestrich
- Bodenbeschichtung/-anstrich; (in Teilen Bodenbelag Fliesen)

Fassadenelemente/ Verglasungen/ verglaste Türen:

- Dachflächenfenster ca. $U_F = 1,6 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,4 W/(m²K)
- 2-Scheiben Isolierglasfenster ca. $U_F = 1,6 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,3 W/(m²K)
- Eingangstüren $U = 1,6\text{-}2,0 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ Anf. GEG: 1,9 W/(m²K)

Technische Ausstattung Jean-Sauer-Weg 4:

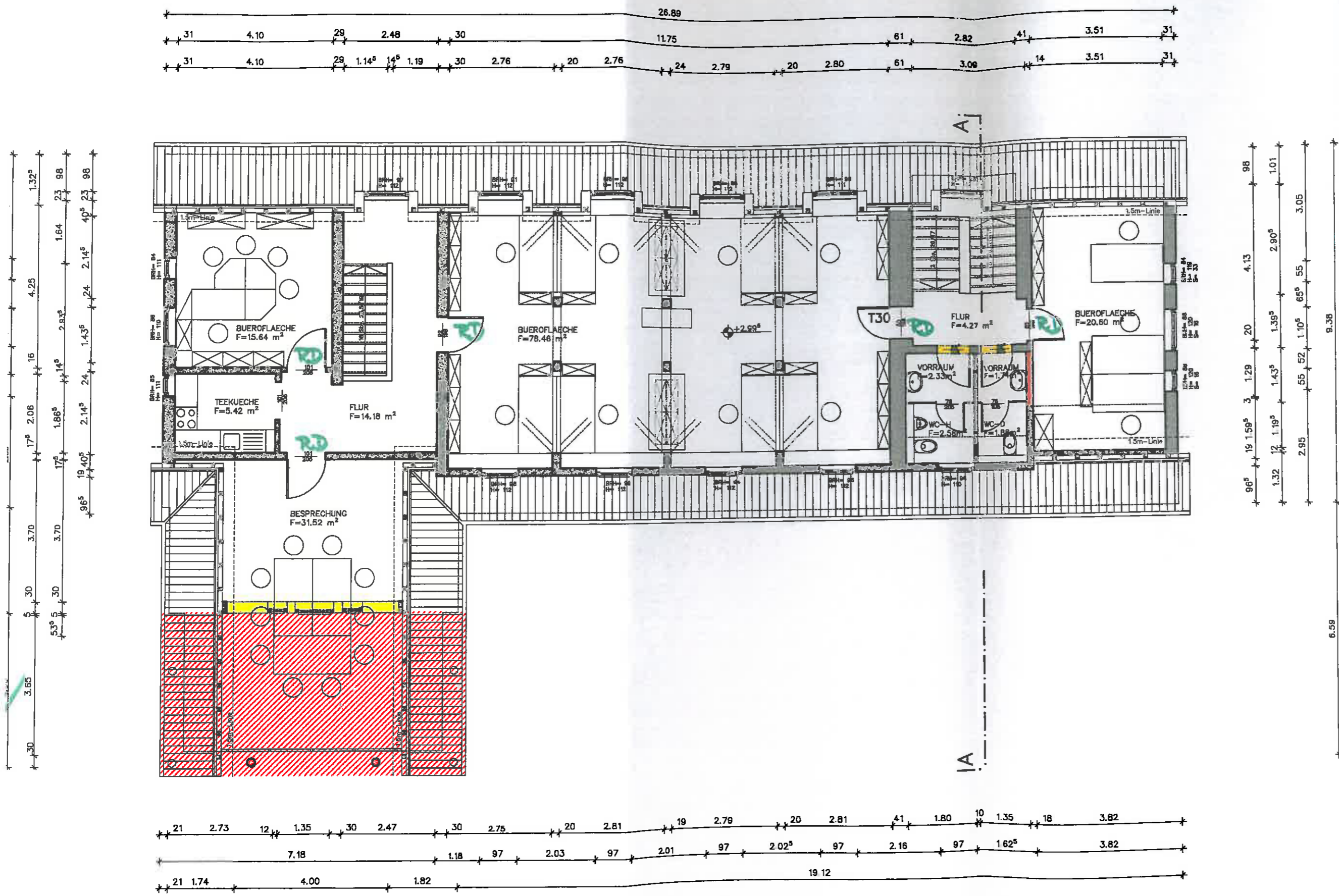
- Heizung über Fernwärme, Übergabestation ca. 33kW
- Wärmeleitungen sind gem. der gültigen EnEV 2001 vollgedämmt/Folienkaschierte Rohrdämmung
- Plattenheizkörper mit Thermostat
- Warmwasser mit Untertischgeräten/Durchlauferhitzer

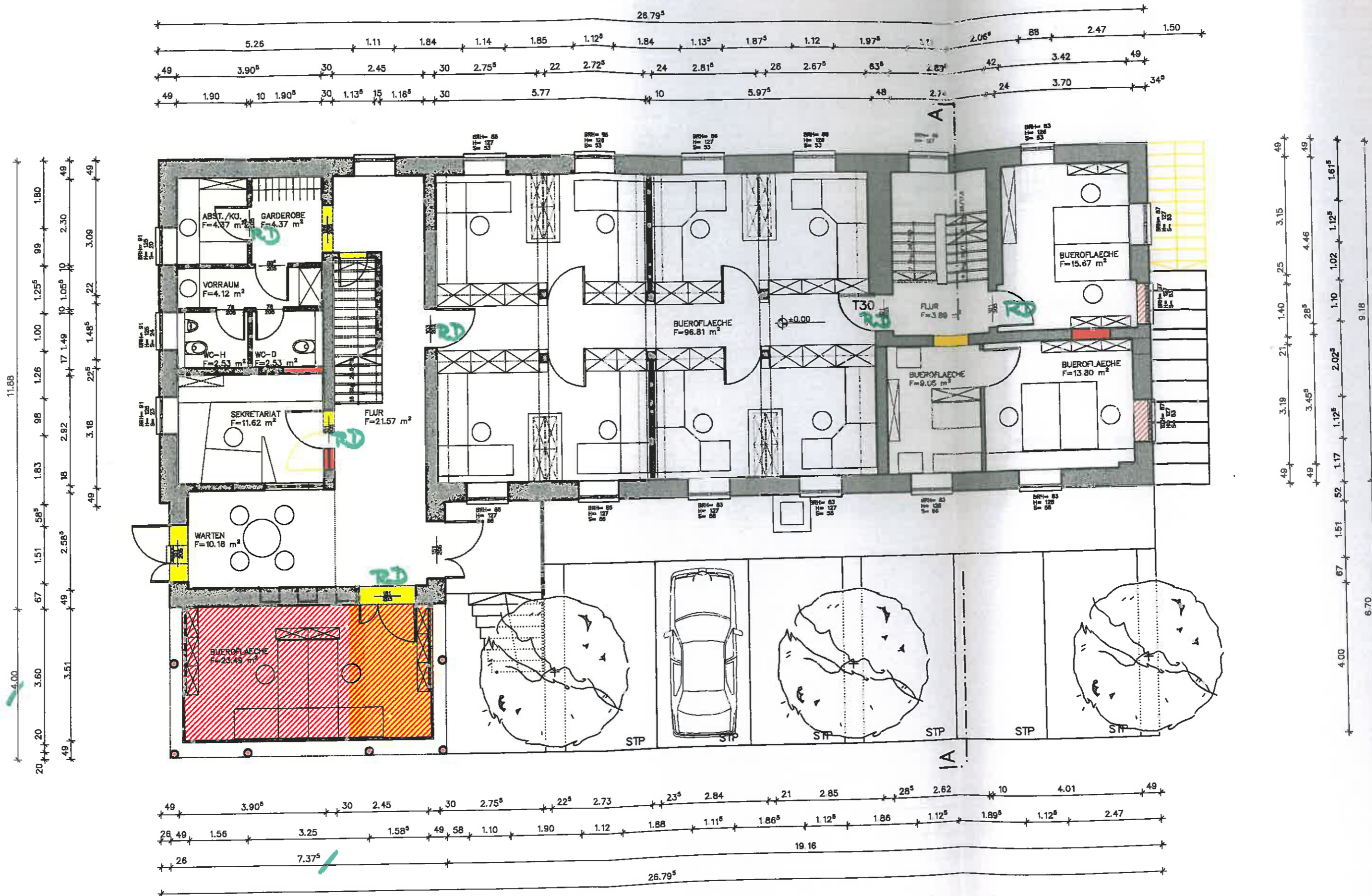
- Elektrische Ausstattung gem. Stand der Technik 2001
- Energie sparsame Leuchten allge. Treppenhausbeleuchtung
- Nutzerspezifische elektrische Einbauten

Außenanlagen:

- Notwendige Außenflächen mit Plattenbelag
- Stellplätze zum Teil mit Rasengittersteinen
- 2 Stellplätze von Mieter mit Wallbox 2 x 11kW ausgestattet
- gewachsener Baumbestand/ Buschwerk/ Hainbuchenhecken

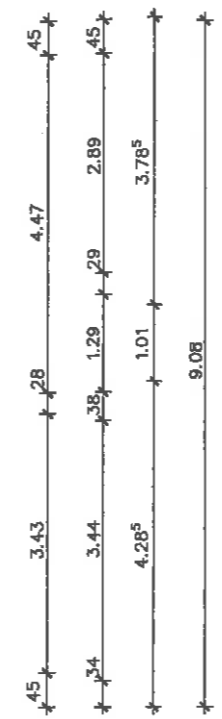
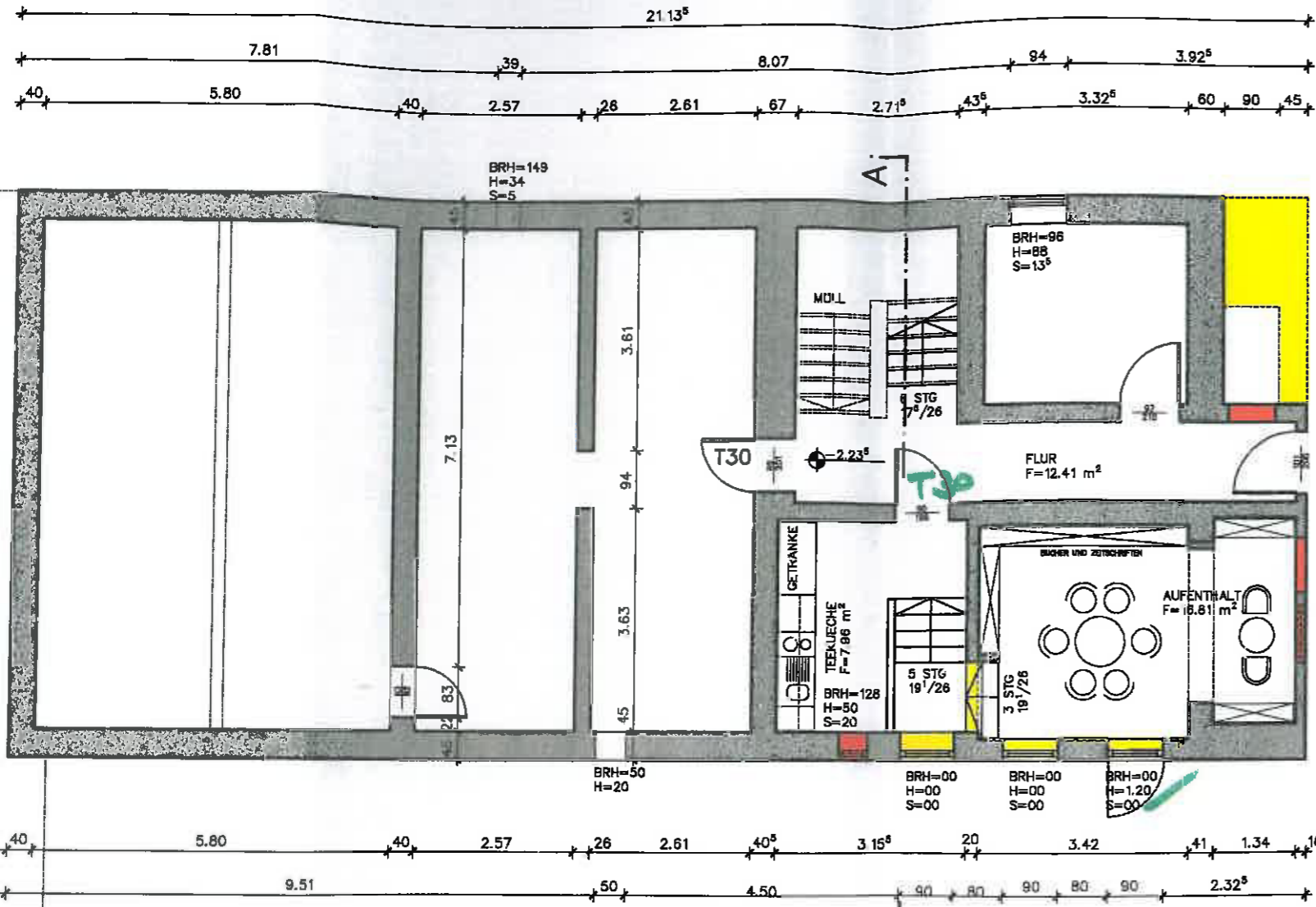
Hinweise zu den U-Werten: die Daten zu den U-Werten sind über die Annahme von Bauteilen überschlägig ermittelt!





Von der Bauaufsichtsbehörde geprüft
Oberursel (Taunus) 04. SEP. 2000

Trapp
Trapp
Techn. Angestellte



	BESTAND
	NEUBAU
	ABBRUCH

SEWO
Stadt- und Wirtschaftsförderung
Camp-King-Allee 1, 61440 Oberursel

DER BAUHERR: *[Signature]*

DER ARCHITEKT: *[Signature]*
20.6.2000

BAUANTRAG

E 17	4	2	01	INDE
PROJEKTNR.	L.PHASE	PLANBEZ.	PLANNR.	

UMBAU UND SANIERUNG EINES EHEM. US-AMERIKANISCHEN BUROGEBÄUDES
PROJEKT HAUS 993

SEWO
CAMP-KING-ALLEE 1
BAUHERR 61440 OBERURSEL/TS

ARCHITEKTEN DIPL.-ING. BDA
GALLWITZ HOFFMANN & PARTNER
PLANUNG 61440 OBERURSEL FELDBERGSTR. 57

TEL: 06171 - 62 77
FAX: 06171 - 62 77
ISDN: 06171 - 62 77

PLANNR.
4.2.01
INDEX

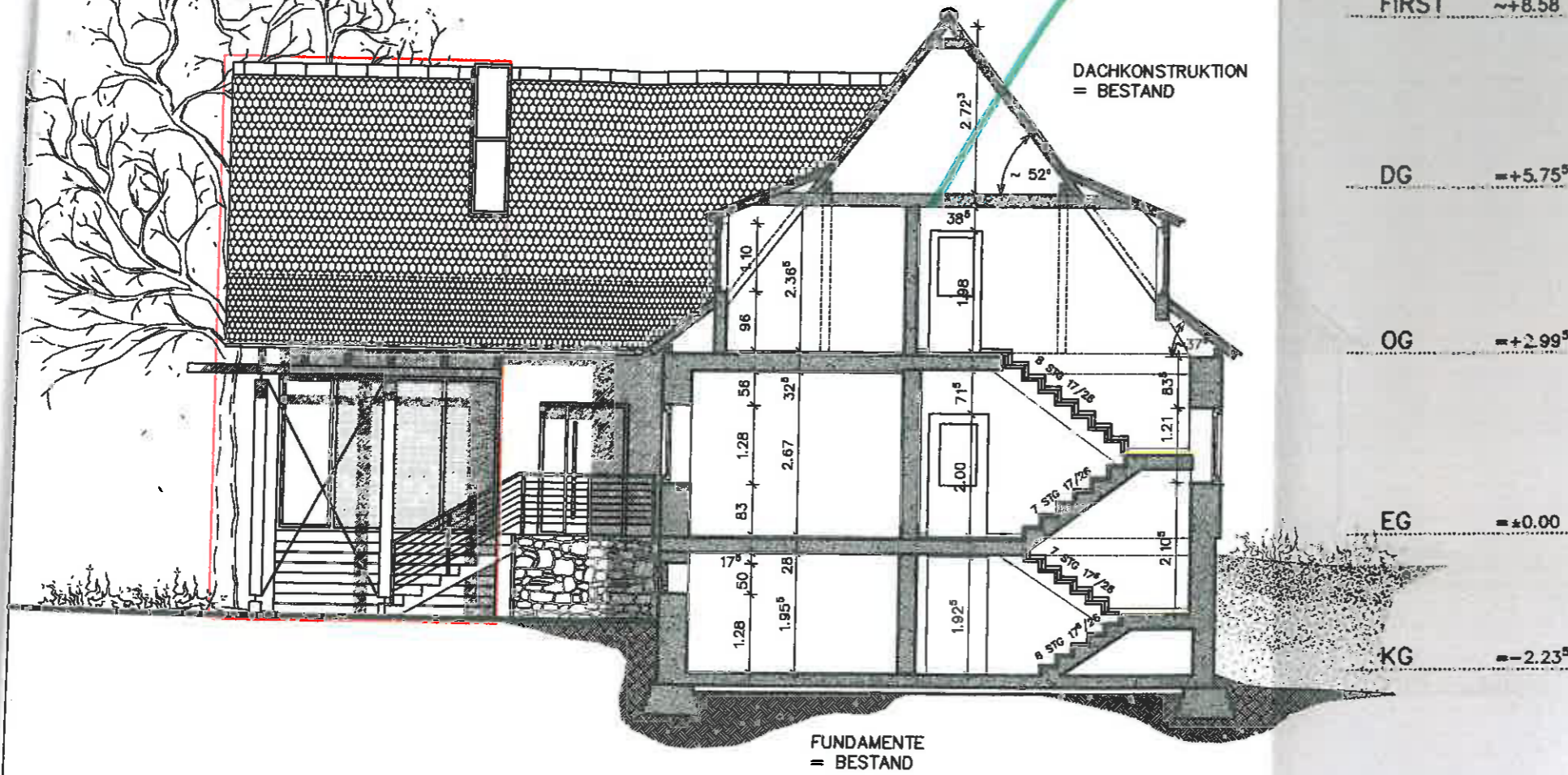
PLAN GRUNDRISS
UNTERGESCHOSS

GEZEICHNET CA	FORMAT 59/29 ⁵	DATUM 21.06.2000	MASSTAB 1.100
------------------	------------------------------	---------------------	------------------

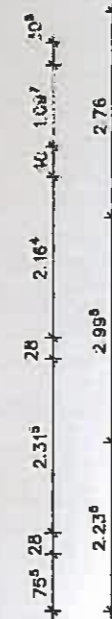
Von der Bauaufsichtsbehörde geprüft
Oberursel (Taunus) 04. SEP. 2000

Trapp
Trapp
Techn. Angestellte

Decke siehe Schreiben vom 20.07.00



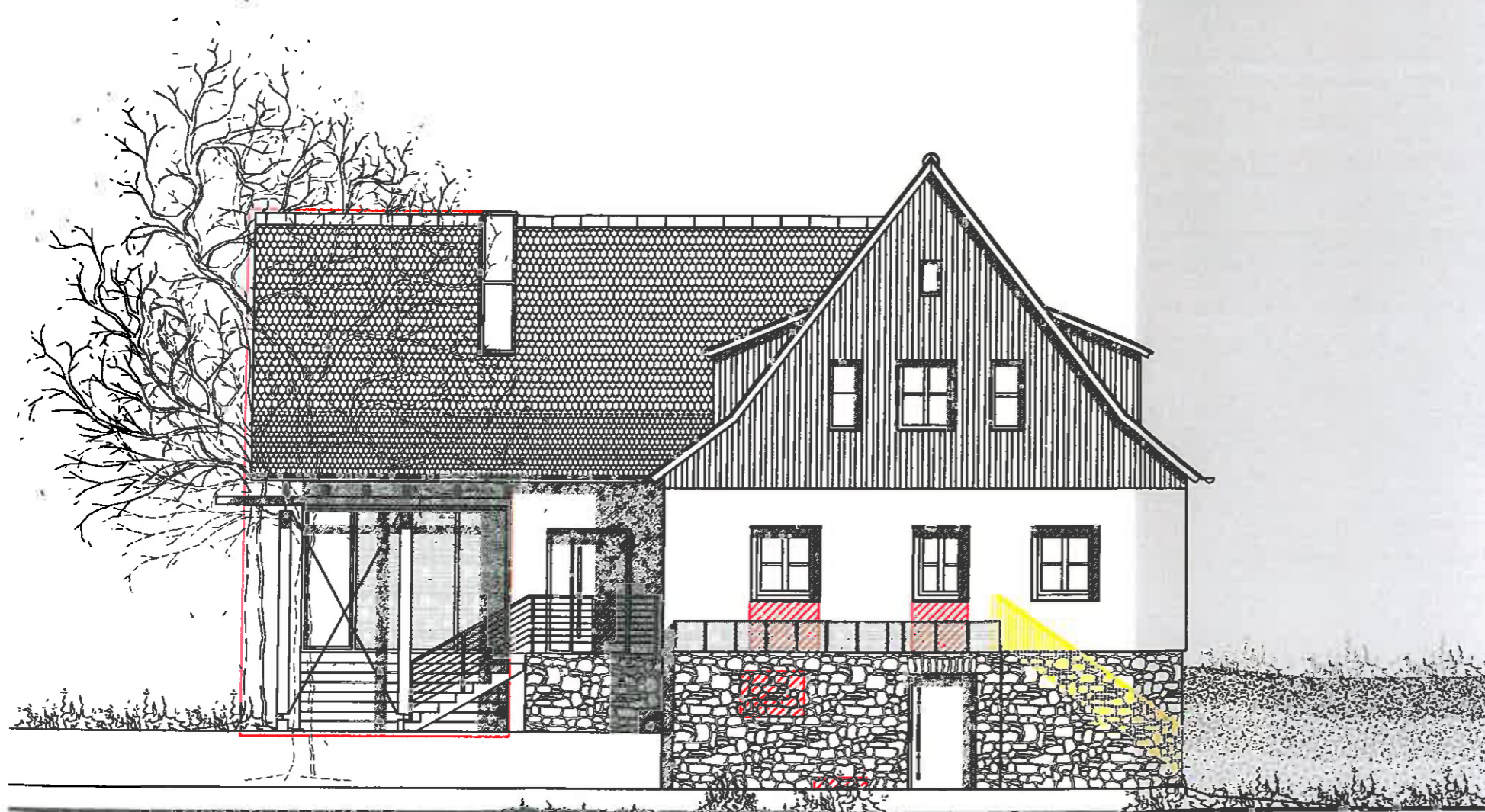
FIRST ~+8.58
 DG ==+5.75⁵
 OG ==+2.99⁵
 EG ==+0.00
 KG ==-2.23⁵



	BESTAND			
	NEUBAU			
	ABBRUCH			
 SEWO Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Oberursel Camp-King-Allee 1, 61440 Oberursel				
DER BAUHERR:				
DER ARCHITEKT:				
20.6.2000				
B A U A N T R A G				
E 17.4	3 01			
PROJEKTNR.	LPHASE	PLANBEZ.	PLANNR.	INDEX
UMBAU UND SANIERUNG EINES EHEM. US-AMERIKANISCHEN BÜROGEBÄUDES PROJEKT HAUS 993				
SEWO CAMP-KING-ALLEE 1 BAUHERR 61440 OBERURSEL/ TS				
ARCHITEKTEN DIPL.-ING. BDA GALLWITZ HOFFMANN & PARTNER PLANUNG 61440 OBERURSEL FELDBERGSTR. 57				TEL.: 06171 - 62 77 50 FAX: 06171 - 62 77 55 ISDN: 06171 - 62 77 56
GEBÄUDESCHNITT SCHNITT A-A				PLANNR. 4.3.01
PLAN				INDEX
GEZEICHNET CA	FORMAT A3	DATUM 21.06.2000	MASSTAB 1: 100	

Von der Bauaufsichtsbehörde geprüft
Oberursel (Taunus) ~~04 SEP 2000~~

Leon
Trapp
Techn. Angestellte



SÜDANSICHT





DER BAUHERR: 		SEWO Gemarkungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Oberursel Camp-King-Allee 1, 61440 Oberursel	
DER ARCHITEKT: 		20.6.2000	
B A U A N T R A G			
E 17	4	4	01
PROJEKTNR.	L PHASE	PLANBEZ.	PLANNR.
INDEX			
UMBAU UND SANIERUNG EINES EHEM. US-AMERIKANISCHEN BUROGEBÄUDES PROJEKT HAUS 993			
SEWO CAMP- KING- ALLEE 1 BAUHERR 61440 OBERURSEL/ TS			
ARCHITEKTEN DIPL.-ING. BDA GALLWITZ HOFFMANN & PARTNER PLANUNG 61440 OBERURSEL FELDBERGSTR. 57			TEL.: 06171 - 62 77 50 FAX: 06171 - 62 77 55 ISDN : 06171 - 62 77 58
PLAN SUDANSICHT			PLANNR. 4.4.01
GEZEICHNET CA			INDEX
FORMAT A3		DATUM 21.06.2000	MASSTAB 1: 100

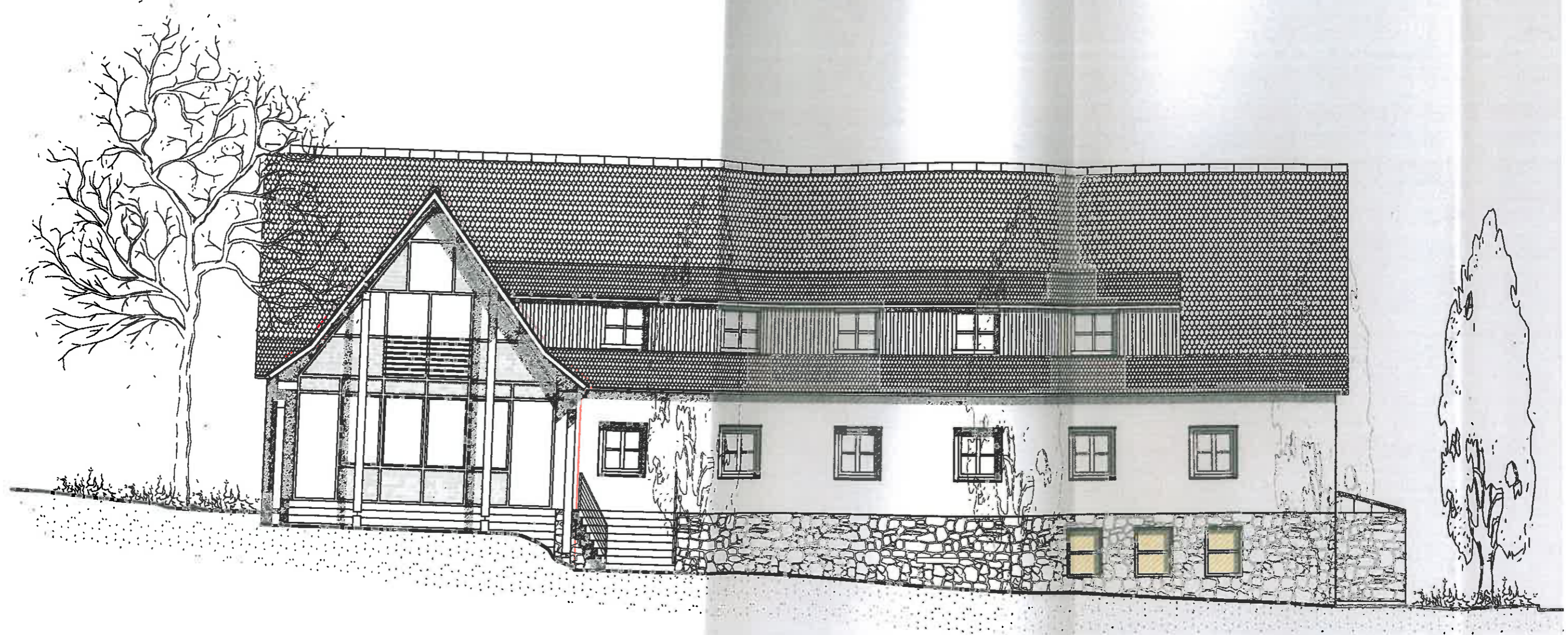
Von der Bauaufsichtsbehörde geprüft
 Oberursel (Taunus) ... ~~04. SEP. 2000~~

Trapp
 Trapp
 Techn. Angestellte



NORDANSICHT

	BESTAND			
	NEUBAU			
	ABBRUCH			
 SEWO Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Oberursel Camp-King-Allee 1, 31-30 Oberursel				
DER BAUHERR:	<i>[Signature]</i>			
DER ARCHITEKT:	<i>[Signature]</i> 20.6.2000			
B A U A N T R A G				
E 17	4	4	02	
PROJEKTR.	LPHASE	PLANBEZ.	PLANNR.	INDEX
UMBAU UND SANIERUNG EINES EHEM. US-AMERIKANISCHEN BÜROGEBÄUDES PROJEKT HAUS 993				
SEWO CAMP- KING- ALLEE 1 BAUHERR 61440 OBERURSEL/ TS				
ARCHITEKTEN DIPL.-ING. BDA GALLWITZ HOFFMANN & PARTNER PLANUNG 61440 OBERURSEL FELDBERGSTR. 57				TEL.: 06171 - 62 77 50 FAX: 06171 - 62 77 55 ISDN: 06171 - 62 77 56
				PLANNR. 4.4.02
PLAN				INDEX
NORDANSICHT				
GEZEICHNET CA	FORMAT A3	DATUM 21.06.2000	MASSTAB 1: 100	



WESTANSICHT

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Datenfernübertragung des Pegels Haidtränktal – Hochwasserschutz - Beschluss F) 4 der StvV vom 16.12.2021

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 16.12.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat beim HLNUG (Hessisches Landesamt für Naturschutz Umwelt und Geologie) vorzusprechen, damit die Pegelmessstelle im Haidtränktal eine digitalisierte Datenfernübertragung erhält.

Hierzu wird informiert, dass die Stadtwerke im Haidtränktal eine Messstelle am Urselbach betreiben. Daten fließen per Fernübertragung in das stadteigene Leitsystem ein.

Die Einbindung des Pegels und Datenübermittlung in das Leitsystem der HLNUG (Hessisches Landesamt für Naturschutz Umwelt und Geologie) ist derzeit nicht möglich gemäß Rückmeldung der HLNUG vom 08.03.2022, da:

„der Pegel Oberursel am Haidtränkbach derzeit leider nicht den Anforderungen, die an einen hydrologischen Pegel im Landesmessnetz gestellt werden, entspricht. Vertreter*innen des HLNUGs waren 2017 mit den Kolleg*innen des RPU Wiesbaden vor Ort gewesen, um einen Eindruck des Pegelstandortes zu erhalten. Die Gründe, die damals gegen eine verstärkte Messtätigkeit bzw. Ausrüstung der Anlage sprachen, möchte ich Ihnen gerne erläutern:

- die Pegellatte reicht lediglich bis 40 cm und auch das ausgebaute Pegelprofil ist nicht höher. Schätzungsweise kann dadurch nur der Niedrigwasserbereich und der untere Mittelwasserbereich erfasst werden. An diesem Standort ist es wegen des breiten Tales und weiteren Randbedingungen wie dem Wanderweg quasi unmöglich den Hochwasserbereich vollständig zu erfassen.
- ober- und unterhalb des Pegels verläuft der Haidtränkbach sehr natürlich mit verschiedenen Fließwegen und Verzweigungen, die, bei höheren Wasserständen, vermutlich auch am Pegel selbst auftreten würden. Der Pegel ist dann umläufig und kann ab einem bestimmten Wasserstand nicht mehr das gesamte Volumen erfassen. Natürliche Hindernisse wie umgestürzte Bäume oberhalb und in der Nähe der Messstrecke verstärken dies.
- die Konstruktion über der Pegelstrecke würde, sofern sie noch existiert, bei größeren Durchflüssen als Hindernis wirken. Auch diese Rückstauproblematik ist bei der Überlegung zur kontinuierlichen Datenerfassung nicht zu vernachlässigen.“

Damit ist dem Stadtverordnetenbeschluss vom 16.12.2021 entsprochen.

Antje Runge
Bürgermeisterin

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Gräber retten

Beschluss F) 5 der StvV vom 16.12.2021

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 16.12.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten, die Auflassung von Gräbern auf den Friedhöfen der Stadt zeitig vor deren Räumung an Stadtarchiv, Büro der Gremien und Heimatkundevereine sowie an die Ortsbeiräte zu melden, mit der Maßgabe, auf begründetes öffentliches Interesse an der Erhaltung einzelner Grabstätten hinzuweisen.

Über den Erhalt der Grabsteine oder der gesamten Gräber entscheidet der Magistrat, sofern aus den konsultierten Gremien entsprechende Hinweise an den Magistrat ergehen.

Zur Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 ist Folgendes geplant:

Jedes Jahr im März werden Listen mit den ab Januar des folgenden Jahres von Räumungen betroffenen Gräbern an das Stadtarchiv, die untere Denkmalschutzbehörde, die Heimatvereine (Verein für Geschichte und Heimatkunde Oberursel (Taunus) e. V., Geschichts- und Kulturkreis Oberstedten e. V. und Heimatstuben Stierstadt) sowie an das Büro der Gremien zur Weiterleitung an die Ortsbeiräte übermittelt, die – entsprechend der Aushänge an den Friedhöfen – folgende Daten enthalten: Bezeichnung der Grabstätte, Grabart, Ablaufdatum, Vor- und Familienname des zuletzt Verstorbenen.

Die Empfänger der Listen können dann selbst im Rahmen von Friedhofsbegehungen klären, welche Gräber dem Magistrat als Ehrengräber vorgeschlagen werden sollten.

Nicht in den Listen enthalten sind Erdreihengräber und Urnenreihengräber, da diese immer nach Ablauf der Ruhezeit vollständig abgeräumt werden. Es ist technisch nicht möglich, einzelne Erd- oder Urnenreihengräber abzuräumen, ohne umliegende Gräber hierbei zu beschädigen. Ebenfalls nicht enthalten sind Gräber, auf deren Nutzungsrecht die Nutzungsberechtigten vorzeitig verzichten.

Die Empfänger der Listen haben die Möglichkeit, bis zum 30.06. des Jahres dem Magistrat die Gräber schriftlich zu benennen, denen der Status eines Ehrengrabes zuerkannt werden soll.

Der Magistrat hat in der Sitzung vom 28.10.2019 folgende Kriterien für die Vergabe von Ehrengräbern beschlossen:

„Eine Ehrengrabstätte – mit unbefristetem Ruherecht auf Friedhofsdauer sowie städtischer Finanzierung und Umsetzung der Grabpflege – wird vom Magistrat im Einzelfall an für die Stadt Oberursel (Taunus) „besonders bedeutende Personen“ zuerkannt. Zu diesem Personenkreis zählen nur Personen, deren Grabstätte wegen ganz hervorragender Verdienste um die Stadt

Oberursel (Taunus) oder wegen eines weit überragenden Lebenswerks auf politischem, künstlerischem, kulturellem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet dauerhaft zu erhalten ist. Das weit überragende Lebenswerk sollte durch eine Auszeichnung oder Preisverleihung von zumindest überregionaler Bedeutung dokumentiert sein. Hinzukommen sollte eine nachhaltige bzw. prägende Wirkung des Schaffens der Persönlichkeit.“

Da der Magistrat außerdem zum Verfahren u. a. beschlossen hat, dass der Vorschlag mit einer ausführlichen Begründung unter Würdigung der genannten Kriterien und mit den erforderlichen Nachweisen zu versehen ist, werden die Empfänger der Listen um Beachtung dieser Vorgaben gebeten.

Damit ist dem Stadtverordnetenbeschluss vom 16.12.2021 entsprochen.

Antje Runge
Bürgermeisterin

Mitteilung

für die Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Stadtbus Oberursel: Wiederherstellung des Anschlusses Am Rahmtor und Frühverbindung Oberstedten - Krankenhaus

Beschluss F) 10 der StvV vom 03.02.2022

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 03.02.2022 folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie ein kundenfreundlicher Anschluss sonntags am Rahmtor sowie die Verbindung des Stadtteils Oberstedten zum Kreiskrankenhaus vor 6 Uhr wiederhergestellt werden kann.

Hierzu wird informiert, dass die Stadtwerke Oberursel die Möglichkeiten eines Fahrplanwechsels erneut prüfen. Frühest möglicher Zeitpunkt der Änderung wäre zum Tarifwechsel 01.07.2022. Eine unterjährige Änderung hat zur Folge, dass die Fahrplanbücher 2022 nicht aktuell sind.

Sie erhalten diese Zwischeninformation zur Kenntnis.

Antje Runge
Bürgermeisterin

Stadt Oberursel (Taunus)

Kämmerei

Aktenzeichen: 11.40.11

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

15.03.2022	VL-58/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	28.03.2022	III	16	
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzsausschuss	04.05.2022			
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	05.05.2022			
Ortsbeirat Stierstadt	09.05.2022			
Ortsbeirat Oberstedten	10.05.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	10.05.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Nord	11.05.2022			
Ortsbeirat Bommersheim	11.05.2022			
Ortsbeirat Weißkirchen	12.05.2022			
Stadtverordnetenversammlung	19.05.2022			

Betreff:

1. Haushaltssicherung
2. Veränderungen im Investitionsprogramm
3. Erste Nachtragssatzung mit Veränderungsplan für das Jahr 2022
4. Veränderungen in der Ergebnis- und Finanzplanung

Beschlussvorschlag:

- 1a. Das Haushaltssicherungskonzept 2022 wird fortgeschrieben.
- 1b. Der Magistrat stellt
 - den Entwurf der Veränderung im Investitionsprogramm
 - den Entwurf der ersten Nachtragshaushaltssatzung mit Veränderungsplanung für das Haushaltsjahr 2022 gemäß § 98 Abs. 1 HGO, in der der Originalniederschrift beiliegenden Fassung
 - den Entwurf der Veränderungen in der Ergebnis- und Finanzplanungfest.
2. Die Veränderungen des Investitionsprogramms 2022 werden der Stadtverordneten-

versammlung zur Beratung und Beschlussfassung sowie den Ortsbeiräten zur Anhörung vorgelegt.

3. Der Entwurf der ersten Nachtragshaushaltssatzung mit Veränderungsplanung für das Haushaltsjahr 2022 wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung sowie den Ortsbeiräten zur Anhörung vorgelegt.
4. Die Veränderungen der Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum bis 2025 werden der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeiräten zur Unterrichtung vorgelegt.

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Das Haushaltssicherungskonzept 2022 wird fortgeschrieben.
2. Die Veränderungen im Investitionsprogramm werden für den Planungszeitraum bis 2025, in der der Originalniederschrift beiliegenden Fassung, beschlossen.
3. Die erste Nachtragshaushaltssatzung mit Veränderungsplanung für das Haushaltsjahr 2022 wird gemäß § 98 i.V.m. § 97 Abs. 2 HGO, in der der Originalniederschrift beiliegenden Fassung, beschlossen.
4. Die Veränderungen der Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum bis 2025 werden, in der der Originalniederschrift beiliegenden Fassung, zur Kenntnis genommen.

Sachbericht:

Allgemeines

In § 98 HGO ist festgelegt, dass die Haushaltssatzung nur durch Nachtragssatzung geändert werden kann. Diese ist bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen.

Im vorliegenden Fall ist die Nachtragssatzung zu erlassen, da u.a. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen geleistet werden sollen (Abs. 2 Nr. 4). Gemäß Verweissvorschrift (§ 98 Abs. 4 HGO) gilt § 97 HGO, der das Verfahren des Erlasses der Haushaltssatzung regelt.

Entsprechend § 8 GemHVO hat der Nachtragshaushaltsplan alle erheblichen Änderungen der Ansätze von Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, die im Zeitpunkt seiner Aufstellung übersehbar sind, sowie die damit im Zusammenhang stehenden Änderungen der Ziele und Kennzahlen zu enthalten (Auszug aus § 8 GemHVO).

Begründung für den Nachtragshaushaltsplan

- **Kleinkinderbecken TaunaBad**

Bereits mit VL 169/2021 wurde auf die Sanierungsbedürftigkeit des Kleinkinderbeckens im TaunaBad hingewiesen. Bis zur Beschlussfassung über den Haushalt lagen jedoch nicht die gesetzlich geforderten Dokumentationen und Kostenberechnungen vor, so dass diese Maßnahme nicht in den Haushaltsplan 2022 aufgenommen werden konnte. Die Entwurfsplanung wurde mittlerweile erstellt und ist Basis für die Nachholung der Veranschlagung. Laut Kostenberechnung beläuft sich das Investitionsvolumen auf 1,71 MioEUR.

Bedingt durch die Erstveranschlagung der Investition „Kleinkinderbecken“ ist ein Nachtragshaushaltsplan zu erlassen. Zeitlich ist das Nachtragsverfahren so ausgelegt, dass in der Wintersaison die Baumaßnahmen umsetzbar sind. Zum Saisonbeginn 2023 soll das Kinderbecken wieder zur Nutzung zur Verfügung stehen.

Die Finanzierung erfolgt durch Kreditaufnahme mit gleichem Volumen.

- **Zahlungsausgleich Stadthalle GmbH (Sanierungen/Erhaltungen)**

Im Wesentlichen zur Sicherstellung des Hallenbetriebs in der Stadthalle waren Erhaltungsaufwendungen notwendig, die aktuell durch die SWO finanziert wurden. Gleichzeitig wurde ein allgemein erhöhter Finanzmittelbedarf angezeigt. Bezüglich der Detailinformationen wird auf die VL 45/2022 verwiesen. Die Vorausleistungen der SWO sollen mittels erhöhtem Verlustausgleich durch die Stadt kompensiert werden (187 TEUR).

- **Nachvollzug von wesentlichen Beträgen aus dem (vorläufigen) Jahresabschluss 2021**

Das (vorläufige) Jahresergebnis 2021 sowie enthaltene Rückstellungen tangieren die Planung 2022. Wesentliche Sachverhalte wurden nachvollzogen (z.B. Inanspruchnahme der Rückstellungen „Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB (480 TEUR)“ sowie „Instandhaltungen am TaunaBad (55 TEUR)“. Diese haben jedoch nur Auswirkungen in den (Teil-)Finanzhaushalt(en), da der Aufwand in gleicher Höhe neu veranschlagt wurde.

Haushaltssicherung

Gemäß Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 14.12.2021 (15i01-07) wurde festgelegt „... Eine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts ist nur dann anzunehmen, wenn sich für den fünfjährigen Planungszeitraum der Ergebnis- und Finanzplanung insgesamt jeweils durch Saldierung der jahresbezogenen Planwerte im Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung der ordentlichen Rücklage ein Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis oder ein Fehlbetrag im Finanzhaushalt ergeben. Für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung besteht somit keine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts, wenn für den Planungszeitraum insgesamt der Ergebnishaushalt als ausgeglichen gilt i.S. von § 92 Abs. 5 Nr. 1 HGO. Dafür müssen im Planungszeitraum insgesamt geplante jahresbezogene ordentliche Defizite durch insgesamt geplante jahresbezogene ordentliche Überschüsse ausgeglichen werden können bzw. muss ein Ausgleich eines sich saldiert ergebenden Defizits durch eine Entnahme aus der ordentlichen Rücklage möglich sein.“

Da der vorgenannte Erlass nach der Beschlussfassung zum Haushalt 2022 veröffentlicht wurde, wird die Haushaltssicherung fortgeführt, nur die Wertänderungen werden nachvollzogen. Eine Darstellung der jährlichen Veränderungen und Bestände ist dem Nachtragsplan beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Nachtragsplan

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

-/-

Umweltrelevante Auswirkungen:

-/-

E. Schimanski-Sippel

Anlagen

- Nachtragshaushaltssatzung mit -plan 2022 inkl. Haushaltssicherung
- Entwurfsplanung Kinderbecken

Antje Runge
Bürgermeisterin

Stadt Oberursel (Taunus)

Nachtragshaushaltsplan

2022





Inhaltsverzeichnis

1 Vorbericht	3
1.1 Ergebnishaushalt	5
1.2 Finanzhaushalt	6
1.3 Kreditaufnahme	7
1.4 Liquiditätskredite	7
1.5 Liquiditätssicherung	8
1.6 Deckungsgrundsatz nach § 92 (5) Ziffer 2 HGO bzw. § 3 (3) GemHVO	8
2 Haushaltssicherung	9
2.1 Rechtliche Grundlagen	9
2.2 Ausgangssituation	9
2.3 Maßnahmen und Zeitplan	10
3 Nachtragssatzung	12
4 Gesamthaushalt und mittelfristige Finanzplanung	14
4.1 Ergebnishaushalt	14
4.2 Finanzhaushalt	18
5 Teilhaushalte / Produktgruppen	24
6 Erträge und Aufwendungen nach Produktbereichen zusammengefasst	33
7 Erträge und Aufwendungen nach Budgets zusammengefasst	35
8 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	36
9 Übersicht über den Stand der Rücklagen und Rückstellungen	37
10 Finanzstatusbericht	38



1 Vorbericht

Gesetzliche Regelungen zum Nachtragshaushaltsplan

§ 98 HGO legt fest, dass die Haushaltssatzung nur durch Nachtragssatzung geändert werden kann. Die Nachtragssatzung ist bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen (Abs. 1). Folgende Bedingungen sind für den Erlass einer Nachtragssatzung formuliert:

Abs. 2 - Die Gemeinde hat unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn

1. sich zeigt, dass im Ergebnishaushalt trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Fehlbetrag entstehen oder ein veranschlagter Fehlbedarf sich wesentlich erhöhen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
2. sich zeigt, dass im Finanzhaushalt ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann,
3. bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen und Auszahlungen bei einzelnen Ansätzen oder einzelnen vorgegebenen Finanzrahmen (Budget) in einem im Verhältnis zu den gesamten Aufwendungen und Auszahlungen erheblichen Umfang geleistet werden müssen,
4. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen,
5. Beamte oder Arbeitnehmer eingestellt, befördert oder in eine höhere Entgeltgruppe eingestuft werden sollen und der Stellenplan die hierzu notwendigen Stellen nicht enthält.

Abs. 3 - Abs. 2 Nr. 2 bis 5 findet keine Anwendung auf

1. den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen, für die unerhebliche Auszahlungen zu leisten sind, sowie auf Instandsetzungen an Bauten und Anlagen, die unabweisbar sind,
2. die Umschuldung von Krediten,
3. Abweichungen vom Stellenplan und die Leistung höherer Personalaufwendungen und Auszahlungen, soweit sie aufgrund des Besoldungs- und Tarifrechts zwingend erforderlich sind,
4. nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen, die bei der Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt werden und nicht zu Auszahlungen führen.

Rückblick auf die Haushaltsplanung

Der Haushaltsplan 2022 wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2021 beschlossen, in Folge der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt. Die Genehmigung erfolgte am 22.02.2022, die Veröffentlichung erfolgte in der Zeit vom 28.02.2022 bis 08.03.2022.



Begründung für den Nachtragshaushaltsplan

Im Nachfolgenden werden die Sachverhalte beschrieben, die zu dem vorliegenden Nachtragshaushaltsplan geführt haben. Im Einzelnen handelt es sich um:

Abriss und Neubau des Kleinkinderbeckens im TaunaBad

Mit der Vorlage VL 169/2021 wurde auf die (Sanierungs-)Dringlichkeit zwecks zukünftiger Nutzbarkeit des Kinderbeckens hingewiesen. Da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans 2022 keine ausreichenden Planungsgrundlagen vorlagen, wurde die Maßnahme nicht in die Haushaltsplanung 2022 aufgenommen. Die notwendige Entwurfsplanung liegt nun vor und wurde von der Betreiberin (Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH) geprüft. Eine Veranschlagung entsprechend den Vorgaben der GemHVO ist nunmehr im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplans gegeben.

Zur Realisierung der Maßnahme ist eine Kreditaufnahme eingeplant.

Gemäß Ziffer 3 des Beschlusses vom 18.11.2021 ist der Beschluss über die Ausführung durch die Stadtverordnetenversammlung zu fassen. Die Planungsunterlagen liegen der Vorlage zum Nachtragshaushalt als weitere Anlage bei.

Ausgleich von Planungs- und Sanierungskosten für den Erhalt / Betrieb der Stadthalle

Mit Vorlage VL 45/2022 wurde informiert, dass die kommunale Aufgabenerfüllung des Betriebes der Stadthalle aufgrund der momentanen Struktur der Leistung in den defizitären Bereichen ohne Mitfinanzierung durch den Haushalt nicht realisierbar ist. Aufgrund bestehender Regelungen kann ein Ausgleich herbeigeführt werden. Der in die Planung aufgenommene Betrag gliedert sich in eine Anzeige zum Liquiditätsausgleich sowie einem Mittelbedarf aufgrund von noch nicht abgerechneten Leistungen für Sanierungen, insgesamt 187 TEUR.

Nachvollzug von wesentlichen Beträgen aus dem (vorläufigen) Jahresabschluss 2021

Das (vorläufige) Jahresergebnis 2021 sowie enthaltene Rückstellungen tangieren die Planung 2022. Wesentliche Sachverhalte wurden nachvollzogen (z.B. Inanspruchnahme der Rückstellungen „Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB (480 TEUR) (PG 060400-Tageseinrichtungen für Kinder)“ sowie „Instandhaltungen (55 TEUR) (080200 - Frei- und Hallenbad - hier TaunaBad)“. Diese haben jedoch nur Auswirkung auf den Finanzhaushalt (Auszahlung), da der Aufwand in gleicher Höhe neu veranschlagt wurde. In den Teilhaushalten wird der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht gezeigt, die Veränderungen sind nur im Gesamtfinanzhaushalt ersichtlich.

Hinweis:

Auf wiederholende Erläuterungen an anderer Stelle im Nachtragsplan wird verzichtet. Sofern nichts anderes angegeben, Beträge in EUR.



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

1.1 Ergebnishaushalt

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Ergebnishaushaltes 2022 (Nachtrag) im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres 2021 und zum Ergebnis des Haushaltsjahres 2020:

Ergebnishaushalt

Nr.	Bezeichnung	Nachtrag 2022	Abw. +/-	Ansatz 2021	Ergebnis 2020
10	Ordentliche Erträge	111.399.150	129.950 →	111.269.200	129.872.360
19	Ordentliche Aufwendungen	124.688.600	4.904.250 ↗	119.784.350	120.160.207
20	Verwaltungsergebnis	-13.289.450	-4.774.300 ↘	-8.515.150	9.712.152
21	Finanzerträge	1.797.450	-253.800 ↘	2.051.250	3.639.467
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.562.250	-107.650 ↘	1.669.900	2.467.495
23	Finanzergebnis	235.200	-146.150 ↘	381.350	1.171.972
24	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	113.196.600	-123.850 →	113.320.450	133.511.826
25	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	126.250.850	4.796.600 ↗	121.454.250	122.627.702
26	Ordentliches Ergebnis	-13.054.250	-4.920.450 ↘	-8.133.800	10.884.124
27	Außerordentliche Erträge	3.249.850	2.486.850 ↗	763.000	352.643
28	Außerordentliche Aufwendungen	--	-2.000.000 ↘	2.000.000	548.527
29	Außerordentliches Ergebnis	3.249.850	4.486.850 ↗	-1.237.000	-195.885
30	Jahresergebnis	-9.804.400	-433.600 ↘	-9.370.800	10.688.240

Im Ergebnishaushalt ergeben sich durch den Nachtragshaushalt folgende Änderungen:

Ergebnishaushalt kompakt

	Haushaltsplan 2022 -EUR-	Nachtragshaushalt 2022 -EUR-	Veränderung -EUR-
Ordentliche Erträge	111.399.150	111.399.150	0 →
Ordentliche Aufwendungen	124.501.600	124.688.600	187.000 →
Verwaltungsergebnis	-13.102.450	-13.289.450	-187.000 ↘
Finanzerträge	1.797.450	1.797.450	0 →
Zinsen und sonstige Aufwendungen	1.559.700	1.562.250	2.550 →
Finanzergebnis	237.750	235.200	-2.550 ↘
Ordentliches Ergebnis	-12.864.700	-13.054.250	-189.550 ↘
Außerordentliche Erträge	3.249.850	3.249.850	0 →
Außerordentliches Ergebnis	3.249.850	3.249.850	0 →
Jahresergebnis	-9.614.850	-9.804.400	-189.550 ↘



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Dabei sind vor allem bei den eingetretenen Veränderungen die wesentlichsten Mehr- bzw. Minderbeträge darzustellen:

Mehr- und Mindererträge gegenüber dem Haushaltsplan

Konto, Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Summe Ertrag	--

Mehr- und Minderaufwendungen gegenüber dem Haushaltsplan

Konto, Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Summe Aufwand	189.550
61010099 - Inanspruchnahme Rückstellung	-55.000
61630190 - Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen mit 19% MwSt.	55.000
67950000 - Kostenausgleich für Kinderbetreuung nach § 28 HKJGB	480.000
67950099 - Inanspruchnahme Rückstellung Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB	-480.000
71252000 - Verlustausgleich Stadthalle GmbH	187.000
77110000 - Bankzinsen (Negativzinsen/Verwarentgelt) Tages- und Festgelder	2.550

1.2 Finanzhaushalt

In Nachtragshaushaltsplan sind folgende Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan vorgesehen:

Finanzhaushalt kompakt

	Haushaltsplan 2022 -EUR-	Nachtragshaus- halt -EUR-	Veränderung -EUR-
Finanzmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.843.300	-13.567.850	-724.550
Finanzmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	-7.390.000	-9.100.000	-1.710.000
Finanzmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	3.305.000	4.993.600	1.688.600
(+) Zufluss / (-) Abfluss an Zahlungsmitteln	-16.928.300	-17.674.250	-745.950

Im Bereich des Zahlungsmittelflusses aus lfd. Verwaltungstätigkeit ergeben sich folgende Mehr- und Mindereinzahlungen:

Mehr- und Mindereinzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Haushaltsplan

Konto, Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	--



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Mehr- und Minderauszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Haushaltsplan

Konto, Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	724.550
83228219 - Auszahlungen für die Instandhaltung der Einrichtung und Ausstattung mit 19% MwSt.	55.000
83242950 - Auszahlungen für Kostenausgleich der Kinderbetr. nach § 28 HKJGB	480.000
83431590 - Auszahlungen für Verlustausgleich -Stadthalle GmbH-	187.000
83651710 - Zinsauszahlungen für Kreditmarktmittel	2.550

Nachstehend aufgeführte Investitionsmaßnahmen führen zu Veränderungen:

Mehr- und Mindereinzahlungen einzelner Maßnahmen

Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Gesamthaushalt	--

Mehr- und Minderauszahlungen einzelner Maßnahmen

Bezeichnung	Veränderung -EUR-
Gesamthaushalt	1.710.000
08020021001 - Generalsanierung Kinderbecken [M]	1.710.000

1.3 Kreditaufnahme

Änderungen der Kreditneuaufnahmen

Bezeichnung	bisheriger Ansatz	Nachtragshaushalt	Veränderung -EUR-
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	7.390.000	9.100.000	1.710.000

Die Neuveranschlagung eines Kredites und somit verbunden eine Veränderung der Finanzrechnung dient der Finanzierung der Maßnahme "Generalsanierung Kinderbecken". Aufgrund des geplanten Baufortschritts wird davon ausgegangen, dass die Kreditaufnahme zum Ende des Jahres erfolgt und somit im ersten Jahr nur eine geringe Tilgung erfolgt (21,4 TEUR).

1.4 Liquiditätskredite

Der im Haushaltsplan 2022 festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätskredite wird durch den Nachtragshaushaltsplan nicht verändert. Trotz erhöhtem Ausweis von liquiden Mitteln zum 31.12.2021 wird der Betrag i.H.v. 2,0 MioEUR als Sicherheitspuffer benötigt bzw. ist als solcher vorgesehen.



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

1.5 Liquiditätssicherung

In § 106 HGO fordert der Gesetzgeber, dass Kommunen ihre stetige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen haben. Zur Sicherstellung der stetigen Zahlungsfähigkeit soll sich der geplante Bestand an flüssigen Mitteln - ohne Liquiditätskreditmittel - in der Regel auf mindestens zwei Prozent der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der letzten drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre belaufen.

	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
Ergebnis 2019	108.088.570
Ergebnis 2020	113.709.729
Ansatz 2021	120.064.550

Für das Haushaltsjahr 2022 ergibt sich folgende Berechnung:

Durchschn. Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit der 3 vorangegangenen Jahre	113.954.283,19
davon 2 Prozent	2.279.085,66

1.6 Deckungsgrundsatz nach § 92 (5) Ziffer 2 HGO bzw. § 3 (3) GemHVO

Gemäß den Vorschriften der HGO bzw. GemHVO soll der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens so hoch sein, dass daraus die Auszahlungen zur ordentlichen Tilgung von Krediten sowie an das Sondervermögen Hessenkasse geleistet werden können. Der Vergleichswert gibt einen Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der Kommune bzw. kann als Maßstab zur Bewertung der Überschuldung herangezogen werden.

Tabellarische Darstellung der Volumina

	Ergebnis 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
Summe des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 19)	18.762.560,45	-8.437.100	-13.567.850	61.450	2.775.350	691.950
./. Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse (Zeile 32)	3.181.608,13	4.242.000	4.106.400	4.378.300	4.496.750	4.567.800
+ zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten (davon-Position Zeile 20)	85.791,90	--	--	--	--	--
Saldo gem. §3 Abs. 2 GemHVO	15.666.744,22	-12.679.100	-17.674.250	-4.316.850	-1.721.400	-3.875.850

Hinweis: Die dargestellten ordentlichen Tilgungsvolumina beinhalten seit 2020 auch die Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse (1,14 MioEUR).

Die vorstehende Tabelle weist nach, dass die Stadt Oberursel (Taunus) es in **keinem** Jahr schafft, die ordentliche Tilgung mit Mitteln aus der laufenden Verwaltung zu finanzieren.



2 Haushaltssicherung

2.1 Rechtliche Grundlagen

Vorschriften mit Bezug auf die Haushaltssicherung sind u.a. in den §§ 92 HGO (Ausgleich des Haushalts), § 92a HGO (Haushaltssicherungskonzept) sowie für die Liquidität in § 106 Abs. 1 HGO (Liquiditätssicherung) enthalten. Mit Beschluss vom 18.11.2021 hat die Stadtverordnetenversammlung ein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet. Die Kernaussage der Beschlussfassung ist die Haushaltssicherung durch Entnahme aus der ordentlichen Rücklage bzw. vorhandener Liquidität. Nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung wurde zum Thema Haushaltssicherungskonzept durch das Land Hessen folgendes verfügt:

Gemäß Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 14.12.2021 (15i01-07) wurde festgelegt „... Eine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts ist nur dann anzunehmen, wenn sich für den fünfjährigen Planungszeitraum der Ergebnis- und Finanzplanung insgesamt jeweils durch Saldierung der jahresbezogenen Planwerte im Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung der ordentlichen Rücklage ein Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis oder ein Fehlbetrag im Finanzhaushalt ergeben. Für den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung besteht somit keine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts, wenn für den Planungszeitraum insgesamt der Ergebnishaushalt als ausgeglichen gilt i.S. von § 92 Abs. 5 Nr 1 HGO. Dafür müssen im Planungszeitraum insgesamt geplante jahresbezogene ordentliche Defizite durch insgesamt geplante jahresbezogene ordentliche Überschüsse ausgeglichen werden können bzw. muss ein Ausgleich eines sich saldiert ergebenden Defizits durch eine Entnahme aus der ordentlichen Rücklage möglich sein.“

Trotz dieser Möglichkeit wird das bestehende Haushaltssicherungskonzept fortgeschrieben. Die Fortschreibung bezieht sich jedoch nur auf die Wertänderungen die durch die weit fortgeschrittenen Jahresabschlussarbeiten 2021 sowie die Nachtragsplanung bedingt sind.

2.2 Ausgangssituation

Die (Nachtrags-)Haushaltswerte zeigen deutlich, dass der Ausgleich des Haushalts und Erhalt der Zahlungsfähigkeit nicht aus dem Haushalt selbst erfolgt, sondern nur durch Rücklagenentnahmen bzw. Nutzung vorhandener Liquidität sichergestellt werden kann. Dies gilt über den gesamten Finanzplanungszeitraum.

Mit Blick auf die Ertragsaufteilung wird die Abhängigkeit der Stadt Oberursel (Taunus) von Steuererträgen ersichtlich. Hierbei sind die Erträge aus der Einkommen- sowie Gewerbesteuer relevant. Coronabedingt sind hier negative "Knicke" in der Entwicklungskurve festzustellen. Diesen Ertragsminderungen stehen Aufwandssteigerungen entgegen. Gleichwohl ist zu beachten, dass die ungewöhnlich hohe Steuerkraft späterhin zum Großteil in den Kommunalen Finanzausgleich abfließt.

Nachstehende Darstellung ist auf Basis des vorläufigen Jahresabschluss 2021 erstellt.



2.3 Maßnahmen und Zeitplan

2.3.1 Ordentliches Ergebnis

Die mittelfristige Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses stellt sich wie folgt dar:

Fortschreibung der ordentlichen Rücklage

Bezeichnung	Planwert	Erläuterungen
ord. Rücklage 2020	23.906.779	ord. Rücklage inkl. Ergebnis
Ord. Ergebnis 2021 (Plan)	-8.133.800	(nachrichtlich)
Prog. ord. Ergebnis 2021	8.366.492	
31.12.2021	32.273.271	
Ord. Ergebnis 2022	-13.054.250	
31.12.2022	19.219.021	
Ord. Ergebnis 2023	-3.508.200	
31.12.2023	15.710.821	
Ord. Ergebnis 2024	-848.800	
31.12.2024	14.862.021	
Ord. Ergebnis 2025	-2.959.100	
31.12.2025	11.902.921	

Maßnahme zur Haushaltssicherung

Die Unterdeckungen / Fehlbedarfe im ordentlichen Ergebnis werden durch Rücklagenentnahmen kompensiert.

2.3.2 Liquidität [Finanzhaushalt]

Die Liquidität wird in der Bilanz als Position "Flüssige Mittel" dargestellt. Durch die Fortrechnung des jährlichen Mittelabflusses ergibt sich folgender Verlauf:

Fortschreibung Zahlungsmittelfluss

Bezeichnung	Planwert	Erläuterungen
Bereinigter Bestand 2021	47.153.844	(nutzbare Liquidität, vgl. Muster 3 zu Hinweis Nr. 6 zu § 106 HGO)
Liquiditätspuffer (HSK)	-2.279.100	
Änderung ZMF 2022	-17.674.250	
31.12.2022	27.200.494	
Änderung ZMF 2023	-4.316.850	
31.12.2023	22.883.644	
Änderung ZMF 2024	-1.721.400	
31.12.2024	21.162.244	
Änderung ZMF 2025	-3.875.850	
31.12.2025	17.286.394	



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Liquiditätspuffer

Wie bereits unter Punkt 3.2 dargestellt, beträgt der Liquiditätspuffer nach § 106 HGO rd. 2.279 TEUR. Die Grenze wird nach aktueller Planung jeweils auf Ganzjahressicht nicht unterschritten.

Der **Zahlungsmittelfluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit deckt die ordentliche Tilgung** und Leistungen an das **Sondervermögen Hessenkasse**

Diese Vorgabe wird in keinem Jahr erfüllt. Die Finanzierung erfolgt aus lfd. Liquidität.

Maßnahme zur Haushaltssicherung

Die Unterdeckungen werden aus dem lfd. Kassenbestand finanziert.



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

3 Nachtragssatzung

Aufgrund des § 98 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2020 (GVBl. S. 915), hat die Stadtverordnetenversammlung am xx.xx.xxxx folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
im ordentlichen Ergebnis				
die Erträge	0	0	113.196.600	113.196.600
die Aufwendungen	724.550	535.000	126.061.300	126.250.850
der Saldo	-724.550	-535.000	-12.864.700	-13.054.250
im außerordentlichen Ergebnis				
die Erträge	0	0	3.249.850	3.249.850
die Aufwendungen	0	0	0	0
der Saldo	0	0	3.249.850	3.249.850
b) im Finanzhaushalt				
aus laufender Verwaltungstätigkeit				
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen	0	724.550	-12.843.300	-13.567.850
aus Investitionstätigkeit				
die Einzahlungen	0	0	5.577.850	5.577.850
die Auszahlungen	1.710.000	0	12.967.850	14.677.850
Saldo	-1.710.000	0	-7.390.000	-9.100.000
aus Finanzierungstätigkeit				
die Einzahlungen	1.710.000	0	7.390.000	9.100.000
die Auszahlungen	21.400	0	4.085.000	4.106.400
Saldo	1.688.600	0	3.305.000	4.993.600

Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbedarf von -9.804.400 EUR aus.

Der Finanzhaushalt weist einen Zahlungsmittelbedarf von -17.674.250 EUR aus.



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 7.390.000 EUR um 1.710.000 EUR erhöht und damit auf 9.100.000 EUR neu festgesetzt.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht geändert.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Liquiditätskredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Hebesätze werden durch die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer vom 15.11.2019 festgelegt. Die (übrigen) Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung am xx.xx.xxxx beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 8

Der Magistrat wird zur Sicherung der Haushaltsausführung ermächtigt, Auszahlungen zu sperren oder zu beschränken, wenn sich zeigt, dass die notwendigen Deckungsmittel nicht oder nur in beschränkter Höhe bereitstehen.

Dies gilt nicht für Auszahlungen, zu deren Leistung eine rechtliche Verpflichtung besteht oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

Oberursel (Taunus), den xx.xx.xxxx

Jens Uhlig

Stadtkämmerer



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

4 Gesamthaushalt und mittelfristige Finanzplanung

4.1 Ergebnishaushalt

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	807.550	807.550	0	807.550	807.550	0	781.050	781.050	0	781.050	781.050	0
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.375.500	3.375.500	0	3.473.600	3.473.600	0	3.473.600	3.473.600	0	3.437.600	3.437.600	0
03	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	1.345.400	1.345.400	0	1.075.150	1.075.150	0	1.105.150	1.105.150	0	1.075.150	1.075.150	0
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	94.657.950	94.657.950	0	96.978.750	96.978.750	0	102.247.800	102.247.800	0	104.692.050	104.692.050	0
06	547	Erträge aus Transferleistungen	2.623.550	2.623.550	0	2.703.700	2.703.700	0	2.783.800	2.783.800	0	2.853.850	2.853.850	0
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	5.035.300	5.035.300	0	12.891.800	12.891.800	0	12.190.850	12.190.850	0	9.882.650	9.882.650	0
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.664.300	1.664.300	0	1.664.300	1.664.300	0	1.664.300	1.664.300	0	1.664.300	1.664.300	0
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	1.889.600	1.889.600	0	1.879.600	1.879.600	0	1.879.600	1.879.600	0	1.879.600	1.879.600	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	111.399.150	111.399.150	0	121.474.450	121.474.450	0	126.126.150	126.126.150	0	126.266.250	126.266.250	0
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	24.956.650	24.956.650	0	26.010.500	26.010.500	0	27.020.000	27.020.000	0	28.001.900	28.001.900	0
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	2.335.000	2.335.000	0	2.335.000	2.335.000	0	2.335.000	2.335.000	0	2.335.000	2.335.000	0
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.063.650	15.063.650	0	13.217.300	13.217.300	0	12.919.300	12.919.300	0	12.738.100	12.738.100	0
14	66	Abschreibungen	5.266.650	5.266.650	0	5.267.150	5.267.150	0	5.267.150	5.267.150	0	5.267.150	5.267.150	0



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	23.377.150	23.564.150	187.000	24.152.250	24.152.250	0	25.047.250	25.047.250	0	25.842.250	25.842.250	0
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	53.406.300	53.406.300	0	54.174.500	54.174.500	0	54.625.000	54.625.000	0	55.291.850	55.291.850	0
17	72	Transferaufwendungen	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	124.501.600	124.688.600	187.000	125.252.900	125.252.900	0	127.309.900	127.309.900	0	129.572.450	129.572.450	0
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)	-13.102.450	-13.289.450	-187.000	-3.778.450	-3.778.450	0	-1.183.750	-1.183.750	0	-3.306.200	-3.306.200	0
21	56, 57	Finanzerträge	1.797.450	1.797.450	0	1.749.400	1.749.400	0	1.702.550	1.702.550	0	1.656.700	1.656.700	0
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.559.700	1.562.250	2.550	1.469.000	1.479.150	10.150	1.358.000	1.367.600	9.600	1.300.500	1.309.600	9.100
23		Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)	237.750	235.200	-2.550	280.400	270.250	-10.150	344.550	334.950	-9.600	356.200	347.100	-9.100
24		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	113.196.600	113.196.600	0	123.223.850	123.223.850	0	127.828.700	127.828.700	0	127.922.950	127.922.950	0
25		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	126.061.300	126.250.850	189.550	126.721.900	126.732.050	10.150	128.667.900	128.677.500	9.600	130.872.950	130.882.050	9.100
26		Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr. 25)	-12.864.700	-13.054.250	-189.550	-3.498.050	-3.508.200	-10.150	-839.200	-848.800	-9.600	-2.950.000	-2.959.100	-9.100
27	59	Außerordentliche Erträge	3.249.850	3.249.850	0	--	--	--	--	--	--	--	--	--
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
29		Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)	3.249.850	3.249.850	0	--	--	--	--	--	--	--	--	--
30		Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)	-9.614.850	-9.804.400	-189.550	-3.498.050	-3.508.200	-10.150	-839.200	-848.800	-9.600	-2.950.000	-2.959.100	-9.100



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Ergebnishaushalt

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlus- ses 2020	Haushaltsansatz 2021	Haushaltsansatz 2022	Planungsdaten 2023	Planungsdaten 2024	Planungsdaten 2025
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	570.337,67	852.550	807.550	807.550	781.050	781.050
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.871.707,67	3.315.600	3.375.500	3.473.600	3.473.600	3.437.600
03	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.243.053,91	1.234.250	1.345.400	1.075.150	1.105.150	1.075.150
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	--	--	--	--	--	--
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	108.382.440,70	93.250.050	94.657.950	96.978.750	102.247.800	104.692.050
06	547	Erträge aus Transferleistungen	2.536.333,81	2.543.450	2.623.550	2.703.700	2.783.800	2.853.850
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	10.177.005,98	6.469.250	5.035.300	12.891.800	12.190.850	9.882.650
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.639.073,40	1.693.000	1.664.300	1.664.300	1.664.300	1.664.300
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	2.452.406,59	1.911.050	1.889.600	1.879.600	1.879.600	1.879.600
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	129.872.359,73	111.269.200	111.399.150	121.474.450	126.126.150	126.266.250
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	22.363.944,77	24.098.350	24.956.650	26.010.500	27.020.000	28.001.900
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	3.936.780,90	2.464.600	2.335.000	2.335.000	2.335.000	2.335.000
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.229.102,96	14.064.050	15.063.650	13.217.300	12.919.300	12.738.100
14	66	Abschreibungen	5.171.351,30	5.180.600	5.266.650	5.267.150	5.267.150	5.267.150
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	19.965.721,32	21.351.100	23.564.150	24.152.250	25.047.250	25.842.250
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	57.407.387,41	52.527.350	53.406.300	54.174.500	54.625.000	55.291.850
17	72	Transferaufwendungen	42.790,03	53.000	53.000	53.000	53.000	53.000
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.128,70	45.300	43.200	43.200	43.200	43.200
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	120.160.207,39	119.784.350	124.688.600	125.252.900	127.309.900	129.572.450



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlus- ses 2020	Haushaltsansatz 2021	Haushaltsansatz 2022	Planungsdaten 2023	Planungsdaten 2024	Planungsdaten 2025
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)	9.712.152,34	-8.515.150	-13.289.450	-3.778.450	-1.183.750	-3.306.200
21	56, 57	Finanzerträge	3.639.466,73	2.051.250	1.797.450	1.749.400	1.702.550	1.656.700
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.467.495,00	1.669.900	1.562.250	1.479.150	1.367.600	1.309.600
23		Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)	1.171.971,73	381.350	235.200	270.250	334.950	347.100
24		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	133.511.826,46	113.320.450	113.196.600	123.223.850	127.828.700	127.922.950
25		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)	122.627.702,39	121.454.250	126.250.850	126.732.050	128.677.500	130.882.050
26		Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr. 25)	10.884.124,07	-8.133.800	-13.054.250	-3.508.200	-848.800	-2.959.100
27	59	Außerordentliche Erträge	352.642,66	763.000	3.249.850	--	--	--
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	548.527,19	2.000.000	--	--	--	--
29		Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)	-195.884,53	-1.237.000	3.249.850	--	--	--
30		Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)	10.688.239,54	-9.370.800	-9.804.400	-3.508.200	-848.800	-2.959.100

Nachrichtlich (§ 2 Abs. 4 GemHVO)

Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis	0,00 EUR
Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem außerordentlichen Ergebnis	0,00 EUR
Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis	0,00 EUR



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

4.2 Finanzhaushalt

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	807.550	807.550	0	807.550	807.550	0	781.050	781.050	0	781.050	781.050	0
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.375.500	3.375.500	0	3.473.600	3.473.600	0	3.473.600	3.473.600	0	3.437.600	3.437.600	0
03	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.345.400	1.345.400	0	1.075.150	1.075.150	0	1.105.150	1.105.150	0	1.075.150	1.075.150	0
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	94.657.950	94.657.950	0	96.978.750	96.978.750	0	102.247.800	102.247.800	0	104.692.050	104.692.050	0
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	2.623.550	2.623.550	0	2.703.700	2.703.700	0	2.783.800	2.783.800	0	2.853.850	2.853.850	0
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	5.035.300	5.035.300	0	12.891.800	12.891.800	0	12.190.850	12.190.850	0	9.882.650	9.882.650	0
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.797.450	1.797.450	0	1.749.400	1.749.400	0	1.702.550	1.702.550	0	1.656.700	1.656.700	0
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	1.889.600	1.889.600	0	1.879.600	1.879.600	0	1.879.600	1.879.600	0	1.879.600	1.879.600	0
09		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nrn. 1 bis 8)	111.532.300	111.532.300	0	121.559.550	121.559.550	0	126.164.400	126.164.400	0	126.258.650	126.258.650	0
10	830	Personalauszahlungen	24.995.350	24.995.350	0	26.063.900	26.063.900	0	27.018.900	27.018.900	0	27.973.900	27.973.900	0
11	831	Versorgungsauszahlungen	2.314.800	2.314.800	0	2.314.800	2.314.800	0	2.314.800	2.314.800	0	2.314.800	2.314.800	0
12	832	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.063.650	15.598.650	535.000	13.217.300	13.217.300	0	12.919.300	12.919.300	0	12.738.100	12.738.100	0
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0	53.000	53.000	0
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	23.377.150	23.564.150	187.000	24.152.250	24.152.250	0	25.047.250	25.047.250	0	25.842.250	25.842.250	0



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
15	835	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	56.968.750	56.968.750	0	54.174.500	54.174.500	0	54.625.000	54.625.000	0	55.291.850	55.291.850	0
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	1.559.700	1.562.250	2.550	1.469.000	1.479.150	10.150	1.358.000	1.367.600	9.600	1.300.500	1.309.600	9.100
17	837, 848	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0	43.200	43.200	0
18		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nrn. 10 bis 17)	124.375.600	125.100.150	724.550	121.487.950	121.498.100	10.150	123.379.450	123.389.050	9.600	125.557.600	125.566.700	9.100
19		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 und 18)	-12.843.300	-13.567.850	-724.550	71.600	61.450	-10.150	2.784.950	2.775.350	-9.600	701.050	691.950	-9.100
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	673.800	673.800	0	300.000	300.000	0	411.000	411.000	0	225.000	225.000	0
21	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	4.073.800	4.073.800	0	--	--	--	--	--	--	--	--	--
22	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	830.250	830.250	0	811.750	811.750	0	793.850	793.850	0	771.000	771.000	0
23		Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)	5.577.850	5.577.850	0	1.111.750	1.111.750	0	1.204.850	1.204.850	0	996.000	996.000	0
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	4.039.000	4.039.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.399.200	7.109.200	1.710.000	1.240.000	1.240.000	0	320.000	320.000	0	90.000	90.000	0
26	840, 843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	3.529.650	3.529.650	0	3.548.500	3.548.500	0	1.296.500	1.296.500	0	1.274.000	1.274.000	0



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
28		Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 24 bis 27)	12.967.850	14.677.850	1.710.000	4.898.500	4.898.500	0	1.726.500	1.726.500	0	1.474.000	1.474.000	0
29		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)	-7.390.000	-9.100.000	-1.710.000	-3.786.750	-3.786.750	0	-521.650	-521.650	0	-478.000	-478.000	0
30		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nr. 19 und 29)	-20.233.300	-22.667.850	-2.434.550	-3.715.150	-3.725.300	-10.150	2.263.300	2.253.700	-9.600	223.050	213.950	-9.100
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	7.390.000	9.100.000	1.710.000	3.786.750	3.786.750	0	521.650	521.650	0	478.000	478.000	0
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse	4.085.000	4.106.400	21.400	4.292.800	4.378.300	85.500	4.411.250	4.496.750	85.500	4.482.300	4.567.800	85.500
		davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	2.941.900	2.963.300	21.400	3.149.700	3.235.200	85.500	3.268.150	3.353.650	85.500	3.339.200	3.424.700	85.500
33		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)	3.305.000	4.993.600	1.688.600	-506.050	-591.550	-85.500	-3.889.600	-3.975.100	-85.500	-4.004.300	-4.089.800	-85.500
34		Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 30 und 33)	-16.928.300	-17.674.250	-745.950	-4.221.200	-4.316.850	-95.650	-1.626.300	-1.721.400	-95.100	-3.781.250	-3.875.850	-94.600



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Finanzhaushalt

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlus- ses 2020	Haushaltsansatz 2021	Haushaltsansatz 2022	Planungsdaten 2023	Planungsdaten 2024	Planungsdaten 2025
01	810	Privatrechtliche Leistungsentgelte	560.322,91	852.550	807.550	807.550	781.050	781.050
02	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.857.155,34	3.315.600	3.375.500	3.473.600	3.473.600	3.437.600
03	812	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.552.374,05	1.234.250	1.345.400	1.075.150	1.105.150	1.075.150
04	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	108.265.932,74	93.250.050	94.657.950	96.978.750	102.247.800	104.692.050
05	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	2.536.333,81	2.543.450	2.623.550	2.703.700	2.783.800	2.853.850
06	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	10.351.512,50	6.469.250	5.035.300	12.891.800	12.190.850	9.882.650
07	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	4.528.863,05	2.051.250	1.797.450	1.749.400	1.702.550	1.656.700
08	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	1.819.795,18	1.911.050	1.889.600	1.879.600	1.879.600	1.879.600
09		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nrn. 1 bis 8)	132.472.289,58	111.627.450	111.532.300	121.559.550	126.164.400	126.258.650
10	830	Personalauszahlungen	22.455.281,45	24.146.450	24.995.350	26.063.900	27.018.900	27.973.900
11	831	Versorgungsauszahlungen	2.413.360,76	2.304.450	2.314.800	2.314.800	2.314.800	2.314.800
12	832	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.727.076,26	14.064.050	15.598.650	13.217.300	12.919.300	12.738.100
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	46.168,83	53.000	53.000	53.000	53.000	53.000
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	20.177.128,25	21.351.100	23.564.150	24.152.250	25.047.250	25.842.250
15	835	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	55.044.530,36	54.430.300	56.968.750	54.174.500	54.625.000	55.291.850
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	1.370.816,48	1.669.900	1.562.250	1.479.150	1.367.600	1.309.600
17	837, 848	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	475.366,74	2.045.300	43.200	43.200	43.200	43.200



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlus- ses 2020	Haushaltsansatz 2021	Haushaltsansatz 2022	Planungsdaten 2023	Planungsdaten 2024	Planungsdaten 2025
18		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nrn. 10 bis 17)	113.709.729,13	120.064.550	125.100.150	121.498.100	123.389.050	125.566.700
19		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 und 18)	18.762.560,45	-8.437.100	-13.567.850	61.450	2.775.350	691.950
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.349.089,89	653.100	673.800	300.000	411.000	225.000
		davon zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten						
21	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	761.475,99	763.000	4.073.800	--	--	--
22	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	891.943,60	856.000	830.250	811.750	793.850	771.000
23		Summe der Einz. aus Investitionstätigkeit (Nrn. 20 bis 22)	3.002.509,48	2.272.100	5.577.850	1.111.750	1.204.850	996.000
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	761.810,88	1.493.000	4.039.000	110.000	110.000	110.000
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.801.141,21	2.426.750	7.109.200	1.240.000	320.000	90.000
26	840, 843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	2.563.267,91	2.826.050	3.529.650	3.548.500	1.296.500	1.274.000
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	--	--	--	--	--	--
28		Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 24 bis 27)	5.126.220,00	6.745.800	14.677.850	4.898.500	1.726.500	1.474.000
29		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)	-2.123.710,52	-4.473.700	-9.100.000	-3.786.750	-521.650	-478.000
30		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nr. 19 und 29)	16.638.849,93	-12.910.800	-22.667.850	-3.725.300	2.253.700	213.950
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.000.000,00	4.473.700	9.100.000	3.786.750	521.650	478.000
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse	3.181.608,13	4.242.000	4.106.400	4.378.300	4.496.750	4.567.800



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Konto	Bezeichnung	Ergebnis des Jahresabschlusses 2020	Haushaltsansatz 2021	Haushaltsansatz 2022	Planungsdaten 2023	Planungsdaten 2024	Planungsdaten 2025
		davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	2.038.533,13	3.098.900	2.963.300	3.235.200	3.353.650	3.424.700
33		Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)	-181.608,13	231.700	4.993.600	-591.550	-3.975.100	-4.089.800
34		Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nr. 30 und 33)	16.457.241,80	-12.679.100	-17.674.250	-4.316.850	-1.721.400	-3.875.850
35	827,829	haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Liquiditätskrediten)	46.016.284,49	--	--	--	--	--
36	847,849	haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten)	46.020.654,79	--	--	--	--	--
37		Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Saldo aus Nrn. 35 und 36)	-4.370,30	--	--	--	--	--
38		Geplanter Anfangsbestand/Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	25.363.956,84	41.816.828	47.153.844	29.479.594	25.162.744	23.441.344
39		Geplante Veränderung des Bestandes/Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	16.452.871,50	-12.679.100	-17.674.250	-4.316.850	-1.721.400	-3.875.850
40		Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln/Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe der Summen aus Nrn. 38 und 39)	41.816.828,34	29.137.728	29.479.594	25.162.744	23.441.344	19.565.494

Hinweis: Zeile 38 und 40 – Plandarstellung bis 2021, ab „geplanter Anfangsbestand/Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres 2022“ Ergebnisfortführung mit Basis „ungebundene Liquidität“.

Nachrichtlich (§ 3 Abs. 3 GemHVO):

In den Einzahlungen aus Nr. 31 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen	0,00 EUR
In den Auszahlungen aus Nr. 32 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen	0,00 EUR
Zu Nr. 40: Nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltender Bestand an flüssigen Mitteln ohne Liquiditätskredite	2.279.100 EUR



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

5 Teilhaushalte / Produktgruppen

Hinweis:

Im Rahmen der Nachtragsplanung werden nur die einer Änderung unterliegenden Teilhaushalte und Positionen abgebildet. Die Gliederung erfolgt produktgruppenorientiert, ein Bezug auf die zugehörigen Teilhaushalte und deren Stammdaten wird nicht vorgenommen.

Bemerkung:

Wie bereits dargestellt, wurden Rückstellungsveränderungen aus dem Jahresabschluss 2021 berücksichtigt. Da sich die Inanspruchnahmen der Rückstellungen mit den erhöhten Aufwendungen kompensieren, werden diese in der Aufwandsveränderung nicht dargestellt. Es erfolgt nur eine Veränderung in der Finanzrechnung, die jedoch in den Teilhaushaltsplänen lt. Muster nicht die Position "Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit" enthält. Aus diesem Grunde erfolgt hier ein manueller Nachweis dieser Veränderungen:

Teilergebnishaushalt

ProdGr	Bezeichnung	Konto	Bezeichnung	Ansatz	+/-	Nachtrag
060400	Tageseinrichtung für Kinder	67950000	Kostenausgleich für Kinderbetreuung nach § 28 HKJGB	700.000	480.000	1.180.000
		67950099	Inanspruchnahme Rückstellung	0	-480.000	-480.000
			...			
			Saldo	700.000	0	700.000
080200	Frei- und Hallenbäder	61630190	Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	120.000	55.000	175.000
		61010099	Inanspruchnahme Rückstellung	0	-55.000	-55.000
			...			
			Saldo	120.000	0	120.000
			Veränderung		0	

Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit

ProdGr	Bezeichnung	Konto	Bezeichnung	Ansatz	+/-	Nachtrag
060400	Tageseinrichtung für Kinder	83242950	Auszahlungen für Kostenausgleich für Kinderbetreuung nach § 28 HKJGB	700.000	480.000	1.180.000
080200	Frei- und Hallenbäder	83228219	Auszahlungen für Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	120.000	55.000	175.000
			Veränderung		535.000	
			(Auszahlungserhöhung)			



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilergebnishaushalt zu Produktgruppe 160200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Nr.	Konto	Bezeichnung	Haushaltsan- satz 2022	Ansatz Nach- trag	Veränderung	Haushaltsan- satz 2021	Ergebnis des Jahresab- schlusses 2020
03	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	63.700	63.700	0	63.700	67.998,41
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lau- fende Zwecke und allge- meine Umlagen	8.100	8.100	0	--	8.628,55
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus In- vestitionszuweisungen, - zuschüssen und Investiti- onsbeiträgen	123.450	123.450	0	122.200	123.439,94
09	53	Sonstige ordentliche Er- träge	8.600	8.600	0	8.400	273.939,20
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	203.850	203.850	0	194.300	474.006,10
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	28.000	28.000	0	28.000	34.803,59
12	644-646	Versorgungsaufwendun- gen	1.657.800	1.657.800	0	1.728.150	2.534.672,24
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	--	--	--	--	2.383,22
14	66	Abschreibungen	20.000	20.000	0	20.000	19.997,17
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	1.705.800	1.705.800	0	1.776.150	2.591.856,22
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)	-1.501.950	-1.501.950	0	-1.581.850	-2.117.850,12
21	56, 57	Finanzerträge	685.250	685.250	0	732.500	767.336,18
22	77	Zinsen und sonstige Fi- nanzaufwendungen	1.159.700	1.162.250	2.550	1.069.900	1.203.600,25
23		Finanzergebnis (Nr. 21 ./ Nr. 22)	-474.450	-477.000	-2.550	-337.400	-436.264,07
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23) (Ver- waltungserg. u. Finan- zerg.)	-1.976.400	-1.978.950	-2.550	-1.919.250	-2.554.114,19
28	79	Außerordentliche Aufwen- dungen	--	--	--	--	189.015,04
29		Außerordentliches Er- gebnis (Nr. 27 ./ Nr. 28)	--	--	--	--	-189.015,04
30		Jahresergebnis vor in- ternen Leistungsbezie- hungen (ord. und ao. Er- gebnis) (Nr. 24 und Nr. 29)	-1.976.400	-1.978.950	-2.550	-1.919.250	-2.743.129,23
31	91	Erlöse der internen Leis- tungsbeziehungen	1.585.500	1.585.500	0	1.656.050	2.197.870,77



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Nr.	Konto	Bezeichnung	Haushaltsan- satz 2022	Ansatz Nach- trag	Veränderung	Haushaltsan- satz 2021	Ergebnis des Jahresab- schlusses 2020
33		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen (Nr. 31 ./i. Nr. 32)	1.585.500	1.585.500	0	1.656.050	2.197.870,77
34		Jahresergebnis nach in- ternen Leistungsbezie- hungen (Nr. 30 und Nr. 33)	-390.900	-393.450	-2.550	-263.200	-545.258,46



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilergebnishaushalt zu Produktgruppe 160200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - mittelfristige Planung

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
03	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	63.700	63.700	0	63.700	63.700	0	63.700	63.700	0
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	7.800	7.800	0	7.500	7.500	0	7.200	7.200	0
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	123.450	123.450	0	123.450	123.450	0	123.450	123.450	0
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	8.600	8.600	0	8.600	8.600	0	8.600	8.600	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	203.550	203.550	0	203.250	203.250	0	202.950	202.950	0
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	884.100	884.100	0	1.839.100	1.839.100	0	2.794.100	2.794.100	0
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	1.657.800	1.657.800	0	1.657.800	1.657.800	0	1.657.800	1.657.800	0
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	400.000	400.000	0	400.000	400.000	0	400.000	400.000	0
14	66	Abschreibungen	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	2.961.900	2.961.900	0	3.916.900	3.916.900	0	4.871.900	4.871.900	0
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)	-2.758.350	-2.758.350	0	-3.713.650	-3.713.650	0	-4.668.950	-4.668.950	0
21	56, 57	Finanzerträge	637.950	637.950	0	591.800	591.800	0	546.700	546.700	0
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.069.000	1.079.150	10.150	958.000	967.600	9.600	900.500	909.600	9.100
23		Finanzergebnis (Nr. 21 ./ Nr. 22)	-431.050	-441.200	-10.150	-366.200	-375.800	-9.600	-353.800	-362.900	-9.100
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23) (Verwaltungs- erg. u. Finanzerg.)	-3.189.400	-3.199.550	-10.150	-4.079.850	-4.089.450	-9.600	-5.022.750	-5.031.850	-9.100
30		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ord. und ao. Ergebnis) (Nr. 24 und Nr. 29)	-3.189.400	-3.199.550	-10.150	-4.079.850	-4.089.450	-9.600	-5.022.750	-5.031.850	-9.100
31	91	Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	--	--	--	--	--	--	--	--	--
33		Ergebnis der internen Leistungsbez. (Nr. 31 ./ Nr. 32)	--	--	--	--	--	--	--	--	--
34		Jahresergebnis nach int. Leistungsbez. (Nr. 30 und Nr. 33)	-3.189.400	-3.199.550	-10.150	-4.079.850	-4.089.450	-9.600	-5.022.750	-5.031.850	-9.100



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilfinanzhaushalt zu Produktgruppe 160200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Konto	Bezeichnung	Ansatz bisher 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Veränderung	Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsansatz 2021	Ergebnis des Jahresabschlusses 2020	Gesamtauszahlungsbedarf [1]	davon bisher bereitgestellt [1]	Erl.
820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	--	--	--	--	--	114.749,22	--	--	--
823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	780.850	780.850	0	--	806.650	842.719,48	--	--	--
826	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	7.390.000	9.100.000	1.710.000	--	4.473.700	3.000.000,00	--	--	--
	Summe der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	8.170.850	9.880.850	1.710.000	--	5.280.350	3.957.468,70	--	--	--
846	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.085.000	4.106.400	21.400	--	4.242.000	3.181.608,13	--	--	--
	Summe der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	4.085.000	4.106.400	21.400	--	4.242.000	3.181.608,13	--	--	--
	Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	4.085.850	5.774.450	1.688.600	--	1.038.350	775.860,57	--	--	--

[1] Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilfinanzhaushalt zu Produktgruppe 160200 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - mittelfristige Planung

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
22	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	762.350	762.350	0	745.250	745.250	0	723.450	723.450	0
31	826	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.786.750	3.786.750	0	521.650	521.650	0	478.000	478.000	0
		Summe der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	4.549.100	4.549.100	0	1.266.900	1.266.900	0	1.201.450	1.201.450	0
32	846	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.292.800	4.378.300	85.500	4.411.250	4.496.750	85.500	4.482.300	4.567.800	85.500
		Summe der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	4.292.800	4.378.300	85.500	4.411.250	4.496.750	85.500	4.482.300	4.567.800	85.500
		Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	256.300	170.800	-85.500	-3.144.350	-3.229.850	-85.500	-3.280.850	-3.366.350	-85.500



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilfinanzhaushalt zu Produktgruppe 080200 Frei- und Hallenbad

Konto	Bezeichnung	Ansatz bisher 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Veränderung	Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsansatz 2021	Ergebnis des Jahresabschlusses 2020	Gesamtauszahlungsbedarf [1]	davon bisher bereitgestellt [1]	Erl.
841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	--	--	--	--	--	7.956,88	--	--	--
842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	--	1.710.000	1.710.000	--	50.000	--	--	--	--
	Summe der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	--	1.710.000	1.710.000	--	50.000	7.956,88	--	--	--
	Saldo (Einzahlungen ./.. Auszahlungen)	--	-1.710.000	-1.710.000	--	-50.000	-7.956,88	--	--	--

[1] Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen

Investitionsprogramm zu Produktgruppe 080200 Frei- und Hallenbad

	bisheriger Ansatz 2022	Ansatz Nachtrag 2022	Abweichung in EUR
080200 - Frei- und Hallenbad	--	-1.710.000	-1.710.000
08020021001 - Generalsanierung Kinderbecken [M]	--	-1.710.000	-1.710.000
Auszahlung	--	1.710.000	1.710.000



Nachtragshaushaltsplan Oberursel
(Taunus)

Teilergebnishaushalt zu Produktgruppe 150700 Stadthalle GmbH

Nr.	Konto	Bezeichnung	Haushaltsan- satz 2022	Ansatz Nach- trag	Veränderung	Haushaltsan- satz 2021	Ergebnis des Jahresab- schlusses 2020
13	60, 61, 67- 69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.000	40.000	0	40.000	40.000,00
14	66	Abschreibungen	107.450	107.450	0	105.550	107.431,87
15	71	Aufwendungen für Zuwei- sungen und Zuschüsse sowie besondere Finanz- aufwendungen	580.000	767.000	187.000	410.000	410.000,00
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	727.450	914.450	187.000	555.550	557.431,87
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)	-727.450	-914.450	-187.000	-555.550	-557.431,87
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23) (Ver- waltungserg. u. Finan- zerg.)	-727.450	-914.450	-187.000	-555.550	-557.431,87
30		Jahresergebnis vor in- ternen Leistungsbezie- hungen (ord. und ao. Er- gebnis) (Nr. 24 und Nr. 29)	-727.450	-914.450	-187.000	-555.550	-557.431,87
34		Jahresergebnis nach in- ternen Leistungsbezie- hungen (Nr. 30 und Nr. 33)	-727.450	-914.450	-187.000	-555.550	-557.431,87



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Teilergebnishaushalt zu Produktgruppe 150700 Stadthalle GmbH - mittelfristige Planung

Nr.	Kto.	Bezeichnung	bisheriger Ansatz 2023	Ansatz Nachtrag 2023	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2024	Ansatz Nachtrag 2024	Verände- rung	bisheriger Ansatz 2025	Ansatz Nachtrag 2025	Verände- rung
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.000	40.000	0	40.000	40.000	0	40.000	40.000	0
14	66	Abschreibungen	107.450	107.450	0	107.450	107.450	0	107.450	107.450	0
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	410.000	410.000	0	510.000	510.000	0	510.000	510.000	0
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	557.450	557.450	0	657.450	657.450	0	657.450	657.450	0
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)	-557.450	-557.450	0	-657.450	-657.450	0	-657.450	-657.450	0
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23) (Verwaltungs- erg. u. Finanzerg.)	-557.450	-557.450	0	-657.450	-657.450	0	-657.450	-657.450	0
30		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ord. und ao. Ergebnis) (Nr. 24 und Nr. 29)	-557.450	-557.450	0	-657.450	-657.450	0	-657.450	-657.450	0
34		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen (Nr. 30 und Nr. 33)	-557.450	-557.450	0	-657.450	-657.450	0	-657.450	-657.450	0



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

6 Erträge und Aufwendungen nach Produktbereichen zusammengefasst

Produktbereichsübersicht (ord. Ergebnis)

PB	Bezeichnung	Ansätze 2022		
		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge mit Finanzerträgen	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen mit Finanzaufwand	Ordentliches Ergebnis
01	Innere Verwaltung	512.750	8.433.650	-7.920.900
02	Sicherheit und Ordnung	1.927.600	6.315.400	-4.387.800
03	Schulträgeraufgaben	--	51.050	-51.050
04	Kultur und Wissenschaft	122.900	3.168.400	-3.045.500
05	Soziale Leistungen	69.250	832.200	-762.950
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	6.442.050	30.349.150	-23.907.100
08	Sportförderung	188.100	2.277.500	-2.089.400
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	61.500	2.227.450	-2.165.950
10	Bauen und Wohnen	1.051.800	2.778.950	-1.727.150
11	Ver- und Entsorgung	1.761.200	1.000	1.760.200
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.407.100	10.235.850	-8.828.750
13	Natur- und Landschaftspflege	47.300	1.175.650	-1.128.350
14	Umweltschutz	273.750	1.134.700	-860.950
15	Wirtschaft und Tourismus	155.000	2.345.050	-2.190.050
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	99.176.300	54.924.850	44.251.450
GH	Summe: Gesamthaushalt	113.196.600	126.250.850	-13.054.250

Produktbereichsübersicht (Teilergebnisse, Jahresergebnis nach ILV)

PB	Bezeichnung	Ansätze 2022			
		Ordentliches Ergebnis	Außerordentliches Ergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis mit ILV
01	Innere Verwaltung	-7.920.900	--	-7.920.900	-151.050
02	Sicherheit und Ordnung	-4.387.800	--	-4.387.800	-6.421.000
03	Schulträgeraufgaben	-51.050	--	-51.050	-51.050
04	Kultur und Wissenschaft	-3.045.500	--	-3.045.500	-4.199.050
05	Soziale Leistungen	-762.950	--	-762.950	-1.208.300
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-23.907.100	--	-23.907.100	-27.305.200
08	Sportförderung	-2.089.400	--	-2.089.400	-2.162.000
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	-2.165.950	--	-2.165.950	-2.815.400
10	Bauen und Wohnen	-1.727.150	3.249.850	1.522.700	473.550
11	Ver- und Entsorgung	1.760.200	--	1.760.200	1.760.200
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-8.828.750	--	-8.828.750	-8.834.700
13	Natur- und Landschaftspflege	-1.128.350	--	-1.128.350	-1.128.350
14	Umweltschutz	-860.950	--	-860.950	-1.135.150
15	Wirtschaft und Tourismus	-2.190.050	--	-2.190.050	-2.463.850



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

Ansätze 2022

PB	Bezeichnung	Ordentliches Ergebnis	Außerordentliches Ergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis mit ILV
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	44.251.450	--	44.251.450	45.836.950
GH	Summe: Gesamthaushalt	-13.054.250	3.249.850	-9.804.400	-9.804.400

Produktbereichsübersicht (Investitionstätigkeit)

Ansätze 2022

PB	Bezeichnung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Finanzmittelsaldo aus Investitionstätigkeit
01	Innere Verwaltung	--	87.050	-87.050
02	Sicherheit und Ordnung	--	2.034.550	-2.034.550
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	--	407.550	-407.550
08	Sportförderung	--	3.369.200	-3.369.200
10	Bauen und Wohnen	4.123.200	3.995.000	128.200
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	673.800	4.734.500	-4.060.700
15	Wirtschaft und Tourismus	--	50.000	-50.000
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	780.850	--	780.850
GH	Summe: Gesamthaushalt	5.577.850	14.677.850	-9.100.000

Produktbereichsübersicht (Finanzierungstätigkeit)

Ansätze 2022

PB	Bezeichnung	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse	Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	9.100.000	4.106.400	4.993.600
GH	Summe: Gesamthaushalt	9.100.000	4.106.400	4.993.600



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

7 Erträge und Aufwendungen nach Budgets zusammengefasst

Hinweise zur Struktur der Budgets

Die bei der Stadt Oberursel (Taunus) geführten Budgets bilden alle in einem Teilhaushalt enthaltenen **zahlungswirksamen** Erträge und Aufwendungen ab. **Nicht enthalten** sind übertragene Aufgaben an den BSO sowie Personalaufwendungen.

Budgetübersicht

Orga	Bezeichnung	Budgeterträge	Budgetaufwand	Ansätze 2022		
				Budgetsaldo	übertragene Aufgaben an BSO	Personalbudget
00	Gleichstellungsstelle	1.000	35.650	-34.650	--	-70.000
02	Recht	169.100	301.600	-132.500	--	-333.250
04	Brand- und Zivilschutz	95.700	1.169.050	-1.073.350	--	-708.000
10	Verwaltungssteuerung	228.800	1.325.250	-1.096.450	--	-3.479.750
20	Finanzen	132.450	184.200	-51.750	--	-1.165.100
32	Einwohnerservice, Sicherheit und Ordnung	1.519.800	1.260.700	259.100	--	-2.017.600
41	Kultur und Gesellschaft	255.550	2.725.950	-2.470.400	-446.300	-1.986.400
50	Familie, Bildung und Soziales	6.472.650	19.872.600	-13.399.950	-442.100	-10.723.850
61	Stadtentwicklung	315.000	1.782.700	-1.467.700	-145.900	-1.846.850
65	Umwelt, Mobilität, Bauaufsicht und IT	1.384.750	1.691.700	-306.950	-915.150	-2.549.750
97	allg. Finanzwirtschaft	99.041.550	56.721.500	42.320.050	--	-2.306.200
98	Personalrat	28.500	54.200	-25.700	--	-100.200
99	ohne Zuordnung	1.874.650	4.376.100	-2.501.450	-4.339.350	-10.400
GH	Summe: Gesamthaushalt	111.519.500	91.501.200	20.018.300	-6.288.800	-27.297.350



Nachtragshaushaltsplan Oberursel (Taunus)

8 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten - 1.000 EUR -

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 2021	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjah- res 2022	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjah- res 2022
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen	--	--	--
2. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	--	--	--
2.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	--	--	--
2.2 Land	--	--	--
2.3 Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--
2.4 Zweckverbänden und dgl.	--	--	--
2.5 Sonstiger öffentlicher Bereich	--	--	--
2.6 Kreditmarkt	32.785	40.752	46.889
2.7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	--	--	--
Summe (1+2)	32.785	40.752	46.889
3. Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten und gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	--	--	--
3.1 Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	--	--	--
3.2 Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	8.857	7.714	6.624
Summe (3)	8.857	7.714	6.624
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	--	--	--
4.1 Leasing	209	162	84
4.2 Sonstige	0	0	0
Summe (4)	209	162	84
Nachrichtlich	--	--	--
5. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung	--	--	--
5.1 Aus Krediten	24.435	--	--
5.2 Aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	12.800	11.993	11.212
6. Vorübergehende Inanspruchnahmen von flüssigen Mitteln aus Sonderrücklagen für andere Zwecke	--	--	--
7. Anteilige Schulden im Rahmen von Zweckverbänden	--	--	--
8. Anteilige Schulden im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen	9.950	7.081	5.286
9. Langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen	--	--	--



Nachtragshaushaltsplan Oberursel
(Taunus)

9 Übersicht über den Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Muster 5 zu § 1 Abs. 4 Nr. GemHVO

**Übersicht
über den Stand der Rücklagen und Rückstellungen
- 1000 EUR -**

Rücklagen-, Rückstellungsübersicht

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres 2021	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des HH-Jahres 2022	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjah- res 2022
1. Rücklagen und Sonderrücklagen	--	--	--
1.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	23.907	32.273	19.219
1.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	6.410	874	4.124
1.3 Sonderrücklagen	78	0	0
1.4 Stiftungskapital	--	--	--
Summe der Rücklagen	30.395	33.147	23.343
2. Rückstellungen	--	--	--
2.1 Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen auf Grund von 1.729 beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach HVersRückIG gedeckt)	24.496	25.238	25.295
2.2 Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern, Beamten und Arbeitnehmern	940	987	1.035
2.3 Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit und ähnlichen Maßnahmen	3.801	3.677	3.640
2.4 Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden sollen	278	474	407
2.5 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0	55	0
2.6 Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	--	--	--
2.7 Rückstellungen für unbestimmte Aufwendungen für Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	--	--	--
2.8 Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	5.323	5.291	1.729
2.10 Sonstige Rückstellungen	--	--	--
2.10.1 Rückstellungen für Urlaubsguthaben	1.065	1.471	1.019
2.10.2 Rückstellungen für Gleitzeitguthaben	279	149	149
2.10.3 Rückstellungen für Gleitzeitguthaben	533	558	558
2.10.3 Rückstellungen für Prüfungsgebühren	41	47	47
2.10.4 Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonto	212	237	265
2.10.5 Kostenausgleich gemäß § 28 HKJGB	0	480	0
Summe der Rückstellungen	34.963	36.206	32.090



10 Finanzstatusbericht

Finanzstatusbericht zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit			
Regierungsbezirk:	Darmstadt	Schlüsselnummer:	434008
Gemeinde:	Oberursel	Kreisfreie Stadt	
Landkreis:	Hochtaunuskreis	Haushaltsjahr	2022
Einwohnerzahl am:		Haushaltsjahr	Jahresabschluss
31.12. 2020	46.678	2022	2020
31.12. 2019	46.545	-€ -	-€ -
Ergebnishaushalt			
ordentliches Ergebnis			
Erträge	113.196.600,00		133.511.826,46
Aufwendungen	126.250.850,00		122.627.702,39
Saldo	-13.054.250,00		10.884.124,07
außerordentliches Ergebnis			
Erträge	3.249.850,00		352.642,66
Aufwendungen			548.527,19
Saldo	3.249.850,00		-195.884,53
Überschuss (+)/ Fehlbedarf (-)	-9.804.400,00		10.688.239,54
Finanzhaushalt			
Laufende Verwaltungstätigkeit			
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+ 111.532.300,00		132.472.289,58
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 125.100.150,00		113.709.729,13
Saldo	-13.567.850,00		18.762.560,45
Investitionstätigkeit			
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	+ 5.577.850,00	+ 3.002.509,48	
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 14.677.850,00	- 5.126.220,00	
Saldo	-9.100.000,00	-2.123.710,52	
Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	+ 9.100.000,00	+ 3.000.000,00	
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 4.106.400,00	- 3.181.608,13	
Saldo	4.993.600,00	-181.608,13	
Finanzmittelüberschuss (+)/ -fehlbedarf (-)	-17.674.250,00		16.457.241,80
Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	29.479.594,00		41.816.828,34
Haushaltsjahr 2022			
-€ -			
Nachrichtlich			
Rechnerische Neuverschuldung			
Kernhaushalt	6.136.700,00		
Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts	8.108.460,00		
Insgesamt	14.245.160,00		

Im Finanzstatusbericht sind Eintragungen nur in den blau unterlegten Feldern vorzunehmen.

Einige Feldinhalte werden erst vollständig angezeigt, wenn im Deckblatt eine Eintragung im Feld „Haushaltsjahr“ erfolgte.

Soweit in den Feldern betragsmäßige Angaben erforderlich sind, sind diese im gesamten Finanzstatusbericht in € vorzunehmen.

Die betragsmäßigen Eingaben sind im Finanzstatusbericht grundsätzlich nur mit positivem Vorzeichen vorzunehmen, soweit nicht aufgrund eines negativen Planwertes bzw. Rechnungsergebnisses ausnahmsweise ein negatives Vorzeichen erforderlich ist.

In Haushaltsjahren mit Nachträgen sind Planwerte auf Basis des Nachtragsplanes anzugeben

Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit für 2022

	- € -	Erläuterungen
1. Geplantes ordentliches Ergebnis für 2022	-13.054.250,00	Das ordentliche Ergebnis wird automatisch aus dem Blatt "Ergebnishaushalt" übernommen.
Bei einem geplanten Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis bitte nebenstehend auswählen, ob ein Ausgleich des Defizits durch die Inanspruchnahme der ordentlichen Rücklage nach § 92 Abs. 5 Nr. 1 HGO beim Jahresabschluss geplant ist.	ja	
2. Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2021	32.273.271,00	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorjahres anzugeben.
3. Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren (Bilanzwert der letzten aufgestellten Bilanz)	0,00	Es ist der in der letzten aufgestellten Bilanz ausgewiesene Fehlbetrag aus Vorjahren (§ 49 Abs. 4 Nr. 1.3.1.1 GemHVO) mit positivem Vorzeichen anzugeben.
4. Bestand der Liquiditätsreserve		
Mindestbetrag der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltenden Liquiditätsreserve für 2022	2.279.100,00	Es ist für das Haushaltsjahr der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit vorzuhaltende Mindestbetrag von 2 v.H. der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre anzugeben.
4.2 Höhe der tatsächlich vorgehaltenen Liquiditätsreserve am 1.1.2022	2.279.100,00	Es ist für das Haushaltsjahr die Höhe der tatsächlich vorhandenen Liquiditätsreserve anzugeben.
5. <u>Angaben zur letzten aufgestellten Vermögensrechnung</u>		
5.1 Haushaltsjahr der letzten aufgestellten Vermögensrechnung	2020	Es ist das Haushaltsjahr der letzten aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
5.2 Bestand an Eigenkapital	189.498.780,48	Es ist die Höhe des Eigenkapitals (§ 49 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO) aus der letzten aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2021	0,00	Die Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten wird automatisch aus dem Blatt "Verbindlichkeiten" übernommen.
7. Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	7.713.825,00	Die Höhe der Verbindlichkeiten wird automatisch aus dem Blatt "Verbindlichkeiten" übernommen.
8. <u>Geplante zu erwirtschaftende Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse</u>	-17.674.250,00	Diese Angabe wird rechnerisch aus dem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich der ordentlichen Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse und zuzüglich der zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse ermittelt.
8.1 Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit für 2022	-13.567.850,00	Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.2 Ordentliche Tilgung für 2022	2.963.300,00	Die Höhe der ordentlichen Tilgung wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.3 Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2022	1.143.100,00	Die Höhe der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.4 Zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten für 2022	0,00	Der Betrag wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt - 4.2 " übernommen.
8.5 Zweckgebundene Einzahlungen für Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2022	0,00	Der Betrag wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt - 4.3 " übernommen.
<u>Nachrichtlich:</u>		
Rechnerischer Hebesatz Grundsteuer B zum Erreichen des Ausgleichs im ordentlichen Ergebnis in v.H. für 2022	1.383,70	Diese Angabe wird bei einem geplanten negativen ordentlichen Ergebnis rechnerisch ermittelt.
Fiktive Hebesatzanhebung Grundsteuer B zum Erreichen des Ausgleichs im ordentlichen Ergebnis in v.H. für 2022	633,70	Diese Angabe wird bei einem geplanten negativen ordentlichen Ergebnis rechnerisch ermittelt.
Bestand Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2021	874.000,00	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorjahres anzugeben.

Auswertung der Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit

		Indikatorwert
Geplantes ordentliches Ergebnis je Einwohner für 2022	-279,67	0,00
Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2021	32.273.271,00	5,00
Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	5,00
Die Liquiditätsreserve wurde vollständig gebildet		5,00
Bestand an Eigenkapital	189.498.780,48	5,00
Höhe der Kassenkreditverbindlichkeiten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2021	0,00	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	7.713.825,00	0,00
Geplante Differenz je Einwohner aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse je Einwohner	-378,64	0,00
Summe und Status		55,00
Vorliegende Auswertung präjudiziert das Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht. Die notwendige individuelle Prüfung und Beurteilung der Aufsichtsbehörde wird hierdurch nicht ersetzt.		
Hinweise der Gemeinde zur aktuellen Haushaltslage (optional)		

Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit für 2020**Erläuterungen**

	- € -	
1. Ordentliches Ergebnis für 2020	10.884.124,07	Das ordentliche Ergebnis wird automatisch aus dem Blatt "Ergebnishaushalt" übernommen.
Rechnerischer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vor Ergebnisverwendung zum 31.12.2020	13.022.655,30	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorjahres (Abschlussjahr) anzugeben.
3. Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren (Bilanzwert) zum 31.12.2020	0,00	Es ist der in der aufgestellten Bilanz ausgewiesene Fehlbetrag aus Vorjahren (§ 49 Abs. 4 Nr. 1.3.1.1 GemHVO) mit positivem Vorzeichen anzugeben.
4. Bestand der Liquiditätsreserve		
4.1 Mindestbetrag der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltenden Liquiditätsreserve für 2020	2.121.950,00	Es ist für das Haushaltsvorjahr der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit vorzuhaltende Mindestbetrag von 2 v.H. der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre anzugeben.
4.2 Höhe der tatsächlich vorgehaltenen Liquiditätsreserve am 31.12.2020	2.121.950,00	Es ist für das Abschlussjahr die Höhe der tatsächlich vorhandenen Liquiditätsreserve anzugeben.
5. Bestand an Eigenkapital am 31.12.2020	189.498.780,48	Es ist die Höhe des Eigenkapitals (§ 49 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO) aus der aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2020	0,00	Es ist die Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten anzugeben
7. Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum 31.12.2020	8.856.925,00	Es ist die Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse anzugeben
8. <u>Erwirtschaftete Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse</u>	15.580.952,32	Diese Angabe wird rechnerisch aus dem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich der ordentlichen Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse und zuzüglich der zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse ermittelt.
8.1 Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit für 2020	18.762.560,45	
8.2 Ordentliche Tilgung für 2020	2.038.533,13	
8.3 Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2020	1.143.075,00	
8.4 Zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten für 2020	0,00	
8.5 Zweckgebundene Einzahlungen für Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2020	0,00	
<u>Nachrichtlich:</u> Kash-Wert nach Planung für 2020	55,00	

Auswertung der Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit

		Indikatorwert
Geplantes ordentliches Ergebnis je Einwohner für 2022	233,17	40,00
Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12. 2020	13.022.655,30	5,00
Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	5,00
Die Liquiditätsreserve wurde vollständig gebildet		5,00
Bestand an Eigenkapital	189.498.780,48	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2020	0,00	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum 31.12.2020	8.856.925,00	0,00
Erwirtschaftete Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse je Einwohner	333,80	30,00
Summe und Status nach Abschlusswert		95,00
Summe und Status nach Planwert		55,00

Indikator pro Einwohner	Bewertung ggf. der Entwicklung nach Indikatoren pro Einwohner	Gewichtung der Indikatoren pro Einwohner in %	Status
ordentliches Ergebnis	Überschuss (mehr als + 5 €) = 1	40%	grün (+) ≥ 70% gelb (0) < 70% und > 40% rot (-) ≤ 40%
	jahresbezogener Haushaltsausgleich (im Korridor von - 5 € bis + 5 € oder durch Rücklage) = 0,75		
	defizitär im Korridor (weniger als - 5 € bis - 40 €) = 0,5		
	defizitär im Korridor (weniger als - 40 € bis - 75 €) = 0,25		
	defizitär (weniger als -75 €) = 0		
Bestand ordentliche Rücklage	Bestand = 1 kein Bestand (≤ 0 €) = 0	5%	
Fehlbeiträge aus Vorjahren (Bilanzwert der letzten aufgestellten Bilanz)	kein Bestandswert = 1 Ausweis eines Fehlbetragbestands = 0	5%	
Bestand der Liquiditätsreserve	Bestand vollständig gebildet = 1	5%	
	Bestand teilweise gebildet (≥ 50 %) = 0,5		
	Bestand unzureichend oder nicht gebildet (< 50 %) = 0		
Ausweis von Eigenkapital (nach letzter aufgestellter Bilanz)	positiver Eigenkapitalbestand = 1	5%	
	negativer Eigenkapitalbestand (≤ 0 €) = 0		
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kommune plus Sondervermögen)	kein Bestand (= 0 €) = 1	5%	
	Bestand (> 0 €) = 0		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	kein Bestand (= 0 €) = 1	5%	
	Bestand (> 0 €) = 0		
Zahlungsmittelfluss iFd. Verwaltungstätigkeit abzüglich der Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	Saldo > 5 € = 1	30%	
	im Korridor von 0 € bis + 5 € = 0,5		
	Saldo < 0 € = 0		
		100%	

Die rot markierten Eintragungen spiegeln die Änderungen ab dem 01.01.2019 wider.

Vomhundertsätze erhobener Umlagen (Landkreis / LWV / Land Hessen)

Jahr	Kreisumlage	Schulumlage	Verbandsumlage LWV	Krankenhausumlage
2022	35,36 v.H.	18,75 v.H.	0,00 v.H.	0,00 v.H.
2021	35,36 v.H.	18,75 v.H.	0,00 v.H.	0,00 v.H.
2020	36,99 v.H.	18,12 v.H.	0,00 v.H.	0,00 v.H.

Angaben für Gemeinden und Städte

Steuerhebesätze

Jahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer	Vervielfältiger Gewerbesteuerumlage	Solidaritätsumlage	Heimatumlage
2022	450,00 v.H.	750,00 v.H.	410,00 v.H.	35,00 v.H.	96.300,00 Euro	1.856.700,00 Euro
2021	450,00 v.H.	750,00 v.H.	410,00 v.H.	35,00 v.H.	Euro	1.856.700,00 Euro
2020	450,00 v.H.	750,00 v.H.	410,00 v.H.	64,00 v.H.	Euro	2.529.463,25 Euro

Angaben für Gemeinden und Städte

Nivellierungshebesätze nach FAG

Jahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer
2022	332,00 v.H.	365,00 v.H.	357,00 v.H.

Angaben zu weiteren Abgaben (ohne Gebühren)

Straßenbeiträge

keine Satzung

Weitere Abgaben, die erhoben werden:

Spielapparatesteuer	ja	Jagdsteuer	nein	Hundesteuer	ja
Zweitwohnungssteuer	nein	Fischereisteuer	nein	Gaststättenerlaubnissteuer	nein
Kurbeitrag	nein	Pferdesteuer	nein		
Tourismusbeitrag	nein	Getränkesteuer	nein		

Sonstige Abgaben:

Ergebnishaushalt			2020	2021	2022	2023	2024	2025
			endgültiges Rechnungsergebnis	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan
			- € -					
Position	Konten	Bezeichnung						
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	570.337,67	852.550,00	807.550,00	807.550,00	781.050,00	781.050,00
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.871.707,67	3.315.600,00	3.375.500,00	3.473.600,00	3.473.600,00	3.437.600,00
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.243.053,91	1.234.250,00	1.345.400,00	1.075.150,00	1.105.150,00	1.075.150,00
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	108.382.440,70	93.250.050,00	94.657.950,00	96.978.750,00	102.247.800,00	104.692.050,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	2.536.333,81	2.543.450,00	2.623.550,00	2.703.700,00	2.783.800,00	2.853.850,00
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	10.177.005,98	6.469.250,00	5.035.300,00	12.891.800,00	12.190.850,00	9.882.650,00
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.639.073,40	1.693.000,00	1.664.300,00	1.664.300,00	1.664.300,00	1.664.300,00
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	2.452.406,59	1.911.050,00	1.889.600,00	1.879.600,00	1.879.600,00	1.879.600,00
10		Summe der ordentlichen Erträge	129.872.359,73	111.269.200,00	111.399.150,00	121.474.450,00	126.126.150,00	126.266.250,00
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	22.363.944,77	24.098.350,00	24.956.650,00	26.010.500,00	27.020.000,00	28.001.900,00
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	3.936.780,90	2.464.600,00	2.335.000,00	2.335.000,00	2.335.000,00	2.335.000,00
13	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.229.102,96	14.064.050,00	15.063.650,00	13.217.300,00	12.919.300,00	12.738.100,00
14	66	Abschreibungen	5.171.351,30	5.180.600,00	5.266.650,00	5.267.150,00	5.267.150,00	5.267.150,00
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	19.965.721,32	21.351.100,00	23.564.150,00	24.152.250,00	25.047.250,00	25.842.250,00
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	57.407.387,41	52.527.350,00	53.406.300,00	54.174.500,00	54.625.000,00	55.291.850,00
17	72	Transferaufwendungen	42.790,03	53.000,00	53.000,00	53.000,00	53.000,00	53.000,00
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.128,70	45.300,00	43.200,00	43.200,00	43.200,00	43.200,00
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	120.160.207,39	119.784.350,00	124.688.600,00	125.252.900,00	127.309.900,00	129.572.450,00
20		Verwaltungsergebnis	9.712.152,34	-8.515.150,00	-13.289.450,00	-3.778.450,00	-1.183.750,00	-3.306.200,00
21	56,57	Finanzerträge	3.639.466,73	2.051.250,00	1.797.450,00	1.749.400,00	1.702.550,00	1.656.700,00
22	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	2.467.495,00	1.669.900,00	1.562.250,00	1.479.150,00	1.367.600,00	1.309.600,00
23		Finanzergebnis	1.171.971,73	381.350,00	235.200,00	270.250,00	334.950,00	347.100,00
24		Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	133.511.826,46	113.320.450,00	113.196.600,00	123.223.850,00	127.828.700,00	127.922.950,00
25		Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	122.627.702,39	121.454.250,00	126.250.850,00	126.732.050,00	128.677.500,00	130.882.050,00
26		Ordentliches Ergebnis	10.884.124,07	-8.133.800,00	-13.054.250,00	-3.508.200,00	-848.800,00	-2.959.100,00
27	59	Außerordentliche Erträge	352.642,66	763.000,00	3.249.850,00	0,00	0,00	0,00
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	548.527,19	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29		Außerordentliches Ergebnis	-195.884,53	-1.237.000,00	3.249.850,00	0,00	0,00	0,00
30		Jahresergebnis	10.688.239,54	-9.370.800,00	-9.804.400,00	-3.508.200,00	-848.800,00	-2.959.100,00

Bitte im Blatt Finanzielle Leistungsfähigkeit unter 1 angeben, ob ein Ausgleich des Plandefizits durch die ordentliche Rücklage geplant ist.

Nachrichtlich

31	Hochrechnung ordentliches Ergebnis zum 31.12.2021	8.366.492,00
32	Summe vorgetragene Jahresfehlbeträge/Jahresüberschüsse zum 31.12.2020	13.022.655,00

Aufschlüsselung von Erträgen und Aufwendungen			2020	2021	2022	2023	2024	2025
			endgültiges Rechnungsergebnis	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan
Position	Konten	Bezeichnung	- € -					
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	108.382.440,70	93.250.050,00	94.657.950,00	96.978.750,00	102.247.800,00	104.692.050,00
davon	5500	Erträge aus Gemeindeanteil an Einkommensteuer (Produktgruppe 1601)	36.968.093,01	36.389.450,00	38.231.900,00	40.434.900,00	42.908.250,00	45.271.500,00
	5504	Erträge aus Gemeindeanteil an Umsatzsteuer (Produktgruppe 1601)	5.976.974,36	5.470.000,00	4.807.450,00	4.925.250,00	5.020.950,00	5.101.950,00
	5551	Erträge aus Grundsteuer A (Produktgruppe 1601)	58.945,07	58.600,00	58.600,00	58.600,00	58.600,00	58.600,00
	5552	Erträge aus Grundsteuer B (Produktgruppe 1601)	15.469.001,55	15.235.000,00	15.450.000,00	15.450.000,00	15.450.000,00	15.450.000,00
	5553	Erträge aus Gewerbesteuer (Produktgruppe 1601)	49.013.166,39	35.000.000,00	35.000.000,00	35.000.000,00	37.700.000,00	37.700.000,00
	5559	andere Steuern insgesamt (Produktgruppe 1601)	896.260,32	1.097.000,00	1.110.000,00	1.110.000,00	1.110.000,00	1.110.000,00
	5582	Erträge aus Kreisumlage (Produktgruppe 1601)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	5583	Erträge aus Schulumlage (Produktgruppe 0313)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	10.177.005,98	6.469.250,00	5.035.300,00	12.891.800,00	12.190.850,00	9.882.650,00
davon	540101	Schlüsselzuweisung (Produktgruppe 1601)	0,00	1.713.000,00	0,00	7.738.650,00	7.475.800,00	5.191.900,00
		Sonstige Erträge	10.177.005,98	4.756.250,00	5.035.300,00	5.153.150,00	4.715.050,00	4.690.750,00
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	57.407.387,41	52.527.350,00	53.406.300,00	54.174.500,00	54.625.000,00	55.291.850,00
davon	7353	Krankenhausumlage (Produktgruppe 0701)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	73541	Kreisumlage (Produktgruppe 1601)	32.450.860,00	29.925.500,00	30.452.800,00	30.901.500,00	30.951.500,00	31.386.350,00
	73542	Schulumlage (Produktgruppe 1601)	16.236.364,00	15.719.850,00	15.978.700,00	16.385.800,00	16.412.350,00	16.642.950,00
	73543	LWV-Umlage (Produktgruppe 1601)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	735490	Solidaritätsumlage	0,00	0,00	96.300,00	0,00	0,00	0,00
	735490	Weitere Umlagen (z.B. Regionalverband):						
		Umlage Betriebskostenanteil U3 + HVSV + Verkehrsverband + Regionalverband	1.986.578,53	2.037.500,00	2.034.000,00	2.042.700,00	2.042.900,00	2.044.300,00
	7380	Gewerbesteuerumlage (Produktgruppe 1601)	4.070.400,63	2.987.800,00	2.987.800,00	2.987.800,00	3.218.300,00	3.218.300,00
	735	Umlage starke Heimat Hessen (Produktgruppe 1601)	2.529.463,25	1.856.700,00	1.856.700,00	1.856.700,00	1.999.950,00	1.999.950,00
		Sonstige Aufwendungen	133.721,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.467.495,00	1.669.900,00	1.562.250,00	1.479.150,00	1.367.600,00	1.309.600,00
		Zinsen für Liquiditätskredite (Produktgruppe 1602)	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
		Zinsen für Investitionskredite (Produktgruppe 1602)	1.203.600,25	1.059.900,00	1.152.250,00	1.069.150,00	957.600,00	899.600,00

Zahlungsmittelfluss nach § 3 GemHVO	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	endgültiges Rechnungsergebnis	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Fpl-Jahr	Fpl-Jahr	Fpl-Jahr
Nr. Konten				- € -		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (direkte Methode)						
1 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	132.472.289,58	111.627.450,00	111.532.300,00	121.559.550,00	126.164.400,00	126.258.650,00
2 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	113.709.729,13	120.064.550,00	125.100.150,00	121.498.100,00	123.389.050,00	125.566.700,00
3 Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	18.762.560,45	-8.437.100,00	-13.567.850,00	61.450,00	2.775.350,00	691.950,00
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (direkte Methode)						
4 820 Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.349.089,89	653.100,00	673.800,00	300.000,00	411.000,00	225.000,00
4.1 Pos. 4: davon aus Schlüsselzuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2 Pos. 4: davon aus zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.3 Pos. 4: davon aus zweckgebundenen Einzahlungen für die Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5 822 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	761.475,99	763.000,00	4.073.800,00	0,00	0,00	0,00
6 823 Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	891.943,60	856.000,00	830.250,00	811.750,00	793.850,00	771.000,00
davon Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten	891.943,60	856.000,00	830.250,00	811.750,00	793.850,00	771.000,00
7 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.002.509,48	2.272.100,00	5.577.850,00	1.111.750,00	1.204.850,00	996.000,00
8 841 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	761.810,88	1.493.000,00	4.039.000,00	110.000,00	110.000,00	110.000,00
9 842 Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.801.141,21	2.426.750,00	7.109.200,00	1.240.000,00	320.000,00	90.000,00
10 840, 843 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	2.563.267,91	2.826.050,00	3.529.650,00	3.548.500,00	1.296.500,00	1.274.000,00
11 844 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.126.220,00	6.745.800,00	14.677.850,00	4.898.500,00	1.726.500,00	1.474.000,00
13 Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-2.123.710,52	-4.473.700,00	-9.100.000,00	-3.786.750,00	-521.650,00	-478.000,00
14 Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelfehlbedarf	16.638.849,93	-12.910.800,00	-22.667.850,00	-3.725.300,00	2.253.700,00	213.950,00
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (direkte Methode)						
15 826 Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.000.000,00	4.473.700,00	9.100.000,00	3.786.750,00	521.650,00	478.000,00
davon Einzahlungen aus der Aufnahme von Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16 846 Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse	3.181.608,13	4.242.000,00	4.106.400,00	4.378.300,00	4.496.750,00	4.567.800,00
16.1 Pos. 16: davon Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Krediten	2.038.533,13	3.098.900,00	2.963.300,00	3.235.200,00	3.353.650,00	3.424.700,00
16.2 Pos. 16: davon Auszahlungen aus der Tilgung von Umschuldungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16.3 Pos. 16: davon Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	1.143.075,00	1.143.100,00	1.143.100,00	1.143.100,00	1.143.100,00	1.143.100,00
17 Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	-181.608,13	231.700,00	4.993.600,00	-591.550,00	-3.975.100,00	-4.089.800,00
18 Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres	16.457.241,80	-12.679.100,00	-17.674.250,00	-4.316.850,00	-1.721.400,00	-3.875.850,00
19 829 Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Liquiditätskrediten)	46.016.284,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Aufnahme von Liquiditätskrediten						
20 849 Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten)	46.020.654,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Rückzahlung von Liquiditätskrediten						
21 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-4.370,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22 Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	25.363.956,84	41.816.828,34	47.153.844,00	29.479.594,00	25.162.744,00	23.441.344,00
23 Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	16.452.871,50	-12.679.100,00	-17.674.250,00	-4.316.850,00	-1.721.400,00	-3.875.850,00
24 Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	41.816.828,34	29.137.728,34	29.479.594,00	25.162.744,00	23.441.344,00	19.565.494,00

Verbindlichkeiten aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zu Beginn des Haushaltsjahres 2022

Erläuterungen

Verbindlichkeiten aus Krediten nach Abschluss des Vorjahres - Kernhaushalt -	40.751.658,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichk
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten nach Abschluss des Vorjahres - Kernhaushalt -	0,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichk
Verbindlichkeiten aus Krediten nach Abschluss des Vorjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	27.136.193,54	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichk
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten nach Abschluss des Vorjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichk
Gesamtbetrag aus Krediten und Liquiditätskrediten - Kernhaushalt und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	67.887.851,54		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse nach Abschluss des Vorjahres	7.713.825,00	€	Anzugeben ist der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber dem
Gesamtbetrag aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse - Kernhaushalt und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	75.601.676,54	€	

im Haushaltsjahr 2022 veranschlagte Kreditaufnahmen

im Haushaltsjahr veranschlagte Kreditaufnahmen - Kernhaushalt -	9.100.000,00	€
im Haushaltsjahr veranschlagte Kreditaufnahmen - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	10.689.300,00	€

im Haushaltsjahr 2022 veranschlagte Tilgungen für Kredite sowie Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse

Ordentliche Tilgung - Kernhaushalt	2.963.300,00	€	Die ordentliche Tilgung wird automatisch aus dem Blatt Finanzhaushalt
Ordentliche Tilgung - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	2.580.840,00	€	
Außerordentliche Tilgung - Kernhaushalt -	0,00	€	
Außerordentliche Tilgung - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	
Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	1.143.100,00	€	Die Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse werden automatis Finanzhaushalt - Pos. 16.3 - übernommen.

Verbindlichkeiten aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse am Ende des Haushaltsjahres 2022

Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung -	46.888.358,00	€
Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	35.244.653,54	€
Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	82.133.011,54	€
Höchstbetrag der Liquiditätskredite Kernhaushalt laut Haushaltssatzung	2.000.000,00	€
Höchstbetrag der Liquiditätskredite der Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts	2.100.000,00	€
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung -	0,00	€
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€
Voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeigten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum Ende des Haushaltsjahres	6.570.725,00	€

Voraussichtlicher Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2022

29.479.594,00 €

Seite 151 von 447 - Bekanntmachung 07.04.2022 Stadtverordnetenversammlung (exportiert: 31.03.2022)		Haushaltsjahr							
		2022							
		Status:	Haushaltsansatz						
		ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	512.750,00 €	10,98 €	10.773.450,00 €	230,80 €	8.433.650,00 €	180,68 €	10.924.500,00 €	234,04 €
2	Sicherheit und Ordnung	1.927.600,00 €	41,30 €	1.972.600,00 €	42,26 €	6.315.400,00 €	135,30 €	8.393.600,00 €	179,82 €
3	Schulträgeraufgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	51.050,00 €	1,09 €	51.050,00 €	1,09 €
4	Kultur und Wissenschaft	122.900,00 €	2,63 €	122.900,00 €	2,63 €	3.168.400,00 €	67,88 €	4.321.950,00 €	92,59 €
5	Soziale Leistungen	69.250,00 €	1,48 €	69.250,00 €	1,48 €	832.200,00 €	17,83 €	1.277.550,00 €	27,37 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	6.442.050,00 €	138,01 €	6.442.050,00 €	138,01 €	30.349.150,00 €	650,18 €	33.747.250,00 €	722,98 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	Sportförderung	188.100,00 €	4,03 €	188.100,00 €	4,03 €	2.277.500,00 €	48,79 €	2.350.100,00 €	50,35 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	61.500,00 €	1,32 €	61.500,00 €	1,32 €	2.227.450,00 €	47,72 €	2.876.900,00 €	61,63 €
10	Bauen und Wohnen	1.051.800,00 €	22,53 €	1.051.800,00 €	22,53 €	2.778.950,00 €	59,53 €	3.828.100,00 €	82,01 €
11	Ver- und Entsorgung	1.761.200,00 €	37,73 €	1.761.200,00 €	37,73 €	1.000,00 €	0,02 €	1.000,00 €	0,02 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.407.100,00 €	30,14 €	1.407.100,00 €	30,14 €	10.235.850,00 €	219,29 €	10.241.800,00 €	219,41 €
13	Natur- und Landschaftspflege	47.300,00 €	1,01 €	47.300,00 €	1,01 €	1.175.650,00 €	25,19 €	1.175.650,00 €	25,19 €
14	Umweltschutz	273.750,00 €	5,86 €	273.750,00 €	5,86 €	1.134.700,00 €	24,31 €	1.408.900,00 €	30,18 €
15	Wirtschaft und Tourismus	155.000,00 €	3,32 €	155.000,00 €	3,32 €	2.345.050,00 €	50,24 €	2.618.850,00 €	56,10 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	99.176.300,00 €	2.124,69 €	100.761.800,00 €	2.158,66 €	54.924.850,00 €	1.176,68 €	54.924.850,00 €	1.176,68 €
Gesamtsumme		113.196.600,00 €	2.425,05 €	125.087.800,00 €	2.679,80 €	126.250.850,00 €	2.704,72 €	138.142.050,00 €	2.959,47 €

Anmerkungen:

Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.

Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.

Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:

Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.

Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen,

wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.

Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

Seite 152 von 447 - Bekanntmachung 07.04.2022 Stadtverordnetenversammlung (exportiert: 31.03.2022)		Haushaltsvorjahr							
		2021							
		Status:	Haushaltsansatz						
		ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	524.750,00 €	11,24 €	9.990.500,00 €	214,03 €	7.918.150,00 €	169,63 €	10.184.200,00 €	218,18 €
2	Sicherheit und Ordnung	1.895.650,00 €	40,61 €	1.940.650,00 €	41,58 €	6.212.450,00 €	133,09 €	8.199.350,00 €	175,66 €
3	Schulträgeraufgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	51.050,00 €	1,09 €	51.050,00 €	1,09 €
4	Kultur und Wissenschaft	119.200,00 €	2,55 €	119.200,00 €	2,55 €	3.388.850,00 €	72,60 €	4.559.250,00 €	97,67 €
5	Soziale Leistungen	87.300,00 €	1,87 €	87.300,00 €	1,87 €	804.850,00 €	17,24 €	1.229.600,00 €	26,34 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	6.411.450,00 €	137,35 €	6.411.450,00 €	137,35 €	28.652.250,00 €	613,83 €	31.819.850,00 €	681,69 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	Sportförderung	50.600,00 €	1,08 €	50.600,00 €	1,08 €	1.974.650,00 €	42,30 €	2.052.500,00 €	43,97 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	850,00 €	0,02 €	850,00 €	0,02 €	2.126.450,00 €	45,56 €	2.726.700,00 €	58,42 €
10	Bauen und Wohnen	1.004.350,00 €	21,52 €	1.004.350,00 €	21,52 €	2.809.350,00 €	60,19 €	3.734.700,00 €	80,01 €
11	Ver- und Entsorgung	1.784.100,00 €	38,22 €	1.784.100,00 €	38,22 €	1.000,00 €	0,02 €	1.000,00 €	0,02 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.398.800,00 €	29,97 €	1.398.800,00 €	29,97 €	9.182.250,00 €	196,71 €	9.187.800,00 €	196,83 €
13	Natur- und Landschaftspflege	221.300,00 €	4,74 €	221.300,00 €	4,74 €	1.346.200,00 €	28,84 €	1.346.200,00 €	28,84 €
14	Umweltschutz	157.200,00 €	3,37 €	157.200,00 €	3,37 €	923.100,00 €	19,78 €	1.184.550,00 €	25,38 €
15	Wirtschaft und Tourismus	21.000,00 €	0,45 €	21.000,00 €	0,45 €	1.839.250,00 €	39,40 €	2.119.900,00 €	45,42 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	99.643.900,00 €	2.134,71 €	101.299.950,00 €	2.170,19 €	54.224.400,00 €	1.161,67 €	54.224.400,00 €	1.161,67 €
Gesamtsumme		113.320.450,00 €	2.427,71 €	124.487.250,00 €	2.666,94 €	121.454.250,00 €	2.601,96 €	132.621.050,00 €	2.841,19 €

Anmerkungen:
 Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.
 Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.
 Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:
 Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.
 Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen, wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.
 Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

		Ratversammlung (exportiert: 31.03.2022)				Haushaltsvorvorjahr			
		2020							
		Status:	Ist 31.12						
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
		absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	630.565,69 €	13,51 €	9.840.911,11 €	210,83 €	7.644.414,56 €	163,77 €	10.041.469,38 €	215,12 €
2	Sicherheit und Ordnung	1.453.657,58 €	31,14 €	1.467.601,58 €	31,44 €	5.035.033,36 €	107,87 €	7.189.231,88 €	154,02 €
3	Schulträgeraufgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	51.047,13 €	1,09 €	51.047,13 €	1,09 €
4	Kultur und Wissenschaft	82.192,97 €	1,76 €	82.192,97 €	1,76 €	3.317.496,08 €	71,07 €	4.542.113,09 €	97,31 €
5	Soziale Leistungen	87.665,16 €	1,88 €	87.665,16 €	1,88 €	719.101,58 €	15,41 €	1.143.571,87 €	24,50 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	5.796.661,93 €	124,18 €	5.796.661,93 €	124,18 €	25.722.713,30 €	551,07 €	28.565.849,69 €	611,98 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €			0,00 €	0,00 €
8	Sportförderung	64.614,01 €	1,38 €	64.614,01 €	1,38 €	1.862.359,75 €	39,90 €	1.942.105,39 €	41,61 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	110.600,39 €	2,37 €	110.600,39 €	2,37 €	1.698.466,00 €	36,39 €	2.306.159,52 €	49,41 €
10	Bauen und Wohnen	1.620.508,62 €	34,72 €	1.620.508,62 €	34,72 €	3.378.184,43 €	72,37 €	4.408.763,61 €	94,45 €
11	Ver- und Entsorgung	1.723.316,21 €	36,92 €	1.723.316,21 €	36,92 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.374.564,24 €	29,45 €	1.374.564,24 €	29,45 €	8.836.378,50 €	189,30 €	8.841.432,92 €	189,41 €
13	Natur- und Landschaftspflege	10.221,99 €	0,22 €	10.221,99 €	0,22 €	1.018.138,99 €	21,81 €	1.018.138,99 €	21,81 €
14	Umweltschutz	33.045,36 €	0,71 €	33.045,36 €	0,71 €	766.477,19 €	16,42 €	1.059.217,66 €	22,69 €
15	Wirtschaft und Tourismus	37.950,30 €	0,81 €	37.950,30 €	0,81 €	1.842.658,06 €	39,48 €	2.205.527,89 €	47,25 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	120.486.262,01 €	2.581,22 €	122.684.132,78 €	2.628,31 €	60.735.233,46 €	1.301,15 €	60.735.233,46 €	1.301,15 €
Gesamtsumme		133.511.826,46 €	2.860,27 €	144.933.986,65 €	3.104,97 €	122.627.702,39 €	2.627,10 €	134.049.862,48 €	2.871,80 €

Anmerkungen:

Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.

Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.

Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:

Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.

Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen,

wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.

Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges

Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes

Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

Liquiditätsplanung gemäß Hinweis Nr. 7 zu § 105 HGO zur Ermittlung des genehmigungsfähigen Höchstbetrages der Liquiditätskredite

Eintragungen bitte nur in den blau hinterlegten Feldern und in Euro vornehmen
Zahlungsmittelbestand, Liquiditätskreditbestand, Einzahlungen und Auszahlungen bitte als positiven Wert eintragen

1.) Betrachtung laufende Verwaltungstätigkeit des Haushaltsjahres
Einzahlungen und Auszahlungen beziehen sich nur auf die laufende Verwaltungstätigkeit

Liquiditätsplanung für das Haushaltsjahr **2022** (wird automatisch übernommen aus "Deckblatt")

Gemäß Haushaltssatzung vorgesehener Höchstbetrag Liquiditätskredite **2.000.000 €**

Monate	Zusätzliche Parameter	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo/Monat	Liquiditätsbedarf zum Monatsende unter Berücksichtigung vorhandener Liquidität und Liquiditätskrediten
Zahlungsmittelbestand zum 31.12. des Vorjahres	45.659.536 €				
Bestand an Liquiditätskrediten zum 31.12. des Vorjahres	- €				
Differenz	45.659.536 €				
Januar		3.300.000 €	10.300.000 €	- 7.000.000 €	38.659.536 €
Februar		9.100.000 €	9.500.000 €	- 400.000 €	38.259.536 €
März		2.800.000 €	9.300.000 €	- 6.500.000 €	31.759.536 €
April		1.800.000 €	9.800.000 €	- 8.000.000 €	23.759.536 €
Mai		13.800.000 €	13.300.000 €	500.000 €	24.259.536 €
Juni		2.100.000 €	9.250.000 €	- 7.150.000 €	17.109.536 €
Juli		3.500.000 €	10.400.000 €	- 6.900.000 €	10.209.536 €
August		23.700.000 €	9.700.000 €	14.000.000 €	24.209.536 €
September		6.100.000 €	11.388.850 €	- 5.288.850 €	18.920.686 €
Oktober		9.800.000 €	9.400.000 €	400.000 €	19.320.686 €
November		22.500.000 €	10.800.000 €	11.700.000 €	31.020.686 €
Dezember		13.032.300 €	11.961.300 €	1.071.000 €	32.091.686 €
Summe		111.532.300 €	125.100.150 €	- 13.567.850 €	
Werte gemäß Haushaltsplan		111.532.300 €	125.100.150 €		
Differenz		- €	- €		
höchster monatsbezogener Zahlungsmittelbedarf				8.000.000 €	
höchster monatsbezogener Liquiditätskreditbedarf					- 10.209.536 €

2. nachrichtliche Betrachtung Liquiditätskreditstand aus Vorjahren - Zwischenfinanzierungen

Liquiditätskreditbestand zum 31.12. 2021		- €	wird von oben stehender Berechnung übernommen
davon für			
Zwischenfinanzierung Investitionen	Kreditermächtigung wird voraussichtlich in Anspruch genommen am:	2021	- €
Zwischenfinanzierung Investitionen	Kreditermächtigung wird in Anspruch genommen am:	2020	- €
Zwischenfinanzierung Investitionen	vor	2020	- €
Zwischenfinanzierung von öffentlich-rechtlichen Forderungen (nachrichtliche Angabe, da die Auszahlungen oben bei der laufenden Verwaltungstätigkeit berücksichtigt sind)			- €
Verbleibender Liquiditätskreditbestand aus Vorjahren			- € ("echte" Liquiditätskredite aus Vorjahren)

3. Betrachtung der Kredittilgungen und Zwischenfinanzierung von Investitionen des Haushaltsjahres

Saldo lfd. VwT gem Haushaltssatzung 2022	- 13.567.850,00 €	Betrag wird automatisch übernommen aus Blatt "Finanzhaushalt"
vorgesehene belastende Tilgung (Tilgungszuschüsse im Rahmen von Sonderprogrammen sind zu berücksichtigen)	2.963.300,00 €	Tilgung bitte als positiven Betrag eintragen
verbleibender Saldo	- 16.531.150,00 €	
Beitrag zur Hessenkasse	1.143.100,00 €	Betrag wird automatisch übernommen aus Blatt "Finanzhaushalt"
Differenz	- 17.674.250,00 €	
vorgesehene Auszahlungen für Investitionen	14.677.850,00 €	

4. Betrachtung der Liquiditätsreserve

Berechnung Liquiditätsreserve gem. § 106 Abs. 1 HGO
Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit

Aufsichtsbehördliche Anmerkungen zur Haushaltsgenehmigung

Die Haushaltssatzung enthält genehmigungspflichtige Teile

Einzelgenehmigung der Kredite wegen Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit

Haushaltssicherungskonzept erforderlich und vorgelegt

Bitte auswählen

Bitte auswählen

Bitte auswählen

Individuelle Einschätzung der Aufsichtsbehörde zur

Bitte auswählen

(bitte mit Doppelklick öffnen)

[Redacted]

(Behörde)

[Redacted]

(Fachabteilung)

[Redacted]

(Ansprechpartner(in))

[Redacted]

(Ort, Erstelldatum)

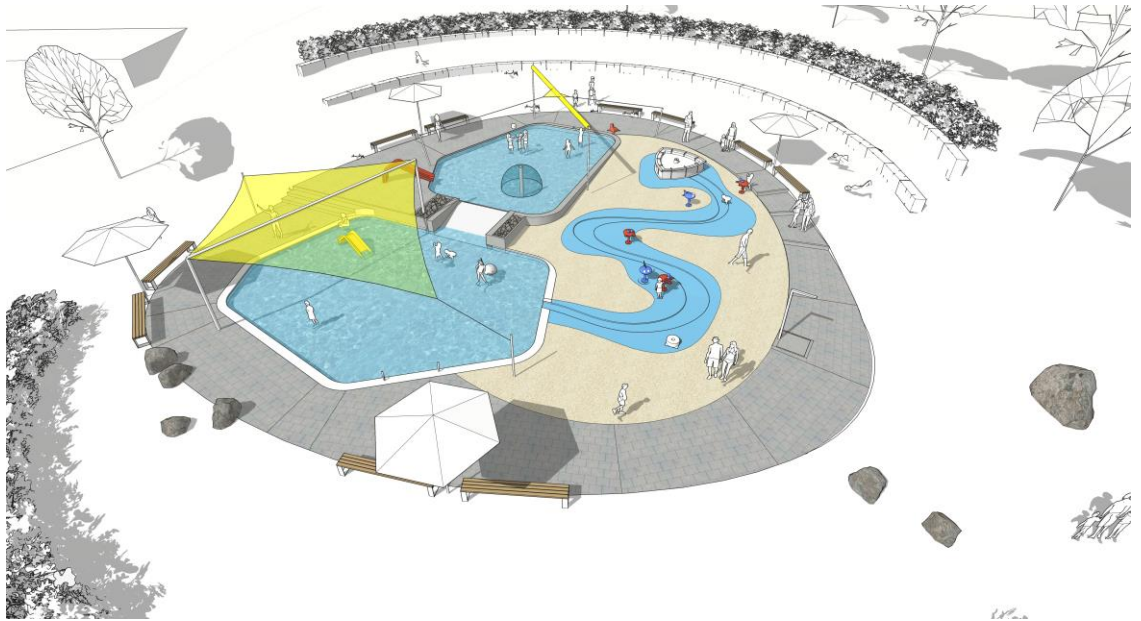
[Redacted]

(Telefon)

Erneuerung des Eltern-Kind-Bereichs

Im Freibad Oberursel (Taunus)

Entwurfsplanung



Auftraggeber:

Stadt Oberursel
Der Magistrat
Rathausplatz 1
61440 Oberursel (Taunus)

Auftragnehmer:

ist EnergiePlan GmbH
Goethestraße 10
79379 Müllheim

bauraum gmbh konstanz
Mainaustasse 10
78464 Konstanz

Jörn Thamm (bauraum)
Peter Seiler (ist)
Martin Schaller (ist)
Till Bethe (ist)

Stand:

24. Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Allgemeine Projektbeschreibung	2
2 Bauliche Maßnahmen	3
3 Technische Maßnahmen	4
3.1 Entwässerung	4
3.2 Beleuchtung	4
3.3 Blitzschutz und Potentialausgleich	5
3.4 PV Anlage (Sun Flowers)	5
3.5 Lautsprecheranlage	5
3.6 Badewassertechnik	5

1 Allgemeine Projektbeschreibung

Die Stadtwerke Oberursel betreiben in der Altkönigstraße 99 das TaunaBad Oberursel, welches im Eigentum der Stadt Oberursel liegt. Das zugehörige Freibad verfügt über ein ca. 30 Jahre altes Kleinkindbecken mit keramischer Auskleidung, das neben altersbedingten Schäden auch funktionale Mängel aufweist. Die technischen Unzulänglichkeiten sind u. a. die fehlenden separaten Entleerungsmöglichkeiten, die kritische Beckendurchströmung im Teillastbetrieb, die nicht normgerechte Funktionsweise der Wasseraufbereitungsanlage und die fehlenden Energiesparpotentiale. Darüber hinaus bestehen funktionale Mängel insbesondere des Beckenkörpus und der Beckenauskleidung, welche zum Ausfall des Betriebes oder zu Verletzungen der Kinder führen können. Darüber hinaus ist die Verbesserung der Übersichtlichkeit der Anlage für die Aufsichtspersonen erforderlich, ebenso wie eine Attraktivitätssteigerung.

Die Stadt Oberursel, vertreten durch die Stadtwerke, beabsichtigt, den kompletten bestehenden Eltern-Kind-Bereich zu sanieren und zu modernisieren. Neben der Funktionalität und der Wiederherstellung eines sicheren und normgerechten Betriebes soll dabei auch die Attraktivität der Anlage sowie der umliegenden Freianlagen gesteigert werden.

2 Bauliche Maßnahmen

Für die Neugestaltung des Kinderplanschbeckens (Kipla) werden zwei durch eine Rampe verbundene Edelstahlbecken in polygonaler Form vorgeschlagen. Die Becken sind zueinander in der Höhe um 55 cm versetzt, so kann das Wasser vom oberen Becken über die Rutschenrampe in das untere Becken fließen.

Das untere Becken verfügt über eine Wassertiefe von 5 cm bis 30 cm, der sog. Strand ermöglicht es kleinen Kindern, sich langsam an ein Wasserbecken zu gewöhnen. Das obere Becken hat eine Wassertiefe von 20 cm bis 40 cm. Die Becken haben eine Wasserfläche von 200 m².



Im neuen Kipla sind mehrere Wasserattraktionen vorgesehen, wie Wasserpilz, Wasserigel, Spritzdüsen und zwei Kleinkinderrutschen.

An die Becken grenzt direkt der geplante Spraypark mit einer Fläche von 180 m² an. Zentrales Element ist ein Kleinkinderbecken „Meeresauge“, über dessen Rand das Wasser in einen sich mäandernden Bach bis ins untere Becken des Kiplas läuft. Begleitet wird der Wasserlauf von 10 weiteren Wasserattraktionen. Der Boden des Spraypark besteht aus einem speziellen PU-verstärktem Gummibelag, der wasserdicht, rutschhemmend, weich und widerstandsfähig ist. Das mittlere Bodengefälle beträgt ca. 3,5 %, somit sind Spraypark und Kipla durchgehend barrierefrei gestaltet.

Gegründet werden das Kipla und der Spraypark auf Stahlbeton-Bodenplatten. Für die Gründung wurde untersucht, ob das bestehende alte Becken im Boden belassen und überbaut werden kann. Aus dieser Untersuchung resultiert der Vorschlag, das alte Becken abzubauen, da sowohl das neue Kipla wie auch der Spraypark nur teilweise auf dem alten Becken positioniert sind, besteht die Gefahr, dass es zu unterschiedlichen Setzungen kommt und der neu gestaltete Eltern-Kind-Bereich beschädigt wird. Der entstehende Betonbruch wird vor Ort geschreddert und als Unterbau für die neuen Bodenplatten verwendet. Somit entfallen unnötige Transporte und Materiallieferungen und die im Beton gespeicherte graue Energie kann sinnvoll weiterverwendet werden.

3 Technische Maßnahmen

3.1 Entwässerung

Im Beckenumgang werden die Grundleitungen des Entwässerungssystems im Zuge der Erdarbeiten erneuert. In dem Bereich werden mehrere Bodenabläufe platziert.

Die neuen Becken erhalten jeweils eine separate Entleerungsmöglichkeit. Im Bereich der Becken wird ein Sandfang vorgesehen, über den die Beckenentleerungsleitungen geführt werden, um grobe Schmutzeinträge möglichst schnell und einfach aus dem Beckenwasser abzuscheiden. Nach Durchlaufen des Sandfangs kann das Beckenwasser durch Umschaltung mittels Erdschieber entweder direkt dem Abwasserkanal zugeführt, oder über eine bestehende Badewasserleitung in Richtung Filterhalle befördert werden.

Da beim Ablassen der Becken evtl. Sand in die Einströmungskanäle im Boden der Edelstahlbecken gelangen kann, wird auch die Entwässerungsmöglichkeit über den bestehenden Schacht am Planschbecken weiterhin beibehalten. Hier können die Bodenkanäle dann nach Rückspülung über die Reinwasserleitung entleert werden.

Das Abwasser aus der Wasseraufbereitung wird wie bisher vor Ort aufbereitet und als Brauchwasser für die Grünflächenbewässerung genutzt..

Um den Gästen eine Reinigungsmöglichkeit im Eltern-Kind-Bereich zu bieten, wird eine einfache Kaltwasser-Standdusche installiert.

3.2 Beleuchtung

Da die bestehenden Laternen neben dem Kinderplanschbecken seit längerer Zeit schon nicht mehr funktionieren, werden hier neue Masten mit energiesparenden LED-Strahlern verbaut. Die Beleuchtung dient zur Wartung bzw. Säuberung des neuen Kinderplanschbeckens, da diese entweder abends oder früh morgens gemacht wird. Die Beleuchtung soll die Arbeiten hier erleichtern.



Abbildung 1: Symbolbild Flutlichtstrahler

3.3 Blitzschutz und Potentialausgleich

Da das neue Becken aus einem Edelstahlkörper besteht, muss dieser in den vorhandenen Potentialausgleich des Geländes eingebunden werden. Der hierfür notwendige Runddraht aus Edelstahl wird in einem Graben zwischen dem Technikgebäude und dem Kinderplanschbecken gelegt, am Beckenkörper an mehreren Stellen angebunden und im Gebäude mit dem Potentialausgleich verbunden.

3.4 PV Anlage (Sun Flowers)



Abbildung 2: Symbolbild Sun Flower

Um in naher Zukunft auf dem Gelände Photovoltaikmodule bzw. Sun Flowers installieren zu können, werden Leerrohre vom Technikgebäude aus vorgesehen. Diese werden in den zu erstellenden Kabelgraben gelegt und enden in der Nähe des Stromkastens neben dem Planschbecken. Von dort aus kann dann die Leitung für die Sun Flowers verlegt werden, sobald die Aufstellorte bekannt sind.

3.5 Lautsprecheranlage

Die bestehende Lautsprecheranlage des Freibades ist zu erweitern, da die aktuelle Beschallungsanlage den oberen Freigeländebereich nur unzureichend beschallt. Insbesondere in Gefahrensituation, wie aufziehende Unwetter, kann eine schnelle und klare Informationsübermittlung über die Lautsprecheranlage schwere Unfälle vermeiden.

Hierzu werden an den unter 3.2 genannten Beleuchtungsmasten jeweils zwei Hornlautsprecher montiert. Diese werden so ausgerichtet, dass sie die Liegewiesen am Rand ebenfalls beschallen können. An der Hausecke des Technikgebäudes wird ebenfalls ein Lautsprecher montiert. Die Ansteuerung der Durchsagen geschieht von dem Bademeisterhäuschen neben dem Schwimmerbecken.

Die Leerrohre, in welchen die Leitungen für die Lautsprecheranlage verlegt werden, liegen im Kabelgraben zwischen Technikgebäude und Kinderplanschbecken. Diese werden über das Technikgebäude mit dem Bademeisterhäuschen verbunden. Die vorhandene Rohrverbindung vom Technikgebäude zum Bademeisterhäuschen muss geprüft werden.

3.6 Badewassertechnik

Die bestehenden Planschbecken haben zusammen eine Wasserfläche von ca. 275 m².

Nach der aktuellen DIN 19643 ist der Stahlfilterbehälter mit 2,0 m Durchmesser zu klein dimensioniert. Entsprechend ist die Filtrationsgeschwindigkeit mit ca. 45 m/h deutlich zu hoch. Sie darf 30 m/h nicht übersteigen.

Der bestehende Schwallwasserbehälter hat ein nutzbares Volumen von knapp 60 m³.

Zwischen dem Technikgebäude und dem Eltern-Kind-Bereich sind im Bestand bereits sechs knapp über 100 m lange Rohrleitungen verlegt. Diese weisen nach bisherigen Erkenntnissen keine Schäden auf und sind in PE ausgeführt. Sie können somit wiederverwendet werden.

Für die Badewasseraufbereitung wird weiches Füllwasser aus dem Trinkwassernetz der Stadtwerke Oberursel verwendet.

Die Becken werden mit Temperaturen von 24 – 26 °C betrieben. Die Beckenwassererwärmung erfolgt über einen bestehenden Rohrbündel-Wärmetauscher. Die Wärmeversorgung erfolgt vom Hallenbad aus (Heizzentrale mit BHKW).



Abbildung 3: Bestehende Filteranlage des Planschbeckens

Beckenhydraulik

Die Auslegung und Planung der Wasseraufbereitungstechnik des Planschbeckens erfolgt gemäß der DIN 19643. Es wird dabei darauf geachtet, dass beim Betrieb der Anlage entsprechend dem Stand der Technik alle wirtschaftlichen Möglichkeiten der Energie- und Wassereinsparungen genutzt werden.

Das bestehende Technikgebäude weist ausreichend Platz für eine größere Filteranlage auf. Zum Einbringen kann temporär das Dach der Filterhalle geöffnet werden. Auch künftig werden im Betrieb 100 % des Umwälzvolumenstromes über die Rinne abgeführt. Das Schwallwasser aus den Becken wird über die Rinnenabläufe der Schwallwasserleitung zugeführt. Die Anzahl und Dimension der Rinnenabläufe werden entsprechend ausgelegt. Die Einströmung des Reinwassers erfolgt über den Beckenboden.

Der neben den Becken angeordnete Spraypark ist ebenfalls Teil des Aufbereitungskreislaufs. Der Quelltopf entspricht einem separaten Kleinkinderbecken und wird ebenfalls dauerhaft über Bodeneinströmung mit Reinwasser versorgt. Er speist den im unteren Becken endenden Bachlauf des Wasserspielplatzes.

Die bestehende Fliesenauskleidung der Becken ist teilweise beschädigt und hat sich im oberen Becken großflächig vom Estrich gelöst. Hier droht der kurzfristige Ausfall des oberen Beckens sowie Verletzungsgefahr durch sich lösenden und brechenden Fliesen. Um zukünftig ähnliche Probleme der Beckenauskleidung auszuschließen, wird der neue Eltern-Kind-Bereich in winterfesten Materialien ausgeführt. Die Becken werden in Edelstahl ausgeführt. Der Spraypark erhält eine modellierte Oberfläche mit einem Belag aus EPDM (Fallschutz), der für die dauerhafte Beaufschlagung mit Schwimmbadwasser geeignet ist.

Schwallwasserbehälter

Der bestehende Schwallwasserbehälter erfüllt alle Anforderungen der DIN 19643.

Das Schwallwasser wird mit der Schwallwasserleitung zu dem unterhalb des Beckenniveaus liegenden Schwallwasserspeicher transportiert. Das erforderliche Gesamtvolumen setzt sich aus der Summe der folgenden Volumina zusammen:

- durch die Badegäste verdrängtes Beckenwasservolumen
- Schwallwasservolumen
- Filtrerrückspülvolumen

Das Filtrerrückspülvolumen wird im Schwallwasserbehälter bevorratet. Ein separater Spülwasserbehälter wird nicht vorgesehen.

Aus Gründen der Energieeinsparung und Betriebskostensenkung soll der gesamte Beckeninhalt zukünftig während Schlechtwetterphasen und in den Nächten über die Beckenentleerung in den Schwallwasserbehälter abgeführt und mit geringem Volumenstrom innerhalb der Filterhalle umgewälzt werden. Somit werden Schmutzeinträge, Stromverbrauch und Wärmeverluste reduziert. Entsprechend müssen der Schwallwasserbehälter mit einem geringen Wasserstand betrieben und der Filterspülplan angepasst werden.

Der Schwallwasserbehälter hat mit ca. 60 m³ ein ausreichendes, nutzbares Volumen.

Aufbereitungsverfahren

Als Verfahrenskombination wird das Aufbereitungsverfahren Flockung – Mehrschichtfiltration mit adsorptiver Kohle - Chlorung nach DIN 19643 zum Einsatz kommen.

Umwälzleistung

Die erforderliche Umwälzleistung für das angewandte Aufbereitungsverfahren wird nach der DIN 19643 berechnet. Dabei werden die Wasserflächen und die nach Nutzung des Beckens zu erwartende Belastung durch die Badegäste berücksichtigt.

Nach der DIN 19643 ist bei Wasserattraktionen die Umwälzleistung weiter um 3 m³/h je Attraktionsplatz zu erhöhen. Der Volumenstrom legt dabei die Dimension aller wesentlichen Anlagenteile der Verfahrensstufen fest.

Beckenteil	Wasserfläche	Wassertiefe	Beckeninhalt	Attraktionszuschlag	Aufbereitungsvolumenstrom
Spraypark	7 m ²	0,0-0,1 m	7 m ³	36 m ³ /h	38 m ³ /h
Planschbecken oben	83 m ²	0,2-0,4 m	27 m ³	6 m ³ /h	60 m ³ /h
Planschbecken unten	110 m ²	0,05-0,3 m	33 m ³	6 m ³ /h	72 m ³ /h
Gesamt					170 m³/h

Tabelle 1: Berechnung der Umwälzleistung

Die Umwälzpumpen werden auf den erforderlichen Volumenstrom ausgelegt. Dabei wird berücksichtigt, dass der Volumenstrom bei verschmutzten Filtern gewährleistet ist. Die Pumpen werden mit einem integrierten Fasernfänger ausgestattet. Sie werden mit Frequenzumrichtern so geregelt, dass die benötigte Umwälzleistung unter minimaler Energieaufnahme erzeugt werden kann.

Eine weitere Möglichkeit zur Stromeinsparung besteht darin, den Volumenstrom der Badewasseraufbereitungsanlage entsprechend dem tatsächlichen Bedarf zu regeln. Die Pumpenanlage wird mit Frequenzumrichtern ausgestattet, sodass eine in der DIN vorgesehene Volumenstromreduzierung auf den Beckenvolumenstrom in Abhängigkeit von der Beckenbelastung möglich ist.

Attraktionen

Innerhalb der Becken und im zum Aufbereitungskreislauf gehörigen Spraypark werden zahlreiche Attraktionen angeordnet.

Die wasserbetriebenen Attraktionen werden durch separate Attraktionspumpen mit Reinwasser versorgt. Die Ansaugung erfolgt aus der Reinwasserleitung innerhalb der Filterhalle. Hierbei wird eine Pumpe für die Attraktionen im Becken und eine für die Attraktionen des Sprayparks vorgesehen. Die Pumpen werden mit Fasernfängern und Frequenzumrichtern ausgestattet.

Während des Badebetriebs laufen die Attraktionen der beiden Becken durchgehend und stehen den Badegästen dauerhaft zur Verfügung. Die Attraktionen des Sprayparks stehen den Badegästen abwechselnd zur Verfügung. Über ein automatisches Attraktionsprogramm werden die Intervalle gesteuert. Die Umschaltung erfolgt in der Technik.

Auch für die Umwälzvolumenstromberechnung wird nur die Anzahl der Attraktionen, die maximal gleichzeitig in Betrieb sind, zu Grunde gelegt.

Attraktion	Anzahl	Becken
Meeresauge, Wasserspiele (10 Stk.)	11	Spraypark
Seelöwe, Wasserpilz/-glocke	2	Planschbecken oben
Spritzdüsen, Wasserigel	2	Planschbecken unten

Tabelle 2: Zusammenstellung der wasserbetriebenen Attraktionen

Die bestehende SPS enthält ein Programm für das Planschbecken inklusive Attraktionen, das angepasst werden muss. Der bestehende Schaltschrank wird bei Bedarf entsprechend der neuen Anforderungen umgebaut und erweitert.

Die Flockung erfolgt durch die kontinuierliche Dosierung von Flockungsmittel in den Rohwasserstrom zwischen Schwallwasserbehälter und Umwälzpumpe.

Zur Stabilisierung der pH-Werte wird eine Dosieranlage installiert, die den pH-Wert im erforderlichen Maße hebt oder senkt.

Filtration

Die Filtration erfolgt in einem geschlossenen Druckfilter. Hierbei wird ein Filterdurchmesser von 2,70 m mit einer Filterfläche von 5,73 m² vorgesehen. Der bestehende Filterbehälter wird hierfür demontiert. Der neue Filterbehälter wird in Stahl oder in GFK ausgeführt und kann über das Dach der Filterhalle eingebracht werden.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der Schwimmmeister bei Wartungsarbeiten am oberen Mannloch kann das bestehende, fahrbare Filterpodest weiterhin genutzt werden, so dass kein fest montiertes Podest errichtet werden muss.

Das Filterbett wird als Mehrschichtfilter ausgebildet. Das Filtermaterial ist Quarzsand und Hydroanthrazit H.

Die Reinigung bzw. die Rückspülung der Filter erfolgt halbautomatisch. Bei einer Halbautomatik muss die Filtrerrückspülung von Hand ausgelöst werden und läuft dann selbstständig ab. Den Zeitpunkt, wann eine Filtrerrückspülung erforderlich ist, erkennt der Schwimmmeister am Ansteigen des Druckverlustes im Filter anhand der Manometer. Die verschiedenen Teilvorgänge können einfach vom Schwimmmeister nach Bedarf und den besonderen Gegebenheiten optimiert werden. Die Filtrerrückspülung muss ohne Unterbrechung durchgeführt werden können. Deshalb ist das Wasser, das für eine Spülung benötigt wird, im Schwallwasserbehälter zu bevorraten.

Desinfektion

Die Desinfektion des Badewassers erfolgt mit Chlorgas in einer Vollvakuumanlage gemäß DGUV-Vorschrift 50 – „Chlorung von Wasser“ und DGUV-Regel 107-001 „Betrieb von Bädern“. Hierbei wird Chlorgas nach DIN EN 937 eingesetzt. Die Dosierung erfolgt nach dem indirekten Verfahren, das heißt, aus Chlorgas und Wasser wird mit einem Injektor eine Chlorklösung hergestellt und kontinuierlich zum Filtrat zugegeben.

Das in Druckflaschen abgefüllte Chlorgas wird mit Vollvakuum-Chlorgasdosiergeräten zugegeben.

Ein Gully in unmittelbarer Nähe zum Chlorgasraum wird im Zuge der Arbeiten verschlossen.



Abbildung 4: Gully gegenüber Zugang Chlorgasraum

Die Wasseraufbereitungsanlage wird durch eine kontinuierliche, automatische Mess- und Regeltechnik überwacht und gesteuert. Die Messergebnisse regeln die Dosierung von Chlor bzw. von pH-Heber oder -Senker.



Abbildung 5: Bestehendes Messsystem

Das bestehende Messsystem kann weiterhin genutzt werden.

Das Messwasser wird aufgrund der großen Strecke zwischen dem Eltern-Kind-Bereich und dem Technikgebäude weiterhin wie im Bestand abweichend von DIN 19643 unmittelbar an der Rinnenumschaltung aus der Schwallwasserleitung in der Filterhalle entnommen. Dieses Vorgehen wird mit dem zuständigen Gesundheitsamt abgestimmt.

Rinnenreinigung

Zur Ableitung der Reinigungsmittel und der Schmutzstoffe, die beim Reinigen der Schwallwasserrinne anfallen, wird am Schwallwasserstutzen ein T-Stück mit Klappe installiert.

Armaturen

Die Armaturen sind in der Regel Zwischenbauabsperklappen. Im Bereich der Becken werden auch einige Erdeinbauschieber ausgeführt.

Die Klappen werden größtenteils pneumatisch betätigt. Als Hilfsenergie für die Pneumatik-Klappen wird die bestehende Druckluftanlage genutzt.

Rohrleitungen

Als Rohrmaterial wird grundsätzlich spiegelschweißbares HD-PE eingesetzt. PVC-Rohrleitungen werden nur, wo technisch notwendig (hohe Chlorkonzentration), verlegt.

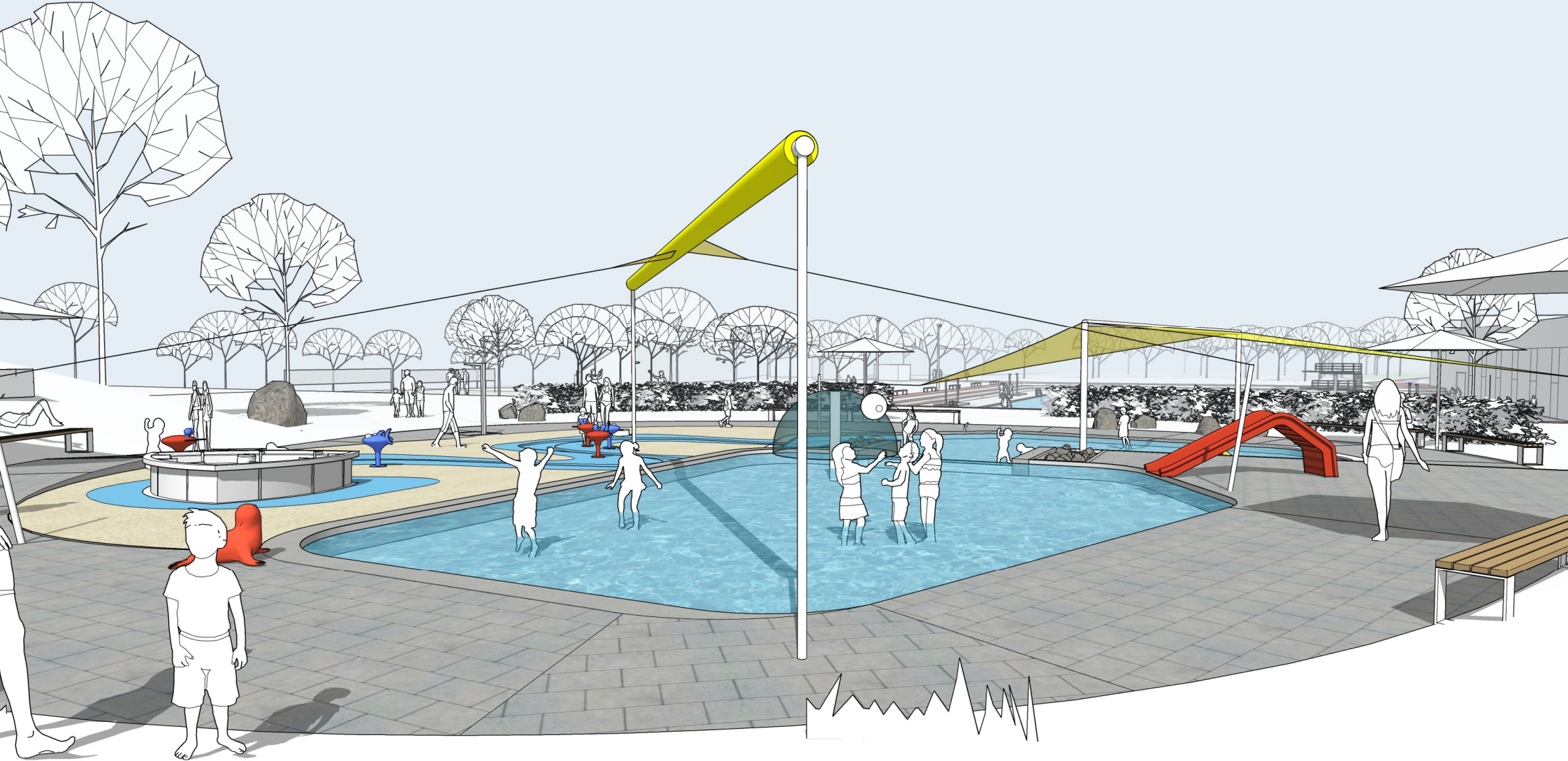
Soweit möglich werden Teile der Badewasserverrohrung weiterverwendet. Dies gilt insbesondere für die bestehenden Rohrleitungen im Erdreich zwischen Technikgebäude und Eltern-Kind-Bereich.

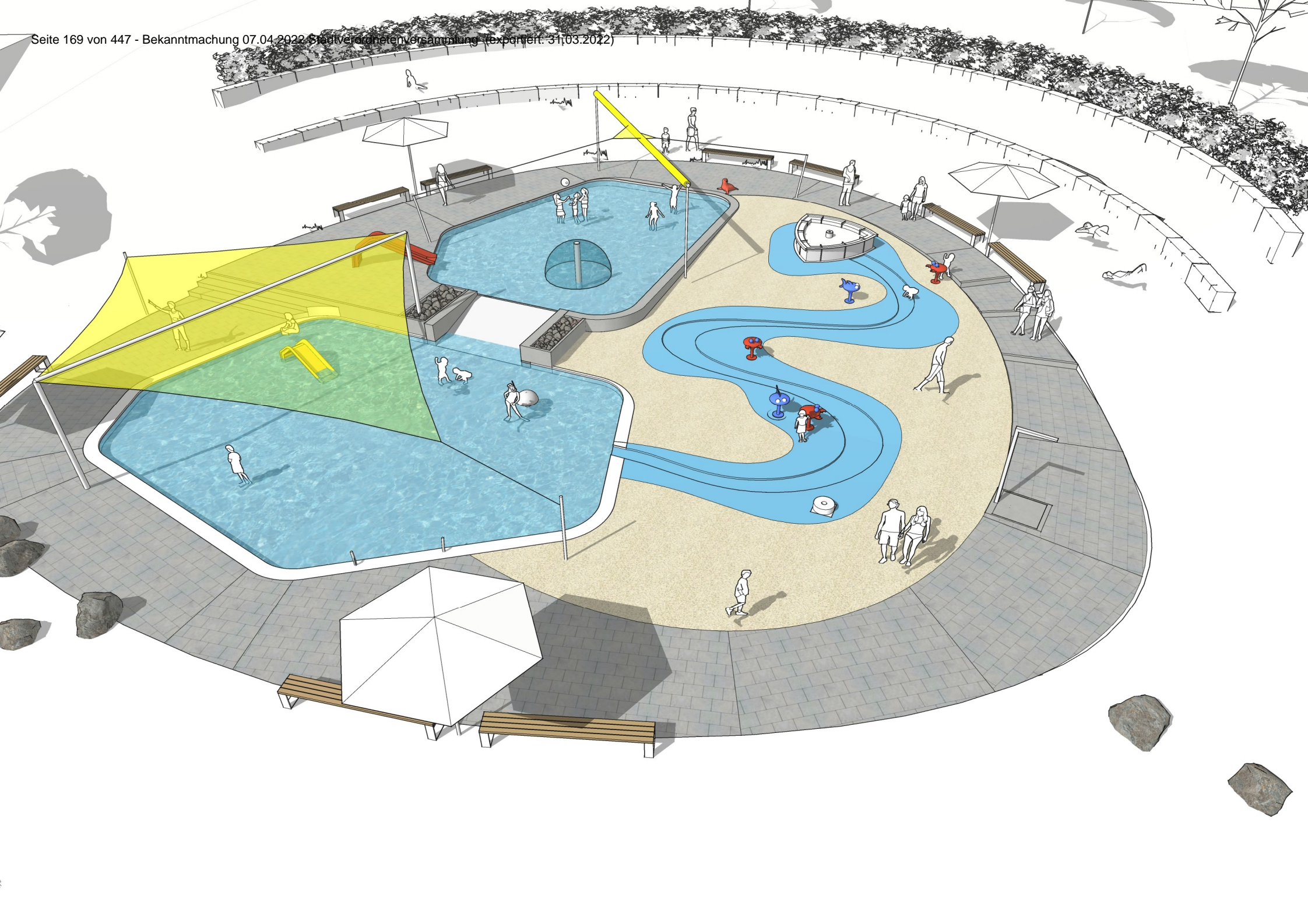
Frischwassernachspeisung

Für die Wassernachspeisung wird Netzwasser verwendet. Das Frischwasser wird im Schwallwasserbehälter zugeführt. Der freie Einlauf wird durch einen Sicherheitsüberlauf im Behälter gewährleistet, der den maximalen Wasserstand begrenzt. Die Nachspeisemenge wird separat erfasst.

Beckenbeheizung

Der bestehende Rohrbündelwärmetauscher sollte aufgrund seines Alters durch einen geschraubten Plattenwärmetauscher ersetzt werden.







Kostenaufstellung

Freibad Oberursel (4188)

Bauelemente (ELE)		- Kennzeichen für Bedarfs- bzw. Eventualpos.: <input type="checkbox"/>
- Gesamt, Netto:	1.299.100,00 EUR	
- zzgl. MwSt. (19,0 %):	246.829,00 EUR	
- Gesamt, Brutto:	<u>1.545.929,00 EUR</u>	

Nr. / Bezeichnung	Menge/Einheit	EP	Gesamt (GP)
01 Baustelleneinrichtung Badeplatte	1 ps...	11.500,00	11.500,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			13.685,00
01.01 Baustelleneinrichtung allgemein	1 psch	7.500,00	7.500,00
01.02 Baustromverteiler	1 St	800,00	800,00
01.03 Bauwasser	1 St	800,00	800,00
01.04 Schnurgerüst	1 St	1.200,00	1.200,00
01.05 WC-Kabine	1 St	1.200,00	1.200,00
02 Erdarbeiten Badeplatte	1	85.400,00	85.400,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			101.626,00
02.01 Humus abtragen und lagern Baustrasse und Lager	600 m ²	7,00	4.200,00
02.02 Roden von Hecken-Büschen	1 psch	2.000,00	2.000,00
02.03 Herstellen Baustrasse und Lagerplätze	260 m ³	60,00	15.600,00
02.04 Erdaushub Beckenumgang incl. Abfuhr	200 m ³	35,00	7.000,00
02.05 Erdaushub Schächte incl. Abfuhr bzw. wiederverfüllen.	120 m ³	50,00	6.000,00
02.06 Unterbau Becken und Wasserspiel modellieren	200 m ³	35,00	7.000,00
02.07 Kieseinbau Becken und Umgang	270 m ³	60,00	16.200,00
02.08 Kieseinbau Spraypark	90 m ³	60,00	5.400,00
02.09 Sonstige Massnahmen Erdarbeiten z.B. Winterbaumassnahmen	1 psch	5.000,00	5.000,00
02.10 Sandbett	30 m ³	200,00	6.000,00
02.11 Grundleitungen	1 psch	11.000,00	11.000,00
03 Abbrucharbeiten Badeplatte	1	58.150,00	58.150,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			69.198,50
03.01 Abbruch Pflaster Beckenumgang	370 m ²	15,00	5.550,00
03.02 Abbruch Treppenstufen	12 m	50,00	600,00
03.03 Abbruch Sitzbänke	70 m	60,00	4.200,00
03.04 Abbruch Trinkbrunnen	1 St	800,00	800,00
03.06 Abbruch Beton Beckenumgang	60 m ³	140,00	8.400,00
03.07 Abbruch Beton Becken	240 m ³	140,00	33.600,00
03.08 Abbruch alte Schächte	5 St	400,00	2.000,00
03.09 Abbruch alte Leitungen	200 m	15,00	3.000,00
04 Beton- und Stahlbetonarbeiten Badeplatte	1	128.300,00	128.300,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			152.677,00
04.01 Sauberkeitsschicht Kipla	300 m ²	15,00	4.500,00
04.02 Sauberkeitsschicht Spraypark	200 m ²	15,00	3.000,00
04.03 STB-Bodenplatte Becken im Gefälle	220 m ²	70,00	15.400,00
04.04 Glätten Bodenplatten Kipla	300 m ²	8,00	2.400,00
04.05 Streifenfundamente Kipla	45 m ³	200,00	9.000,00
04.06 Einzelfundamente Kipla	8 m ³	200,00	1.600,00
04.07 STB-Bodenplatte Spraypark 25 cm im Gefälle	180 m ²	65,00	11.700,00
04.08 Vouten Fundamente Spraypark als Zulage	20 m ²	200,00	4.000,00
04.09 Estrich Bodenplatte Spraypark	180 m ²	90,00	16.200,00
04.10 Herstellung Pumpensumpf	2 St	450,00	900,00
04.11 Schalungen Fundamente Kipla	150 m ²	35,00	5.250,00
04.12 Schalungen Bodenplatten Kipla	80 m	25,00	2.000,00
04.13 Schalungen Bodenplatten Spraypark	50 m	25,00	1.250,00
04.14 Bewehrung Beton Kipla	18 t	1.500,00	27.000,00
04.15 Bewehrung Beton Spraypark	9 t	1.500,00	13.500,00
04.16 Aufbeton Rinnen Kipla 25x25 cm	160 m	35,00	5.600,00
04.17 Betonarbeiten sonstiges	1 psch	5.000,00	5.000,00

Kostenaufstellung

Freibad Oberursel (4188)

Nr. / Bezeichnung	Menge/Einheit	EP	Gesamt (GP)
05 Edelstahlbecken	1	310.400,00	310.400,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			369.376,00
05.01 Edelstahlbecken Variante 2 groß	1 St	266.200,00	266.200,00
05.02 Wasserigel und Wasserpilz	2 St	1.500,00	3.000,00
05.03 Spritzdüsen	3 St	400,00	1.200,00
05.04 Kleinkinderrutschen	2 St	6.000,00	12.000,00
05.05 Sonnensegel elektrisch	2 St	14.000,00	28.000,00
06 Spraypark	1	197.900,00	197.900,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			235.501,00
06.01 Wasserauge	1 psch	25.500,00	25.500,00
06.02 Wasserspritztiere	7 psch	6.500,00	45.500,00
06.03 Wasserspiele	11 St	400,00	4.400,00
06.04 Kinderrutsche	1 St	10.000,00	10.000,00
06.03 Einbauteile	1 psch	27.000,00	27.000,00
06.06 EPDM-Belag	150 m ²	430,00	64.500,00
06.04 Nebenarbeiten und Inbetriebnahmen	1 psch	21.000,00	21.000,00
07 Technikgebäude	1	18.480,00	18.480,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			21.991,20
07.01 Baustelleneinrichtung	1 psch	1.000,00	1.000,00
07.02 Aussengerüst	20 m ²	40,00	800,00
07.03 Innengerüst	30 m ²	40,00	1.200,00
07.04 Holzwolleplatten Demontage und Wiedermontage	48 h	60,00	2.880,00
07.05 Dachziegel Demontage und Wiedermontage	48 h	60,00	2.880,00
07.06 Sparren-Unterdach Demontage und Wiedermontage	48 h	60,00	2.880,00
07.07 Material Dacharbeiten	1 psch	1.000,00	1.000,00
07.08 Abbruch Gerätefundamente	8 St	250,00	2.000,00
07.09 Gerätefundament 100x65x15	2 St	600,00	1.200,00
07.10 Gerätefundament bis 50x50x30	8 St	180,00	1.440,00
07.11 Estrich angleichen	20 h	60,00	1.200,00
08 Aussenanlagen	1	181.140,00	181.140,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			215.556,60
08.01 Humus abtragen und lagern Böschung	720 m ²	10,00	7.200,00
08.02 Abbruch Stützmauer Hang	60 m	80,00	4.800,00
08.03 Modellieren Gelände	600 m ²	10,00	6.000,00
08.04 Rückbau Baustrasse	300 m ²	20,00	6.000,00
08.05 Erdaushub Elektrokanal incl. Wiederverfüllen	90 m ³	70,00	6.300,00
08.06 Kabelschutzrohr DN 110 Elektro	100 m	15,00	1.500,00
08.07 Befestigte Flächen, Betonpflaster 20/20 cm	300 m ²	100,00	30.000,00
08.08 Treppenstufen	12 m	120,00	1.440,00
08.09 Dusche STB-Fertigteil 120x120 cm	1 St	1.000,00	1.000,00
08.10 Hofabläufe 20/20 cm	6 St	200,00	1.200,00
08.11 Abwasserleitungen DN 100	60	30,00	1.800,00
08.12 Verteilerschacht Attraktionen 300x200x250 cm	1 St	12.000,00	12.000,00
08.13 Kanalschacht DN 1000 Höhe 150 cm	1 St	1.500,00	1.500,00
08.14 Rasenflächen	1.500 m ²	25,00	37.500,00
08.15 Pflanzflächen	30 m ²	100,00	3.000,00
08.16 Stützmauer Liegewiese Hang	100 m	150,00	15.000,00
08.17 Bänke	30 m	450,00	13.500,00
08.18 Sonnenschirme	4 St	600,00	2.400,00
08.19 Sonnensegel	2 St	12.000,00	24.000,00
08.20 Sonstiges Aussenanlagen	1 psch	5.000,00	5.000,00
10 Badewassertechnik	1	269.930,00	269.930,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			321.216,70
10.01 Filteranlage	1 psch	38.800,00	38.800,00
10.02 Pumpen und Armaturen	1 psch	58.680,00	58.680,00
10.03 Rohrleitungen erdverlegt	1 psch	8.500,00	8.500,00
10.04 Rohrleitungen im Gebäude	1 psch	27.960,00	27.960,00

Alle Einzelbeträge Netto in EUR

27.02.2022 - Seite 2

Kostenaufstellung

Freibad Oberursel (4188)

Nr. / Bezeichnung	Menge/Einheit	EP	Gesamt (GP)
10.05 Messtechnik	1 psch	15.730,00	15.730,00
10.06 Elektro-und Schaltanlage	1 psch	28.500,00	28.500,00
10.07 Einbauteile	1 psch	9.500,00	9.500,00
10.08 Beckenbeheizung	1 psch	2.200,00	2.200,00
10.09 Wasserchemische Anlagentechnik	1 psch	18.860,00	18.860,00
10.10 Demontagen	1 psch	24.000,00	24.000,00
10.11 Inbetriebnahmen und Dokumentation	1 psch	14.300,00	14.300,00
10.12 Anschluss Bestandsleitungen	1 psch	19.400,00	19.400,00
10.13 Standdusche	1 psch	3.500,00	3.500,00
11 Elektrotechnik	1	31.400,00	31.400,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			37.366,00
11.01 Leitungsführungssysteme	1 St	7.100,00	7.100,00
11.02 Kabel und Leitungen	1 psch	19.000,00	19.000,00
11.03 Beschallungsanlage	1 psch	2.800,00	2.800,00
11.04 Beleuchtung	1 psch	2.500,00	2.500,00
12 Blitzschutz	1	6.500,00	6.500,00
Gesamt (inkl. MwSt. 19,0%), Brutto:			7.735,00
12.01 Blitzschutz und Potentialausgleich am Becken	1 psch	6.500,00	6.500,00
Gesamtsumme: Freibad Oberursel			
		Gesamt, Netto:	1.299.100,00 EUR
		zzgl. MwSt (19,0 %)	246.829,00 EUR
		<u>Gesamt, Brutto:</u>	<u>1.545.929,00 EUR</u>

Kalkulation "Kinderbecken"

Segment	EUR	Bemerkung
Baukosten	1.300.000	
Sicherheit (10%)	130.000	
Zwischensumme	1.430.000	
Nebenkosten	250.000	
Zwischensumme	1.680.000	
SWO	30.000	Betreuung der Inv.-Maßnahme
Ergebnis	1.710.000	

alle Werte netto

Stadt Oberursel (Taunus)

Städtebau und Stadtgestaltung

Aktenzeichen: 61 26 22 B

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

07.03.2022	VL-53/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	20	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Ausländerbeirat	21.03.2022			zur Information
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Durchführungsvertrag

zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35“

Eintritt der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH in den Durchführungsvertrag

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Dem Eintritt der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH, Karlsruhe in den Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35 vom 02.03.2021 anstelle der GeRo EOS Development GmbH&Co.KG wird zugestimmt und die GeRo EOS Development GmbH&Co.KG wird aus dem genannten Durchführungsvertrag entlassen.

Der Ausländerbeirat ist zu informieren.

Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte ist zu informieren.

Sachbericht:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 18.02.2021 den Satzungsbeschluss für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22 B „Erich-Ollenhauer-Straße 29-35“ gefasst, dieser wurde am 03.04.2021 bekannt gemacht. In gleicher Sitzung hat die Stadtverordnetenversammlung den Abschluss des Durchführungsvertrages mit der GeRo EOS Development GmbH&Co.KG, Rülzheim beschlossen.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 22.10.2021 hat die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH den Grundbesitz Erich-Ollenhauer-Straße 29-35, Oberursel, von der GeRo EOS Development GmbH&Co.KG erworben. Mit beiliegendem Schreiben bittet die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH um Zustimmung zum Eintritt in den o.g. Durchführungsvertrag.

Die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH übernimmt damit alle Verpflichtungen, zu denen sich die GeRo EOS Development GmbH&Co.KG verpflichtet hatte. Auf der Grundlage dieses Durchführungsvertrages, des Bebauungsplanes Nr. 22 B, des privatrechtlichen Kaufvertrages mit der GeRo

EOS Development GmbH&Co.KG und der inzwischen erteilten Baugenehmigung wird die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH das Wohnquartier Erich-Ollenhauer-Straße 29-35 errichten.

Aus den oben genannten Gründen wird empfohlen, wie vorgeschlagen zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Anlage: Schreiben der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH, Karlsruhe vom 02.03.2022

Arnold Richter
Geschäftsbereichsleiter

Christof Fink
Erster Stadtrat

Anlage(n):

1 Schreiben der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH

Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH, Bahnhofstraße 46, 76137 Karlsruhe

Wüstenrot
Haus- und Städtebau GmbH

Stadt Oberursel (Taunus)
Rathausplatz 1
61440 Oberursel (Taunus)

Ihre Gesprächspartnerin:

Sabrina Schütt
Wohn- und Gewerbebau Karlsruhe

Telefon: +49 7141 16-757452
Telefax: +49 7141 16-814130
Mobil: +49 151 11109213

sabrina.schuet@wuestenrot.de

02.03.2022

0229 / STS BBF

EOS – Oberursel, Erich-Ollenhauer-Straße 29-35

Durchführungsvertrag vom 02.03.2021 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22B

Erich-Ollenhauer-Straße 29-35

hier: Eintritt in den Durchführungsvertrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Runge, sehr geehrte Frau Meissner,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bereits bekannt ist, haben wir mit notariellem Kaufvertrag vom 22.10.2021 von der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG den Grundbesitz Erich-Ollenhauer-Straße 29-35, Oberursel, erworben. Die Eigentumsumschreibung auf die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH im Grundbuch ist noch nicht erfolgt, der Übergang von Besitz, Nutzen und Lasten ist bereits durchgeführt.

Im Kaufvertrag mit der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG haben wir uns verpflichtet, in den Durchführungsvertrag einzutreten und alle Rechte, Pflichten und Bindungen zu übernehmen. Im Kaufvertrag stehen der Eintritt und die Übernahme unter der aufschiebenden Bedingung des Eintritts des Übergabetags nach dem Kaufvertrag. Von dem Eintritt und der Übernahme von Pflichten sollen nicht erfasst sein solche Pflichten, die nach ausdrücklichen Regelungen des Kaufvertrages vom Verkäufer erfüllt werden sollen.

Ungeachtet der Regelungen des Kaufvertrages sind wir bereit, dem Wunsch der Stadt Oberursel entsprechend im Verhältnis zur Stadt Oberursel in sämtliche Bestimmungen des Durchführungsvertrages anstelle der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG einzutreten. Die dem Kaufvertrag entsprechende Differenzierung bleibt dann dem Innenverhältnis zwischen der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG und uns vorbehalten.

Besucheranschrift:
Bahnhofstraße 46
76137 Karlsruhe

Internet:
www.whs-wuestenrot.de

Geschäftsführer: Marc Bosch,
Marcus Ziemer
Kundenzufriedenheitsmanagement:
Michael Joos, Telefon 07141 16-
757200

Sitz der Gesellschaft:
Ludwigsburg
AG Stuttgart HRB 200216
Ust-IdNr: DE 811298729

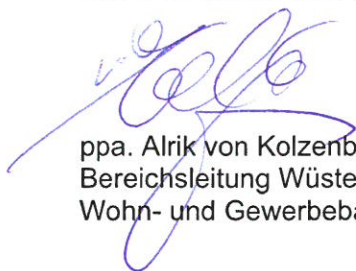
Bankverbindung:
Commerzbank AG
IBAN DE36 6044 0073 8503 00
BIC COBADEFFXXX

Dies vorausgeschickt, erklären wir gegenüber der Stadt Oberursel, dass wir anstelle der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG in den Durchführungsvertrag vom 02.03.2021 eintreten und im Verhältnis zur Stadt Oberursel sämtliche Rechte und Pflichten, die der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG nach dem Durchführungsvertrag zustehen bzw. obliegen, übernehmen.

Wir bitten Sie vor diesem Hintergrund um die Zustimmung der Stadt Oberursel zum Eintritt in den Durchführungsvertrag vom 02.03.2021 anstelle der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG und Entlassung der GeRo EOS Development GmbH & Co. KG aus dem Durchführungsvertrag.

Gerne stehen wir für Fragen und weitere Abstimmungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



ppa. Alrik von Kolzenberg
Bereichsleitung Wüstenrot
Wohn- und Gewerbebau



i.V. Sabrina Schütt
Kfm. Projektleitung Wüstenrot
Wohn- und Gewerbebau

Stadt Oberursel (Taunus)

Umwelt- und Naturschutz

Aktenzeichen:

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

04.03.2022	VL-48/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	III	26	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Richtlinie zur finanziellen Förderung von Photovoltaikanlagen

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage beigefügte Richtlinie zur finanziellen Förderung von Photovoltaikanlagen wird beschlossen.

Sachbericht:

Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzteilkonzeptes „Erneuerbare Energien“ wurde festgestellt, dass in Oberursel die Anzahl von Photovoltaikanlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäusern unterdurchschnittlich ist. Um die in den bisher erarbeiteten Teilkonzepten formulierten Klimaziele zu erreichen soll künftig mit verschiedenen Maßnahmen die Errichtung von Photovoltaikanlagen unterstützt werden. Seit Dezember 2021 wurde deshalb in Zusammenarbeit mit der Lokalen Oberurseler Klimainitiative (LOK e.V.) eine persönliche Beratung der Bürgerinnen und Bürger speziell für dieses Thema initiiert, die zweimal monatlich im Rathaus und Online durchgeführt wird. Zudem wurden Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Berater/innen durchgeführt. Darüber hinaus soll nun eine finanzielle Förderung von Photovoltaikanlagen - gemäß beigefügter Richtlinie - im Rahmen der im jeweiligen Haushaltsjahr im Haushaltsplan durch die Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel durch den Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus) erfolgen, um die Nutzung von regenerativen Energien zur Stromerzeugung in Oberursel zu intensivieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Ausgaben, die im Haushalt 2022 etatisiert sind.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Der Schutz der Lebensgrundlagen dient der Zukunftssicherung künftiger Generationen.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Die Herstellung und Nutzung von regenerativem Strom trägt dazu bei, die Klimaschutzziele der Stadt Oberursel (Taunus) zu erreichen.

Bernd Strobehn

- Anlage 1: Entwurf der Richtlinie

Antje Runge
Bürgermeisterin

Richtlinie zur finanziellen Förderung der Errichtung von Photovoltaikanlagen

§ 1 Ziel

Ziel der Richtlinie ist es, die Errichtung von privaten Photovoltaikanlagen finanziell zu unterstützen, um so zur Verringerung von Kohlendioxidemissionen, die bei der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern entstehen, beizutragen.

§ 2 Fördergegenstand

- (1) Die Stadt Oberursel (Taunus) gewährt privaten Haus- und Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern, sowie Erbbauberechtigten im Stadtgebiet der Stadt Oberursel (Taunus) Zuschüsse für die nachstehend unter § 3a erläuterten Maßnahmen an Wohngebäuden mit bis zu vier Wohneinheiten und auf deren Nebengebäuden.
- (2) Des Weiteren gewährt sie privaten Grundstückseigentümerinnen und –eigentümern, Erbbauberechtigten, Mieterinnen und Mietern Zuschüsse für Liegenschaften im Stadtgebiet für die nachstehend unter § 3b erläuterten Maßnahmen.
- (3) Die Förderung wird ausschließlich nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt. Sie erfolgt im Rahmen der im jeweiligen Haushaltsplan hierfür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel in der Reihenfolge der Antragsgänge. Grundlage der Auszahlung der Zuschüsse ist der Förderbescheid. Sind die Haushaltsmittel erschöpft, so werden die Anträge ins Folgejahr übertragen, soweit die Fördervoraussetzungen noch gegeben sind.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht. In begründeten Einzelfällen behält sich die Stadt vor, Maßnahmen zu fördern, auch wenn die Voraussetzungen nach dieser Richtlinie nur in Teilen erfüllt werden, sofern dies im Interesse des Förderziels liegt.

§ 3 Förderfähige Maßnahmen und Förderhöhe

Gefördert wird die Errichtung von

a) ortsfesten Photovoltaikanlagen, mit Netzanschluss (Nachweis des Netzbetreibers) auf oder an Wohngebäuden mit bis zu vier Wohneinheiten und auf deren Nebengebäuden. Die Förderhöhe beträgt einmalig 200,- EURO je Kilowatt_{peak} installierter Leistung (abgerundet auf volle Kilowatt), höchstens jedoch 2000 EURO pro Liegenschaft.

b) Photovoltaik-Kleinanlagen (sogenannte „Balkonanlagen“) mit Netzanschluss (Nachweis des Netzbetreibers), die fest installiert sind. Die Förderhöhe beträgt einmalig 60,- EURO je 250 Watt_{peak} installierter Leistung (abgerundet auf 250 Watt), höchstens jedoch 120,- EURO pro Wohneinheit.

§ 4 Antragsverfahren, Förderbescheid und Auszahlung des Zuschusses

- (1) Die Förderung ist schriftlich oder digital bei der Stadt Oberursel (Taunus), Rathausplatz 1, 61440 Oberursel mit Hilfe des in Anlage 1 dargestellten Antragsformulars zu beantragen.

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beizufügen:

- Lageplan des Grundstücks, auf dem die Anlage errichtet wird
- Grundbuchauszug, ggf. Mietvertrag
- Anlagenbeschreibung mit Skizze
- Angabe der Leistung der Photovoltaikanlage (Kilowatt_{peak})
- Kostenschätzung, ggf. Angebot

- (2) Nach Antragstellung und Prüfung des Antrags wird ein Förderbescheid über den Zuschuss durch die Stadt Oberursel (Taunus) erstellt und bekannt gegeben.
- (3) Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Nachweis der Durchführung der Maßnahme und Bestätigung der Aufnahme der Anlage in das Marktstammdatenregister. Ausgaben sind durch Rechnungen (Originalrechnungen zur Einsicht, Rechnungskopien zum Verbleib) zu belegen.
- (4) Mit Errichtung und Installation darf nicht vor Erteilung des Förderbescheides über die Bezuschussung begonnen werden. Eine Ausnahme gilt für Maßnahmen, die im Zeitraum vom 01.01.2022 und 30.04.2022 durchgeführt wurden.
- (5) Der Zuschussempfänger erklärt gegenüber der Stadt Oberursel (Taunus), dass er mit einem Betretungsrecht seiner Liegenschaft/seiner Wohnung durch Bedienstete der Stadt zur Feststellung des Vorliegens der Förderfähigkeit einverstanden ist.

§ 5 Widerruf

Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs mit Rückzahlungsverpflichtung für den Fall, dass die nach dieser Richtlinie geförderten Anlagen wieder entfernt oder nicht mehr dem Ziel der Förderung entsprechend verwendet werden. Das Gleiche gilt, wenn der Förderbescheid aufgrund falscher Angaben des Zuschussempfängers erteilt wurde. Bezogen auf Satz 1 gilt für Maßnahmen nach § 3a eine Frist von 10 Jahren und für Maßnahmen nach § 3b eine Frist von 5 Jahren.

§ 6 Datenschutz

Die Stadt Oberursel (Taunus) ist berechtigt, die technischen und finanziellen Daten der Maßnahmen zum Zwecke der statistischen Auswertung zu erheben sowie zu verarbeiten und anonymisiert auch an andere Behörden weiterzugeben; mit der Antragstellung wird dieses Recht ausdrücklich eingeräumt.

§ 7 Inkrafttreten

Die Richtlinie tritt mit Wirkung vom 15.04.2022 in Kraft.

Oberursel (Taunus), . . .2022

Antje Runge
Bürgermeisterin

Antrag auf finanzielle Förderung der Errichtung einer Photovoltaikanlage

(bitte ausgefüllt und mit Anlagen per Post senden an: Magistrat der Stadt Oberursel, GB 10-104,
Rathausplatz1, 61440 Oberursel oder per E-Mail an klimaschutz@oberursel.de)

Name, Adresse des/der Antragstellenden

Ggf. abweichende Adresse des Standortes der Anlage

Hiermit beantrage ich eine finanzielle Förderung einer

- ortsfesten Photovoltaikanlage mit Netzanschluss
- Photovoltaik-Kleinanlage.

nach § 3 der „Richtlinie zur finanziellen Förderung der Errichtung von
Photovoltaikanlagen“ der Stadt Oberursel (Taunus) vom XX.XX.2022.

Die Anlage hat eine Leistung von _____ Kilowatt_{peak}.

Folgende Anlagen sind beigefügt:

- Lageplan des Grundstücks, auf dem die Anlage errichtet wird
- Grundbuchauszug, ggf. Mietvertrag
- Anlagenbeschreibung mit Skizze
- Angabe der Leistung der Photovoltaikanlage (Kilowatt_{peak})
- Kostenschätzung, ggf. Angebot
- Bankverbindung (für die Überweisung des Zuschusses)

Ort, Datum

Unterschrift

Antragseingang (nicht durch Antragsstellende/n auszufüllen): _____

Stadt Oberursel (Taunus)

Verkehrsplanung

Aktenzeichen: 61-613

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

03.03.2022	VL-44/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	17	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			Federführung
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			
Ortsbeirat Bommersheim	30.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Verkehrskonzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Frankfurter Landstraße und des Umfelds

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Knoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg/ Bommersheimer Straße verkehrlich nicht leistungsfähig ist und durch induzierte Verkehre aus den umliegenden geplanten Bauvorhaben in Zukunft zusätzlich belastet wird. Außerdem ist bekannt, dass die Signalanlage des Knotens abgängig ist und dringend erneuert werden muss.
2. Auf Basis des vorliegenden Gesamtkonzepts und der Vorplanung zur Neuordnung der Verkehre am Knoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Landstraße und der umliegenden Straßenabschnitte (Anlage 1) wird eine Entwurfsplanung erstellt. Ziel ist es, die Maßnahme ab dem Jahr 2024 umzusetzen.
3. Die für die Umsetzung benötigten Mittel sind nach Erstellung der Kostenberechnung (Teil der Entwurfsplanung) im Haushalt 2024 zu etatisieren; Fördermittel nach dem Hessischen Mobilitätsförderungsgesetz (MobiFöG) und Zuwendungen nach § 33 Finanzausgleichsgesetz (FAG) sind in Anspruch zu nehmen.

Sachbericht:

Situation

Die Frankfurter Landstraße ist als Hauptverkehrsstraße insbesondere mit dem Knoten Frankfurter Landstraße/ Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße und dem Knoten Frankfurter Landstra-

ße/ Homburger Landstraße bereits im Bestand nicht leistungsfähig (jeweils QSV Fi). Da in den nächsten Jahren im näheren Umfeld mehrere Bauvorhaben realisiert werden sollen (Anlage 1), wird sich die verkehrliche Situation weiter verschärfen. Zwischenzeitlich haben sich entgegen den Angaben in Anlage 1 folgende Änderungen bei den Entwicklungsvorhaben ergeben:

- A: fertiggestellt
- B: B-Plan rechtskräftig; derzeit im Bau; Fertigstellung 2024
- D: Planungsskizze überholt; Realisierungszeitpunkt offen
- E: Realisierungszeitpunkt 2023
- J: B-Plan rechtskräftig; derzeit im Bau
- L: Konzept abgelehnt; derzeit kein Konzept vorliegend; Realisierungszeitpunkt 2025+;

Eine Anpassung der Verkehrsinfrastruktur zur Erhöhung von Sicherheit & Leistungsfähigkeit für alle Verkehrsmittel ist daher zwingend erforderlich.

Gleichzeitig sind neben dem Kfz-Verkehr die Verkehrsanlagen für den Radverkehr und den Fußgängerverkehr teils nicht funktionsfähig. Es fehlt der wichtige Lückenschluss der Radhauptverbindung (nach Radverkehrskonzept Oberursel) zwischen der Adenauer Allee und dem Radweg entlang der U-Bahn-Gleise in Richtung Frankfurt, Parkvorgänge bei „Fritten Toni“ sind mitten in der Kreuzung unsicher, die Wartezeiten für zu Fuß Gehende sind sehr lang, Verkehrsströme sind bedingt verträglich usw.

Die Lichtsignalanlage des Knotens Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße hat das Ende ihrer technischen Lebenszeit erreicht und wurde bereits behelfsmäßig angepasst. Eine Kompletterneuerung der LSA ist bereits überfällig und wurde nur zurückgehalten, damit dies mit einem Umbau des Knotens kostengünstig kombiniert werden kann. Nach Aussage des BSO ist die Ersatzteilbeschaffung bereits schwierig und wird bald nicht mehr möglich sein. Für das Jahr 2017 war ein vollständiger Umbau nur dieses Knotens mit Kosten in Höhe von 2,3 Mio. € vorgesehen, die Maßnahme wurde jedoch zurückgestellt.

Planungsauftrag

Die Aufgabe des mit einer Verkehrsuntersuchung beauftragten Planungsbüros war es, ein für alle Verkehrsteilnehmer leistungsfähiges Konzept zu erarbeiten, welches folgende Zielvorgaben berücksichtigt:

- Leistungsfähige Verkehrsabwicklung des vorhandenen und des prognostizierten Kfz-Verkehrs (unter Berücksichtigung aller Bauvorhaben im Bereich zwischen S-Bahn und Kurmainzer Straße) für den Gesamtbereich zwischen Frankfurter Landstraße, Zimmersmühlenweg, Bommersheimer Straße, Tabaksmühlenweg, Gablonzer Straße, Ludwig-Erhard-Straße.
- funktionsfähig mit und ohne Durchstich Nassauer Straße
- Lückenschluss der Hauptradroute entlang der Frankfurter Landstraße (am Alten Friedhof) (Maßnahme M047 aus dem Radverkehrskonzept)
- Allgemeine Berücksichtigung des Radverkehrs (u.a. M046 und M048 des Radverkehrskonzeptes)
- Verbesserung der Nahmobilität durch Aufwertung von Querungsmöglichkeiten für den Fußverkehr
- Verbesserung der Verkehrssicherheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen

Basis der Arbeiten zur Abschätzung der Wirksamkeit der Maßnahmen ist das Verkehrsmodell der Stadt Oberursel (Taunus). Damit können Veränderungen im Verkehrsfluss durch neue Verkehrsführungen zuverlässig simuliert werden.

ⁱ Die Leistungsfähigkeit eines Verkehrssystems wird anhand von Qualitätsstufen (QSV) in den Spitzenstunden bewertet. Die Einordnung erfolgt von A (sehr leistungsfähig) bis F (überlastet bzw. nicht leistungsfähig). Angestrebt wird mindestens Qualitätsstufe D.

Ansätze

Verschiedene Lösungsansätze zur Verkehrsführung wurden im Rahmen der Bearbeitung iterativ geprüft und sind im Bericht (Kap. 4) nachlesbar. Die Vorzugsvariante wird in Kap. 5 vorgestellt und ist Basis der vorliegenden Vorlage.

Ergebnis

Es konnte ein Konzept vorgelegt werden, welches sämtliche Zielvorgaben beinhaltet und zudem im Vergleich zum geplanten Knotenumbau Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg beim „Fritten Toni“ aus dem Jahr 2017 kostengünstig realisiert werden kann.

Die Planung ist in **Anlage 1** dargestellt. Sie beinhaltet im Wesentlichen folgende Merkmale:

- Einrichtung von Einbahnstraßen im Zimmersmühlenweg (Fahrtrichtung Süd bis Gablonzer Straße) und Tabaksmühlenweg zur Verbesserung der Leistungsfähigkeiten am neuralgischen Doppelknoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße. Dadurch kann dieser Knoten wesentlich schlanker und effizienter gestaltet werden und Zwischenzeiten (Ampel zeigt „rot“ und „gelb“) können zugunsten von Freigabezeiten („grün“) reduziert werden.
- Errichtung eines sicheren und leistungsfähigen Zweirichtungsradweges in der Frankfurter Landstraße entlang der Friedhofmauer zwischen der Homburger Landstraße und der Bommersheimer Straße (vollständiger Lückenschluss). In diesem Abschnitt entfällt der Parkstreifen auf der südlichen Straßenseite ersatzlos.
- Aufgrund der Aufwertung des Tabaksmühlenwegs in der Netzbedeutung ist die Errichtung von zwei kleinen Lichtsignalanlagen an den Knoten Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg und Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg erforderlich. Die LSAen erlauben zukünftig abgestimmte Schaltungen für einen effizienten Verkehrsfluss für den MIV.
- Durch die o.g. Umplanungen ist eine deutliche Verbesserung der Querungsmöglichkeiten für zu Fuß Gehende und eine adäquate Berücksichtigung des Radverkehrs im gesamten Gebiet möglich. Das betrifft die Anzahl und Lage von Querungen sowie die Reduzierung von Wartezeiten durch kürzere Umlaufzeiten.
- Optimierung der Parkvorgänge vor dem „Fritten Toni“ (nicht mehr in den Knoten einfahrend).
- Da der Busverkehr in Fahrtrichtung Nord nicht mehr über den Zimmersmühlenweg, sondern über den Tabaksmühlenweg geführt wird, ist eine Anpassung der Buslinienführung erforderlich. Es besteht die Möglichkeit, die bestehende Versorgungslücke im ÖPNV in dem Bereich zu schließen, wo die Neumühle und die südliche Riedwiese entwickelt werden sollen.

Die Einrichtung einer Diagonalsperre am Knoten Frankfurter Landstraße / Homburger Landstraße ist in den Lageplänen dargestellt, kann aber erst mit der Durchbindung der Nassauer Straße an die Weingärtenumgehung realisiert werden. Dadurch kann dieser Knoten wesentlich leistungsfähiger abgewickelt werden. Im Grunde handelt es sich dann nur noch um eine Fußgängersignalanlage (FSA) ohne nennenswerte Zwischenzeiten zugunsten längerer Freigabezeiten für den MIV. Die Verkehre aus Richtung des S-Bahnübergangs entfallen mit dem Durchstich der Nassauer Straße. Die Verkehre aus dem Wohngebiet Gattenhöfer Weg & Damaschkestraße können über die Gablonzer Straße abgewickelt werden.

Die veränderte Verkehrsführung hat für einige MIV-Fahrbeziehungen etwas längere Wege als heute zur Folge, die entsprechend dem Kompromiss zugunsten einer leistungsfähigen Verkehrsabwicklung toleriert werden. Es entstehen längere Wege auf einzelnen Relationen von im Mittel ca. 200m (in / aus Wohngebiet) bis ca. 300m (Umfahrung Zimmersmühlenweg). Es wird davon ausgegangen, dass die Zeitverluste durch längere Wege einzelner Verkehrsströme in Summe geringer sind, als die Summe der Wartezeiten aller Verkehrsströme an den heute überlasteten Knotenpunkten. Durch einen flüssigeren Verkehrsablauf sind auch keine nennenswerten höheren Schadstoffbelastungen zu erwarten.

Im Verkehrskonzept sind vorliegende Fragestellungen umfassend geprüft und beantwortet worden:

- Betrachtete Verkehrsmittel: Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV (Stadtbus), MIV (PKW, LKW)
- Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsflusses

- Mögliche Verlagerungseffekte für alle Verkehrsmittel auf Verkehrsbeziehungen
- Verkehrserzeugung aller bekannten und geplanten Bauvorhaben im Umfeld entsprechend der möglichen (nach B-Plan) oder vorgesehenen Nutzung
- Tagesganglinien
- Prüfungen nach HBS zur Leistungsfähigkeit in der relevanten Spitzenstunde
- Geometrische Prüfungen (Schleppkurven etc.)
- Erreichbarkeit aller Grundstücke mit allen Verkehrsmitteln

Alle weiteren Annahmen und Prüfungen können dem Bericht in Anlage 1 entnommen werden.

Zeitliche Umsetzung

Aufgrund des Umbauumfangs muss die Umsetzung des Konzepts in mehreren Bauphasen erfolgen (stufenweise Umsetzung; vgl. Bauphasenkonzept). Das heißt, dass die Umsetzung mehrere Zwischenzustände erfordert, deren Dauer ggf. einige Zeit bestehen. Es wurden fünf Abschnitte ausgearbeitet:

- Schritt 1: Umbau Frankfurter Landstraße zwischen Homburger Landstraße und Bommersheimer Straße
- Schritt 2: Umbau Tabaksmühlenweg und Knotenpunkt Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg
- Schritt 3: Umbau Frankfurter Landstraße zwischen Bommersheimer Straße und Ludwig-Erhard-Straße
- Schritt 4: Umbau Zimmersmühlenweg und Knotenpunkt Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg
- Schritt X1: Umbau Knotenpunkt Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße
- Schritt X2: Umbau Rad- und Fußweg Ludwig-Erhard-Straße

Eine Konkretisierung ergibt sich in der weiteren Planung. Die Schritte 5 und 6 sind weitestgehend unabhängig. Das heißt, der Umbau mit einer Diagonalsperre am Knoten Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße kann und soll erst nach dem Durchstich der Nassauer Straße erfolgen. Dennoch sollten die vorherigen Bauabschnitte möglichst direkt aufeinanderfolgend umgesetzt werden, um die Gesamtkosten gering zu halten. Eine Kostenaufteilung auf zwei bis drei Haushaltsjahre ist möglich.

Es wird empfohlen, Entwicklungsvorhaben / Bauvorhaben mit hohem Verkehrsaufkommen möglichst erst nach der vollständigen Umsetzung des Gesamtkonzepts zu realisieren. Das betrifft nach derzeitigem Kenntnisstand insbesondere die Vorhaben „Mutter-Teresa-Straße“ und „Mainkraftwerk“.

Herstellungskosten

Bei dem Lösungskonzept handelt es sich um eine pragmatische und relativ schnell umsetzbare Lösung. Daher fallen die geschätzten Herstellungskosten mit rd. 3,33 Mio. € brutto moderat aus (Stand 2019). Die Kosten lassen sich nicht direkt mit den Kosten der ursprünglichen Lösung von 2017 (2,3 Mio. € / Preise von 2017) vergleichen. Die ursprüngliche Lösung sah ausschließlich den Knotenumbau Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße vor. Nun sind umfassende Verbesserungen für alle Verkehrsmittel (Radwegelückenschluss, mehr Beziehungen für zu Fuß gehende, ÖPNV...) enthalten. Enthalten sind sämtliche Umbauten und Verbesserungen an den o.g. Knoten und Streckenabschnitten, die notwendigen Verkehrssicherungs- und Umleitungsmaßnahmen sowie zugehörigen Planungskosten. In den Kosten nicht enthalten sind ggf. erforderlicher Baugrundverbesserungen und Leitungsarbeiten, da die Vermessungsarbeiten und Baugrunduntersuchung erst im Rahmen der Entwurfsplanung durchgeführt wurden. Aufgrund der zwischenzeitlich stark gestiegenen Baupreise ist davon auszugehen, dass der Umbau mittlerweile knapp 4 Mio. € kostet. Weitere Verzögerungen werden voraussichtlich höhere Kosten verursachen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Anteil der Kosten, der die Erneuerung der beiden Lichtsignalanlagen in der Frankfurter Landstraße beinhaltet, auch ohne Umbau ohnehin anfällt, da dessen Lebensdauer bereits überschritten wurde (rd. 400 TSD €).

Weiteres Vorgehen

Im Ergebnis konnte eine Lösung gefunden werden, die keinen kompletten Neubau der untersuchungsrelevanten Knoten und Straßen beinhaltet, sondern mittels punktueller Veränderungen des Bestands umgesetzt werden kann und dennoch eine deutliche Verbesserung für alle Verkehrsteilnehmende bedeutet.

Auf Basis dieses Beschlusses kann die Entwurfsplanung erstellt und Fördermittel beantragt werden. Eine Umsetzung erfolgt frühestens 2024.

Finanzielle Auswirkungen:

Die für die Fortführung des Projekts und den Förderantrag erforderliche Entwurfsplanung beläuft sich gemäß HOAI auf rd. 80 TSD. Die Brutto-Herstellungskosten inkl. Planungs- und Nebenkosten betragen gemäß Kostenschätzung mindestens rd. 3,35 Mio. € (Stand 2019). Eine Aktualisierung der Kostenhöhe erfolgt im Rahmen der Entwurfsplanung. Mit einer Förderung aus Mitteln MobiföG und FAG wird gerechnet. Die Förderquote ist noch nicht abschätzbar.

Ausreichende investive Planungsmittel in Höhe von rd. 80 TSD € sind für das Projekt im Haushalt 2022 vorhanden (Investitionsnummer 1201070009).

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Der barrierefreie Ausbau, die Förderung der Nahmobilität z. B. durch Verbesserung der Radinfrastruktur insgesamt, der Querungsmöglichkeiten sowie Ergänzung von Fahrradabstellplätzen stellen eine Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur dar, von der alle Teile der Oberurseler Bevölkerung profitieren können.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Arnold Richter
Geschäftsbereichsleiter

Anlagen:

- Anlage 1: Planungskonzept Frankfurter Landstraße vom 18.12.2020 (ZIV + R+T)
Anlage 2: Folien zum Sachstand (Verkehrskommission vom 22.02.2022)

Christof Fink
Erster Stadtrat



Zentrum
für integrierte
Verkehrssysteme



Dokumentation

Verkehrsuntersuchung der Frankfurter Landstraße in Oberursel (Taunus)

Anschrift

ZIV-Zentrum für integrierte
Verkehrssysteme GmbH

Robert-Bosch-Straße 7
64293 Darmstadt

Kontakt

Telefon +49 6151 27028-0
Telefax +49 6151 27028-10

kontakt@ziv.de
www.ziv.de

ENTWURF

STAND: DEZEMBER 2020

Geschäftsführer

Dipl.-Geogr. Stephan Kritzingner

Sitz der Gesellschaft

Darmstadt, HRB 7292

Bankverbindung

Taunus Sparkasse
Bad Homburg v.d. Höhe

DE71 5125 0000 0000 3236 16
BIC HELADEF1TSK

USt-IdNr. DE 198971359

IMPRESSUM

Auftraggeber Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus)
Rathausplatz 1
61440 Oberursel (Taunus)

Auftragnehmer



ZIV - Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH
Robert-Bosch-Straße 7
64293 Darmstadt

Dr.-Ing. Owen Dieleman
Felix Rhein B. Eng.
Melina Hofner B. Sc.
Frank Willmann M. Eng.

In Zusammenarbeit mit



R+T Verkehrsplanung GmbH
Julius-Reiber-Str. 17
64293 Darmstadt

Dipl.-Ing. Thomas Pickel
Lars Garber M. Eng.
Dipl.-Ing. Martin Zahn

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
1.1	Anlass der Untersuchung	1
1.2	Ziele der Untersuchung	1
1.3	Untersuchungsgebiet	2
1.4	Vorgehensweise	3
2	PLANUNGSPRÄMISSEN	5
2.1	Beschreibung der Entwicklungsvorhaben	5
2.2	Vorüberlegungen zu Infrastrukturmaßnahmen	7
2.2.1	Maßnahme M1	7
2.2.2	Maßnahme M2	8
2.2.3	Maßnahme M3	8
2.2.4	Maßnahme M4	9
2.3	Verkehrsmengengerüst	9
2.3.1	Verkehrszählungen	9
2.3.2	Verkehrsmodell	10
3	BESTANDSANALYSE	13
3.1	Fußverkehr	13
3.2	Radverkehr	17
3.3	Öffentlicher Personennahverkehr	19
3.4	Motorisierter Individualverkehr	24
3.5	Handlungsbedarf	31
4	ENTWICKLUNG VON GRUNDSÄTZLICHEN VERKEHRSFÜHRUNGSVARIANTEN	32
4.1	Vorüberlegungen	32
4.2	Variante 0: frühzeitige Umsetzung der geplanten Durchbindung Nassauer Straße	32
4.3	Variante 1: Durchbindung Nassauer Straße (Variante 0) in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße	34
4.4	Variante 2: Verbesserung der Verkehrssituation durch Entfall von Fahrbeziehungen für den Kfz-Verkehr in ausgewählten Knotenpunktzufahrten	37
4.5	Variante 3: Unterbinden des Durchgangsverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße in Kombination mit der Durchbindung der Nassauer Straße	39
4.6	Variante 4: Verbesserung der Verkehrssituation durch ein Einrichtungsstraßensystem	41
4.7	Auswahl der Vorzugsvariante	42
5	AUSARBEITUNG DER VORZUGSVARIANTE	44
5.1	Planungsprämisse / Grundansatz	44
5.2	Lösungskonzepte für einzelnen Netzabschnitte	45
5.2.1	Straßenraum Homburger Landstraße (Plan 4-1)	45
5.2.2	Knotenpunkt „Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße“ (Plan 4-1)	46

5.2.3	Straßenraum Frankfurter Landstraße, südöstlich Homburger Landstraße (Plan 4-1)	48
5.2.4	Knotenpunkte „Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg“ und „Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße“ (Plan 4-1)	49
5.2.5	Straßenraum Frankfurter Landstraße, zwischen Bommersheimer Straße und Ludwig-Erhard-Straße (Plan 4-2)	50
5.2.6	Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg“ (Plan 4-2)	51
5.2.7	Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / In der Riedwiese“ (Plan 4-2)	51
5.2.8	Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Ludwig-Erhard-Straße“ (Plan 4-2)	51
5.2.9	Straßenraum Zimmersmühlenweg (Plan 4-3)	52
5.2.10	Knotenpunkt „Gablونzer Straße / Zimmersmühlenweg“ (Plan 4-3)	52
5.2.11	Straßenraum Tabaksmühlenweg (Plan 4-3)	53
5.2.12	Knotenpunkt „Gablونzer Straße / Tabaksmühlenweg“ (Plan 4-3)	53
5.3	Gesamtkonzept	53
5.4	Kosten	56
6	STUFENWEISE UMSETZUNG	58
7	ZUSAMMENFASSUNG	62

ABBILDUNGEN

Abbildung 1	Untersuchungsgebiet Frankfurter Landstraße	2
Abbildung 2	Entwicklungsvorhaben im Untersuchungsgebiet	5
Abbildung 3	Angedachte Infrastrukturmaßnahmen im Untersuchungsgebiet	7
Abbildung 4	Übersicht der vorliegenden Verkehrszählungen	10
Abbildung 5	Aufbau des Verkehrsmodells im Bereich des Untersuchungsgebiets	11
Abbildung 6	Kfz-Verkehrsstärken Analyse 2018 (Kfz/24h)	12
Abbildung 7	Bestandsanalyse - Fußverkehr	14
Abbildung 8	Handlungsbedarf – Fußverkehr	15
Abbildung 9	Vorhandene Planungen - Fußverkehr	16
Abbildung 10	Bestandsanalyse - Radverkehr	17
Abbildung 11	Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept Oberursel 2016	18
Abbildung 12	Handlungsbedarf – Radverkehr (Planungsmaßnahmen Radverkehrskonzept Oberursel und weitere Defizite)	19
Abbildung 13	Bestandsanalyse – ÖPNV - Linienbus	21
Abbildung 14	Bestandsanalyse – ÖPNV U-Bahn	22
Abbildung 15	Bestandsanalyse – ÖPNV S-Bahn	23
Abbildung 16	Verkehrsführung Kfz-Verkehr	25
Abbildung 17	Kfz-Verkehrsstärken Bestand – Gesamtverkehr (Kfz/24h)	26
Abbildung 18	Kfz-Verkehrsstärken Bestand – Durchgangsverkehr bezogen auf das EUG (Kfz/24h und Richtung)	27
Abbildung 19	Qualität der Verkehrsabwicklung für die maßgebenden Knotenpunkte - Bestand	29
Abbildung 20	Belastungsveränderung infolge der geplanten Entwicklungsvorhaben	30
Abbildung 21	Zusammenfassung des Handlungsbedarfs	31
Abbildung 22	Verkehrsveränderung infolge der Durchbindung der Nassauer Straße (Variante 0)	33
Abbildung 23	Lösungsvariante 1 : Durchbindung Nassauer Straße (Variante 0) in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße	35
Abbildung 24	Querschnitt Frankfurter Landstraße, Lösungsvariante 1 (Radverkehr auf der Fahrbahn)	36
Abbildung 25	Verkehrsveränderung infolge der Durchbindung Nassauer Straße in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße (Variante1)	37
Abbildung 26	Lösungsvariante 2: Verbesserung der Verkehrssituation durch Entfall von Fahrbeziehungen für den Kfz-Verkehr in ausgewählten Knotenpunktzufahrten	38
Abbildung 27	Querschnitt Frankfurter Landstraße, Lösungsvariante 2 (Radverkehr auf Schutzstreifen)	39
Abbildung 28	Lösungsvariante 3: Unterbinden des Durchgangsverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße in Kombination mit der Durchbindung der Nassauer Straße	40

Abbildung 29	Lösungsvariante 4: Verbesserung der Verkehrssituation durch eines Einrichtungsstraßensystems, optional in Kombination mit einer Durchbindung der Nassauer Straße	41
Abbildung 30	Entwurfsidee „Diagnolasperre“	47
Abbildung 31	Qualität der Verkehrsabwicklung bei Umsetzung des Konzepts, Prognosehorizont 2030.	54
Abbildung 32	Linien- und Haltestellenkonzept Busverkehr	56

TABELLEN

Tabelle 1	Übersicht der Entwicklungsvorhaben mit Eckwerten der Nutzung	6
Tabelle 2	Übersicht Kostenrahmen	57

ANLAGEN

- 1 Steckbriefe Entwicklungsvorhaben
- 2 Kfz-Verkehrsmengen
 - 2.1 Bestand
 - 2.2 Prognosenullfall 2030 1 ohne Entwicklungsvorhaben (ohne Durchbindung Nassauer Straße)
 - 2.3 Prognosenullfall 2030 2 mit Entwicklungsvorhaben (ohne Durchbindung Nassauer Straße)
 - 2.4 Planungsfall 2030 1 mit Entwicklungsvorhaben und Verkehrskonzept (ohne Durchbindung Nassauer Straße)
 - 2.5 Planungsfall 2030 2 mit Entwicklungsvorhaben und Verkehrskonzept (mit Durchbindung Nassauer Straße)
- 3 Qualität der Verkehrsabwicklung & Verkehrsmodellrechnung
 - 3.1 Bestand
 - 3.2 Prognosenullfall 2030 1
 - 3.3 Prognosenullfall 2030 2
 - 3.4 Planungsfall 2030 1
 - 3.5 Planungsfall 2030 2
 - 3.6 Qualitätsstufen Plandarstellung (Bestand, Prognosenullfall, Planfall)
 - 3.7 HBS-Nachweise
- 4 Gesamtkonzept – Entwurfstechnische Machbarkeit
 - 4.1 Frankfurter Landstraße - Abschnitt Nord
 - 4.2 Frankfurter Landstraße – Abschnitt Süd
 - 4.3 Gablonzer Straße
 - 4.4 Kostenrahmen
- 5 Umsetzungskonzept

ABKÜRZUNGEN

AP	Arbeitsplatz
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
EUG	engeres Untersuchungsgebiet
HVZ	Hauptverkehrszeit
IV	Individualverkehr
K	Kreisstraße
KP	Knotenpunkt
L	Landesstraße
Lkw	Lastkraftwagen
Infz	leichtes Nutzfahrzeug (< 3,5t)
MIV	motorisierter Individualverkehr
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OSM	OpenStreetMap
ÖV	öffentlicher Verkehr
P+R	Park & Ride
Pkw	Personenkraftwagen
QSV	Qualitätsstufe des Verkehrsablaufs
VDRM	Verkehrsdatenbasis Rhein-Main
WE	Wohneinheit
WUG	weiteres Untersuchungsgebiet

QUELLEN

OSM 2020	Openstreetmap. https://www.openstreetmap.de/karte.html .
DR 2018	Durth Roos Consulting GmbH. B-Plan Oberursel Ehemaliges Hochtief-Gelände, verkehrsplannerischer Beitrag. Darmstadt, 03.09.2018.
EFA	Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen. FGSV-Verlag GmbH.
ERA	Empfehlungen für Radverkehrsanlagen. FGSV-Verlag GmbH.
EAÖ	Empfehlungen für Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs. FGSV-Verlag GmbH.
EAR	Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs. FGSV-Verlag GmbH.
FREUDL 2019b	Freudl Verkehrsplanung. Bebauungsplan Nr. 254 „Mutter-Treresa-Straße“ – verkehrliche Bewertung. Darmstadt, 14.08.2019.
FREUDL 2019a	Freudl Verkehrsplanung. Wohn- und Geschäftshaus Lenaustraße verkehrliche Bewertung. Darmstadt, 2. August 2019
H BVA	Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen. FGSV-Verlag GmbH.
HaFo 2011	Habermehl&Follmann Ingenieurgesellschaft mbH. Anbindung eines Lebensmittelmarkts an die L3004 in Oberursel-Weißkirchen.
HSRa	Hinweise zur Signalisierung des Radverkehrs
HBS	Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen . FGSV-Verlag GmbH.
RASt	Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen. FGSV-Verlag GmbH.
I&U 2018	Infrastruktur & Umwelt. Klimaschutzteilkonzepte für die Stadt Oberursel (Taunus). Endbericht – Kurzfassung. 31.08.2018
RMS 2014	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Integrierter lokaler Nahverkehrsplan für den Hochtaunuskreis. Frankfurt am Main, Juni 2014.
RVK 2016	Radverkehr-Konzept. Radverkehrskonzept Oberursel 2016. Abschlussbericht. Frankfurt am Main, Juni 2016.
SPI 2019	Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH. Erschließung Bahnhofsareal Oberursel. Arbeitsstand. Frankfurt am Main, September 2019.
TT 2009	T+T Verkehrsmanagement GmbH. Bebauungsplan Nr. 101 „Frankfurter Landstraße / Geschwister-Scholl-Straße in Oberursel. Vorabzug. Dreieich, 21.08.2009
ZIV 2015a	Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH: Verkehrstechnisches Konzept / Mikrosimulation für den Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße. Präsentation. Darmstadt, Januar 2015.
ZIV 2015b	Verkehrsgutachten B-Plan Frankfurter Landstraße 66 (ehemaliges MKW-Gelände). Darmstadt, 12.06.2015.
ZIV 2020	Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH: Verkehrsmodell der Stadt Oberursel 2018 / 2030. Darmstadt, September 2020.

1 Einleitung

1.1 Anlass der Untersuchung

In der vorliegenden Verkehrsuntersuchung wird das durch die Straßen Frankfurter Landstraße - Nassauer Straße - Hammergarten - Zimmersmühlenweg - Gablonzer Straße begrenzte Untersuchungsgebiet betrachtet.

Das Untersuchungsgebiet ist durch hohe Verkehrsbelastungen und eine unklare funktionale Gliederung des Verkehrsnetzes geprägt.

Verschiedene Bauvorhaben im Umfeld erfordern Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsablaufs. Hierdurch ergeben sich gleichzeitig Chancen, die Netzhierarchie im Untersuchungsgebiet neu zu überdenken.

Insbesondere in den Spitzenstunden wird die Kapazitätsgrenze auf der Homburger Landstraße und in der Frankfurter Landstraße erreicht bzw. überschritten. Dieser Straßenzug (L3006) wird u.a. als Hauptverbindungsachse von und zur BAB-Anschlussstelle sowie vom/ zum größten Gewerbegebiet der Stadt Oberursel (GE „Süd“) genutzt. Außerdem wird fast der gesamte Verkehr des Stadtteils Bommersheim darüber abgewickelt. An den Knotenpunkten Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße (KP1) und Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Straße (KP2) treten regelmäßig Überlastungserscheinungen auf. An letzterer Stelle limitiert die diagonal durchgebundene Gleisstrasse der U-Bahn (U3) die Optimierungsmöglichkeiten.

Langfristig soll die Nassauer Straße an die Gablonzer Straße („Weingärtenumgehung“) angebunden werden. In der Folge werden vermutlich auch Verkehre von der Frankfurter Landstraße auf die Gablonzer Straße umverteilt. Andere geplante Maßnahmen sollen Verkehre vorab bzw. zusätzlich umlenken oder umgelenkte Verkehre folglich abwickeln.

1.2 Ziele der Untersuchung

Es sollen Aussagen zu einer sinnvollen, möglichst günstigen zeitlichen Staffelung der Infrastrukturmaßnahmen in Abhängigkeit der Realisierung sonstiger Bauvorhaben (Wohnen und Gewerbe) getroffen werden. Ziel ist die planerische und verkehrstechnische Lösung der vorhandenen Problemstellungen unter Einbezug der gegenseitigen Abhängigkeiten für mehrere Zeithorizonte.

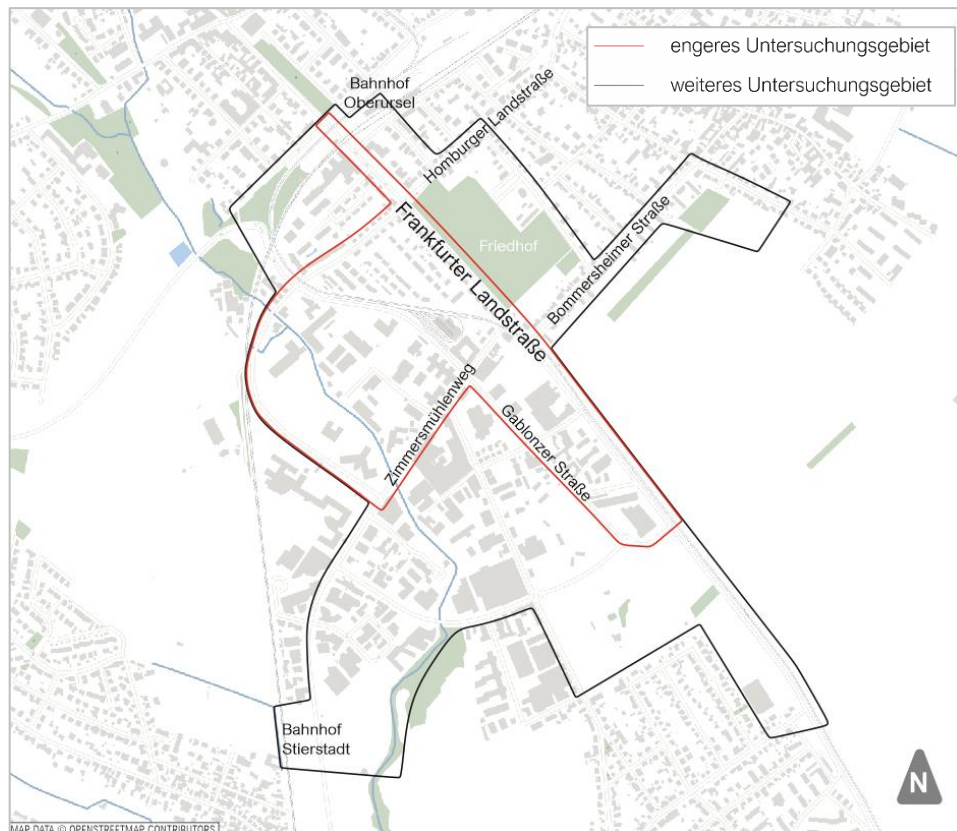
Als Ergebnis der Untersuchung soll ein Verkehrskonzept und eine Entscheidungshilfe zur Umsetzungsreihenfolge und Priorisierung von Bauvorhaben und Infrastrukturvorhaben vorliegen.

Grundsätzlich sollen einfache Optimierungsmöglichkeiten erschöpft werden (z.B. Optimierung LSA-Programm, Fahrstreifenaufteilung, ...), bevor kleinere Umbauten (zusätzlicher Abbiegefahrstreifen, Verkehrsumleitungen, ...) oder große Umbauten (gesamter Knoten) angedacht werden. Reduktionspotentiale beim Kfz-Verkehrsaufkommen durch ein Mobilitätsmanagement oder das Zurücksetzen von Bauvorhaben sollen ebenfalls mit einbezogen werden.

1.3 Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet unterteilt sich in ein engeres und weiteres Untersuchungsgebiet und deckt die Frankfurter Landstraße im Bereich Oberursel vollständig ab. Das engere Untersuchungsgebiet erstreckt sich von dem KP Adenauerallee / Nassauer Straße / Frankfurter Landstraße bis zum KP Frankfurter Landstraße / Ludwig-Erhard-Straße. In östlicher und westlicher Ausdehnung wird die Frankfurter Landstraße (Friedhof) bis Gablonzer Straße und Am Hammergarten betrachtet. Das weitere Untersuchungsgebiet beinhaltet die angrenzenden Wohngebiete entlang der Homburger Landstraße, Bommersheimer Straße sowie das Gewerbegebiet entlang der Ludwig-Erhard-Straße. Das Untersuchungsgebiet ist in Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. dargestellt.

Abbildung 1 Untersuchungsgebiet Frankfurter Landstraße



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

1.4 Vorgehensweise

Die Bearbeitung der Verkehrsuntersuchung erfordert die Untersuchung von einer Vielzahl von Kombinationen aus Bauvorhaben und verkehrsplanerischen Maßnahmen. Die Komplexität der Aufgabe besteht daher nicht nur in der Beurteilung der verkehrlichen Wirkungen der einzelnen Maßnahmen. Vielmehr liegt die Herausforderung darin, die kombinatorische Wirkungsvielfalt systematisch zu betrachten und die ermittelten Wirkungszusammenhänge möglichst vollständig und vor allem nachvollziehbar darzustellen.

Kenntnis über die eigentlichen Ursachen von Verkehrsproblemen und die vorhandenen Schwachstellen im Verkehrssystem (z.B. Verträglichkeit, Leistungsfähigkeit) sind für eine zielgerichtete Bearbeitung entscheidend. Hinzu kommt ein Verständnis über die Ansätze, die im Gesamtkontext der Verkehrsführung in Oberursel besonders vielversprechend sind. In einem ersten Schritt werden daher die großen Zusammenhänge analysiert und Vorstellungen für die mittel- bis langfristige stadtverträgliche Neuorganisation des übergeordneten Verkehrsnetzes und die Möglichkeiten zur sinnvollen Einbindung des nachgeordneten Netzes entwickelt. Eine wichtige Planungsgrundlage bildet hier das neu erstellte Verkehrsmodell für die Stadt Oberursel (Taunus).

Anschließend erfolgt eine vertiefte, iterative Untersuchung von Prognosefällen für Kombinationen von Planungsvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen. Die Abarbeitung der Einzelmaßnahmen wird in zeitlich rückwirkender Reihenfolge durchgeführt. Ausgehend von den Infrastrukturmaßnahmen, die langfristig für die Erschließung der Bauvorhaben erforderlich sind, werden für die davor liegenden Zeithorizonte sinnvolle Übergangslösungen erarbeitet.

Die Bearbeitung erfolgt demnach von „großen“ zu „kleinen“ und von „langfristigen“ zu „kurzfristigen“ Infrastrukturmaßnahmen.

Nach Sichtung und Auswertung von Gutachten, Planwerken und sonstigen Planungsgrundlagen sowie auf der Grundlage von Ortsbegehungen wird eine umfassende Bestandsanalyse aufbereitet. Diese deckt differenziert nach den Verkehrsteilnehmern Fußverkehr, Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und öffentlicher Personennahverkehr Defizite auf. Im Rahmen der Erstellung des Verkehrskonzepts werden die Defizite behandelt und aufgelöst oder zumindest entschärft.

Bei der Ausarbeitung von Vorplanungsskizzen und signaltechnischen Optimierungen werden die Anforderungen des Fußgänger- und Radverkehrs sowie des ÖPNV konsequent mitgedacht und mit Priorität in die Planung integriert. Als Ergebnis sollen nicht nur die Bedingungen für die Verkehrsabwicklungsqualität im MIV verbessert werden, sondern ein ganzheitliches Konzept entstehen, welches attraktive Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer im Untersuchungsgebiet bietet. Aufgrund der

begrenzten Flächenverfügbarkeit in den bestehenden Straßenräumen können dabei nicht immer alle Belange uneingeschränkt berücksichtigt werden.

Die Vorzugsvariante wird als „Straßenband“ schematisch im Lageplan dargestellt. Für die Knotenpunkte wird die grundsätzliche Flächenverfügbarkeit für die erforderliche Fahrstreifenaufteilung geprüft und im Lageplan dargestellt.

Basierend auf den zu überplanenden Flächen bzw. anderen pauschalen Ansätzen wird ein überschlägiger Kostenrahmen ermittelt.

Das Verkehrskonzept wurde im stetigen Austausch zwischen dem Auftragnehmer (ZIV GmbH, R+T Verkehrsplanung GmbH) sowie den Projektbeteiligten bei der Stadt Oberursel entwickelt und abgestimmt.

2 Planungsprämissen

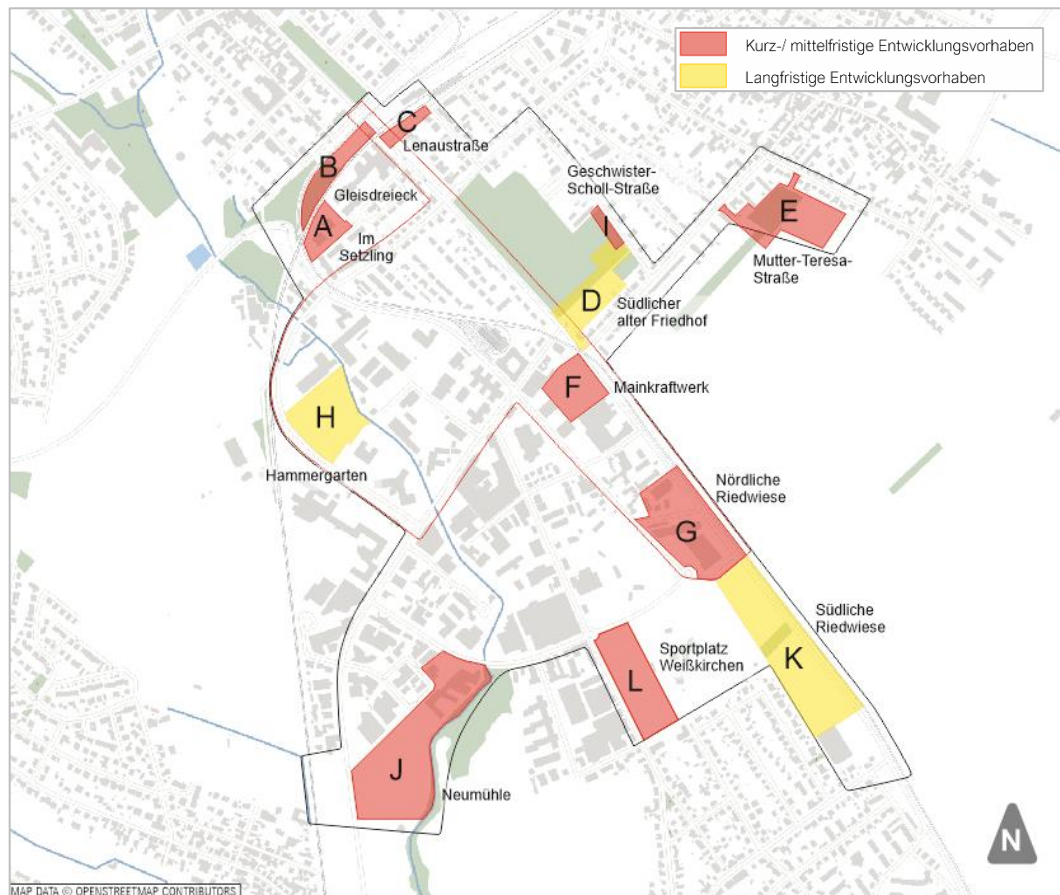
2.1 Beschreibung der Entwicklungsvorhaben

Die Entwicklungsvorhaben in dem Gebiet rund um die Frankfurter Landstraße sind in zwei Kategorien aufgeteilt:

- Kurz-/ mittelfristige Entwicklungsvorhaben
- Langfristige Entwicklungsvorhaben

In **Abbildung 2** sind die Entwicklungsvorhaben in Abhängigkeit ihrer Fristigkeit dargestellt.

Abbildung 2 Entwicklungsvorhaben im Untersuchungsgebiet



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. zeigt eine Übersicht der Entwicklungsvorhaben und die maßgebenden Eckwerte des geplanten Nutzungsumfangs.

Tabelle 1 Übersicht der Entwicklungsvorhaben mit Eckwerten der Nutzung

Eckwerte der Nutzung		
Bezeichnung	Anzahl	
A (146A Im Setzling)	62	WE
B (252 Bauvorhaben Gleisdreieck)	72	WE
C (251 Lenaustraße) - Wohnen	18	WE
C (251 Lenaustraße) - Café	3	AP
D (252 südlich Friedhof) - Wohnen	60	WE
D (252 südlich Friedhof) - Büro	20	AP
D (252 südlich Friedhof) - Dienstleistungen		
D (252 südlich Friedhof) - Praxen		
E (254 Mutter-Teresa-Straße)	140	WE
F (240 MKW Gelände)	300	AP
G (214 Nördliche Riedwiese)	50	AP
H (12B Am Hammergarten)	30	AP
I (101 Geschwister-Scholl-Straße)	22	WE
J (233 Neumühle) - Wohnen	97	WE
J (233 Neumühle) - Gewerbe	50	AP
J (233 Neumühle) - Schule	420	Schüler
K (260 Südliche Riedwiese)	30	AP
L (126Ä) Sportplatz Weißkirchen - Wohnen	45	WE
L (126Ä) Sportplatz Weißkirchen - Gewerbe	5	AP
Summe Wohnen	516	WE
Summe Arbeitsplätze	488	AP

WE = Wohneinheiten, AP = Arbeitsplätze

Insgesamt ist mit den Entwicklungsvorhaben eine Zunahme der Einwohnerzahl um ca. 1.300 Personen verbunden, hinzu kommen knapp 500 zusätzliche Arbeitsplätze.

Für die einzelnen Entwicklungsvorhaben sind die Eckwerte von Verkehrserzeugung, Kfz-Verkehrsverteilung im Straßennetz, Tagesganglinien sowie allgemeine Informationen zum Vorhaben selbst zusammengefasst in Steckbriefen festgehalten. Die Steckbriefe befinden sich in **Anlage 1**.

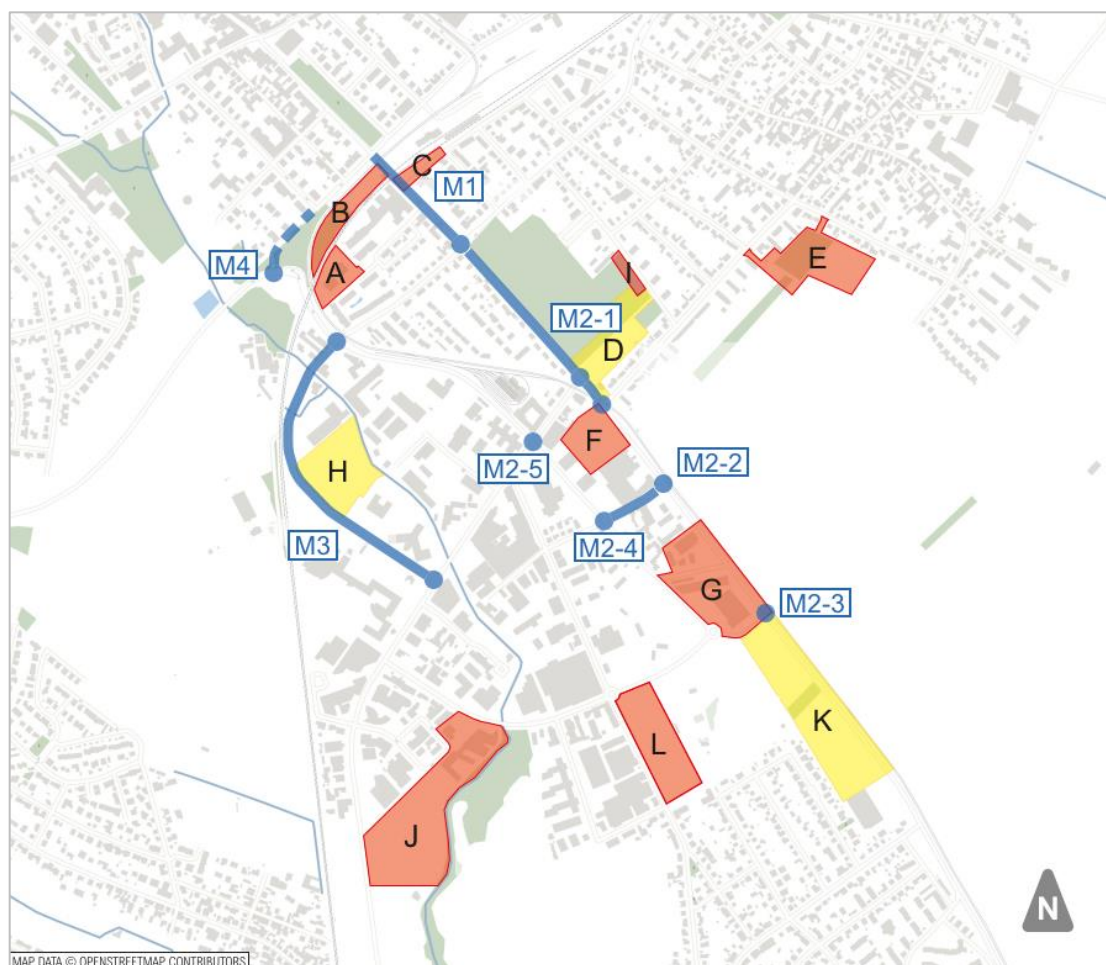
In der Summe aller Entwicklungsgebiete ist mit einem zusätzlichen Kfz-Aufkommen von rd. 4.000 Kfz/24h auszugehen (Summe Quell und Zielverkehr).

2.2 Vorüberlegungen zu Infrastrukturmaßnahmen

Innerhalb des engeren Untersuchungsgebiets sind seitens der Stadt Oberursel bereits mehrere, teils zeitlich aufeinander aufbauende Umbaumaßnahmen, teils auch in Form mehrerer Varianten, zur Lösung der bestehenden und erwarteten Verkehrsprobleme angedacht.

Nachfolgend sind die einzelnen von der Stadt Oberursel angedachten Umbaumaßnahmen beschrieben (vgl. **Abbildung 3**). Ergänzend werden im Rahmen der Untersuchung sinnvolle Maßnahmen (-kombinationen) entwickelt.

Abbildung 3 Angedachte Infrastrukturmaßnahmen im Untersuchungsgebiet



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

2.2.1 Maßnahme M1

Öffnung der Einbahnstraße Frankfurter Landstr. zwischen den Gleisen und der Homburger Landstr.

Das Gleisdreieck zwischen der S-Bahn-Trasse und der U-Bahn-Trasse westlich der Adenauer Allee soll einer neuen Nutzung zugeführt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Sperrung der Gleisüberfahrt der U-Bahn in der Adenauer Allee

angedacht. Als Folge müsste der bestehende Bahnübergang (S-Bahn) in Gegenrichtung stadteinwärts zu Erschließung freigegeben werden. Außerdem ist die derzeitige Einbahnstraße Frankfurter Landstraße (L3006) zwischen den Gleisen und der Homburger Landstraße in beide Fahrrichtungen freizugeben. Hierdurch würde sich auch die Erschließung der umliegenden bestehenden und geplanten Wohnquartiere ändern.

Für den Knoten Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße ist zur Gewährleistung einer ausreichenden Qualität der Verkehrsabwicklung zu prüfen, welche Knotenströme am Knoten möglich bzw. erforderlich sind, um einerseits eine leistungsfähige Verkehrsabwicklung am Knotenpunkt, und andererseits die verkehrliche Erschließung der umliegenden Quartiere zu gewährleisten.

2.2.2 Maßnahme M2

Verbesserung der Leistungsfähigkeit am Knoten Frankfurter Landstr. / Zimmersmühlenweg / Bommersheimer Str. (M2-1)

Der aus den Teilknoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg und Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Str. bestehende Knotenpunkt ist aufgrund der diagonal kreuzenden U-Bahn hinsichtlich der Verkehrsabwicklung problematisch und in der HVZ überlastet. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit sind in der Vergangenheit folgende Lösungsmöglichkeiten angedacht worden:

- Reduzierung der Verlustzeiten, Teilspernung von Verkehrsbeziehungen.
- Berücksichtigung des Radverkehrs; Lückenschluss in der Fahrradachse Frankfurter Landstr. als Zweirichtungsradweg.
- Vollständige Neuordnung mit Umbau des KP.

In der Folge kann es erforderlich sein, die umliegenden Knotenpunkte und Streckenabschnitte aufgrund einer veränderten Verkehrsführung ebenfalls anzupassen. Dies betrifft voraussichtlich insbesondere die Knoten

- Frankfurter Landstr. / Tabaksmühlenweg (M2-2),
- Frankfurter Landstr. / Gablonzer Str. (M2-3),
- Gablonzer Str. / Tabaksmühlenweg (M2-4) und
- Gablonzer Str. / Zimmersmühlenweg (M2-5).

2.2.3 Maßnahme M3

Knotenpunktumgestaltung/ -ausbau Knoten Gablonzer Str. / Gattenhöferweg

Die signalisierte Gleisüberfahrt Gablonzer Straße / Gattenhöferweg ist ein Sicherheitsrisiko. Es gibt Überlegungen, diesen Überweg für den MIV zu sperren. Dafür

muss die Durchgangssperre im Gattenhöferweg (Poller) geöffnet werden, um die Quell- und Zielverkehre des über die Gleisüberfahrt angeschlossenen Wohngebiets an das örtliche Straßennetz anzubinden.

Ferner sind im Verlauf des Hammergartens noch Entwicklungspotentiale vorhanden. Der Hammergarten könnte zudem zur Entlastung der Gablonzer Straße beitragen. Voraussetzung hierfür ist die Anbindung der Nassauer Straße an die Gablonzer Straße. Es wäre ein Knotenpunktumbau mit Aufwertung der Zufahrt Gattenhöferweg West am KP Gablonzer Straße / Gattenhöferweg und auch ein Ausbau des Straßenzugs Hammergarten von der Gablonzer Straße bis zum Zimmersmühlenweg denkbar.

2.2.4 Maßnahme M4

Anschluss der Nassauer Str. an die Gablonzer Str.

Der Anschluss der Nassauer Straße an die Gablonzer Straße gilt als ein wichtiger, verkehrlicher Baustein in der Entwicklung des Bahnprojekts als Zukunftsprojekt der Stadt Oberursel. Die Wirkungen dieser Maßnahme sollen deshalb im Rahmen der vorliegenden Untersuchung berücksichtigt werden.

2.3 Verkehrsmengengerüst

Wichtige Grundlage der Verkehrsuntersuchung bildet das derzeitige und künftige Verkehrsgeschehen.

Als Grundlage liegen umfassende Verkehrszählungen für den Kfz-Verkehr vor. Das Verkehrsmodell der Stadt Oberursel ermöglicht die Prognose der zukünftigen Kfz-Verkehrsbelastungen unter Berücksichtigung von städtebaulichen Entwicklungen und Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Verkehrsablauf.

2.3.1 Verkehrszählungen

Die für die vorliegende Untersuchung verwendeten Verkehrszählungen sowie das Jahr der Erhebung sind in **Abbildung 4** dargestellt. Bei den Knotenpunkterhebungen wurden die einzelnen Knotenströme (Abbiegebeziehungen) gesondert erfasst. Die Verkehrszählungen fanden während der Hauptverkehrszeiten, vielfach auch über 24 Stunden, an einem repräsentativen Werktag, statt. Erfasst wurden Kraftfahrzeuge, differenziert nach Fahrzeugarten. Außerdem wurden z.T. auch der Fuß- und Radverkehr erfasst.

Abbildung 4 Übersicht der vorliegenden Verkehrszählungen



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

2.3.2 Verkehrsmodell

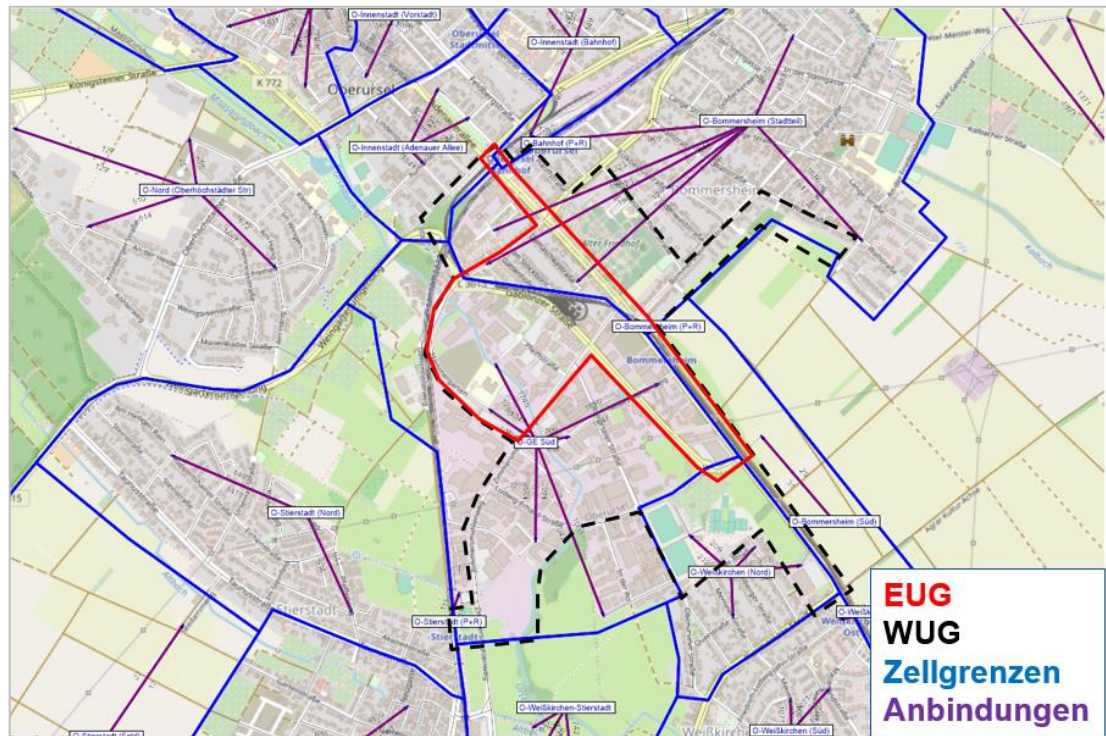
Die Stadt Oberursel verfügt über ein aktuelles Verkehrsmodell für das Stadtgebiet, welches für die vorliegende Untersuchung verwendet wird.

Das Modell basiert auf der Verkehrsdatenbasis Rhein-Main (VDRM), ein regionales Verkehrsmodell, das standardmäßig von Hessen Mobil als Planungs- und Bewertungsinstrument zur Untersuchung verkehrlicher Wirkungen in der Metropolregion Rhein-Main eingesetzt wird. Hierauf aufbauend wurde ein eigenständiges, verfeinertes Verkehrsmodell für die Stadt Oberursel mit aktualisierten und verfeinerten Daten für das Oberurseler Stadtgebiet erstellt und anhand von Verkehrszählungen und weiterer Informationen über Verkehrsbeziehungen und Verkehrsverhalten kalibriert und validiert.

Damit liegt für diese Untersuchung ein multimodales, prognosefähiges Verkehrsmodell für das Stadtgebiet Oberursel vor, das sowohl die lokalen als auch die regionalen und überregionalen Verkehrsbeziehungen in und um das Stadtgebiet realitätsnah abbildet (vgl. **Abbildung 5**).

Das Modell umfasst ein Analysezustand 2018 und eine Prognose für das Jahr 2030.

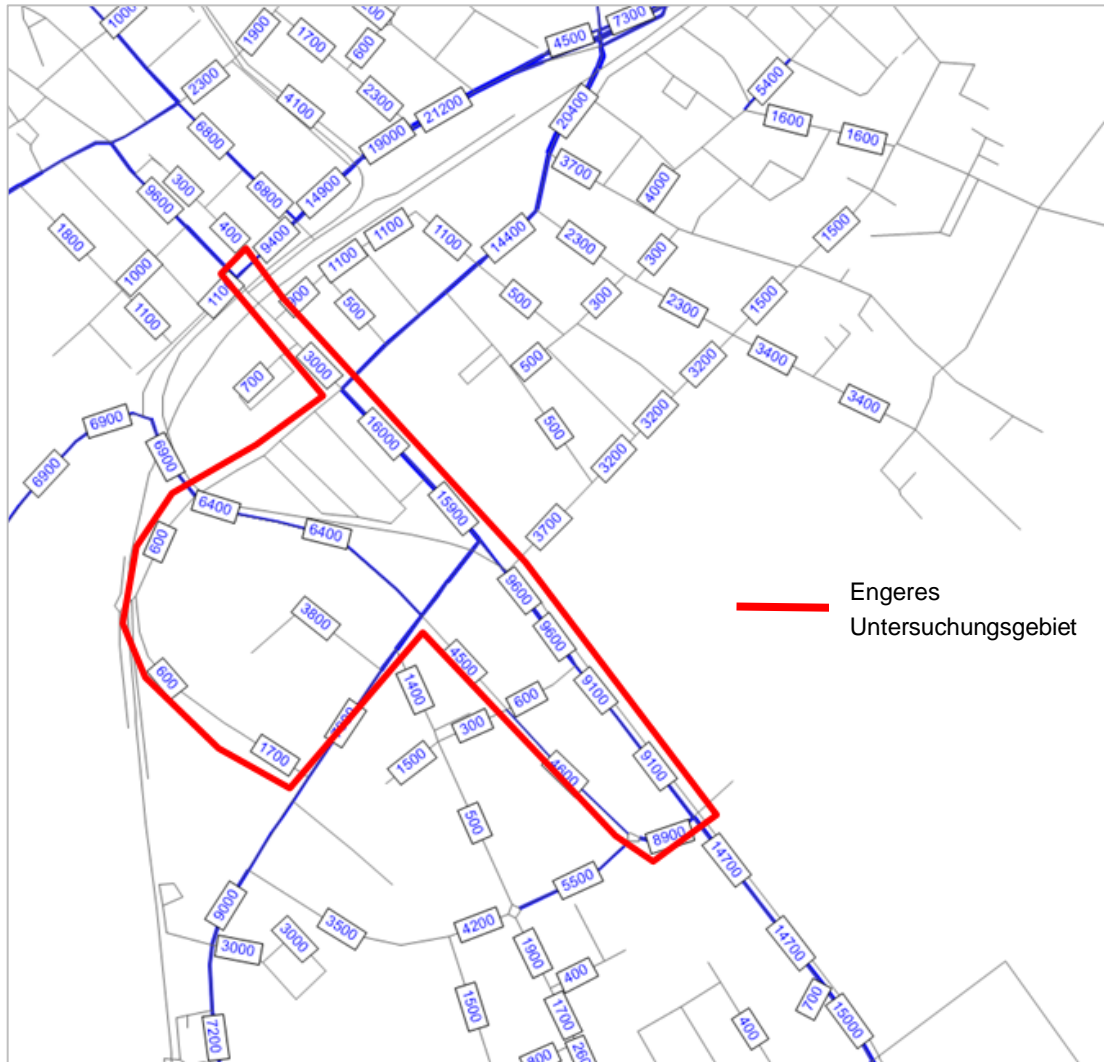
Abbildung 5 Aufbau des Verkehrsmodells im Bereich des Untersuchungsgebiets



Quelle: ZIV GmbH / Plangrundlage OSM

Die werktäglichen Kfz-Verkehrsstärken für die Analyse 2018 sind in **Abbildung 6** dargestellt.

Abbildung 6 Kfz-Verkehrsstärken Analyse 2018 (Kfz/24h)



Quelle: ZIV GmbH

Die vorliegende Verkehrsuntersuchung baut auf diesen Analysezustand auf. Die Entwicklungsvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen wurden im Modell hinterlegt, die verkehrlichen Auswirkungen hiervon wurden mit dem Verkehrsmodell ermittelt und dargestellt.

3 Bestandsanalyse

Nachfolgend wird die derzeitige Situation für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer Fußverkehr (**Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**), Radverkehr (**Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**), öffentlicher Personennahverkehr (**Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) und motorisierter Individualverkehr (**Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) dargestellt und bewertet. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Abschätzung, wie sich die Situation unter Berücksichtigung künftig der zu erwartenden Entwicklungen darstellen wird.

Hieraus ergibt sich der Handlungsbedarf (**Abschnitt Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**), der bei der Konzeptentwicklung Berücksichtigung finden wird.

3.1 Fußverkehr

Die Analyse des Fußverkehrs erfolgt auf der Grundlage einer Ortsbegehung sowie ergänzender Auswertungen von Videoaufnahmen und Luftbildern. Im Einzelnen bewertet werden

- Art der Verkehrsführung (verkehrsrechtlich und baulich),
- Dimensionierung und Zustand,
- Querungen (Lage, Art und Ausstattung),
- Art der Führung an Knotenpunkten und
- Konflikte mit anderen Verkehrsarten / Gefahrenpunkte (z.B. ruhender Verkehr).

Die Bewertung der aktuellen Ist-Situation erfolgt basierend auf Qualitätskriterien der einschlägigen Regelwerke (insb. EFA, H BVA, HBS, RASSt).

Die heutige Situation ist in **Abbildung 7** dargestellt.

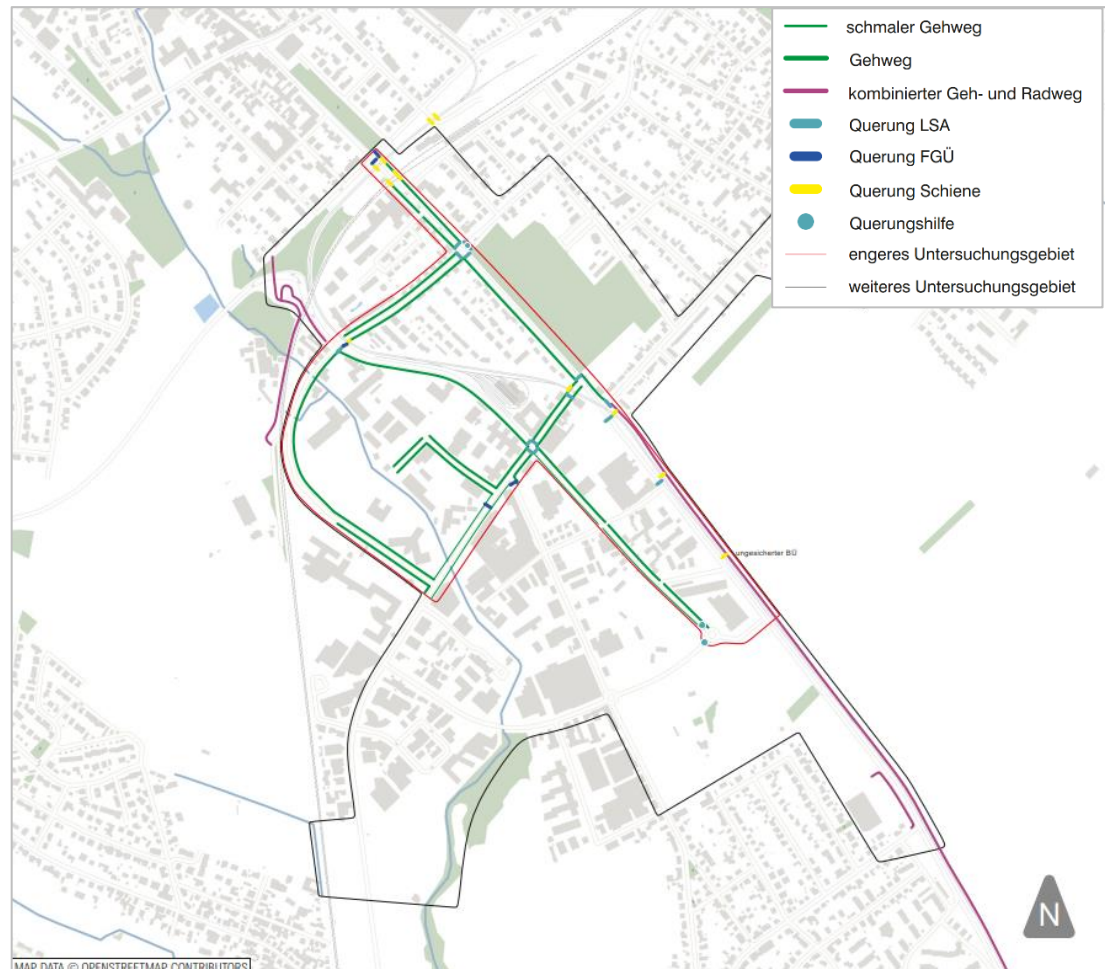
Defizite bestehen insbesondere in Bereichen, wo durch Parken auf den Gehwegen die verbleibenden Gehwegbreiten als nicht mehr ausreichend anzusehen sind.

Die Querbarkeit der Straßen ist aufgrund der vorhandenen Kfz-Belastungen und fehlender Überquerungsanlagen teilweise problematisch. Dies gilt insbesondere für die Gablonzer Straße in Höhe der Straßen In der Riedwiese, Tabaksmühlenweg und Gattenhöferweg sowie im Zimmersmühlenweg in Höhe Oberurseler Straße.

Ferner sind in mehreren Abschnitten keine Angebote für den Fußgängerverkehr vorhanden. Dies betrifft die Nordostseite der Frankfurter Landstraße im Abschnitt Homburger Landstraße – Zimmersmühlenweg (Entlang des Friedhofs) sowie mehrere

Teilabschnitte der Frankfurter Landstraße im südlichen Teil des engeren Untersuchungsgebiets.

Abbildung 7 Bestandsanalyse - Fußverkehr



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Die Qualität der Verkehrsabwicklung ist für den Fußverkehr an mehreren signalregulierten Knotenpunkten aufgrund der zu langen durchschnittlichen Wartezeiten nicht ausreichend (vgl. **Anlage 3**):

- Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße
- Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg
- Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße

Eine Übersicht der festgestellten Mängel zeigt Abbildung 8.

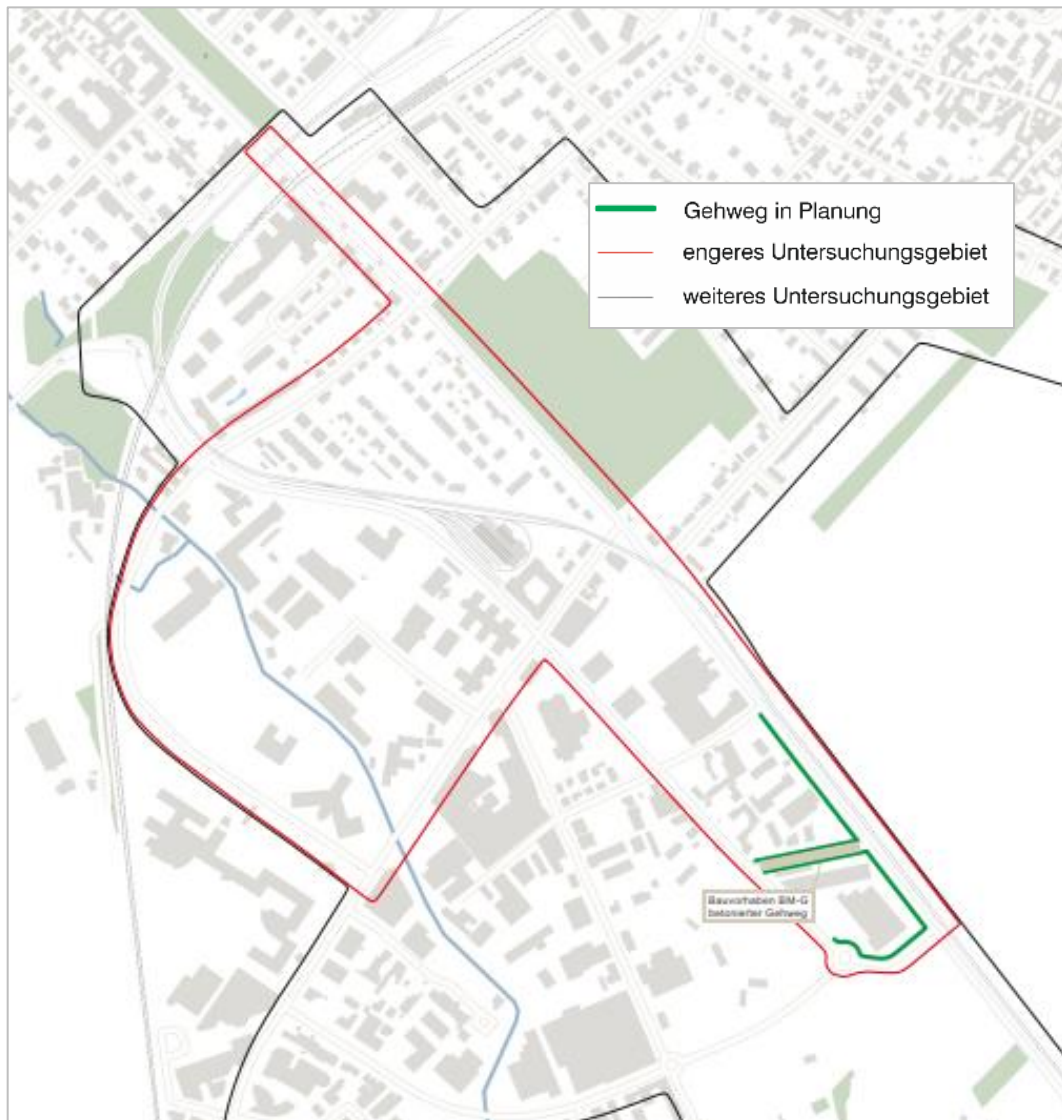
Abbildung 8 Handlungsbedarf – Fußverkehr



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Eine Erweiterung der Fußgänger-Infrastruktur ist bereits im Rahmen des Entwicklungsvorhabens „Nördliche Riedwiese“ (Entwicklungsvorhaben G) vorgesehen (vgl. **Abbildung 9**). Die im Bestand fehlenden Gehwege werden durch dieses Vorhaben teilweise hergestellt.

Abbildung 9 Vorhandene Planungen - Fußverkehr

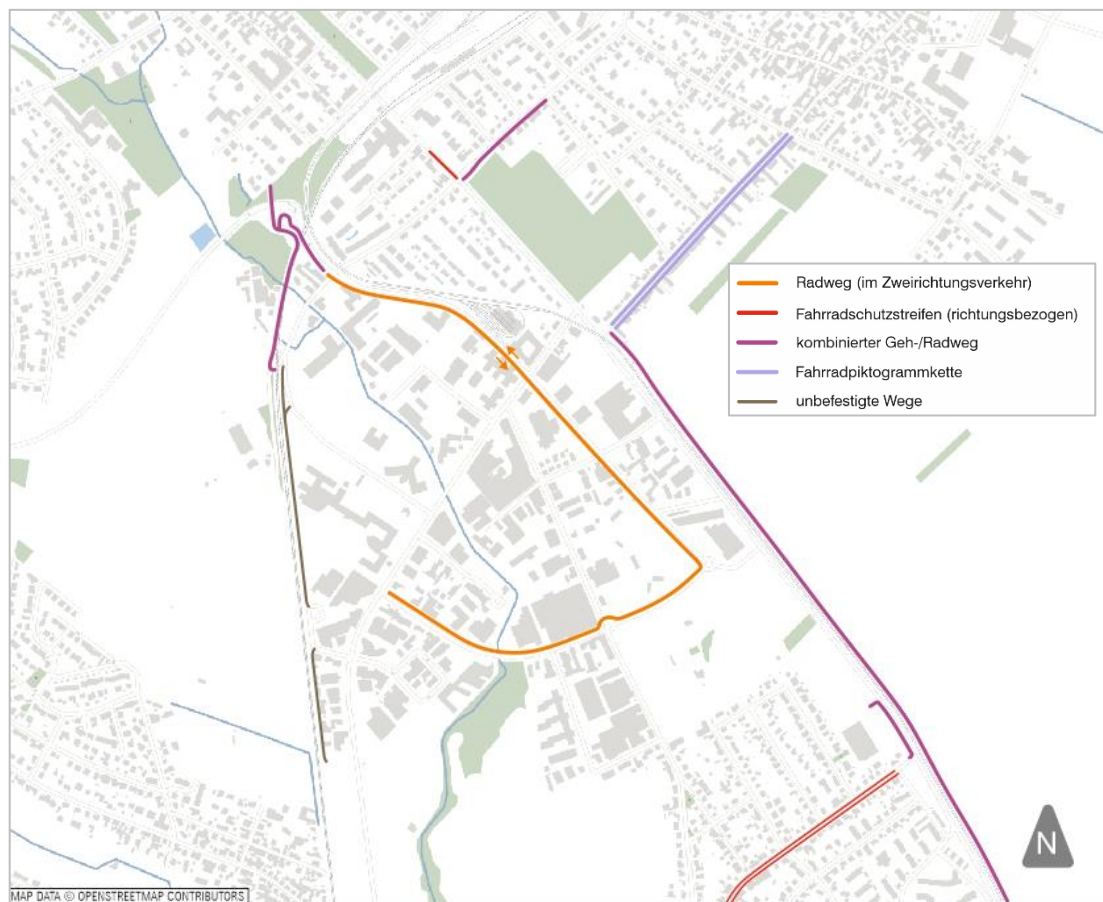


Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

3.2 Radverkehr

Merkmal eines guten Angebots für den Radverkehr ist ein durchgängiges, einfach begreifbares und sicheres Netz, welches eine gute und direkte Erreichbarkeit wichtiger Ziele sichert und die überregionalen Radverkehrsverbindungen berücksichtigt.

Abbildung 10 Bestandsanalyse - Radverkehr



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Die Analyse des Radverkehrs erfolgte auf der Grundlage einer Ortsbegehung, einer ergänzenden Auswertung von Videoaufnahmen und Luftbildern, auf Unterlagen, die von der Stadt Oberursel zur Verfügung gestellt wurden (insb. Radverkehrskonzept Oberursel [RVK 2016]) sowie den gültigen Regelwerken (insb. ERA, HBS, HSRa, RASt).

Im Bestand (vgl. Abbildung 10) sind mehrere Verkehrsanlagen und Angebote für den Radverkehr vorhanden, allerdings ist das Netz derzeit noch lückenhaft. Insbesondere im Verlauf der Frankfurter Landstraße ist das Kfz-Verkehrsaufkommen in Kombination mit der zul. Geschwindigkeit so, dass die heutige Führung im Mischverkehr sehr problematisch zu werten ist. Insbesondere in der Frankfurter Landstraße im Abschnitt Homburger Landstraße und P+R-Anlage Bommersheim liegen die Kfz-Verkehrsstärken mit über 13.000 Kfz/24h in einer Größenordnung, bei der nach ERA

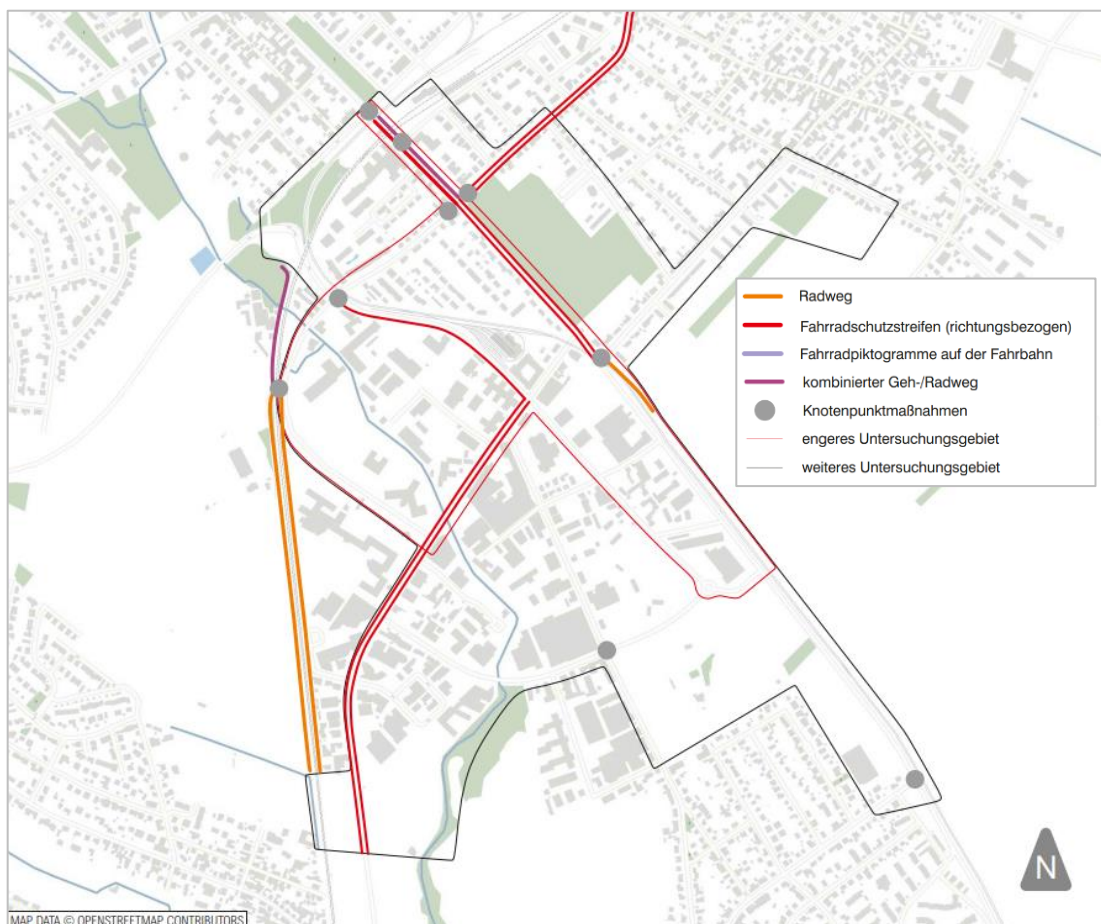
(Empfehlungen für Radverkehrsanlagen) eine Führung im Mischverkehr oder mit Schutzstreifen bei der zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h nicht zweckmäßig ist.

Ferner ist die (verkehrssichere) Führung des Radverkehrs an den verschiedenen hochbelasteten Knotenpunkten verbesserungsfähig. Auch die Qualität der Verkehrsabwicklung ist für den Radverkehr an mehreren Knotenpunkten aufgrund der zu langen durchschnittlichen Wartezeiten nicht ausreichend (vgl. **Anlage 3**):

- Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße
- Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg
- Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße

Das Radverkehrskonzept der Stadt Oberursel aus dem Jahr 2016 hat diese Handlungsbedarfe bereits identifiziert und umfangreiche Verbesserungsmaßnahmen vorgeschlagen (vgl. **Abbildung 11**).

Abbildung 11 Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept Oberursel 2016

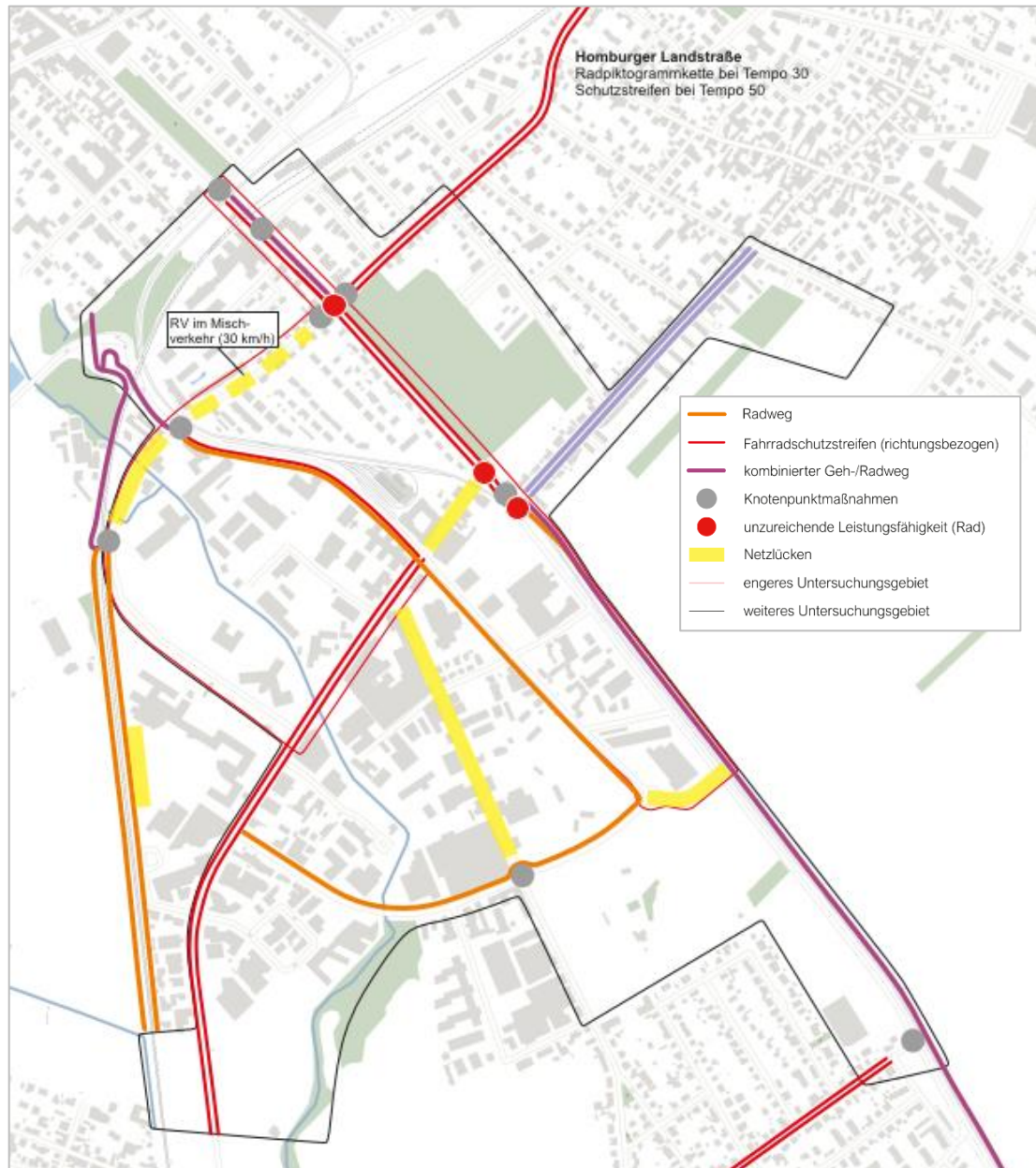


Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Diese Maßnahmen vermögen aber nicht alle identifizierten Probleme lösen. Insbesondere verbleiben noch Netzlücken im Radverkehr, die für die übergeordneten

Relationen zwar nicht ausschlaggebend sind, aber für die kleinräumige Rad-Erschließung des engeren Untersuchungsgebiets dennoch als wichtig angesehen werden. Der verbleibende Handlungsbedarf ist in **Abbildung 12** dargestellt.

Abbildung 12 Handlungsbedarf – Radverkehr (Planungsmaßnahmen Radverkehrskonzept Oberursel und weitere Defizite)



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

3.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Die überörtliche Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erfolgt in Oberursel durch U-Bahn und S-Bahn. Zusätzlich wird die kleinteilige Erschließung durch einen kommunalen Stadt- sowie Regionalbusverkehr sichergestellt. Im Folgenden

wird die Bestandssituation für den Bus- und Schienenpersonennahverkehr dargestellt.

Die Analyse des öffentlichen Personennahverkehrs erfolgte auf der Grundlage einer Ortsbegehung, auf Unterlagen, die von der Stadt Oberursel zur Verfügung gestellt wurden (insb. Nahverkehrsplan für den Hochtaunuskreis [RMS 2014]) sowie die gültigen Regelwerke (insb. EAÖ, RASt).

Das Untersuchungsgebiet wird von mehreren Buslinien erschlossen, die teilweise nur zur HVZ das Gebiet bedienen. Zu den regelmäßig verkehrenden Linien im Untersuchungsgebiet gehören die Buslinien 42 und 43. Darüber hinaus verkehrt noch die Nachtbuslinie n31.

Linie 42 OU Hauptfriedhof – OU Bahnhof – Bommersheim – Stierstadt – Weißkirchen

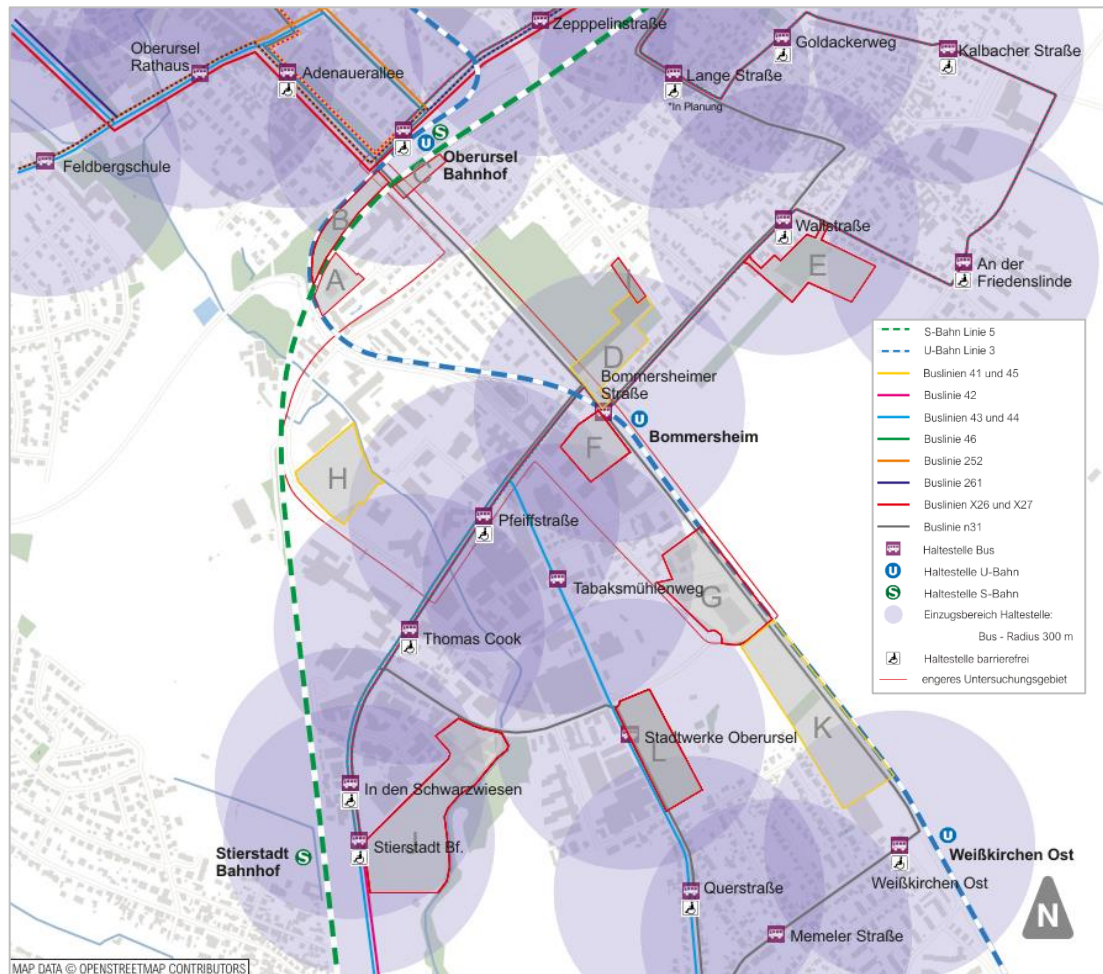
Linie 43 OU Bahnhof – Stierstadt – Hst. Pfeiffstraße – Weißkirchen

Linie n31 Stierstadt Bahnhof – Oberursel – Oberstedten

Teilgebiete beidseitig der Frankfurter Landstraße bzw. südlich der Homburger Landstraße und den nördlichen Teil des Gewerbegebiets sind derzeit nicht ausreichend an das Linienbusnetz angeschlossen. Die Entwicklungsvorhaben H, G und K sind ebenfalls im Bestand nicht direkt an das Busliniennetz angebunden.

Die Qualität des Angebots im Linienbusverkehr wird von der Überlastung des Doppelknotens Frankfurter Landstraße/Bommersheimer Straße/Zimmersmühlenweg negativ beeinflusst (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13 Bestandsanalyse – ÖPNV - Linienbus



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

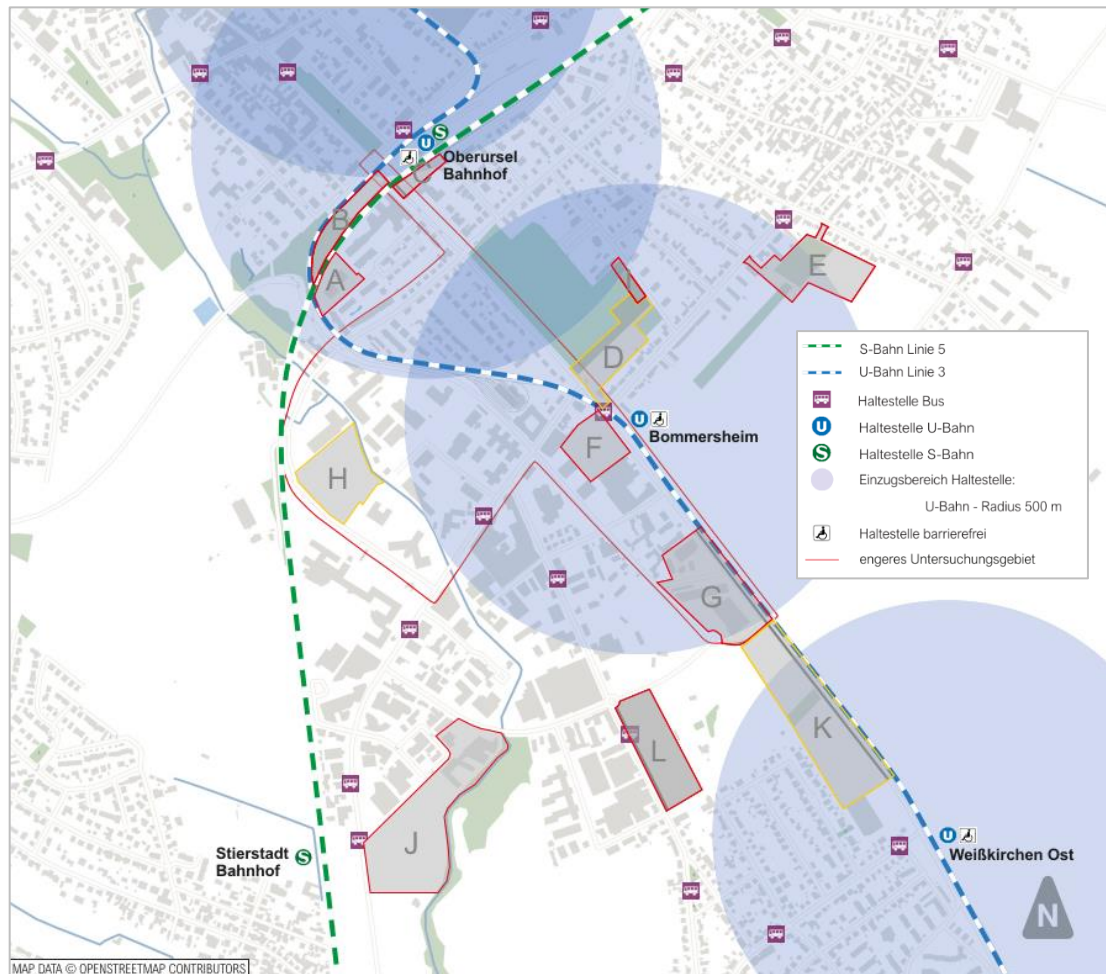
Das Linienbusangebot soll im Jahr 2026 neu ausgeschrieben werden. Dies bietet die Möglichkeit, Linienverläufe und Bedienungsangebote entsprechend der künftigen Anforderungen neu zu konzipieren.

Das Untersuchungsgebiet wird ferner von zwei Bahntrassen durchquert.

Entlang der Frankfurter Landstraße führt die U-Bahn-Strecke bis zum KP Frankfurter Landstraße/Bommersheimer Straße/Zimmersmühlenweg in Seitenlage. Mit Querung des Knotenpunkts führt die U-Bahn-Strecke entlang der Gablonzer Straße bis zum Bahnhof Oberursel. Von dort führt die U-Bahn weiter durch das Zentrum von Oberursel entlang der Berliner Straße/Hohemarkstraße. Innerhalb des engeren Untersuchungsgebiets befindet sich die Haltestelle Bommersheim der U3.

Die U-Bahn-Strecke, die Bahnhöfe und dessen fußläufige Einzugsbereiche von 500 m sind in **Abbildung 14** dargestellt. Erkennbar ist, dass große Teile des Untersuchungsgebiets nicht im fußläufigen Einzugsbereich der Haltestellen liegen. Die Anbindung ist hier über die Linienbusse und mit dem Rad sicherzustellen. Dies betrifft auch die Entwicklungsvorhaben H, J, K (teilweise) und L.

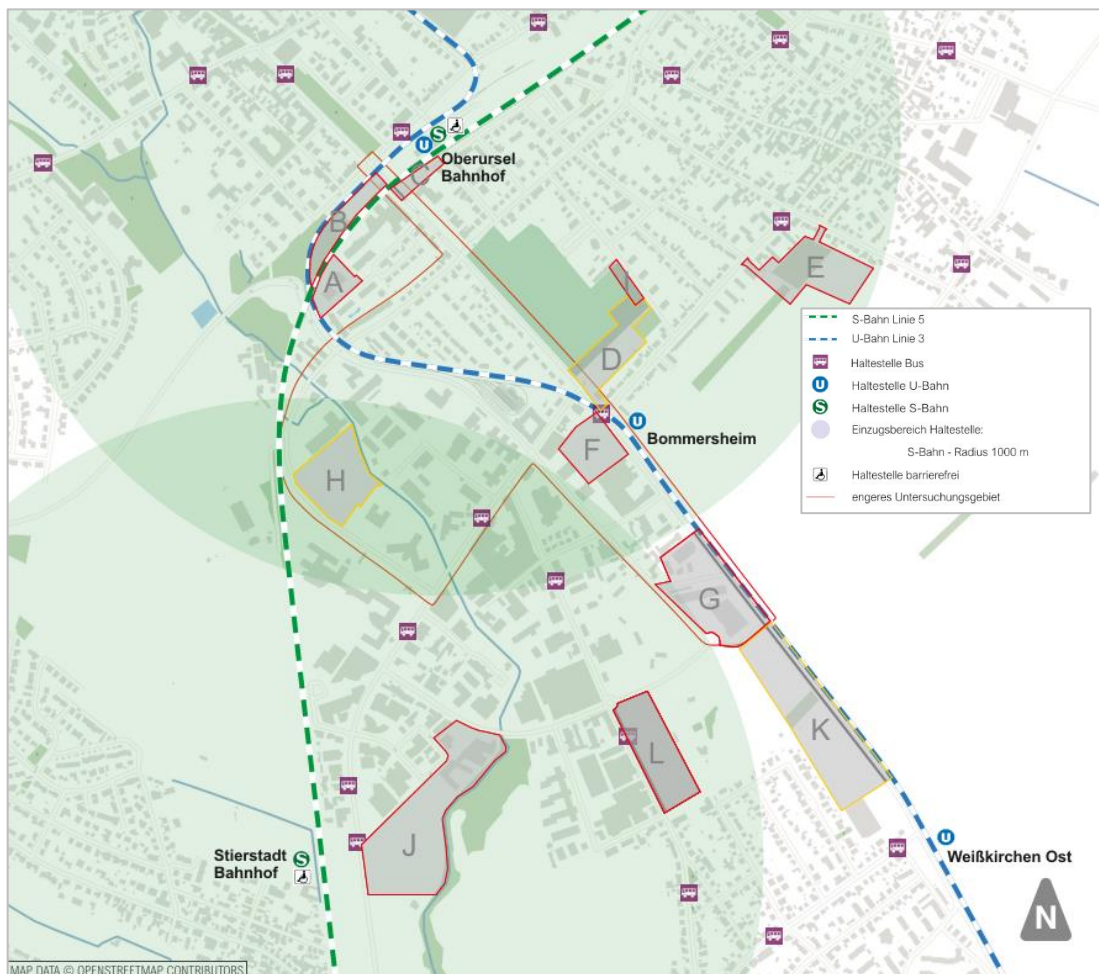
Abbildung 14 Bestandsanalyse – ÖPNV U-Bahn



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Die S-Bahn-Strecke verläuft westlich des Untersuchungsgebiets. Die S-Bahn-Strecke, die Bahnhöfe sowie dessen fußläufige Einzugsbereiche von 1.000 m sind in **Abbildung 15** dargestellt. Die Haltepunkte der beiden Bahnhöfe Stierstadt und Oberursel decken das Untersuchungsgebiet nahezu vollständig ab. Lediglich die Entwicklungsvorhaben G und K liegen außerhalb des fußläufigen Einzugsbereichs.

Abbildung 15 Bestandsanalyse – ÖPNV S-Bahn



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

3.4 Motorisierter Individualverkehr

Das Untersuchungsgebiet ist stark vom motorisierten Individualverkehr geprägt. Die Frankfurter Landstraße bildet eine Hauptverkehrsstraße, die mit seiner Verlängerung der Homburger Landstraße die Verbindung zwischen Oberursel Kernstadt und dem südlichen Einzugsbereich bildet.

Die parallel zur Frankfurter Landstraße verlaufende Gablonzer Straße stellt die Verbindung zwischen Weingärtenumgehung (in Richtung Oberhöchstadt / Königstein) und dem südlichen Einzugsbereich dar. Künftig soll die Gablonzer Straße mit der Nassauer Straße verbunden werden. Ziel ist es, eine Entlastung von verkehrssensiblen Bereichen zu erreichen.

Diese beiden Achsen haben darüber hinaus eine bedeutende Rolle für die Feinerschließung des Untersuchungsgebiets.

Die Verkehrsführung im Untersuchungsgebiet ist in **Abbildung 16** dargestellt.

Die Analyse des öffentlichen Personennahverkehrs erfolgte auf der Grundlage einer Ortsbegehung, einer ergänzenden Auswertung von Videoaufnahmen und Luftbildern, auf Unterlagen, die von der Stadt Oberursel zur Verfügung gestellt wurden (insb. verkehrstechnische Unterlagen für die signalisierten Knotenpunkte, Verkehrszählungen, Verkehrsuntersuchungen) sowie den gültigen Regelwerken (insb. HBS, RASt, EAR).

Abbildung 16 Verkehrsführung Kfz-Verkehr



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

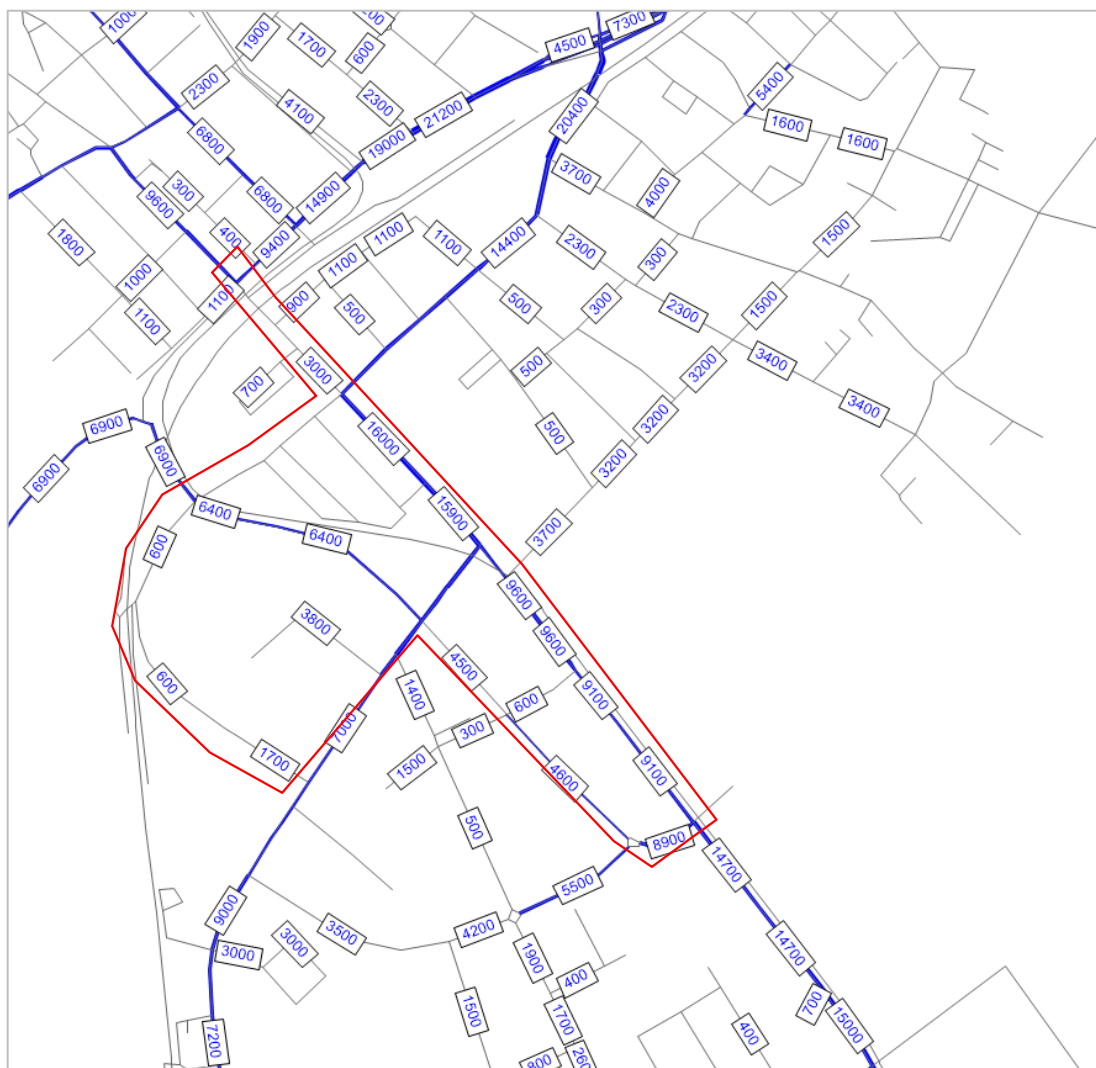
Die Frankfurter Landstraße im Abschnitt zwischen Nassauer Straße und Homburger Landstraße ist eine Einrichtungsstraße in Fahrtrichtung stadtauswärts. Die Gegenrichtung wird über die Achse Homburger Landstraße – Nassauer Straße abgewickelt. Hier ist für die Bahnunterführung südlich des Knotenpunkts Homburger Landstraße / Nassauer Straße eine Höheneinschränkung auf 3,90 m (Durchfahrtshöhe) vorhanden.

Im Gattenhöferweg ist eine Durchfahrtsperre vorhanden, wodurch die direkte Verbindung zwischen Homburger Landstraße und Gablonzer Straße für den Kfz-Verkehr unterbunden ist. Der östliche Abschnitt des Gattenhöferwegs wird über die Frankfurter Landstraße erschlossen, der westliche Abschnitt über die Gablonzer Straße.

Die ebenerdige Bahnquerung am westlichen Ende des Gattenhöferwegs soll in Zukunft für den Kfz-Verkehr geschlossen werden. In diesem Fall werden alle Anlieger des Gattenhöferwegs in / aus Richtung Osten angebunden.

Abbildung 17 zeigt die Kfz-Verkehrsbelastungen im Untersuchungsgebiet für den Bestand.

Abbildung 17 Kfz-Verkehrsstärken Bestand – Gesamtverkehr (Kfz/24h)



Quelle: ZIV GmbH

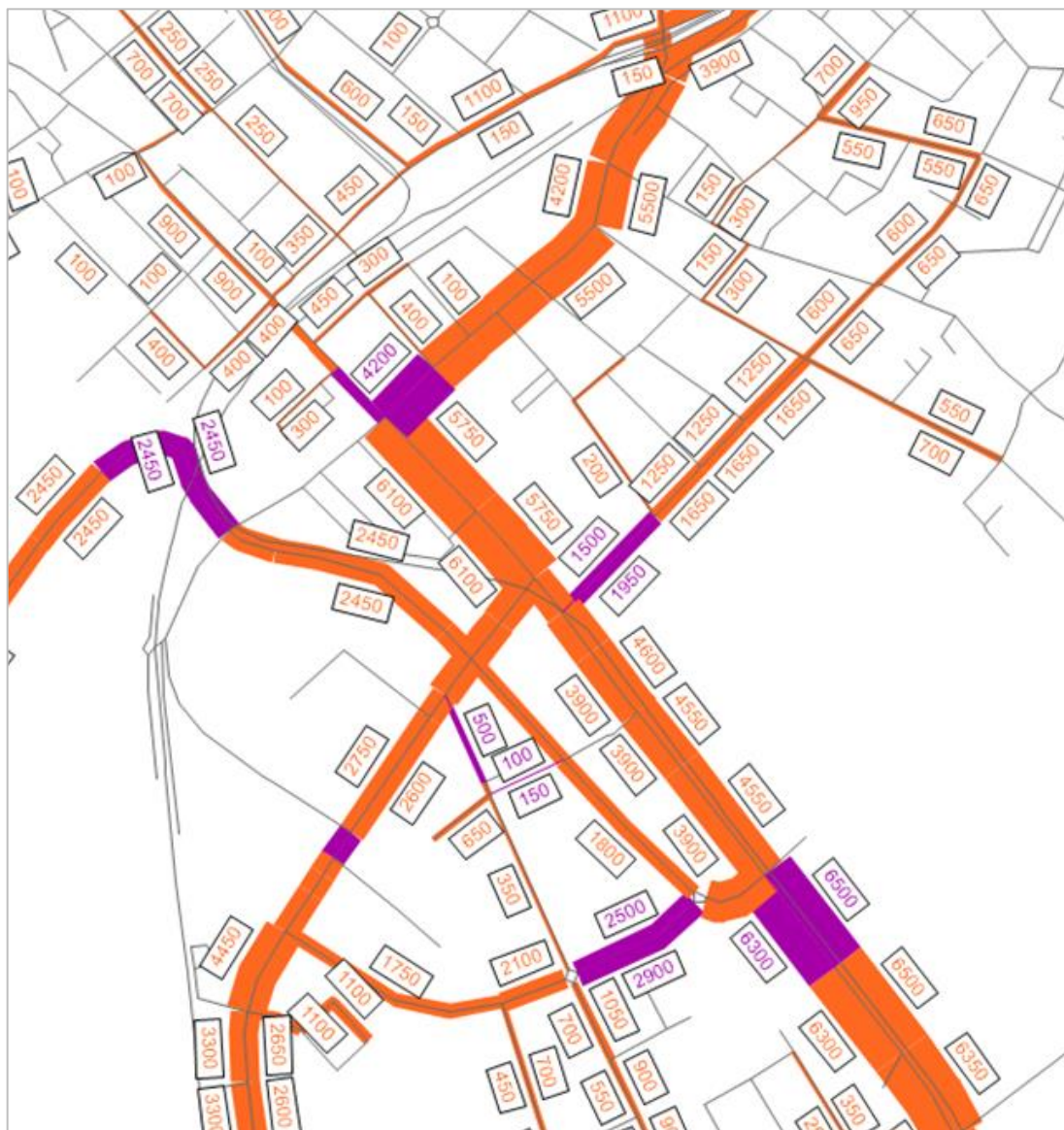
Die Frankfurter Landstraße ist mit 9.000 – 16.000 Kfz/24h hoch belastet. Bis zu drei Viertel dieses Kfz-Aufkommens sind Durchgangsverkehr bezogen auf das engere Untersuchungsgebiet (vgl. **Abbildung 18**). Bei diesen Kfz-Belastungen ist die Querbarkeit der Straße für Fußgänger erheblich eingeschränkt. Die Abwicklung des Radverkehrs im Mischverkehr mit dem Kfz-Verkehr ist sehr problematisch.

Die Kfz-Belastung der Gablonzer Straße liegt mit 4.500 - 9.000 Kfz/24h in einem mittleren Belastungsbereich für eine innerörtliche Hauptverkehrsstraße. Der Anteil des

Durchgangsverkehrs (bezogen auf das Untersuchungsgebiet) beträgt hier ebenfalls rd. dreiviertel an der Gesamtverkehrsbelastung (vgl. **Abbildung 18**).

Die Kfz-Verkehrsbelastungen im nachgeordneten Straßennetz liegen deutlich unterhalb dieser Werte und in einem akzeptablen Bereich. Großräumiger Durchgangsverkehr ist hier nicht vorhanden.

Abbildung 18 Kfz-Verkehrsstärken Bestand – Durchgangsverkehr bezogen auf das EUG (Kfz/24h und Richtung)



Quelle: ZIV GmbH

Die Qualität der Verkehrsabwicklung nach HBS 2015 wird für die folgenden Knotenpunkte untersucht:

1. Frankfurter Landstraße / Nassauer Straße
2. Nassauer Straße / Weingärtenumgehung (Planung)
3. Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße
4. Gablonzer Straße / Gattenhöferweg
5. Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg
6. Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße
7. Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg
8. Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg
9. Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg
10. Frankfurter Landstraße / Ludig-Erhard-Straße
11. Gablonzer Straße / Ludwig-Erhard-Straße

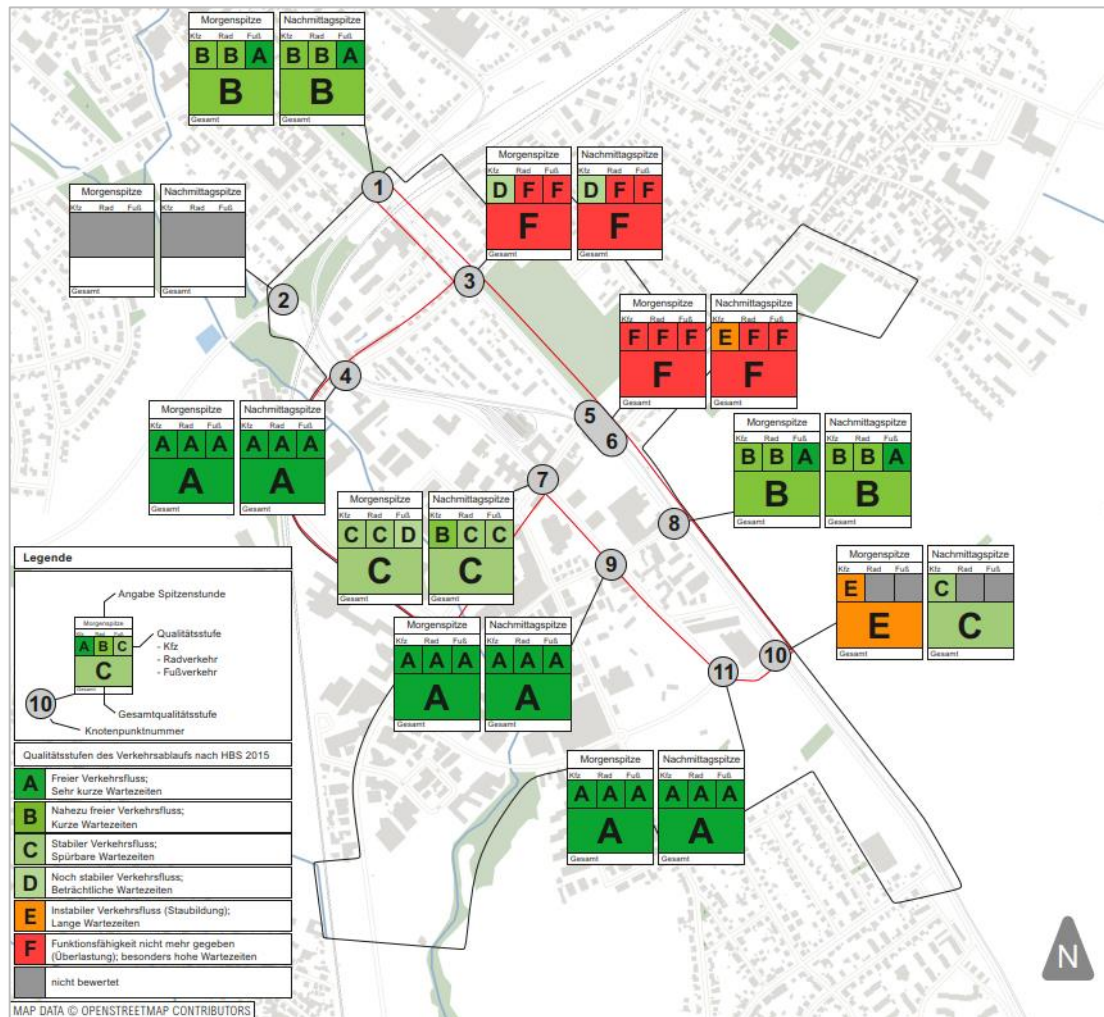
Grundlage für die Bewertung bilden aktuelle Verkehrszählungen sowie Ableitungen auf der Grundlage der durchgeführten Modellrechnungen. Für den Bestand wurden für signalisierte Knotenpunkte die aktuellen Signalschaltungen (Festzeitprogramme) herangezogen. Die Schließzeiten der Bahnübergänge wurden aus Messungen übernommen.

Die HBS-Nachweise sind in **Anlage 3** dargestellt. **Abbildung 19** zeigt eine Übersicht der Ergebnisse.

Sowohl in der vormittäglichen als auch in der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit sind die Knotenpunkte Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße sowie der Doppelknoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg und Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße deutlich überlastet (Qualitätsstufe F). Der Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Ludwig-Erhard-Straße weist während der vormittäglichen Hauptverkehrszeit keine ausreichende Qualität auf.

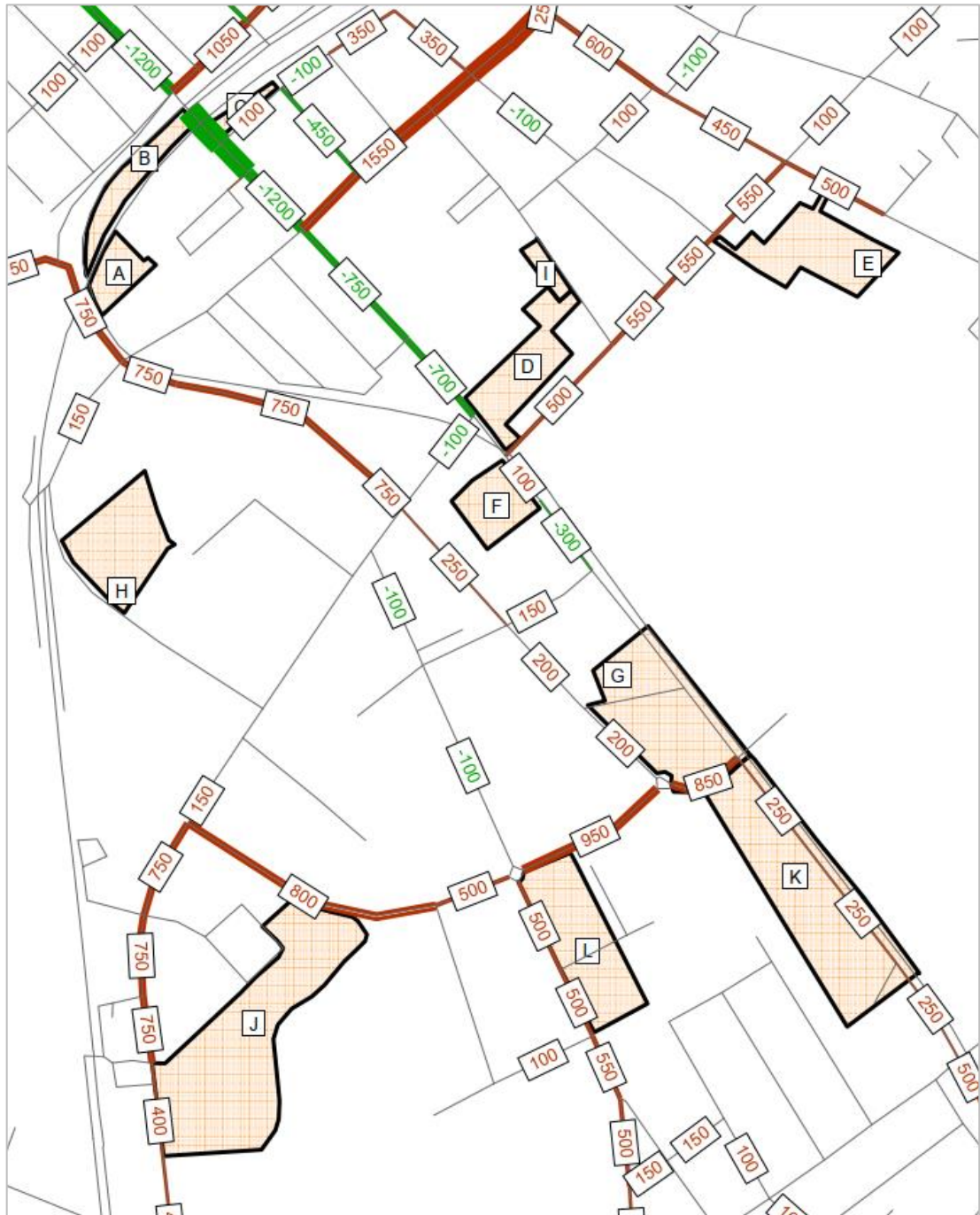
Die Qualität der Verkehrsabwicklung an den übrigen Knotenpunkten ist ausreichend bis sehr gut.

Abbildung 19 Qualität der Verkehrsabwicklung für die maßgebenden Knotenpunkte - Bestand



Durch die Entwicklungsvorhaben wird das Kfz-Verkehrsaufkommen langfristig weiter zunehmen. Auf den bereits im Bestand hoch belasteten Abschnitten nimmt die Kfz-Belastung um ca. 10% zu (vgl. **Abbildung 20**).

Abbildung 20 Belastungsveränderung infolge der geplanten Entwicklungsvorhaben



Quelle: ZIV GmbH

3.5 Handlungsbedarf

Abbildung 21 zeigt die wesentlichen Mängel und die daraus folgenden Handlungsbedarfe als Zusammenfassung der vorgehenden Abschnitte.

Abbildung 21 Zusammenfassung des Handlungsbedarfs



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Festzuhalten ist, dass im engeren Untersuchungsgebiet bereits ohne zusätzliche Verkehrsbelastungen durch die geplanten Entwicklungsvorhaben erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Realisierung der Entwicklungsvorhaben wird den Handlungsdruck weiter erhöhen.

4 Entwicklung von grundsätzlichen Verkehrsführungsvarianten

4.1 Vorüberlegungen

Die identifizierten Mängel und die begrenzten Möglichkeiten, bei den verfügbaren Flächen die vorhandenen Mängel zu beseitigen, stellen bereits bei den heutigen Verkehrsbelastungen eine planerische Herausforderung dar. Die Analyse hat gezeigt, dass das Kfz-Verkehrsaufkommen im Bereich der Frankfurter Landstraße so hoch ist, dass eine qualitätsvolle Lösung bei unveränderter Ausgangssituation nicht erreicht werden kann.

Insbesondere im Abschnitt der Frankfurter Landstraße zwischen Homburger Landstraße und P+R-Anlage Bommersheim ist gemäß des Radverkehrskonzeptes Oberursel aber ein Lückenschluss (Radschnellverbindung der Kategorie I) mit oberster Priorität geboten. Auch der Doppelknoten Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg und Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße weist bereits im Bestand eine völlig unzureichende Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer auf. Über diesen Knotenpunkt wird aber ein wesentlicher Anteil des zukünftigen Verkehrs aus den Entwicklungsvorhaben abgewickelt werden müssen.

Die Erschließung der einzelnen geplanten Entwicklungsvorhaben mit ausreichender Qualität der Verkehrsabwicklung setzt bei der gegebenen Ausgangssituation daher eine umfassende Anpassung der Verkehrsinfrastruktur voraus.

Im ersten Schritt wurden hierzu grundsätzliche Varianten der Verkehrsführung untersucht. Hierbei wurde auch die heutige funktionale Ordnung der Straßenhierarchie hinterfragt. Insbesondere durch den geplanten Anschluss der Nassauer Straße an die Gablonzer Straße könnte sich künftig eine neue Ausgangssituation für die Verkehrsabwicklung ergeben. Leitgedanke war hierbei, die Randbedingungen für eine Verbesserung des Fuß- und Radverkehrs sowie ÖPNV bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung im Kfz-Verkehr an den maßgebenden Knotenpunkten zu schaffen.

4.2 Variante 0: frühzeitige Umsetzung der geplanten Durchbindung Nassauer Straße

Durch die Durchbindung der Nassauer Straße (Infrastrukturmaßnahme M4) entsteht eine Alternativroute für Verkehr in Nord-Süd-Ausrichtung. Die Frage ist, ob die durch diese Maßnahme hervorgerufene Entlastungen in der Frankfurter Landstraße für eine qualitative Lösung der aktuellen Verkehrsprobleme ausreichen. Diese Frage wurde mit Hilfe des Verkehrsmodells für die Stadt Oberursel untersucht.

Die Modellrechnungen zeigen, dass die Durchbindung der Nassauer Straße zu Verbesserungen im Bereich der Frankfurter Landstraße führen (vgl. **Abbildung 22**). Die Entlastungswirkungen liegen aber mit rd. 2.000 Kfz/24h – 2.500 Kfz/24h in einer vergleichbaren Größenordnung zur Belastungszunahme infolge der geplanten Entwicklungsvorhaben (vgl. **Abbildung 20**).

Abbildung 22 Verkehrsveränderung infolge der Durchbindung der Nassauer Straße (Variante 0)



Für einen wesentlichen Anteil des Kfz-Verkehrs, welcher die Frankfurter Landstraße nutzt, bietet die Durchbindung der Nassauer Straße keine wesentlichen Vorteile. Kürzere Fahrzeiten für Relationen aus dem Süden und große Teile der Oberurseler Kernstadt bzw. in Richtung A661 entstehen weiterhin bei Nutzung der Frankfurter Landstraße.

Fazit:

Eine (vorgezogene) Umsetzung der Durchbindung der Nassauer Straße ist als alleinige Maßnahme nicht ausreichend, um eine ausreichende Abnahme des Kfz-

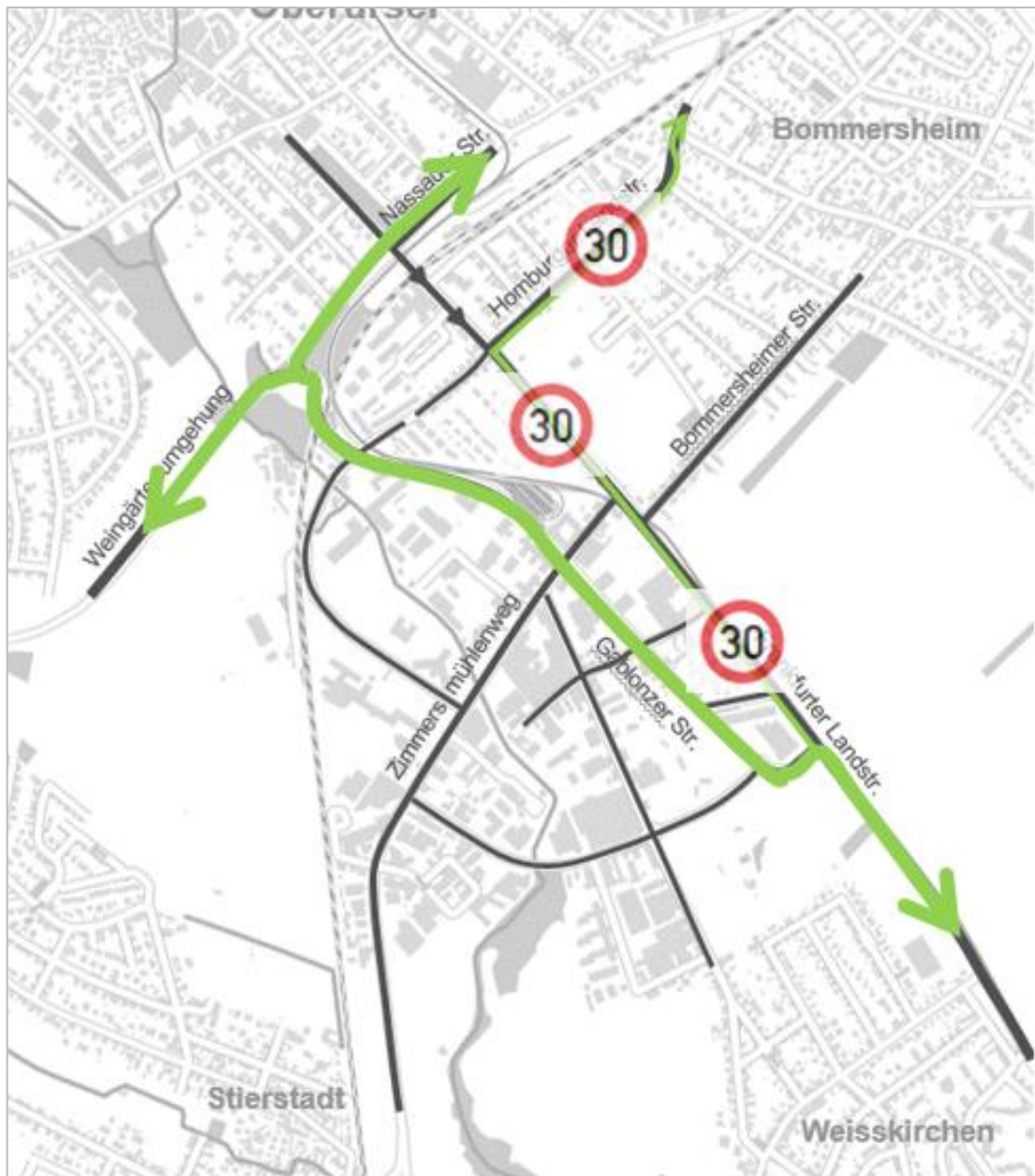
Verkehrsaufkommens im Verlauf der Frankfurter Landstraße und an den maßgebenden Knotenpunkten zu erreichen.

4.3 Variante 1: Durchbindung Nassauer Straße (Variante 0) in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße

Aufbauend auf den Ergebnissen der Variante 0 (frühzeitige Umsetzung der geplanten Durchbindung Nassauer Straße) wurde untersucht, ob durch begleitende Maßnahmen eine verstärkte Verlagerung von Kfz-Verkehrsströmen von der Frankfurter Landstraße auf die Gablonzer Straße / Durchbindung Nassauer Straße erreicht werden kann.

In der Variante 1 erfolgt eine Abstufung der Netzfunktion der Frankfurter Landstraße. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Frankfurter Landstraße wird im Abschnitt nördlich des Knotenpunktes mit der Gablonzer Straße auf 30 km/h abgesetzt. Auch für den weiteren Verlauf der Homburger Landstraße wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h abgesetzt (vgl. **Abbildung 23**).

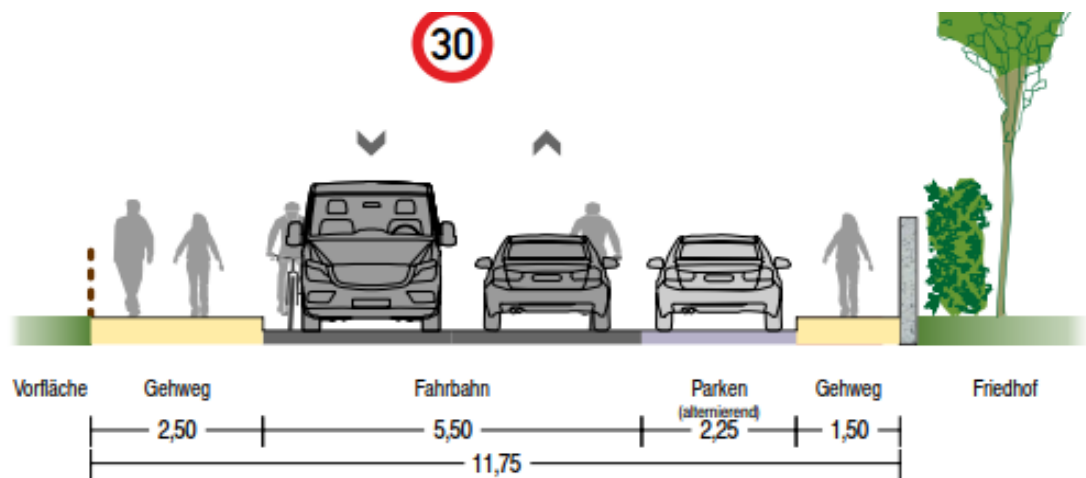
Abbildung 23 Lösungsvariante 1 : Durchbindung Nassauer Straße (Variante 0) in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Ziel ist hierdurch eine so starke Abnahme des Kfz-Verkehrsaufkommens zu erreichen, dass eine Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn als Regellösung akzeptiert werden kann (vgl. **Abbildung 24**). Hierzu ist eine Abnahme des Kfz-Verkehrs um ca. 8.000 Kfz/24h erforderlich. Die Variante hat den Vorteil, dass auf umfangreiche Umbaumaßnahmen in der Verkehrsinfrastruktur verzichtet werden kann. Ferner werden alle bestehenden (Kfz-) Verkehrsbeziehungen beibehalten.

Abbildung 24 Querschnitt Frankfurter Landstraße, Lösungsvariante 1 (Radverkehr auf der Fahrbahn)



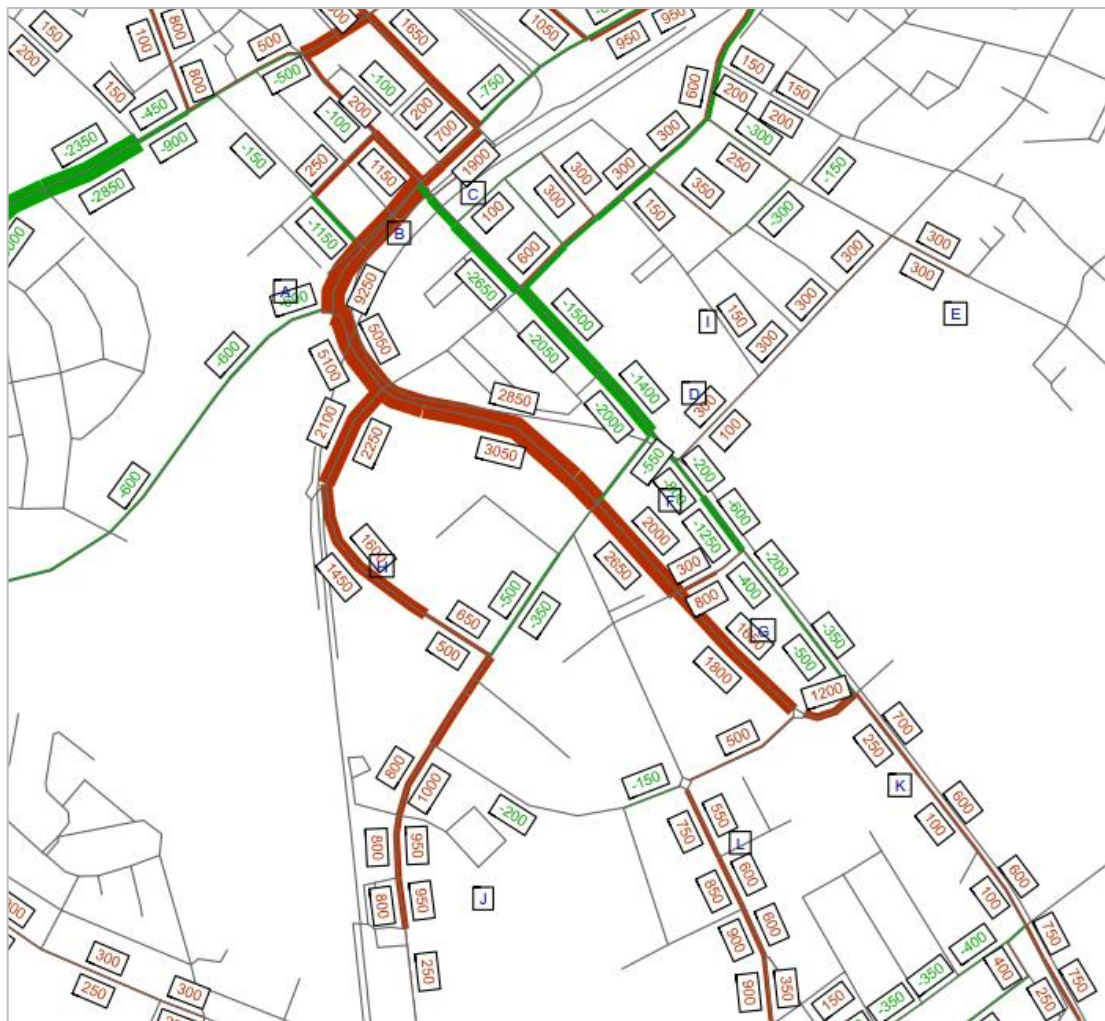
Quelle: R+T Verkehrsplanung GmbH

Die Untersuchung dieser Variante mit Hilfe von Modellrechnung hat aber gezeigt, dass Verlagerungswirkungen nicht in der erforderlichen Größenordnung eintreten werden (vgl. **Abbildung 25**). Außerdem würden die Verlagerungswirkungen im Verlauf der Nassauer Straße zu einer so starken Belastungszunahme führen, dass eine leistungsfähige Verkehrsabwicklung der dort vorhandenen bzw. geplanten Verkehrsabwicklung stark beeinträchtigt wird.

Fazit:

Eine (vorgezogene) Umsetzung der Durchbindung der Nassauer Straße in Kombination mit einer Abstufung der Frankfurter Landstraße ist nicht geeignet, eine ausreichende Abnahme des Kfz-Verkehrsaufkommens im Verlauf der Frankfurter Landstraße und an den maßgebenden Knotenpunkten zu erreichen. Außerdem sind aufgrund der verlagerten Kfz-Verkehrsmengen Qualitätseinbußen im Verlauf der Nassauer Straße zu erwarten. Diese Variante ist daher nicht zielführend.

Abbildung 25 Verkehrsveränderung infolge der Durchbindung Nassauer Straße in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße (Variante1)



Quelle: ZIV GmbH

4.4 Variante 2: Verbesserung der Verkehrssituation durch Entfall von Fahrbeziehungen für den Kfz-Verkehr in ausgewählten Knotenpunktzufahrten

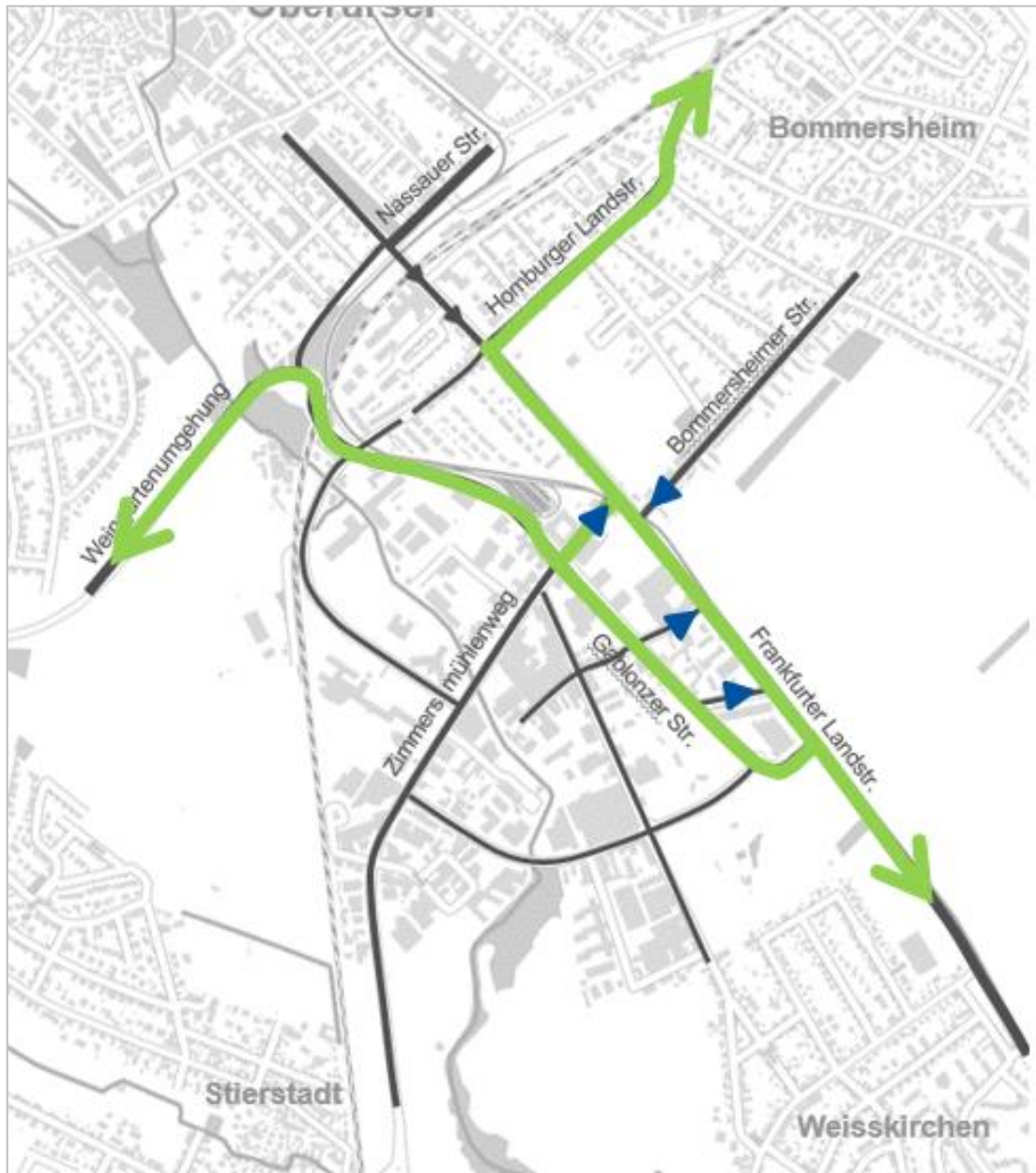
Die zweite Variante sieht vor, die Netzfunktion der Frankfurter Landstraße unverändert beizubehalten. Auch in dieser Variante ist eine Führung des Radverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße über Schutzstreifen vorgesehen (vgl. **Abbildung 27**). Eine Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer an den maßgebenden Knotenpunkten soll durch Entfall von Kfz-Verkehrsbeziehungen an den Knotenpunkten erfolgen (vgl. **Abbildung 26**).

Durch den Wegfall von Fahrstreifen können Flächen in den Knotenpunktzufahrten für andere Verkehrsteilnehmer zur Verfügung gestellt werden. Durch den Wegfall von konfligierenden Kfz-Verkehrsströmen an den signalisierten Knotenpunkten können

Freigabezeiten neu zugeordnet werden, damit die Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer zunehmen könnte.

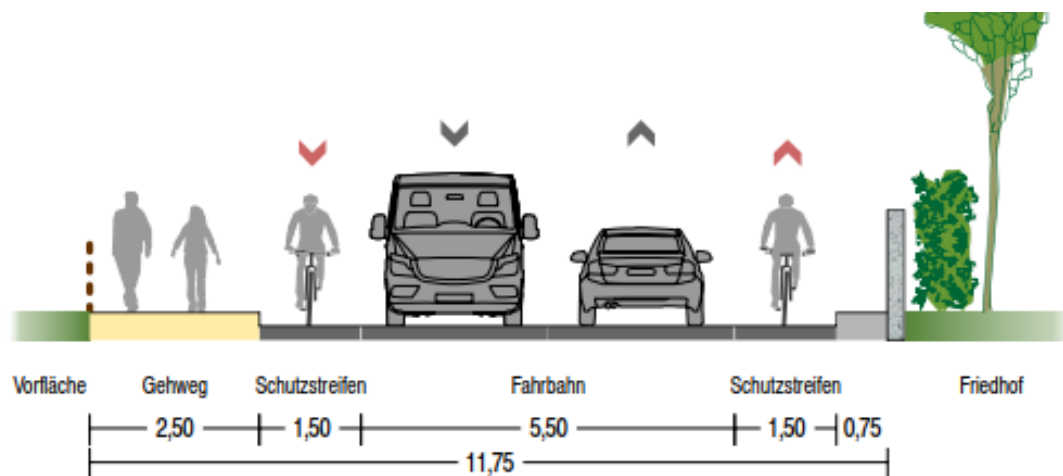
Vorteil dieser Variante ist, dass die Realisierung der Durchbindung der Nassauer Straße nicht vorausgesetzt ist.

Abbildung 26 Lösungsvariante 2: Verbesserung der Verkehrssituation durch Entfall von Fahrbeziehungen für den Kfz-Verkehr in ausgewählten Knotenpunktzufahrten



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Abbildung 27 Querschnitt Frankfurter Landstraße, Lösungsvariante 2 (Radverkehr auf Schutzstreifen)



Quelle: R+T Verkehrsplanung GmbH

Da in dieser Variante das Kfz-Aufkommen im Verlauf der Frankfurter Landstraße nicht wesentlich verändert wird, ist die Lösung für den Radverkehr mit Schutzstreifen nicht zielführend. Durch den Wegfall von Verkehrsbeziehungen an den Knotenpunkten entstehen für einzelne Verkehrsbeziehungen Umwege, die insbesondere für den Radverkehr kritisch zu bewerten sind. Maßgebende zusätzliche Kfz-Verkehrsbelastungen in empfindlichen Bereichen sind allerdings nicht zu erwarten. Da das Verkehrsaufkommen an den Knotenpunkten weiterhin hoch sein wird, erfordert die Sicherstellung einer leistungsfähigen Verkehrsabwicklung eine vertiefte Betrachtung.

Fazit:

Bei dieser Lösung ist es nach der durchgeführten ersten Prüfung fraglich, ob ein Qualitätssprung in der Verkehrsabwicklung erreicht werden kann. Hierzu sind weiterführende Untersuchungen erforderlich.

4.5 Variante 3: Unterbinden des Durchgangsverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße in Kombination mit der Durchbindung der Nassauer Straße

In der Variante 3 wird eine Verbesserung der Verkehrssituation im Verlauf der Frankfurter Straße durch eine effektive Unterbindung des Kfz-Durchgangsverkehrs angestrebt. Der Kfz-Durchgangsverkehr soll in dieser Variante über die Gablonzer Straße abgewickelt werden. Voraussetzung für diese Variante ist die Durchbindung der Nassauer Straße.

Die Verlagerung des Kfz-Durchgangsverkehrs aus der Frankfurter Landstraße soll in dieser Variante durch eine Veränderung der Verkehrsführung erreicht werden. Nördlich und südlich des Zimmersmühlenwegs wird die Frankfurter Landstraße als gegenläufige Einrichtungsstraße ausgewiesen. Hierdurch wird die Durchfahrt für den Kfz-

Verkehr unterbunden (Abbildung 28). Ferner führt der Einrichtungsverkehr wie in der Variante 2 zum Entfall von Kfz-Verkehrsbeziehungen an den Knotenpunkten.

Abbildung 28 Lösungsvariante 3: Unterbinden des Durchgangsverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße in Kombination mit der Durchbindung der Nassauer Straße



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Bei der Variante 3 wird das Kfz-Aufkommen in der Frankfurter Landstraße erheblich reduziert werden können. In Kombination mit der Flächengewinnung durch wegfallende Verkehrsbeziehungen im Kfz-Verkehr bietet diese Variante die Voraussetzungen, eine deutliche Qualitätssteigerung insbesondere für den Fuß- und Radverkehr zu erreichen.

Die Erreichbarkeit der über die Frankfurter Landstraße erschlossenen Gebiete ist im Kfz-Verkehr bei dieser Variante teilweise sehr umwegig. Ferner sind Verlagerungseffekte im Bereich Bommersheim zu erwarten, wodurch hier die Kfz-Belastungen zunehmen werden.

Aufgrund der verlagerten Kfz-Verkehrsmengen sind ferner maßgebende Qualitätseinbußen im Verlauf der Nassauer Straße zu erwarten. Die Knotenpunkte können das zusätzliche Kfz-Verkehrsaufkommen auch nicht ohne Weiteres aufnehmen.

Fazit

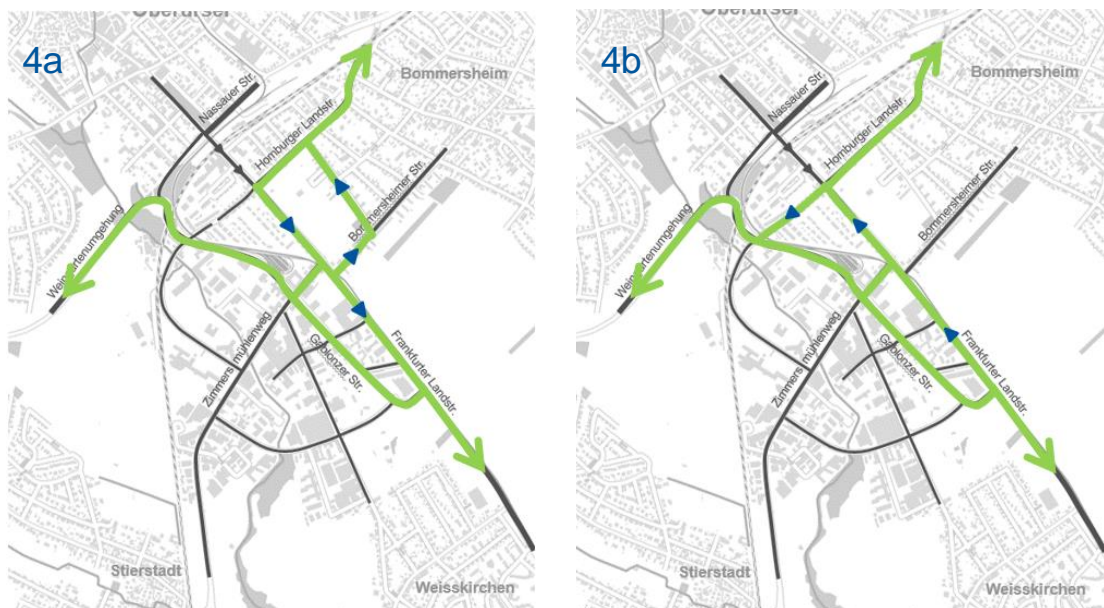
Die Variante 3 ermöglicht eine deutliche Verbesserung der Situation für den Fuß- und Radverkehr. Voraussetzung ist die Durchbindung der Nassauer Straße. Die Verlagerung des Kfz-Verkehrs führt aber im Bereich der Nassauer Straße und für die über die Frankfurter Landstraße erschlossenen Gebiete zu zusätzlichen, und teilweise erheblichen, Problemen. Vor diesem Hintergrund ist diese Variante nicht zielführend.

4.6 Variante 4: Verbesserung der Verkehrssituation durch ein Einrichtungsstraßensystem

In der Variante 4 wird eine Verbesserung der Verkehrssituation im Verlauf der Frankfurter Straße durch die Aufteilung der Kfz-Verkehrsströme auf mehrere Straßenzüge erreicht. Diese Verteilung soll über ein Einrichtungsstraßensystem erreicht werden. Die Netzfunktion der Frankfurter Landstraße bleibt wie im Bestand. Für die Variante 4 wurden zwei Untervarianten betrachtet:

- 4a: Frankfurter Landstraße im Abschnitt Homburger Landstraße – Bommersheimer Straße als Einrichtungsstraße in Fahrtrichtung Süden. Gegenrichtung über Bommersheimer Straße. Bei Durchbindung der Nassauer Straße in Kombination mit einer Verlagerung von Kfz-Strömen auf die Achse Gablonzer Straße – Nassauer Straße. (vgl. **Abbildung 29**)
- 4b: Frankfurter Landstraße im Abschnitt Homburger Landstraße – Bommersheimer Straße als Einrichtungsstraße in Fahrtrichtung Norden. Gegenrichtung über Gattenhöferweg, der dann ebenfalls als Einrichtungsstraße organisiert wird. Die Durchfahrtsperre im Gattenhöferweg wird aufgehoben, die Querung der Bahntrasse zur Gablonzer Straße muss langfristig möglich sein. (vgl. **Abbildung 29**)

Abbildung 29 Lösungsvariante 4: Verbesserung der Verkehrssituation durch eines Einrichtungsstraßensystems, optional in Kombination mit einer Durchbindung der Nassauer Straße



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Bei dieser Variante sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Situation im Fuß- und Radverkehr durch die freigewordenen Verkehrsflächen gegeben. Im

Einrichtungsstraßensystem fallen an den kritischen Knotenpunkten Verkehrsbeziehungen weg, was mit einer Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung verbunden sein wird.

Diese Variante hat aber für beide Untervarianten als Nachteil, dass Verkehrsbelastungen in verkehrsempfindliche Bereiche (Bommersheim bzw. Gattenhöferweg) zu erwarten sind. Bei Durchbindung der Nassauer Straße wird dieser nur ein Teil der verlagerten Kfz-Verkehre aufnehmen können.

Fazit

Aufgrund der nicht vermeidbaren Zusatzbelastungen in verkehrsempfindlichen Bereichen ist diese Variante nicht ohne weiteres vorteilhaft. Sowohl die Variante 4a als auch 4b schaffen aber Randbedingungen, die eine deutliche Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer ermöglichen würden. Die Untervariante 4b hat gegenüber der Untervariante 4a Vorteile, insofern hier die Frankfurter Landstraße über einen längeren Abschnitt entlastet werden kann. Gegen die Untervariante 4b spricht, dass die geplante Schließung des Bahnübergangs Gattenhöferweg – Gablonzer Straße nicht umgesetzt werden kann.

4.7 Auswahl der Vorzugsvariante

Eine eindeutig vorteilhafte Variante für die künftige Verkehrsführung gibt es nicht.

Festgehalten werden kann, dass die:

- Variante 0 (frühzeitige Umsetzung der geplanten Durchbindung Nassauer Straße),
- Variante 1 (Durchbindung Nassauer Straße (Variante 0) in Kombination mit Abstufung der Frankfurter Landstraße) und
- Variante 3 (Unterbinden des Durchgangsverkehrs im Verlauf der Frankfurter Landstraße in Kombination mit der Durchbindung der Nassauer Straße)

geringere Vorteile als die Varianten 2 und 4 aufweisen. Zum Teil werden bei diesen Varianten nicht die erforderlichen Randbedingungen zur Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung geschaffen. Ferner sind diese Varianten abhängig von der Realisierung der Durchbindung der Nassauer Straße. Wann bzw. ob diese Maßnahme realisiert werden kann, ist noch unsicher. Eine wirksame Entlastung der Frankfurter Landstraße würde bei dieser Variante außerdem mit erheblichen Qualitätseinbußen im Verlauf der Nassauer verbunden sein.

Vor diesem Hintergrund wurden in einem ersten Schritt die:

- Variante 2 (Verbesserung der Verkehrssituation durch Entfall von Fahrbeziehungen für den Kfz-Verkehr in ausgewählten Knotenpunktzufahrten) und

- Variante 4 ((Untervariante 4b) Verbesserung der Verkehrssituation durch ein Einrichtungsstraßensystem Frankfurter Landstraße / Gattenhöferweg),

die über kleinräumigere Wirkungsansätze eine Verbesserung des Verkehrsablaufs ermöglichen könnten, zur Weiterverfolgung vorgeschlagen.

Die Vor- und Nachteile der Varianten wurden mit dem AG diskutiert und anschließend dem Magistrat zur Abstimmung und Entscheidung vorgelegt. Dabei wurde die Variante 2 aufgrund der Vermeidung von zusätzlichen Verkehrsbelastungen in heute schwach belasteten Straßen zur Weiterverfolgung ausgewählt.

Die Vorzugsvariante wird daher auf der Grundlage der Verkehrsführungsvariante 2 entwickelt. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Frankfurter Landstraße ihre Verkehrsbedeutung für den Kfz-Verkehr beibehält. Auch im Fall einer Durchbindung der Gablonzer Straße zur Nassauer Straße wäre eine merkliche Entlastung der Frankfurter Landstraße nur durch sehr restriktive Maßnahmen zu erreichen. Zudem würde eine erhebliche Verlagerung von Kfz-Verkehr auf die Gablonzer Straße in der Nassauer Straße nicht ohne weiteres abgewickelt werden können und hier außerdem zusätzliche Qualitätseinbußen z.B. bei der Abwicklung des Fuß- und Radverkehrs sowie der Aufenthaltsqualität hervorrufen.

5 Ausarbeitung der Vorzugsvariante

5.1 Planungsprämisse / Grundansatz

Die entwurfstechnische Ausarbeitung der Vorzugsvariante erfolgte in einem iterativen Prozess in Rückkopplung mit der Untersuchung der Verkehrsführung und Leistungsfähigkeit. Dabei wurden für einzelne Straßenabschnitte zunächst beispielhaft alternative Querschnitte aufgezeigt, die jeweils verschiedene Lösungsmöglichkeiten veranschaulichen sollten. In Abstimmung mit der Stadt Oberursel wurden darauf basierend die Entwurfsgrundsätze für verschiedene Straßenabschnitte festgelegt (z.B. Zweirichtungsradweg in der Frankfurter Landstraße auf Höhe des Friedhofs). Anschließend wurde ausgehend von diesen Entwurfsgrundsätzen die Leistungsfähigkeit untersucht – und ggf. die Entwurfsgrundsätze oder die Verkehrsführung modifiziert.

Die Vorzugsvariante wird auf der Grundlage der Verkehrsführungsvariante 2 entwickelt (vgl. Abschnitt 4). Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Frankfurter Landstraße ihre Verkehrsbedeutung für den Kfz-Verkehr beibehält. Zentraler Ansatz des Verkehrskonzeptes ist, den Verkehrsablauf an den beiden – bereits im Bestand problematischen – benachbarten Knotenpunkten „Frankfurter Straße / Zimmersmühlenweg“ und „Frankfurter Straße / Bommersheimer Straße“ zu verbessern. Für einen erforderlichen umfangreichen Knotenpunktausbau stehen keine ausreichenden Flächen zur Verfügung. Eine ausreichende Qualität der Verkehrsabwicklung kann bei den prognostizierten Verkehrsbelastungen nur durch die Unterbindung von Kfz-Verkehrsbeziehungen erreicht werden.

Eine weitere wichtige Planungsprämisse für die Ausarbeitung der Vorzugsvariante stellt die Förderung des Radverkehrs dar. Dies beinhaltet insbesondere den Lückenschluss des Radwegenetzes in der Frankfurter Landstraße zwischen dem U-Bahn-Haltepunkt „Bommersheim“ (bzw. dem hier ankommenden nordöstlich der U-Bahn-Trasse verlaufenden Geh-/Radweg) und der Nassauer Straße, welcher gemäß des Radverkehrskonzeptes Oberursel als Radschnellverbindung (Kategorie I) ausgewiesen ist.

Generell wird durch das Verkehrskonzept eine Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger angestrebt. Dies beinhaltet u.a.:

- ein durchgängiges Angebot für den Radverkehr entlang der Frankfurter Landstraße südlich der Bommersheimer Straße, um dem steigenden Radverkehrsaufkommen durch die Ansiedlung neuer Nutzungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen,
- ein Radverkehrsangebot im Zimmersmühlenweg und im Tabaksmühlenweg,
- die Gestaltung sicherer Übergänge für Fußgänger und Radfahrer an Knotenpunkten sowie die Vernetzung mit den Wegenetzen (z.B. Zwei-Richtungs-

Radweg in der Gablonzer Straße; Fuß-/Radweg auf der nordöstlichen Seite der U-Bahn).

Bei der Gestaltung der Knotenpunkte in der Gablonzer Straße ist zu berücksichtigen, dass diese auch bei einer Zunahme des Verkehrsaufkommens in Folge einer möglichen Durchbindung der Gablonzer Straße zur Nassauer Straße noch funktionieren.

Grundsätzlich wurde bei der entwurfstechnischen Ausarbeitung der Vorzugsvariante auf eine möglichst bestandsorientierte Planung (z.B. in dem Maße möglichst beibehalten werden und auf Grunderwerb möglichst verzichtet wird) geachtet, so dass die Umbaukosten minimiert werden und Hindernisse bei der Umsetzung vermieden werden. Darüber hinaus sollte eine stufenweise Umsetzung der Planung möglich sein.

5.2 Lösungskonzepte für einzelnen Netzabschnitte

Die entwurfstechnische Ausarbeitung der Vorzugsvariante ist in den Plänen 4-1 bis 4-3 dargestellt. Nachfolgend erfolgt eine Beschreibung der wesentlichsten Entwurfs-gedanken für die einzelnen Knotenpunkte und Straßenabschnitte.

5.2.1 Straßenraum Homburger Landstraße (Plan 4-1)

In der Homburger Landstraße ist als erforderliche Maßnahme zur Lärminderung zukünftig eine Streckengeschwindigkeit von 30 km/h vorgesehen. Daher brauchen dort keine separaten Radverkehrsanlagen geschaffen werden. Nordöstlich der Hauffstraße kann das straßenbegleitende Längsparken beibehalten werden.

Südwestlich der Hauffstraße wird eine Querungsmöglichkeit für den Radverkehr (welche auch für zu Fuß Gehende nutzbar ist) markiert. Hier können aus Norden ankommende Radfahrende bereits sicher und zügig in den Seitenbereich am Friedhof wechseln, so dass ein Halten und Warten am signalisierten Knotenpunkt „Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße“ vermieden werden kann. Der Gehweg am Friedhof wird für den Radverkehr freigegeben – er geht dann am Knotenpunkt Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße in den Zweirichtungsradsradweg in der Frankfurter Landstraße über.

Südwestlich der Querungsmöglichkeit werden auf der Fahrbahn Schutzstreifen für den Radverkehr markiert.

Radfahrende, die von der Homburger Landstraße nach rechts in die Frankfurter Landstraße oder gerade aus in den Gattenhöferweg fahren, werden in den Seitenraum geführt.

Mit entsprechend rechtzeitig positionierter Wegweisung ist auf die Auftrennung der Radverkehrsangebote hinzuweisen.

Durch die vorgeschlagene Umgestaltung des Knotenpunkts Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße (vgl. Abschnitt 5.2.2) wird der Anliegerverkehr aus dem

Bereich nördlich der Homburger Landstraße verstärkt über die Hauffstraße, Uhlandstraße und Lessingstraße zu- bzw. ausfahren. Diese Knotenpunkte liegen nicht mehr im engeren Untersuchungsgebiet. Eine überschlägige Prüfung der künftigen Qualität der Verkehrsabwicklung hat ergeben, dass eine signaltechnische Sicherung der Lessingstraße ggf. erforderlich sein wird. Da die Verkehrsbelastungen im Verlauf der Homburger Landstraße ohnehin die Querungssituation für Fußgänger stark negativ beeinträchtigen, könnte eine Fußgängerschutzanlage (FSA) direkt westlich der Lessingstraße in Kombination mit einer Fahrzeugdetektion in der Zufahrt der Lessingstraße eine angemessene Lösung darstellen, damit Linkseinbieger mit vertretbaren Wartezeiten auf die Homburger Landstraße einbiegen können. Hier wird allerdings eine detailliertere Untersuchung auf der Grundlage von Zählwerten empfohlen.

5.2.2 Knotenpunkt „Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße“ (Plan 4-1)

Der Knotenpunkt weist bereits im Bestand eine unzureichende Qualität der Verkehrsabwicklung auf. Durch die Umsetzung der Entwicklungsvorhaben wird das Kfz-Aufkommen weiter zunehmen.

Die Verkehrsfunktion des nördlichen Knotenpunktarms (Frankfurter Landstraße) wird sich in Zusammenhang mit dem Entwicklungsvorhaben „Gleisdreieck“ verändern. Im Rahmen des Entwicklungsvorhabens wird die bestehende plangleiche Bahnquerung mit der U-Bahn-Trasse für den Kfz-Verkehr geschlossen. Als Folge wird der nördliche Knotenpunktarm seine Funktion für den übergeordneten Verkehr verlieren und ausschließlich zur Erschließung der umliegenden Gebiete dienen. Allerdings sieht die Planung die Anpassung der nördlichen Frankfurter Landstraße von einer Einrichtungsstraße in eine Straße mit Zweirichtungsverkehr vor. Dies bedeutet, dass am Knotenpunkt über dem nördlichen Knotenarm zwar weniger Verkehr abgewickelt wird, aber zusätzliche Verkehrsbeziehungen vorzuhalten sind.

Eine Ertüchtigung des Knotenpunkts innerhalb der bestehenden Knotengeometrie über die derzeitige Signalisierung ist nicht möglich. Es fehlen Flächen für eine Erweiterung der Kfz-Verkehrsflächen. Daher wurden weitere Varianten geprüft:

- Kleiner oder Mini-Kreisverkehr,
- Reduzierung der Verkehrsbeziehungen und
- Diagonalsperre.

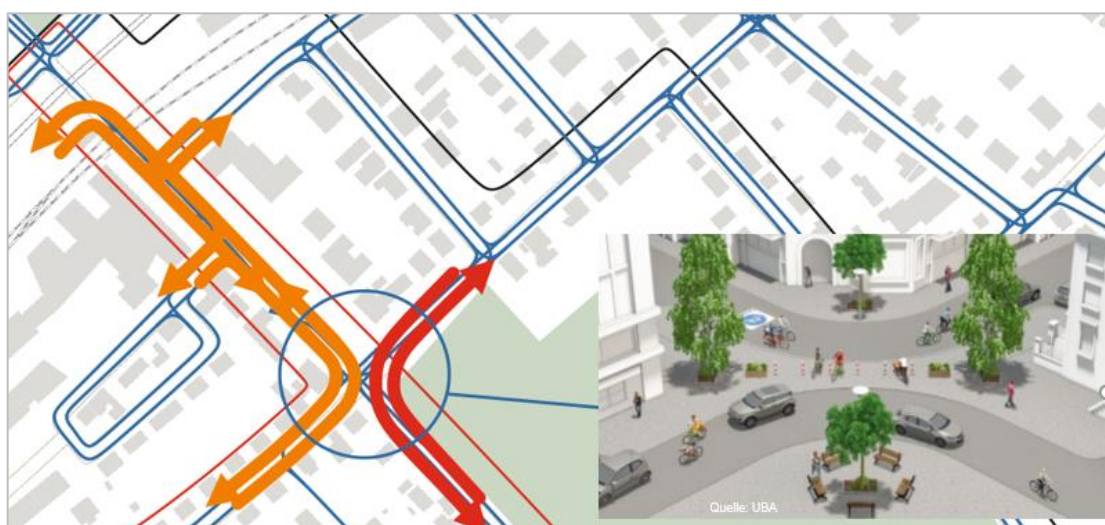
Die Umgestaltung zu einem Kreisverkehrsplatz wird aus verkehrlicher Sicht als nicht zielführend erachtet. Für die Errichtung eines kleinen Kreisverkehrsplatzes stehen nicht ausreichend Flächen zur Verfügung. Ein Mini-Kreisverkehr könnte zwar innerhalb der verfügbaren Flächen umgesetzt werden. Allerdings ist diese Knotenpunktform – insbesondere langfristig bei einer Schließung des Bahnübergangs in der Frankfurter Landstraße – aufgrund des starken Übereckverkehrs zwischen

Homburger Landstraße und Frankfurter Landstraße (Süd) nicht geeignet. Während der Spitzenstunden können die Verkehrsmengen nicht mit ausreichender Verkehrsqualität abgewickelt werden. Darüber hinaus stellt ein Mini-Kreisel für querende Fußgänger sowie für Rad Fahrende (entlang der Frankfurter Straße) angesichts der zu erwartenden Verkehrsströme keine sichere Knotenpunktform dar.

Maßgebend für die unzureichende Qualität der Verkehrsabwicklung sind die Linksabbiegerbeziehungen. Daher wurde geprüft, ob eine zufriedenstellende Situation durch die Unterbindung der Linksabbiegebeziehungen am Knotenpunkt (mit Ausnahme der Verkehrsbeziehung Homburger Landstraße → Frankfurter Landstraße) erreicht werden kann. Die überschlägige Prüfung hat ergeben, dass diese Maßnahme voraussichtlich aber nicht ausreichen wird. Außerdem ist in der Praxis davon auszugehen, dass die Regelung erfahrungsgemäß nicht von allen Verkehrsteilnehmern beachtet wird. Möglichkeiten zur baulichen Unterbindung dieser Verkehrsbeziehungen sind aufgrund der begrenzten Flächen nicht vorhanden. Aufgrund der hiermit verbundenen Probleme im Bereich der Verkehrssicherheit und der voraussichtlich unzureichenden Wirksamkeit wird diese Variante nicht weiterverfolgt.

Die Variante „Diagonalsperre“ baut auf der Idee auf, dass durch ein Unterbinden von Verkehrsbeziehungen durch bauliche Maßnahmen eine ausreichende Qualität der Verkehrsabwicklung erreicht werden kann und führt die Idee der Vereinfachung des Knotenpunktes konsequent weiter. Gleichzeitig entstehen erhebliche Potentiale, den Knotenbereich gestalterisch aufzuwerten (vgl. **Abbildung 30**) und den nördlichen Teil der Frankfurter Landstraße als Erschließungsstraße für die angrenzende Wohnnutzung zu gestalten.

Abbildung 30 Entwurfsidee „Diagnolasperre“



Für den Kfz-Verkehr sind nur zwei Fahrtrelationen möglich:

- Die Hauptrelation „Homburger Landstraße – Frankfurter Landstraße (Südost)“ bleibt für den Kfz-Verkehr erhalten. Der Verkehrsablauf wird hier erheblich verbessert, da nur zwei Phasen im Signalprogramm erforderlich sind – eine Phase für den Kfz-Verkehr und eine Phase für den Rad-/ Fußverkehr.
- Die untergeordnete Relation „Gattenhöferweg – Frankfurter Landstraße (Nord)“ wird im Bereich der Diagonalsperre als verkehrsberuhigter Bereich gestaltet.

Der Bahnübergang wird geschlossen und die Einbahnstraßenregelung in der Frankfurter Landstraße (Nord) wird aufgehoben. Außerhalb des Kurvenbereichs bleibt der bestehende Straßenquerschnitt im Gattenhöferweg erhalten. Für die Frankfurter Straße Nord kann der Straßenraum entsprechend der neuen Funktion als reine Erschließungsstraße umgestaltet werden.

Dabei wird die Querung des Straßenzuges „Homburger Landstraße – Frankfurter Landstraße (Südost)“ für den Fuß- und Radverkehr in der gesamten Breite ermöglicht.

Die Knotenpunktgestaltung mit Diagonalsperre erlaubt eine deutliche Verringerung der Fahrbahnfläche zugunsten des Fuß- und Radverkehrs. Der Vorbereich bzw. Zugang zum Friedhof kann aufgewertet werden. Optional können hier auch noch Fahrradabstellanlagen (ggf. mit Lademöglichkeiten für Pedelecs) angeboten werden.

Da durch die Diagonalsperre eine erhebliche Vereinfachung des Knotenpunkts und eine deutliche Steigerung der Knotenleistungsfähigkeit erreicht wird, wird diese Variante der weiteren Planung als Entwurfsidee zu Grunde gelegt..

5.2.3 Straßenraum Frankfurter Landstraße, südöstlich Homburger Landstraße (Plan 4-1)

Vorrangige Zielsetzung ist es, eine sichere und attraktive Führung für den Radverkehr als Lückenschluss zwischen der P+R-Anlage Bommersheim und der Adenauerallee zu gewährleisten. Gemäß des Radverkehrskonzeptes Oberursel ist hier ein Lückenschluss (Radschnellverbindung der Kategorie I) mit oberster Priorität geboten.

Dazu sollen die jeweils nordöstlich der Frankfurter Landstraße verlaufenden Geh-/Radwege südlich der P+R-Anlage Bommersheim und nördlich der Homburger Landstraße miteinander verbunden werden. Die Bestandsanalyse hat bereits gezeigt, dass aufgrund der vorhandenen Kfz-Verkehrsbelastungen eine Führung des Radverkehrs im Mischverkehr oder über Schutzstreifen für diesen Abschnitt der Frankfurter Landstraße keine adäquate Lösung darstellt. Für die Führung des Radverkehrs sind daher Radfahrstreifen oder Radwege erforderlich, was bei der vorhandenen Querschnittsbreite eine planerische Herausforderung darstellt. Als Lösung ist einen

Zweirichtungsradweg (mit einer Breite von 3,00 – 3,50 Meter) auf der nordöstlichen Seite der Frankfurter Landstraße entlang des Friedhofs vorgesehen. Die Führung auf der Nordseite hat den Vorteil, dass diese ohne zusätzliche Kreuzung der Frankfurter Landstraße an den vorhandenen Geh-/Radweg südlich der P+R-Anlage Bommersheim angeschlossen werden kann. Der Zweirichtungsradweg sollte allerdings in Fahrtrichtung Frankfurt nicht benutzungspflichtig sein, um Konflikte mit „schnellen“ Radfahrern auf dem abschüssigen Gelände mit den teilweise geringen Radwegbreite zu vermeiden.

Zwischen dem Radweg und der Fahrbahn wird ein Trennstreifen von 0,75 Meter vorgesehen. Das südwestliche Bord der Fahrbahn wird beibehalten. Bei einer verbleibenden Breite von 6,00 m der Kfz-Fahrbahn müssen die vorhandenen Längsparkstände auf diesem Abschnitt der Frankfurter Landstraße komplett entfallen.

Der Fußverkehr wird wie heute auf der Südseite geführt. Für eine Mitnutzung des Radwegs auf der Nordseite reichen die Flächen nicht aus. Da die Nordseite in diesem Abschnitt durchgehend von der Friedhofsmauer begrenzt wird, sind hier keine Ziele für den Fußverkehr vorhanden. Diese Lösung wird daher als ausreichend angesehen.

5.2.4 Knotenpunkte „Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg“ und „Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße“ (Plan 4-1)

Die Knotenpunktfolge „Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg“ und „Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße“ ist im Bestand erheblich überlastet. Um den Verkehrsablauf zu verbessern, werden Kfz-Verkehrsbeziehungen am Knotenpunkt reduziert:

- Der Zimmersmühlenweg wird als Einbahnstraße (Fahrtrichtung Süden) gestaltet.
Für den Radverkehr wird die Gegenrichtung freigegeben und durch eine bauliche Trennung bzw. Trennelemente gesichert.
- Die Linksabbiegemöglichkeiten von der Frankfurter Landstraße in den Zimmersmühlenweg sowie in die Bommersheimer Straße werden unterbunden.

Um die Leistungsfähigkeit der Knotenpunktfolge weiter zu verbessern, werden zusätzliche Haltelinien markiert, damit die Räumzeiten reduziert werden können.

Die vorgeschlagene Lösung ist das Ergebnis einer schrittweisen Veränderung bzw. Reduzierung der zugelassenen Kfz-Verkehrsbeziehungen. Die Modifizierung der Verkehrsführung erfolgte so lange, bis sich im „Carré“ Frankfurter Straße / Zimmersmühlenweg / Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg eine ausreichende Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer eingestellt hat. Die dargestellte Lösung funktioniert sowohl ohne, als auch mit Durchbindung der Nassauer Straße (Infrastrukturmaßnahme M4).

Vor dem Imbiss „Fritten Toni“ werden für die „Laufkundschaft“ in der Frankfurter Landstraße drei Längsparkstände geschaffen, ohne dass der Zwei-Richtungsradweg überfahren werden muss. Diese Stellplätze sind so gestaltet, dass möglichst leicht vorwärts eingeparkt werden kann und zusätzliche Risiken vermeiden werden.

Beide Teilknotenpunkte werden im Zuge der Umgestaltung enger gefasst, so dass Flächen für den Rad- und Fußverkehr gewonnen werden. Die Zufahrt zur P+R-Anlage Bommersheim wird einige Meter nach Norden verlegt, so dass im Schutz der Signalanlage ausgefahren werden kann. Dadurch entfallen allerdings drei Kfz-Stellplätze auf der P+R-Anlage.

Der Zwei-Richtungsradweg wird an dem Teilknotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg“ vorbeigeführt, ohne dass ein Anhalten erforderlich ist. Für den Radverkehr erfolgt eine direkte Verknüpfung mit dem Zimmersmühlenweg in allen Relationen.

Am Teilknoten „Frankfurter Landstraße / Bommersheimer Straße“ wird der Radverkehr direkt auf die P+R-Anlage und von dort weiter zum gemeinsamen Geh-/Radweg in Richtung Frankfurt geführt (Haupttroute).

Durch rechtwinklige Querung der U-Bahntrasse östlich der Bommersheimer Straße wird für beide Fahrtrichtungen ein Anschluss direkt an die Frankfurter Landstraße ermöglicht. Dort wird der Radverkehr auf Schutzstreifen geführt. Der Radverkehr in Fahrtrichtung Frankfurt wird signalgeschützt über die Furt auf die Fahrbahn übergeleitet.

Für Fußgänger werden möglichst direkte Wege angeboten:

- Zur Querung werden an nahezu allen Knotenarmen Fußgängerfurten angelegt.
- Im Zimmersmühlenweg kann außerdem auf der Südseite der U-Bahntrasse die Querung im Schatten des geschlossenen Bahnübergangs erfolgen.
- Südwestlich der Frankfurter Landstraße verläuft ein straßenbegleitender Gehweg. Hier kann auch die U-Bahntrasse gequert werden.

Zusammenfassend bietet diese Lösung am Doppelknoten eine ausreichende Qualität der Verkehrsabwicklung für alle Verkehrsteilnehmer, was eine deutliche Verbesserung gegenüber der Bestandssituation darstellt. Für den Fuß- und Radverkehr können darüber hinaus verkehrssicher, direkte und ausreichend dimensionierte Verbindungen geschaffen werden.

5.2.5 Straßenraum Frankfurter Landstraße, zwischen Bommersheimer Straße und Ludwig-Erhard-Straße (Plan 4-2)

In der Frankfurter Landstraße werden in dem Bereich zwischen der Bommersheimer Straße und Ludwig-Erhard-Straße, in dem sich eine Vielzahl von neuen Nutzungen

ansiedeln wird, beidseitig Schutzstreifen markiert. Die Verkehrsbelastungen lassen dies in diesem Abschnitt zu. Die Breiten für die Einrichtung von Radfahrstreifen oder Radwegen sind hier nicht vorhanden. Außerdem verläuft auf der gegenüberliegenden Seite der Gleistrasse ein kombinierter Geh- und Radweg.

Die Einrichtung von Schutzstreifen erfolgt innerhalb der bestehenden Fahrbahnfläche.

5.2.6 Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg“ (Plan 4-2)

Der Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg“ wird zukünftig vollständig signalisiert. Der Tabaksmühlenweg wird die im Zimmersmühlenweg wegfallende Verkehrsbeziehung Gablonzer Straße – Frankfurter Landstraße teilweise übernehmen. Hierzu soll der Tabaksmühlenweg für den Kfz-Verkehr als Einrichtungsstraße betrieben werden. Dadurch wird der Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg soweit ertüchtigt, dass dieser die Verkehrsmengen mit ausreichender Qualität aufnehmen kann.

Für den Radverkehr bleibt der Tabaksmühlenweg aber in beiden Richtungen befahrbar. Die in den Tabaksmühlenweg linkseinbiegenden Radfahrer werden in der Frankfurter Straße in den Seitenraum ausgeleitet, um signalgeschützt abbiegen zu können. Die bestehende Fußgängerfurt über die Frankfurter Landstraße zur U-Bahn-Haltestelle Bommersheim bleibt erhalten.

5.2.7 Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / In der Riedwiese“ (Plan 4-2)

Die bestehende Planung für den Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / In der Riedwiese“ wird aufgegriffen und nur geringfügig modifiziert.

Der Knotenpunkt bleibt auch zukünftig vorfahr geregelt. Als Gegenüber des Linksabbiegestreifens von der Frankfurter Landstraße in die Riedwiese wird im Bereich der bestehenden U-Bahn-Querung im Schatten des Fahrbahnteilers eine Fläche als Querungshilfe für Rad- und Fußverkehr markiert. Dadurch können diese Verkehrsteilnehmer auf den gemeinsamen Geh-/Radweg auf der nordöstlichen Seite der U-Bahn-Trasse wechseln. Die markierte Fläche bzw. der Inselkopf wird so gestaltet, dass auch landwirtschaftlicher Verkehr die U-Bahn-Querung in allen Richtungen nutzen kann.

5.2.8 Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Ludwig-Erhard-Straße“ (Plan 4-2)

Die bestehende Planung für den Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Ludwig-Erhard-Straße“ wird aufgegriffen und nur geringfügig modifiziert.

Der Knotenpunkt wird signalisiert – gegebenenfalls kann durch das Signalprogramm eine Pfortnerung erfolgen, um – insbesondere bei Durchbindung zur Nassauer Straße – ein Teil des gebietsfremden Kfz-Verkehrs auf die Gablonzer Straße zu verlagern.

Die in der Frankfurter Landstraße verlaufenden Schutzstreifen für den Radverkehr enden (bzw. beginnen) im Knotenpunkt.

In der Ludwig-Erhard-Straße wird auf der Südostseite ein Gehweg vorgesehen und der Zwei-Richtungsradweg bis zur Frankfurter Straße verlängert. Die Überleitung zum Schutzstreifen in der Fahrbahn der Frankfurter Landstraße erfolgt signalgeschützt über eine eigene Knotenzufahrt.

Um dem Radverkehr auf der Frankfurter Landstraße in Fahrtrichtung Oberursel eine möglichst sichere Überleitung auf das nur einseitige Radverkehrsangebot entlang der Ludwig-Erhard-Straße zu ermöglichen, sollte der Abschnitt erst ab dem Kreisverkehr (Gablonzer Straße) benutzungspflichtig sein. Auf diese Weise kann der Radverkehr am LSA-Knoten „normal“ linksabbiegen und den Kreisverkehr als sichere Überleitung auf den Radweg nutzen. Alternativ könnte auch am rechten Fahrbahnrand der Frankfurter Straße eine Ausleitung in den Seitenraum geschaffen werden und die Querung über eine Furt erfolgen (analog zum Knotenpunkt „Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg“).

5.2.9 Straßenraum Zimmersmühlenweg (Plan 4-3)

Der Zimmersmühlenweg wird als Einbahnstraße für den Kfz-Verkehr gestaltet (Fahrtrichtung Süden). Die Gehwegborde bleiben unverändert. Die Fahrbahnfläche wird zugunsten des Radverkehrs umverteilt, so dass für Radfahrende in beiden Fahrtrichtungen ein 2,50 Meter breiter Radfahrstreifen zur Verfügung steht. Entgegen der Fahrtrichtung des Kfz-Verkehrs ist dieser durch Trennelemente von der Fahrbahn getrennt (Grundstückszufahrten verhindern eine vollständige bauliche Trennung zur Fahrbahn).

5.2.10 Knotenpunkt „Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg“ (Plan 4-3)

Der Knotenpunkt „Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg“ ist bereits im Bestand signalisiert. Dabei reicht ohne Durchbindung der Gablonzer Straße zur Nassauer Straße in der südwestlichen Zufahrt des Zimmersmühlenweges ein Fahrstreifen aus. Bei Durchbindung ist hier jedoch ein zweiter Fahrstreifen (Linksabbiegestreifen) erforderlich.

In der nördlichen Zufahrt des Zimmersmühlenweges müssen die Längsparkstände auf der Westseite der Fahrbahn entfallen, da hier ein eigenständiger Linksabbiegestreifen benötigt wird. Zugunsten des Radverkehrs wird in dieser Knotenpunktzufahrt ein aufgeweiteter Aufstellstreifen für Radfahrende vorgesehen. Damit kann wahlweise ein direktes und indirektes Linksabbiegen auf den Zweirichtungsradweg in der Gablonzer Straße erfolgen.

Für linkseinbiegende Radfahrer in den nördlichen Abschnitt des Zimmersmühlenweges wird im Knotenpunktbereich eine Aufstellfläche geschaffen.

Im südlichen Abschnitt des Zimmersmühlenweg wird der Radverkehr in beiden Richtungen auf Schutzstreifen geführt.

Sofern im Zuge der Durchbindung der Gablonzer Straße in dieser Knotenpunktzufahrt ein zweiter Abbiegestreifen erforderlich wird, müssen Radfahrende in Fahrtrichtung Norden im Knotenpunktbereich auf einem getrennten Geh-/Radweg geführt werden (siehe Vignette in Plan 4-3). Dazu ist in geringem Umfang Grunderwerb erforderlich.

5.2.11 Straßenraum Tabaksmühlenweg (Plan 4-3)

Der Tabaksmühlenweg wird als Einbahnstraße für den Kfz-Verkehr gestaltet. Dies erfolgt in Fahrtrichtung Norden, also in entgegengesetzter Richtung als im Zimmersmühlenweg. Die Gehwegborde bleiben unverändert. Für den Radverkehr wird entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung des Kfz-Verkehrs ein 2,50 Meter breiter Radfahrstreifen markiert. Das Parken am Fahrbahnrand entfällt im Tabaksmühlenweg. Hierdurch kann zusätzlich zu einem flüssigen Verkehrsablauf eine ausreichende verfügbare Gehwegbreite für den Fußverkehr sichergestellt werden.

5.2.12 Knotenpunkt „Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg“ (Plan 4-3)

Der Knotenpunkt „Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg“ wird zukünftig signalisiert, um eine sichere Führung insbesondere des Rad- und Fußverkehrs zu gewährleisten.

Der Tabaksmühlenweg wird auch südwestlich der Gablonzer Straße als Einbahnstraße gestaltet. Dadurch werden im Knotenpunktbereich Aufstellflächen für zu Fuß Gehende und Radfahrende gewonnen. Dazu wird das westliche Bord in der südöstlichen Gablonzer Straße in den Bereich des Knotenpunktes verschoben.

Der Radverkehr wird von dem nordöstlichen Abschnitt des Tabaksmühlenweges über eine Furt mit dem Zwei-Richtungsradweg in der Gablonzer Straße verknüpft.

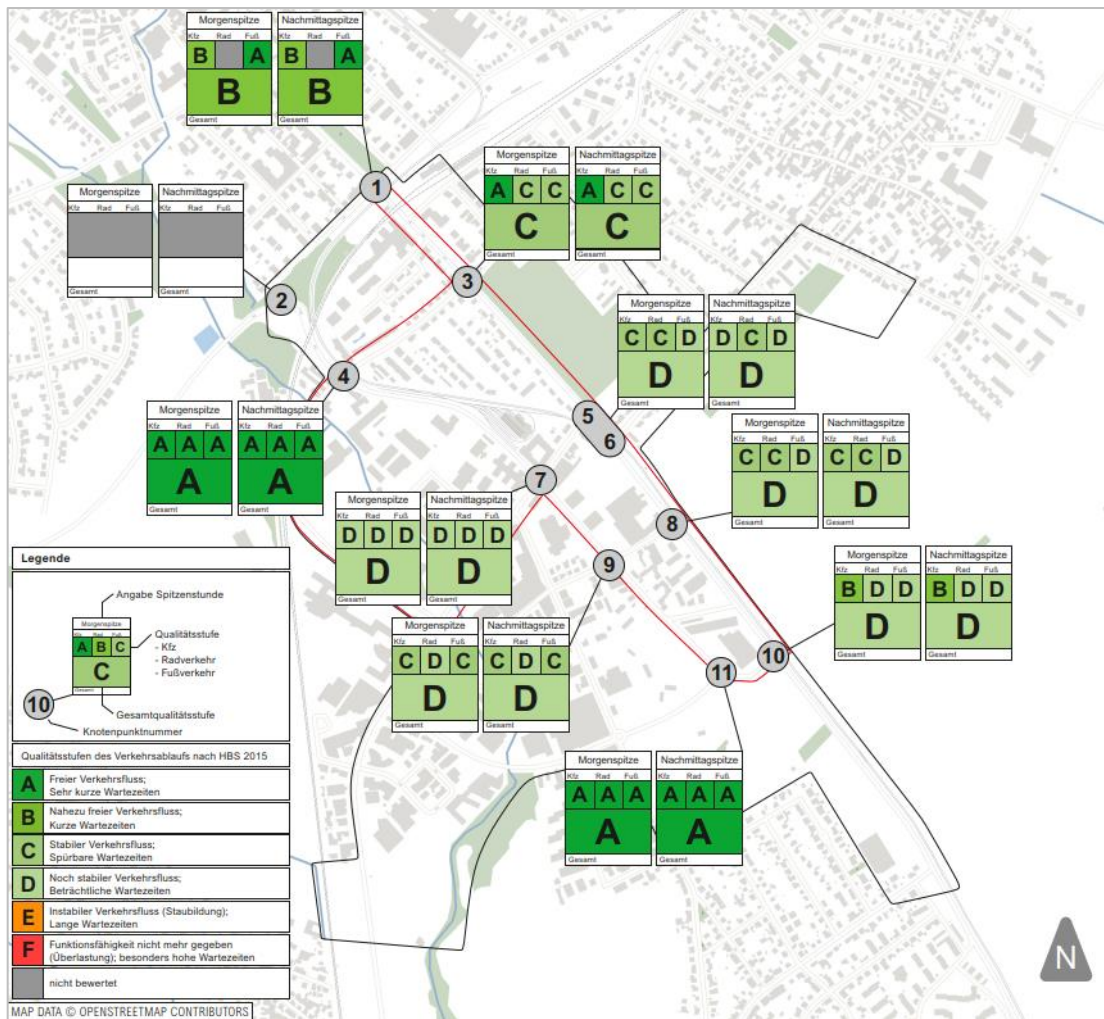
5.3 Gesamtkonzept

Das Gesamtkonzept stellt eine umfassende Lösung für die festgestellten Mängel bei der Verkehrsabwicklung dar.

Das Angebot im Fuß- und Radverkehr wird deutlich verbessert, für alle maßgebenden Verkehrsbeziehungen sind nunmehr attraktive, direkte und verkehrssichere Angebote vorhanden.

Die bestehenden Defizite bei der Verkehrsabwicklungsqualität an mehreren Knotenpunkten (Fuß-Rad- und Kfz-Verkehr) werden durch das Konzept behoben. Die Knotenpunkte sind ausreichend leistungsfähig und können auch die zukünftig zu erwartenden Verkehrszunahmen aufnehmen. Die Ergebnisse der Bewertung nach HBS 2015 sind für das Gesamtkonzept (ohne Durchbindung Nassauer Straße) in **Abbildung 31** dargestellt.

Abbildung 31 Qualität der Verkehrsabwicklung bei Umsetzung des Konzepts, Prognosehorizont 2030.



Quelle: ZIV GmbH, Plangrundlage OSM

Bei der Durchbindung der Nassauer Straße bleibt mit Ausnahme des Knotenpunkts Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg die Qualität der Verkehrsabwicklung ebenfalls mindestens ausreichend. Am Knotenpunkt Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg ist in diesem Fall ggf. ein zusätzlicher Fahrstreifen für den Kfz-Verkehr in der südlichen Zufahrt des Zimmersmühlenwegs erforderlich, was auch zu einer Veränderung der geplanten Radverkehrsführung an diese Stelle führen wird (vgl. Kap. 5.2.10). Nachgewiesen wurde, dass die Machbarkeit gegeben ist, allerdings hierzu voraussichtlich Grunderwerb vorzunehmen ist. Einzelheiten sind im Rahmen der Planung für die Durchbindung der Nassauer Straße zu klären.

Bei der Umsetzung des Konzepts wird daher auch die Erschließung der hier berücksichtigten Entwicklungsvorhaben ermöglicht und sichergestellt und gleichzeitig die Voraussetzungen für ein umweltfreundliches Mobilitätsverhalten der künftigen Bewohner und Nutzer geschaffen.

Darüber hinaus bietet das Konzept Potentiale zur städtebaulichen / freiraumplanerischen Aufwertung heute stark vom Kfz-Verkehr geprägter Räume. Hervorzuheben ist hier der Knotenpunkt Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße und die nördliche Frankfurter Landstraße, aber auch am Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg und im Bereich der U-Bahn-Haltestelle Bommersheim sind Potentiale zur Aufwertung des Raums vorhanden.

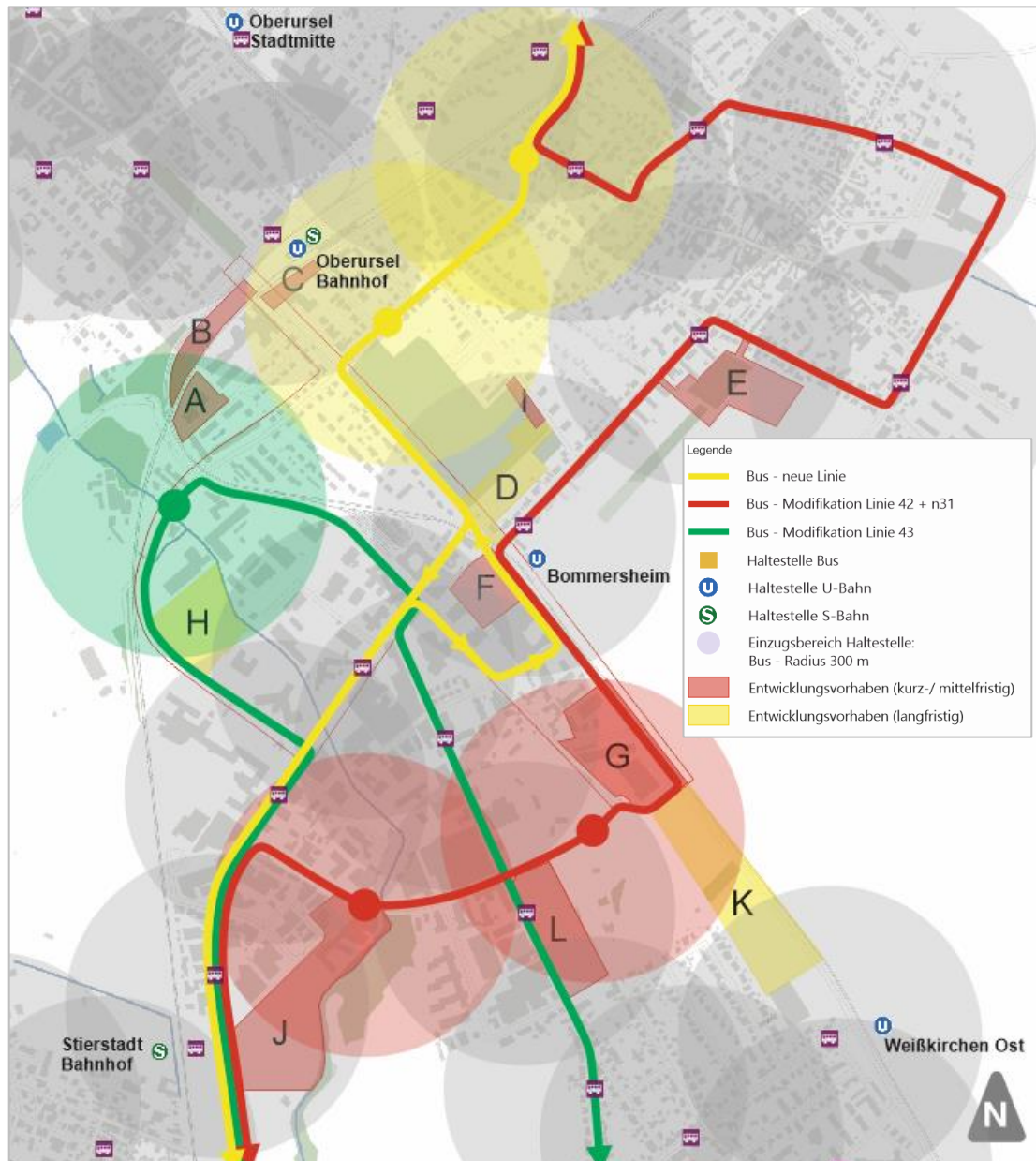
Für den Kfz-Verkehr entstehen durch die veränderte Verkehrsführung teilweise geringfügige Umwege. Die Erreichbarkeit aller Ziele ist aber weiterhin auch im Kfz-Verkehr gegeben. Durch die Verbesserung der Qualität der Verkehrsabwicklung, können die heute in der Hauptverkehrszeit auftretenden Verlustzeiten im Kfz-Verkehr zudem deutlich reduziert werden.

Für das Konzept muss abschnittsweise Straßenrandparken im öffentlichen Straßenraum entfallen. Dies betrifft die Frankfurter Landstraße zwischen Homburger Landstraße und Zimmersmühlenweg. Verkehrsteilnehmer müssen - sofern sie über keine Abstellmöglichkeiten auf das bewohnte Grundstück verfügen – auf die Damaschke Straße ausweichen. Im Tabaksmühlenweg entfällt im Abschnitt zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße ebenfalls das Straßenrandparken im öffentlichen Straßenraum. Hier stehen Abstellmöglichkeiten auf privaten Grundstücken zur Verfügung.

Die bestehende Buslinienführung ist bei dem Konzept nicht mehr möglich. Es wurde daher ein alternatives Erschließungskonzept für den Buslinienverkehr entwickelt, welches die festgestellten Erschließungsdefizite behebt.

Des Weiteren bestehen Überlegungen für einen zusätzlichen U-Bahn-Haltepunkt im Bereich Frankfurter Landstraße/ Ludwig-Erhard-Straße.

Abbildung 32 Linien- und Haltestellenkonzept Busverkehr



5.4 Kosten

Für die geplante Gesamtmaßnahme wurde überschlägig ein Kostenrahmen ermittelt.

Darin enthalten sind auch Aufwendungen, die zum Teil nur mittelbar mit der Maßnahme zu tun haben. Nach Angaben der Stadt Oberursel haben im Bereich der Maßnahme einige Signalanlagen ihre Lebenserwartung erreicht und müssten ohnehin zeitnah erneuert werden. In der Kostenermittlung ist dementsprechend der Neubau dieser Anlagen angesetzt. Wenn die fällige Erneuerung der Anlagen mit der

geplanten Umgestaltung zusammengelegt wird, kann die Umgestaltung der Signalanlagen nahezu kostenneutral erfolgen.

Die Maßnahme wurde überwiegend bestandsnah konzipiert. Zur Umsetzung sind in vielen Bereichen lediglich Änderungen der Fahrbahnmarkierungen erforderlich. Um Phantom-Markierungen (d.h. alte Markierungen sind insbesondere bei Nässe und Dunkelheit noch deutlich erkennbar) zu vermeiden, empfiehlt sich eine Deckenerneuerung der umzumarkierenden Bereiche. Neben diesem Beitrag zur Verkehrssicherheit wird hierdurch auch eine Instandhaltungsmaßnahme der Fahrbahnen geleistet.

In Summe belaufen sich die gesamten Herstellungskosten auf rund 2,4 Mio. € netto (2,85 Mio. € brutto). Inklusiv Planung und Bauleitung sind es brutto rund 3,3 Mio. €. Eine Übersicht der Kosten differenziert in Teilbereiche gibt Tabelle 2 wieder.

Tabelle 2 Übersicht Kostenrahmen

Teilbereich	Herstellungskosten brutto gerundet [€]
Abschnitt 1: Homburger Landstraße - Friedhof - Bommersheimer Straße	1.320.000
Abschnitt 2: Frankfurter Landstraße, Bommersheimer Straße bis Beginn bestehende Umbauplanung	479.000
Abschnitt 2b: Mehrkosten gegenüber bestehender Umbauplanung Frankfurter Landstraße	15.000
Abschnitt 3: Zimmersmühlenweg - Gablonzer Straße	512.000
Abschnitt 4: Zimmersmühlenweg - Gablonzer Straße	440.000
Abschnitt 5: Rad- und Gehweg Ludwig-Erhard-Straße - Frankfurter Landstraße	83.000
Summe Herstellungskosten	2.849.000

Die vollständige Herleitung der Kosten und der zugrunde liegenden Annahmen ist in **Anlage 4.4** angegeben.

6 Stufenweise Umsetzung

Teil der Aufgabenstellung war ein Konzept zur stufenweisen Umsetzung zu erarbeiten, welches schrittweise mit der Realisierung der geplanten Entwicklungsvorhaben die Erschließung dieser Vorhaben sicherstellen kann.

Im Rahmen der Analyse hat sich gezeigt, dass die Defizite an mehreren Stellen so groß sind, dass die Erschließung von Entwicklungsvorhaben ohne weiteres nicht möglich sein wird. Dies betrifft weniger die direkte Anbindung der Vorhaben an das übergeordnete Straßennetz, sondern die Abwicklung des Verkehrsaufkommens über die maßgebenden Knotenpunkte im Verlauf der Frankfurter Landstraße.

Auch eine schrittweise Umsetzung des Verkehrskonzepts ist nur bedingt möglich. Die vollständige Beseitigung der bestehenden Überlastung von einzelnen Verkehrsanlagen tritt erst nach vollständiger Umsetzung des Konzepts ein. Zwischenzeitlich kann durch die Umwidmung von Kfz-Verkehrsflächen sogar eine Verschlechterung gegenüber der bestehenden Situation auftreten. Daher wird grundsätzlich empfohlen, das gesamte Verkehrskonzept für den Untersuchungsbereich „Frankfurter Landstraße / Gablonzer Straße“ möglichst zügig umzusetzen.

Unabhängig davon wurde ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung entwickelt, bei der die Vorteile des Konzepts möglichst frühzeitig realisiert werden können. Ferner wurden die Abhängigkeit mit der Umsetzung von Entwicklungsvorhaben berücksichtigt.

Dieses Umsetzungskonzept ist nachfolgend dargestellt (vgl. auch **Anlage 5**):

Schritt 1: Umbau Frankfurter Landstraße zwischen Zimmersmühlenweg und Homburger Landstraße

Im ersten Schritt wird die Frankfurter Landstraße im Abschnitt nördlich des Zimmersmühlenwegs bis zur Homburger Landstraße umgebaut. Voraussetzung ist, dass nach Fertigstellung eine nutzbare (temporäre) Radverbindung bis zur P+R-Anlage Bombersheim geschaffen werden kann.

Damit die erforderlichen Flächen für die Bautätigkeit zur Verfügung stehen, kann während der Bauzeit ein Einrichtungsverkehr in Fahrtrichtung Norden vorgesehen werden. Die Gegenrichtung könnte dann während der Bautätigkeit sofern erforderlich über den Gattenhöferweg abgewickelt werden (Einrichtungsverkehr im Gattenhöferweg, Aufhebung Durchfahrtsperre, Bahnquerung muss noch nutzbar sein). Die Diagonalsperre kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingerichtet werden.

Nach Fertigstellung steht somit die durchgehende Radverkehrsverbindung in beiden Fahrtrichtungen zur Verfügung, welche eine gravierende Lücke im bestehenden Radwegenetz der Stadt Oberursel schließt. Die Frankfurter Landstraße wird in

Zweirichtungsverkehr (für Kfz) betrieben. Die Verkehrsführung im Gattenhöferweg kann wieder wie im Bestand erfolgen. Am Knotenpunkt Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße muss zumindest der Linksabbieger von der Frankfurter Landstraße in den Gattenhöferweg entfallen (und die Signalsteuerung angepasst werden). Diese Verkehrsbeziehung ist z.B. über die Hauffstraße oder Uhlandstraße abzuwickeln.

Am Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Zimmersmühlenweg sind alle Verkehrsbeziehungen wie im Bestand.

Schritt X1: Abschließender Umbau Knotenpunkt Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße

Der abschließende Umbau des Knotenpunkts Homburger Landstraße / Frankfurter Landstraße kann nach der ersten Stufe zu einem beliebigen Zeitpunkt erfolgen. Direkte Abhängigkeiten mit weiteren Maßnahmen des Gesamtkonzepts bestehen nicht. Empfohlen wird, den abschließenden Umbau des Knotenpunktes mit dem Entwicklungsvorhaben „Gleisdreieck“ (B) zu verbinden, da mit diesem Vorhaben die Verkehrsfunktion der nördlichen Frankfurter Landstraße abgestuft wird.

Schritt 2: Umbau Tabaksmühlenweg und Knotenpunkt Gablonzer Straße / Tabaksmühlenweg.

Im nächsten Schritt kann der Tabaksmühlenweg so umgebaut werden, dass dieser seine zukünftige Verkehrsfunktion übernehmen kann. Während des Umbaus ist die Bedeutung für die Kfz-Verkehrsabwicklung vergleichsweise gering, was den Umbau vereinfacht (gegenüber dem Umbau zu einem späteren Zeitpunkt).

Nach Fertigstellung ist der Tabaksmühlenweg, einschließlich der Knotenpunkte, mit der Gablonzer Straße als Einbahnstraße für den Kfz-Verkehr zwischen Gablonzer Straße und Frankfurter Landstraße fertiggestellt. Um das Radverkehrsangebot im Tabaksmühlenweg vollständig nutzen zu können, ist die Umsetzung von Schritt 3 erforderlich (Umbau Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Tabaksmühlenweg).

Schritt 3: Umbau der Frankfurter Landstraße zwischen Zimmersmühlenweg und Ludwig-Erhard-Straße

Anschließend kann zu einem geeigneten Zeitpunkt die Frankfurter Landstraße südlich des Zimmersmühlenwegs umgebaut werden. Hierzu sollten die für den Umbau erforderlichen Flächen im Bereich des Entwicklungsvorhabens „Südlicher alter Friedhof“ (D) zur Verfügung stehen!

Damit die erforderlichen Bauflächen während des Umbaus zur Verfügung stehen, kann ein Einbahnstraßensystem eingerichtet werden. Kfz-Verkehr in Fahrtrichtung Süden wird vollständig über den Zimmersmühlenweg abgewickelt, der Kfz-Verkehr in

Fahrtrichtung Norden verbleibt auf der Frankfurter Landstraße. Der Zimmersmühlenweg wird zur Aufnahme der südlichen Fahrtrichtung als Einbahnstraße genutzt. Der Tabaksmühlenweg kann den zusätzlichen Verkehr aus dem Zimmermühlenweg, der nicht mehr in Fahrtrichtung Frankfurter Landstraße abfließen kann, entsprechend aufnehmen. Im südlichen Abschnitt der Frankfurter Landstraße plant die Stadt Oberursel ohne hin eine Umgestaltung der Strecke, die ein den Bauablauf zu integrieren ist. Im Vergleich zum vorliegenden Konzept ist lediglich die Anpassung von Markierungen erforderlich. Sofern die von Stadt geplante Umgestaltung zeitlich vor Schritt erfolgt, beschränken die Maßnahmen im Schritt 3 sich für diesen Abschnitt auf Markierungsarbeiten. Hierfür kann ggf. die Verkehrsführung im Zweirichtungsverkehr aufrechterhalten werden.

Anschließend ist die Frankfurter Landstraße mit ihren Knotenpunkten vollständig umgebaut. Die Verkehrsführung entspricht der des Gesamtkonzepts. Nur der Zimmersmühlenweg ist noch nicht im Endzustand umgebaut.

Schritt 4: Umbau Zimmersmühlenweg mit Knotenpunkten

Als letzter Schritt werden der Zimmersmühlenweg und die Knotenpunkte mit der Frankfurter Landstraße und Gablonzer Straße umgebaut. Es handelt sich hierbei weitgehend um Markierungsarbeiten (ggf. Deckenerneuerung). Diese können voraussichtlich unter Verkehr durchgeführt werden, zu diesem Zeitpunkt ist für den Kfz-Verkehr nur noch die Fahrtrichtung Frankfurter Landstraße → Gablonzer Straße vorhanden.

Schritt X2: Umbau Ludwig-Erhard-Straße

Der Umbau der Ludwig-Erhard-Straße (Ergänzung Fuß- und Radinfrastruktur) ist unabhängig von den weiteren Umsetzungsschritten. Sie soll spätestens im Rahmen der Realisierung des Entwicklungsvorhabens „Südlicher Riedwiese“ (K) umgesetzt werden.

Abschließende Hinweise

Die Umsetzung soll im Rahmen der weiteren Planung konkretisiert werden. Eine andere Abfolge der Baumaßnahmen ist grundsätzlich denkbar. Weitere Aufgaben, wie z.B. Kanalarbeiten, können einen anderen Ablauf auch erforderlich machen. Die definierten Übergangslösungen zwischen zwei Baumaßnahmen sind ausdrücklich Interimslösungen, deren Dauer möglichst kurz gehalten werden soll.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass insbesondere die Realisierung der Entwicklungsvorhaben mit hohem Verkehrsaufkommen möglichst erst nach der vollständigen Umsetzung des Gesamtkonzepts erfolgen soll. Dies betrifft nach derzeitigem

Kenntnisstand insbesondere die Vorhaben „Mutter-Teresa-Straße (E), „Mainkraftwerk (F) und „Neumühle“ (J).

7 Zusammenfassung

Das Gebiet rund um die Frankfurter Landstraße wird in den nächsten Jahren um mehrere Entwicklungsvorhaben wachsen und damit zusätzliche Verkehre erzeugen. Schon heute befinden sich mehrere Knotenpunkte an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den Untersuchungsraum soll die Nahmobilität fördern und die Leistungsfähigkeit sicherstellen.

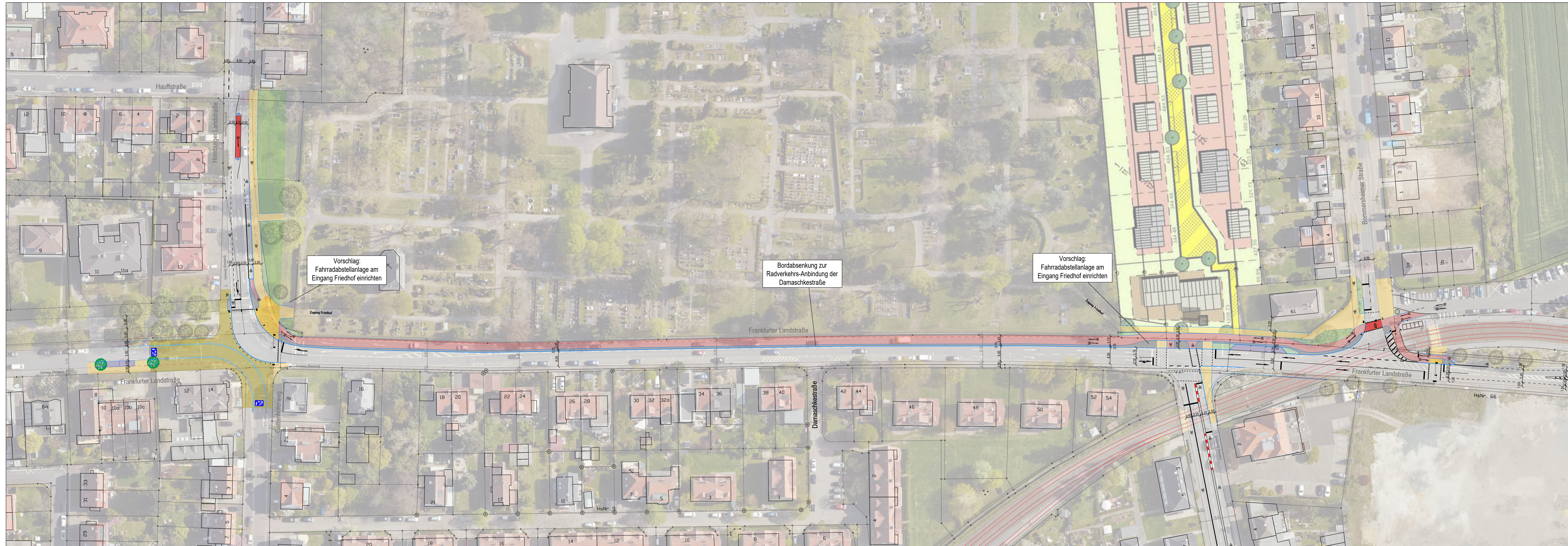
Die Verkehrsuntersuchung der Frankfurter Landstraße in Oberursel beginnt mit einer umfassenden Bestandsanalyse. Neben der Mängelanalyse und dem daraus entstehenden Handlungsbedarf, werden auch zahlreiche Voruntersuchungen und Konzepte berücksichtigt und eingearbeitet. Neue Entwicklungsvorhaben im Untersuchungsgebiet, sowie Vorüberlegungen zu Infrastrukturmaßnahmen werden näher betrachtet und im Gesamtkonzept berücksichtigt. Für die Entwicklungsvorhaben wurde eine Verkehrserzeugung in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber durchgeführt und mithilfe des Verkehrsmodells der Stadt Oberursel dargestellt.

Hierauf aufbauend wurden mehrere Varianten zur Verkehrsführung im Bereich Oberursel Frankfurter Landstraße erarbeitet. Vor- und Nachteile wurden aufgezeigt und in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber eine Vorzugsvariante für die Herstellung einer leistungsfähigen Verkehrsabwicklung erstellt.

Das Gesamtkonzept beinhaltet eine hochwertige Radverbindung entlang der Frankfurter Straße sowie Radverkehrsanlagen an den signalisierten Knotenpunkten. Am Knotenpunkt Homburger Landstraße/Frankfurter Landstraße ist die Einrichtung einer Diagonalsperre vorgesehen, die vor allem den Verkehrsfluss verbessert. Ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist der Zweirichtungsradweg entlang der Frankfurter Straße. Am Doppelknotenpunkt Frankfurter Landstraße/Bommersheimer Straße/Zimmersmühlenweg werden durch die Neuordnung der Verkehre, u.a. mit Einrichtungsstraßensystem, kürzere Umlaufzeiten erreicht und die Leistungsfähigkeit sichergestellt. Das Konzept umfasst auch erste Überlegungen zur Führung der lokalen Buslinien und stellt die Erreichbarkeit der Quell- und Zielorte verkehrsmittelübergreifend sicher.

Zusammenfassend ist durch das ausgearbeitete Gesamtkonzept kann eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit erreicht werden. Zusätzlich sind bedeutende Vorteile für den Rad- und Fußverkehr geschaffen worden.

Die Umsetzung des Konzeptes kann stufenweise erfolgen. Erste Überlegungen für eine sinnvolle Herstellung des Gesamtkonzepts sind ebenfalls aufgeführt. Die Vorzüge des Gesamtkonzepts werden mit in vollem Umfang mit dem Abschluss aller Baumaßnahmen erreicht.



Vorschlag:
Fahrradabstellanlage am
Eingang Friedhof einrichten

Bordabsenkung zur
Radverkehrs-Anbindung der
Damaschkestraße

Vorschlag:
Fahrradabstellanlage am
Eingang Friedhof einrichten

Verkehrsuntersuchung
Frankfurter Landstraße
Oberursel

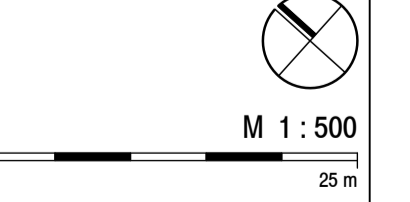
4.1



Legende

- Gehweg
- Gehweg (Radfahrer frei)
- Radweg
- Geh- und Radweg
- Parken
- Fahrbahnteiler
- Grünfläche
- Bordsteinkante (Bestand)
- Bordsteinkante (Rückbau)
- Bordsteinkante (Planung)
- Baum (Bestand)
- Baum (Planung)

Hinweis Plangrundlage:
Kästner und Löffel, Stadt Oberursel, Stand 01.11.2019
Der Planung liegt keine Vermessung zugrunde, alle Maße sind in
der Örtlichkeit zu prüfen. Abweichungen im Dezimeter-Bereich
sind möglich.





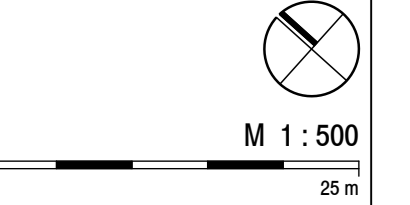
Bestehende Planung im Bereich der Sperrfläche anpassen. Geschützte Quermöglichkeit für den Radverkehr herstellen. Fahrbahnteiler ggf. für linkslenkenden Traktor mit Anhänger anpassen.

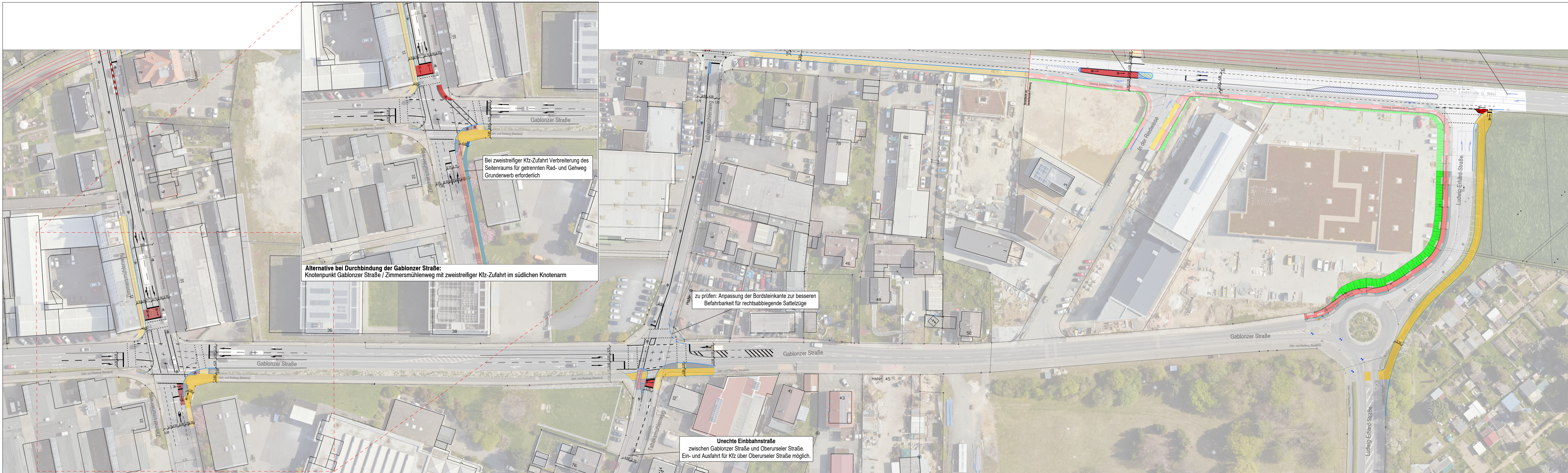
Für Radverkehr auf Frankfurter Landstraße aus Richtung Frankfurt Überleitung auf Ludwig-Erhard-Straße prüfen:
 • Abbiegetasche anlag Einmündung Tabaksmühlenweg oder
 • Führung als Linksabbieger auf Fahrbahn (analog Kfz-Verkehr) und Überleitung auf Radweg erst im Kreisverkehr Ludwig-Erhard- / Gablonzer Straße

Legende

- Gehweg
- Gehweg (Radfahrer frei)
- Radweg
- Geh- und Radweg
- Parken
- Fahrbahnteiler
- Grünfläche
- Bordsteinkante (Bestand)
- Bordsteinkante (Rückbau)
- Bordsteinkante (Planung)
- Baum (Bestand)
- Baum (Planung)

Hinweis Plangrundlage:
Kataster und Luftbild Stadt Oberursel, Stand 01.11.2019
Der Planung liegt keine Vermessung zugrunde, alle Maße sind in der Örtlichkeit zu prüfen. Abweichungen im Dezimeter-Bereich sind möglich.





Alternative bei Durchbindung der Gablonzer Straße:
Knotenpunkt Gablonzer Straße / Zimmersmühlenweg mit zweistreifiger Kfz-Zufahrt im südlichen Knotenarm

Bei zweistreifiger Kfz-Zufahrt Verbreiterung des Seitenraums für getrennten Rad- und Gehweg
Grundenwerb erforderlich

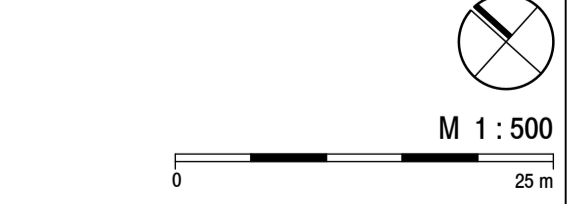
zu prüfen: Anpassung der Bordsteinkante zur besseren
Befahrbarkeit für rechtsabbiegende Sattelzüge

Unechte Einbahnstraße
zwischen Gablonzer Straße und Oberurseler Straße.
Ein- und Ausfahrt für Kfz über Oberurseler Straße möglich.

Legende

- Gehweg
- Gehweg (Radfahrer frei)
- Radweg
- Geh- und Radweg
- Parken
- Fahrbahnteiler
- Grünfläche
- Bordsteinkante (Bestand)
- Bordsteinkante (Rückbau)
- Bordsteinkante (Planung)
- Baum (Bestand)
- Baum (Planung)

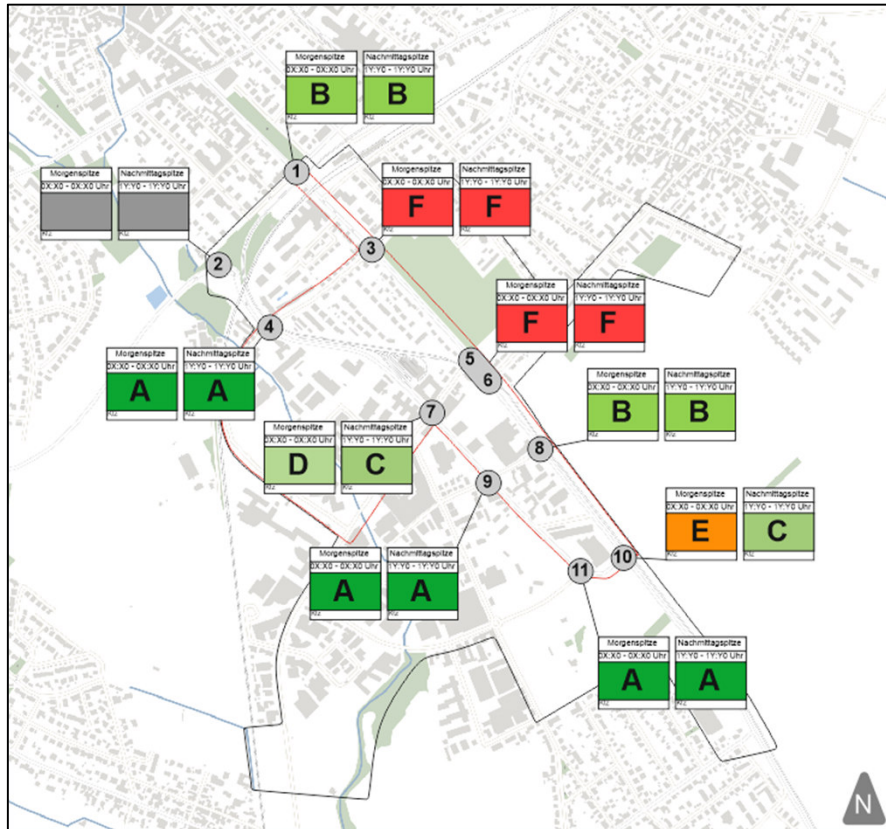
Hinweis Plangrundlage:
Rastler und Lubold Stadt Oberursel, Stand 01.11.2019
Die Planung liegt keine Vermessung zugrunde, alle Maße sind in
der Örtlichkeit zu prüfen. Abweichungen im Dezimeter-Bereich
sind möglich.



Verkehrsuntersuchung Frankfurter Landstraße - Sachstand -



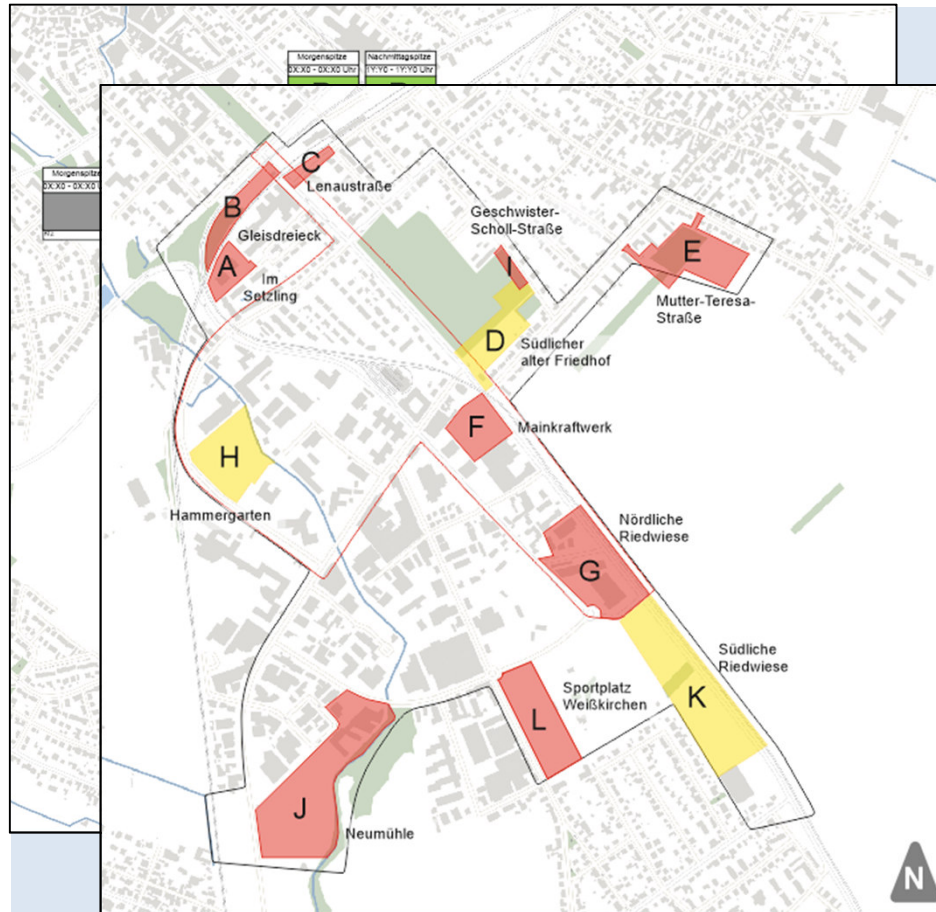
Ausgangssituation



Probleme heute:

- QSV F = Verkehrssystem nicht leistungsfähig bzw. überlastet (Kfz + Fußgänger)
- Radinfrastruktur ungenügend
- Querungsmöglichkeiten für Fußgänger mangelhaft
- LSA Frankfurter Landstr. / Zimmersmühlenweg
 - lange „Totzeiten“
 - sanierungsbedürftig

Ausgangssituation



Probleme heute:

- QSV F = Verkehrssystem nicht leistungsfähig bzw. überlastet (Kfz + Fußgänger)
- Radinfrastruktur ungenügend
- Querungsmöglichkeiten für Fußgänger mangelhaft
- LSA Frankfurter Landstr. / Zimmersmühlenweg
 - lange „Totzeiten“
 - sanierungsbedürftig

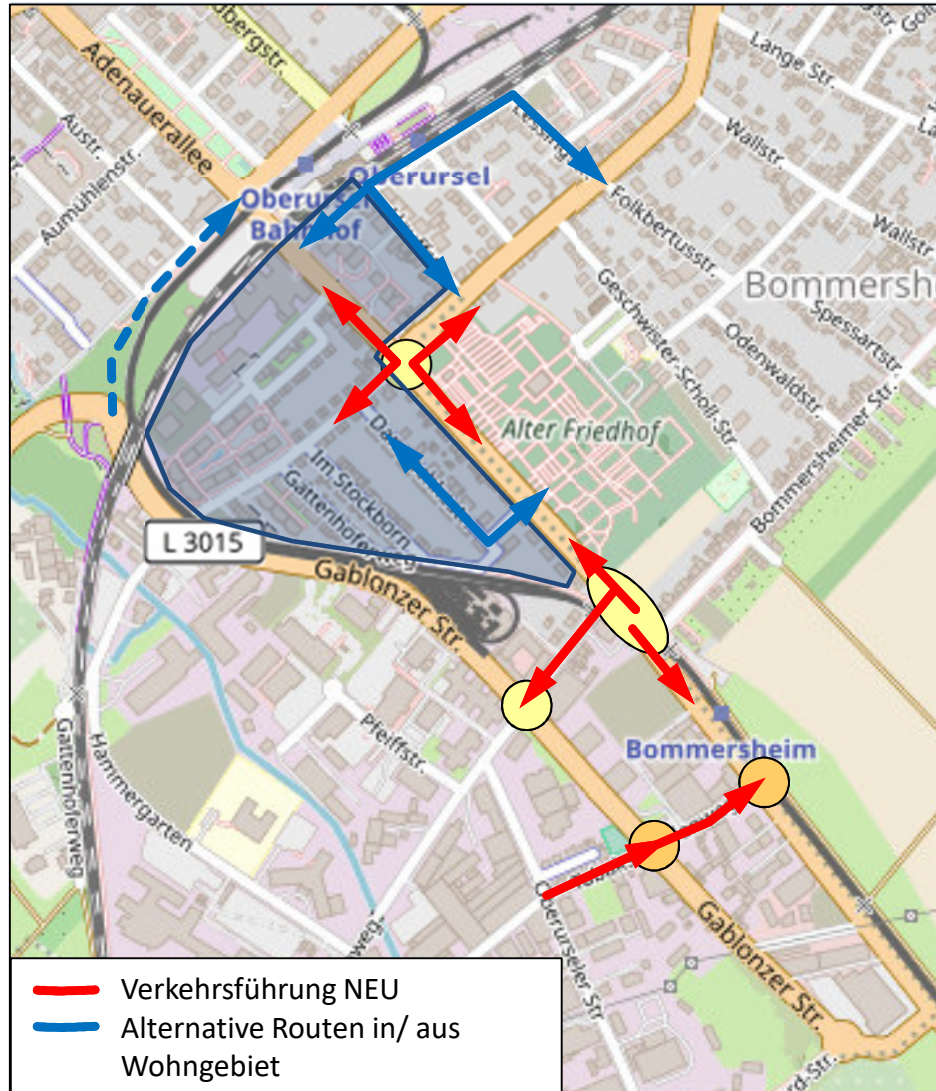
Entwicklung (2020+):

- 12 Bauvorhaben Wohnen + Gewerbe umgesetzt/ geplant
 - ca. 520 WE
 - ca. 500 bis 900 APL
 - ca. 4.100 bis 5.600 Kfz/Tag

Ausgangssituation



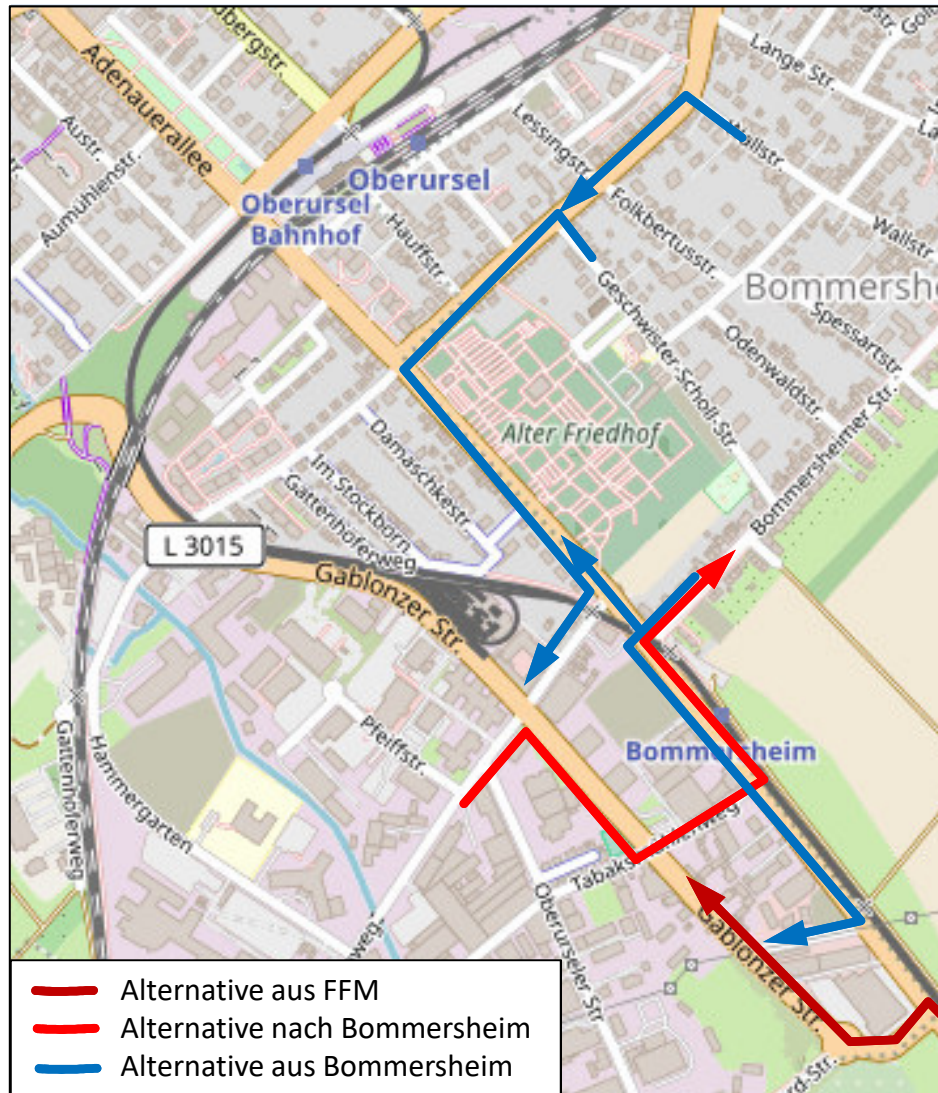
Lösungskonzept (MIV)



Maßnahmen:

- Einbahnstraßenpaar: Zimmersmühlenweg Ri. Süd + Tabaksmühlenweg Ri. Nord
- Knoten Frankfurter Landstr. / Zimmersmühlenweg schlanker: Reduzierung Zwischenzeiten
- Aufwertung Tabaksmühlenweg: 2 neue LSA an Anbindungen
- Diagonalsperre Frankfurter Landstr. / Homburger Landstr.

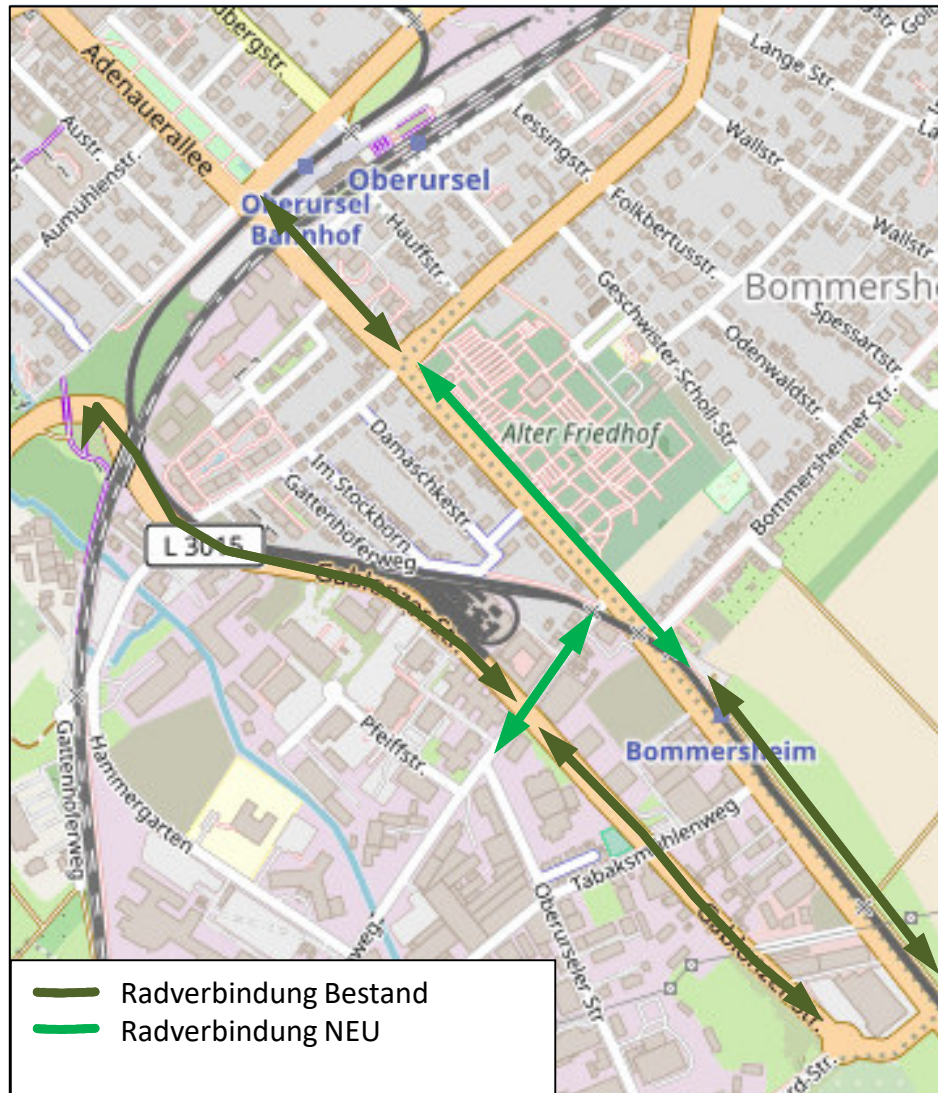
Lösungskonzept (MIV)



Maßnahmen:

- Einbahnstraßenpaar: Zimmersmühlenweg Ri. Süd + Tabaksmühlenweg Ri. Nord
- Knoten Frankfurter Landstr. / Zimmersmühlenweg schlanker: Reduzierung Zwischenzeiten
- Aufwertung Tabaksmühlenweg: 2 neue LSA an Anbindungen
- Diagonalsperre Frankfurter Landstr. / Homburger Landstr.

Lösungskonzept (Rad, Fußgänger)



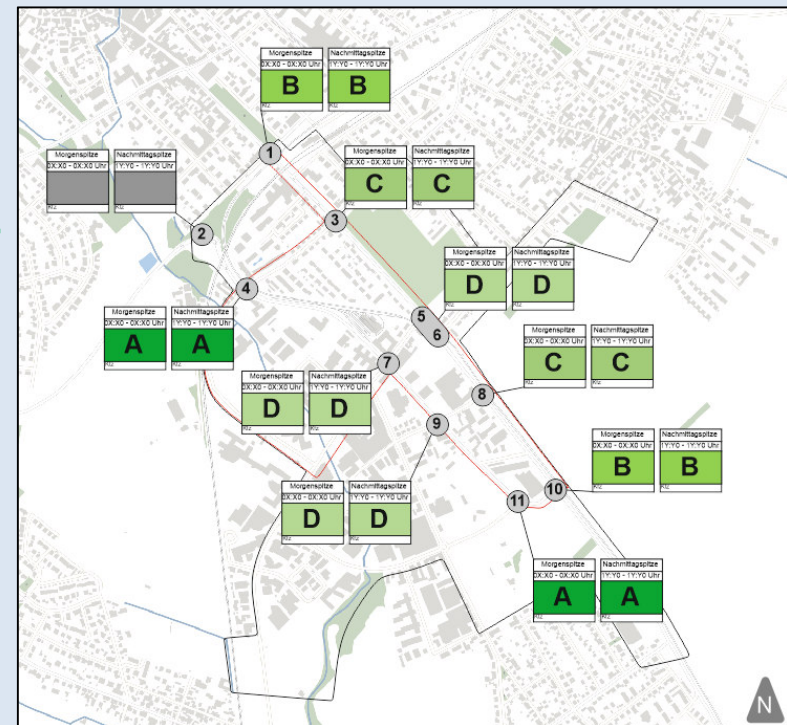
Maßnahmen:

- Zweirichtungsradweg entlang Friedhof (Lückenschluss)
- Schutzstreifen für Radfahrer u.A. im Zimmersmühlenweg
- neue Querungen für Passanten
- Anpassung der Buslinienführung

Spürbare Verbesserungen

Ergebnis:

- Verkehrssystem leistungsfähig (Kfz + Rad + zu Fuß Gehende)
- Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Umsetzung unabhängig von Durchbindung Nassauer Straße
- deutliche Verbesserung der Nahmobilität
- ÖPNV: Buserschließung einer Versorgungslücke möglich
- geplante Bauvorhaben gesichert umsetzbar (z.B. Mutter-Theresa-Str.)
- schlanke Lösung zügig umsetzbar (kein Komplettumbau erforderlich)
- verhältnismäßig kostengünstig (voraussichtlich unter 4 Mio. €)
- Umwege auf einzelnen Relationen, aber kaum größerer Zeitbedarf



Was wurde sonst noch alles geprüft?



Alternative Lösungsansätze:

- Frankfurter Landstraße
 - mit Geschwindigkeitsreduzierung (Tempo 30)
 - als Einbahnstraße (abschnittsweise)
 - mit gegenläufigen Einbahnstraßen
- Einbeziehung des Gattenhöferwegs als Durchgangsstraße
- „großer Knotenumbau“ von 2016/2017
- (Keine Maßnahme)
 - > nicht wirkungsvoll oder Verkehrsverlagerung in Wohngebiete
 - > aufwändig umsetzbar (teuer, langwierig)
 - > nicht zielführend

Geplante Bauvorhaben:

- > erfordern eine dringende Anpassung der Infrastruktur!
- > Nachweis der verkehrlichen Machbarkeit von Bauvorhaben ohne Maßnahme schwierig!
- > mit dem dargestelltem Lösungskonzept umsetzbar!
- > Sicherung der Attraktivität des GE Süd

Mögliche zeitliche Umsetzung



Umsetzung des Konzepts in mehreren Schritten möglich:

Teilbereich	Herstellungskosten brutto gerundet [€]
Abschnitt 1: Homburger Landstraße - Friedhof - Bommersheimer Straße	1.320.000
Abschnitt 2: Frankfurter Landstraße, Bommersheimer Straße bis Beginn bestehende Umbauplanung	479.000
Abschnitt 2b: Mehrkosten gegenüber bestehender Umbauplanung Frankfurter Landstraße	15.000
Abschnitt 3: Zimmersmühlenweg - Gablonzer Straße	512.000
Abschnitt 4: Zimmersmühlenweg - Gablonzer Straße	440.000
Abschnitt 5: Rad- und Gehweg Ludwig-Erhard-Straße - Frankfurter Landstraße	83.000
Summe Herstellungskosten	2.849.000

- eine aufeinander folgende Umsetzung reduziert den Umbauaufwand
- Entwicklungsvorhaben mit hohem Verkehrsaufkommen möglichst erst nach Umsetzung realisieren (Mutter-Teresa-Straße“, „Mainkraftwerk““)!

Weiteres Vorgehen



Möglicher Zeitrahmen:

2022:	Grundsatzbeschluss wünschenswert investive Planungsmittel bereitstellen (ca. 300.000 €) Bürgerinformation
2022:	Entwurfsplanung erstellen
2023:	Fördermittel beantragen
2024:	Ausführungsplanung
2024 -2025:	Umsetzung (gestaffelt bis zu 3 Jahre)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stadt Oberursel (Taunus)

Wirtschaftsförderung
Aktenzeichen: 10-105

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

16.02.2022	VL-32/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	III	14	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Markt der lokalen Manufakturen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Ab Frühsommer 2022 findet auf dem historischen Marktplatz samstags ein „Markt der lokalen Manufakturen“ statt. Dieser erweitert das bestehende Angebot auf dem Wochenmarkt, der auf dem Epinayplatz verbleibt.
2. Es handelt sich um eine öffentliche Einrichtung i.S. von §§ 19 und 20 Hessische Gemeindeordnung. Der Markt der lokalen Manufakturen ist kein „Wochenmarkt“ im Sinne der städtischen Marktsatzung. Das Warenangebot ist fokussiert auf regionale, nachhaltige und Bio-Produkte.
3. Der Magistrat wird beauftragt, Kriterien / Richtlinien für die Auswahl der Standbetreiber festzulegen, um insbesondere die beschriebenen Anforderungen im Hinblick auf das Warenangebot sicherzustellen und die Standentgelte festzulegen.
4. Der Magistrat wird das Marktkonzept evaluieren und der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2023 einen Bericht vorlegen.

Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte ist zu informieren.

Sachbericht:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 19.11.2020 dem nachfolgend zitierten Beschluss des damaligen Haupt- und Finanzausschusses zugestimmt:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat,

1. bis spätestens zur HFA Sitzung im Oktober 2020 dem Ausschuss ein Interimskonzept vorzulegen, wie der historische Marktplatz parallel zum Wochenmarkt auf dem Epinayplatz während der COVID19-Pandemie zeitnah für ein attraktives zusätzliches Marktangebot genutzt werden kann.

2. Zur Erarbeitung eines „Zwei-Standortkonzeptes“ sind die bisherigen Überlegungen des Magistrats, den Wochenmarkt auf dem historischen Markt durch kulinarische Inseln zu erweitern sowie die Marktbesucher, die Gewerbetreibenden, Gastronomen, Anwohner und interessierte Vereine einzubeziehen. Das letztgültige „Zwei-Standortkonzept“ soll im HFA vorgestellt werden.

3. Sobald die weitere Entwicklung der COVID19-Pandemie es erlaubt, soll das vom Magistrat entwickelte erweiterte Marktkonzept mit kulinarischen Zusatzangebot und Sperrung der Eppsteinerstraße für den historischen Markt erprobt werden.

4. Erfahrungen und Ergebnisse sind sowohl nach der Interimsphase, als auch 12 Monate nach Einführung eines „Zwei-Standortkonzeptes“ zu evaluieren.

Der o.g. Beschluss bildet die Grundlage für die weiteren Überlegungen des Magistrats. Wegen der immer noch andauernden Corona-Pandemie muss der historische Marktplatz parallel zum Marktangebot auf dem Epinayplatz so schnell wie möglich mit dem Markt der Manufakturen bespielt werden, um die Besucherfrequenz der Ladengeschäfte in und um die Altstadt wieder zu heben und den Einzelhandel zu beleben. Das Gastronomieangebot der kulinarischen Inseln wird durch Verzehrbereiche berücksichtigt. Da sich der Wochenmarkt während der Pandemie wegen der größeren möglichen Abstände, der ebenerdigen Lage, der Nähe zum Parkhaus und der Präferenz der Marktbesucher auf dem Epinayplatz bei der Bevölkerung erfolgreich etabliert hat, soll dies nicht geändert werden.

Das Konzept wurde unter Beteiligung der Marktplatz-Anwohner, des Gewerbevereins Fokus O und der Marktsprecher erstellt. Die Akzeptanz dieser Zielgruppen war durchgängig positiv.

In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 20.01.2022 wurde das Konzept (vgl. Anlage) vorgestellt und ist auf sehr positive Resonanz gestoßen. In der Folge wurden von den Fraktionen noch Fragen und Anregungen an den Magistrat adressiert. Diese wurden aufgenommen und eingearbeitet.

Der „Markt der lokalen Manufakturen“ ist ein neues Format, das besondere Akzente beim Thema Nachhaltigkeit setzen will. So ist der Markt plastikfrei. Im Zuge des Konzepts ist außer dem regionalen und Angebot von ortsansässigen Lebensmittelproduzenten sowie Bio-Qualität bspw. vorgesehen, innovative Stadtmöblierungselemente wie Sitzmöglichkeiten und Begrünungselemente anzuschaffen und aufzustellen. Zudem ist ein kulturelles Rahmenprogramm unter Beteiligung der Oberurseler Vereine und städtischer Einrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler geplant. Beides soll die Aufenthaltsqualität steigern.

Das besondere Ambiente des historischen Marktplatzes stellt hohe Anforderungen an einen „stimmigen“ Rahmen. Dies erfordert, die qualitative Orientierung stärker zu betonen. Die Stadt hat den Anspruch, neue Standards zu setzen. Ein besonderes Augenmerk wird deshalb auf die Qualität und die Vielfalt des Angebots gelegt. Um durchgängig die Themenpalette „regional, nachhaltig, Bioqualität“ sicherzustellen, werden deshalb Kriterien bzw. Richtlinien für die Vergabe von Standplätzen aufgestellt. Damit wird eine einheitliche Vorgabe für die Verwaltung definiert. Auf dieser Basis kann nach objektiven Maßstäben geprüft werden. Dadurch wird das Verfahren transparent und nachvollziehbar.

Bereits jetzt wird eine Verknüpfung zum Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ hergestellt. Dies ist wichtig, weil so Synergien genutzt und eine nachhaltige (Infra-)Struktur geschaffen werden können.

Das Projekt kann ein wichtiger Baustein werden, um die Attraktivität der Altstadt zu steigern. Viele der dort angesiedelten Gewerbetreibenden und Gastronomen erhoffen sich davon Impulse. Die Corona-Pandemie hat teilweise dramatische wirtschaftliche Folgen. Die Stadt steht in einer besonderen Verantwortung, zu helfen.

Perspektivisch soll die Sperrung der Eppsteiner Straße in das Konzept „Markt der Manufakturen“ einbezogen werden. Die Erprobung erfolgt im Rahmen des Umbaus der Eppsteiner Straße.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Umsetzung des Konzepts entsteht ein laufender Aufwand von rund 22 TEUR. Dem stehen Erträge in Höhe von rund 17 TEUR gegenüber, sodass ein Zuschussbedarf von 5 TEUR verbleibt. Näheres kann der Kalkulation entnommen werden (siehe Anlage).

Der Fehlbedarf ist gedeckt durch entsprechende Mittel bzw. Ansätze im Produktbereich 150100 - Wirtschaftsförderung:

Produktsachkonto	Maßnahme	Ansatz 2022	Ansatz 2023
150100.6121	Konzept Marktplatz	10.0000 EUR	10.000 EUR

Darüber hinaus wird für die Anschaffung der Stadtmöblerelemente mit einem einmaligen Aufwand von 20 TEUR kalkuliert. Dieser kann aus den für Stadtmöblerelemente insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln (Ansatz 2022 i.H.v. 40 TEUR) gedeckt werden.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Der „Markt der lokalen Manufakturen“ versteht sich als ein generationenübergreifendes Angebot. Auch Familien werden damit angesprochen.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Das Konzept setzt auf Nachhaltigkeit. Insbesondere mit Blick auf Müllvermeidung / Mehrweg, kurze Transportwege und faire sowie Bio-Produkte werden die ökologischen Anforderungen bestmöglich erfüllt.

Parnet
Geschäftsbereichsleiter

Anlagen

- Konzept (Präsentation)
- Kalkulation

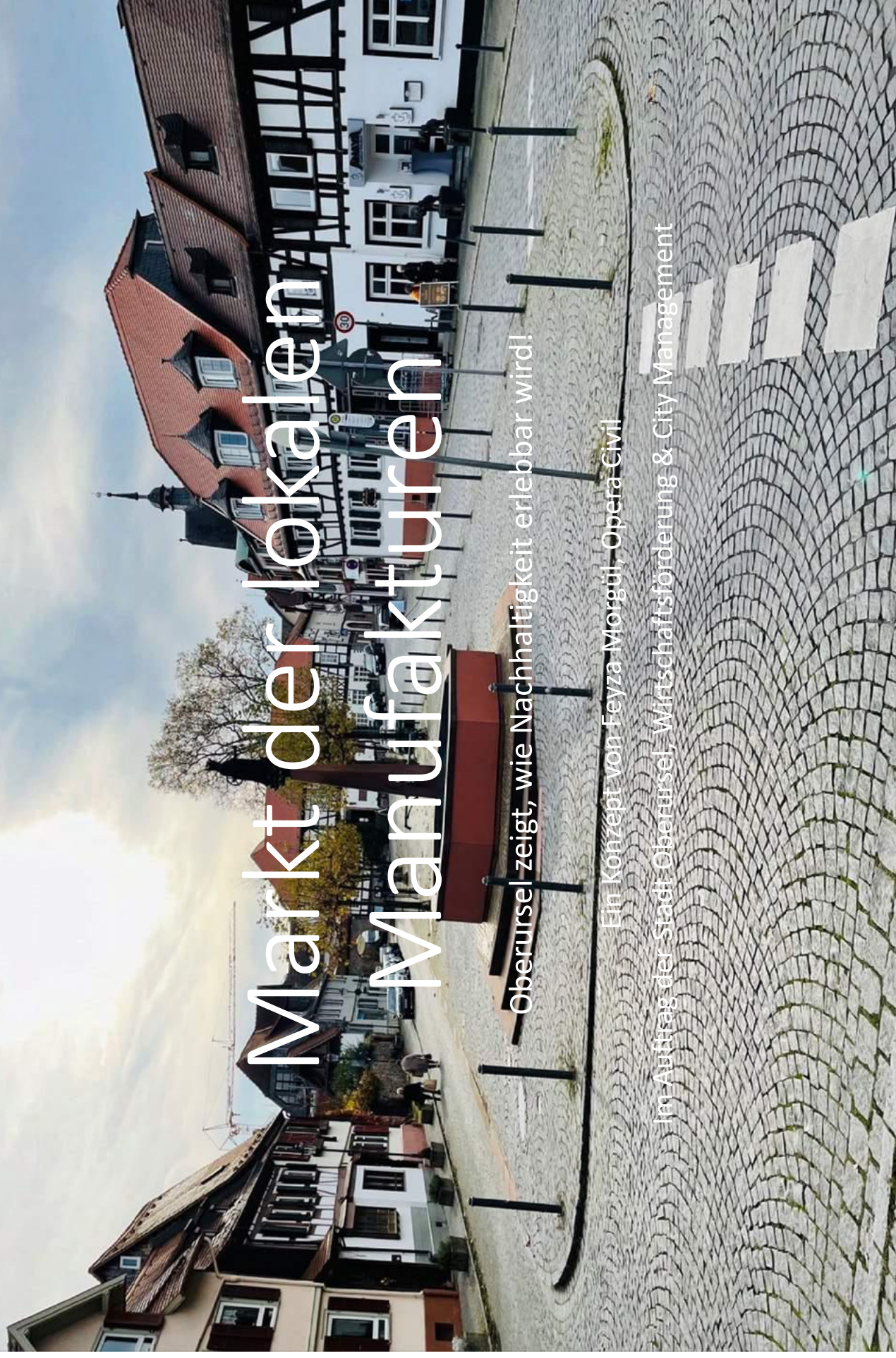
Antje Runge
Bürgermeisterin

Markt der Lokalen Manufakturen

Oberursel zeigt, wie Nachhaltigkeit erlebbar wird!

Ein Konzept von Feyza Morgül, Opera Civil

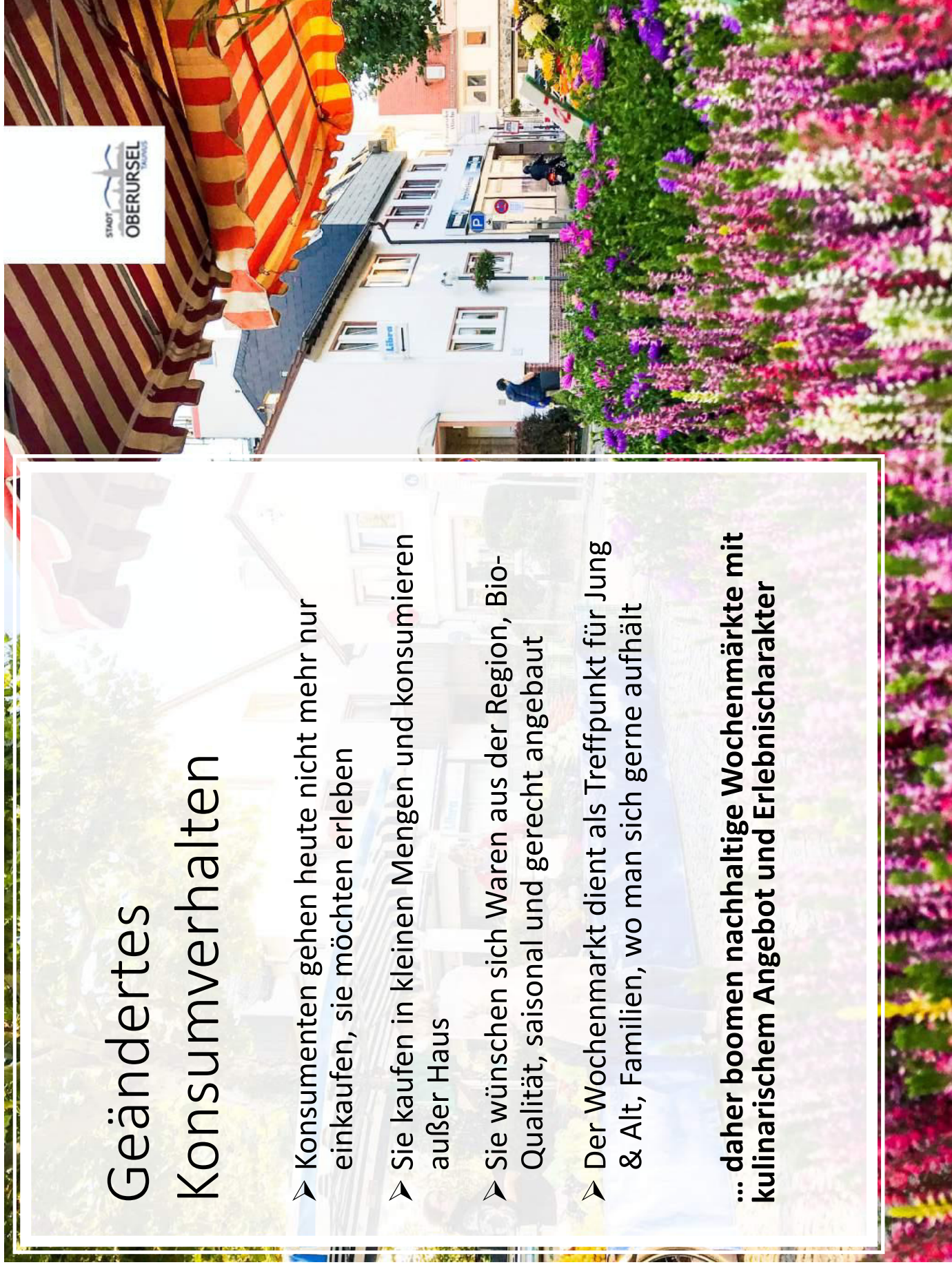
Im Auftrag der Stadt Oberursel, Wirtschaftsförderung & City Management



Geändertes Konsumverhalten

- Konsumenten gehen heute nicht mehr nur einkaufen, sie möchten erleben
- Sie kaufen in kleinen Mengen und konsumieren außer Haus
- Sie wünschen sich Waren aus der Region, Bio-Qualität, saisonal und gerecht angebaut
- Der Wochenmarkt dient als Treffpunkt für Jung & Alt, Familien, wo man sich gerne aufhält

... daher boomen nachhaltige Wochenmärkte mit kulinarischem Angebot und Erlebnischarakter



Ein erfolgreicher und zukunftssträchtiger Markt besitzt

Potential

- Gute Erreichbarkeit
- Zentrale Lage
- Interessantes Angebot
- Hohe Aufenthaltsqualität
- Eigene Atmosphäre und Flair
- Kulinarisches Angebot

Der Oberurseler Markt am Marktplatz bietet dafür beste Voraussetzungen. Das Zwei-Standort-Konzept macht Anpassungen notwendig.



Zielgruppe(n)

Bürger*innen

- Jeden Alters
- Familien mit Kindern
- Vereine & Initiativen

(Internationale) Gäste & regionale Produzent*innen

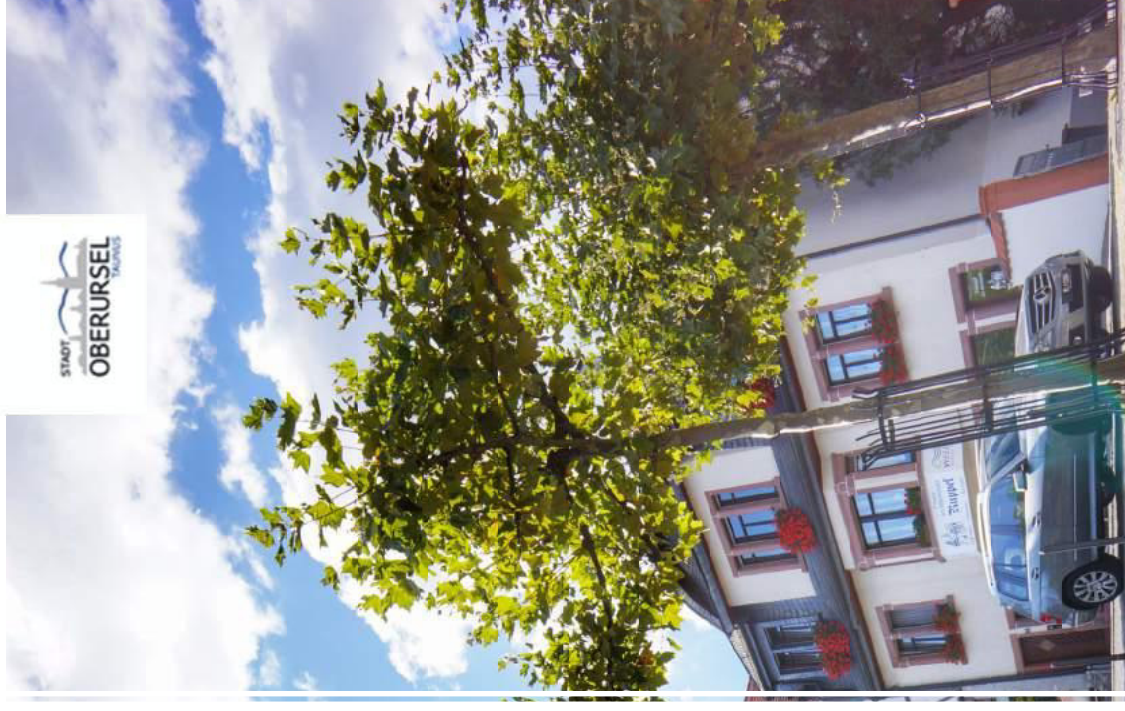
- internationale Community
- Dozenten und Schüler der Frankfurt Internat. School
- Besucher des Taunus, Norden Frankfurts



Ein neuer Markt! Die Aufgabe:

- Den historischen Marktplatz wiederbeleben
- Samstags; mit Angeboten, die sich vom bestehenden Markt auf dem Epinayplatz unterscheiden und ihn ergänzen
- Ein Markt mit nachhaltigen Produkten, mit verschiedenen Gewerken und regionalen Produzenten
- Ein Markt zum Flanieren, Verweilen, Ankommen, Erfahren und Erleben statt „nur“ Einkaufen
- Gastronomisches Zusatzangebot

**Nachhaltig und regional Leben und Wirtschaften
in Oberursel**



Mehrwert für Erzeuger*innen und teilnehmende Gewerke

- Vernetzung der Beteiligten & Beschicker mit Kunden & Gästen der Stadt Oberursel
- Wertschätzung fürs Handwerk/ Die Manufakturen / Regionale Produzenten
- Ausgearbeitetes Kommunikationskonzept & Präsentationsangebote, die sich lohnen
- Zukunftsausgerichtete Angebote mit nachhaltiger Wirkung
- Vorreiter sein..!





- Plastikfreier Markt!
- Beschicker v. Bio-Lebensmitteln & regionalen Manufakturen
- Ein Stand mit wechselnden Angeboten: bspw. Schaukeltern, Bäcker soziale Einrichtungen (Reha-Werkstätten vom KKH) & Live-Präsentation
- Stadtbibliothek Balkon 1 Stock: Immer pünktlich um 11 Uhr künstlerische Aktivitäten, Prominente lesen vor, Sportler geben einen Kurs, Musiker (interaktiv), Impro-Theater, Poesie... 52 Wochen Programm im Umsetzungs- bzw. Maßnahmenplan vorbereiten. 1-3 x im Jahr für Nutzer*innen

**Nachhaltig
besonders**

Aussehen des Marktes

Angebote & Verzehrbereiche sind einladend gestaltet

- Version 1: durchmischte Gewerke am Platz mit gemeinsamen Verzehrbereichen
- Version 2: Marktplatz thematisch aufgeteilt
- Version 3: durchmischte Gewerke mit eigenen Verzehrbereichen

Optischer Blick eines alten, nachhaltigen Marktes?

- U.a. Abstimmungen bei Form & Auftritt der Stände – bspw. gemeinsame Überdachungen, alle die gleichen weißes oder roten oder blauen Schirme.
- Oder: Markt mit Stoffen „überdachen“ – leicht schließen. Segel oder Ähnliches?

Keine Stehtische. Dafür Sitzgelegenheiten. Besucher können Verweilen und ins Gespräch kommen.

- Version 1: Grüne Inseln und 3 Tafeln
- Version 2: Verzehr um den Brunnen, Handwerke weiter hinten
- Version 3: Eigene Verzehrbereiche pro Stand bzw. Produktgruppen



Grünes Zimmer auf Roadshow in Brüssel



Aufbauplan V1:

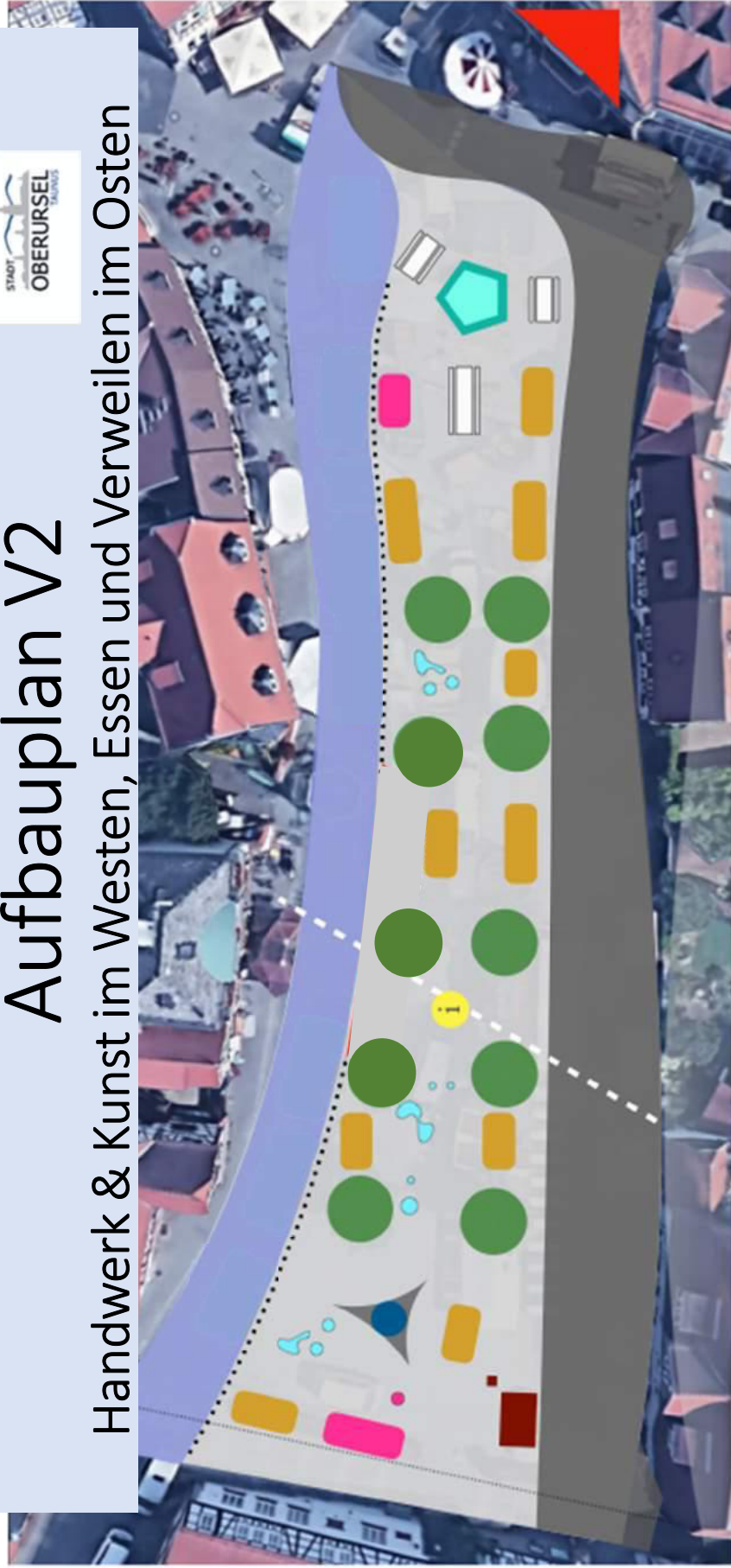
Gewerke & Verzehrbereiche abwechselnd über den Platz verteilt



- | | | | |
|--|--|-------------------------------|----------------------------------|
| Stadtbücherei_Balkon | Info-Stand | Grüne Insel_z.B. Helix MGZ | Nowato_Kompost-WC_z.B.barierefre |
| Historisches Rathaus | Standplatz | Stadtmöbel/ Sitzgelegenheiten | Nowato_mobiles Handwaschbecken |
| St.-Ursula-Brunnen | Foodtruck/ Coffeebike | Tafel | |
| Baumbestand | mobiles Reparatur-Café im Historischen Rathaus | | |
| Straße _gesperrt | | | |
| Straße _nicht gesperrt | | | |
| ab hier Gelände nach Süden stark abfallend S ► N | | | |
| Straßenpoller/ Sperre | | | |

Aufbauplan V2

Handwerk & Kunst im Westen, Essen und Verweilen im Osten



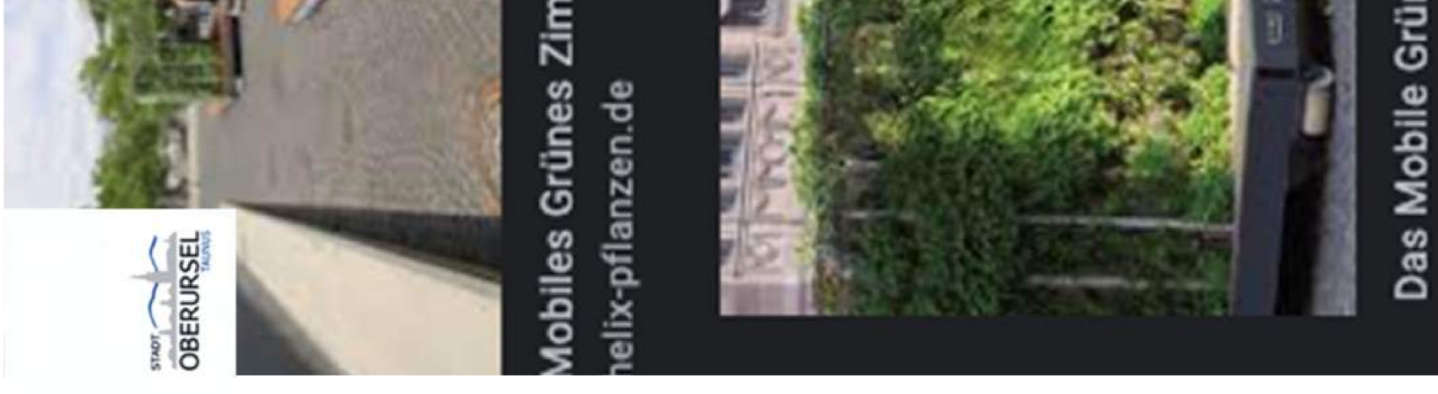
- | | | | |
|--|--|--|------------------------------------|
| | Stadtbücherei_Balkon | | Grüne Insel_z.B. Helix MGZ |
| | Historisches Rathaus | | Stadtmöbel/ Sitzgelegenheiten |
| | St.-Ursula-Brunnen | | Tafel |
| | Baumbestand | | Nowato_Kompost-WC_z.B.barrierefrei |
| | Straße_gesperrt | | Nowato_mobiles Handwaschbecken |
| | Straße_nicht gesperrt | | |
| | ab hier Gelände nach Süden stark abfallend S ▶ N | | |
| | Straßenpoller/ Sperre | | Info-Stand |
| | | | Standplatz |
| | | | Foodtruck/ Coffeebike |
| | | | mobiles Reparatur-Café |
| | | | Überdachung |

Details zum Aufbau: Grüne Inseln

- Als konstante Sitzgelegenheit
- Zur Sensibilisierung von Umweltthemen
- Für interessierte als pot. Paten(schaften) von Ehrenamtlichen oder Schülern
- Finanzierung durch lokale Firmen möglich

U.a. in Frankfurt 2017 eingesetzt, jedoch nicht vertetigt. <https://frankfurter-beete.de/mobile-gruene-zimmer-spenden-kuehle/>

In Oberursel: für den Marktplatz an jedem Tag? 😊



Details zum Aufbau: sitzen, probieren, tafeln

Verköstigung in ausgewählten
Bereichen!

Option: Gedeckte
Biertischgarnituren

Option: Gedeckte Tische &
Stühle

Option: Begrünte Holzpaletten
(könnten die ganze Woche
bleiben!)

Nowato

Verkauf, Service und Vermietung
von ökologischen Kompost-
Trocken-Toiletten aus Holz



Info im malinischen Info in dem Zitronenbänken sind Dore



Kommunikation „intern“ mit Marktteilnehmern

Angebote zur Einführung
Prinzipien nachhaltigen
Wirtschaftens

- Planetare Grenzen des Wachstums
- Wissen über nicht nachhaltige Produkte
- Kreislaufwirtschaft
- Spülmobil u.ä.?

Ansprechpartner

- Anwohner
- Marktbesucher
- Feuerwehr
- Verkehrsplanung
- Ordnungsamt
- Stadtwerke
- Fokus O.
- City-Management



PR & Stories

Für Newsletter und Infos an Presse & Handel

- Rezepte & Tipps für die Angebote des Marktes (kann auch als Flyer oder Rezeptkarte (zum Sammeln?!)) auf dem Markt verteilt werden und als QR-Code zum Einscannen (papierlos)
- Aktionen der Woche / auch kulturelle: Was macht der Fleischer heute? Welche Kinderattraktionen sind geplant? Quiz regionale Ernährung und Produktion.

Stories:

Die Heilige Ursula. Beschützt den Ursel-Bach, dass Wasser und die Menschen in der Stadt Oberursel. Wasser – Nachhaltigkeit ...

Auf dem Marktplatz – „historisches“ und was es hier gibt Architektonisch. Hist. Fachwerkhäuser, Das „Alte Rathaus“, „Kirchen“

Medienkooperation

Mit einer Tageszeitung (Oberurseler Woche, Taunus Zeitung): freitags immer gleiche Ankündigung für Samstag, feststehender Bestandteil (gleiche Farbe, Layout, Position)

Plus redaktioneller Bericht über „Balkonangebot“ (Künstler, Sportler, Bäcker, Ehrenbürger uvm.)

Einbindung Oberursel im Dialog und Heimvorteil Oberursel

Kalkulation für den „Markt der lokalen Manufakturen“

In Abstimmung mit den Fachabteilungen ist folgender Aufwand ermittelt worden.¹

1. Laufende Kosten

Auf Basis von 12 Monaten mit insgesamt 46 Markttagen von 9.00 – 16.00 Uhr (Entgelte kalkuliert auf Basis der Standgelder der aktuellen Marktordnung als Orientierungsgröße):

<i>Position</i>	<i>Bemerkung</i>	<i>EUR / Jahr</i>
Marktmeister	10 h (inkl. Auf- & Abbau) à 15 EUR/h an 46 Markttagen	- 6.900
Strom	Jahresverbrauch auf Basis Angaben von GB 32	- 4.300
Müll & Straßenreinigung	Reinigung & Winterdienst, Mülltonnen bereitstellen	- 6.000
Toiletten	Reinigung & Service WC Historisches Rathaus, 8 h à 12 EUR pro Markttag	- 4.416
Aufwand Summe - Stufe I	„Mindestanforderung“ (zum Start 2022) => Stellfläche für 18 Stände	- 21.616
Erträge Summe – Stufe I	15 zahlende Stände (3 nicht-kommerzielle-Stände); angelehnt an Marktordnung: Standgeld 1,50 EUR/ qm => normaler Stand (16 qm) = 24 EUR/ Tag	+ 16.560
Ergebnis Summe – Stufe I	Zuschussbedarf	- 5.056

2. Einmalige Kosten

Zum Start sollen – als einfache / kostengünstige Lösung - vorhandene Garnituren in Abstimmung mit den Händlern zu Inseln zusammengestellt werden.

Hochwertige bzw. innovative Sitzmöbel & Pflanzelemente können über das Programm „Zukunft Innenstadt“ angeschafft werden. Hier wird mit 20 TEUR kalkuliert.

¹ Angaben tlw. geschätzt

Stadt Oberursel (Taunus)

Flächenmanagement

Aktenzeichen: 61-612 ma

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** (ggf. Nachtragsvermerk)

14.02.2022	VL-28/2022
------------	------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	II	8	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Weißkirchen	31.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Kauf von Flächen in der Gemarkung Weißkirchen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) erwirbt, vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushalts 2022, von [REDACTED], folgende Grundstücke in der Gemarkung Weißkirchen:

[REDACTED]

zu einer Gesamtsumme von [REDACTED] zuzüglich Vertragsnebenkosten von ca. [REDACTED].

Der Ortsbeirat Weißkirchen ist zu informieren.

Sachbericht:

Ende letzten Jahres kamen von zwei unterschiedlichen Interessenten Anfragen bezüglich Vorprüfung von Vorkaufsrecht.

Bei den angefragten Grundstücken ging es um die Flurstücke

[REDACTED]

Im Rahmen der Vorprüfung wurde festgestellt, dass sich die genannten Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht der Stadt Oberursel (Taunus) für das Gebiet „Weißkirchen Süd“ gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB) befinden.

Eigentümer der Flächen ist [REDACTED]. Ebenso ist er Eigentümer der Grundstücke [REDACTED], die sich ebenfalls im Gebiet der Vorkaufsrechtssatzung befinden.

Um auf den Umweg der Vorkaufsrechtsausübung im Falle des Verkaufs der genannten Grundstücke zu verzichten, wurde dem Eigentümer seitens der Stadt angeboten, die Flächen direkt zu erwerben.

[REDACTED] erklärte sich damit einverstanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Ausgaben von ca. [REDACTED] auf dem Produktsachkonto 100500.05000000.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

keine

Daniel Bauer
Geschäftsbereichsleiter

Anlagen:

- [REDACTED]
- Satzung über das besondere Vorkaufsrecht der Stadt Oberursel (Taunus) für das Gebiet „Weißkirchen Süd“ gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB)

Antje Runge
Bürgermeisterin

Satzung über das besondere Vorkaufsrecht der Stadt Oberursel (Taunus) für das Gebiet „Weißkirchen Süd“ gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgrund des § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1996 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Art. 24 Jahressteuergesetz vom 20.12.1996 (BGBl. I S. 2049) hat die Stadtverordnetenversammlung am 24.09.1997 beschlossen:

§ 1

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird für die Flächen zwischen der Gemarkungsgrenze der Stadt Oberursel (Taunus) zur Stadt Frankfurt am Main und der bebauten Ortslage in Oberursel-Weißkirchen westlich der Landesstraße L3004 auf der Grundlage des § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB als gemeindliche Satzung beschlossen, daß an diesen Flächen der Stadt Oberursel (Taunus) ein Vorkaufsrecht an den Grundstücken zusteht.

§ 2

Die genaue Umgrenzung der Flächen, an denen der Stadt Oberursel (Taunus) das Vorkaufsrecht zusteht, ist der in der Anlage beigefügten Karte zu entnehmen, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 3

Die Satzung tritt am 04.10.1997 in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 02.10.1997
Der Magistrat

Gerd Krämer
Bürgermeister

Anlage: Karte mit Umgrenzung der Flächen, an denen der Stadt Oberursel (Taunus) das Vorkaufsrecht zusteht.

Der Übersichtsplan, aus dem der Planbereich erkennbar ist, kann im Rathaus Oberursel, Rathausplatz 1, 61440 Oberursel (Taunus) - Büro der Gremien oder Geschäftsbereich Stadtentwicklung - eingesehen werde.

Erläuterung:

Die Stadt Oberursel (Taunus) zieht auf den in der Satzung genannten Flächen städtebauliche Maßnahmen in Betracht. Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ist es im Bereich der denkbaren Trassen der Umgehungsstraße Weißkirchen notwendig, bereits zu einem frühen Zeitpunkt in den Fällen einer Grundstücksveräußerung die Möglichkeit eines Flächenerwerbs zu erhalten. Die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs der Satzung folgt der Notwendigkeit, neben der eigentlichen Trasse u.a. die verkehrlichen Anbindungen, die Ausgleichsflächen und die notwendige Abschirmung des Siedlungsbereiches zu erfassen.

Öffentlich bekannt gemacht in der Taunus Zeitung am 04.10.1997

Stadt Oberursel (Taunus)

Kindertagesstätten

Aktenzeichen: 02 09 00

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

02.02.2022	VL-25/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	III	14	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss	22.03.2022			
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			Federführung
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Konzept zur Personalbindung und -gewinnung von pädagogischem Fachpersonal

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Das als Anlage beigefügte Konzept zur Personalbindung und -gewinnung von pädagogischem Fachpersonal wird zur Kenntnis genommen.

Die im Konzept benannten Maßnahmen von Punkt 1, 2, 4 und 5 werden im Rahmen der jeweilig zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umgesetzt.

Die unter Punkt 3 beschriebenen Maßnahmen stellen weitere Möglichkeiten dar, die gegebenenfalls in den kommenden Jahren durch eigene Beschlussvorlagen in die Umsetzung kommen.

Sachbericht:

Einleitung / Problemstellung:

Bis zum Jahr 2030 fehlen in Westdeutschland rund 230.000 pädagogische Fachkräfte, um

1. die Fachkräfte zu ersetzen, die aus unterschiedlichen Gründen ausscheiden und
2. zusätzliche Fachkräfte, um die veränderten Betreuungsbedarfe sowie die noch vorhandenen Betreuungslücken schließen zu können.

In den Betreuungseinrichtungen in Oberursel sind aktuell ca. 16,50 % aller Stellen unbesetzt. Die Personalsuche gestaltet sich seit Jahren schwierig, seit einigen Monaten hat dies leider auch massive Auswirkungen auf die Besetzung der grundsätzlich vorhandenen Betreuungsplätze. Neu geschaffene Gruppen konnten noch nicht in Betrieb genommen und Bestandsgruppen mussten ganz geschlossen werden oder wurden nur mit geringeren Kapazitäten belegt.

Gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung sowie Wertschätzung für dieses Berufsfeld sind die wesentlichsten Kriterien für eine erfolgreiche Personalgewinnung.

Aus diesem Grund hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat am 17.06.21 aufgefordert, Vorschläge für eine bessere Personalbindung und –gewinnung zu unterbreiten.

Das vorliegende Konzept wurde in der Entwurfsfassung den Mitgliedern des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses Ende Oktober zur Kenntnis gegeben. Mit dem Stadtelternbeirat sind die Vorschläge im Dezember erörtert worden.

Zielsetzung:

Durch die Verbesserung der Arbeitsrahmenbedingungen sollen zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden, um die vorhandenen Platzkapazitäten in den kommenden zwei Jahren wieder vollständig belegen zu können. Gleichzeitig sollen Anreize geschaffen werden, um vorhandenes Personal langfristig an den Arbeitgeber Stadt Oberursel binden zu können.

Vorteile:

Die benannten Maßnahmen bieten neue Chancen zur Gewinnung von zusätzlichen Fachkräften und bieten gleichzeitig Motivation zur Personalbindung.

Risiken:

Zur Umsetzung einiger Maßnahmen sind hohe Ausgaben notwendig, die den städtischen Haushalt dauerhaft belasten werden. Aufwand und Nutzen sind hier sorgfältig abzuwägen, auch muss die Mitfinanzierung Dritter (Förderprogramme sowie Elternbeiträge) mit in Betracht gezogen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Eine der größten Kostenanstrengungen liegt mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro in der Maßnahme Eingruppierung. Diese Haushaltsmittel wurden anteilig (ab August) bereits nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in den Haushalt 2022 aufgenommen.

Die Mehrausgabe für die Zahlung von Zulagen für bestimmte besondere Aufgaben ist mit rund 105.480,00 € jährlich kalkuliert. Unter der aktuellen Personalsituation (nicht besetzte Stellen) ist davon auszugehen, dass diese zusätzlichen Leistungen über die vorhandenen Personalbudgets in diesem Jahr mitfinanziert (anteilig ab August 2022 rund 44.000,00 €) werden können.

Die anteiligen Kosten für die Stipendien (ab August 2022) in Höhe von 7.600,00 € werden ebenfalls über die im Haushalt verfügbaren Personalbudget abgebildet.

Die verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen (rund 40.000,00 €) werden nach Prioritäten und vorhandenen Fort- und Weiterbildungsbudgets in 2022 umgesetzt, die Bildungspauschalen des Landes Hessen können hier ebenfalls genutzt werden.

Auch mit der Umsetzung der unter Punkt 5 benannten Maßnahmen kann – unter Berücksichtigung der Personalbudgets – im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel 2022 im ersten Schritt begonnen werden.

Die Maßnahmen, die unter Punkt 3 beschrieben sind (Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten / Aufbau eines Vertretungspools), sind mit rund 1 Millionen Euro jährlich kalkuliert. Diese Haushaltsmittel stehen im Haushalt 2022 nicht zur Verfügung, eine Umsetzung bedarf einer separaten Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und soll eine Zielsetzung der kommenden Jahre sein.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Alle Maßnahmen dienen zur Gewinnung von Fachkräften und damit zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung. Ein guter, stabiler Personalschlüssel gewährleistet zudem die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten und fördert damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Umweltrelevante Auswirkungen:

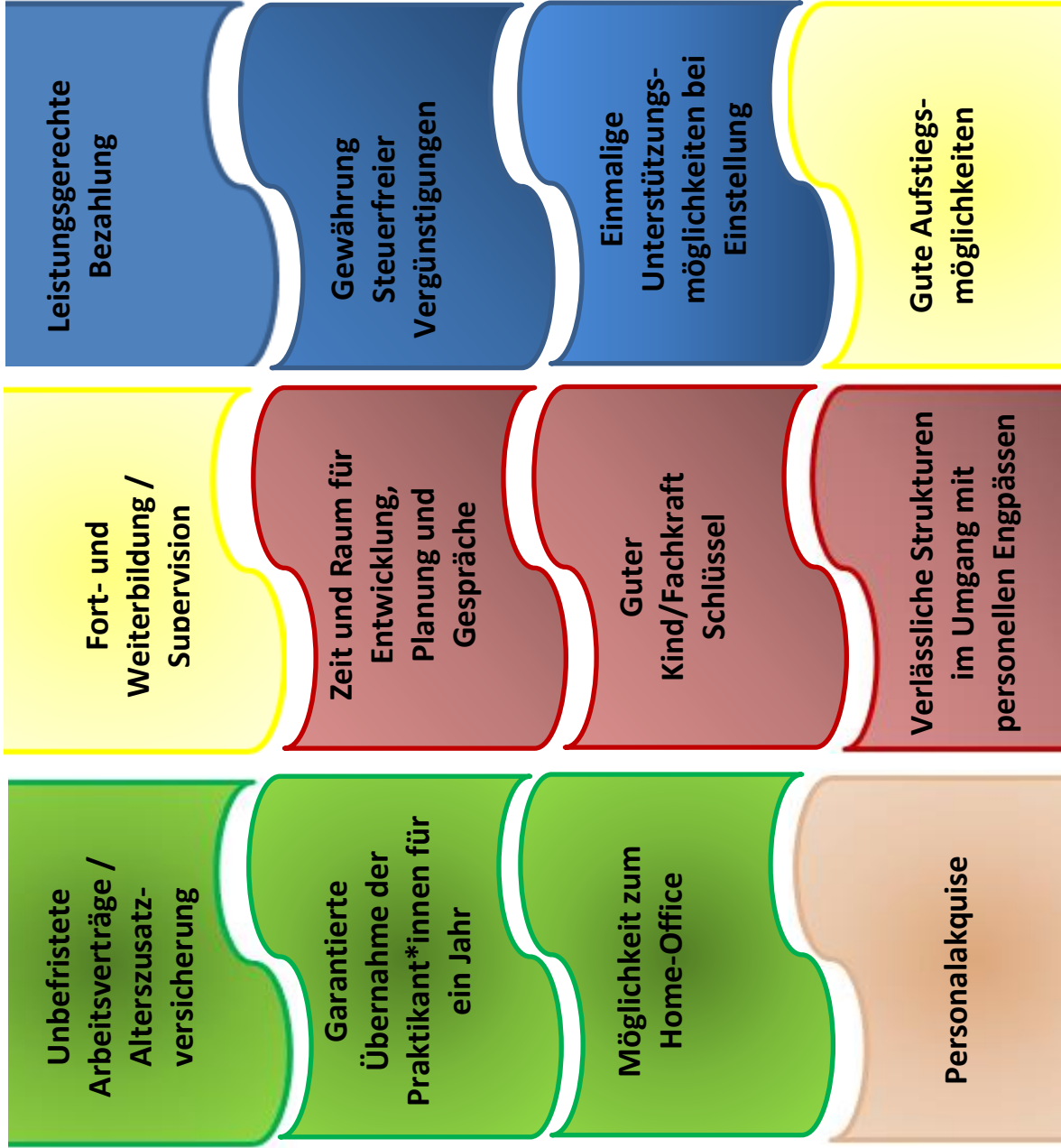
Keine

Daniela Neuhäuser

Anlage1: Konzept zur Personalbindung- und gewinnung von pädagogischen Fachpersonal

Christof Fink
Erster Stadtrat

Gute Gründe für deinen Traumerzieherjob in Oberursel (Taunus):



Konzept zur Personalbindung- und
gewinnung von pädagogischen
Fachpersonal

Einleitung

Aus einer Studie des Forschungsverbund DJI/TU Dortmund geht hervor, dass in Westdeutschland bis zum Jahr 2030 insgesamt rund 230.000 Fachkräfte zusätzlich benötigt werden um:

1. die Fachkräfte zu ersetzen, die aus unterschiedlichen Gründen ausscheiden (altersbedingt, Elternzeiten, Umschulungsmaßnahmen etc.)
2. zusätzliche Fachkräfte um die veränderten Betreuungsbedarfe sowie die noch vorhandenen Betreuungslücken schließen zu können.

Bereits seit einigen Jahren ist dieser Fachkraftmangel vor Ort deutlich spürbar, gute Rahmenbedingungen sowie eine angemessene Bezahlung und Wertschätzung dieser wichtigen Bildungsaufgaben sind die wesentlichsten Kriterien für eine erfolgreiche Personalgewinnungs- und Bindungsstrategie. Die rechtlichen Vorgaben im öffentlichen Dienst sind hierbei zu starr und bieten wenig kreativen Spielraum (z.B. Tarifvertrag SuE, Arbeitsrecht usw.).

Das Land Hessen hat in den vergangenen Jahren die verpflichtenden Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten immer wieder verbessert und investiert aktuell in die Entwicklung verschiedener Ausbildungsmöglichkeiten. Auch beschreibt das KiföG in der Regel nur den Mindeststandard den es für die Erteilung einer Betriebserlaubnis braucht. Letztlich liegt es demnach in der Verantwortung der Träger, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass man für pädagogische Fachkräfte ein interessanter Arbeitgeber ist. Die Stadt Oberursel hat in den vergangenen Jahren auch hier bereits kleinere Schritte eingeleitet (Kleidergeld, Premium Job Ticket, gut ausgestattete Häuser etc.). Um jedoch auch in Zukunft „Wettbewerbsfähig“ bleiben zu können, bedarf es weiterer, größerer Anreize.

Das nachstehende Konzept beschreibt verschiedene Anreizsysteme mit deren Auswirkungen sowie eine Priorisierung der einzelnen Möglichkeiten. Bei der Erarbeitung wurden die pädagogischen Fachkräfte sowie die Elternvertretungen der städtischen Kitas eingebunden.

Gliederung:

1. Monetäre Anreize

1. Leistungsgerechte Bezahlung
 - a. Eingruppierung aller pädagogischen Fachkräfte gemäß § 25 b HKJGB
 - b. Außertarifliche Zulagen für Übertragung besonderer Aufgaben
 - c. Gewährung von Stipendien für die Ausbildung

2. Personalentwicklungsanreize

1. Gute Aufstiegsmöglichkeiten
 - a. Eigenes Qualifizierungsprogramm für „Nichtfachkräfte“
 - b. Weiterbildungsmöglichkeiten zur Übernahme von besonderen Aufgaben
 - c. Weiterbildungsangebote zur Qualifizierung zu Führungskräften
 - d. Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Arbeitgeberin Stadt Oberursel
2. Hauseigene Fort- Weiterbildungsetats sowie die Möglichkeit der Supervision

3. Pädagogische Anreize

1. Zeit und Raum für Entwicklung, Planung und Gespräche
 - a. Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten
 - b. Hausinterne, pädagogische Arbeitstage
 - c. Übergeordnete, pädagogische Arbeitstage
2. Verlässliche Strukturen für den Umgang mit personellen Engpässen
 - a. Vertretungspool
 - b. Leitfaden

4. Persönliche Arbeitsbedingungen

1. Unbefristete Arbeitsverträge
2. Garantierte Übernahme der Praktikant*innen für ein Jahr
3. Möglichkeit zum Home-Office

5. Professionelle Personalakquise

Neben persönlichen Anreizen für die Beschäftigten gehört auch eine professionelle und moderne Personalakquise. Diese kann erfolgen durch:

1. „erlebbar“ Stellenausschreibungen auf verschiedenen Social-Media Kanälen
2. Erstellung eines Arbeitgeberprofils für Stellenbörsen im Internet (inkl. Bild und Videomaterial)
3. Stellenausschreibung an „markanten“ Stellen in der Stadt (z.B. Stadtbussen/Hauswänden)
4. Professioneller Auftritt bei Ausbildungstouren, Trägermessen von Fachschulen etc.
5. Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten zur Gewinnung von Nachwuchskräften
6. Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland (z.B. Italien, Spanien oder Lateinamerika)

6. weitere Anreizmöglichkeiten

7. Finanzielle Auswirkung der einzelnen Maßnahmen

1. Städtische Kitas
2. Freie Träger

1 Monetäre Anreize

a. Leistungsgerechte Bezahlung

a. Eingruppierung

In vielen umliegenden Städten (Bad Homburg, Kornberg, Frankfurt etc.) werden pädagogische Fachkräfte schon seit einiger Zeit grundsätzlich in die Entgeltgruppe 8b (Erzieher*in) mit schwierigen Tätigkeiten eingruppiert. Die Bewerbungsgespräche zeigen deutlich, dass die Eingruppierung eine zentrale Rolle bei der Entscheidung für oder gegen einen Arbeitsplatz spielt, eine Eingruppierung in die 8a wird grundsätzlich bereits bei vielen Bewerber*innen vorausgesetzt.

Um hier gegenüber den anderen umliegenden Städten mind. gleiche Bedingungen anbieten zu können, hat die Stadtverordnetenversammlung bereits unabhängig dieses Konzeptes eine Eingruppierung in die SuE 8b zum kommenden Kitajahr beschlossen.

b. Außertarifliche Zulagen für Übertragung besonderer Aufgaben

Das Aufgabenfeld einer pädagogischen Fachkraft in einer Kindertagesstätte ist vielfältig und umfangreich. Das Land Hessen beschreibt den Beruf mit dem Slogan „1000 Rollen – dein Job“. Hinter dem klassischen Betreuungs- und Bildungsauftrag stecken zahlreiche Aufgaben, die nicht unmittelbar mit den Kindern der Einrichtung zu tun haben, sondern von „Übergeordneter“ Tragweite sind. Diese Aufgaben sind für die pädagogischen Fachkräfte ein guter erster Schritt in eine berufliche und persönliche Weiterentwicklung, leider sieht der Tarif des Öffentlichen Dienst eine entsprechende Honorierung hier nicht vor.

Die Zahlung einer außertariflichen Zulage wird ein guter Anreiz zur Motivation und Bindung der Fachkräfte sein

Nachstehende Aufgaben/Funktionen werden für die Zahlung einer Zulage empfohlen:

Aufgabe/Funktion	Monatliche Zulage
Vertretung der Einrichtung im Tandem (Fachliche Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen)	100,00 €
Vertretung der Einrichtung im Prozess „Qualität vor Ort“	100,00 €
Individuelle Förderung von Kindern mit besonderen Förderbedarfen (nach entsprechender Fortbildung)	100,00 €
Praxisanleitung nach erfolgreich abgeschlossener Qualifikation (Anleitung der Nachwuchskräfte während ihrer Ausbildungszeit)	150,00 €
Koordinationskraft für einzelne Bildungsbereiche im Haus (Krippe / Kita / Hort) (aktuelle MA in der 8b)	220,00 €

Pro Fachkraft können nur max. 2 dieser Funktionszulagen bewilligt werden.

c. Stipendien für die Ausbildung Erzieher/In

Die „klassische“ Erzieherausbildung dauert insgesamt 5 Jahre. In den ersten beiden Jahren erfolgt die Qualifizierung zur Sozialassistent*in. Daran folgen zwei Jahre theoretisches Studium an einer pädagogischen Fachschule. In dieser Zeit erhalten die jungen Menschen keine Vergütung, je nach Fachschule muss sogar ein monatliches Schulgeld gezahlt werden.

Mit der Gewährung von Stipendien wird eine gute Möglichkeit gesehen, diese jungen Menschen frühzeitig an die Stadt Oberursel als AG zu binden und die Einrichtungen als Arbeitsort attraktiv zu machen.

Ein Stipendium sollte enthalten:

- Eine monatliche Vergütung von 300,00 €
- Übernahme etwaiger Schulgebühren
- Praktikumsvertrag für das dritte Ausbildungsjahr

Im Gegenzug werden die Studierenden verpflichtet:

- Die während der Zeit vorgeschriebenen Praktika in einer der sieben städtischen Kitas zu absolvieren.
- Ihr Berufsankennungsjahr ebenfalls bei der Stadt zu leisten sowie
- Nach erfolgreichem Berufsabschluss für weitere zwei Jahre bei der Stadt Oberursel zu arbeiten.

In den städtischen Einrichtungen werden aktuell 16 Berufspraktikumsstellen angeboten, durch das Angebot von 4 Stipendien könnten 25 % dieser Stellen jährlich bereits frühzeitig besetzt werden. An den Fachschulen kann bereits bei jährlich stattfindenden Öffentlichkeitsveranstaltungen geworben werden, die Studierenden schließen bereits zwei Jahre im Voraus ihren Praktikumsvertrag ab und müssen sich neben ihrem Studium nicht mehr um Praxisorte für ihre Praktika kümmern.

2 Personalentwicklungsanreize

1. Gute Aufstiegsmöglichkeiten

a) Eigenes Qualifizierungskonzept für „Nichtfachkräfte“

Bedingt durch den bundesweiten Fachkraftmangel sind die Träger gezwungen, auch Menschen anderer beruflicher Ausbildungen in den Kindertagesstätten zu beschäftigen. Diese Menschen sind meist hoch motiviert und bemüht, den fachlichen Anforderungen gerecht zu werden. Gleichwohl sind die fehlenden, fachlichen Voraussetzungen im Alltag deutlich spürbar – zudem werden „Nichtfachkräfte“ grundsätzlich sehr viel schlechter bezahlt, eine Aufstiegchance gibt es nicht.

Für den Krippenbereich hat sich die Einstellung von qualifizierten Tagesmüttern/vätern oder die Nachqualifizierung von „Nichtfachkräften“ durch die Grundqualifikation in der Tagespflege durch den Verein Netzwerk sehr bewährt. Das Curriculum der Deutschen Jugendinstitution (DJI) sieht ein umfassendes Ausbildungsprogramm für den frühkindlichen Bereich vor, die Betreuungsplätze in der Kindertagespflege sind vor dem Gesetz her dem Krippenplatz gleichgestellt –

daher sollten Tagesmütter/väter nach ihrer Bundeszertifizierung in der Krippe auch als Fachkraft anerkannt werden – eine Eingruppierung nach SuE 8a sollte erfolgen.

Analog dieses Ansatzes könnte auch ein Qualifizierungskonzept entwickelt werden, welches die Bildungsbereiche im Elementarbereich abdeckt und mit einer städtischen Zertifizierung endet und in einer Eingruppierung in Sue 8a endet.

Diese Qualifikation könnte Einrichtungsübergreifend stattfinden und durch den städtischen Bildungsträger Nestwerk konzipiert und organisiert werden.

b) Weiterbildungsmöglichkeiten zur Übernahme von besonderen Aufgaben

Engagierte Fachkräfte erhalten Möglichkeiten zur Übernahme der in Nr. 1.1 genannten Aufgaben und können entsprechende Zusatzqualifikationen erhalten. Diese Maßnahmen werden durch die Stadt Oberursel als Arbeitgeberin kostenfrei zur Verfügung gestellt und bei vorhandenen Anbietern „eingekauft“.

c) Weiterbildungsangebote zur Qualifizierung zu Führungskräfte

Analog der Weiterbildungsmöglichkeiten für die Bediensteten des Verwaltungsbereichs werden Kriterien erarbeitet, unter denen MA für einen Qualifizierungsprozess Führungskräfte ausgebildet werden. Dies gibt Fachkräften einen Anreiz, sich zu engagieren, bindet sie gegebenenfalls langfristig an die Stadt und erspart der Stadt die Suche nach künftigen Leitungskräften für die sieben städtischen Kindertagesstätten.

d) Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Arbeitgeberin Stadt Oberursel

Nicht für alle MA kommen die voran beschriebenen Weiterentwicklungsoptionen in Frage, auch sind die Personalressourcenbedarfe für diese Bereiche geringer als die Anzahl der Beschäftigten in den städtischen Kindertagesstätten. Mit steigenden Alter nehmen die Belastungen, die sich aus den Erziehtätigkeiten ergeben, stark zu. Anders als noch vor dreißig Jahren kehren junge Fachkräfte nach ihrer eigenen Elternzeit wieder zurück in ihren Beruf und müssen diesen in der Regel bis zu ihrem Rentenbeginn ausüben. Die Stadt Oberursel als Arbeitgeberin hat hier mit einem breiten Aufgabenauftrag einen großen Vorteil gegenüber anderen Kindertagesstätten-Trägern. Um dies als Personalbindungsanreiz nutzen zu können, wird die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes „Älter werden im Beruf“ empfohlen. Ziel dieses Konzeptes sollte ein geplantes eigenes Qualifizierungsangebot sein, welches sich für einen anderen Einsatz von MA aus den Kitas eignet. Beispielfhaft werden hier genannt:

- Qualifizierungen / Studienangebote im Bereich Soziale Arbeit (späterer Einsatz im Bereich Sozialberatung oder Seniorenarbeit)
- Basislehrgänge für den Einsatz in Sachgebiete der Kernstadtverwaltung

2. Hauseigene Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten / regelmäßige Supervisionen

Stehen aktuell bereits in den Budgets der Stadt Oberursel zur Verfügung und werden durch das Fachpersonal wertschätzend wahrgenommen.

3 Pädagogische Anreize

1. Zeit und Raum für Entwicklung, Planung und Gespräche

a. Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten

Es steht außer Frage, dass gut durchdachte pädagogische Arbeit nicht ausschließlich durch den intuitiven „Dienst am Kind“ geleistet werden kann. Vielmehr braucht es Vor- und Nachbereitungszeiten, in denen sich Erzieher/innen zurückziehen können, um Gespräche zu planen, Beobachtungen auszuwerten, etc.

Zum einen braucht es regelmäßige Dienstbesprechungen (1 pro Woche) für die grundsätzlichen Planungen und Organisationen des Kitabetriebes, sowie Supervisionssitzungen (10 / Jahr) zur Reflektion der Arbeit oder Beratungsleistungen für das gesamte Team.

Zum anderen braucht es individuelle Zeit für jede Fachkraft zur Planung und Durchführung von Elterngespräche, Elternabende etc. sowie das Füllen der Entwicklungsordner der Kinder.

Letztlich braucht das Bildungshaus Kita zusätzliche Arbeitsstunden für sog. Ausfallzeiten wie Urlaub, Krankheit und Abwesenheiten für Fort- und Weiterbildungen.

Daraus ergeben sich nachstehende Ausfallzeiten in % zur Jahresarbeitszeit:

Urlaub	2 Wochen (außerhalb der Öffnungszeiten)	4 %
Bildungsurlaub	1 Woche	2 %
Krankheit / Beschäftigungsverbote	Durchschnitt der letzten 5 Jahre	9 %
Fortbildungen	2 Tage / Jahr	1 %
Dienstbesprechungen / Supervisionen	DB wöchentlich Supervision 10 Sitzungen im Jahr	8 %
Vorbereitungszeiten	2 Stunden / Woche	5 %
Gesamt		28 %
Gesetzlich vorgeschrieben		22 %
Differenz		6 %

Es wird empfohlen:

Konzeptionelle Verankerung des Einbeziehens von MA auch aus anderen Berufsfeldern. Die MA könnten über das zusätzliche Stundenkontingent aus der oben ermittelten 6 % beschäftigt bzw. finanziert werden. Gleichzeitig könnte dieser Personalpool bei größeren Ausfällen auch im Rahmen des „Aushilfspools“ Krankheitsausfälle kompensieren – siehe Punkt „Umgang mit personellen Engpässen)

b. Hausinterne, pädagogische Arbeitstage

Die bereits konzeptionellen, pädagogischen Arbeitstage bleiben erhalten.

c. Übergeordnete, pädagogische Arbeitstage

Darüber hinaus stehen jährlich zwei weitere Schließtage für die Erarbeitung von Übergeordneter Qualitätsstandards im Jahr zur Verfügung. Diese werden durch

die pädagogische Fachberatung der Stadt in Kooperation mit Beschäftigten des GB Familie, Bildung und Soziales oder im Rahmen des Prozesses „Qualität vor Ort“ geplant und durchgeführt.

2. Verlässliche Strukturen für den Umgang mit personellen Engpässen

a. Vertretungspool

In Verbindung mit Punkt 3.1a baut die Stadt Oberursel für die städtischen Kindertagesstätten einen Vertretungspool auf.

Diese können sich zusammensetzen aus:

- Kolleginnen und Kollegen, die aktuell in Elternzeit sind – Vertretungsdienste jedoch unter Umständen übernehmen würden,
- MA, die altersbedingt ausgeschieden sind und an gelegentlichen Vertretungsdiensten Interesse haben, (gegebenenfalls muss ein Zuverdienst während der Rente geklärt werden)
- Studierende der pädagogischen Studiengänge können bis zu 20 Wochenstunden neben ihrem Studium arbeiten
- Kurzfristige Beschäftigte, die der Einrichtung bekannt sind
- Über Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen

b. Geregelt Maßnahmen bei Unterbesetzung der Häuser

Darüber hinaus werden Maßnahmen für den Notfall festgeschrieben und an Eltern kommuniziert.

Umgang mit personellen Engpässen

Anlassbezogen und immer mit Blick auf die konkrete Situation in den Einrichtungen werden nachstehende Lösungswege geprüft und umgesetzt:

1. Dienstplananpassungen prüfen

- Flexible Anpassung des Dienstplanes / Heranziehung verfügbarer Teilzeitkräfte / Anordnung von Überstunden etc.
- Heranziehung von Poolkräften prüfen

2. Reduzierung der pädagogischen Angebote (AG, Projekte, Ausflüge, Hausaufgabenbetreuung etc.)

3. Gruppenzusammenführung

4. Reduzierung der Betreuungszeiten und/oder Begrenzung auf eine Höchstzahl der zu betreuenden Kinder (Einrichtung einer Notgruppe)

Die Reduzierung der Kinderzahlen sollte vor die Reduzierung der Öffnungszeiten gestellt werden, da es in der Regel immer Familien gibt, die eine Betreuung über einen kurzen Zeitraum anders organisieren können.

Muss eine Reduzierung über einen längeren Zeitraum erfolgen, hat jedoch die Reduzierung der Öffnungszeiten – entsprechend der vorhandenen Fachkraftstunden/KiföG Regelungen – Priorität.

Grundsätzliche Regelungen für eine Reduzierung:

- **Reduzierung der Öffnungszeiten um (je nach vorhandener Fachkraftstunden)**

- eine Stunde pro Tag
- bis nach dem Mittagessen (bei Krippen- und Kitaeinrichtungen)
- bis 15.00 Uhr (in Horteinrichtungen)

- **Reduzierung der Kinderzahlen**

- **Zusammenlegung der Gruppen nach dem Mittagessen**

Hierbei gelten nachstehende Richtwerte:

- Bis 25 Kita/Hortkinder 1 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 50 Kita/Hortkinder 2 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 75 Kita/Hortkinder 3 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson usw.
-
- Bis 10 Krippenkinder 1 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 20 Krippenkinder 2 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 30 Krippenkinder 3 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 40 Krippenkinder 4 MA plus 1 Fachkraft+ 1 Orgaperson

- **Ganztägige Zusammenlegung der Gruppen (getrennt nach Betreuungsform)**

Hierbei gelten nachstehende Richtwerte:

- Bis 15 Kita/Hortkinder 1 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 30 Kita/Hortkinder 2 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 45 Kita/Hortkinder 3 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson usw.
-
- Bis 5 Krippenkinder 1 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 10 Krippenkinder 2 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 15 Krippenkinder 3 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson
- Bis 20 Krippenkinder 4 MA plus 1 Fachkraft + 1 Orgaperson

- **Einrichtung einer „Gesamtnotgruppe“ – Betreuungsformübergreifend**

Stehen dem Haus generell nur noch 4 MitarbeiterInnen zur Verfügung, wird eine „Hausnotgruppe“ Betreuungsformübergreifend für max. 40 Kinder eingerichtet. Krippenkinder können hierbei nur betreut werden, wenn mind. 1 Fachkraft aus dem Krippenbereich zur Verfügung steht.

Die Einrichtung von Betreuungsformübergreifenden Gruppen findet nicht statt, wenn ein hohes infektiöses Krankheitsgeschehen (z.B. Magen, Darm Erkrankungen) die Ursache des hohen Personalausfalles darstellt.

Generell ist bei diesem Personalschlüssel die Betreuung von Integrationskindern nicht möglich. Integrationskinder sollten daher an Tagen mit personellen Engpässen entweder zu Hause betreut werden oder es muss eine weitere Betreuungsperson zur Verfügung stehen.

5. Schließung der Kita

Die Schließung einer Kindertagesstätte wegen fehlender Fachkräfte kann im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie auf das Kindeswohl nur das letzte Mittel sein.

Erfolgt die Schließung eines Hauses hat das noch zur Verfügung stehende Personal nachstehende Aufgaben und Optionen (kann durch Leitung angeordnet werden):

- Desinfektion der Einrichtung inkl. Mobiliar
- Aufräumen von Schränken, Vorratsräumen, Materiallager etc. / Inventarlisten führen
- Vorbereitungsaufgaben, Dokumentationen, Vorbereitungsaufgaben für anstehende Projekte
- Ausarbeitung / Überarbeitung von Aufträgen (z.B. aus der Konzeption)
- Lesen von Fachliteratur
- Abbau von Überstunden
- Aufrechterhaltung des Kontakts zu den Familien mit Konzeption möglicher Angebote

Kriterien zur Auswahl der Kinder für eine Notgruppe:

Grundsätzlich sollte – wenn möglich – das Prinzip der „Solidargemeinschaft“ Vorrang haben:

Schellinfo durch Aushang oder E-Mail (Bitte und Rückmeldung, wer sein Kind zu Hause lassen kann oder früher abholen kann). Für den Folgetag, Eltern ansprechen

Ist dies nicht ausreichend gilt nachstehendes Prinzip:

1. Kinder von Mitarbeiter*innen aus den städtischen Einrichtungen sind vorrangig zu betreuen, damit der Personalbestand des anderen Hauses nicht auch gefährdet wird.
2. Losentscheid

Für den „Akut Fall“ (z.B. erster Tag des Notfalls / Streik) gilt:

1. Kinder von Mitarbeiter*innen aus den städtischen Einrichtungen sind vorrangig zu betreuen, damit der Personalbestand des anderen Hauses nicht auch gefährdet wird.
2. Die Betreuungsgruppe wird nach dem Zeitpunkt der Ankunft der Kinder bis zur max. Gruppengröße gefüllt.

Bei einem „länger“ anhaltenden Personalengpass muss die Reduzierung des Betreuungsumfanges Vorrang haben um allen Familien/Kindern eine Betreuung anbieten zu können.

4 Persönliche Arbeitsbedingungen

1. Unbefristete Arbeitsverträge

Ein weiteres, wichtiges Kriterium bei der Auswahl von Arbeitsplätzen ist die Sicherheit der eigenen Lebensplanung, damit einher gehen unbefristete Arbeitsverträge. Insbesondere bei der Gewinnung von neuem Personal ist dies ein ausschlaggebendes Argument, mit nur befristeten Angeboten bleiben verschiedene Gewinnungsmöglichkeiten außer Betracht – Beispiele:

- Ist mit dem Arbeitsplatzwechsel auch ein Wohnortwechsel verbunden, sind befristete Verträge in der Regel unakzeptabel.
- Menschen, die für ihre Lebensplanung einen finanziellen Kredit brauchen, erhalten diesen mit einem befristeten Arbeitsvertrag nicht.
- Fachkräfte, die bereits in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen, werden diesen nicht für eine Befristung aufgeben.

Mit Blick auf die im Personalbudget in den letzten Jahren nicht verausgabten Haushaltsmittel hat die Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen, in Zukunft nur noch unbefristete Arbeitsverträge mit pädagogischen Fachpersonal einzustellen.

Jahr	Plan	Ist	Differenz
2016	6.324.000,00 €	6.118.000,00 €	- 206.000,00 €
2017	6.734.000,00 €	6.096.000,00 €	- 638.000,00 €
2018	7.017.000,00 €	6.561.000,00 €	- 456.000,00 €
2019	7.186.000,00 €	6.706.000,00 €	- 480.000,00 €
Durchschnitt			- 445.000,00 €

2. Garantierte Übernahme der Praktikant*innen nach der Ausbildung für ein Jahr

Gleiches wie unter 4.1 gilt für die Gewinnung von Nachwuchskräften. Der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVÖD) gibt den Auszubildenden im Verwaltungsbereich eine Übernahmegarantie von einem Jahr nach Abschluss und das unabhängig des genehmigten Stellenplans in der Verwaltung. Die Nachwuchskräfte im pädagogischen Bereich zählen leider rechtlich gesehen nicht als Auszubildende und haben daher diese Übernahmegarantie nicht.

Eine frühzeitige Übernahmegarantie gibt den jungen Menschen Sicherheit, sie müssen sich nicht während ihrer Prüfungsphase auch noch um die Suche nach einem Arbeitsplatz kümmern (Bewerbungen schreiben, Vorstellungstermine wahrnehmen etc.). Von daher ist es sinnvoll, den jungen Menschen bereits bei der Einstellung in ein Praktikumsverhältnis – spätestens aber nach ½ Jahr – einen Anschlussvertrag für ein Jahr anzubieten und das auch unabhängig von der tatsächlichen Stellenplansituation (die sich in der Regel ja im Voraus nicht vorhersagen lässt, es sei denn, man hält Stellen über einen längeren Zeitraum extra dafür frei). Auch dies wurde durch die Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen.

3. Möglichkeit zum Home-Office

Eine gute Personalausstattung ermöglicht es auch, den Fachkräften einen Anteil ihrer Arbeitszeit im Home-Office zu ermöglichen. Viele Aufgaben der „mittelbaren Arbeitszeiten“ können gut von zu Hause aus erledigt werden, nachstehende einige Beispiele:

- Gesprächsleitfaden für verschiedene Elterngespräche entwickeln bzw. überarbeiten (Aufnahme – Eingewöhnung – Entwicklungsgespräche – Kritikgespräche u.ä.)
- Sichten von Fachzeitschriften (welches Thema finde ich wo?)
- Konzepte / Checklisten für das Einarbeiten von Kolleg(inn)en entwickeln
- Entwicklungsgeschichten der Kinder schreiben
- Sortieren von Fotos und Filmmaterial
- Überarbeiten der eigenen Homepage
- Vorbereiten der nächsten Feste und Projekte

Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende, technische Ausstattung (Laptops / Citrix Zugänge etc.)

5. Personalakquise

Die Schaffung guter Arbeitsbedingungen ist die Grundvoraussetzung für die Gewinnung von Fachkräften. Darüber hinaus ist in der heutigen Zeit die Form der Personalsuche ein weiterer, wesentlicher Bestandteil. Die Möglichkeiten einer Stellenanzeige sind vielfältig, Menschen nutzen die Medienwelt für sich ganz individuell. Wichtig ist daher, auf möglichst vielen Wegen eine professionelle Personalakquise zu betreiben. Hierzu muss man sich unterschiedlichen Formen (Banner, Anzeige mit Bildern, Video etc.) bedienen. Auch die Verbesserung der städtischen Internetseite im Bereich Berufsfelder/ Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt Oberursel sollte angestrebt werden.

Für eine Werbung auf unterschiedlichen Stellenbörsen im Internet eignet sich die Erstellung eines Arbeitgeberprofils „Stadt Oberursel“. Im Profil können die Vorteile der Arbeitgeberin Stadt z.B. per Interviews, Videos der Einrichtungen, Bildmaterialien etc. dargestellt werden. Über dieses Portal können dann auch individuelle Stellenanzeigen (auch für andere Berufsgruppen der Stadt) hinterlegt werden.

Besonders wirksam sind auch zeitweise, großflächige Werbebanner an zentralen Stellen in Oberursel. Hierzu eignen sich die Werbeflächen an Hauswänden (z.B. Homm-Kreisel, Hohemarkstraße) oder aber auch eine Stellensuche an den Stadtbussen in Oberursel.

Auch ein professioneller Auftritt bei Trägermessen / Ausbildungstouren etc. gewinnt immer mehr an Bedeutung, insbesondere bei der Gewinnung von Nachwuchskräften. Die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes, welches geschäftsbereichsübergreifend und unter Begleitung externer Fachprofis (Marketingbereich) ist empfehlenswert.

Neben dem Bereich „Stellenwerbung“ können zusätzliche Fachkräfte auch durch Öffnung neuer Zugangswege gewonnen werden, hier werden zwei Aspekte beispielhaft genannt:

Kita als Ausbildungsort

Ausbildungswege zum Beruf Erzieher/Erzieherin sind bereits heute vielfältig und brauchen unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen. Die Stadt Oberursel als Arbeitgeberin hat in diesem Bereich reagiert und unterschiedliche Ausbildungsplätze in den letzten drei Jahren ausgebaut. Neben der „klassischen Ausbildung“ stehen Ausbildungsplätze für: Praxisintegrierte vergütete Ausbildung, Quereinsteigerausbildung sowie Studienausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Um junge Menschen bereits frühzeitig an den Träger zu binden wird die Einführung von Stipendien (Übernahme des Schulgeldes bei der klassischen Ausbildung) und die Zahlung einer Vergütung für sog. Vorpraktika empfohlen.

Gewinnung von Fachkräfte aus anderen Ländern

Die Gewinnung von Fachkräften aus anderen Ländern gewinnt ebenfalls immer mehr an Bedeutung. Die Stadt Oberursel arbeitet seit einigen Jahren bereits mit einer Agentur zusammen, die Fachkräfte aus Spanien nach Deutschland begleiten. Die Beschäftigung erfolgt während des Anerkennungsverfahrens in Hessen auf der Basis eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages, erst nach Anerkennung erfolgt eine feste Übernahme durch die Stadt.

Eine weitere Möglichkeit ist die Gewinnung von Fachkräften aus Lateinamerika. In diesen Ländern sind die Rahmenbedingungen für pädagogisches Fachpersonal in der Regel weitaus schwieriger als in den europäischen Ländern. Auch hier besteht ein Kontakt zu einer Agentur, die sich auf diesen Markt spezialisiert hat. Allerdings erfolgt hier – aufgrund der Entfernung – ein klassisches Bewerbungsverfahren mit Einstellung bereits bei Einreise. Die Fachkräfte werden aber auch hier bis zur Anerkennung intensiv begleitet.

In beiden Fällen erfolgen im ersten Schritt intensive Sprachkurse mit Abschluss B2 Sprachzertifikat.

6. weitere Anreize

Die Stadt Oberursel (Taunus) ist Arbeitgeber von über 400 Mitarbeitenden in unterschiedlichen Bereichen wie z.B. Verwaltung, Stadtbücherei oder auch BSO. Ein Fachkraftmangel gibt es nicht nur im pädagogischen Bereich, auch andere Berufsgruppen sind davon betroffen.

Ein zentrales Thema für viele Berufsgruppen, darunter auch die Berufsgruppe „Erzieher/Erzieherin, ist „bezahlbarer Wohnraum“ in Oberursel bzw. dem Rhein Main Gebiet. Daher ist es empfehlenswert Möglichkeiten zu entwickeln um entsprechenden Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Insbesondere in Verbindung mit einer Personalakquise aus dem Ausland wird dieser Aspekt eine hohe Bedeutung haben.

Steuerfreie Arbeitgeberleistungen stellen eine weitere, gute Möglichkeit dar um sich als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen stellen auch für den Arbeitgeber eine wirtschaftliche Option dar, da diese in der Regel in Form von Sachleistungen oder Vergünstigungen zur Verfügung gestellt werden. Mit dem RMV Premium Ticket oder einem Schwimmbadticket stellt die Stadt Oberursel bereits eine dieser Leistungen zur Verfügung. Weitere Möglichkeiten könnten in diesem Zusammenhang geprüft werden (z.B. Übernahme der Betreuungskosten für Kinder / Kostenfreie Teilnahme an einem Mittagessen etc.).

Hier ist es empfehlenswert, weitere Anreize für alle Beschäftigte der Stadt auszuarbeiten.

7. Finanzielle Auswirkung der einzelnen Maßnahmen

Das vorliegende Konzept ist in erster Linie für die städtischen Kindertagesstätten erarbeitet worden. Für eine Umsetzung muss allerdings mitbedacht werden, dass auch für die Kindertagesstätten der anderer Träger in Oberursel gleiche Voraussetzungen bewilligt werden müssen. Da es aber bereits heute unterschiedliche Strukturen und Rahmenbedingungen (eigene Tarife und Standards) gibt, wird auch die Umsetzung für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen individuell sein müssen. Die nachfolgenden Berechnungen werden daher getrennt voneinander aufgezeigt, die Berechnungen für die externen Träger können nur als Richtlinie dienen.

Zusätzliche Ausgaben für die städtischen Kitas

Punkt 1.1a Eingruppierung

Die Mehrbelastung für eine grundsätzliche Eingruppierung in die Sue 8a beträgt pro Fachkraftstunde im Durchschnitt 100,00 €.

Kita	Stellen	Stunden	Mehrkosten
Regenbogenland	18,266	712,374	
Taunuswichtel	10,017	390,663	
Zauberwald	20,197	787,683	
Wirbelkiste	5,872	229,008	
Pfützenracker	6,154	240,006	
Waldzwerge	12,866	501,774	
Schatzinsel	14,626	570,414	
Gesamt	88,00	3.432	343.192,20 €

Punkt 1.1b Außertarifliche Zulagen

Aufgabe	Anzahl der Funktionsübertragung	Zulage /Jahr
Vertretung der Einrichtung im Tandem	7	8.400,00 €
Vertretung der Einrichtung im Prozess „Qualität vor Ort“	7	8.400,00 €
Individuelle Förderung von Kindern mit besonderen Förderbedarfen (nach entsprechender Fortbildung)	10	12.000,00 €
Praxisanleitung nach erfolgreich abgeschlossener Qualifikation (Anleitung der Nachwuchskräfte während ihrer Ausbildungszeit)	25	45.000,00 €
Koordinationskraft für einzelne Bildungsbereiche im Haus (Krippe / Kita / Hort)	12	31.680,00 €
Gesamtkosten /Jahr		105.480,00 €

Punkt 1.1.c Stipendien

Kosten pro Stipendium:

Vorschlag: 4 Stipendien / Jahr

12 Montag á 300,00 €	3.600,00 €	
<u>12 Monate Schulgeld á 80,00 €</u>	<u>960,00 €</u>	
Gesamt:	4.560,00 €	18.240,00 €

Punkt 2.1a eigenes Qualifizierungskonzept für Nichtfachkräfte

Analog eines Qualifizierungskurses für die Tagespflege fallen pro Kurs (10 Teilnehmer*innen) rund 20.000,00 € jährlich an.

Um dieses Angebot auch den anderen Trägern anbieten zu können, sollten jährlich zwei Kurse geplant werden:

Finanzielle Auswirkungen:

Personalkosten Nestwerk (5 Wochenstunden)	10.000,00 €
2 Qualifikationskurse (bis zu 10 Teilnehmer*innen) (analog Tagespflege 160 Unterrichtseinheiten / Dauer ¾ Jahr/ Prüfung)	30.000,00 €
Gesamt:	40.000,00 €

Punkt 2.1b Weiterbildungsmöglichkeiten zur Übernahme von besonderen Aufgaben

Für jedes Haus sollten zusätzliche Mittel für zwei Weiterbildungen im Jahr zur Verfügung stehen, die je nach Bedarfen abgerufen werden können.

14 Weiterbildungen á 500,00 €	7.000,00 €
-------------------------------	------------

Punkt 2.1c Weiterbildungsmöglichkeiten zur Qualifizierung von Führungskräfte

Einrichtungsübergreifend sollten Mittel für zwei Fachkräfte zur Verfügung stehen.

2 Weiterbildungen á 2.000,00 €	4.000,00 €
--------------------------------	------------

Punkt 2.1d Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt Oberursel

Kann über die vorhandenen Budgets abgebildet werden

Punkt 2 Haeigene Fort- und Weiterbildung / regelmäßige Supervision

Wird über die vorhandenen Kitabudgets bereits abgebildet.

Punkt 3.1a Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten

Aus der Aufstockung der Stellenpläne um 6% müssen Haushaltsmittel für 195 Stunden (5 Stellen) zur Verfügung gestellt werden:

Kosten einer Vollzeitstelle in SuE 4 Stufe 4: 52.500,00 €

Aufstockung der Fachkraftstunden (6% der Stellenpläne 2021):	195 Stunden
In Stellen	5 Stellen
Zusätzliche Kosten	262.500,00 €

Punkt 3.1b Hauinterne pädagogische Arbeitstage

Werden bereits über die vorhandenen Budgets dargestellt.

Punkt 3.1c Übergeordnete pädagogische Arbeitstage

Die zusätzlichen Kosten für Referenten, Verpflegung und Sachkosten können ebenfalls über die vorhandenen Budgets (Bildungspauschalen vom Land) abgebildet werden. Die zusätzlichen Schließtage müssten als Elternbeitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen getragen werden.

Punkt 3.2 a Vertretungspool

Könnte über die Haushaltsmittel unter 3.1.a aufgebaut werden.

Punkt 3.2b Geregelte Maßnahmen bei Unterbesetzung

Schafft transparente und verlässliche Strukturen für die MA – die sich hieraus ergebenden Maßnahmen liegen im „Leistungsbereich der Eltern“.

Punkt 4.1 Unbefristete Arbeitsverträge

Mehrkosten durch die Maßnahme sind unwahrscheinlich bzw. zu vernachlässigen.

Punkt 4.2 Verbindliche Übernahme von Praktikant*innen

Mehrkosten durch die Maßnahme sind ebenfalls unwahrscheinlich bzw. zu vernachlässigen.

Punkt 4.3 Home-Office

Es würden Kosten für die Technik einmalig anfallen, welche aktuell noch nicht beziffert sind.

Punkt 5 Professionelle Personalakquise

Die Kosten für die verschiedenen Maßnahmen sind variabel, Maßnahmen können je nach zur Verfügung stehenden Budget ausgestaltet sein.

Grundsätzlich sind aber mit festen Kosten zu kalkulieren:

- | | |
|--|------------|
| • Stellenanzeigen online – pro Anzeige (Schaltdauer 6 Wochen) | 700,00 € |
| • Stellenanzeige online- ganzjährig | 2.900,00 € |
| • Erstellung eines Arbeitgeberprofils im Internet (Kosten / Jahr) | 300,00 € |
| • Großraumwerbung (Busse, Hauswand, Parkhaus) muss bei Bedarf angefordert werden | |
| • Erstellung eines Videos | 4.000,00 € |

Für die Gewinnung von Fachkräften über Nachwuchs oder Rekrutierung aus dem Ausland können nachstehende Richtwerte herangezogen werden:

- | | |
|---|-------------|
| • Pro Stipendium (300,00 €/Monat) | 3.600,00 € |
| • Praktika und/ oder Ausbildung Sozialassistent*in (200,00 €/Monat) | 2.400,00 € |
| • Fachkraft aus dem Ausland | 20.000,00 € |

Zusätzliche Ausgaben für die Kindertagesstätten der externen Träger

Viele der aufgezeigten Anreize sind sehr individuell und daher nicht pauschal auf alle Kitas übertragbar bzw. werden verschiedene Dinge auch bereits bei anderen Trägern umgesetzt.

Daher werden für die externen Träger nur die Anreize beschrieben, welche von großer finanzieller Bedeutung für den städtischen Haushalt wären.

1. Eingruppierungen

Nicht alle Träger bezahlen die pädagogischen Fachkräfte nach dem öffentlichen Dienst Tarif TVöD/SuE sondern haben ihre eigenen Tarife. Bei der Mehrkostenberechnung wird daher davon ausgegangen, dass die finanzielle Mehrbelastung analog der Differenz SuE 8a zu 8b beträgt.

Träger	Stellen	Stunden	Mehrkosten	Bemerkung
Ev. Kirche	35,875	1399,125	139.912,50 €	eigener Tarif
Kath. Kirche	60,28	2.350,92	235.092,00 €	
VzF Taunus	51	1.989,00	198.900,00 €	
Kita am Park	16,38	638,82	63.882,00	
IB Bommersheim	6,3	245,70	24.570,00 €	eigener Tarif
VHS Spielstube	8,77	342,03	34.203,00 €	
Betreuungszentren	51,45	2.006,55	200.655,00 €	eigener Tarif
Gesamt			897.214,50 €	

2. Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten

Kosten einer Vollzeitstelle in SuE 4 Stufe 4:

52.500,00 €

Aufstockung der Fachkraftstunden (6% der Stellenpläne 2021):	540 Stunden
In Stellen	14 Stellen
Zusätzliche Kosten	735.000,00 €

Zusammenfassung:

		Stadt	externe Träger	
1.1a	Eingruppierung	343.200,00 €	897.200,00 €	
1.1b	Zulagen	105.480,00 €		
1.1c	Stipendien	18.240,00 €		
2.1a	Qualifizierung Nichtfachkräfte	40.000,00 €		
2.1b	Weiterbildung zur Übernahme Sonderaufgaben	7.000,00 €		
2.1c	Qualifizierung Führungskräfte	4.000,00 €		
2.1d	Veränderungsbildung	- €		
2.2	Hauseigene Fort- und Weiterbildung	- €		
3.1a	Verbindliche Vor- und Nachbereitung	262.500,00 €	735.000,00 €	
3.1b	Pädagogische Fachtage intern	- €		
3.1c	Übergeordnete Fachtage	- €		Leistungsbereich Eltern
3.3a	Vertretungspool	- €		siehe auch 3.1a
3.3b	Geregender Umgang bei Unterbesetzung	- €		Leistungsbereich Eltern
4.1	unbefristete Arbeitsverträge	- €		kein Risiko bei der Überbesetzung Personal
4.2	Übernahme Praktikant*innen	- €		kein Risiko bei der Überbesetzung Personal
4.3	Homeoffice			
5.	professionelle Personalakquise	5.000,00 €		Mindestbudget pro Jahr
		785.420,00 €	1.632.200,00 €	2.417.620,00 €

Die benannten Ideen sind nicht abschließend, sondern als „Impulsgeber“ zu sehen. Auch ist das Papier so entwickelt, dass einzelne Teile sehr zeitnah umgesetzt werden könnten und jeder Punkt für sich allein realisiert werden kann.

Einige Aspekte brauchen hingegen noch weitere Abstimmungsprozesse oder sind allein aus wirtschaftlichen Gründen eher mittel- bis langfristig zu sehen.

Impressum
Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus)
Geschäftsbereich Familie, Bildung und Soziales
Rathausplatz 1
61440 Oberursel (Taunus)

Stadt Oberursel (Taunus)

Flächenmanagement

Aktenzeichen: 61-612 11.62.26 (23 21 01) kr

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

31.01.2022	VL-23/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	II	7	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			
Ortsbeirat Bommersheim	30.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Grundstücksverkauf in der Gemarkung Bommersheim

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) verkauft das Grundstück

Gemarkung Bommersheim Flur [REDACTED] Flurstück [REDACTED] „Gebäude- und Freifläche, An den Drei Hasen“, Größe [REDACTED]

an

[REDACTED]

Der Kaufpreis beträgt [REDACTED] Die Vertragskosten und die Grunderwerbsteuer trägt die Käuferin.

Die Ortsbeiräte Oberursel-Mitte und Oberursel-Bommersheim sind zu beteiligen.

Sachbericht:

Das im Beschlussvorschlag genannte Grundstück wird im Rahmen eines Nutzungsvertrages durch

[REDACTED]

Die Nutzungsberechtigte möchte das Gelände nun gerne erwerben.

Nach dem rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 217 ist die zum Verkauf stehende Fläche als Gewerbegebiet ausgewiesen, teils als überbaubare und teils als nicht überbaubare Fläche.

Bei dem Kaufpreis handelt es sich um den aktuellen Bodenrichtwert.

In der Anlagebuchhaltung wird das Grundstück mit [REDACTED] bewertet. Somit ergibt sich ein außerordentlicher Ertrag von [REDACTED].

Finanzielle Auswirkungen:

Durch den Verkauf entstehen Einnahmen in Höhe von [REDACTED], die bei PSK 100500.59101100 vereinnahmt werden.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine Auswirkungen

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine Auswirkungen

Arnold Richter
Geschäftsbereichsleiter

Anlage:
[REDACTED]

Antje Runge
Bürgermeisterin

BERICHT

Der Bürgermeisterin zur **Tagesordnung II** für die **9. öffentliche Sitzung** der Stadtverordnetenversammlung am **07.04.2022**

Tagesordnung II

9. Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungssatzung) Erstattung von / Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außenbestuhlung (652)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Auf die Erhebung von Gebühren für die Außenbestuhlung in der Zeit vom 01.04. – 31.12.2022 wird auf Grundlage des § 11 Abs. 3 Ziffer 2 aus Billigkeitsgründen verzichtet, ohne dass es einer Einzelfallprüfung bedarf.
2. Wünsche auf eine Vergrößerung der bewirtschafteten Außenfläche soll entsprochen werden, sofern keine öffentlichen oder privaten Gründe dagegen sprechen.

10. Neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte (101) (alt 8.)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Die Ortsbeiräte wurden beteiligt.

11. Wirtschaftsplan 2022- Änderung des Festsetzungsbeschlusses (706) (alt 9.)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Der Festsetzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2022 wird um „V. Die Verpflichtungsermächtigungen, die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan für die Jahre 2023-2025 erforderlich sind, werden auf 70.800.000 € festgesetzt.“ ergänzt.

12. Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ (612)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, folgende Satzung zu beschließen:

Die Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ wird gemäß § 17 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) um ein Jahr verlängert.

Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte wurde informiert.

13. Innere Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Weißkirchen im B-Plan 219 – (alt 11.) Entwurfsplanung. (613)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Die vorliegende Entwurfsplanung zur inneren Erschließung des geplanten Gewerbegebiets zwischen der Kurmainzer Straße und der Straße Am Bahnhof entsprechend dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 219 in Weißkirchen wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Die Verkehrsflächen zur inneren Erschließung des Gewerbegebiets am Bahnhof Weißkirchen werden auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung umgesetzt.
3. Der BSO wird beauftragt, alle weiteren notwendigen Schritte wie Vergabe der Ausführungsplanung etc. bis zur Umsetzung vorzunehmen.

Die Ortsbeiräte Stierstadt und Weißkirchen wurden beteiligt.

14. Ansiedlung Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in der südlichen Riedwiese (alt 12.) Absichtserklärung (611)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) begrüßt den Ansiedlungswunsch des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in Oberursel und bestätigt dies gegenüber dem VDE mit der beigefügten Absichtserklärung.

Der Ausländerbeirat wurde informiert.
Der Ortsbeirat Weißkirchen wurde informiert.

15. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus). Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des Feuerwehrwesens der Stadt Oberursel (Taunus). (04)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Der in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus) wird zugestimmt.
Der Magistrat wird darüber hinaus beauftragt, weitere Themenfelder im Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) für das Feuerwehrwesen zu prüfen und umzusetzen.

16. Geodateninfrastruktur (GDI) Hochtaunuskreis und Umsetzung der europäischen "GDI-INSPIRE" Richtlinie (Infrastructure for SPatial InfoRmation in Europe) (alt 14.) hier: Fortsetzung der Zusammenarbeit (654)

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Die als Anlage 1 beigefügte Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Hochtaunuskreis und u.a. der Stadt Oberursel (Taunus) zur gemeinsamen Umsetzung der EU Inspire Richtlinien für die Jahre 2022 - 2026 ist abzuschließen.

2. Die sich hieraus für die Stadt Oberursel (Taunus) ergebenden jährlichen Umlagebeiträge in Höhe von 1.517,96 € sind in den Haushalten bis 2026 einzuplanen. (siehe Anlage 2)

Die Fachausschüsse haben den Vorlagen zugestimmt und empfehlen die Beschlussfassung.

Stadt Oberursel (Taunus)

Verkehrsbehörde, Mobilität

Aktenzeichen:

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

28.01.2022	VL-18/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	II	12	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Satzung der Stadt Oberursel (Taunus) über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungssatzung)

Erstattung von / Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außenbestuhlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Auf die Erhebung von Gebühren für die Außenbestuhlung in der Zeit vom 01.04. – 31.12.2022 wird auf Grundlage des § 11 Abs. 3 Ziffer 2 aus Billigkeitsgründen verzichtet, ohne dass es einer Einzelfallprüfung bedarf.
2. Wünsche auf eine Vergrößerung der bewirtschafteten Außenfläche soll entsprochen werden, sofern keine öffentlichen oder privaten Gründe dagegen sprechen.

Sachbericht:

Auf die Vorlage VL-187/2021, die am 18.11.2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, wird verwiesen. Der Magistrat hat von der darin enthaltenen Regelung Gebrauch gemacht und den Gebührenverzicht für die Außenbestuhlung bis 31.03.2022 verlängert.

Angesichts der aktuellen und absehbaren pandemischen Lage ist jetzt für die Zeit ab 01.04.2022 eine weitere Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Es wird vorgeschlagen, die Regelung zum Gebührenverzicht aus Billigkeitsgründen nochmals bis zum Ende des Jahres 2022 vor dem Hintergrund der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Situation des Gastronomiegewerbes im Zusammenhang mit den coronabedingten Betriebsbeschränkungen zu verlängern. Derzeit gilt für die Innengastronomie die 2G-plus Regelung; dies führt zu einem erheblichen Rückgang der Gästezahlen, der durch die Nutzung der Außengastronomie nur teilweise kompensiert werden kann. Die Betriebe müssen weiterhin die Mindereinnahmen wegen reduzierter Nutzungsmöglichkeiten verkraften; gleichzeitig sind zusätzliche Kosten wegen der erforderlichen Hygienemaßnahmen zu tragen.

Mit Blick auf den Erhalt des vielfältigen Gastronomieangebots im Stadtbild bietet der Gebührenverzicht für die Außenbestuhlung sowie ein flexibler Umgang mit den zur Verfügung gestellten Außenbewirtschaftungsflächen der Kommune eine Unterstützungsmöglichkeit, von der weiter Gebrauch gemacht werden soll. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, auf die Gebührenerhebung für den Bereich Außenbestuhlung für die Zeit vom 01. April - 31. Dezember 2022 mit Blick auf die wirtschaftliche Situation des Gastronomiegewerbes zu verzichten.

Ergänzend wird den Wünschen auf eine Vergrößerung der Außenfläche für die Gastronomie entsprochen, sofern dies unter Beachtung öffentlicher und privater Interessen möglich ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch den Gebührenverzicht entstehen Mindereinnahmen für die Zeit vom 01.04.22 – 31.12.22 in der Größenordnung von bis zu 22.000 €

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Eine vielfältige Gastronomielandschaft steigert die Standortattraktivität auch für Familien.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Bernd Strobehn
Geschäftsbereichsleiter

Christof Fink
Erster Stadtrat

Stadt Oberursel (Taunus)

Zentrale Steuerung und Koordination

Aktenzeichen: 10 Pa

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

09.03.2022	VL-5/2022
-------------------	------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	8	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Ortsbeirat Stierstadt	28.03.2022			
Ortsbeirat Oberstedten	29.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			
Ortsbeirat Bommersheim	30.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Nord	30.03.2022			
Ältestenrat	31.03.2022			
Ortsbeirat Weißkirchen	31.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die neue Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Die Ortsbeiräte sind zu beteiligen.

Sachbericht:

Mit Beginn der neuen Wahlzeit 2021/2026 gibt es in Oberursel (Taunus) insgesamt sechs Ortsbeiräte. Den entsprechenden Beschluss hat die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 12.12.2019 gefasst (vgl. Vorlage VL-162/2019). Die (neuen) Ortsbeiräte haben sich im Mai 2021 konstituiert.

Den (neuen) Ortsbeiräten wurden auch bestimmte Aufgaben übertragen. Um dies verbindlich abzusichern, wurde die Hauptsatzung geändert. Darüber hinaus ist für die Arbeit der Ortsbeiräte ein for-

maler Rahmen wichtig. Deshalb soll die Geschäftsordnung auf die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Ursprünglich war vorgesehen, die abgestimmte neue Geschäftsordnung unverändert vorzulegen und in der in der Februar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen. Dies ließ sich nicht aufrechterhalten. Zum einen wurden im Zuge der ersten Beratungsrunde von den Ortsbeiräten noch Änderungsvorschläge vorgebracht. Diese sind teilweise konträr ausgefallen, so dass kein inhaltlicher Konsens erreicht werden konnte, d.h. ein abgestimmter „finaler“ Text liegt aktuell nicht vor. Zum anderen bestand hinsichtlich der Ausgestaltung an zwei Punkten noch Klärungsbedarf,

Am 01. März 2022 hat ein Treffen zwischen Stadtverordnetenvorsteher, Bürgermeisterin, dem Ersten Stadtrat sowie Ortsvorsteherin und -vorstehern stattgefunden. Im Rahmen des Termins wurden die relevanten Punkte angesprochen und ein breiter Konsens erreicht. Die Regelungen sind nachfolgend beschrieben

1. Geschäftsordnung

Im Fokus der Rückmeldungen stand die Frage der Sitzungsdauer. Hier gab es den Wunsch, auf Anforderungen flexibel reagieren zu können. Im Sinne eines einheitlichen Rahmens soll die Regelung analog der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung übernommen werden. Diese hat sich mit Blick auf eine vernünftige „Sitzungsökonomie“ bewährt.

Andere angesprochene Aspekte (z.B. Bürgerfragestunde, dringliche Angelegenheiten etc.) sind bereits geregelt. Hier ist zunächst nichts weiter zu veranlassen.

2. Mittel für übertragene Aufgaben (vgl. § 3 Abs. 4 letzter Satz der Hauptsatzung)

Gemäß der Hauptsatzung werden den Ortsbeiräten zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben Leistungen nach Maßgabe der von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Haushaltsmittel gewährt.

Das festzulegende Verfahren muss den haushaltsrechtlichen Anforderungen gerecht werden. Dies betrifft insbesondere die korrekte Zuordnung. Die Grundlage bildet die Vorgabe aus § 4 Abs. 2 HGO i.V.m. Muster 11. Dort sind entsprechende Produktbereiche definiert, die zu beachten sind. Korrespondierend dazu sind im Haushalt bereits entsprechende Ansätze – bspw. für Veranstaltungen in den Stadtteilen – veranschlagt.

Es ist nicht vorgehen, dass die Ortsbeiräte eigene Mittel, d.h. zusätzliche Gelder, bekommen. Im Haushalt 2022 ist dafür kein Ansatz eingeplant. Gleichwohl sollen Möglichkeiten geschaffen werden, damit sich der Ortsbeirat einbringen kann.

Um einen ersten Einstieg in das Thema zu ermöglichen wird vorgeschlagen, dass jeder Ortsbeirat über 1.000 EUR verfügen darf. Diese Größenordnung ist mit Blick auf das gesamte Haushaltsvolumen gut handhabbar. Die Mittel sind bei den entsprechenden Budgets (basierend auf der dargestellten Haushaltssystematik) im Haushalt schon veranschlagt. Der Ortsbeirat kann diese fallweise anders priorisieren. Damit ist es möglich, auch Schwerpunkte zu setzen oder auf kurzfristige Bedarfe zu reagieren.

Details zur Verfahrensabwicklung sowie ergänzende Hinweisen werden den Ortsbeiräten zur nächsten Sitzungsrunde vorgelegt. Da es sich um rein administrative Aspekte handelt, werden diese außerhalb der Geschäftsordnung geregelt.

3. Alters-und Ehejubiläen, Ehrungen im Ortsbezirk (vgl. § 3 Abs. 4c der Hauptsatzung)

Grundsätzlich vertritt der Magistrat die Stadt nach außen– auch in repräsentativen Angelegenheiten (vgl. § 66 HGO).

Mit der Änderung der Hauptsatzung ist diese Aufgabe an die Ortsbeiräte übertragen worden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Ortsbeiräte den „ersten Zugriff“ haben. Die städtische „Ehrenordnung“ ist an dem Punkt offen formuliert.

Wie bisher wird es eine administrative Unterstützung geben. Die Besuchswünsche werden von der Verwaltung abgefragt und die Rückläufe an den Ortsbeirat übermittelt. Dieser stimmt dann mit den Jubilaren ab, wann der Besuch stattfindet. Die Anschreiben an die Bürger/innen werden entsprechend umgestaltet, damit die dargestellte „Kaskade“ eingehalten wird.

Es besteht Konsens, dass bei wichtigen Persönlichkeiten (z.B. Ehrenbürger/innen) auch Bürgermeisterin bzw. hauptamtliche oder ehrenamtliche Vertreter des Magistrats teilnehmen.

Mit den dargestellten Vorschlägen wird ein einheitlicher Rahmen für alle Beteiligten geschaffen. Es werden noch einmal wichtige Justierungen vorgenommen.

Das Ziel, die Arbeit der Ortsbeiräte auf ein neues Fundament zu stellen, kann so weiterverfolgt werden. Mit der jetzt vorliegenden Version folgt ein Einstieg. Die Entwicklung im lfd. Jahr wird beobachtet. Aufbauend auf den Erfahrungen kann ggf. nachgesteuert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachbericht.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine.

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine.

Stephan Parnet
Geschäftsbereichsleiter

Anlagen

Synopse der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte

Christof Fink
Erster Stadtrat

Synopse zur Änderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in Oberursel (Taunus)

Alt	Neu
Geschäftsordnung der Ortsbeiräte Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen vom 16. Dezember 1974 (In der Fassung des Stadtverordneten - Beschlusses vom 21.01.1977)	Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in Oberursel (Taunus)
<p>Die Stadtverordnetenversammlung hat aufgrund der §§ 60, 81 und 82 HGO am 16.12.1974 bzw. 21.01.1977 folgende Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte erlassen:</p>	<p>Aufgrund der §§ 82 Abs. 6, 62 Abs. 5 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915) hat die Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022 beschlossen:</p>
§ 1 Mitglieder	§ 1 Mitglieder
<p>(1) Die Mitglieder des Ortsbeirates werden von den Bürgern des Ortsbezirkes zugleich mit den Stadtverordneten für die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung nach den Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und der Hessischen Kommunalwahlordnung gewählt.</p> <p>(2) Zu Mitgliedern des Ortsbeirates können nur in dem betreffenden Ortsbezirk wohnhafte Bürger, die nach § 32 HGO das passive Wahlrecht besitzen, gewählt werden.</p>	<p>(1) Die Mitglieder des Ortsbeirates werden von den Bürgern des Ortsbezirkes zugleich mit den Stadtverordneten für die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung nach den Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und der Hessischen Kommunalwahlordnung gewählt.</p> <p>(2) Zu Mitgliedern des Ortsbeirates können nur in dem betreffenden Ortsbezirk wohnhafte Bürger/innen, die nach § 32 HGO das passive Wahlrecht besitzen, gewählt werden.</p>

<p>(3) Stadtverordnete können gleichzeitig Mitglieder des Ortsbeirates sein.</p> <p>(4) Mitglieder des Magistrats, hauptamtliche Beamte und Angestellte der Stadt oder einer gemeinschaftlichen Verwaltungseinrichtung, an der die Stadt beteiligt oder hauptamtliche Beamte und Angestellte einer Körperschaft, Anstalt, Stiftung oder Gesellschaft, an der die Stadt maßgeblich beteiligt ist, dürfen nicht gleichzeitig Mitglied des Ortsbeirates sein.</p> <p>(5) Über die Gültigkeit der Wahl des Ortsbeirates entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in ihrer konstituierenden Sitzung.</p>	<p>(3) Stadtverordnete können gleichzeitig Mitglieder des Ortsbeirates sein.</p> <p>entfällt</p> <p>(4) Über die Gültigkeit der Wahl des Ortsbeirates entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in ihrer konstituierenden Sitzung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Mitgliedschaft</p> <p>Für die Wahl und die Beendigung der Mitgliedschaft eines Ortsbeirates gelten sinngemäß die für die Stadtverordnetenversammlung maßgebenden Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und der Hessischen Kommunalwahlordnung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Mitgliedschaft</p> <p>Für die Wahl und die Beendigung der Mitgliedschaft eines Ortsbeirates gelten sinngemäß die für die Stadtverordnetenversammlung maßgebenden Vorschriften des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und der Hessischen Kommunalwahlordnung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Stellung der Mitglieder des Ortsbeirates</p> <p>Die Ortsbeiräte sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechte und Pflichten gelten - unbeschadet dieser Geschäftsordnung - die Vorschriften der §§ 21 - 27 HGO.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Stellung der Mitglieder des Ortsbeirates</p> <p>Die Ortsbeiräte sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechte und Pflichten gelten - unbeschadet dieser Geschäftsordnung - die Vorschriften der §§ 21 - 27 HGO.</p>

<p style="text-align: center;">§ 4 Vorsitzender, Stellvertreter und Schriftführer</p> <p>(1) Der Ortsbeirat ist binnen einem Monat nach der Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung durch den Bürgermeister einzuberufen.</p> <p>Der Ortsbeirat wählt in dieser Sitzung aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Er bestellt auf Vorschlag des Magistrats einen Schriftführer und dessen Stellvertreter.</p> <p>(2) Der Vorsitzende trägt die Bezeichnung Ortsvorsteher.</p> <p>(3) Bis zur erfolgten Wahl des Ortsvorstehers leitet der bisherige Ortsvorsteher die Sitzung.</p> <p>(4) Ist der bisherige Ortsvorsteher verhindert oder bewirbt er sich wiederum um das Amt des Ortsvorstehers, so leitet der bisherige stellvertretende Ortsvorsteher die Wahl des Ortsvorstehers. Sind beide verhindert, tritt an ihre Stelle das nach Jahren älteste anwesende Mitglied des Ortsbeirates.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Vorsitz, Stellvertretung und Schriftführung</p> <p>(1) Der Ortsbeirat ist binnen sechs Wochen nach Beginn der Wahlzeit zu seiner konstituierenden Sitzung durch den/die bisherige/n Ortsvorsteher/in einzuberufen.</p> <p>Der Ortsbeirat wählt in dieser Sitzung aus seiner Mitte die/den Vorsitzende/n und deren/dessen Stellvertretung. Der Ortsbeirat bestellt auf Vorschlag des Magistrats die Schriftführung.</p> <p>(2) Die oder der Vorsitzende trägt die Bezeichnung Ortsvorsteherin oder Ortsvorsteher.</p> <p>(3) Bis zur erfolgten Wahl der Ortsvorsteherin oder des Ortsvorstehers leitet der/die bisherige Ortsvorsteher/in die Sitzung.</p> <p>(4) Ist der/die bisherige Ortsvorsteher/in verhindert oder bewirbt er/sie sich wiederum um das Amt des/der Ortsvorstehers/Ortsvorsteherin, so leitet der/die bisherige stellvertretende Ortsvorsteher/in die Wahl des/der Ortsvorstehers/Ortsvorsteherin. Sind beide verhindert, tritt an ihre Stelle das nach Jahren älteste anwesende Mitglied des Ortsbeirates.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5 Aufgaben</p> <p>(1) Aufgabe des Ortsbeirates ist es, die Teilnahme der Bürger des Ortsbezirks an den kommunalen Angelegenheiten zu fördern und eine engere Verbindung zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft zu schaffen, sowie Kontakte zu allen im Ortsbezirk ansässigen Vereinen zu pflegen.</p> <p>(2) Der Ortsbeirat ist von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Aufgaben</p> <p>(1) Aufgabe des Ortsbeirates ist es, die Teilnahme der Bürger/innen des Ortsbezirks an den kommunalen Angelegenheiten zu fördern und eine engere Verbindung zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft zu schaffen, sowie Kontakte zu allen im Ortsbezirk ansässigen Vereinen zu pflegen.</p> <p>(2) Der Ortsbeirat ist von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk</p>

betreffen, zu hören, insbesondere zu den in dem Grenzänderungsvertrag festgelegten Angelegenheiten.

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen für die Stadtteile ist der jeweilige Ortsbeirat zum Zeitpunkt der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu hören.

- (3) Die erbetene Stellungnahme ist vom Ortsbeirat spätestens in der Sitzung abzugeben, die auf die Sitzung folgt, bei der vom Ortsbeirat die Stellungnahme erbeten wurde. Diese Sitzung ist spätestens innerhalb von 4 Wochen durchzuführen.
- (4) Unterbleibt die rechtzeitige Stellungnahme, so gilt dies als Zustimmung zu der beabsichtigten Maßnahme.

betreffen, zu hören, insbesondere zu den in dem Grenzänderungsvertrag festgelegten Angelegenheiten.

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen für die Stadtteile ist der jeweilige Ortsbeirat zum Zeitpunkt der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu hören.

entfällt

entfällt

(3) Folgende Aufgaben wurden gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2019 den Ortsbeiräten für ihren jeweiligen Ortsbezirk übertragen:

- a) Benennung von Straßen, Plätzen und anderen kommunalen Einrichtungen im Ortsbezirk, soweit die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung nicht im Einzelfall wieder an sich zieht.
- b) Förderung der örtlichen Gemeinschaft (z.B. lokale Feste / Veranstaltungen im Ortsbezirk).
- c) Alters- und Ehejubiläen, Ehrungen, sonstige repräsentative Anlässe im Ortsbezirk.
- d) Unterstützung der im Ortsbezirk ansässigen Vereine.
- e) Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur informellen Bürgerbeteiligung im Ortsbezirk.

Zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben werden dem Ortsbeirat Leistungen nach Maßgabe der von der

- (5) Stellt sich die von der Stadtverordnetenversammlung oder vom Magistrat beabsichtigte Maßnahme als eine wichtige Angelegenheit aller Ortsbezirke dar, so kann die Anhörung in einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte im Rahmen einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats erfolgen. Die Entscheidung darüber trifft die Stadtverordnetenversammlung oder der Magistrat.
- (6) Der Ortsbeirat nimmt auch zu denjenigen Fragen Stellung, die ihm von der Stadtverordnetenversammlung oder vom Magistrat vorgelegt werden. Die Abs. 3 und 4 gelten entsprechend. Die Vorschläge des Ortsbeirates gemäß § 82 Abs. 2 HGO sind an den Magistrat zu richten.
- (7) Vor der Feststellung des Haushaltsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung ist der Ortsbeirat zu hören. Die Abs. 3, 4 und 5 gelten entsprechend.
- (8) Den Ortsvorstehern und den Vorsitzenden der im jeweiligen Ortsbeirat vertretenen Fraktionen werden Bewerberlisten für die zu vergebenden öffentlich geförderten Wohnungen zugestellt. Der Ortsvorsteher setzt sich mit den Fraktionsvorsitzenden in Verbindung und teilt die Entscheidung über die Wohnungsvergabe dem Magistrat unverzüglich mit. Der Ortsbeirat ist in seiner nächsten Sitzung zu informieren.
- (9) Der Ortsbeirat hat das Recht, zu allen Fragen, die den Ortsbezirk betreffen, Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben. Die Stadtverordnetenversammlung bzw. der Magistrat ist zur Prüfung der Vorschläge und Anregungen innerhalb angemessener Frist verpflichtet.

Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Haushaltsmittel gewährt.

Für die administrative Abwicklung der genannten Aufgaben kann der Magistrat noch gesonderte Verfahrensvorschriften erlassen.

- (4) Stellt sich die von der Stadtverordnetenversammlung oder vom Magistrat beabsichtigte Maßnahme als eine wichtige Angelegenheit aller Ortsbezirke dar, so kann die Anhörung in einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte im Rahmen einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats erfolgen. Die Entscheidung darüber trifft die Stadtverordnetenversammlung oder der Magistrat.
 - (5) Der Ortsbeirat nimmt auch zu denjenigen Fragen Stellung, die ihm von der Stadtverordnetenversammlung oder vom Magistrat vorgelegt werden. Die Vorschläge des Ortsbeirates gemäß § 82 Abs. 2 HGO sind an den Magistrat zu richten.
 - (6) Vor der Feststellung des Haushaltsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung ist der Ortsbeirat zu hören. Absatz 5 gilt entsprechend.
- entfällt
- (7) Der Ortsbeirat hat das Recht, zu allen Fragen, die den Ortsbezirk betreffen, Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben. Die Stadtverordnetenversammlung bzw. der Magistrat ist zur Prüfung der Vorschläge und Anregungen innerhalb angemessener Frist verpflichtet.

(10) Bei dem Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung besteht eine Geschäftsstelle für die Angelegenheiten der Ortsbeiräte. Der Schriftführer stellt die Zusammenarbeit der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung sicher.

(8) Das Büro der Gremien ist die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte.

§ 6 Einberufung des Ortsbeirates

- (1) Der Ortsbeirat wird durch den Ortsvorsteher einberufen. Er muß ihn einberufen, wenn es mindestens 1/4 der Ortsbeiratsmitglieder, die Stadtverordnetenversammlung oder der Magistrat unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangen.
- (2) Der Ortsvorsteher leitet die Sitzung des Ortsbeirates. Er handhabt die Ordnung in den Sitzungen und übt das Hausrecht aus.

§ 6 Einberufung des Ortsbeirates

- (1) Der Ortsbeirat wird durch den/**die** Ortsvorsteher/**in** einberufen. Er/**Sie** **muss** ihn einberufen, wenn es mindestens 1/4 der Ortsbeiratsmitglieder, die Stadtverordnetenversammlung oder der Magistrat unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangen.
- (2) Der/**die** Ortsvorsteher/**in** leitet die Sitzung des Ortsbeirates. Er/**sie** handhabt die Ordnung in den Sitzungen und übt das Hausrecht aus.

§ 7 Einladung zu den Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Ortsbeirates sind öffentlich und finden so oft statt, wie es seine Aufgaben erfordern, mindestens jedoch alle zwei Monate.
- (2) Auf Antrag kann für einzelne Verhandlungsgegenstände durch Beschluß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über diesen Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- (3) Die Tagesordnung und der Zeitpunkt der Sitzungen werden von dem Ortsvorsteher im Benehmen mit dem Magistrat festgesetzt.

§ 7 Einladung zu den Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Ortsbeirates sind öffentlich und finden so oft statt, wie es seine Aufgaben erfordern, mindestens jedoch alle zwei Monate.
- (2) Auf Antrag kann für einzelne Verhandlungsgegenstände durch **Beschluss** die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über diesen Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- (3) Die Tagesordnung und der Zeitpunkt der Sitzungen werden von dem/**der** Ortsvorsteher/**in** im Benehmen mit dem Magistrat festgesetzt.

- (4) Die Einberufung zu den Sitzungen des Ortsbeirates erfolgt durch schriftlich Ladung unter Angabe der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung). Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens drei volle Tage liegen. In eiligen Fällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden, die Ladung muß jedoch spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Hierauf muß in der Ladung ausdrücklich hingewiesen werden.
- (5) Zu den Sitzungen des Ortsbeirates sind die Stadtverordneten, die in dem Ortsbezirk wohnen, dem Ortsbeirat jedoch nicht als ordentliche Mitglieder angehören, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat einzuladen. Sie können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.
- (6) Verhandlungsgegenstände, die nicht auf der Tagesordnung aufgeführt sind, können nur beraten und beschlossen werden, wenn 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates dem zustimmen.

§ 8
Pflicht zur Teilnahme

- (1) Die Mitglieder des Ortsbeirates sind zur Teilnahme an den Sitzungen des Ortsbeirates verpflichtet.
- (2) Bei Verhinderung haben sie ihr Ausbleiben unverzüglich, möglichst vor Beginn der Sitzung, dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

- (4) Die Einberufung zu den Sitzungen des Ortsbeirates erfolgt durch schriftliche Ladung unter Angabe der Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung). Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens drei volle Tage liegen. In eiligen Fällen kann die Ladungsfrist abgekürzt werden, die Ladung muss jedoch spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Hierauf muss in der Ladung ausdrücklich hingewiesen werden.
- (5) Zu den Sitzungen des Ortsbeirates sind die Stadtverordneten, die in dem Ortsbezirk wohnen, dem Ortsbeirat jedoch nicht als ordentliche Mitglieder angehören, die oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat einzuladen. Sie können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.
- (6) Verhandlungsgegenstände, die nicht auf der Tagesordnung aufgeführt sind, können nur beraten und beschlossen werden, wenn 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates dem zustimmen.

§ 8
Pflicht zur Teilnahme / Sitzungsdauer

- (1) Die Mitglieder des Ortsbeirates sind zur Teilnahme an den Sitzungen des Ortsbeirates verpflichtet.
- (2) Bei Verhinderung haben sie ihr Ausbleiben unverzüglich, möglichst vor Beginn der Sitzung, dem/der Ortsvorsteher/in anzuzeigen.
- (3) Die Sitzungen enden spätestens drei Stunden nach Sitzungsbeginn..

§ 9
Beschlußfähigkeit

- (1) Der Ortsbeirat ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder anwesend ist. Der Ortsvorsteher stellt die Beschlußfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest. Die Beschlußfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt ist.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit des Ortsbeirates zurückgestellt worden und tritt der Ortsbeirat zu Verhandlungen zu demselben Gegenstand zum zweiten Mal zusammen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig.
- (3) In der Einladung zur zweiten Sitzung - die Ladungsfrist muß mindestens einen Tag betragen - muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 9
Beschlussfähigkeit

- (1) Der Ortsbeirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder anwesend ist. Der/die Ortsvorsteher/in stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest. Die Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt ist.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit des Ortsbeirates zurückgestellt worden und tritt der Ortsbeirat zu Verhandlungen zu demselben Gegenstand zum zweiten Mal zusammen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.
- (3) In der Einladung zur zweiten Sitzung - die Ladungsfrist muss mindestens einen Tag betragen - muss auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 10
Mitteilungen, Anträge, Anfragen

- (1) Zu Mitteilungen des Magistrats können die Ortsbeiratsmitglieder Fragen an den Magistrat richten, aber nicht mehr als zwei Fragen je Fraktion zu jeder Mitteilung.
- (2) Anträge und Anfragen sind schriftlich 10 Tage vor der Sitzung dem Ortsvorsteher einzureichen. Die Anträge müssen einen klaren und für den Magistrat ausführbaren Inhalt haben.
- (3) Kopien der Anträge und Anfragen sind gleichzeitig dem Magistrat und den anderen im Ortsbeirat vertretenen Gruppen zuzuleiten.
- (4) Die Anträge und Anfragen werden mit der Einladung zu der Sitzung, in der sie behandelt werden sollen, allen Ortsbeiratsmitglieder zugesandt.

§ 10
Mitteilungen, Anträge, Anfragen

- (1) Zu Mitteilungen des Magistrats können die Ortsbeiratsmitglieder Fragen an den Magistrat richten, aber nicht mehr als zwei Fragen je Fraktion zu jeder Mitteilung.
- (2) Anträge und Anfragen sind schriftlich 9 Tage vor der Sitzung dem/der Ortsvorsteher/in einzureichen. Die Anträge müssen einen klaren und für den Magistrat ausführbaren Inhalt haben.
- (3) Kopien der Anträge und Anfragen sind gleichzeitig dem Magistrat und den anderen im Ortsbeirat vertretenen Gruppen zuzuleiten.
- (4) Die Anträge und Anfragen werden mit der Einladung zu der Sitzung, in der sie behandelt werden sollen, allen Ortsbeiratsmitglieder zugesandt.

- (5) Für Anträge und Anfragen, die später als 10 Tage vor der Sitzung eingegangen sind, gilt § 7 Abs. 6 entsprechend.
- (6) Anfragen sind im Zusammenhang mit einem zur Beratung stehenden Antrag jederzeit formlos möglich. Anträge zu Beratungsgegenständen sind schriftlich zu stellen.

**§ 11
Niederschrift**

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Ortsbeirates ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift muß mindestens ersichtlich sein, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefaßt und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied des Ortsbeirates kann verlangen, daß seine Entscheidung in der Niederschrift festgehalten wird.
- (2) Die Niederschrift ist von dem Ortsvorsteher, zwei Mitgliedern des Ortsbeirates und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (3) Die Niederschrift ist allen Mitgliedern des Ortsbeirates, den im Ortsbezirk wohnenden Stadtverordneten, dem Stadtverordnetenvorsteher sowie den Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zuzusenden.
- (4) Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift sind beim Ortsvorsteher innerhalb von sieben Tagen seit Zugang der Niederschrift zu erheben. Über Einwendungen entscheidet der Ortsbeirat in seiner nächsten Sitzung.

- (5) Für Anträge und Anfragen, die später als 9 Tage vor der Sitzung eingegangen sind, gilt § 7 Abs. 6 entsprechend.
- (6) Anfragen sind im Zusammenhang mit einem zur Beratung stehenden Antrag jederzeit formlos möglich. Anträge zu Beratungsgegenständen sind schriftlich zu stellen.

**§ 11
Niederschrift**

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Ortsbeirates ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift **muß** mindestens ersichtlich sein, wer in der Sitzung anwesend war, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefa**ss**t und welche Wahlen vollzogen worden sind. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Jedes Mitglied des Ortsbeirates kann verlangen, **daß** seine Entscheidung in der Niederschrift festgehalten wird.
- (2) Die Niederschrift ist von dem/**der** Ortsvorsteher/**in** und **der** Schriftfüh**ru**ng zu unterzeichnen.
- (3) Die Niederschrift ist allen Mitgliedern des Ortsbeirates, den im Ortsbezirk wohnenden Stadtverordneten, dem/**der** Stadtverordnetenvorsteher/**in** sowie den Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zuzusenden.
- (4) Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift sind bei dem/**der** Ortsvorsteher/**in** innerhalb von sieben Tagen seit Zugang der Niederschrift zu erheben. Über Einwendungen entscheidet der Ortsbeirat in seiner nächsten Sitzung.

<p style="text-align: center;">§ 12 Sinngemäß anzuwendende Vorschriften</p> <p>Soweit sich nicht ausdrücklich Abweichendes ergibt, finden für den Geschäftsgang des Ortsbeirates sinngemäß die Vorschriften der §§ 52, 53, 54, 55, 56, 57, Abs. 2, 58 Abs. 1 - 6, 61, 62 Abs. 5 Satz 3 und 4, Abs. 6 und 7, 63 Abs. 3 HGO Anwendung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Sinngemäß anzuwendende Vorschriften</p> <p>Soweit sich nicht ausdrücklich Abweichendes ergibt, finden für den Geschäftsgang des Ortsbeirates sinngemäß die Vorschriften der §§ 52 bis 55, 57 Abs. 2, 58 Abs. 1 - 6, 61, 62 Abs. 5 Satz 2, Abs. 6, 63 Abs. 3 und 4 HGO Anwendung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Ahndungsmittel</p> <p>(1) Der Ortsbeirat kann bei Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Geschäftsordnung Geldbußen bis zum Betrag von 100,- DM, im Wiederholungsfall einen Ausschluß von den Sitzungen auf Zeit, längstens für drei Monate, verhängen.</p> <p>(2) Gegen Maßnahmen des Ortsbeirates kann Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben werden.</p> <p>(3) Die Geldbußen können nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vom 04.07.1966 (GVBl. 151) beigetrieben werden.</p>	<p style="text-align: center;">entfällt</p>
<p style="text-align: center;">§ 14 Arbeitsunterlagen</p> <p>(1) Jedes Mitglied des Ortsbeirates erhält je ein Exemplar</p> <ul style="list-style-type: none">a) der Hessischen Gemeindeordnungb) der Vorschriftensammlung der Stadt Oberursel (Taunus)c) der Schrift "Der Ortsbeirat"	<p style="text-align: center;">§ 13 Arbeitsunterlagen</p> <p>(1) Jedes Mitglied des Ortsbeirates erhält je ein Exemplar</p> <ul style="list-style-type: none">a) der Hessischen Gemeindeordnung <p style="text-align: center;">entfällt</p> <p style="text-align: center;">entfällt</p>

<p>d) "Informationen des Hessischen Städtetages" in lfd. Folge und die sonst notwendigen Arbeitsmittel.</p> <p>(2) Eine Verpflichtung, zum Wohle der Bürger des Ortsbezirkes zu arbeiten und zu wirken, bedingt, daß er sich mit diesen Bestimmungen vertraut macht und seine öffentliche Tätigkeit danach ausrichtet.</p>	<p>b) "Informationen des Hessischen Städtetages" in lfd. Folge und die sonst notwendigen Arbeitsmittel.</p> <p>(2) Eine Verpflichtung, zum Wohle der Bürger des Ortsbezirkes zu arbeiten und zu wirken, bedingt, dass er sich mit diesen Bestimmungen vertraut macht und seine öffentliche Tätigkeit danach ausrichtet.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 01. Januar 1975 in Kraft.</p> <p>Oberursel (Taunus), den 20.12.1974</p> <p style="text-align: center;">Der Stadtverordnetenvorsteher</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 08.04.2022 in Kraft.</p> <p>Oberursel (Taunus), den 07.04.2022</p> <p style="text-align: center;">Der Stadtverordnetenvorsteher</p> <p style="text-align: right; color: red;">Lothar Köhler</p>

Auszug

aus der Niederschrift

über das Gespräch zur neuen Geschäftsordnung der Ortsbeiräte
und anderen Themen mit den Ortsvorstehern
am 01.03.2022

2. Alters- und Ehejubiläen / Einbindung des Magistrats

Bürgermeisterin Runge erläutert das aktuelle Procedere. Der Magistrat nimmt die Besuchstermine wahr (i.d.R. durch hauptamtliche Mitglieder), die Ortsbeiräte in Vertretung.

Nachdem die Hauptsatzung geändert wurde, ist die Aufgabe den Ortsbeiräten übertragen worden. Damit wäre der Magistrat „außen vor“.

Bürgermeisterin Runge wirbt dafür, dem Magistrat auf Bürgerwunsch noch Möglichkeiten zu lassen, ebenfalls Termine wahrzunehmen.

Von Seiten der Ortsbeiräte wird die Frage aufgeworfen, wie der administrative Aufwand gedeckt werden soll. Mit eigenen Kräften ist dies nicht leistbar. Hierzu führt Bürgermeisterin Runge aus, dass die Abfrage der Besuchswünsche weiterhin von der Verwaltung übernommen wird. Auch die Urkunden und Präsente werden von dort vorbereitet.

Nach eingehender Diskussion besteht Konsens, dass die Übertragung selbstverständlich im Sinne der Hauptsatzung gehandhabt wird. Nach der Änderung dieser ist den Ortsbeiräten die Aufgabe der Ehrungen und Alters- sowie Ehejubiläen im jeweiligen Ortsbezirk übertragen worden, § 3 Abs. 4 c. Die Aufgabe nimmt nunmehr der jeweilige Ortsbeirat für die Stadt wahr.

Das bedeutet, dass die Ortsbeiräte den „ersten Zugriff“ haben. Es besteht gleichzeitig Einvernehmen darüber, dass der Magistrat zusätzlich die Möglichkeit haben soll, teilzunehmen und dies in einem weiteren Feld angeboten wird. Auch soll durch ein „Freifeld“ die Option eingeräumt werden, dass eine bestimmte Person zu Besuch kommt (z.B. persönlich bekannte Mandatsträger/innen)

Die Besuchswünsche werden von der Verwaltung abgefragt und die Rückläufe an den Ortsbeirat übermittelt. Dieser stimmt dann mit den Jubilaren ab, wann der Besuch stattfindet.

Um die dargestellte „Kaskade“ einzuhalten, werden die Anschreiben an die Bürger/innen entsprechend formuliert.

Stadt Oberursel (Taunus)

Controlling & Finanzen

Aktenzeichen: 706 or

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer**. (ggf. Nachtragsvermerk)

28.02.2022	VL-39/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	21	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Betriebskommission -BSO-	06.04.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			
Betriebskommission -BSO-	11.04.2022			Umlaufbeschluss

Betreff:

Wirtschaftsplan 2022- Änderung des Festsetzungsbeschlusses

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Der Festsetzungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2022 wird um „V. Die Verpflichtungsermächtigungen, die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan für die Jahre 2023-2025 erforderlich sind, werden auf 70.800.000 € festgesetzt.“ ergänzt.

Sachbericht:

Die Aufsichtsbehörde hat in der Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2022 vom 22.02.2022 darauf hingewiesen, dass im Festsetzungsbeschluss unter Punkt V., gemäß §115 Nr. 3 HGO ein separater Ausweis über die veranschlagte Höhe der Verpflichtungsermächtigung vorzunehmen ist. Vorbehaltlich des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zu dieser Ergänzung gilt der Wirtschaftsplan 2022 als genehmigt.

Finanzielle Auswirkungen:

- Keine -

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

- Keine -

Umweltrelevante Auswirkungen:

- Keine -

Michael Maag
(Betriebsleiter)

Anlage
Geänderter Festsetzungsbeschluss

Antje Runge
(Bürgermeisterin)

Anlage(n):
1 Festsetzungsbeschluss

Aufgrund des § 5 Ziffer 4 des Eigenbetriebsgesetzes hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 18.11.2021, **geändert durch Beschluss vom xx.xx.2022**, den Wirtschaftsplan des Bau & Service Oberursel – Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) für das Wirtschaftsjahr 2022 beschlossen:

I. Der Wirtschaftsplan 2022 wird festgesetzt:

im Erfolgsplan		Ertrag (EUR)	Aufwand (EUR)
	auf	35.383.960	35.394.070
	<i>davon für</i>		
	Verwaltung (Kantine)	109.800	109.800
	Stadtentwässerung	8.484.660	8.484.660
	Wasserversorgung	5.651.000	5.625.400
	Abfallwirtschaft	5.621.810	5.621.810
	Bestattungswesen	1.074.760	1.296.320
	-Abgrenzung Bestattungsgeb.		170.000
	Immobilienmanagement	6.166.940	6.166.940
	Tiefbau	4.261.920	4.104.360
	Bauhof	3.367.120	3.338.830
	Forst	646.450	646.450
im Vermögensplan		Einnahmen (EUR)	Ausgaben (EUR)
	auf	16.767.740	16.767.740

- II. Die Stellenübersicht wird in der vorgelegten Form genehmigt.
- III. Die **Kreditaufnahme**, die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf **10.689.300 EUR** festgesetzt.
- IV. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.100.000 EUR festgesetzt.
- V. **Die Verpflichtungsermächtigungen, die zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan für die Jahre 2023-2025 erforderlich sind, werden auf 70.800.000 EUR festgesetzt.**

Oberursel (Taunus), den **xx.xx.2022**

Antje Runge
Bürgermeisterin

Stadt Oberursel (Taunus)

Flächenmanagement

Aktenzeichen: 61-612 st

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer**. (ggf. Nachtragsvermerk)

22.02.2022	VL-35/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	16	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Oberursel-Mitte	29.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, folgende Satzung zu beschließen:

Die Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ wird gemäß § 17 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) um ein Jahr verlängert.

Der Ortsbeirat Oberursel-Mitte ist zu informieren.

Sachbericht:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 04.04.2019 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ gefasst. Der o.g. Beschluss wurde am 18.05.2019 öffentlich bekannt gemacht. Dieser Bebauungsplan überplant Teile des Bebauungsplans Nr. 22 „Zwischen Weilstraße und Ebertstraße nordöstlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“, der am 05.06.1998 in Kraft getreten ist und dessen Festsetzungen teilweise nicht verwirklicht worden sind. Hierzu gehören auch verkehrliche Anlagen, die im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung notwendig sind, um das betroffene Teilgebiet erschließen zu können.

Die Ziele des Bebauungsplanverfahrens Nr. 22 C sind die verkehrliche Neuordnung und Sicherung der Erschließung, die planungsrechtliche Sicherung der Sport- und Freizeitanlagen, die Sicherung der gewerblichen Nutzungen, die Entwicklung von Wohnquartieren im Sinne einer Innenentwicklung, die Regelung der baulichen Dichte sowie der Höhenentwicklung der Gebäude und die Schaffung von Wohnraum, der dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung steht.

Mit dem Verfahren soll deshalb ein Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 22 „Zwischen Weilstraße und Ebertstraße nordöstlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ überplant werden.

Zur Sicherung der Bauleitplanung wurde deshalb mit der Vorlage VL-48/2020 am 14.04.2020 vom Magistrat und am 30.04.2020 vom Haupt- und Finanzausschuss (anstelle der Stadtverordnetenversammlung) eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB erlassen, da zu befürchten war und weiterhin ist, dass Bauvorhaben die Möglichkeiten der verkehrlichen Neuordnung rund um die Sport- und Freizeitanlagen und die Erschließungsmöglichkeiten von zu entwickelnden Quartieren in der unmittelbaren Umgebung wesentlich erschweren würden.

Für die Neuordnung und Sicherung der Erschließung des Gebietes wird derzeit mit den betroffenen Eigentümern ein Bebauungs- und Verkehrskonzept abgestimmt. Des Weiteren besteht die Zielsetzung der Sicherung und angemessene Weiterentwicklung von Sport- und Freizeitanlagen. Das städtebauliche Konzept als Grundlage zum Vorentwurf des o.g. Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ wird derzeit erarbeitet und voraussichtlich im Mai 2022 vorliegen. Das eingeleitete Bebauungsplanverfahren könnte dann im Herbst 2022 weitergeführt werden.

Um die zukünftigen Ziele des Bebauungsplanes nicht zu gefährden, soll die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“ um ein Jahr verlängert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Arnold Richter
Geschäftsbereichsleiter

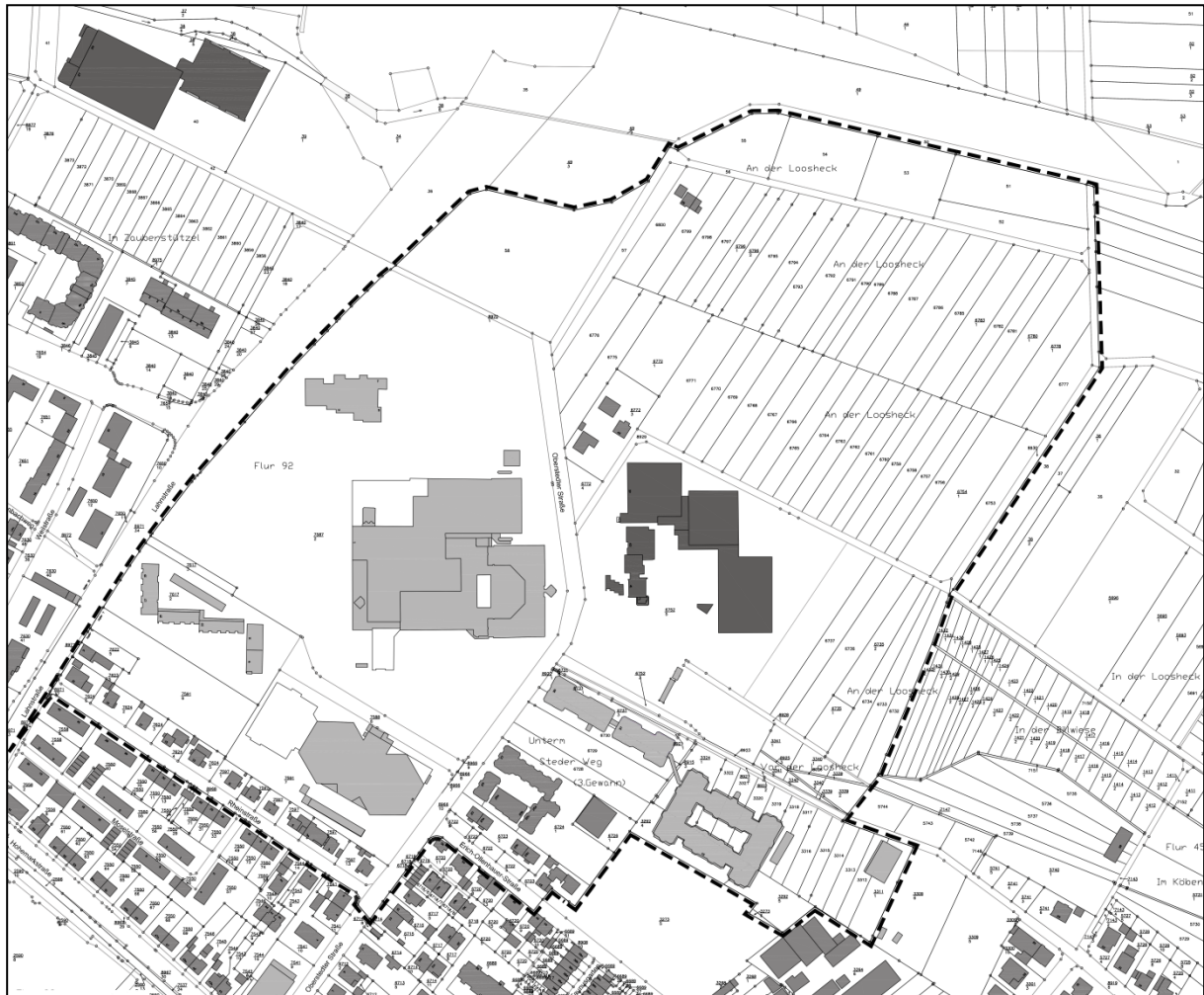
Anlagen:

Anlage 1: Geltungsbereich

Christof Fink
Erster Stadtrat

Anlage 1

Geltungsbereich der Veränderungssperre für den Planbereich des Bebauungsplanes Nr. 22 C „Östlich der Lahnstraße, nördlich der Rheinstraße und der Erich-Ollenhauer-Straße“



Stadt Oberursel (Taunus)

Verkehrsplanung

Aktenzeichen: 61-613

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

07.03.2022	VL-52/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	19	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Stierstadt	28.03.2022			
Ortsbeirat Weißkirchen	31.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Innere Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Weißkirchen im B-Plan 219 – Entwurfsplanung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Die vorliegende Entwurfsplanung zur inneren Erschließung des geplanten Gewerbegebiets zwischen der Kurmainzer Straße und der Straße Am Bahnhof entsprechend dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 219 in Weißkirchen wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Die Verkehrsflächen zur inneren Erschließung des Gewerbegebietes am Bahnhof Weißkirchen werden auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung umgesetzt.
3. Der BSO wird beauftragt, alle weiteren notwendigen Schritte wie Vergabe der Ausführungsplanung etc. bis zur Umsetzung vorzunehmen.

Sachbericht:

Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 219 sieht u. A. zwischen der Kurmainzer Straße und der Straße Am Bahnhof Gewerbeflächen vor. Ein großer Teil der noch un bebauten Flächen ist verkehrlich zu erschließen. Für die Erschließungsplanung wurde das Ingenieurbüro Müller GmbH & Co KG (IGM) beauftragt.

Die Entwurfsplanung wurde u. A. mit den Liegenschaften zwecks größtmöglicher Flächennutzung und möglichst geringem Flächeneingriff für die Verkehrsfläche abgestimmt. Die Planung der inneren Erschließung und der Anschlussflächen (Wirtschaftsweg, Kreuzungsbereich, etc.) entspricht den Anforderung hinsichtlich Kfz (Lkw), Bus, Radfahrenden und zu Fuß Gehenden. In Richtung Kurmainzer Straße kann an den Bestand und später an den geplanten Kreisverkehr angeschlossen werden. Die abgestimmte Planung inkl. Erläuterungsbericht kann in den Anlagen eingesehen werden.

Ziel ist es, nach diesem Beschluss zur Umsetzung mit dem Bau der Erschließungsflächen und Leitungstrassen vorerst als Baustraßen im Jahr 2022 zu beginnen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Entwurfsplanung sind Kosten in Höhe von 29.900 € angefallen und gezahlt worden.

Mittel für den Ausbau sind im städtischen Haushalt vorhanden.

Die neue Straßenverkehrsfläche wurde im Rahmen des Umlegungsprozesses an die Stadt übertragen.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Für die Herstellung der Erschließung werden bestehende Feldflächen versiegelt. Ein Ausgleich findet im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens statt.

Arnold Richter
Geschäftsbereichsleiter

Anlagen:

Anlage 1: Erläuterungsbericht (IGM)

Anlage 2: Lageplan (IGM)

Christof Fink
Erster Stadtrat

Erläuterungsbericht
Vor- und Entwurfsplanung
zum Straßenbau
der
Stadt Oberursel
im Stadtteil
Stierstadt



Bebauungsplan 219:
Gewerbegebiet am Bahnhof Weißkirchen
Erschließung mit Ausbau der P+R Anlage

2021



Ingenieurbüro Müller GmbH & Co. KG

Inhaltsverzeichnis

1. Darstellung des Vorhabens	3
2. Begründung des Vorhabens	4
3. Planung	5
4. Technische Gestaltung der Baumaßnahme	6
5. Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung	12
6. Kosten	13
7. Verfahren	14
8. Durchführung der Baumaßnahme	14

1. Darstellung des Vorhabens

Die Stadt Oberursel beabsichtigt die Erschließung des Gewerbegebietes an der „Kurmainzer Straße“ (L 3006) in Stierstadt. Auf Grundlage des Bebauungsplanes 219 sollen rd. 1,22 ha Gewerbefläche am Bahnhof Weißkirchen ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist eine Erweiterung der P+R Anlage vorgesehen.

Das unterzeichnende Büro wurde mit der Vor- und Entwurfsplanung beauftragt. Die Vermessung des Urgeländes erfolgte im November 2020, ebenfalls durch das unterzeichnende Büro. Sie bindet an das amtliche Höhennetz der Hessischen Landesvermessung an.

Im Rahmen der Maßnahme wird ein Ausbau der Ver- und Entsorgungsleitungen erforderlich. Zum Mischwasserkanal gibt eine ergänzende Planung vom unterzeichnenden Büro, aus dem Jahr 2021.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten gliedert sich der Ausbau in 4 Straßenzüge:

- 1 Kurmainzer Straße
Hauptfahrweg von Kreuzung „Kurmainzer Straße“ (L 3006) kommend, zunächst in westlicher Ausrichtung. Linkskurve Richtung Südwesten, zur Bushaltestelle und der Wendeanlage bzw. der Unterführung der Brücke über die S-Bahnstrecke und der folgenden „Hiroshimastraße“.
- 2 Stichweg
Erschließungsstraße für die Gewerbeflächen. Beginnt an der „Kurmainzer Straße“, mit nördlicher Ausrichtung. Anlage eines Wendehammers sowie einem folgenden quer angelegten Weg.
- 3 Verbindungsweg
Verbindungsweg mit Erschließungsfunktion, von der „Kurmainzer Straße“ in westlicher Richtung, zum Bahngelände. Endet am Querweg, parallel zur Bahnlinie.
- 4 Querweg
Der Querweg verläuft östlich, parallel zur Bahnlinie. Er dient u.a. als Radweg zum Bahnhof Weißkirchen, mit B+R Stellplätzen. Für den motorisierten Individualverkehr (MID) gibt es eine P+R Anlage, die ausgelastet ist. Mit dem vorgesehenen Ausbau soll die P+R Anlage erweitert werden.

2. Begründung des Vorhabens

Im Rahmen der Daseinsvorsorge entwickelt die Stadt Oberursel das Stadtgebiet. Auf Grundlage der Bauleitplanung werden Flächen für die Wohnbebauung, aber auch Misch- und Gewerbegebiete für die Nutzung ausgewiesen.

An der Grenze zur Nachbarstadt Steinbach verläuft in Nord-Süd-Ausrichtung die Eisenbahnlinien Frankfurt (Hbf) – Bad Homburg – Friedberg, mit dem Bahnhof Weißkirchen, offiziell Weißkirchen/Steinbach. Auf Oberurseler Seite, Gemarkung Weißkirchen, habe sich u.a. die Firmen MAZDA und DESTACO angesiedelt, auf Gebiet der Gemarkung Stierstadt finden sich der Bahnhof sowie diverse Wohngebäude.

Die Stadt Oberursel möchte den Bereich weiter entwickeln und hat zu diesem Zweck den Bebauungsplan 219, Gewerbegebiet am Bahnhof Weißkirchen, aufgestellt. Neben der Ausweisung von Gewerbeflächen westlich der „Kurmainzer Straße“ (L 3006), Gemarkung Stierstadt, ist auch ein Ausbau der Kreuzung „Kurmainzer Straße“ (L 3006) / „Hiroshimastraße“ zum Kreisverkehr vorgesehen. Am Bahnhof soll zudem die P+R Anlage ausgebaut werden, um den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu fördern.

Für die Gewerbeflächen besteht reges Interesse. Daher wurde zwischenzeitlich das Umlegungsverfahren für die Gewerbeflächen am Bahnhof angestoßen und die endgültige Parzellierung der Nutz- und Verkehrsflächen auf den Weg gebracht.

3. Planung

Die Stadt Oberursel liegt im Süden des Hochtaunuskreises, südlich des Taunus, im Städtedreieck Frankfurt a.M. / Bad Homburg / Königstein. Zu Oberursel gehören die Kernstadt Oberursel sowie die eingegliederten Gemeinden Bommersheim, Oberstedten, Stierstadt und Weißkirchen.

Oberursel wird im Westen Süden durch die Bundesautobahnen A5 und A661 eingerahmt, mit Fortführung in den Bundesstraße B456 und B455. Weiterhin verlaufen die Landesstraßen L 3004, L 3006 und L 3015 im Stadtgebiet, sowie die Kreisstraße K 772.

Oberursel ist durch die Eisenbahnlinie S5 Frankfurt-Friedrichsdorf sowie die U-Bahnlinie U3 Frankfurt-Oberursel an das Schienennetz angebunden. Im Stadtgebiet verläuft zudem ein gut ausgebautes Netz von Buslinien der Stadtwerke Oberursel, des Rhein-Main-Verkehrsverbundes und der Hessischen Landesbahn.

Die Stadtteile Stierstadt und Weißkirchen liegen im Süden des Stadtgebietes, an der Grenze zur Nachbarstadt Steinbach. Über die „Kurmainzer Straße“ (L 3006) können u.a. Eschborn, Königstein und Schwalbach am Taunus erreicht werden.

Für die Erschließung der Gewerbeflächen sind die Verkehrsflächen im Bebauungsplan vorgegeben. Über den nicht klassifizierten Teil der der „Kurmainzer Straße“, ehemals „Am Bahnhof“, erfolgt die Zufahrt in das Gebiet. Ein Stichweg sorgt für die innere Erschließung der Gewerbefläche, während ein Verbindungsweg Richtung Bahngelände sowie der folgende Querweg für den Zugang von der Seite sorgen.

Die Zufahrt „Kurmainzer Straße“ ist von größerer Bedeutung, weil hierüber auch die Zufahrt zum Bahnhof Weißkirchen erfolgt und die Andienung der Bushaltestellen des ÖPNV.

Hinsichtlich der Linienführung wurde keine Variantenuntersuchung durchgeführt.

Die Höhenplanung der „Kurmainzer Straße“, dem folgenden Verbindungsweg und dem Querweg vor der Bahnlinie orientiert sich am Bestand. Der Stichweg, über den die innere Erschließung der Gewerbeflächen erfolgt, liegt etwas über dem Gelände und fällt mit minimalem Gefälle von -0,50 % in Richtung Norden, Ortslage Weißkirchen.

4. Technische Gestaltung der Baumaßnahme

Gemäß den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RASt 06) können die Straßenzüge im Ausbaubereich als nähräumige Erschließungs- und Sammelstraßen der Kategorie ESV/ESIV eingeordnet werden.

Der nicht klassifizierte Teil der „Kurmainzer Straße“ ist an der südlichen Seite durch die vorhandene Bebauung gebunden. Auf dieser Seite bleibt der durchgehende, 1,50 m breite Gehweg erhalten. Es folgt eine 6 m breite Fahrbahn und ein 2,30 – 2,50 m breiter Gehweg an der nördlichen Seite. Der vorhandene Gehweg ist dort nur 1,45 m breit, kann jedoch durch Zukauf auf die genannte Breite erweitert werden. Die „Kurmainzer Straße“ knickt bei Bau-km 0+070 um 90° nach Südwesten ab. Im Kurvenbereich wird die Fahrbahn deutlich aufgeweitet, um die konfliktfreie Begegnung BUS/PKW zu ermöglichen. Die Begegnung BUS/BUS ist in der Kurve nicht möglich, hier müssen sich die Fahrzeuge über die Reihenfolge der Fahrt verständigen. In der Praxis wird der einfahrende, von der Landesstraße kommende Bus durchfahren können und der Ausfahrende Bus muss warten. Beim Ausfahren, Richtung Landesstraße, muss der Bus dabei über die Gegenfahrbahn ausholen.

Im Kurvenbereich der „Kurmainzer Straße“ liegen die Anbindungen des Stichweges und des Verbindungsweges. Der Stichweg, mit nördlicher Ausrichtung, erhält einen Straßenquerschnitt von 2,00 m Gehweg, 6,00 m und 2,00 m Gehweg. Ab Bau-km 0+030 beginnt die Wendeanlage, mit der Aufweitung auf der rechten, östlichen Seite. In diesem Bereich wird der Gehweg aufgegeben und geht in eine bituminöse Befestigung analog zur Fahrbahn über. Die Gesamtbreite der Wendeanlage beträgt einschließlich Gehweg 18,00 m. Die Bemessung erfolgte im Rahmen der Bauleitplanung und orientiert sich an Bild 57 der RASt 06. Das Wenden von 2achsigen Müllfallzeugen wird damit möglich sein, größere Lastzüge müssen rückwärts in den Stichweg fahren. Im Rahmen des Umlegungsverfahrens wurde noch ein 5,00 m breiter und 67,00 m langer Querweg hinter die Wendeanlage angeordnet, um die Erschließung aller Grundstücke zu ermöglichen. Dieser wird als asphaltierter Fahrweg ausgebildet.

Der Verbindungsweg, mit nordwestlicher Ausrichtung, beginnt ebenfalls im Kurvenbereich der „Kurmainzer Straße“. Er stellt das Bindeglied zwischen „Kurmainzer Straße“ und dem Querweg vor der Bahnlinie dar und ist aktuell ein schmaler asphaltierter Weg neben den Wohngebäuden Nr. 141 und Nr. 143. Für den Ausbauquerschnitt wird südlich ein 50 cm breiter Schrammbord angeordnet, gefolgt von 5,00 m Fahrbahn und einem 2,50 m breitem Gehweg, vor der Gewerbefläche.

Der Querweg verläuft östlich, parallel zur Bahnlinie und dient einerseits der Erschließung von landwirtschaftlicher Flächen, andererseits als Radweg zum Bahnhof Weißkirchen. Am Bahnhof erfolgt zudem die Zufahrt zu Teilen der P+R Anlage. Diese soll mit der Erschließung der Gewerbeflächen um 15 Stellplätze erweitert werden. Der Ausbauquerschnitt des Querweges beginnt bei Bau-km 0+090 zunächst mit einem rd. 1,00 m breiten Grünstreifen (Bahngelände), gefolgt von 6,00 m Fahrbahn und 5,70 m Parkständen in Senkrechtaufstellung. Bei Parken mit Überhang beträgt die benötigte Tiefe der Fahrzeuge 4,30 m, sodass noch 1,40 m für die fußläufige Nutzung durch die Fahrer frei bleiben.

Mit dem Ausbau werden die Belange des Behindertengleichstellungsgesetzes berücksichtigt und barrierefreie Fußgängerquerungen an der Einmündung Stichweg und Querweg eingerichtet. Der Laufweg führt über den östlichen Gehweg der „Kurmainzer Straße“ und dem folgenden Gehweg des Verbindungsweges zum Querweg und der P+R Anlage. Der Freiraum zwischen den Parkständen und der Fahrbahn ist ausreichend breit, um den Bahnhof sicher zu erreichen.

Zur Verbesserung der Barrierefreiheit könnten am Bahnhof später noch weitere Leitlinien eingerichtet werden. Diese sind jedoch nicht Gegenstand der Planung.

Der 2,50 m breite Gehweg entlang der „Kurmainzer Straße“ wird bis zum Ausbauende weitergeführt, sodass die Bushaltestelle ebenfalls fußläufig erreichbar ist.

Das straßenbauliche Konzept der nicht klassifizierten „Kurmainzer Straße“ ist auf die Ausbauplanungen der Kreuzung „Kurmainzer Straße“ (L 3006) / „Hiroshimastraße“ zum Kreisverkehr abgestimmt.

Für die Bestimmung des frostsicheren Oberbaus wird von „ungünstigen“ Wasserverhältnissen und „frostempfindlichen“ Böden der **Frostempfindlichkeitsklasse F3** ausgegangen. Die Bau-
strecke liegt in der **Frosteinwirkungszone I**. Gemäß Tabelle 7 RStO 12 ergeben sich folgende
Mehr- und Minderdicken:

Frosteinwirkung

Zone I ± 0 cm

Kleinräumige Klimaunterschiede

Keine besonderen Klimaeinflüsse ± 0 cm

Wasserverhältnisse

Grund- und Schichtenwasser dauernd
oder zeitweise höher als 1,5 m unter Planum + 5 cm¹⁾

Lage der Gradiente

Geländehöhe bis Damm ≤ 2,0 m ± 0 cm

Entwässerung der Fahrbahn/Ausführung der Randbereiche

Entwässerung der Fahrbahn und Randbereiche über Rinnen
bzw. Abläufe und Rohrleitungen - 5 cm

Für die beplanten Straßenzüge ergeben sich unterschiedliche Belastungsklassen:

- Kurmainzer Straße Belastungsklasse Bk 3,2
Nutzung als Wohn- und Sammelstraße. Höhere Belastungsklasse Bk 3,2
wegen der Nutzung durch den Busverkehr, Tabelle 3 RStO12.
- Stichweg Belastungsklasse Bk 1,8
Belastungsklasse Bk 1,8 - Bk100 für Gewerbeflächen, gemäß Tabelle 2 RStO12.
Durch die geringe Flächengröße und die zu erwartende niedrige Verkehrsbelastung
Wahl der niedrigen Belastungsklasse Bk 1,8.
- Verbindungsweg Belastungsklasse Bk 1,0
Belastungsklasse Bk 0,3 – Bk3,2, gemäß Tabelle 2 RStO12. Beschreibung als
Wohn- und Sammelstraße, die Funktion als Zufahrt zu Gewerbeflächen ist von
untergeordneter Bedeutung. Wahl der niedrigen Belastungsklasse Bk 1,0.
- Querweg Belastungsklasse Bk 1,0
Belastungsklasse Bk 0,3 – Bk3,2, gemäß Tabelle 2 RStO12. Beschreibung als
Wohn- und Sammelstraße. Wahl der niedrigen Belastungsklasse Bk 1,0.

Die Bestimmung des frostsicheren Oberbaus wird anhand der Tabelle 6 der RStO 12 abgeleitet.
Für die Belastungsklassen Bk 1,0 – Bk 3,2 ist, bei Böden der Frostempfindlichkeitsklasse F3, von

60 cm Stärke für den frostsicheren Oberbau auszugehen. Zu- oder Abschläge gemäß Tabelle 7 der RStO 12 sind nicht zu berücksichtigen (s.o.). **Gewählt: 60 cm.**

Es werden Asphaltbauweisen gemäß Tafel 1, Zeile 1 der RStO12 gewählt:

Kurmainzer Straße:

Asphaltdeckschicht	4 cm
Asphaltbinder	6 cm
Asphalttragschicht	12 cm
<u>Frostschuttschicht</u>	<u>38 cm</u>
Gesamtstärke	60 cm

Stichweg:

Asphaltdeckschicht	4 cm
Asphalttragschicht	16 cm
<u>Frostschuttschicht</u>	<u>40 cm</u>
Gesamtstärke	60 cm

Für den Stichweg ist ein Vorstufenausbau mit einer 4 m breiten Baustraße vorgesehen. In der Praxis könnte zunächst die Baustraße mit einer 10 cm starken Asphalttragschicht realisiert und im Endausbau dann 6 cm Ausgleichsbinder und 4 cm starke Deckschicht darauf aufgesetzt werden. Die Randbereiche müssen allerdings bereits im Vorstufenausbau tragfähig sein. Hierzu sollte der ungebundene mineralischem Frostschutz bis GOK eingebaut werden.

Verbindungsweg:

Asphaltdeckschicht	4 cm
Asphalttragschicht	14 cm
<u>Frostschuttschicht</u>	<u>42 cm</u>
Gesamtstärke	60 cm

Auch für den Verbindungsweg ist ein Vorstufenausbau vorgesehen. Hier könnte der vorhandene, bituminös befestigte Weg zunächst weiter genutzt und lediglich die Randbereiche mit Frostschutzmaterial auf GOK-Niveau aufgebaut werden.

Querweg:

Der asphaltierte Fahrweg kann gemäß nachfolgender Beschreibung aufgebaut werden:

Asphaltdeckschicht	4 cm
Asphalttragschicht	14 cm
<u>Frostschutzschicht</u>	<u>42 cm</u>
Gesamtstärke	60 cm

An den Fahrweg werden senkrecht, in Richtung Gewerbegebiet, Parkstände angegliedert, als Erweiterung der P+R Anlage am Bahnhof. Die Befestigung wird mit Betonsteinpflaster vorgesehen:

Betonpflaster	10 cm
Sandbettung	4 cm
Schottertragschicht	25 cm
<u>Frostschutzschicht</u>	<u>21 cm</u>
Gesamtstärke	60 cm

Die Gehwege im Ausbaubereich werden in Pflasterbauweise vorgesehen. Entlang der „Kurmainzer Straße“, mit erhöhtem Niveau gegenüber der Fahrbahn, wird der Ausbau wie folgt vorgesehen:

Betonpflaster	10 cm
Sandbettung	4 cm
<u>Frostschutzschicht</u>	<u>41 cm</u>
Gesamtstärke	55 cm

Beim Stichweg, beim Verbindungsweg und beim Querweg handelt es sich praktisch um Neubauten außerhalb des vorhandenen Straßenkörpers, weshalb von einem Vollausbau mit Planum auf Niveau der Fahrbahn ausgegangen wird:

Betonpflaster	10 cm
Sandbettung	4 cm
<u>Frostschutzschicht</u>	<u>52 cm</u>
Gesamtstärke	66 cm

Im Baufeld finden sich Ver- und Entsorgungseinrichtungen folgender Versorgungsträger:

Kanal:	Mischwasserkanal der Stadtwerke Oberursel
Wasserversorgung:	Versorgungsnetz der Stadtwerke Oberursel
Gasversorgung:	Versorgungsnetz der Stadtwerke Oberursel
Stromversorgung:	Versorgungsnetz der Syna GmbH
Telekommunikation:	TK- und Fernmeldeeinrichtungen der Deutschen Telekom
Breitbandkabel:	Kabel und Anlagen von Vodafone (ehemals Unitymedia)

Ein Baugrundgutachten zum Baufeld wurde nicht erstellt. Es kann jedoch auf Erkenntnisse aus dem Bodengutachten 17111801 der Dr. Hug Geoconsult GmbH, Oberursel, zurückgegriffen werden, das 2017 in Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Kreuzung „Kurmainzer Straße“/„Hiroshimastraße“ erstellt wurde. Danach muss in dem Bereich von „ungünstigen“ Wasserverhältnissen und „frostempfindlichem“ Boden (**Frostempfindlichkeitsklasse F3**) ausgegangen werden. Eine nennenswerte Versickerung von Oberflächenwasser ist aufgrund des bindigen Untergrundes nicht möglich. Grundwasser wurde bei den Untersuchungen nicht vorgefunden, dennoch geht der Gutachter von niederschlagsabhängig auftretendem Schicht- und Sickerwasser aus, i.d.R. mit geringer Ergiebigkeit. Für den Kanalbau wie auch den Straßenbau sind Maßnahmen zur Ertüchtigung des Baugrundes zu erwarten.

Die Entwässerung der Verkehrsflächen erfolgt über die Mischwasserkanalisation. Das Oberflächenwasser wird in straßenbegleitenden Rinnen gesammelt und über Sinkkästen an den Mischwasserkanal abgegeben.

Einrichtungen, die der sicheren Verkehrsführung dienen, wie Leiteinrichtungen, Beschilderungen, Verkehrszeichen, Markierungen etc., werden gemäß den einschlägigen Vorschriften erstellt. Die Aufstellung und Anbringung von amtlichen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen gemäß Straßenverkehrsordnung (StVO) wird vor Verkehrsfreigabe mit den zuständigen Stellen abgestimmt.

5. Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung

Die Auswirkungen der Maßnahme auf die Umwelt wurden im Rahmen der Bauleitplanung behandelt und sind Gegenstand des Bebauungsplanes 219.

Das Baufeld liegt innerhalb des Trinkwasserschutzgebietes WSG-ID 412.005, Zone IIIB der Hesenwasser GmbH & Co. KG, WSG Pumpwerk Praunheim II. Das Gebiet befindet sich im Festsetzungsverfahren. Die Festsetzungen des Schutzgebietes wie auch die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) sind zu beachten.

6. Kosten

Die Kostenermittlung wurde für die Straßenzüge

- Kurmainzer Straße
- Stichweg
- Verbindungsweg
- Querweg

aufgestellt. Beim „Stichweg“ und beim „Verbindungsweg“ wurde ergänzend eine Unterteilung in Vorstufenausbau und Endausbau vorgenommen. Die Kostenberechnung erfolgte auf Basis eines vereinfachten Leitungsverzeichnisses. Darin enthalten sind die Kosten für den Straßenbau und die Kanalisation, einschließlich der Ertüchtigung des Baugrundes. Nicht enthalten sind Baunebenkosten.

Die Kostenstellen sich wie folgt dar:

5	Kurmainzer Straße	113.384,95 €
6	Stichweg, Vorstufenausbau	252.055,70 €
7	Stichweg, Endausbau	93.401,54 €
8	Verbindungsweg, Vorstufenausbau	24.329,50 €
9	Verbindungsweg, Endausbau	51.520,80 €
10	Querweg	164.899,80 €
<hr/>		
	Summe (netto)	699.592,29 €

7. Verfahren

Der Ausbau erfolgt innerhalb der Verkehrsfläche des rechtsgültigen Bebauungsplanes 219, Gewerbegebiet am Bahnhof Weißkirchen.

8. Durchführung der Baumaßnahme

Der Ausbau der Straßen ist für das aktuelle Jahr 2021 geplant.

Zur Kampfmittelfreiheit des Baufeldes wurde bisher keine Anfrage an das Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) gestellt. Dies sollte vor der Ausschreibung unbedingt nachgeholt werden, um auf mögliche Verdachtsfälle reagieren zu können.

Grünberg, im April 2021

Ingenieurbüro Müller GmbH & Co. KG

Marc Müller

i. A. Volker Mahle

Stadt Oberursel (Taunus)

Stadtplanung

Aktenzeichen: 61 26 266

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

03.03.2022	VL-47/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	18	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Ausländerbeirat	21.03.2022			zur Information
Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss	23.03.2022			
Ortsbeirat Weißkirchen	31.03.2022			zur Information
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Ansiedlung Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in der südlichen Riedwiese
Absichtserklärung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) begrüßt den Ansiedlungswunsch des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in Oberursel und bestätigt dies gegenüber dem VDE mit dem beigefügten Letter of Intent (LOI).

Der Ausländerbeirat ist zu informieren.
Der Ortsbeirat Weißkirchen ist zu informieren.

Sachbericht:

Sachstand Planungsrecht südliche Riedwiese / Bebauungsplan 266

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Südliche Riedwiese“ (Anlage 1: Geltungsbereich) beschlossen. Als Ziel des Verfahrens wurde in diesem Beschluss u.a. die Schaffung von Planungsrecht für die Entwicklung eines Gewerbegebietes unter Sicherstellung der Erschließung für alle Verkehrsformen formuliert (s. VL-29/2021).

Das Bebauungsplanverfahren wurde bisher nicht fortgeführt, da zuvor die möglichen städtebaulichen Strukturen abgeprüft und auf die Bedürfnisse möglicher städtebaulicher Entwicklungen abgestimmt werden sollten.

Darüber hinaus wurden 2020 Gespräche mit den maßgeblichen privaten Grundstückseigentümern geführt, mit dem Ergebnis, dass eher Verkaufsbereitschaft als Eigennutzung signalisiert wurde.

Die Stadt Oberursel selbst hält in der südlichen Riedwiese (EDEKA bis Kreisverkehr) ca. 53 % der Grundstücksflächen im Eigentum.

Ansiedlung VDE in der südlichen Riedwiese

Der VDE ist eine der größten Technologie-Organisationen Europas und weltweit einzigartig. Unter einem Dach sind Wissenschaft, Standardisierung, Prüfung, Zertifizierung und Anwendungsberatung vereint.

Der VDE ist kein Lobbyverband sondern steht für

- Förderung von Forschung, Wissenschaft und Nachwuchs
- Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik
- Identifizieren von technologischen Trends
- Erarbeiten von Standards und internationalen Normen
- Prüfung und Zertifizierung von Komponenten, Geräten und Systemen
- Weiterbildungsangebote mit digitalen, hybriden und analogen Fachveranstaltungen für das lebenslange Lernen

Die Stadt Oberursel (Taunus) führt seit Beginn 2021 Gespräche mit dem Vorstand des VDE, Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. mit dem Ziel, die Ansiedlung des VDE als neuen Campus auf einer Fläche von rund 3 ha in der südlichen Riedwiese zu ermöglichen.

In einer nichtöffentlichen Informationsveranstaltung am 16.02.2022 für die Mandatsträger der Stadt Oberursel (Taunus) (im online-Format) wurden vom Vorstand des VDE erste Konzeptstudien (Anlage 2) für einen VDE-Campus in der südlichen Riedwiese vorgestellt und mit den anwesenden Mandatsträgern diskutiert.

Die Nähe zu Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, sowie die gute infrastrukturelle Anbindung Oberursels machen den Standort „Südliche Riedwiese“ für den VDE interessant. Das o.g. Aufgabenspektrum des VDE verspricht nachhaltige Impulse für die lokale Gastronomie und Hotellerie, aber auch gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Gewerbegebiete in Oberursel insgesamt durch mögliche Ansiedlungen VDE-naher Institutionen und Unternehmen aus zukunftsweisenden Branchen.

Planungs- und Eigentumsrechte

Eine positive gegenseitige Entscheidung zur Ansiedlung des VDE in Oberursel soll das eingeleitete Bebauungsplanverfahren Nr. 266 für die südliche Riedwiese als vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) weitergeführt und die spezifischen Planinhalte des Vorhaben- und Erschließungsplans mit dem VDE abgestimmt werden.

Die gemeindliche Verantwortung für die städtebauliche Ordnung, bzw. Planung verbleibt bei der Stadt Oberursel. Die Verwaltung wird den VDE oder eine von ihm zu benennende Unterorganisation beim Ankauf von Flächen in diesem Bereich nach Kräften unterstützen.

Eine abschließende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über An- und Verkauf von Grundstücken im Rahmen der Ansiedlung des VDE in der südlichen Riedwiese wird durch diese Erklärung des Magistrats und des Bau- Umwelt- und Klimaschutzsausschusses nicht präjudiziert.

Aus den oben genannten Gründen wird empfohlen, wie vorgeschlagen zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Aufstellung des Bebauungsplanes und der dafür erforderlichen Gutachten werden vom Vorhabenträger getragen. Ein entsprechender städtebaulicher Vertrag ist abzuschließen.


Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Die Auswirkungen auf den Klimaschutz werden in der zu erarbeitenden Begründung beschrieben werden. Im Sinne des städtischen Klimaschutzkonzeptes sind u.a. Vorgaben zu Dachbegrünung, Solar- und Fotovoltaikanlagen sowie Mobilitätskonzepten zu klären. Hierzu gibt es bereits ein deutliches Bekenntnis des VDE.

Daniel Bauer
Geschäftsbereichsleiter

Anlage: Letter of Intent (LOI) mit Anlagen 1 

Antje Runge
Bürgermeisterin

Letter of Intent
der
Stadt Oberursel (Taunus)
vertreten durch
Frau Bürgermeisterin Antje Runge
und
Herrn Ersten Stadtrat Christof Fink

Präambel

Das Gebiet der sogenannten südlichen Riedwiese an der Frankfurter Landstraße L3004, zwischen EDEKA und der Gablonzer Straße (Kreisverkehr) ist eine gewerbliche Entwicklungsfläche der Stadt Oberursel (Taunus).

Die Stadt beabsichtigt, diese Fläche zeitnah einer baulichen Entwicklung zuzuführen und zu vermarkten. Die Stadt hält in diesem Areal derzeit ca. 53 % der Grundstücke in ihrem Eigentum.

Planungsstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Südliche Riedwiese“ (Anlage 1: Geltungsbereich) beschlossen. Als Ziel des Verfahrens wurde in diesem Beschluss u.a. die Schaffung von Planungsrecht für die Entwicklung eines Gewerbegebietes unter Sicherstellung der Erschließung für alle Verkehrsformen formuliert.

Das Bebauungsplanverfahren wurde bisher nicht fortgeführt, da zuvor die möglichen städtebaulichen Strukturen abgeprüft und auf die Bedürfnisse möglicher städtebaulicher Entwicklungen abgestimmt werden sollten.

Darüber hinaus wurden in 2020 Gespräche mit den maßgeblichen privaten Grundstückseigentümern geführt, mit dem Ergebnis, dass eher Verkaufsbereitschaft als Eigennutzung signalisiert wurde.

Ansiedlung VDE in der südlichen Riedwiese

Die Stadt Oberursel (Taunus) führt seit Beginn 2021 Gespräche mit dem Vorstand des VDE, Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. mit dem Ziel, die Ansiedlung des VDE als neuen Campus auf einer Fläche von rund 3 ha in der südlichen Riedwiese zu ermöglichen.

In einer nichtöffentlichen Informationsveranstaltung am 16.02.2022 für die Mandatsträger der Stadt Oberursel (Taunus) (im online-Format) wurden vom Vorstand des VDE erste Konzeptstudien (Anlage 2) für einen VDE-Campus in der südlichen Riedwiese vorgestellt und mit den anwesenden Mandatsträgern diskutiert.

Erklärung des Magistrats der Stadt Oberursel (Taunus)

Der Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus) beabsichtigt gemeinsam mit dem VDE das eingeleitete Bebauungsplanverfahren als vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) weiter zu führen und die spezifischen Planinhalte des Vorhaben- und Erschließungsplans mit dem VDE abzustimmen.

Die gemeindliche Verantwortung für die städtebauliche Ordnung, bzw. Planung verbleibt bei der Stadt Oberursel.

Weiterhin wird der Magistrat den VDE oder eine von ihm zu benennende Unterorganisation beim Ankauf von Flächen in diesem Bereich nach Kräften unterstützen.

Eine abschließende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über An- und Verkauf von Grundstücken im Rahmen der Ansiedlung des VDE in der südlichen Riedwiese wird durch diese Erklärung des Magistrats nicht präjudiziert.

Schlussbemerkung

Die Stadt Oberursel freut sich über das Interesse des VDE, in Oberursel ansiedeln zu wollen und begrüßt es, wenn sich der VDE für den Standort in der südlichen Riedwiese entscheidet.

Beschlussgrundlage

Der Inhalt des LOI wurde in der Magistratssitzung am 14.03.2022 beschlossen, und in der Sitzung am 07.04.2022 von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt

Oberursel, denApril 2022

Antje Runge
Bürgermeisterin

Christof Fink
Erster Stadtrat

Absichtserklärung
der
Stadt Oberursel (Taunus)
vertreten durch
Frau Bürgermeisterin Antje Runge
und
Herrn Ersten Stadtrat Christof Fink
gegenüber dem

Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V. (VDE)

Präambel

Das Gebiet der sogenannten südlichen Riedwiese an der Frankfurter Landstraße L3004, zwischen EDEKA und der Gablonzer Straße (Kreisverkehr) ist eine gewerbliche Entwicklungsfläche der Stadt Oberursel (Taunus).

Die Stadt beabsichtigt, diese Fläche zeitnah einer baulichen Entwicklung zuzuführen und zu vermarkten. Die Stadt hält in diesem Areal derzeit ca. 53 % der Grundstücke in ihrem Eigentum.

Planungsstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Südliche Riedwiese“ (Anlage 1: Geltungsbereich) beschlossen. Als Ziel des Verfahrens wurde in diesem Beschluss u.a. die Schaffung von Planungsrecht für die Entwicklung eines Gewerbegebietes unter Sicherstellung der Erschließung für alle Verkehrsformen formuliert.

Das Bebauungsplanverfahren wurde bisher nicht fortgeführt, da zuvor die möglichen städtebaulichen Strukturen abgeprüft und auf die Bedürfnisse möglicher städtebaulicher Entwicklungen abgestimmt werden sollten.

Darüber hinaus wurden in 2020 Gespräche mit den maßgeblichen privaten Grundstückseigentümern geführt, mit dem Ergebnis, dass eher Verkaufsbereitschaft als Eigennutzung signalisiert wurde.

Ansiedlung VDE in der südlichen Riedwiese

Die Stadt Oberursel (Taunus) führt seit Beginn 2021 Gespräche mit dem Vorstand des VDE, Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. mit dem Ziel, die Ansiedlung des VDE als neuen Campus auf einer Fläche von rund 3 ha in der südlichen Riedwiese zu ermöglichen.

In einer nichtöffentlichen Informationsveranstaltung am 16.02.2022 für die Mandatsträger der Stadt Oberursel (Taunus) (im online-Format) wurden vom Vorstand des VDE erste Konzeptstudien (Anlage 2) für einen VDE-Campus in der südlichen Riedwiese vorgestellt und mit den anwesenden Mandatsträgern diskutiert.

Erklärung des Magistrats der Stadt Oberursel (Taunus)

Der Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus) beabsichtigt gemeinsam mit dem VDE das eingeleitete Bebauungsplanverfahren als vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) weiter zu führen und die spezifischen Planinhalte des Vorhaben- und Erschließungsplans mit dem VDE abzustimmen.

Die gemeindliche Verantwortung für die städtebauliche Ordnung, bzw. Planung verbleibt bei der Stadt Oberursel.

Weiterhin wird der Magistrat den VDE oder eine von ihm zu benennende Unterorganisation beim Ankauf von Flächen in diesem Bereich nach Kräften unterstützen.

Eine abschließende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über An- und Verkauf von Grundstücken im Rahmen der Ansiedlung des VDE in der südlichen Riedwiese wird durch diese Erklärung des Magistrats nicht präjudiziert.

Schlussbemerkung

Die Stadt Oberursel freut sich über das Interesse des VDE, in Oberursel ansiedeln zu wollen und begrüßt es, wenn sich der VDE für den Standort in der südlichen Riedwiese entscheidet.

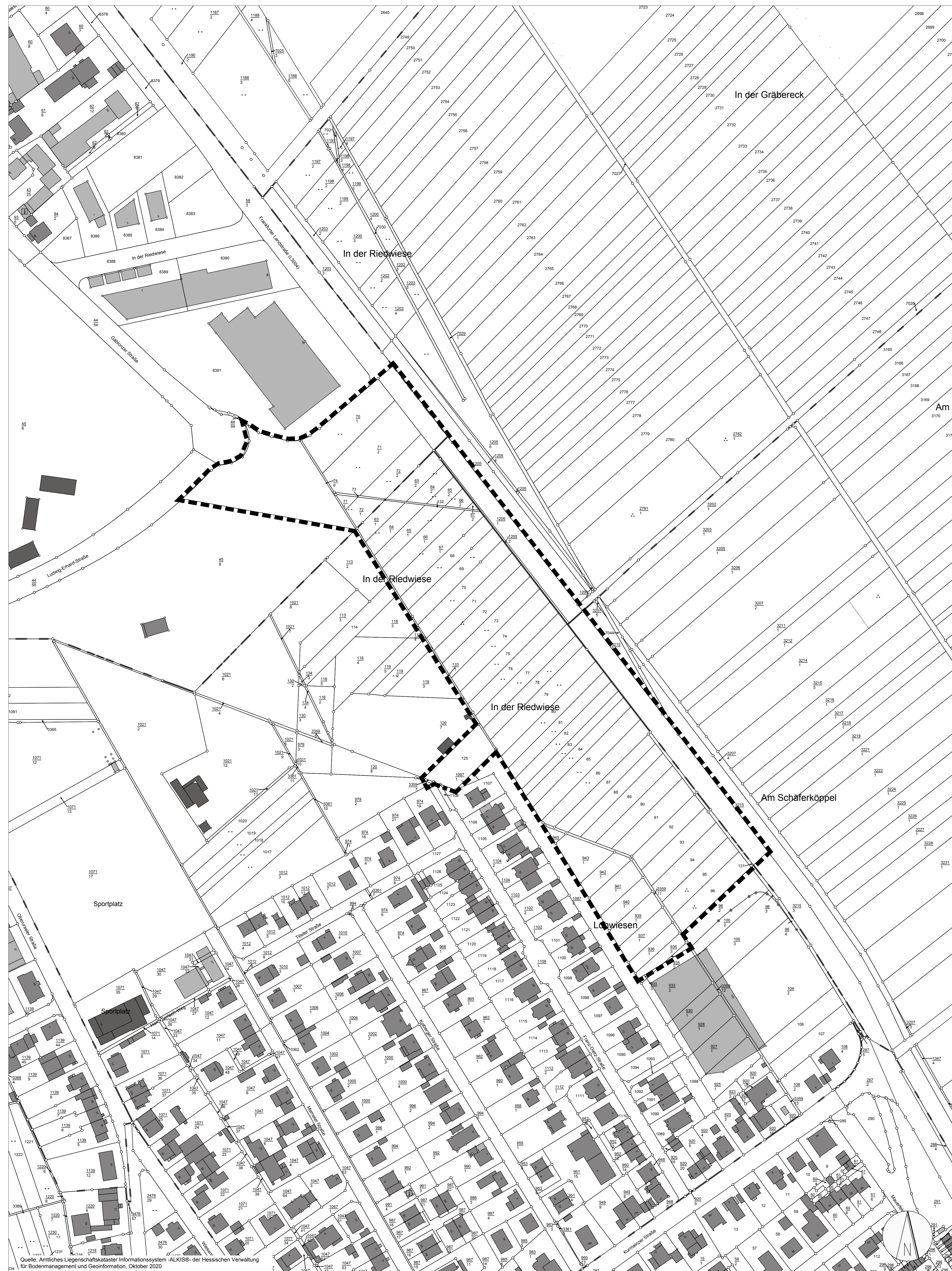
Beschlussgrundlage

Der Inhalt dieser Absichtserklärung wurde in der Magistratssitzung am 14.03.2022 beschlossen, und in der Sitzung am 07.04.2022 von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt.

Oberursel, denApril 2022

Antje Runge
Bürgermeisterin

Christof Fink
Erster Stadtrat



Quelle: Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem -ALKIS®- der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, Oktober 2020

Für die städtebauliche Planung: Geschäftsbereich Stadtentwicklung

Oberursel (Taunus), den Richter

Aufstellungsbeschluss:
Dieser Plan ist gem. §§ 1, 2, 8 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 13 a BauGB durch Beschluss der Stadterordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 28.09.2017 aufgestellt worden.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden:
Der Plan zur frühzeitigen Beteiligung ist von der Stadterordnetenversammlung am 28.08.2019 beschlossen worden. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 10.09.2019 bis 18.10.2019 statt.

Die Behörden wurden gem. § 4 Abs. 1 BauGB am 30.08.2019 benachrichtigt und vom 10.09.2019 bis 18.10.2019 beteiligt.

Offenlage:
Dieser Plan ist von der Stadterordnetenversammlung am 28.08.2019 zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen worden. Nach ortsüblicher Bekanntmachung hat der Plan und die Begründung mit Anlagen in der Zeit vom 11.08.2020 bis 11.09.2020 öffentlich ausgelegt.

Behördenbeteiligung:
Die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 11.08.2020 bis 11.09.2020 statt. Die Behörden wurden mit Schreiben vom 28.07.2020 benachrichtigt.

Oberursel (Taunus), den Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Satzungsbeschluss:
Die Änderung des Bebauungsplanes ist gem. § 10 Abs. 1 BauGB von der Stadterordnetenversammlung am als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen worden.

Oberursel (Taunus), den Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Satzungen:
Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sind gem. § 5 HGO in Verbindung mit § 91HBO am als Satzung beschlossen worden.

Oberursel (Taunus), den Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Bekanntmachung:
Der Bebauungsplan und die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen wurden am gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Oberursel (Taunus), den Hans-Georg Brum
Bürgermeister

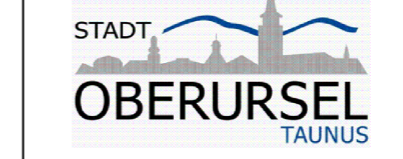
Rechtliche Vorschriften und DIN-Normen, auf die in den Festsetzungen und Hinweisen des Bebauungsplans Bezug genommen wird, sind während der Öffnungszeiten bei der Stadtverwaltung Oberursel (Taunus), Rathausplatz 1, 61440 Oberursel (Taunus), einzusehen.

Datengrundlage:
Mit Ausnahme der topografischen Aufnahme und der Grenzen folgender Flurstücke: 1411/2, 1410/1, 1407/1, 5734/1, 5731/1, 7152 (tlw.) und 7133 (tlw.) gilt für diesen Plan:

Die Ausgangsdaten des vorliegenden CAD-Plans können durch Digitalisierung analoger Karten im Maßstab 1:500 - 1:2000 entstanden sein. Maße und Winkel, die dem Plan am CAD-System entnommen werden, sind nicht zur exakten Festlegung der Projektgeometrie und zur Detailplanung geeignet.

Datengrundlage: Amtliche Liegenschaftskarte (Koordinatensystem: DHDM/Gauß-Krüger Zone 3 (LST100)), mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG).

Die Grenzen der o.g. Flurstücke sind im Rahmen eines Grenzfeststellungsverfahrens örtlich und rechnerisch bestimmt worden. Sie sind zurzeit noch nicht Bestandteil des Liegenschaftskatasters.



GESCHÄFTSBEREICH
STADTENTWICKLUNG

Bebauungsplan Nr. 266
Gewerbegebiet
"Südliche Riedwiese"
Geltungsbereich
M 1:1000



Übersichtsplan
Gemarkung Weilkirchen; Flur 12

**Ansiedlung Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in der südlichen Riedwiese
Absichtserklärung;
Beschlussvorschlag BUKA 23.03.2022**

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Oberursel (Taunus) begrüßt den Ansiedlungswunsch des Verbandes der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik e.V. (VDE) in Oberursel und bestätigt dies gegenüber dem VDE mit der beigefügten Absichtserklärung.

Der Ausländerbeirat ist zu informieren.
Der Ortsbeirat Weißkirchen ist zu informieren.

Absichtserklärung
der
Stadt Oberursel (Taunus)
vertreten durch
Frau Bürgermeisterin Antje Runge
und
Herrn Ersten Stadtrat Christof Fink
gegenüber dem

Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V. (VDE)

Präambel

Das Gebiet der sogenannten südlichen Riedwiese an der Frankfurter Landstraße L3004, zwischen EDEKA und der Gablonzer Straße (Kreisverkehr) ist eine gewerbliche Entwicklungsfläche der Stadt Oberursel (Taunus).

Die Stadt beabsichtigt, diese Fläche zeitnah einer baulichen Entwicklung zuzuführen und zu vermarkten. Die Stadt hält in diesem Areal derzeit ca. 53 % der Grundstücke in ihrem Eigentum.

Planungsstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Südliche Riedwiese“ (Anlage 1: Geltungsbereich) beschlossen. Als Ziel des Verfahrens wurde in diesem Beschluss u.a. die Schaffung von Planungsrecht für die Entwicklung eines Gewerbegebietes unter Sicherstellung der Erschließung für alle Verkehrsformen formuliert.

Das Bebauungsplanverfahren wurde bisher nicht fortgeführt, da zuvor die möglichen städtebaulichen Strukturen abgeprüft und auf die Bedürfnisse möglicher städtebaulicher Entwicklungen abgestimmt werden sollten.

Darüber hinaus wurden in 2020 Gespräche mit den maßgeblichen privaten Grundstückseigentümern geführt, mit dem Ergebnis, dass eher Verkaufsbereitschaft als Eigennutzung signalisiert wurde.

Ansiedlung VDE in der südlichen Riedwiese

Die Stadt Oberursel (Taunus) führt seit Beginn 2021 Gespräche mit dem Vorstand des VDE, Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. mit dem Ziel, die Ansiedlung des VDE als neuen Campus auf einer Fläche von rund 3 ha in der südlichen Riedwiese zu ermöglichen.

In einer nichtöffentlichen Informationsveranstaltung am 16.02.2022 für die Mandatsträger der Stadt Oberursel (Taunus) (im online-Format) wurden vom Vorstand des VDE erste Konzeptstudien (Anlage 2) für einen VDE-Campus in der südlichen Riedwiese vorgestellt und mit den anwesenden Mandatsträgern diskutiert.

Erklärung des Magistrats der Stadt Oberursel (Taunus)

Der Magistrat der Stadt Oberursel (Taunus) beabsichtigt gemeinsam mit dem VDE das eingeleitete Bebauungsplanverfahren als vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) weiter zu führen und die spezifischen Planinhalte des Vorhaben- und Erschließungsplans mit dem VDE abzustimmen.

Die gemeindliche Verantwortung für die städtebauliche Ordnung, bzw. Planung verbleibt bei der Stadt Oberursel.

Weiterhin wird der Magistrat den VDE oder eine von ihm zu benennende Unterorganisation beim Ankauf von Flächen in diesem Bereich nach Kräften unterstützen.

Eine abschließende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über An- und Verkauf von Grundstücken im Rahmen der Ansiedlung des VDE in der südlichen Riedwiese wird durch diese Erklärung des Magistrats nicht präjudiziert.

Schlussbemerkung

Die Stadt Oberursel freut sich über das Interesse des VDE, in Oberursel ansiedeln zu wollen und begrüßt es, wenn sich der VDE für den Standort in der südlichen Riedwiese entscheidet.

Beschlussgrundlage

Der Inhalt dieser Absichtserklärung wurde in der Magistratssitzung am 14.03.2022 beschlossen, und in der Sitzung am 07.04.2022 von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt.

Oberursel, denApril 2022

Antje Runge
Bürgermeisterin

Christof Fink
Erster Stadtrat

Stadt Oberursel (Taunus)

Brand- und Zivilschutz

Aktenzeichen: 3730/04-01

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

25.02.2022	VL-36/2022
-------------------	-------------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	14.03.2022	II	5	
Magistrat	15.03.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus).
Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des Feuerwehrwesens der Stadt Oberursel (Taunus).

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:
Der in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mit der Stadt Steinbach (Taunus) wird zugestimmt.
Der Magistrat wird darüber hinaus beauftragt, weitere Themenfelder im Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) für das Feuerwehrwesen zu prüfen und umzusetzen.

Sachbericht:

Gemäß den Vorgaben der hessischen Feuerwehr-Organisationsverordnung (FwOV) haben Städte und Gemeinden, welche aufgrund der vorhandenen Bebauung der Schutzstufe B3 und B4 zuzuordnen sind, ein Hubrettungsfahrzeug (Drehleiter DLA (K) 23/12) vorzuhalten. Nach Fußnote 2 der Richtwerttabelle kann hierfür im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit auf Hubrettungsfahrzeuge benachbarter Städte zurückgegriffen werden.
Im Falle Steinbachs erfolgt diese Form der Zusammenarbeit seit Jahrzehnten erfolgreich mit der Freiwilligen Feuerwehr Oberursel und der am Standort der Stadtteilwehr Stierstadt vorgehaltenen Drehleiter. Zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges im Stadtgebiet von Steinbach (Taunus),

bei entsprechender Alarmierung durch die Zentrale Leitstelle des Hochtaunuskreises, wird im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit das Hubrettungsfahrzeug (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus) mitalarmiert. Diese Form der Kooperation soll nunmehr mittels einer schriftlichen Vereinbarung bestätigt und rechtlich verbindlich werden.

Die in der Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus) am 14.02.2022 beschlossen.

Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit können in dem Bereich Feuerwehrwesen für die Bereiche Atemschutz, Schlauchpflege, Reinigung von persönlicher Schutzausrüstung, Prüfung von feuerwehrtechnischem Gerät, Werkstätten etc. Synergieeffekte und Kostenersparnisse zwischen den Kommunen erreicht werden. Zum jetzigen Zeitpunkt werden Dienstleistungen für die Kommunen Steinbach und Schmitten durchgeführt und im Einzelfall auf Gebührenbasis abgerechnet.

Mit einer festvereinbarten interkommunalen Zusammenarbeit auf Vereinbarungsbasis können finanzielle Mittel eingespart und Arbeitsabläufe durch effizienten Ressourceneinsatz optimiert werden. Weiterhin sind diese Zusammenschlüsse in den genannten Bereichen förderfähig durch das Land Hessen. Die Höhe der Förderung kann noch nicht beziffert werden. Das Konzept der IKZ wird derzeit erstellt, insofern ist die Höhe der Forderung nicht konkretisierbar.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Stadt Steinbach (Taunus) zahlt gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für jeden Einsatz mit dem Hubrettungsfahrzeug der Feuerwehr Oberursel einen Betrag von 520,00 € pro Einsatzstunde an die Stadt Oberursel (Taunus). Die Pauschalgebühr beinhaltet die Bereitstellungs-, Einsatz-, Grund-, Betriebs-, Personal-, Kilometer- und Wartungskosten sowie die Bearbeitungs- und Verwaltungskosten. Nach Auswertungen der Einsätze von dem Hubrettungsfahrzeug aus den Jahren 2020 und 2021 für das Stadtgebiet Steinbach, wird mit einer Gesamteinnahme pro Jahr von ca. 18.500,00 € gerechnet.

Die ebenfalls über viele Jahre für die Feuerwehren Steinbach und Schmitten, auf Gebührenbasis abgewickelten Dienstleistungen, werden aufgrund einer Änderung im Steuerrecht zum 01.01.2023 gemäß § 2b UStG umsatzsteuerpflichtig. Hier können im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit und Bildung von Verbundlösungen die Steuerpflicht evtl. aufgebrochen werden. Die Umsetzung hierzu ist vom Land Hessen noch nicht abschließend geklärt.

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

Keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Christof Fink
1. Stadtrat

Valentin Reuter
Stadtbrandinspektor

Anlage(n):

1 Verwaltungsvereinbarung_DLK_mit_Steinbach final

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter (DLA (K) 23/12) der Stadt Oberursel (Taunus)

Zwischen

der Stadt Steinbach (Taunus), vertreten durch den Magistrat,
- genannt Steinbach

und
der Stadt Oberursel (Taunus), vertreten durch den Magistrat,
- genannt Oberursel

Vorbemerkung

Gemäß § 1 der Feuerwehrgesetzverordnung (FwOV) richtet sich u.a. die Ausrüstung der öffentlichen Feuerwehren nach dem Bedarfs- und Entwicklungsplan, wobei die Richtwerte entsprechend den Gefahrenarten und Gefährdungsstufen in der Anlage 1 zur FwOV festgelegt sind. Nach diesen Richtwerten ist der Gemeinde Steinbach (Taunus) aufgrund der vorhandenen Bebauung die „Gefährdungsstufe für den Schutzbereich B 3 und B 4“ zuzuordnen. Ausrüstungsbezogen bedeutet dies, dass nach der Stufe 1 ein Hubrettungsfahrzeug (Drehleiter DLA (K) 23/12) vorzuhalten ist. Der Fußnote 2 der Richtwerttabelle ist zu entnehmen, dass grundsätzlich im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit Hubrettungsfahrzeuge benachbarter Gemeinden berücksichtigt werden können.

Oberursel und Steinbach schließen gemäß § 2 Abs. 3 des hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG), folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

Zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges über Leitern der Feuerwehr in dem Stadtgebiet von Steinbach (Taunus) erfolgt bei zeitkritischen Einsätzen die interkommunale Unterstützung durch ein Hubrettungsfahrzeug (DLA (K) 23/12) der Feuerwehr Oberursel (Taunus).

§ 2 Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen

- (1) Die Zusammenarbeit sieht vor, dass die Feuerwehr Oberursel bei zeitkritischen Einsätzen in dem Stadtgebiet der Feuerwehr Steinbach mit einem Hubrettungsfahrzeug (DLA (K) 23/12) inkl. Besatzung grundsätzlich im Rahmen des ersten Alarms ausrückt.
- (2) Die Kosten der jeweiligen Einsätze der Drehleiter trägt Steinbach.
- (3) Die Anforderung des Hubrettungsfahrzeugs erfolgt durch Meldung der Leitstelle des Hochtaunuskreises anhand der festgelegten Einsatzstichwörter i.v.m. der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr Steinbach.

(4) Aufgrund der Auswertung der Erreichungszeiten der Drehleiter am Standort Stierstadt wird die planerische Regelhilfsfrist gem. § 3 HBKG eingehalten. Ausgenommen hiervon sind:

1. vorhersehbare außergewöhnliche Umstände, wie beispielsweise bei weit entfernt liegenden oder schwer erreichbaren Einzelobjekten oder weit entfernt liegenden oder schwer zugänglichen Verkehrswegen,
2. unvorhersehbare nicht einplanbare Ereignisse, wie beispielsweise Verkehrsstaus, Paralleleinsätzen der Feuerwehr Oberursel, Schnee, Eisglätte, Unwetter oder auch befristeten Sperrungen von Verkehrswegen,
3. ungewöhnliche, vom Normalzustand abweichende Umstände oder Gegebenheiten, bei denen die Einhaltung der Regelhilfsfrist nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem finanziellen Aufwand möglich ist oder
4. Werkstattaufenthalte, temporären Änderungen der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr Oberursel und Fahrzeugdefekte.

In solchen Fällen ist durch die Leitstelle, die nächste Drehleiter nach der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr Steinbach zu alarmieren.

(5) Gemäß Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr Oberursel, soll bei überörtlichen Hilfeersuchen auch ein zusätzliches Löschfahrzeug, sowie ein Führungsdienst der Feuerwehr Oberursel entsendet werden. Diese Fahrzeuge und das in Verbindung stehende Einsatzpersonal sind nicht Bestandteil dieser Vereinbarung.

§ 3 Haftung

- (1) Das Hubrettungsfahrzeug (DLA (K) 23/12) ist durch Oberursel beim GVV vollkaskoversichert. Schäden, die durch die Nutzung/den Einsatz des Fahrzeugs Dritten, Oberursel oder Steinbach entstehen, deckt diese Versicherung ab.
- (2) Oberursel haftet nicht für die durch den Einsatzleiter im Einsatz angeordnete Ausführung der Aufgaben durch die Besatzung des Hubrettungsfahrzeugs sowie für Schäden, die diese in Ausübung dieser Tätigkeiten verursachen. Steinbach ist verpflichtet, Oberursel von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte im Zusammenhang mit der Ausführung und der Verrichtung der der Besatzung übertragenen Aufgaben erheben.
- (3) Für Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haftet Oberursel bei eigenem Verschulden nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (4) Für alle sonstigen Schäden haftet Oberursel bei eigenem Verschulden nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

§ 4 Kostenübernahme

- (1) Steinbach zahlt an Oberursel für jeden Einsatz mit dem Hubrettungsfahrzeug einen Betrag von 520,00 € pro Einsatzstunde. Der Stundensatz wird jeweils auf die volle Stunde aufgerundet. Als Dauer des Einsatzes wird die Zeit der Abwesenheit vom Standort gerechnet.

Die Pauschalgebühr beinhaltet die Bereitstellungs-, Einsatz-, Grund-, Betriebs-, Personal-, Kilometer- und Wartungskosten sowie die Bearbeitungs- und Verwaltungskosten.

- (2) Die Kosten werden jeweils zum Ende eines Quartals durch Oberursel abgerechnet. Der Betrag ist innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt der Rechnung von Steinbach zu begleichen.
- (3) Eine Kostenanpassung des Pauschalbetrages geschieht im gegenseitigen Einvernehmen im Rahmen der jeweiligen Vertragsverlängerung. Sollte hierüber keine Einigung erzielt werden, steht den Vertragsparteien ein Sonderkündigungsrecht zu.
- (4) Sollten einzelne Kostenersätze für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr ab 01.01.2023 der Geltung des § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) unterliegen, so erhöht sich der Kostenersatz für die jeweilige Leistung ab diesem Zeitpunkt um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

§ 5 Geltungsdauer

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gilt bis zum 31.12.2025. Die Geltungsdauer verlängert sich jeweils um drei Jahre, wenn die Vereinbarung nicht bis spätestens 3 Jahren vor Ende der Laufzeit von einem der Vertragspartner schriftlich gekündigt wird. Die Laufzeit von drei Jahren ergibt sich aus dem Beschaffungszeitraum für die Neuanschaffung einer Drehleiter.

§ 6 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Abschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommen, die die Parteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.
- (2) Ergänzungen oder Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Zustimmung beider Vertragsparteien. Sie haben schriftlich in Form einer Zusatzvereinbarung zu erfolgen.

Für den Hochtaunuskreis als Aufsichtsbehörde für den Brandschutz

Carsten Lauer
Kreisbrandinspektor

Für die Stadt Oberursel (Taunus)

Für die Stadt Steinbach (Taunus)

Antje Runge
Bürgermeisterin

Steffen Bonk
Bürgermeister

Christof Fink
1. Stadtrat
Feuerwehrdezernent

Lars Knobloch
1. Stadtrat

Stadt Oberursel (Taunus)

IT und Prozesse

Aktenzeichen: 65-654 gl

BESCHLUSS-VORLAGE

Wahlzeit 2021-2026

Datum **Vorlagennummer** . (ggf. Nachtragsvermerk)

17.01.2022	VL-15/2022
------------	------------

Beratungsfolge Termin TO TOP Bemerkungen

Beratungsfolge	Termin	TO	TOP	Bemerkungen
Magistrat	21.02.2022	II	11	
Magistrat	22.02.2022			Umlaufbeschluss
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	24.03.2022			
Stadtverordnetenversammlung	07.04.2022			

Betreff:

Geodateninfrastruktur (GDI) Hochtaunuskreis und Umsetzung der europäischen "GDI-INSPIRE" Richtlinie (**IN**frastructure for **SP**atial **InfoR**mation in **EU**rope)

hier: Fortsetzung der Zusammenarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen wie folgt zu beschließen:

1. Die als Anlage 1 beigefügte Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Hochtaunuskreis und u.a. der Stadt Oberursel (Taunus) zur gemeinsamen Umsetzung der EU Inspire Richtlinien für die Jahre 2022 - 2026 ist abzuschließen.
2. Die sich hieraus für die Stadt Oberursel (Taunus) ergebenden jährlichen Umlagebeiträge in Höhe von 1.517,96 € sind in den Haushalten bis 2026 einzuplanen. (siehe Anlage 2)

Sachbericht:

In Anlehnung an die - zum 01.01.2017 geschlossene und für 5 Jahre gültige - Verwaltungsvereinbarung soll nun ein Folgevertrag für weitere 5 Jahre zum 01.01.2022, zu vergleichbaren Rahmenbedingungen, geschlossen werden.

Das ursächliche Bestreben, die „Richtlinie 2007/2/EG“ zur Schaffung eines GDI in der Europäischen Union umzusetzen, hat sich im Laufe der Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahre auch zu einer regionalen „GDI Hochtaunuskreis“, nebst Bürger-GIS, entwickelt und wird seitdem fortgeschrieben.

Folgende Informationen können derzeit über das Portal abgefragt werden:

- Sämtliche Bebauungsplänen incl. Satzungen
- Einsatzbereiche der Feuerwehren incl. Feuerwehrsatzung
- Feuerwehrstandorte
- Ausgewiesene Gewerbeflächen
- Kindertageseinrichtungen
- Standorte öffentlicher Einrichtungen
- Haltestellen öffentlicher Nahverkehr
- Und weitere Information wie z.B. Schulbezirke und Schulstandorte, Spielplätze, Veranstaltungsräume, Schwimmbäder usw.

Das Portal ist zu erreichen über <https://geo01.hochtaunuskreis.net>

Im Rahmen der Umsetzung ist der Hochtaunuskreis der Arbeitsgemeinschaft des GDI Südhessen beitreten, um von den dort zu entwickelnden harmonisierten Datenmodellen zu partizipieren und die Umsetzungsplattform, auch im Hinblick der beteiligten Städte und Gemeinden, nutzen zu können. In der Bürgermeister-Dienstversammlung vom 30.09.2021 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen der GDI Hochtaunuskreis sowie die weitere Umsetzung gemäß GDI-Inspire Richtlinie zwischen den Kommunen und dem Kreis einvernehmlich beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

2022-2026 jährlich 1.517,96 EUR

Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit:

keine

Umweltrelevante Auswirkungen:

Keine

Bernd Strobehn
Geschäftsbereichsleiter

Anlage(n):
Anlage 1 Kostenkalkulation
Anlage 2 Vereinbarung

Christof Fink
Erster Stadtrat

I. Kostenkalkulation

Der Kalkulation für einen Zeitraum von 5 Jahren (2022 – 2026) liegen folgende Rahmenbedingungen bzw. Kostenpositionen zu Grunde:

- Veranstalten der regionalen Arbeitsgruppen
- Betrieb der Austauschplattform
- Betrieb der Bürger-GIS Lösung
- Nutzung der erarbeiteten Pflichtenhefte und Nutzung des GDI-INSPIRE Umsetzers
- Mitgliedsbeitrag bei der GDI- Südhessen

II. Umlagebeträge

Kommune / Landkreis	Einwohnerzahlen Stand: 31.12.2020	Kosten [€] 5 Jahre	Kosten [€] pro Jahr
Hochtaunuskreis	237.281	75.000,00	15.000,00
Bad Homburg v.d.H.	54.092	8.566,25	1.713,25
Friedrichsdorf	25.528	4.804,36	960,87
Glashütten	5.364	2.148,75	429,75
Grävenwiesbach	5.359	2.148,09	429,62
Königstein im Taunus	16.608	3.629,59	725,92
Kronberg im Taunus	18.242	3.844,79	768,96
Neu-Anspach	14.619	3.367,64	673,53
Oberursel im Taunus	46.678	7.589,82	1.517,96
Schmitten	9.443	2.685,95	537,19
Steinbach im Taunus	10.678	2.848,60	569,72
Usingen	14.722	3.381,20	676,24
Wehrheim	9.378	2.677,39	535,48
Weilrod	6.570	2.307,58	461,52
Gesamtsumme pro Jahr			25.000,00 EUR

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

dem Hochtaunuskreis, dieser vertreten durch den Kreisausschuss,
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe

- nachfolgend "Kreis" genannt -

und

der Stadt Oberursel (Taunus), diese vertreten durch den Magistrat,
Rathausplatz 1, 61440 Oberursel

- nachfolgend „Kommune“ genannt -

Vorbemerkung

In Anlehnung an die zum 01.01.2017 geschlossene und für 5 Jahre gültige Verwaltungsvereinbarung, soll nun eine Folgevereinbarung zum 01.01.2022, zu vergleichbaren Rahmenbedingungen, geschlossen werden.

Das ursächliche Bestreben, die „Richtlinie 2007/2/EG zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur (GDI) in der Europäischen Union“, im Folgenden kurz „INSPIRE (INfrastructure for SPatial InfoRmation in Europe)“ genannt, umzusetzen, hat sich im Laufe der Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahre auch zu einer regionalen „GDI Hochtaunuskreis“, nebst Bürger-GIS entwickelt und wird seitdem fortgeschrieben.

Dies vorausgeschickt, schließen Kreis und Kommune auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 HKO und § 1 i.V.m. § 24 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) die folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1

Zusammenarbeit und Leistungen

(1) Die Vertragspartner sichern sich die gegenseitige Unterstützung und den Austausch der benötigten Daten zur Umsetzung der GDI-Inspire Richtlinie und der im Rahmen der regionalen Arbeitsgruppen beschlossenen Themen für die GDI Hochtaunuskreis zu.

(2) Der Kreis stellt eine sogenannte Austauschplattform zur Nutzung aller Beteiligten zur Verfügung und verarbeitet die Daten auf dem sogenannten Inspire-Umsetzer des GDI Südhessen.

(3) Der Kreis betreibt einen sogenannten PDF-Server, der die Ablage von notwendigen und begleitenden Daten, neben der Inspire-Plattform des GDI-Südhessen, ermöglicht.

(4) Der Kreis betreibt ein sogenanntes Bürger-GIS, das von den Bürgern und Kommunen gleichermaßen genutzt werden kann. Auch die Einbindung dessen in kommunale Internetauftritte wird unterstützt.

(5) Der Kreis ist bereit, weitere, noch nicht bekannte Maßnahmen, die zur Umsetzung der GDI-Inspire Richtlinie und zum Ausbau der GDI Hochtaunuskreis benötigt werden, zu ergreifen.

(6) Der Kreis verbleibt in dem GDI-Südhessen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten.

§ 2 Entgelt

(1) Die Gesamtkosten der Jahre 2022 bis 2026 werden wie folgt auf den Kreis sowie auf die 13 Kommunen des Hochtaunuskreises verteilt:

- Ein Grundbetrag von 50 % der Gesamtkosten wird zu 70 % vom Kreis und 30 % zu gleichen Teilen auf alle 13 Kommunen umgelegt.
- Die weiteren 50 % der Gesamtkosten trägt zu 50 % der Kreis; die weiteren 50 % werden gewichtet nach dem Einwohnerschlüssel zum Stichtag 31.12.2020 auf die Kommunen umgelegt.
- Den sich hieraus ergebenden jährlichen Umlagebeträgen für die Jahre 2022 bis 2026, ausweislich der Anlage 1 „Kostenkalkulation und Umlagebeträge“, wird zugestimmt.

(2) Die Kommune zahlt den danach auf sie entfallenden Betrag zu Beginn des jeweiligen Kalenderjahres an den Kreis.

(3) Der Kreis übermittelt den Gesamtbetrag aller Beteiligten an den GDI-Südhessen.

§ 3 Laufzeit der Vereinbarung

(1) Die Vereinbarung gilt für einen Zeitraum von 5 Jahren, der am 01.01.2022 beginnt.

(2) Das Recht auf außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grunde bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:

- (a) die Kommune mit der Entgeltzahlung im Rückstand ist,
- (b) einer der Vertragspartner, die ihm nach dieser Vereinbarung obliegenden Verpflichtungen gröblich oder trotz Abmahnung mehrfach verletzt.

§ 4 Änderungen, salvatorische Klausel

(1) Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung der Schriftformklausel.

(2) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung hiervon nicht berührt, es sei denn, die unwirksame Bestimmung betrifft die Hauptpflicht einer der Vertragspartner und kann nicht nach Maßgabe

des folgenden Satzes durch eine wirksame Bestimmung ersetzt werden. Die Vertragspartner verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche wirksame Bestimmungen zu ersetzen, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommen.

(3) Im Übrigen gelten ergänzend die Bestimmungen des KGG über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung.

§ 5 Haushaltsrechtliche Absicherung

Soweit die Finanzierung der Maßnahmen haushaltsrechtlich noch nicht gesichert ist, verpflichten sich der Kreis und die Kommune die erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Bad Homburg v.d. Höhe, den _____

Oberursel, den _____

Für den Hochtaunuskreis
Der Kreisausschuss

Für die Kommune
Der Magistrat

Ulrich Krebs
Landrat

Antje Runge
Bürgermeisterin

Thorsten Schorr
Erster Kreisbeigeordneter

Christof Fink
Erster Stadtrat

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
20.09.2021	23:15 Uhr	Gottschalk

betr.

Oberursel wird „sicherer Hafen“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Oberursel unterstützt die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen.
2. Die Bürgermeisterin bietet der Bundesregierung an, dass Oberursel zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, bereit ist aufzunehmen.
3. Aus aktuellem und aus humanitärem Anlass werden auch geflüchtete Ortskräfte aus Afghanistan und ihre Familien aufgenommen.
4. Die Stadt Oberursel stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung des oben genannten Personenkreises sicher. Diese Aufnahme erfolgt ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel).
5. Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich Oberursel mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verständigen.
6. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechtere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.
7. Die Stadt Oberursel stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung der Geflüchteten zur Verfügung und stellt deren gesellschaftliche Teilhabe sicher.

Begründung:

Für geflüchtete Menschen wird es immer schwieriger, sichere Orte zu finden, in die sie von Seenotrettungsorganisationen nach der Rettung gebracht werden können. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sie kriminalisieren zudem die zivilgesellschaftliche Seenotrettung.

Die aktuelle Situation afghanischer Ortskräfte und ihrer Familien in Afghanistan erfordert zudem eine schnelle und unbürokratische Aufnahme, um sie vor Verfolgung durch die Taliban zu schützen.

Bereits in den letzten Jahren hat Oberursel mit großer Unterstützung der Verwaltung und Politik und einem großen ehrenamtlichen Helfer*innenkreis deutlich gemacht, dass Menschlichkeit und der Wille geflüchtete Menschen zu integrieren, in Oberursel vorhanden sind. Daran gilt es anzuknüpfen.

Viele Städte in Europa und in Deutschland haben sich bereits als „Sicherer Hafen“ mit den geretteten Menschen solidarisiert. Neben konkreten Hilfen und Unterstützerinitiativen kann diese Erklärung ihren Beitrag leisten, den politischen Druck für eine menschliche Flüchtlingspolitik zu erhöhen. Angesichts der Notwendigkeit politischer Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene ist der Antrag daher nicht nur Symbolpolitik, sondern sendet deutliche Signale an die verantwortlichen Akteure. Werte dürfen nicht politischer Doktrin zum Opfer fallen und politisches Kräftemessen auf dem Rücken der betroffenen Menschen stattfinden.

Oberursel muss unseres Erachtens aktiv werden und ein eindeutiges Zeichen der Menschlichkeit setzen.

gez. Elenor Pospiech
SPD-Fraktionsvorsitzen

VORAB - AUSZUG

aus der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 03.02.2022

GB	Dezernent	weitere informierte GB			BK	Ausschüsse			Datum
10	I				X	SBKA			07.02.2022

<input checked="" type="checkbox"/> Beschluss TOP F) 4	<input type="checkbox"/> Mitteilung	<input type="checkbox"/> Frage/Anfrage vom
Nummer der Sitzung	Schriftführer	Nummer der Beschlusskontrolle
8.	Gottschalk	49/2021-2026

<input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnisnahme	<input type="checkbox"/> zur weiteren Veranlassung	<input type="checkbox"/> bitte Sachstandsbericht an Büro der Gremien bis
---	--	--

Der Antrag wurde in den SBKA zur Wiedervorlage an die StvV verwiesen.

4. Oberursel wird „sicherer Hafen“ - SPD - (10)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Oberursel unterstützt die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen.
2. Die Bürgermeisterin bietet der Bundesregierung an, dass Oberursel zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, bereit ist aufzunehmen.
3. Aus aktuellem und aus humanitärem Anlass werden auch geflüchtete Ortskräfte aus Afghanistan und ihre Familien aufgenommen.
4. Die Stadt Oberursel stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung des oben genannten Personenkreises sicher. Diese Aufnahme erfolgt ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel).
5. Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich Oberursel mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verständigen.
6. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechtere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.
7. Die Stadt Oberursel stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung der Geflüchteten zur Verfügung und stellt deren gesellschaftliche Teilhabe sicher.

Der Antrag wurde wie folgt schriftlich begründet:

Für geflüchtete Menschen wird es immer schwieriger, sichere Orte zu finden, in die sie von Seenotrettungsorganisationen nach der Rettung gebracht werden können. Europäische

Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sie kriminalisieren zudem die zivilgesellschaftliche Seenotrettung.

Die aktuelle Situation afghanischer Ortskräfte und ihrer Familien in Afghanistan erfordert zudem eine schnelle und unbürokratische Aufnahme, um sie vor Verfolgung durch die Taliban zu schützen.

Bereits in den letzten Jahren hat Oberursel mit großer Unterstützung der Verwaltung und Politik und einem großen ehrenamtlichen Helfer*innenkreis deutlich gemacht, dass Menschlichkeit und der Wille geflüchtete Menschen zu integrieren, in Oberursel vorhanden sind. Daran gilt es anzuknüpfen.

Viele Städte in Europa und in Deutschland haben sich bereits als „Sicherer Hafen“ mit den geretteten Menschen solidarisiert. Neben konkreten Hilfen und Unterstützerinitiativen kann diese Erklärung ihren Beitrag leisten, den politischen Druck für eine menschliche Flüchtlingspolitik zu erhöhen. Angesichts der Notwendigkeit politischer Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene ist der Antrag daher nicht nur Symbolpolitik, sondern sendet deutliche Signale an die verantwortlichen Akteure. Werte dürfen nicht politischer Doktrin zum Opfer fallen und politisches Kräftemessen auf dem Rücken der betroffenen Menschen stattfinden.

Oberursel muss unseres Erachtens aktiv werden und ein eindeutiges Zeichen der Menschlichkeit setzen.

A U S Z U G

aus der Niederschrift

der 7. Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses

vom Dienstag, dem 22.03.2022

6. Oberursel wird „sicherer Hafen“; Verweisungsbeschluss F) 4 StvV vom 03.02.2022 (10)

Ausschussvorsitzende Kugel nimmt Bezug auf den Stadtverordnetenbeschluss TOP F) 4 vom 03.02.2022, wonach der nachstehende Antrag an den SBKA zur Wiedervorlage an die Stadtverordnetenversammlung verwiesen wurde:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Oberursel unterstützt die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen.
2. Die Bürgermeisterin bietet der Bundesregierung an, dass Oberursel zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, bereit ist aufzunehmen.
3. Aus aktuellem und aus humanitärem Anlass werden auch geflüchtete Ortskräfte aus Afghanistan und ihre Familien aufgenommen.
4. Die Stadt Oberursel stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung des oben genannten Personenkreises sicher. Diese Aufnahme erfolgt ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel).
5. Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich Oberursel mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verständigen.
6. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechtere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.
7. Die Stadt Oberursel stellt die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung der Geflüchteten zur Verfügung und stellt deren gesellschaftliche Teilhabe sicher.

Stadtverordnete Mauczok erläutert für die SPD-Fraktion den **veränderten Antrag**.

1. Die Stadt Oberursel unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen/
/Safety Place.
2. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bietet die Bürgermeisterin der Bundesregierung an, ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel) zusätzlich geflüchtete Menschen aufzunehmen. Damit bestätigt die Kommune und die Oberurseler Bevölkerung die bisher gelebte Praxis der Willkommenskultur.
3. Die Stadt Oberursel fordert die Bundesregierung und die Bundesinnenministerin auf, die aufnahmewilligen Kommunen bei ihren Anliegen zu unterstützen.

4. Die Stadt Oberursel fordert die Bundesregierung und die Bundesinnenministerin auf, die Stadt Oberursel als sicheren Hafen, bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.
5. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechte Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.

Ausschussvorsitzende Kugel stellt für die CDU-Fraktion den Antrag in einer Sondersitzung des SBKA vor der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022 zu behandeln. Im Vorfeld wollen sich die Fraktionen über die Formulierung verständigen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

CDU (4), BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN (4), SPD (2),
OBG Freie Wähler (2), FDP (1),
DIE LINKE (1), AfD (1)

- **TOP SBKA 07.04.2022**

07.04.2022

Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss
- Vorsitzende -

Beschlussvorlage

**des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses vom 07.04.2022/
Antrag der SPD-Fraktion
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

TOP E) 1

Resolution - Oberursel wird „sicherer Hafen
Beschluss SBKA 07.04.2022

**Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den nachstehenden
Beschlussvorschlag zu beschließen:**

1. Die Stadt Oberursel unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und wird sicherer Hafen / Safety Place. Zudem tritt sie dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bietet der Magistrat dem Landrat des Hochtaunuskreises an, in Abstimmung mit der Kreisverwaltung und im Rahmen der städtischen räumlichen und finanziellen Möglichkeiten, ergänzend zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel), zusätzlich geflüchtete Menschen aufzunehmen. Damit bestätigt die Kommune die bisher gelebte Praxis der Willkommenskultur der Oberurseler Bevölkerung.
3. Die Stadt Oberursel fordert die Bundesregierung auf, die aufnahmewilligen Kommunen bei ihren Anliegen zu unterstützen.
4. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung und das Land Hessen, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen, damit die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.
5. Die Stadt Oberursel appelliert an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere für eine gerechte Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, für sichere Fluchtwege, staatliche und private Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden einzusetzen.

gez. Susanne Kügel

F.d.R.

Verena Gottschalk

Über Dez. II**an das Büro der Gremien****mit der Bitte um Weiterleitung****an den Magistrat****und an den SBKA****Sachstandsbericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.04.2022 zum Thema „Oberursel wird sicherer Hafen“**

Die Stadt Oberursel (Taunus) ist inzwischen auf der Homepage der Initiative Seebrücke in der Liste der Sicherer Häfen unter <https://www.seebruecke.org/sichere-haefen/haefen> verzeichnet.

Bei einem Online-Treffen der hessischen Mitgliedskommunen des Bündnisses Städte Sicherer Häfen, das am 26.04.2023 auf Einladung der Länderkoordination aus Marburg stattfand, haben Vertretungen der Städte Marburg, Darmstadt, Gießen und Oberursel sowie des Landkreises Gießen teilgenommen. Bei dem Treffen wurde u. a. die aktuelle Situation der Kommunen thematisiert und hierzu Folgendes festgehalten:

- „Die Potsdamer Erklärung kann weiterhin als Grundlage unserer Arbeit gefasst werden. Es geht fundamental um die Unterbringung von Menschen, die aus Seenot gerettet werden, diese Forderung darf auch angesichts der aktuellen Herausforderungen nicht abgeschwächt werden.
- Allerdings ist auf kommunaler Ebene mehr finanzielle Unterstützung notwendig. Die Summen, die zurzeit für Unterbringung anfallen, werden so nicht von den bisherigen finanziellen Mitteln aufgefangen.
- Es wird aber auch angemerkt, dass es von Seiten des Bündnisses wichtig sei, klare Ziele beizubehalten, nämlich die Aufnahme aus Seenot Geretteter. Das ist insbesondere auch wichtig, um neue Kommunen in das Bündnis einzubeziehen.“

Weitere Themen waren Vorschläge zur künftigen Struktur des Städtebündnisses und zur zukünftigen Arbeit in Hessen (Treffen im Sechs-Monats-Rhythmus).

Weil

A U S Z U G

aus der Niederschrift des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses vom 13.06.2023

GB 32	Dezernent II	weitere informierte GB	BK	Ausschüsse	Datum 26.06.2023
----------	-----------------	------------------------	----	------------	---------------------

Mitteilung	Nummer der Sitzung 17.	Schriftführer Neuhäuser	Nummer der Beschlusskontrolle /2021-2026
------------	---------------------------	----------------------------	--

zur <input type="checkbox"/> Kenntnisnahme	zur weiteren <input checked="" type="checkbox"/> Veranlassung	bitte Sachstandsbericht <input checked="" type="checkbox"/> an Büro der Gremien	bis 30.08.2023
---	--	--	----------------

1.1 Oberursel wird „sicherer Hafen“ (32)

Stadtkämmerer Uhlig nimmt Bezug auf den Magistratsbericht vom 22.05.2023 und führt aus, dass die Stadt Oberursel (Taunus) inzwischen auf der Homepage der Initiative Seebrücke in der Liste der Sicheren Häfen unter <https://www.seebruecke.org/sichere-haefen/haefen> verzeichnet ist.

Der Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss nimmt Kenntnis.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stadtverordneter Imhof bittet um Auskunft, ob und wenn ja, wie viele Menschen in Oberursel angekommen sind, die aus Seenot gerettet wurden. Auch fragt er nach dem Sachstand bzgl. des geplanten Gespräches zwischen der Stadt und dem Landrat.

Stadtkämmerer Uhlig sagt Prüfung zu.

Beantwortung (über Dez. II)
an Büro der Gremien

Datum
28.07.2023

Die Fluchtwege der in Oberursel angekommenen Personen sind im Einzelnen nicht bekannt.

Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder sind im regelmäßigen Austausch mit der Verwaltungsspitze des Hochtaunuskreises. Es ist unklar, auf welches konkrete Gespräch hier Bezug genommen wird.

Weil

CDU, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, SPD,
OBG Freie Wähler,
FDP, AfD,
KLIMALISTE

Datum
10.03.2022

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

über SBKA

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
10.03.2022	00:53 Uhr	Gottschalk

betr.

Resolution zum Krieg in der Ukraine

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Führung auf die Ukraine scharf. Die russische Regierung wird aufgerufen unverzüglich die Kampfhandlungen auf dem Gebiet der Ukraine einzustellen. Wir sind in Gedanken bei der ukrainischen Zivilbevölkerung, der großes Leid und Unrecht widerfährt. Besonders gedenken wir den Opfern dieses Überfalls.

Wir danken den vielen Oberurselerinnen und Oberurselern für ihre spontane Unterstützung und deren Spenden für die notleidende ukrainische Bevölkerung.

Das große bürgerschaftliche Engagement zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine wissen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sehr zu schätzen. Direkte Hilfe wird nur durch engagiertes Handeln der Bürgerinnen und Bürger geleistet. Wir rufen dazu auf, sich weiter couragiert um die Kriegsoffer aus der Ukraine zu kümmern. Nur persönliche Kontakte und direkte Hilfe können dazu führen, dass wir den Geflüchteten ein sicheres zu Hause in Oberursel bieten können. Die Not dieser Menschen ist sehr groß.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, alle offiziellen Kontakte mit Vertreter_innen aus Lomonossow bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Die vorhandenen persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern von Oberursel und der russischen Partnerstadt Oberursels, Lomonossow (ehemals Oranienbaum) sowie des dortigen Freundschaftsvereins Kalinka, sollen weiterhin gepflegt werden, soweit dies aktuell möglich ist. Der bürgerschaftliche Dialog ist für die Völkerverständigung außerordentlich wichtig. Die Partnerschaft mit Lomonossow ist eine herausragende Errungenschaft unserer Stadt zur Aussöhnung besonders um die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges. Wir vergessen nicht, dass im Zweiten Weltkrieg viel Unrecht von deutscher Seite ausgegangen ist. Wir rufen dazu auf, das Verhalten der russischen

Regierung nicht mit den Wünschen des russischen Volkes gleichzusetzen. Wir dürfen die Brücken nicht abbrechen.

Susanne Kügel
CDU Fraktionsvorsitzende

Christina Herr
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Elenor Pospiech
SPD Fraktionsvorsitzende

Andreas Bernhardt
Fraktionsvorsitzender
OBG Freie Wähler

Michael Planer
FDP Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Claudia Koch-Brandt
AfD Fraktionsvorsitzende

Dr. Claudia von Eisenhart Rothe
KLIMALISTE

30.03.2022

Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss
- Vorsitzende -

Beschlussvorlage

**des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses vom 22.03.2022/
Antrag der Fraktion von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, OBG Freie Wähler,
FDP, AfD, KLIMALISTE
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

TOP E) 2

Resolution zum Krieg in der Ukraine
Beschluss SBKA 07.04.2022

**Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den nachstehenden
Beschlussvorschlag zu beschließen:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oberursel (Taunus) verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Führung auf die Ukraine scharf. Die russische Regierung wird aufgerufen unverzüglich die Kampfhandlungen auf dem Gebiet der Ukraine einzustellen. Wir sind in Gedanken bei der ukrainischen Zivilbevölkerung, der großes Leid und Unrecht widerfährt. Besonders gedenken wir den Opfern dieses Überfalls.

Wir danken den vielen Oberurselerinnen und Oberurselern für ihre spontane Unterstützung und deren Spenden für die notleidende ukrainische Bevölkerung.

Das große bürgerschaftliche Engagement zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine wissen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sehr zu schätzen. Direkte Hilfe wird nur durch engagiertes Handeln der Bürgerinnen und Bürger geleistet. Wir rufen dazu auf, sich weiter couragiert um die Kriegsoffer aus der Ukraine zu kümmern. Nur persönliche Kontakte und direkte Hilfe können dazu führen, dass wir den Geflüchteten ein sicheres zu Hause in Oberursel bieten können. Die Not dieser Menschen ist sehr groß.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, alle offiziellen Kontakte mit Vertreter_innen aus Lomonossow bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Die vorhandenen persönlichen Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern von Oberursel und der russischen Partnerstadt Oberursels, Lomonossow (ehemals Oranienbaum) sowie des dortigen Freundschaftsvereins Kalinka, sollen weiterhin gepflegt werden, soweit dies aktuell möglich ist. Der bürgerschaftliche Dialog ist für die Völkerverständigung außerordentlich wichtig. Die Partnerschaft mit Lomonossow ist eine herausragende Errungenschaft unserer Stadt zur Aussöhnung besonders um die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges. Wir vergessen nicht, dass im Zweiten Weltkrieg viel Unrecht von deutscher Seite ausgegangen ist. Wir rufen dazu auf, das Verhalten der russischen Regierung nicht mit den Wünschen des russischen Volkes gleichzusetzen. Wir dürfen die Brücken nicht abbrechen.

gez. Susanne Kügel

F.d.R.

Martin Krebs

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag
über HFDA

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
24.02.2022	15:57 Uhr	Gottschalk

betr.
Feierabendmarkt auf dem historischen Marktplatz

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung eines Feierabendmarktes in die Erarbeitung eines Konzeptes im Rahmen des Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“ einzubeziehen. Der Fokus O und die Anwohner rund um den Marktplatz sind hierbei einzubeziehen.

Der Feierabendmarkt findet in den Monaten April – Oktober statt.
Die Ausgabe von Speisen und Getränken endet am Markttag um 19:00 Uhr

Neben einem Angebot an regionalen Produkten, sollen Speisen und Getränke zum Verzehr auf dem Marktplatz angeboten werden. Hierzu ist eine geeignete Infrastruktur zu schaffen. Zusätzlich zum kulinarischen Angebot sollen zum Beispiel Kleinkunst-, und musikalische Darbietungen, Modenschauen sowie eine kleine Auswahl an Kunsthandwerkerständen integrativer Bestandteil des Konzeptes sein.

Begründung:

Der historische Marktplatz im Herzen unserer Stadt bietet eine hervorragende Möglichkeit für Begegnungen. Durch eine Belebung mit entsprechenden Angeboten, ist nicht nur eine Steigerung der Attraktivität dieses Platzes möglich, sondern auch die Unterstützung des Oberurseler Einzelhandels.

gez. Michael Planer
(FDP - Fraktionsvorsitzender)

30.03.2022

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss
- Vorsitzender -

Beschlussvorlage

**des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vom 24.03.2022/
Antrag der FDP-Fraktion
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

TOP E) 3

Feierabendmarkt auf dem historischen Marktplatz
Beschluss HFDA 24.03.2022

**Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den nachstehenden
Beschlussvorschlag zu beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Einrichtung eines Feierabendmarktes in die Erarbeitung eines Konzeptes im Rahmen des Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“ einbezogen werden kann.

Der Fokus O und die Anwohner rund um den Marktplatz sind hierbei einzubeziehen. Der Feierabendmarkt soll in den Monaten April – Oktober stattfinden. Die Ausgabe von Speisen und Getränken soll am Markttag um 19:00 Uhr enden.

gez. Michael Planer

F.d.R.

Marion Posch

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag
über HFDA

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
07.03.2022	21:08 Uhr	Gottschalk

betr.

Bericht zur Umsetzung von Telearbeit in der Corona-Pandemie

Der Magistrat wird gebeten, eine Evaluation der Erfahrungen der aufgrund der Corona-Pandemie ermöglichten Telearbeit in der Verwaltung des Stadt Oberursel durchzuführen und bis zur Sommerpause über deren Ergebnis zu berichten.

Dabei ist insbesondere zu berichten,

- wie viele Mitarbeiter Telearbeit in Anspruch genommen haben und noch nehmen,
- mit welchem zeitlichen Umfang (komplett oder alternierend in welchen Modellen) und unter welchen Bedingungen (Präsenz und Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen, Geeignetheit des Arbeitsbereiches) jeweils Telearbeit durchgeführt wurde und noch wird,
- welche Arbeitsbereiche komplett oder teilweise in Telearbeitsmodelle umgewandelt wurden,
- welche Auswirkungen die Einführung von Telearbeit (komplett bzw. alternierend) auf den Raum- und Parkplatzbedarf der Verwaltung hatte und hat,
- welche technische Ausstattung für die Einführung von Telearbeit notwendig war (mögliche verschiedene in Betracht gezogene Alternativen der technischen Umsetzung sind hierbei aufzuführen),
- welche Kosten mit der jeweiligen technischen Ausstattung des Personals für die Telearbeit verbunden waren und sind,
- welche Probleme (sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Beschäftigten) mit der kurzfristigen Umsetzung von Telearbeit verbunden waren,
- wie die Nachfrage/Annahme der Bürger*innen nach/von digitalen Diensten war und ist.

Der Magistrat zudem wird gebeten, unter Bezugnahme auf die oben genannten Berichtspunkte zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das in der Corona-Pandemie eingesetzte Telearbeitskonzept in die Zukunft übernommen und verstetigt werden kann.

Begründung:

Ein entsprechender Prüfantrag der Freien Demokraten zur möglichen Einführung von Telearbeit in der Stadtverwaltung wurde bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2017 einstimmig beschlossen.

Da die Corona-Pandemie bereits seit März 2020 Telearbeit in größerem Umfang hat notwendig werden lassen, bitten wir in Ergänzung des am 28.09.2017 beschlossenen Antrages nunmehr um Vorlage eines Berichtes entsprechend der oben aufgeführten Punkte.

Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas mögliche Defizite insbesondere in der digitalen Ausstattung deutlich werden lassen. Gleichzeitig musste kurzfristig auf gegebene Umstände reagiert werden. Bis dahin unmöglich erscheinende Modelle wurden plötzlich und kurzfristig umgesetzt.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung haben in vielen Lebensbereichen Erleichterungen und Vorteile aufgezeigt. Auch in der Verwaltung der Stadt Oberursel.

Da dies auch langfristig zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers durch höhere Arbeitszeitsouveränität und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Freizeit führen, gleichzeitig ökonomischen Nutzen für Personal und Stadt bringen und die Bürgerfreundlichkeit zudem gesteigert werden kann, ist eine Verstetigung unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen geboten.

Mit dem damit nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie eingeläuteten Wandel der Arbeitswelt, sind auch in der modernen öffentlichen Verwaltung flexible Arbeits(zeit)modelle notwendig, um den zukünftigen Anforderungen und Bedarfen der Bürger*innen und des Verwaltungspersonals gerecht zu werden. Telearbeit als grundlegendes Arbeitszeitmodell kann ein Schritt in diese Richtung sein. Zusätzlich werden über flexible Arbeitsplatzmodelle Raumbedarfe für ein neues Rathaus veränderbar.

gez. Michael Planer
Fraktionsvorsitzender

30.03.2022

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss
- Vorsitzender -

Beschlussvorlage

**des Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses vom 24.03.2022/
Antrag der FDP-Fraktion
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2022**

TOP E) 4

Bericht zur Umsetzung von Telearbeit in der Corona-Pandemie
Beschluss HFDA 24.03.2022

**Der Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, den nachstehenden
Beschlussvorschlag zu beschließen:**

Der Magistrat wird gebeten, eine Evaluation der Erfahrungen der aufgrund der Corona-Pandemie ermöglichten Telearbeit in der Verwaltung des Stadt Oberursel durchzuführen und bis zur Sommerpause über deren Ergebnis zu berichten.

Dabei ist insbesondere zu berichten,

- wie viele Mitarbeiter Telearbeit in Anspruch genommen haben und noch nehmen,
- mit welchem zeitlichen Umfang (komplett oder alternierend in welchen Modellen) und unter welchen Bedingungen (Präsenz und Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen, Geeignetheit des Arbeitsbereiches) jeweils Telearbeit durchgeführt wurde und noch wird,
- welche Arbeitsbereiche komplett oder teilweise in Telearbeitsmodelle umgewandelt wurden,
- welche Auswirkungen die Einführung von Telearbeit (komplett bzw. alternierend) auf den Raum- und Parkplatzbedarf der Verwaltung hatte und hat,
- welche technische Ausstattung für die Einführung von Telearbeit notwendig war (mögliche verschiedene in Betracht gezogene Alternativen der technischen Umsetzung sind hierbei aufzuführen),
- welche Kosten mit der jeweiligen technischen Ausstattung des Personals für die Telearbeit verbunden waren und sind,
- welche Probleme (sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Beschäftigten) mit der kurzfristigen Umsetzung von Telearbeit verbunden waren,
- wie die Nachfrage/Annahme der Bürger*innen nach/von digitalen Diensten war und ist.

Der Magistrat zudem wird gebeten, unter Bezugnahme auf die oben genannten Berichtspunkte zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das in der Corona-Pandemie eingesetzte Telearbeitskonzept in die Zukunft übernommen und verstetigt werden kann.

gez. Michael Planer

F.d.R.

Marion Posch

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
18.03.2022	15:26 Uhr	Gottschalk

betr.

Aussetzung der Förderung von Mini-PV-Anlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass das Programm zur Förderung der Installation von privaten Balkon-, Dachsolar- und Kleinwindanlagen ausgesetzt wird, bis eine Möglichkeit gefunden ist, die entsprechenden CO2-Zertifikate stillzulegen, nur durch die Stilllegung kann ein schützender Effekt auf das Klima erzielt werden.

Begründung:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18.11.2021 wurde auf eine Vorlage des Magistrats hin beschlossen, Balkon- und private Dachsolar- und Kleinwindanlagen mit insgesamt 80.000,- zu fördern. Basis der Förderung ist die Anmeldung beim Netzbetreiber, nicht aber die Stilllegung der entsprechenden CO2-Zertifikate. Dies sei nicht möglich, so die Antwort auf eine diesbezügliche Frage der AfD in der Stadtverordnetenversammlung am 03.02.2022.

Wenn aber für die durch die geförderten Solaranlagen eingesparten CO2-Emissionen nicht die entsprechenden CO2-Zertifikate stillgelegt werden, führt dies aufgrund des europäischen Emissionszertifikatehandels nur zu einer Verlagerung, nicht aber zu einer Verminderung der CO2-Emission und somit auch zu keinem positiven Effekt auf das Klima. Damit entfällt der Grund für die Förderung.

gez. Prof. Dr. Claudia Koch-Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
19.09.2021	16:28 Uhr	Gottschalk

betr.

Hissen der Nationalflagge im Vorfeld des Tages der Deutschen Einheit

Der Magistrat wird beauftragt, in diesem und zukünftigen Jahren das Hissen der Nationalflagge bereits im Vorfeld des Tages der Deutschen Einheit zu veranlassen.

Begründung

Vor dem Oberurseler Rathaus ist im Vorfeld zu den „Interkulturellen Wochen“ des Hochtaunuskreises vom 17.9. – 1.10. 21 seit dem 20. August die Regenbogenfahne als Zeichen gegen Homophobie und Diskriminierung gehisst.

Der Tag der Deutschen Einheit steht den interkulturellen Wochen des Hochtaunuskreises in seiner Bedeutung nicht nach. Deshalb ist es angebracht, die Beflaggung vor dem Rathaus ebenfalls vier Wochen im Vorfeld dieses Tages zu starten.

gez. Claudia Koch-Brandt
(AfD-Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
25.10.2021	21:05 Uhr	Gottschalk

betr.

Einbeziehung von modernen Dieselnissen in das Gutachten zur Neuausschreibung des Busbetriebes

Der Magistrat soll veranlassen, dass das auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegebene Gutachten zur Neuausschreibung des Busbetriebes neben dem Einsatz von E-, und Wasserstofftechnologie nutzender Bussen auch den Einsatz moderner Diesel-Fahrzeuge evaluiert.

Begründung:

Unter dem Eindruck der steigenden Blackout-Gefahr und der Häufung schwer beherrschbarer Brände von Elektro-Bussen ist es geboten, auch Fahrzeuge mit moderner Dieselschnologie in das vergleichende Gutachten zur Neuausschreibung des Busbetriebes einzubeziehen.

gez. Claudia Koch-Brandt
Sprecherin der AfD Fraktion Oberursel

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
01.11.2021	19:48 Uhr	Gottschalk

betr.

Parken auf Bürgersteigen

Die Verwaltung hat in ihrer Pressemitteilung vom 28. Oktober angekündigt, Parken auf Bürgersteigen auch dann zu ahnden, wenn die Autos nur mit zwei Rädern auf dem Bürgersteig stehen, ohne dass dabei eine Behinderung der Fußgänger auftritt. Insbesondere in den Innenstadtbereichen und den Dorfkernen ist dies aber eher die Regel als die Ausnahme, da hier Parken kaum anders möglich ist.

Der Magistrat wird aufgefordert, halbseitiges Parken auf Bürgersteigen dort zu erlauben, wo dies ohne Behinderung der Fußgänger möglich ist und wo dieses Miteinander von Fußgängern und parkenden Anwohnern seit Jahren ohne Probleme praktiziert wird. Diese Erlaubnis ist durch die entsprechende Kennzeichnung der Bürgersteige zu dokumentieren.

Begründung:

Parkraum ist auch in Oberursel ein knappes Gut. Die Bürger haben bisher ohne Zutun der Verwaltung im gegenseitigen Einvernehmen Lösungen geschaffen, die es ermöglichen, die Bürgersteige als Fußgänger zu nutzen ohne dass die Anwohner auf das dortige Parken verzichten müssen. Dass die Verwaltung hier ohne Not eingreifen will, ist nicht nachzuvollziehen. Wenn die Bürger nicht kriminalisiert werden sollen, muss aus einer Duldung der funktionierenden Verhältnisse daher eine rechtssichere Erlaubnis werden.

gez. Prof. Dr. C. Koch-Brandt
(AfD-Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
09.01.2022	19:37 Uhr	Gottschalk

betr.

Photovoltaik auf Agrarflächen und auf Großparkplätzen – sowohl städtische als auch private Flächen

Der Magistrat soll die Verwaltung bitten, zu prüfen, ob Agrarflächen in städtischem Eigentum als Agro-Photovoltaik-Flächen nutzbar sind. Die Landwirte sind zu motivieren, diese Planungen zu begleiten oder selbst auf eigenen, dafür geeigneten Flächen, Photovoltaik zu installieren. Städtische Parkplätze sollen ebenfalls als mögliche Photovoltaik-Standorte geprüft werden. Außerdem sollen Unternehmen, die große Parkplätze besitzen, motiviert werden, ihre Parkplätze mit leichten Solarcarports zu versehen. Dies kann auch kurzfristig im Rahmen der „Wattbewerb“-Kampagne stattfinden.

Begründung:

Der massive Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland ist zum Erreichen der Klimaziele und zur Minderung der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen dringend erforderlich. Aus Naturschutzgründen sind dafür vornehmlich bereits bebaute Flächen zu nutzen.

Dennoch erlaubt die Nutzung von Ackerland für Agro-Photovoltaikanlagen die gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung von Ackerflächen und die Erzeugung von Erneuerbaren Energien aus Solarstrom.

Es gibt auch in Oberursel große Agrarflächen, die sich zur Gewinnung von Sonnenenergie eignen. Diese Agro-Photovoltaik-Anlagen liefern den Landwirten zusätzliche Einnahmen und stellen eine wirksame Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel dar.

Die Solarpaneele schützen die Flächen vor Austrocknung durch zu hohe Sonnen-einstrahlung, v.a. in zu erwartenden längerdauernden, sommerlichen Hitzeperioden. Gleichzeitig ermöglichen sie weiterhin die Bewirtschaftung der Flächen.

Die Stadt Oberursel kann ihr Beratungsangebot auf die Landwirte ausweiten, um eine Erhöhung der Photovoltaikleistung auf der Gemarkung zu erreichen.

Sehr attraktiv ist außerdem die Ausstattung von großen, versiegelten Parkplätzen mit Solarcarports. Hier kann die Stadt ihr Beratungsangebot auf die Gewerbetreibenden, die große Parkplätze betreiben, ausweiten.

Best-Practice-Beispiele aus Baden Württemberg:

Agrar-Photovoltaik:

Quelle: Umweltbriefe Juni 2021 Seite 14 (Walhalla-Verlag)

TRENDS

Agrar-Photovoltaik (Agro-PV)

Raus aus der Nische

Die Agrar-Photovoltaik, kurz Agro-PV, schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie verknüpft die Landwirtschaft mit



Foto: Fraunhofer ISE

In Heggelbach im Landkreis Sigmaringen haben Photovoltaik und Landwirtschaft gute Ergebnisse erzielt.

<https://www.photovoltaik-bw.de/pv-netzwerk/best-practice/der-mooshof/>
Aus Ackerland ist eine artenreiche Wiese entstanden

Zwischen Bodman-Ludwigshafen, Wahlwies und Espasingen liegt der Mooshof an der Eisenbahnlinie Singen-München. Dort hat 2011 ein Zusammenschluss aus der Genossenschaft Bürgerenergie Bodensee, der solarcomplex AG, den Stadtwerken Konstanz und Stockach sowie Privatpersonen einen Freiland-Solarpark mit gut 4,5 Megawatt Leistung realisiert. Eigentümer der Flächen ist Freiherr Johannes von und zu Bodman. Ein besonderes Augenmerk galt dem Natur- und Artenschutz. Weil der Solarpark direkt an die Bahnleise grenzt, erhalten die Betreiber eine Vergütung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG).



Einheimische Pflanzenauswahl auf der Wiesenfläche. Quelle: Thomas Klatt

Der Natur- und Artenschutz standen bei der Umsetzung des Projektes Mooshof im Mittelpunkt. Die Investoren besprachen sich frühzeitig mit den regionalen Gruppen

Parkplatz-Photovoltaik:

<https://www.hoermann-info.de/pv/parkplatzueberdachung>



Parkplatz-Solarpflicht in neuen Gewerbegebieten in NRW:

<https://www.energieagentur.nrw/blogs/erneuerbare/beitraege/neues-landesbaugesetz-solarpflicht-fuer-neue-parkplaetze-auf-gewerbeflaechen/>

gez.

Dr. Claudia von Eisenhart Rothe
KLIMALISTE Oberursel

CDU,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN,
FDP - Fraktionen

Datum
19.01.2022

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
19.01.2022	16:06 Uhr	Gottschalk

betr.

Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten für eine Markthalle in Oberursel

Der Magistrat wird beauftragt, die Umsetzungsmöglichkeiten, positiven Auswirkungen und Gegenargumente einer Markthalle in der Oberurseler Innenstadt zu prüfen. Insbesondere ist eine Umsetzung auf dem Epinay-Platz zu erwägen.

Bestandteil der Prüfung sollen folgende Eckpunkte sein:

1. Aus städtebaulicher Sicht sinnvolle Größe einer Markthalle auf dem Epinayplatz
2. Auswirkungen auf die Kaufkraftbindung
3. Auswirkungen auf die vorhandene Marktstruktur, insbesondere auf die Preisstruktur des Marktangebotes
4. Nutzungsmöglichkeiten für externe Veranstalter
5. Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten städtischer Flächen
6. Notwendige Vorschriften bezüglich des Brandschutzes
7. Klimatische Auswirkungen auf die Platzstruktur und die umliegenden Gebäude
8. Auswirkungen auf das Parkplatzangebot in dem Parkhaus
9. Notwendige Änderungen im Bebauungsplan
10. Finanzielle Auswirkungen bezüglich des Verkaufs von städtischen Flächen, bzw. im Rahmen einer Erbpachtvergabe
11. Klärung der eigentumsrechtlichen Machbarkeit der Markthalle und die daraus resultierende Auswirkung auf das Parkhaus
12. Möglichkeiten für alternative Standorte zum Epinay-Platz
13. Notwendigkeiten und Möglichkeiten für eine Ausschreibung des Projektes
14. Einschätzung der Machbarkeit des Projektes in Bezug auf die Statik des Parkhauses

Die Prüfung ist dem Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss bis Ende des Jahres 2022 vorzulegen. Wir bitten um einen Zwischenbericht zur Darstellung der bis dahin gesammelten Informationen in der letzten Sitzung des BUKA vor der Sommerpause 2022.

Begründung:

Eine Markthalle an zentraler Stelle in der Oberurseler Innenstadt kann Chancen bieten für die Attraktivität von Oberursel als Einkaufsstadt. Sie birgt aber auch Risiken, insbesondere für die öffentliche Nutzung städtischen Raums, das bestehende Marktangebot und die städtebauliche Qualität in der Oberurseler Innenstadt. Wir sind uns bewusst, dass eine Entscheidung, die so stark in das Stadtbild von Oberursel eingreift, nur mit einer breiten Zustimmung in der Bürgerschaft umsetzbar ist. Dafür ist es notwendig, alle wesentlichen offenen Fragen frühzeitig zu klären und transparent darzulegen, bevor man sich mit dem Thema vertiefend befasst. Dafür soll diese hier angedachte Prüfung dienen.

gez.

CDU
Fraktion
Jens Uhlig

GRÜNE
Fraktion
Christina Herr

FDP
Fraktion
Michael Planer

18.06.2022

Zwischenbericht Markthalle

Zur Beantwortung und Einordnung des Themas erfolgte zunächst eine erste Recherche bei den zuständigen Fachabteilungen (Bauaufsicht und Stadtplanung). Von dort wurden erste Einschätzungen zu relevanten Fragestellungen abgegeben, die im Rahmen weiterer Prüfungen zwingend zu beachten sind. Darüber hinaus hat die Abt. Wirtschaftsförderung weitere Informationen eingeholt und verdichtet. Nachstehend werden die Kernaussagen wiedergegeben:

1. Planungsrechtliche Einordnung

- Je nach Lage des Mikrostandortes und Volumen des Objektes ist eine Bebauung innerhalb der bestehenden **B-Plans** möglich oder ein neuer (vorhabenbezogener) B-Plan aufzustellen. Mikrostandorte in der City sind **planungsrechtlich grundsätzlich unkritisch** für gewerbliche Nutzungen wie Markthallen und Veranstaltungsräume zu bewerten.
- Da im Falle Bebauung „Epinayplatz“ die Fläche ihre bisherigen **Funktionen** als öffentlichen Platz für alle Bürgerinnen und Bürger nicht, bzw. nur mehr bedingt erfüllen würde - etwa für Nutzungen wie Querung, Aufenthalt, Wochenmarkt wäre dies im Rahmen des gesamtstädtischen Gefüges der Funktionen sowie in den Freiraum und Platzgestaltungskonzepten zu bewerten.
- Den planerischen **Grundsätzen der nachhaltigen Stadtentwicklung** (ökologisch, ökonomisch wie sozial) ist wie in allen Fällen zu folgen. Hier ist besonders zu berücksichtigen, dass der Epinayplatz einer der wenigen innerstädtischen Plätze ist, der für eine Frischluftzufuhr sorgt.

2. Bauordnungsrechtliche Einordnung

- Erreichbarkeit / Stellplätze
Markthallen brauchen generell für ihren Erfolg unbedingt gute Erreichbarkeit für Gäste, Kunden und Publikumsverkehr. Erfolgsfaktoren sind die Nähe zu Publikumsmagneten wie stark frequentierte Einkaufszonen sowie gute Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz wie auch für den Autoverkehr. (vgl. R. Muraier, cima direkt 01/2022).

Das heißt: Ausreichend Stellplätze müssen **de facto** an den Mikrostandorten wie Epinayplatz zur Verfügung stehen

- Ver- und Entsorgungslogistik
Markthallen benötigen für den Betrieb eine umfangreiche Liefer- und Entsorgungslogistik. Daher ist eine möglichst problemlose Zu- und Abfahrt der Standbetreibenden sowie Abfallsammelfahrzeugen elementar. Neben Zuliefer- und Entsorgungslärm in den Abend und frühen Morgenstunden, Lärm und Geruchsemissionen aus den Zubereitungsküche(n), Waschstraße(n) und Kühlaggregate(n) sind vor allem jene Markthallen mit starker gastronomischer Komponente und Öffnung in den Abendstunden Lärmerzeuger. Daher erscheint es sinnvoll, Markthallen nicht in unmittelbarer Nähe von größeren Wohneinheiten zu etablieren. (vgl. R. Muraier, cima direkt 01/2022)

Dieser Punkt ist beim hochintegrierten Mikrostandort „Epinayplatz“ mit der direkt angrenzenden Wohnnutzung auf den ersten Blick sehr kritisch.

- Großer Raumbedarf

Markthallen sind i.d.R. komplexe Gebäudeeinheiten, Betriebs- und Klimatechnik ist ebenfalls in der Markthalle unterzubringen – als unterschiedliche Lager (Kühlboxen, Trocken- und Mülllager für die Anbietende, Räume für Mobiliar, Marktstände, Sanitäreinrichtungen für Besucher*innen und Personal, Vorbereitungsküche(n), Waschstraßen und vor allem der öffentlich zugängliche Bereich der Markt- und Gastronomiestände. Je nach Größe der Markthalle und inhaltlicher Ausrichtung umfasst dieser Sektor normalerweise 40-60 % der Gesamtfläche. (vgl. R. Murauer, cima direkt 01/2022)

Zur Frage der Betriebswirtschaftlichkeit wurden zunächst über allgemein zugängliche bzw. bereits verfügbare Quellen recherchiert. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

3. Betriebswirtschaftliche Einordnung

- Markthallen unter 1.000 qm Fläche sind kaum vorhanden und nur unter bestimmten Rahmenbedingungen betriebswirtschaftlich überlebensfähig. (vgl. R. Murauer, cima direkt 01/2022). Der Epinayplatz bietet max. eine Fläche von 800 qm.
- Eine umfangreiche Analyse der Markthallen Situation in Deutschland sowie der Eignung der Oberurseler City als Standort für eine solche ist bereits von der GMA im Auftrag des fokus O. im Jahre 2012 erfolgt. Die Studie kam zu dem sehr eindeutigen Ergebnis. **Markthallen in Mittelstädten sind in der Regel sehr klein (max. 11 Stände in Langenhagen), nur bedingt attraktiv und tragen sich daher in keinem Fall wirtschaftlich.** (siehe Anhang Auszug der GMA Studie 2012, S. 27 ff)
- Eine aktuelle Recherche im Internet zeigt, dass diese grundsätzlichen Ergebnisse heute noch gelten.
 - Die Markthalle Langenhagen etwa hat seit Corona geschlossen,
 - die Markthalle in Gießen mit 6 Ständen hat an zwei Tagen geöffnet.
 - Andere Städte wie Fürth haben jahrzehntelang Probleme mit dem Betrieb ihrer vorhandenen Halle in zentraler Lage.

4. Nächste Schritte

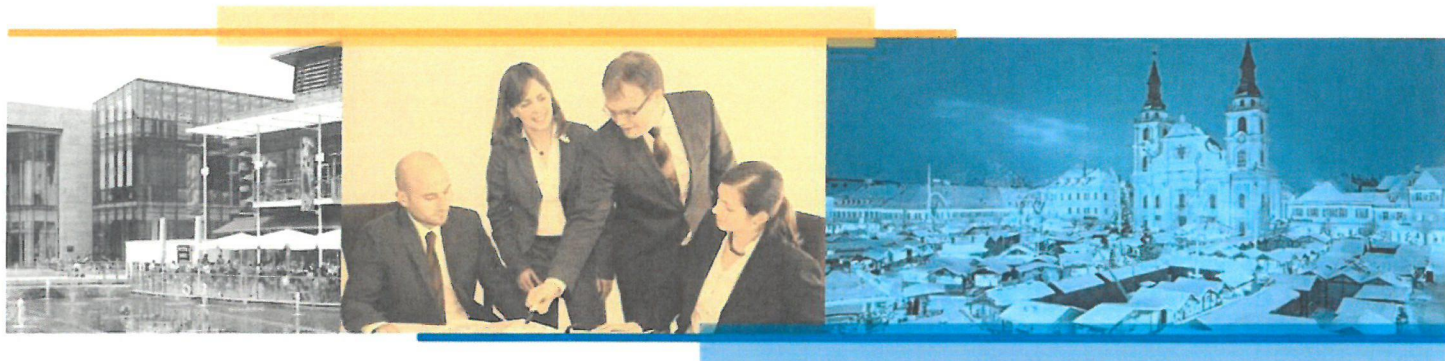
Die Frage, ob die Umsetzung der Projektidee „Markthalle Oberursel“ für eine Kommune wie Oberursel sinnvoll ist, muss unter unterschiedlichen Aspekten – von gesellschaftlichen, betriebswirtschaftlichen bis hin zu Gesichtspunkten des Klimaschutzes - geprüft werden. Diese Aspekte konkurrieren teilweise miteinander. Um auch wirtschaftliche Risiken für Oberursel zu vermeiden, bedarf es an diesem Punkt daher externer Expertise. Diese hängt natürlich von den Vorgaben ab und sollte daher modular aufgebaut sein und im Ergebnis dann verbindliche Antworten auf die im Antrag formulierten Fragestellungen geben.

Daher müsste als Grundlage weitergehender Entscheidungen eine Machbarkeitsstudie erarbeitet werden, die seitens des Magistrats bei einem Fachgutachter beauftragt wird, sofern entsprechende Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten bewegen sich in der Größenordnung von ca. 25.000 EUR. Das Gutachten eines Fachbüros dürfte 3- 6 Monate nach Auftragserteilung als Grundlage weiterer Beratungen vorliegen. Im lfd. Haushalt stehen dafür keine Mittel zur Verfügung. Die Mittel müsste für den Haushalt 2023 angemeldet werden.

Angesichts der bereits jetzt erkennbaren Risiken ist fraglich, ob eine weitergehende Untersuchung substantiell andere Ergebnisse liefern kann als in dem Gutachten aus 2012 bereits dokumentiert (siehe Anlage).

Antje Runge
Bürgermeisterin

Anlage



Entwicklungsperspektiven für die Innenstadt von

OBERURSEL

Auftraggeber: Verein der Selbständigen
Oberursel e. V. („Focus-O“)

Projektleitung: Dipl.-Geogr. Stefan Wolf

Ludwigsburg, im August 2012

GMA /
Beratung und Umsetzung

Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH
Ludwigsburg | Dresden, Hamburg, Köln, München
Geschäftsführer: Dr. Manfred Bauer, Dr. Stefan Holl
Hohenzollernstraße 14, 71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141 – 9360-0 Telefax: 07141 – 9360-10
Email: info@gma.biz Internet: www.gma.biz

INHALTSVERZEICHNIS		Seite
I.	Grundlagen	1
1.	Aufgabenstellung	1
2.	Rahmenbedingungen der Einzelhandelsentwicklung	2
2.1	Tendenzen der Einzelhandelsentwicklung	2
2.2	Mittelfristige Einzelhandelsentwicklung	7
II.	Standort- und Branchenanalyse	11
1.	Makrostandort Oberursel	11
2.	Aktueller Einzelhandelsbestand in der Innenstadt von Oberursel	14
3.	Markenportfolio-Analyse	16
5.	Stärken/Schwächen-Profil der Innenstadt von Oberursel	19
5.1	Stärken der Innenstadt von Oberursel	19
5.2	Schwächen der Innenstadt von Oberursel	20
III.	Teilräumliche Analyse	23
1.	Definition von Funktions- bzw. Teilräumen	23
2.	Situationsanalyse für die definierten Teilräume	23
IV.	Entwicklungsperspektiven	26
1.	Voraussetzungen zur Weiterentwicklung des Einzelhandelsstandortes	26
2.	Ansätze zur Weiterentwicklung des Einzelhandelsstandortes	27
2.1	Etablierung einer Markthalle	27
2.2	Ansiedlung eines innerstädtischen Einkaufszentrums	33
2.3	Etablierung moderner Geschäftshäuser	41
2.4	Angebotsspezialisierung	42

2. Ansätze zur Weiterentwicklung des Einzelhandelsstandortes

Auf Basis der Ausgangssituation können konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Innenstadt abgeleitet werden. Der Schwerpunkt liegt dabei in einer Weiterentwicklung der innerstädtischen Einzelhandelsstrukturen mit dem Ziel einer Erhöhung der Passantenfrequenz.

Durch den Vergleich mit Ansätzen, die in anderen Mittelstädten verfolgt werden, können konkrete Empfehlungen herausgearbeitet und im Hinblick auf die Realisierbarkeit bewertet werden. Folgende mögliche Entwicklungsfelder werden nachfolgend skizziert:

- Ansiedlung einer Markthalle
- Ansiedlung eines innerstädtischen Einkaufszentrums
- kontinuierliche Entwicklung moderner Geschäftseinheiten
- Angebotspezialisierung / Entwicklung eines spezialisierten Profils.

Für die unterschiedlichen Ansätze werden jeweils die Anforderungen für eine erfolgreiche Etablierung sowie die tatsächlichen Voraussetzungen in Oberursel gegenübergestellt. Durch den Abgleich der spezifischen Anforderungen und der Situation vor Ort wird geprüft, welche Entwicklungsansätze gute Realisierungschancen aufweisen. Gleichzeitig erfolgt eine Kurzbewertung der unterschiedlichen Alternativen hinsichtlich ihres jeweiligen Nutzwertes, bezogen auf das Ziel einer Steigerung der Passantenfrequenz in der Innenstadt.

Für realistische und sinnvolle Handlungsansätze werden zudem konkret die Realisierungsmöglichkeiten in einzelnen innerstädtischen Teilräumen geprüft. So wird insbesondere geprüft, ob durch eine bauliche Weiterentwicklung auf dem „Rathausareal“ eine Attraktivierung der Innenstadt gelingen könnte und welche Voraussetzungen dafür erfüllt werden müssten.

2.1 Etablierung einer Markthalle

Eine Markthalle kann als eine Agglomeration einer Vielzahl kleiner und mittelgroßer Händler definiert werden, die ein relativ breites und tiefes Sortiment an Frischwaren, hauptsächlich im Nahrungs- und Genussmittelbereich, unter einem Dach anbieten; eine klare Trennung der Verkaufsräume ist häufig nicht ersichtlich. Gastronomische Betriebe und

wenige Nonfood-Betriebe (z.B. Blumen) runden das Angebot ab. Im Gegensatz zum traditionellen Wochenmarkt, der ein- oder zweimal wöchentlich stattfindet, handelt es sich bei einer Markthalle i. d. R. um ein permanentes Angebot.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich betriebswirtschaftliche Parameter von Markthallen auf Grund ihrer stark divergierenden Größe und Angebotsdifferenzierung nur wenig vergleichen lassen. Sowohl hinsichtlich ihrer Angebotsschwerpunkte als auch der Größe und der Reichweite des Angebots sind ganz unterschiedliche Ansätze erkennbar.

Wesentliche Standortanforderungen von Markthallen sind:

- Standort an „Top-Lauflagen“
- Nähe zu relevanten Kundenmagneten (insb. Einkaufszentren)
- ausreichendes Kaufkraftpotenzial für einen i. d. R. hochwertigen Warenausschnitt
- gewisse Tradition als Marktstandort
- attraktives städtebauliches Ambiente.

Neben geeigneten Standortfaktoren ist für eine erfolgreiche Etablierung ein attraktiver Branchenmix entscheidend. Hier sind in bestimmten Branchen Doppel- bis Dreifachbesetzungen notwendig (gesunde innerbetriebliche Konkurrenz). Für eine entsprechend große Zahl an Ständen ist jedoch meist nur in Großstädten bzw. Städten mit großem Einzugsgebiet ein ausreichendes Potenzial. Das Sortimentsniveau orientiert sich meist im oberen Bereich, um eine Abgrenzung von anderen Wettbewerbern zu gewährleisten.

Den wesentlichen Standortfaktor für einen erfolgreichen Betrieb einer Markthalle stellt die adäquate Einbindung in das innerstädtische Einzelhandelsgefüge dar. Dabei spielen die beiden Kriterien „Nutzungsumfeld“ (= Nähe zu Magneten) und eine funktionsfähige Anbindung an „Top-Lauflagen“ die wesentliche Rolle. Bei praktisch allen größeren Markthallen in Deutschland befinden sich wesentliche Einkaufsmagneten (Einkaufszentren und / oder Top-Lauflagen) in unmittelbarer Nähe zur Markthalle.

Eine Übersicht zu „Markthallen“ in Deutschland bietet Tabelle 3. Dabei wurden im Rahmen einer umfangreichen Recherche auch Angebotsformate erfasst, die keine Markthallen im eigentlichen Sinn darstellen. So firmieren z. T. auch Veranstaltungshallen, Einzelgeschäfte oder Ladengemeinschaften mit nur wenigen Betrieben als „Markthalle“.

Entwicklungsperspektiven für die Innenstadt von Oberursel

Tabelle 3: Markthallen in Deutschland

Stadt / Straße	Name	Kategorie	Anzahl Stände	Einwohner Stadt	Einwohner EZG	EKZ im dir. Umfeld
Berlin-Kreuzberg, Eisenbahnstraße	Markthalle Neun	Veranstaltungshalle mit Wochenmarkt	k.A.	3.461.000	4.400.000	nein
Berlin-Mitte, Arminiusstraße	Arminiusmarkthalle	klassische Markthalle (mit Kunsthandwerk)	38	3.461.000	4.400.000	nein
Berlin-Kreuzberg, Marheinekeplatz	Marheineke Markthalle	klassische Markthalle	51	3.461.000	4.400.000	nein
Berlin-Reinickendorf, Gorkistraße	Markthalle Berlin-Tegel	klassische Markthalle	46	3.461.000	4.400.000	ja (0,1 km)
Hamburg, Klosterwall	Markthalle Hamburg	Veranstaltungszentrum	-	1.747.000	5.020.000	nein
Hamburg, Am Sandtorkai	Markthalle Speicherstadt	Ladengemeinschaft, gastronom. Schwerpunkt	6	1.747.000	5.020.000	nein
München, Viktualienmarkt	Schrannehalle	klassische Markthalle	26	1.353.000	2.380.000	nein
Frankfurt, Höchster Markt	Höchster Markt	Wochenmarkt (Halle und Platz)	10	692.000	3.200.000	nein
Frankfurt, Hasengasse	Kleinmarkthalle	klassische Markthalle	60	692.000	3.200.000	ja (0,3 km)
Stuttgart, Dorotheenstraße	Stuttgarter Markthalle	klassische Markthalle	37	607.000	2.669.000	ja (0,1 km)
Bremen, Am Sedanplatz	Markthalle Sedanplatz	Leerstand	-	547.000	1.100.000	nein
Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz	Markthalle Leipzig	klassische Markthalle	im Bau	532.000	940.000	ja (0,4 km)
Dresden, Metzger Straße	Neustädter Markthalle	kleine Markthalle	13	530.000	1.070.000	nein
Hannover, Karmarschstraße	Markthalle Karmarschstr.	klassische Markthalle	73	526.000	1.130.000	nein
Gelsenkirchen-Buer, Springemarkt	Buersche Markthalle	Ladengemeinschaft	6	257.000	210.000	nein
Chemnitz, An der Markthalle	Chemnitzer Markthalle	Fahrradfachmarkt	-	243.000	850.000	ja (0,6 km)
Freiburg, Grünwälderstraße	Markthalle Freiburg	kleine Markthalle	19	224.000	620.000	nein
Kassel, Wildemannsgasse	Markthalle Kassel	klassische Markthalle	65	197.000	318.000	ja (0,5 km)

Entwicklungsperspektiven für die Innenstadt von Oberursel



Stadt / Straße	Name	Kategorie	Anzahl Stände	Einwohner Stadt	Einwohner EZG	EKZ im dir. Umfeld
Osnabrück, Große Straße	L + T Markthalle	Ladengemeinschaft	12	165.000	800.000	ja (0,3 km)
Darmstadt, Schuchardstraße	Markthalle im Carree	Ladengemeinschaft	6	149.000	670.000	ja (0,1 km)
Heidelberg, Alte Glockengießerei	Altes Hallenbad	Konzept noch unklar (im Bau)	k.A.	148.000	587.000	nein
Regensburg, Dachauptplatz	Markthalle Regensburg	kleine Markthalle	13	136.000	542.000	nein
Wolfsburg, Nordkopf / Porschestr.	Markthalle Wolfsburg	klassische Markthalle	30	123.000	628.000	ja (0,6 km)
Fürth, Krautheimer Straße	Grüne Halle	Veranstaltungszentrum	-	115.000	573.000	nein
Reutlingen, Obere Wässere	Markthalle Reutlingen	kleine Markthalle	13	112.000	615.000	nein
Kaiserslautern, Merkurstraße	Lorbach's Markthalle	Einzelgeschäft	1	99.000	400.000	nein
Ludwigsburg, Martin-Luther-Straße	Sportcafé Markthalle	Freizeiteinrichtung	-	88.000	636.000	nein
Langenfeld, Solinger Straße	Markthalle Langenfeld	kleine Markthalle	10	59.000	117.000	ja (0,2 km)
Schweinfurt, Lange Zehntstraße	Markthalle Schweinfurt	Bekleidungskaufhaus	-	53.000	267.000	nein
Langenhagen, Marktplatz	Europa Markthalle	kleine Markthalle	12	53.000	120.000	ja (0,1 km)
Ravensburg, Marktstraße	Bauernmarkt	kleine Markthalle	6	50.000	280.000	ja (0,2 km)
Fellbach, Hintere Straße	Markthalle Fellbach	Ladengemeinschaft	5	45.000	45.000	nein
Wismar, Lübsche Straße	Markthalle Wismar	Veranstaltungshalle mit Wochenmarkt	-	44.000	55.000	nein
Aurich, Marktplatz	Markthalle Aurich	Ladengemeinschaft, gastronom. Schwerpunkt	5	40.000	59.000	ja (0,3 km)
Ettlingen, Badener-Tor-Straße	Markthalle Badener Tor	Ladengemeinschaft	2	39.000	96.000	nein
Lage, Daimlerstraße	Markthalle Heißenberg	Einzelgeschäft	1	35.000	35.000	nein
Winnenden, Wiesenstraße	Markthalle Winnenden	Ladengemeinschaft	4	28.000	50.000	nein

Entwicklungsperspektiven für die Innenstadt von Oberursel



Stadt / Straße	Name	Kategorie	Anzahl Stände	Einwohner Stadt	Einwohner EZG	EKZ im dir. Umfeld
Garmisch-Partenkirchen, Chamounixstr.	Kleine Markthalle	Einzelgeschäft	1	26.000	118.000	nein
Rottweil, Wilhelmstraße	Markthalle Rottweil	Ladengemeinschaft, gastronom. Schwerpunkt	6	26.000	96.000	nein
Überlingen, Landungsplatz	Die Greth	Ladengemeinschaft, gastronom. Schwerpunkt	5	22.000	63.000	nein
Bad Dürkheim, Bruchstraße	Beschers Markthalle	Einzelgeschäft	1	19.000	54.000	nein
Bad Segeberg, Oldesloer Straße	Restaurant Markthalle	Gastronomie	1	16.000	260.000	nein
Brackenheim, Marktplatz	Kleine Markthalle mit Herz	Ladengemeinschaft	2	15.000	46.000	nein
Jever, Schlachtstraße	Marthalle Jever	Einzelgeschäft	1	14.000	52.000	nein
Weilburg, Langgasse	Kleine Markthalle	Einzelgeschäft	1	13.000	41.000	nein
Oldenburg i. Hs., Göhler Straße	Markthalle Gut Kremisdorf	Einzelgeschäft	1	10.000	50.000	nein
Bienenbüttel, Bahnhofstraße	Markthalle Bienenbüttel	Ladengemeinschaft	4	7.000	7.000	nein
Deggingen, Königstraße	Markthalle Bucher	Einzelgeschäft	1	5.000	k.A.	nein
Siershahn, Stetzelmannstraße	Kleine Markthalle Siershahn	Regionalmarkt (monatlich)	9	3.000	k.A.	nein
Wolpertshausen, Birkichstraße	Regionalmarkt Hohenlohe	Einzelgeschäft	1	2.000	188.000	Nein

Quelle: GMA-Standortforschung 2012; Internetrecherchen.

Aus der Übersicht der deutschen Markthallen lassen sich einige grundlegende Sachverhalte erkennen:

- Markthallen im eigentlichen Sinn (> 20 Stände) sind ausschließlich in Großstädten (> 100.000 Einwohner) vorhanden.
- Auch „kleine Markthallen“ finden sich überwiegend in Großstädten.
- Die drei „kleinen Markthallen“ in Städten mit weniger als 100.000 Einwohner weisen jeweils begünstigende Rahmenbedingungen auf:
 - ein Einzugsgebiet von über 100.000 Einwohnern
 - einen Standort in einer hochfrequentierten Lage mit direkter Nachbarschaft zu einem Einkaufszentrum.
- Ansonsten finden sich in Städten unter 100.000 Einwohnern keine Markthallen im eigentlichen Sinn, sondern lediglich andere Angebotsformate mit entsprechender Bezeichnung.

Bezogen auf Oberursel lässt sich damit im Umkehrschluss hinsichtlich der Rahmenbedingungen festhalten:

- Oberursel hat hinsichtlich der Einwohnerzahl und der Größe des Einzugsgebietes ein unzureichendes Nachfragepotenzial für eine „echte“ Markthalle.
- Durch das Fehlen eines Einkaufszentrums in der Innenstadt fehlt eine weitere Voraussetzung, die offensichtlich für den Erfolg von Markthallen ausschlaggebend ist.

Zusammenfassend ist die Etablierung einer Markthalle in Oberursel wie folgt zu bewerten:

Tabelle 4: Standortcheck für eine Markthalle

Standortvoraussetzungen	Eignung der Innenstadt von Oberursel
Realisierungschancen	gering
Zeithorizont für Umsetzung	mittel- bis langfristig
Realisierung in Teilraum	Nr. 8
Profilierungspotenzial lokal	mittel
Profilierungspotenzial regional	mittel
Quelle: GMA-Standortforschung	

In der Gegenüberstellung von Standortanforderungen und Standortgegebenheiten zeigt sich mit Bezug auf die Etablierung einer „echten“ Markthalle ein eher negatives Bild. Zwar würde eine funktionierende Markthalle einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Innenstadt leisten, aber die Realisierungschancen sind nachweislich als äußerst gering einzustufen. In Mittelstädten ist es bislang nur in seltenen Ausnahmefällen gelungen, längerfristig funktionierende Markthallenkonzepte umzusetzen. Insbesondere das Vorhandensein eines leistungsstarken Hauptmagneten, von dessen Präsenz eine Markthalle profitieren könnte, ist nicht gegeben. In Kombination mit dem begrenzten Einzugsgebiet und der fehlenden Markthallen-tradition in Oberursel ist nicht ersichtlich, wie hier ein in Deutschland bislang beispielloses Erfolgsmodell umgesetzt werden könnte.

Im Verdichtungsraum Rhein-Main wäre zudem wegen der attraktiven Kleinmarkthalle in Frankfurt ein Alleinstellungsmerkmal nicht erreichbar. Eine Realisierung wäre auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur darstellbar, wenn äußerst günstige Mietverhältnisse angeboten werden könnten. Dies würde allerdings das Vorhandensein eines geeigneten Objektes, idealerweise in öffentlicher Hand, voraussetzen. Dies ist in Oberursel nicht gegeben.

Abschließend ist auf zahlreiche gescheiterte Versuche in Deutschland hinzuweisen, bei denen oft unter erheblichem finanziellen Aufwand eine Neuetablierung oder Reaktivierung einer Markthalle angestrebt wurde. Entsprechend kann nicht empfohlen werden, die Etablierung einer „echten Markthalle“ in Oberursel zu verfolgen. Alternativ kann hingegen die Realisierung kleinerer Ladengemeinschaften oder eines gastronomischen Verbundkonzeptes als Ergänzung des innerstädtischen Angebotsmixes verfolgt werden. Gleichwohl ist allein dadurch selbstverständlich keine umfängliche Attraktivitätssteigerung des Versorgungsstandortes darstellbar.

2.2 Ansiedlung eines innerstädtischen Einkaufszentrums

Gemäß EHI-Report Shopping-Center (Fakten, Hintergründe und Perspektiven in Deutschland) existierten 2009 414 Einkaufszentren mit gut 13 Mio. m² Fläche, die bis 2012 auf gut 14 Mio. m² angewachsen sein dürften. Darunter befinden sich verschiedene Generationstypen von Einkaufszentren mit unterschiedlich langen Entwicklungsphasen in Deutschland, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

cima.direkt

MAGAZIN. Fokussiert auf die Zukunft von Städten und Regionen.

Markthallen: Genuss, Lifestyle, Architektur

Gastbeitrag: Geschäftsmodell Unverpackt – Konzept mit Zukunft?

E-Mobilität: Bundesmodellprojekt zukunft.de zieht erfolgreiche Bilanz



Märkte

Wochenmärkte und Markthallen –
Impulsgeber für unsere Innenstädte.
Wo Einkaufen zum Aufenthalt wird.



Liebe Leser*innen,

der Frühling ist da, die Freiluft-Saison startet. Gastronomie, Konzerte, Nachtleben, Reisen – alles was gefühlt jahrelang nicht ging, will wieder entdeckt und in den Alltag aufgenommen werden. Im Ausland konnte man in den Osterferien schon mal üben, wie sich alles ohne Maske anfühlt. Bei bestem Wetter und mit tausend anderen verbrachte ich einige Zeit im wunderschönen Brügge. Ehrlich gesagt, habe ich anfangs ein bisschen gefremdelt ob der Massen und der Ausgelassenheit der touristischen Klientel. Aber die Stadt war randvoll. Restaurants, Läden, Parkhäuser – alles ausgebucht.

Beim Blick auf unsere deutschen Zentren treibt mich die Hoffnung um, dass auch hier die Innenstädte bald dauerhaft brummen. Dies vor allem dann, wenn gerade keines der zahlreichen Events stattfindet, die sich jetzt doppelt und dreifach meist an den (zu wenigen) Wochenenden ballen. An den Wochentagen dagegen dürfte deutlich werden, wie sich die Städte über die Pandemie verändert haben. Vielerorts mit Neuerungen oder leider auch mit Lücken im Bestand. Fast überall haben sich die multifunktionalen Leitbilder etabliert, ohne die es nirgends mehr geht. Was uns sehr freut, da wir diese seit Jahrzehnten predigen. In den Zielaussagen zu unseren Quartieren hat sich also einiges getan. Was uns bei der cima aber heute besonders umtreibt ist die Frage, was die Konsument*innen von ihrer Innenstadt erwarten? Was hat sich durch die Pandemie verschoben oder geändert?

Das cima-Team hat sich bis zur Sommerpause zu diesem Thema einiges vorgenommen. Neben dem geschätzten Magazin, das Sie dankenswerterweise gerade in den Händen halten oder auf dem Display lesen, erscheinen seit Jahren regelmäßig Newsletter, Blog-Beiträge und LinkedIn-Posts, in denen wir

Blickwinkel unserer Arbeit vorstellen und mit Ihnen teilen. Aber halten Sie sich fest, wir steigern unseren Output! Grund ist unsere traditionelle Befragung „cima.monitor“, die seit 2007 regelmäßig und letztmals im Vor-Corona-Jahr 2019 durchgeführt wurde.

Im Frühjahr 2022 haben wir diese nun zur „Deutschland-Studie Innenstadt“ weiterentwickelt und 2.421 Interviews einfließen lassen. Es wurden 29 Fragen zu demographischen Merkmalen, Kaufverhalten, Perspektiven auf die Innenstadt und Verhaltensänderungen zu und nach Corona gestellt. Um diese Daten von allen Seiten zu beleuchten, haben wir uns etwas Besonderes überlegt. Wir haben 20 cima-Berater*innen, quer über Altersklassen, Geschlechter und Büros gemixt und mit den Befragungsergebnissen arbeiten lassen. Daraus sind interessante Thesen zu unseren Innenstädten und Zentren entstanden, die nun in unsere „Deutschland-Studie Innenstadt“ münden und gerade die „Nach-Corona-Stadt“ zum Thema haben. Beispielsweise gab es einen Führungswechsel unter den Top 3 der von uns stets als beliebteste Innenstadt Deutschlands ausgewiesenen Citys, der an dieser Stelle natürlich noch nicht verraten wird. Um die Spannung zu steigern, werden die Ergebnisse nicht auf einen Schlag, sondern häppchenweise bei Vorträgen, über LinkedIn-Beiträge und erst später in der Gesamtheit über die erfolgreiche www.cimamonitor.de veröffentlicht. Daher schauen Sie gerne regelmäßig bei uns vorbei und halten Sie die Augen offen, es lohnt sich!

Es grüßt Sie herzlich,
Martin Kremming
>kremming@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Briener Str. 45
80333 MÜNCHEN
T 089-55 11 81 54
cima.muenchen@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Neue Weinsteige 44
70180 STUTTGART
T 0711-6 48 64 61
cima.stuttgart@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Luitpoldstr. 2
91301 FORCHHEIM
T 09191-34 08 92
cima.forchheim@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Goethestr. 2
50858 KÖLN
T 02234-92965 17
cima.koeln@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Walter-Heinze-Str. 27
04229 LEIPZIG
T 0341-69 60 30
cima.leipzig@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Spreeufer 2
10178 BERLIN
T 030-214587 16
cima.berlin@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Berliner Allee 12
30175 HANNOVER
T 0511-220079 65
cima.hannover@cima.de

CIMA Beratung + Management GmbH
Moislinger Allee 2
23558 LÜBECK
T 0451-38 96 80
cima.luebeck@cima.de

cima.digital
c/o CIMA Beratung + Management GmbH
Tanusanlage 8 / WeWork
60329 FRANKFURT a. M.
cima.frankfurt@cima.de

CIMA Österreich GmbH
Johannesgasse 8
A 4910 RIED IM INNKREIS
T 0043-7752-7 11 17
cima@cima.co.at

CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH
Berliner Allee 12
30175 HANNOVER
T 0511-22 00 79 50
regionalwirtschaft@cima.de

- 3 Editorial
- 5 Rundschau

MÄRKTE – einfach magisch!

- 7 **Eindeutig mehr als nur Orte der Versorgung – Wochenmärkte und Markthallen.**
- 9 **Markthallen als Frequenzmagneten für Innenstädte**
Neue Markthallentypen im Vormarsch
Ein Fachbeitrag von Roland Muraier,
Geschäftsführender Gesellschafter
CIMA Austria Beratung + Management GmbH
- 15 **Wochenmarktberatung der cima**
Der neutrale und kritische Blick auf die
Wochenmärkte vor Ort.
von Janne Dora Borchers und Sarah Ziegler,
CIMA Beratung + Management GmbH
- 18 **Im Herzen der Stadt**
Herforder Markthalle und Außenwochenmarkt
Besuchermagnet, Treffpunkt und Veranstaltungsort
ein Gastbeitrag von Bettina Harre,
Pro Herford GmbH Stadtmarketing
- 20 **Marktplatz Fürth**
Dank Neukonzeption ein wertvoller Beitrag
zur Innenstadtentwicklung
von Theresa Loos und Markus Jocher,
CIMA Beratung + Management GmbH

EINZELHANDEL

- 22 **Märkte-Feeling im Lebensmitteleinzelhandel**
Wie reagiert der stationäre Einzelhandel
auf das veränderte Konsumverhalten und
den Trend zu mehr Frische?
von Julia Lemke und Wolfgang Haensch,
CIMA Beratung + Management GmbH
- 24 **Einkaufen ohne Verpackungen**
Vom Verpackungsverzicht zum transformativen
Lebensmitteleinzelhandel
ein Gastbeitrag von Gesa Marken und Sabrina Schmidt,
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

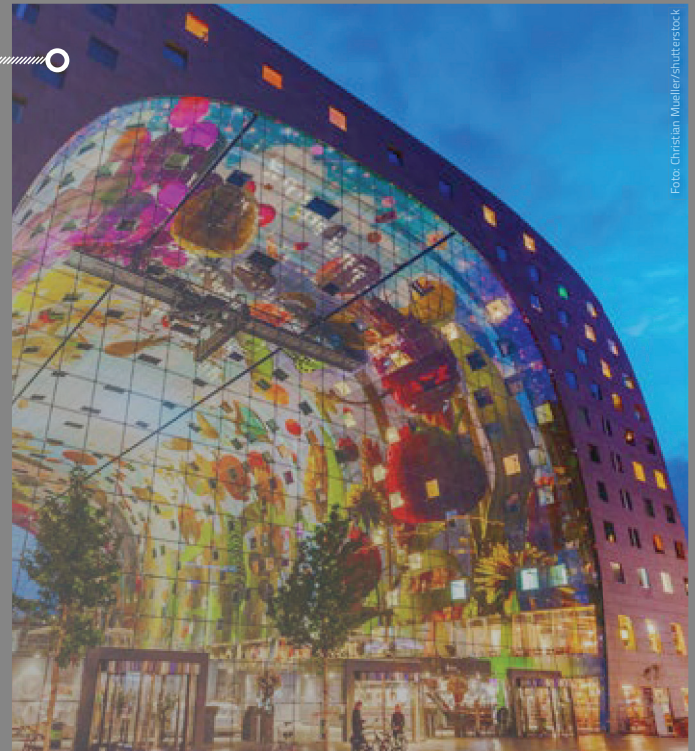


Foto: Christian Mueller/ghutterstock

MOBILITÄT

- 27 **E-Mobilität als Zukunftsmodell für Paketdienste**
Bundesmodell zieht erfolgreiche Bilanz –
1.000 Paketdienstfahrzeuge elektrifiziert

MANAGEMENT

- 28 **Engagiert dabei**
BID-Pilotprojekte in Niedersachsen
- 29 **cima.persönlich**
- 30 **Termine/Impressum**

Nahezu jeder Vorstand einer örtlichen Werbegemeinschaft wird bestätigen, dass die Markttag die frequenzstärksten Wochentage in der jeweiligen Innenstadt sind.

Wenngleich Wochenmärkte häufig auch als Auslaufmodelle bezeichnet werden und vielerorts von Verantwortlichen die rückläufige Anzahl von Markthändlern beklagt wird – das Statistische Bundesamt vermeldet für die Jahre 2009 bis 2019 eine weitgehend konstante Anzahl von bundesweit rd. 6.100 Handelsunternehmen an Verkaufsständen und auf Märkten. Darunter rd. 3.800 Anbieter von Nahrungs- und Genussmitteln.

Während der Corona-Pandemie durchlebte der klassische Wochenmarkt in vielen Städten sogar eine Renaissance. Die Organisatoren konnten selbst zu schärfsten Lockdown-Zeiten gute Besucherzahlen vermelden, avancierte doch der Besuch des Wochenmarktes zum vermeintlich gefahrloseren Einkauf im Freien.



2014 Märkte und Märkte

2001 Märkte und Märkte

1972 Festsitz-Film International (FFF) First International Film Festival (Schweden 1972)

1965 Märkte und Märkte

1940 Bombardement Bombardement by German Luftwaffe

1937 Märkte und Märkte

1914 Märkte und Märkte

1900 Märkte und Märkte

1868 Märkte und Märkte

Fleurop

Markthallen als Frequenzmagneten für Innenstädte

NEUE MARKTHALLENTYPEN IM VORMARSCH

Ein Fachbeitrag von Roland Murauer,
Geschäftsführender Gesellschafter
CIMA Austria Beratung + Management GmbH

Schon bei der Planung bzw. Bau von Markthallen im 19. Jahrhundert wurde nicht nur auf Funktionalität Wert gelegt, sondern auch auf hohe Qualität der Innen- und Außenarchitektur. Beeindruckende Vorbilder sind The Covered Market in Oxford (UK) und die Markthalle in Livorno (I). Und aus den vielen erfreulichen Beispielen zeitgenössischer Gestaltung sind die Torvehallerne, entworfen vom Kopenhagener Architekten Hans Peter Hagens, hervorzuheben. Ebenso wie ein weltweit viel beachtetes gestalterisches Juwel, welches der niederländische Architekt Winy Maas 2014 schuf – die Markthal in Rotterdam (NL).

Markthallen sind jedoch nicht nur Wahrzeichen; in vielen europäischen Städten zählen sie zu wichtigen und vor allem auch frequenzsteigernden Angebotsstrukturen innerstädtischer Räume. Fachlich also ein sehr spannendes Themenfeld und regelmäßig Gegenstand in der Beratung.

In dem nun folgenden Beitrag möchte ich Erkenntnisse zu unterschiedlichen Markthallentypen, generellen Standortkriterien, beachtenswerten Trends sowie infrastrukturellen Rahmenbedingungen aufzeigen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf erfolgreich realisierte Markthallen in kleineren und mittelgroßen Städten gerichtet.

Seit rund 15 Jahren ist einerseits ein architektonisches und auch angebotsseitiges „Facelifting“ vieler traditioneller Markthallen zu beobachten; andererseits das Entstehen komplett neuer Markthallentypen mit positiven Auswirkungen auf die Attraktivität und Besucher*innenfrequenzen an den jeweiligen Innenstadt-Standorten. Fachlich lassen sich diese Markthallenformen im Wesentlichen in vier Typen einteilen (siehe Folgeseite).

Markthalle
Rotterdam

Foto: Alcañal/Robert Berg/Shotterstock



Markthalle Basel (CH)

Markthallen-Typen

Typus 1: Wochenmarkthallen	Traditioneller Markthallen-Typus in Europa; dient in erster Linie zur Versorgung der lokalen und regionalen Bevölkerung
Typus 2: Genussmarkthallen	Neuer Markthallen-Typus, insb. in Nord- und Westeuropa; moderne Architektur; vorwiegend Lebensmittelspezialangebote samt gastronomischen Einrichtungen
Typus 3: Food-Courts	Neuer Markthallen-Typus mit Schwerpunktsetzung auf eine hoch diversifizierte Gastronomie
Typus 4: Misch-Formen	Entweder „traditionelle“ Markthallen mit verbesserter Leistung in Richtung Spezialanbieter und Gastronomie oder Food Courts mit höherem Einzelhandelsanteil (z. B. Lebensmittel, Antiquitäten, Kunsthandwerk)

Typus 1 der Markthallen-Typen präsentiert sich in erster Linie als „überdachter“ permanenter Grün- und Wochenmarkt, wobei neben gewerblichen Anbietern (je nach Markthalle zwischen 50–70 %) auch Direktvermarkter präsent sind. Interessante Typus 1-Markthallen sind bspw. die

Markthalle in Celje (SI), der Mercato Albionelli in Modena (IT), der Mercado Municipal in Sagres (PT).

Typus 2 sind Markthallen mit hochwertigem, spezialisiertem Lebensmittelangebot in bestdesignten Ladenständen. Sie stellen häufig architektonische Wahrzeichen sowie touristische Hotspots dar.

Der gestiegenen Bedeutung der Gastronomie in Innenstädten und Einkaufszentren samt der mittlerweile hohen Vielfalt an urbanen Erlebnis- und Themengastronomieangeboten trägt **Typus 3** Rechnung. In diesen Food-Courts dominiert eindeutig die gastronomische Komponente, zumeist in Kombination mit Produktverkostungen und direktem Lebensmittelverkauf. Zugleich sind derartige Markthallen gefragte Eventlocations. Exemplarische Standorte sind dahingehend z. B. der Mercato di Mezzo in Bologna (IT), die Markthalle in Freiburg (DE) oder das Old Post Office in Washington (USA).

Der **Typus 4** stellt eine Art „Hybrid“ zwischen der zweiten und dritten Variante dar. Neben hochspezialisierten Marktständen mit regionalen und internationalen Produkten, sind meist in räumlich segmentierten Bereichen eigene Food-Courts eingerichtet. Interessante Beispiele dafür sind etwa in Altrincham (UK), Basel (CH), Florenz (IT) und München (DE) zu finden.

Von besonderer Bedeutung – die Qualität des Standorts

DER WIRTSCHAFTLICHE ERFOLG EINER MARKTHALLE HÄNGT NICHT ALLEIN VON DER ATTRAKTIVITÄT DER ANBIETENDEN UND DEM PRODUKTMIX AB, SONDERN ZU EINEM GROSSTEIL VON EINER OPTIMALEN STANDORTLAGE.

Daher sind bei der Errichtung neuer Markthallen eine Fülle von infrastrukturellen, architektonischen und logistischen Rahmenbedingungen zu beachten.

Innenstadtlage und top saniertes Umfeld

Markthallen wurden und werden i. d. R. in Innenstädten realisiert. Abgesehen von wenigen Ausnahmen wie z. B. die Panzerhalle in Salzburg (AT) oder die Markthalle im Viadukt in Zürich (CH), nutzen die Mehrzahl der Markthallen vorhandene Basisfrequenzen unmittelbar angrenzender Einkaufsstraßen und -viertel. Vor allem die neu entstandenen Genussmarkthallentypen liegen entweder in 1a-Toplagen, z. B. Freiburg oder Kopenhagen bzw. direkt neben Nahverkehrsdrehscheiben, z. B. Basel oder Bern (CH). Aufgrund der Bedeutung von Markthallen als wichtiger innerstädtischer Frequenzmagnet sollte das unmittelbare Umfeld städtebaulich möglichst attraktiv gestaltet sein bzw. eine hohe Aufenthaltsqualität in puncto Vorplatzgestaltung, Begrünung, Möblierung, Beleuchtung, etc. aufweisen.

Gute Erreichbarkeit

Der Großteil der Markthallen befindet sich in Fußgängerzonen oder in zumindest verkehrsberuhigten Bereichen; sie sind optimal an das öffentliche Verkehrsnetz ange-

bunden. Auch für die Pkw-Kundschaft sind diese Einrichtungen i. d. R. gut gerüstet. So verfügen bspw. die Markthallen in Florenz, München, Nancy und Stuttgart über eigene Tiefgaragen bzw. diese sind in direkter Anbindung vorhanden.

Markthallen benötigen für den Betrieb außerdem eine umfangreiche Liefer- und Entsorgungslogistik. Daher ist eine möglichst problemlose Zu- und Abfahrt der vielen Kleintransporter (der jeweiligen



Shared Space mit angeschlossener Tiefgarage vor der Markthalle in Nancy (FR)

Standbetreibenden) sowie Abfallsammel-fahrzeugen elementar. Damit einher gehen unterschiedliche Emissionen. Neben Zuliefer- und Entsorgungslärm in den Abend- und frühen Morgenstunden, Lärm- und Geruchsemissionen aus den Zubereitungs-küchen, Waschstraßen und Kühlaggregaten, sind vor allem jene Markthallen mit starker gastronomischer Komponente und Öffnung in den Abendstunden Lärmerzeuger. Daher erscheint es sinnvoll, Markthallen nicht in unmittelbarer Nähe von größeren Wohneinheiten zu etablieren.

Markthallen benötigen Raum

Markthallen sind i. d. R. komplexe Gebäudeeinheiten. Betriebs- und Klimatechnik ist ebenfalls in der Markthalle unterzubringen – als unterschiedliche Lager (Kühlboxen, Trocken- und Mülllager für die Anbieter, Räume für Mobiliar, Marktstände), Sanitäreinrichtungen für Besucher*innen und Personal, Vorbereitungsküchen, Waschstraßen und vor allem der öffentlich zugängliche Bereich der Markt- und Gastronomiestände. Je nach

Größe der Markthalle und inhaltlicher Ausrichtung umfasst dieser Sektor normalerweise zwischen 40 – 60 % der Gesamtfläche. Mir ist nur eine einzige Einheit bekannt, welche von dieser Norm abweicht – die „Markthalle im Viadukt“ in Zürich, welche aufgrund der sehr beschränkten Raumkapazitäten sowie des Nichtvorhandenseins einer Unterkellerung keine Lagerflächen aufweist und die technischen Einrichtungen knapp unterhalb des Daches untergebracht hat.

Markthallen unter 1.000 m² bespielter Fläche sind kaum vorhanden (Ausnahme z. B. Markthalle in Freiburg) und nur unter bestimmten Rahmenbedingungen überlebensfähig (z. B. in Hochfrequenzlagen oder mit Schwerpunktgastronomieorientierung). Wirtschaftlich erfolgreiche Konzepte sollten von einer Mindestgröße (Markt- und Gastrobereich) von zumindest 1.300 bis 1.500 m² ausgehen.

Nähe zu Frische- und Grünmärkten

Bei der Planung und Errichtung von neuen Markthallen kommt es fallweise zu Diskussionen hinsichtlich einer möglichen Konkurrenz zu bestehenden Grün-, Wochen- und Bauernmärkten. Kritische Stimmen führen an, dass durch Markthallen derartige temporäre Handelsplätze stark ausgedünnt und schlussendlich substituiert werden. Die Erfahrung zeigt jedoch vielmehr, dass Markthallen, welche sich in der Nähe oder bestenfalls in direkter Nachbarschaft zu temporären Märkten befinden, nicht nur eine umfassende Belegung (z. B. mehr Anbieter, Entwicklung von zusätzlichen spezialisierten Tagesmärkten) herbeiführen, sondern regelrechte stationäre Cluster von Spezialanbietern aus dem Lebensmittelbereich im Umfeld der Markthalle entstehen, z. B. in Genua oder Livorno (IT) und Troyes (FR).

Markthalle in Freiburg





Spanischer
Spezialitätenstand
in der Markthalle
Colmar (FR)

Genuss, Lifestyle, Architektur

WICHTIGSTE DETERMINANTEN NEUER MARKTHALLEN

In Zeiten hybriden Konsumverhaltens, des bequemen, jedoch wenig emotionalisierenden Online-Shoppings und nicht zu guter Letzt auch als eine Antwort auf die Wirrnisse und Entsaugungen der gegenwärtigen Pandemie, stellen gut gemachte und attraktive Markthallen sinnliche Plätze dar. Ich bin sogar geneigt, die Definition des amerikanischen Stadtsoziologen Ray Oldenburgs über „third place“ als „home away from home“ auf Markthallen anzuwenden – vorausgesetzt, diese Einrichtungen sind auf die nachfolgenden Faktoren ausgerichtet.

Genussorientierung als Leitmaxime

Durch die inzwischen sehr gute Produktqualität und -vielfalt von Super- und Verbrauchermärkten positionieren sich viele (neue) Markthallen konsequent im hochwertigen Genuss-Segment. Wobei häufig eine kombinierte Strategie von speziellem, vom filialisierten Lebensmittelhandel

nicht angebotenen Genussprodukten samt Sofort-Verzehr (entweder direkt am Stand oder in Gastronomieeinheiten) gewählt wird. Einzelne Markthallen z.B. in Basel oder Florenz haben zudem eigene Schaukäsereien oder Brotbackstuben integriert.

Angebotsmix aus regionalen und internationalen Produkten

Markthallen als kulinarische Visitenkarte der Region darzustellen, ist vielfach zu kurz gegriffen. Für das kritische und preisbewusste Markthallenpublikum erscheint eine Variation zwischen heimischen Spezial- sowie nationalen und internationalen Produkten ein fachgemäßer Ansatz.

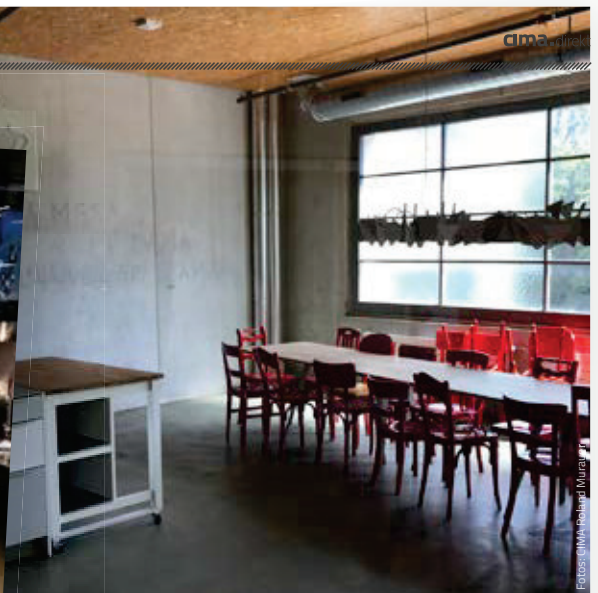
Um den Charakter einer „Genussmarkt“-Halle entsprechend aufrecht zu erhalten, sollte die Integration von Nicht-Lebensmittelanbietern sehr sorgfältig und in thematischer Nähe (z. B. Bio-/Naturkosmetik, Blumen) vorgenommen werden. Darüber

hinaus sollte darauf geachtet werden, dass die Mehrzahl der Anbieter gewerbliche Unternehmen sind.

Direktvermarkter, welche zumeist nicht über die notwendige Produktmenge bzw. zeitliche Ressourcen für eine dauerhafte Standpräsenz verfügen, werden häufig auf temporären (tageweise, bestimmte Saison), kleineren und zumeist mobilen Marktständen innerhalb der Markthalle integriert.

Catering, Kochkurse und Seminare als zusätzlicher Service

Zusätzliche Einnahmequellen für Markthallen ergeben sich durch Cateringsservices, das Angebot von Kochseminaren/-schulen, in welchen in der Markthalle eingekaufte Produkte zubereitet werden, z. B. in Basel, Bern, Bologna, Florenz, Kopenhagen, Stuttgart sowie durch Produktpräsentationen und Seminare zu spe-



Mietbare Küche in der Markthalle Basel (CH)

ziellen Lebensmittelthemen. Vor allem Markthallen mit starker gastronomischer Komponente werden nach Ladenschluss der Marktstände häufig zum After-Work-Treffpunkt, etwa für Firmenevents, Kongressempfänge und private Feiern.

Richtwerte aus Zeiten vor Pandemie sind rund 100 derartige Veranstaltungen pro Jahr in Basel sowie rund 120 pro Jahr in Freiburg.

Markthallenentwicklung als Public-private-Partnership

Markthallen, insb. in Klein- und Mittelstädten, sind keine Cashcows! Die Erfahrung

in der Begutachtung von Markthallen in Europa hat gezeigt, dass die Mehrheit der Projekte keine gewinnbringenden Finanzinvestments für den privaten Sektor darstellen, bei welchen durch entsprechende Mieten die eingesetzten Mittel sich in einer akzeptablen Zeit amortisieren.

Viele Kommunen verstehen daher Markthallenprojekte als wichtigen Standortimpuls zur Förderung der Innenstadt, investieren in erster Linie in den Kauf bzw. Errichtung einer Markthalle. Der operative Betrieb erfolgt häufig durch das eigene Marktamt bzw. eine städtische Tochtergesellschaft oder wird an private Betreiber ausgemietet.

Um jedoch die Aussage „Markthallen sind keine Cashcows!“ zu relativieren, merke ich abschließend eins an: Sofern die in diesem Beitrag dargelegten Bedingungen und Standortfaktoren weitgehend berücksichtigt werden, ist der Betrieb einer Markthalle grundsätzlich betriebswirtschaftlich erfolgreich und erzeugt einen wichtigen Mehrwert für die innerstädtische Wirtschaft.

CIMA-Leistungen für Markthallen-Entwicklungen

Standort-analyse	Opportunity-Study zur grundsätzlichen Sinnhaftigkeit einer Markthalle
Feasibility-Study	Entwicklung eines Betreibermodells
Konzeption eines Raumprogramms	Anbieter- und Branchenakquise

KONTAKT

Roland Murauer



Geschäftsführender Gesellschafter CIMA Austria Beratung + Management GmbH, Vorstandsmitglied beim Dachverband Stadtmarketing Austria

Preisträger der österreichischen Wirtschaftswissenschaftspreise „Eduard Haas“ und „Richard Büche“

Experte für:

- Orts- und Stadtkernentwicklung in Österreich und Europa
- Immobilien- und Handelsberatung
- Beteiligung an transnationalen EU-Programmen und Projekten

> murauer@cima.co.at

VORAB - AUSZUG

aus der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 19.05.2022

GB	Dezernent	weitere informierte GB			BK	Ausschüsse			Datum
11/61	I				X				20.05.2022

<input checked="" type="checkbox"/> Beschluss TOP F) 4	<input type="checkbox"/> Mitteilung	<input type="checkbox"/> Frage/Anfrage vom
Nummer der Sitzung	Schriftführer	Nummer der Beschlusskontrolle
10.	Gottschalk	67/2021-2026

<input type="checkbox"/> zur Kenntnisnahme	<input checked="" type="checkbox"/> zur weiteren Veranlassung	<input checked="" type="checkbox"/> bitte Sachstandsbericht an Büro der Gremien bis 16.11.2022 / Zwischenbericht bis 22.06.2022
--	---	--

4. Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten für eine Markthalle in Oberursel - CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - (11/61)

Der Magistrat wird beauftragt, die Umsetzungsmöglichkeiten, positiven Auswirkungen und Gegenargumente einer Markthalle in der Oberurseler Innenstadt zu prüfen. Insbesondere ist eine Umsetzung auf dem Epinay-Platz zu erwägen.

Bestandteil der Prüfung sollen folgende Eckpunkte sein:

1. Aus städtebaulicher Sicht sinnvolle Größe einer Markthalle auf dem Epinayplatz
2. Auswirkungen auf die Kaufkraftbindung
3. Auswirkungen auf die vorhandene Marktstruktur, insbesondere auf die Preisstruktur des Marktangebotes
4. Nutzungsmöglichkeiten für externe Veranstalter
5. Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten städtischer Flächen
6. Notwendige Vorschriften bezüglich des Brandschutzes
7. Klimatische Auswirkungen auf die Platzstruktur und die umliegenden Gebäude
8. Auswirkungen auf das Parkplatzangebot in dem Parkhaus
9. Notwendige Änderungen im Bebauungsplan
10. Finanzielle Auswirkungen bezüglich des Verkaufs von städtischen Flächen, bzw. im Rahmen einer Erbpachtvergabe
11. Klärung der eigentumsrechtlichen Machbarkeit der Markthalle und die daraus resultierende Auswirkung auf das Parkhaus
12. Möglichkeiten für alternative Standorte zum Epinay-Platz
13. Notwendigkeiten und Möglichkeiten für eine Ausschreibung des Projektes
14. Einschätzung der Machbarkeit des Projektes in Bezug auf die Statik des Parkhauses

Die Prüfung ist dem Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschuss bis Ende des Jahres 2022 vorzulegen. Wir bitten um einen Zwischenbericht zur Darstellung der bis dahin gesammelten Informationen in der letzten Sitzung des BUKA vor der Sommerpause 2022.

Der Antrag wurde wie folgt schriftlich begründet:

Eine Markthalle an zentraler Stelle in der Oberurseler Innenstadt kann Chancen bieten für die Attraktivität von Oberursel als Einkaufsstadt. Sie birgt aber auch Risiken, insbesondere für die öffentliche Nutzung städtischen Raums, das bestehende Marktangebot und die städtebauliche Qualität in der Oberurseler Innenstadt. Wir sind uns bewusst, dass eine Entscheidung, die so stark in das Stadtbild von Oberursel eingreift, nur mit einer breiten Zustimmung in der Bürgerschaft umsetzbar ist. Dafür ist es notwendig, alle wesentlichen offenen Fragen frühzeitig zu klären und transparent darzulegen, bevor man sich mit dem Thema vertiefend befasst. Dafür soll diese hier angedachte Prüfung dienen.

- über Dez. I

Abt. Büro der Gremien

im Hause

Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten für eine Markthalle in Oberursel

In der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Klimaschutzausschusses am 06.07.2022 wurde ein ausführlicher Zwischenbericht vorgelegt (siehe Protokollunterlagen). In dem Bericht wurde aufgezeigt, dass für eine seriöse Beurteilung des Vorhabens eine Machbarkeitsstudie notwendig ist. Diese kostet 25.000 EUR.

Nach Diskussion im BUKA wurde sich darauf verständigt, dass eine abschließende Klärung in den Beratungen zum Haushalt 2023 getroffen werden soll.

In den Haushaltsberatungen wurde das Thema nicht wieder aufgegriffen. Es wurden keine Mittel beantragt. Somit fehlen die Voraussetzungen, um weiter prüfen zu können. Das Thema wird nicht weiterverfolgt.

Böhme
Stellvertretende Geschäftsbereichsleiterin

Magistrat zur Kenntnis; BUKA zur Information

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
20.01.2022	00:13 Uhr	Gottschalk

betr.

Antidiskriminierungsstelle in der Stadtverwaltung verankern

Der Magistrat wird beauftragt in geeigneter Weise eine Antidiskriminierungsstelle bzw. eine Beschwerdestelle einzurichten.

Deren Ziel und Aufgabe es ist, Anlaufstelle zu sein, wenn Menschen sich aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Identität benachteiligt fühlen. Ziel ist es, dem nachzugehen und die Benachteiligung zu verhindern oder zu beseitigen. Die Aufgabe ist im Stellenplan abzubilden.

Der Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss ist über die Umsetzung zu informieren.

Begründung:

Es kommt immer wieder vor, dass Personen im Kontakt zu Ämtern und Behörden beispielsweise durch behördliche Maßnahmen benachteiligt werden oder sich benachteiligt fühlen.

Vor allem Menschen mit Beeinträchtigungen erleben eine Ungleichbehandlung durch fehlende Barrierefreiheit in Ämtern und Behörden. Da zum Beispiel von Ämtern bereitgestellte Informationen und Formulare nicht barrierefrei verfügbar sind. Auch die Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Stellen ist häufig nicht barrierefrei möglich.

Um den Menschen, die sich durch die Stadtverwaltung oder durch Regelungen diskriminiert oder benachteiligt fühlen, eine Anlaufstelle zu bieten, soll eine Antidiskriminierungsstelle oder eine konkrete Anlaufstelle in der Stadtverwaltung benannt werden. Konflikte können so gelöst und im Sinne einer guten Kommunikation zwischen Stadt und Menschen vermieden werden.

gez.

Jens Uhlig
Fraktionsvorsitzender CDU

Sven Mathes
parl. Geschäftsführer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
23.01.2022	11:27 Uhr	Gottschalk

betr.

Weiterentwicklung Satzung Hundesteuer

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen des **§ 6** der derzeit gültigen **Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer** beschließen und den Magistrat beauftragen, diese in Kraft zu setzen:

statt:

(3) Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für Hunde, die von ihren Haltern aus dem Tierheim Hochtaunus e. V. erworben wurden, ab dem Tag der Entstehung der Steuerpflicht bis zum Ende **des folgenden** Kalenderjahres.

gilt zukünftig:

(3) Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für Hunde, die von ihren Haltern aus dem Tierheim Hochtaunus e. V. erworben wurden, ab dem Tag der Entstehung der Steuerpflicht bis zum Ende **des fünften folgenden** Kalenderjahres.

Begründung:

Ältere Tiere, insbesondere Hunde mit Prägung durch Vorbesitzer, haben gegenüber jungen Tieren einen Nachteil auf dem Markt. Um diesen Nachteil von im Tierheim gelandeten Hunden etwas auszugleichen und damit den Erwerb von Hunden aus dem Tierheim zu fördern soll ein finanzieller Anreiz gesetzt werden. Dies soll einerseits zu einer dauerhaften Entlastung des Tierheimes führen und andererseits anstehende Renovierungs-, Sanierungs- und Neubauarbeiten durch eine geringere Belegung vereinfachen.

gez. Prof. Dr. Claudia Koch - Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
23.01.2022	11:31 Uhr	Gottschalk

betr.

Senkung der Gewerbesteuer

Der Magistrat wird beauftragt rückwirkend zum 01.01.2022 die Gewerbesteuer auf 385 Hebesatzpunkte zu senken.

Begründung:

Wie Bürgermeisterin Runge richtig bemerkte, braucht Oberursel zur Finanzierung insbesondere seiner Großprojekte wie aber auch der sozialen Aufgaben mehr Gewerbesteuer. Diese Erhöhung - so Bürgermeisterin Runge - könne jedoch nicht aus einer Erhöhung der Steuer resultieren, sondern nur aus der Ausweitung des Gewerbes.

Die Ausweitung des Gewerbes wird maßlich über die Neuansiedlung von Unternehmen stattfinden. Hierfür braucht Oberursel nicht nur neue Gewerbeflächen, sondern auch wettbewerbsgerechte Rahmenbedingungen. Ein Hebesatz in der Gewerbesteuer von 410 Punkten gehört sicherlich nicht dazu.

Auch wenn es aus Sicht eines angespannten Haushaltes nicht möglich sein wird, den Hebesatz auf Eschborner Niveau abzusenken, so sollte Oberursel zumindest eine Absenkung auf das Niveau der Nachbarstadt Bad Homburg mit einem Hebesatz von 385 Punkten realisieren. Aus Sicht von potenziellen Investoren würde so zumindest ein Punkt entfallen, nicht in Oberursel zu investieren.

Neben dem Ansiedlungsaspekt dient die Senkung auch dazu, dass bestehende Gewerbe zu entlasten. Insbesondere die Branchen, die besonders unter den staatlichen Auflagen der Corona-Politik zu leiden haben wie Einzelhandel (2G) und Gastronomie (2G+) haben eine Entlastung dringend nötig.

gez. Prof. Dr. Claudia Koch - Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
24.01.2022	10:19 Uhr	Gottschalk

betr.

Attraktivität der Innenstadt erhöhen

Zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt und zur Belebung insbesondere des Einzelhandels wird der Magistrat aufgefordert, 3 Maßnahmen umzusetzen:

- Beim Land Hessen sich dafür einzusetzen, dass die 2G-Regelung für den Einzelhandel entfällt.
- Beim Kreis dafür einzusetzen, dass die Maskenpflicht an der frischen Luft entfällt.
- Bei den Stadtwerken sich dafür einzusetzen, dass die erste Stunde beim Parken in den städtischen Parkhäusern kostenfrei ist.

Begründung:

Haupthinderungsgrund zum Besuch der Innenstadt und dem Einkauf ist die Maskenpflicht an der frischen Luft und die 2G-Regelung beim Einkauf. Beides ist daher abzuschaffen.

Ein weiterer Hinderungsgrund beim Einkauf sind insbesondere für Externe die Kosten des Parkens. Daher soll hier eine Entlastung stattfinden, die dem Einzelhandel und damit auch der Belebung der Innenstadt zugutekommt.

gez. Prof. Dr. Claudia Koch - Brandt
(AfD - Fraktionsvorsitzende)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
24.01.2022	20:57 Uhr	Gottschalk

betr.

Kindergartengebühren nicht erhöhen

Die Personalsituation in Oberurseler Kindergärten ist angespannt. Stellen können nicht besetzt werden, da Oberursel im Wettbewerb mit seinen Nachbarn nicht konkurrenzfähig ist. Daher sollen Fachkräfte besser bezahlt und ausgebildet werden. Bei schon bestehenden Kosten von über 20 Millionen Euro jährlich werden die Kosten allein hierfür auf rund 1 Mio. € jährlich geschätzt.

Die AfD beantragt, die zu erwartenden Mehrkosten nicht auf die Eltern der Kinder abzuwälzen, sondern über Steuern bzw. Kosteneinsparungen zu finanzieren.

Begründung

CDU, FDP und Grünen erwägen, dass die Eltern 400.000 € der prognostizierten Mehrkosten über Gebührenerhöhungen zu tragen haben. Dies gilt es zu verhindern, da Kinder heute schon ein Armutsrisiko darstellen. Nun auch nun noch diejenigen zu belasten, die in besonderer Weise dafür sorgen, dass Oberursel eine Zukunft hat, ist weder sozial noch gerecht noch vorausschauend.

gez. Claudia Koch-Brandt
AfD-Fraktionsvorsitzende

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Antrag

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
26.01.2022	12:35 Uhr	Gottschalk

betr.

No-Water-Toilets für Veranstaltungen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Oberursel mietet nur noch ausschließlich chemiefreie Außen-Toiletten für Straßenfeste (Brunnenfest, Herbsttreiben u.v.m.) und motiviert die Vereine, sich für ihre eigenen Veranstaltungen diesem Beschluss anzuschließen.

Begründung:

Die traditionellen Straßenfeste in Oberursel sind über die Stadtgrenzen hinaus beliebt und bekannt. Es gehört zu den städtischen Pflichtaufgaben hier öffentliche WCs in ausreichender Anzahl aufzustellen.

Bislang wurden fast ausschließlich chemische Toiletten aufgestellt.

Seit einigen Jahren sind Anbieter auf dem Markt, die Toilettenhäuschen vollständig aus Holz vertreiben. Die Toiletten werden auf der Basis von Sägespänen-Einstreu und Kompostierung betrieben. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand kann hier zu einem Perspektivwechsel bei den Bürger*innen führen, bei Beschaffungen stets auch die Umweltfreundlichkeit und den CO₂-Fußabdruck mit zu denken.

Beispiele für diese „no-water-toilets“:

<https://www.nowato.com/>

https://www.nowato.com/wp-content/uploads/nowato_RZ_plakate_A4.gif

oder

<https://www.oekolocus.de/>

<https://www.ecotoiletten.de/>

Vorteile:

- Extreme Geruchsbelästigung der chemischen Toiletten entfällt
- Geruchlos auch bei hoher Sonneneinstrahlung (Sägespäne!)
- Ohne Wasser
- CO₂-Fußabdruck ein Bruchteil der Plastik- und Chemietoiletten
- ohne Chemie
- ohne Strom
- Bei Vandalismus oder „Umwerfen“ werden Flüssigkeiten durch die Sägespäne gebunden
- Entsorgung durch den Anbieter
- Kompostierung in der Kreislaufwirtschaft

Klimaschutzrelevanz: Weniger CO₂ im Beschaffungswesen der Stadt Oberursel, da die Miet-WCs ausschließlich aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden und dadurch fast klimaneutral sind. Baustein für eine bessere CO₂-Gesamt-Bilanz der Stadt Oberursel.

gez. Dr. Claudia von Eisenhart Rothe
KLIMALISTE Oberursel